

DIE TEILUNG IHRES LANDES
IN DER SICHTWEISE DEUTSCHER (BRD), CHINESISCHER (TAIWAN) UND
KOREANISCHER (SÜDKOREA) JOURNALISTEN

Inauguraldissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Dr. phil.,
vorgelegt dem Fachbereich 02 – Sozialwissenschaften, Medien und Sport
der Johannes Gutenberg-Universität
Mainz

von
Hsing, Chi-Wu
aus Taipei Taiwan
Republik China

2005

Referent:
Korreferent:
Tag des Prüfungskolloquiums: 30. Januar 2007

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Inhaltsverzeichnis	III
Einleitung	1
1. Die Geschichte der Teilung in den untersuchten Ländern	6
1.1. Deutschland	6
1.1.1. Die Vorgeschichte zur Teilung Deutschlands	6
1.1.2. Die Besatzungszonen und die damit verbundenen Konflikte	10
1.1.3. Die Zementierung der Teilung	12
1.1.4. Die Phase der Nicht-Anerkennung	15
1.1.5. Die Normalisierung der Beziehungen	16
1.1.6. Die Kontinuität der Beziehungen in den achtziger Jahren	18
1.1.7. Der Zusammenbruch der DDR und die Vereinigung	20
1.1.8. Internationale Aspekte der deutschen Vereinigung	23
1.1.9. Die Situation Deutschlands während der Durchführung der Befragung	25
1.2. China	26
1.2.1. Die Vorgeschichte der Teilung Chinas	26
1.2.2. Der Bürgerkrieg und die Teilung Chinas	29
1.2.3. Die Entstehung zweier Chinas	33
1.2.4. Die Rolle der Republik China im Kalten Krieg	33
1.2.5. Die Hinwendung der Volksrepublik China zum Westen	35
1.2.6. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Republik China und der Volksrepublik China	37
1.2.7. Die anhaltende innenpolitische Liberalisierung in Taiwan während der Zeit der Durchführung der Befragung (August 1991)	39
1.3. Korea	41
1.3.1. Korea vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges	41
1.3.2. Die Teilung Koreas	42
1.3.3. Das Scheitern der Koordination der südlichen und nördlichen Halbinsel	43
1.3.4. Der Korea-Krieg	45
1.3.5. Die politische Entwicklung in Südkorea	48
1.3.6. Die Austauschbeziehungen zwischen Süd- und Nordkorea	51
1.3.7. Die Fortschritte in der Entwicklung der Nord-Süd-Beziehung seit Ende der 80er Jahre bis zur Zeit der Durchführung dieser Untersuchung Ende 1990	53
1.4. Die Teilung in Deutschland, China und Korea – Ein Vergleich	56
1.4.1. Die Vergleichbarkeit der Teilungen	56

1.4.2.	Die ethnische Besonderheit der taiwanesischen Bevölkerung	57
1.4.3.	Gleichgewicht der geteilten Staaten	58
1.4.4.	Die Selbständigkeit des Regimes in den kommunistischen Teilen	60
2.	Die Pressetraditionen in den untersuchten Ländern	64
2.1.	Taiwan	64
2.2.	Südkorea	69
2.3.	Die Entwicklung der Pressefreiheit in Deutschland – Ein Vergleich mit Südkorea und Taiwan	73
3.	Die Durchführung der Befragung in den untersuchten Ländern	76
3.1.	Die Befragung in der Bundesrepublik Deutschland 1991	77
3.1.1.	Die Auswahl der untersuchten Medien	77
3.1.2.	Die Ermittlung von Untersuchungspersonen und die Vorgehensweise	77
3.1.3.	Der Rücklauf	79
3.2.	Die Befragung in Taiwan	82
3.2.1.	Die Entwicklung und Struktur der Medien in Taiwan	82
3.2.2.	Die Stichprobe und Vorgehensweise	87
3.2.3.	Der Rücklauf	90
3.3.	Die Befragung in Südkorea	91
3.3.1.	Die Entwicklung und Struktur der Medien in Südkorea	91
3.3.2.	Die Stichprobe und Vorgehensweise	92
3.3.3.	Der Rücklauf	97
3.4.	Die Rücklaufquoten der Befragung	97
4.	Ansichten der Journalisten zum Kommunismus/Sozialismus und zur Weltpolitik	99
4.1.	Die Idee des Kommunismus	101
4.2.	Kommunismus als Bedrohung	107
4.2.1.	Gefahr eines kommunistischen Angriffs	107
4.2.2.	Folgen eines Angriffs	112
4.2.3.	Sicherheitspolitische Forderungen	117
4.3.	Wirtschaftshilfe für Kommunisten	122
4.4.	Politische Forderungen	127
4.4.1.	Das Nationalbewusstsein	127
4.4.2.	Der Vorrang der USA	131
4.4.3.	Umweltschutz vor wirtschaftlichen Interessen?	132
4.4.4.	Eigenständige Lösung der Probleme zwischen den beiden Teilen des geteilten Landes	133

4.5.	Die Rolle der Ansichten zum Kommunismus bei der Beurteilung von kontroversen politischen Forderungen	134
4.6.	Die Zustimmung zum Kommunismus und zur Weltpolitik nach Ländern	137
4.6.1.	Die Rangordnung der Zustimmungshäufigkeiten nach Ländern	137
4.6.2.	Die Besonderheiten der Ansichten von Journalisten zum Kommunismus und zur Weltpolitik	143
4.6.3.	Vergleich der am häufigsten zugestimmten Thesen der deutschen, taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten in Kapitel 4	145
5.	Ansichten der Journalisten zur Teilung und Wiedervereinigung	148
5.1.	Verantwortung für die Teilung	148
5.2.	Die Folgen der Teilung	154
5.2.1.	Die Folgen der Teilung in der Bundesrepublik Deutschland, Taiwan und Südkorea	154
5.2.2.	Die Folgen der Teilung in der DDR, der Volksrepublik China und Nordkorea	161
5.3.	Assoziation zum Begriff "Deutschland", "China" und "Korea"	164
5.4.	Gibt es noch ein Volk	169
5.5.	Einstellung zur Wiedervereinigung	173
5.5.1.	Vorteile der Wiedervereinigung	173
5.5.2.	Bereitschaft zur Wiedervereinigung	176
5.6.	Hindernisse der Wiedervereinigung	181
5.7.	Überwindung der Hindernisse der Vereinigung	184
5.8.	China und Korea in 20 Jahren — Abschätzung der taiwanesischen und der südkoreanischen Journalisten	187
5.9.	Deutschland in 20 Jahren — Abschätzung der deutschen Journalisten	189
5.10.	Die Wirkung von der Gleichheit des Volks von Süd- und Nordkorea auf die Zusammengehörigkeit der beiden Teile der koreanischen Halbinsel	193
5.11.	Die Zustimmung der Journalisten zur Teilung und Wiedervereinigung nach Ländern	195
5.11.1.	Die Rangordnung der Zustimmungshäufigkeiten nach Ländern	195
5.11.2.	Die Besonderheiten der Ansichten von Journalisten zur Teilung und Wiedervereinigung	203
5.11.3.	Vergleich der am häufigsten zugestimmten Thesen der deutschen, taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten in Kapitel 5	206
6.	Ansichten der Journalisten zur Rolle der Massenmedien	210
6.1.	Rahmenbedingungen der Medienberichterstattung	212
6.1.1.	Einschränkung der Pressefreiheit	212
6.1.2.	Richtlinien der Berichterstattung über den anderen Teil des Landes	217
6.1.3.	Einstellung der Journalisten zur Pressefreiheit	222

6.1.4.	Vergleich der am häufigsten zugestimmten Thesen der deutschen, taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten in Kapitel 6.1.	224
6.2.	Aufgabenverständnis von Journalisten bei der Berichterstattung über den anderen Teil des Landes	226
6.2.1.	Aufgabenverständnis von Journalisten	226
6.2.2.	Vorstellung vom Publikum	230
6.2.3.	Aufgaben der Berichterstattung über den anderen Teil	234
6.2.4.	Zurückhalten von Berichten	239
6.2.5.	Die Einstellung zur Kritik von Journalisten am anderen Teil	245
6.2.6.	Einstellung zur Kritik anderer Medien an dem anderen Teil	248
6.2.7.	Wichtigkeit und Behandlung eines negativen Ereignisses – ein Fall der Korruption	251
6.2.8.	Einstellung zur Berichterstattung eines negativen Ereignisses – Missstände im anderen Teil des Landes	254
6.2.9.	Kampf gegen die kommunistische Partei	258
6.2.10.	Die Zustimmung zum Selbstverständnis nach Ländern	262
6.2.10.1.	Die Rangordnung der Zustimmungshäufigkeiten nach Ländern	262
6.2.10.2.	Die Besonderheiten der Ansichten von Journalisten zum Aufgabenverständnis	272
6.2.10.3.	Vergleich der am häufigsten zugestimmten Thesen der deutschen, taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten in Kapitel 6.2.	274
6.3.	Zusammenhänge der in Kapitel 6 untersuchten Themen	281
6.3.1.	Die taiwanesischen Journalisten	281
6.3.2.	Die südkoreanischen Journalisten	284
7.	Der Einfluss der Teilung und Wiedervereinigung auf die Einstellung der Berichterstattung von Journalisten	289
7.1.	Der Einfluss der Teilung und Wiedervereinigung auf die Einstellung der Berichterstattung von taiwanesischen Journalisten	290
7.2.	Der Einfluss der Teilung und Wiedervereinigung auf die Einstellung der Berichterstattung von südkoreanischen Journalisten	295
7.3.	Der Einfluss der Teilung und Wiedervereinigung auf die Einstellung der Berichterstattung von deutschen Journalisten	300
7.4.	Zusammenfassung	303
8.	Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse	305
8.1.	Ansichten der Journalisten zum Kommunismus/Sozialismus und zur Weltpolitik	305
8.2.	Ansichten der Journalisten zur Teilung und Wiedervereinigung	310
8.3.	Ansichten der Journalisten zu Rahmenbedingungen der Berichterstattung	319
8.4.	Ansichten der Journalisten zum Aufgabenverständnis	321
8.5.	Überblick der wichtigsten Ergebnisse	326

9. Nachwort	329
Literaturverzeichnis	334
Verzeichnis der Tabellen	344
Anhang 4-4	349
Anhang 4-5	351
Anhang 5-1	355
Anhang 5-2	356
Anhang 5-7	357
Anhang 5-8	358
Anhang 5-11	359
Anhang 5-13	361
Anhang 5-14	362
Anhang 5-15	363
Anhang 6-11	364
Anhang 6-12	366
Anhang 7-1a	367
Anhang 7-1b	368
Anhang 7-1c	369
Anhang 7-2a	370
Anhang 7-2b	371
Anhang 7-2c	372
Anhang 7-4a	373
Anhang 7-4b	374
Anhang 7-6a	375
Anhang 7-6b	376
Anhang 7-7a	377
Anhang 7-7b	378
Anhang 8	379
ANHANG:	
Fragebogen für die deutschen Journalisten	384
Antwortkarten für die deutschen Journalisten	390
Fragebogen für die taiwanesischen Journalisten	391
Übersetzung des Fragebogens für die taiwanesischen Journalisten	397
Fragebogen für die südkoreanischen Journalisten	408
Übersetzung des Fragebogens für die südkoreanischen Journalisten	417

Einleitung

Die strikte bipolare Auseinandersetzung des Kalten Krieges zwischen den USA und der UdSSR seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges endete mit der Auflösung der Sowjetunion im Jahr 1991. Das politische Machtverhältnis entwickelte sich beim Ausklang des zweiten Millenniums hin zu einer unipolaren Dominanz der USA. Die potentiellen Konkurrenten der USA als Weltmacht, wie z. B. Japan, Russland, Europa und China, steckten entweder in ökonomischen Krisen, verzeichneten eine Stagnation ihrer Wirtschaft oder lagen technologisch Jahrzehnte hinter den USA zurück. Das System der USA galt nicht nur als die herrschende politisch-militärische Weltmacht, Amerika prägte ebenfalls die globalen ökonomischen wie kulturellen Tätigkeiten der Weltbevölkerung.¹ Die Auflösung der UdSSR und die Unipolarisierung des politischen Machtverhältnisses hatte jedoch die nachhaltigen Konflikte bzw. Nachwirkungen der kaltkriegeserischen Auseinandersetzungen nicht völlig in die neue Konstellation des neuen Millenniums versetzt. In Europa ging dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa und in der DDR noch die Auflösung der kommunistischen Herrschaft in der UdSSR voraus. Dort war die kommunistische Herrschaft am weitesten zurückgedrängt worden.

Auf den anderen Kontinenten blieben die Nachwirkungen des Kalten Krieges bestehen — teilweise in Afrika, im mittelamerikanischen Kuba und insbesondere im asiatischen Raum wie China und Korea. Die Stärke der daraus resultierenden Gegensätze wies regionale Unterschiede auf. Europa, wo die kommunistische Herrschaft nach dem Zusammenbruch politisch kaum Bedeutung besaß, beschäftigte sich vorwiegend mit der Beseitigung der wirtschaftlichen Missstände in Osteuropa. Dagegen blieben in Teilen Asiens die Auseinandersetzungen des Kalten Krieges, unabhängig von der Auflösung des Kommunismus in Osteuropa und in der UdSSR, weiter spürbar. Auch heute noch sorgen die Nachwirkungen des Kalten Krieges weiter für politische Konflikte. China, das in die Volksrepublik China und Republik China (Taiwan) geteilt ist, wird in absehbarer Zukunft den Streit um das Vertretungsrecht für Gesamtchina, der mit dem Anbruch des Kalten Krieges auftrat, nicht zu einem friedlichen Abschluss bringen. Die Volksrepublik China, die zwar eine geregelte Wirtschaftsliberalisierung eingeführt hatte und politisch weiterhin auf dem stalinistischen Kurs beharrt, steht dem demokratischen und wirtschaftlich aufstrebenden Taiwan gegenüber. Das politisch ungleichmäßige Machtverhältnis der beiden Teile Chinas, in dem die Volksrepublik China von den überwiegenden Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft als alleinige Vertreterin Chinas anerkannt wird sowie die Gegensätze zwischen den in der Volksrepublik China und Taiwan befindlichen diktatorischen und liberalen Politikstrukturen, erweist sich als unüberbrückbare Barriere für

¹ Vgl. Krauthammer, Charles: A Second American Century? The U.S. Stands Supreme. The Struggle to Overthrow It Is the Story of Tomorrow. Time, 27. Dezember - 3. Januar 2000.

die Wiedervereinigung der beiden Teile Chinas. Aufgrund solcher unüberbrückbaren Gegensätze finden alle Austauschbeziehungen zwischen beiden Chinas derzeit auf inoffizieller Ebene ohne direkte Verkehrsverbindung statt.²

Auf der geteilten koreanischen Halbinsel machten die Beziehungen zwischen Süd- und Nordkorea durch die Treffen des nordkoreanischen Führers Kim Jong Il mit dem südkoreanischen Präsidenten Kim Dae Jung im Juni 2000 Fortschritte, in denen die Austauschbeziehungen zwischen den beiden Koreas wie das Zusammenführen der getrennten Familien und die wirtschaftliche Zusammenarbeit für die absehbare Zukunft festgelegt wurden. Ihre Erfolgchancen, die Nordkorea zwar den notwendigen Ausbruch aus der politischen und wirtschaftlichen Isolation verheißen, jedoch die Stabilität der bisher auf Verschlussheit zur Außenwelt basierenden Herrschaftsstruktur Nordkoreas gefährden, bleiben jedoch aufgrund des wechselhaften Charakters der nordkoreanischen Führung unberechenbar. Der Aufbau gegenseitiger Austauschbeziehungen zwischen den beiden Teilen Koreas wird von allen Seiten begrüßt, obwohl bislang nur kurzfristige Zusammenführungen einer kleinen Anzahl von getrennten Familien, Handschütteln und Umarmungen seitens süd- und nordkoreanischer Politiker erreicht wurden.³

Im Vergleich zum wiedervereinigten Deutschland befinden sich China und Korea beim Anbruch des dritten Millenniums in der Phase des Versuchs offizielle Austauschbeziehungen aufzubauen. Diese Barriere galt zwischen den beiden Teilen des geteilten Deutschlands bereits seit den siebziger Jahren als überwunden. Das wirtschaftliche Gefälle zwischen den alten und den neuen Bundesländern sowie zwischen Osteuropa und den westlichen Ländern wird für die beiden geteilten Länder in Asien erst nach der Überwindung der politischen Gegensätzlichkeiten in den Vordergrund treten. Die politisch-militärischen Auseinandersetzungen setzen sich in China und Korea fort. In Bezug auf die bipolaren Gegensätze des Kalten Krieges unterscheidet sich das Europa des 21. Jahrhunderts dadurch von Asien, dass die Auseinandersetzungen dort durch den Niedergang der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa und die Vereinigung⁴ in Deutschland durch das wirtschaftliche Gefälle eine Herausforderung darstellen.

²

Seit April 1997 bestehen jedoch reguläre direkte Güterschiffverbindungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik China, die bis dahin nur durch ein drittes Land wie Hongkong möglich waren. Indirekte Verkehrsverbindungen für Passagiere bestehen weiterhin über ein Drittland.

³

Vgl. Larimer, Tim: Well Worth the Effort. Time, 23. Oktober 2000.

⁴

Obwohl die Vorsilbe des Wortes „Wiedervereinigung“ von Deutschland nicht unbedingt mit der Rückkehr zum Deutschen Reich und zu den Grenzen von 1937 in Verbindung gebracht werden kann („Wieder-“ kann ebenfalls bedeuten, dass etwas nach einer gewissen Unterbrechung aufs Neue eintritt), wird in dieser Arbeit, um einem Missverständnis vorzubeugen, auf „Wieder-“ in Verbindung mit Deutschland verzichtet. Vgl. hierzu Berschin, Helmut: Wiedervereinigung. In: Die politische Meinung, 250, Mai/Juni (1990), S. 66.

Im Rahmen dieses Übergangs von bipolaren Auseinandersetzungen in die unipolare Dominanz der Weltmacht USA im letzten Jahrzehnt des vergangenen Millenniums erlebte Deutschland die größte Verwandlung durch den Zusammenbruch der DDR und die Vereinigung. Deutschland gilt nun nach dem Zusammenbruch des Kommunismus als Vorreiter der Ost-West-Integration, in der ein kapitalistisch-demokratischer Teil der Gesellschaft mit einem anderen, der 40 Jahre lang planwirtschaftlich-diktatorisch war, zusammengeführt wurde. Dieser historische Prozess der deutschen Vereinigung wurde vielfach negativ in den Berichterstattungen der deutschen Medien aufgenommen, die eher die Unterschiede als die Gemeinsamkeiten zwischen der Bundesrepublik und den neuen Bundesländern hervorhoben. Sie vermittelten ein negatives Image über die Folgen der deutschen Vereinigung, die bei einer ⁵ Bevölkerungsumfrage im gleichen Zeitraum wesentlich positiver eingeschätzt wurde. Die Wirtschaftslage der DDR sowie die Fluchtwelle vor dem Zusammenbruch der DDR und vor dem Fall der Mauer wurde von den ⁶ deutschen Medien zuerst zustimmend-positiv und danach negativ-pessimistisch präsentiert.

Die Einstellungen der Journalisten, die die Berichterstattung der Medien beeinflussen, bezeichnen allgemein die Verhaltensdisposition von Menschen bzw. Journalisten. Einstellungen sind Deutungsmuster in Bezug auf einen relevanten Sachverhalt. Politische Einstellungen der Journalisten sind in diesem Fall Orientierungshilfen, die für ihr politisches Denken und Handeln relevant sind. Unter allen Berufsgruppen befassen sich besonders Journalisten mit einstellungsrelevanten Ereignissen. Es ist deshalb anzunehmen, dass ⁷ Einstellungen für die Berufsausübung der Journalisten eine Sonderstellung einnehmen. Bei der Untersuchung eines historischen Ereignisses wie die deutsche Vereinigung, das für die Gesellschaft einen tiefen Einschnitt bedeutete, gelten die Ansichten von Journalisten als sehr aufschlussreich. Im Vergleich zur allgemeinen Bevölkerung stehen Journalisten besonders unter dem Einfluss historischer Ereignisse. Aufgrund der Vermittlungsfunktion des Journalismus dienen die Ansichten der Journalisten über historische ⁸ Ereignisse als potentieller Multiplikator. Deshalb benötigen diese Ansichten zur deutschen Vereinigung genauere Betrachtung.

Die generellen Weltbilder der Journalisten, ihre Einstellungen gegenüber einem bestimmten Sachverhalt oder einem Ereignis, ändern sich im Laufe eines Lebens. Sie werden u. a.

⁵ Vgl. Noelle-Neumann, Elisabeth: Nach der deutschen Revolution. In: Die politische Meinung, 264, November 1991, S. 63-70.

⁶ Vgl. Kepplinger, Hans Mathias: Falsch dargestellt. In: Die politische Meinung, 261, August 1991, S. 86-91.

⁷ Vgl. Kepplinger, Hans Mathias /Simone Christine Ehmig: Der Einfluss politischer Einstellungen von Journalisten auf die Beurteilung aktueller Kontroversen. In: Medienpsychologie. Zeitschrift für Individual- und Massenkommunikation. Jahrgang 9, Heft 4, 1997, 271-292, dort S. 271.

⁸ Vgl. Lang, Kurt /Gladys Engel Lang/Hans Mathias Kepplinger/Simone Ehmig: a. a. O., S. 214 und 224.

durch das Erlebnis historischer Ereignisse, wie z. B. die deutsche Vereinigung, geprägt. Die politische Qualität oder die Bedeutung historischer Ereignisse ist nicht vorgegeben. Ihre Relevanz ist das Ergebnis kollektiver Interpretationen durch die Wahrnehmenden dieses Ereignisses, wie Politiker, Journalisten, Historiker usw. Die Interpretation eines historischen Ereignisses durch die relevanten Gruppen der Gesellschaft, im Allgemeinen die Intellektuellen, findet innerhalb der Grenzen des politischen Systems, der politischen Kultur und dominierenden Werte der Gesellschaft statt.⁹ Die deutsche Vereinigung, die den Zustand der Teilung Deutschlands seit 1945 endgültig beendete, gilt für die deutschen Journalisten als das bedeutendste historische Ereignis seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Dieses historische Ereignis erlebten auch zwei asiatische Länder, China und Korea. Der Anbruch des Kalten Krieges unmittelbar nach 1945 führte, außer zur Teilung Deutschlands in Europa, ebenfalls zur Teilung von China und Korea in Asien, die sich nach der deutschen Vereinigung noch immer im Teilungszustand befinden. Dieses verheerende historische Ereignis, dass Deutschland, China und Korea sich jeweils in zwei auseinandersetzen Teile des bipolaren Kalten Krieges aufteilen, bietet eine gute Vergleichsbasis für die Differenzen in den unterschiedlichen Einstellungen von Journalisten in den drei Ländern.

Besonders berücksichtigt werden folgende Aspekte der geteilten Länder: Welche Auswirkungen hatte die historische Wende, die durch den Zusammenbruch des Kommunismus und die Vereinigung von Deutschland zustande kamen, auf China und Korea am Anfang der neunziger Jahre, als dieser Prozess in Europa in vollem Gang war? Erwarteten die Journalisten der beiden asiatischen Länder damals unter dem überwältigenden Einfluss des Ereignisses in Europa ebenfalls einen anschließenden Zusammenbruch des Kommunismus in ihrer Region mit der Möglichkeit einer Wiedervereinigung ihres Landes? Wie wäre nach der Erfahrung mit der deutschen Vereinigung ihrer Ansicht nach eine Wiedervereinigung für ihr Land möglich?

Wie bewerteten die Journalisten anderer Staatssysteme in der Phase des Niedergangs des Kommunismus seit Anfang der neunziger Jahre den Wert des Kommunismus? Betrachteten sie den Kommunismus als ein System, das bestimmte Aspekte der menschlichen Natur nicht berücksichtigte und von der Zeit überholt worden war? Wie schätzten sie die weitere Dauerhaftigkeit des Kommunismus in Asien ein? Stellte der kommunistische Teil ihres Landes eine Bedrohung dar, die zu gewalttätigen Konflikten führen könnte, oder

⁹

Vgl. u. a.

Kepplinger, Hans Mathias: Historische Ereignisse im Bewusstsein von Journalisten. In: Walter A. Mahle (Hrsg.): Medien im vereinten Deutschland. Nationale und internationale Perspektiven. München 1991, 127-138, dort S. 133.

Ehmig, Christine Simone: Generationswechsel im deutschen Journalismus. Zum Einfluss historischer Ereignisse auf das journalistische Selbstverständnis. Freiburg im Breisgau, München: Verlag Karl Alber 2000.

galt er eher als hilfsbedürftig? Beurteilten die allgemein linksliberalen Journalisten das historische Ereignis — die Teilung und Vereinigung ihres Landes — mit Sympathie für den Kommunismus? Sympathisierten die Journalisten in Deutschland, Taiwan und Südkorea mit dem Kommunismus? Hat sich dabei die Einstellung der Journalisten zum Kommunismus und zur Teilung/Wiedervereinigung in den untersuchten Ländern auf die Berichterstattung ausgewirkt?

1. Die Geschichte der Teilung in den untersuchten Ländern

In diesem Kapitel wird vor allem der geschichtliche Prozess der Teilung Deutschlands, Chinas und Koreas vorgestellt. Die Behandlung der Teilungsgeschichte dieser Länder geht auf die Entwicklung sowie die Beziehungen zwischen den Teilen bis zur Zeit der Durchführung dieser Untersuchung von Ende 1990 bis Mitte 1991 ein. Nach der Darstellung der Teilungsgeschichte in den drei untersuchten Ländern wird ein Vergleich ihrer Besonderheiten vorgenommen.

1.1. Deutschland

1.1.1. Die Vorgeschichte zur Teilung Deutschlands

Als sich der Zweite Weltkrieg seinem Ende näherte, betraten im September 1944 die angloamerikanischen Truppen den westlichen Teil des deutschen Bodens. Noch im gleichen Jahr erreichten sie die Elbe. Zu Beginn des folgenden Jahres stieß die Russische Rote Armee vom Osten ins Deutsche Reich vor und besetzte den östlichen Teil Deutschlands einschließlich Ostpreußens. Nach der Kapitulation am 7. Mai 1945 durch die von Hitler ernannte Dönitz-Regierung proklamierten die vier Siegermächte USA, Großbritannien, Frankreich und UdSSR am 5. Juni 1945 die Übernahme der obersten Regierungsgewalt im besiegten Deutschland. Das Staatsgebiet westlich der Oder-Neiße-Linie des Reiches wurde unter den vier Siegermächten in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Die drei westlichen Alliierten — die USA, Großbritannien und Frankreich — bildeten eine amerikanische Besatzungszone im Süden, eine britische Besatzungszone im Norden und eine französische Besatzungszone im Südwesten. Daraus entstand später die Bundesrepublik Deutschland. Die UdSSR besetzte die mitteldeutschen Länder. Daraus entstand später die Deutsche Demokratische Republik.¹⁰ In der Reichshauptstadt Berlin wurden von den vier Siegermächten ebenfalls vier Besatzungszonen gebildet. Ein Alliierten-Kontrollrat, der aus jeweils einem Oberbefehlshaber der vier Siegermächte bestand, übte die Regierungsgewalt im Nachkriegsdeutschland aus.

Über die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen und deren Verwaltung nach dem Krieg verhandelten die Alliierten bereits während des Krieges in mehreren Konferenzen.

¹⁰ Vgl. Eschenburg, Theodor: Jahre der Besatzung 1945-1949. (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd.1) Stuttgart, Wiesbaden 1983, S. 25.

Auf der Konferenz von Casablanca — am 24. Januar 1943 — einigten sich Roosevelt und Churchill über die Zerstückelung Deutschlands nach dem Krieg. Nachdem das Kriegsziel der Alliierten, die bedingungslose Kapitulation Nazi-Deutschlands, erreicht worden war, sollte Deutschland künftig soweit geschwächt werden, dass es für den Weltfrieden keine Gefährdung mehr darstellte. Für diesen Zweck sollte Deutschland nach der Kapitulation entnazifiziert und demilitarisiert werden. Um den ausgedehnten Einfluss des Großdeutschen Reichs zu verringern, sollten die Alliierten einen Zerstückelungsplan ausarbeiten.

Auf der Konferenz in Teheran (28. November - 1. Dezember 1943) waren sich die beteiligten „Großen Drei“, Roosevelt, Churchill und Stalin, formal über die Zerstückelung Deutschlands einig, ohne jedoch eine Einigung über die Zahl der Teile und die Form der Teilung zu erzielen. Roosevelt schlug die Zerstückelung Deutschlands in eine Vielzahl von Kleinstaaten vor, was Stalin unterstützte. Churchill dagegen wollte Deutschland, um die mögliche sowjetische Expansion nach dem Krieg in einem schwachen, nur aus kleineren Staaten bestehenden Europa zu verhindern, bis zu einem gewissen Grad als eine größere politische Einheit erhalten. Er schlug die Bildung einer Donaukonföderation vor, die Süddeutschland, Österreich und Ungarn umfassen sollte. Trotz der grundsätzlichen Zustimmung zum Zerstückelungsplan erzielten die Alliierten wegen unterschiedlicher politischer Interessen keine Vereinbarung über die Aufteilung Deutschlands. Die Auseinandersetzungen zwischen der UdSSR und den Westalliierten zeigten bereits in Teheran erste Auswirkungen auf die Teilung des Deutschen Reiches, als die UdSSR forderte, die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie nach dem Krieg unter polnische Verwaltung zu stellen. Die UdSSR verlangte außerdem die Einbeziehung Ostpreußens, das nach dem Krieg der polnischen und sowjetischen Verwaltung unterstellt werden sollte, in ihr Annexionsgebiet.¹¹

Zwischen dem 4. und dem 11. Februar 1945, kurz vor Kriegsende, trafen die „Großen Drei“ zur Konferenz in Jalta zusammen. Während dieser Konferenz bestätigten Roosevelt, Churchill und Stalin „die Zonenaufteilungspläne und die Entwürfe der Kontrolleinrichtungen“ vom 12. September und 14. November 1944, die von der Londoner Europäischen Beratenden Kommission erstellt worden waren. Sie waren nach den Beschlüssen der Außenministerkonferenz der USA, Großbritanniens und der UdSSR vom 19. bis 28. Oktober 1943 erstellt worden. Die Entwürfe der Europäischen Beratenden Kommission teilten Deutschland in drei Besatzungszonen auf und legten die Grenzen zwischen den Besatzungszonen fest. Die Reichshauptstadt Berlin, die sich in der sowjetischen Zone befand, erhielt einen Sonderstatus: sie wurde nicht der UdSSR allein überlassen, sondern alle drei

¹¹

Vgl. Morsey, Rudolf: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969. Oldenburg: Grundriss der Geschichte, Bd. 19 (3. überarbeitete und erweiterte Auflage). München 1995, S. 3.

Siegermächte bekamen dort jeweils eine Zone zugewiesen. Weiterhin sollte ein in Berlin ansässiger Alliiertes Kontrollrat die Regierungsgewalt über ganz Deutschland ausüben. Obwohl die Alliierten für die Zeit nach dem Krieg eine dauerhafte Weltfriedensordnung anstrebten, verfolgte die Besatzungspolitik der Alliierten, vor allem die der USA und der UdSSR, in Nachkriegsdeutschland unterschiedliche Zielsetzungen:

„Die USA sahen den eigentlichen Grund für die Krisen der zwanziger Jahre und für die Zerstörung der Staatenwelt im Krieg in der unterschiedlichen Wirtschaftsentwicklung und im nationalen Wirtschaftsegoismus, und sie strebten daher danach, überall liberale, offene Systeme einzurichten, die durch Teilnahme am Welthandel und am internationalen Austauschsystem politische und soziale Stabilität gewährleisten sollten. Die Sowjetunion dagegen fühlte sich durch die seit langem bestehende ständige Bedrohung ihrer Existenz durch andere Mächte, die im Falle des deutschen Angriffs fast das Ende des Sowjetstaates bedeutet hatte, so gefährdet, dass sie unverlierbare Sicherheitspositionen und Einflussbereiche beanspruchte.“¹²

Aufgrund unüberwindbarer Gegensätze zwischen den Alliierten, die bereits bei der Formulierung der allgemeinen Kriegsziele in der Atlantik-Charta (14. August 1941) bestanden, führte die Kommission das Veto-Recht ein, was später der UdSSR die Möglichkeit gab, die einheitliche Entwicklung der sowjetischen Besatzungszone und der Westzonen zu blockieren.¹³ In Jalta rückten die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen den Westalliierten und der UdSSR weiter in den Vordergrund. Während die Westalliierten in Jalta eine gemeinsame Grundlage für ein Nachkriegsdeutschland suchten, bemühte sich die Sowjetunion, die im Krieg gegen Deutschland die größten Verluste erlitten hatte, ihre materiellen Verluste auszugleichen. Sie verlangte eine Reparation in Höhe von 10 Milliarden US-Dollar, was die Westalliierten ablehnten. Auf der Konferenz von Jalta erkannten die drei Beteiligten Frankreich als vierte Siegermacht in Deutschland an. Frankreich wurde eine Zone auf Kosten der angloamerikanischen Besatzungszonen, jedoch nicht zu Lasten der sowjetischen Zone zugewiesen. In Berlin erhielt Frankreich ebenfalls einen französischen Sektor mit Sitz und Stimme im Alliierten Kontrollrat auf Kosten des amerikanischen und britischen Sektors. Von dem Begriff der Zerstückelung Deutschlands, worüber in Teheran ein Konsens zwischen den drei Großmächten bestanden hatte, distanzieren sich jedoch die Sowjetunion und Großbritannien nach der Konferenz von Jalta, da zwischen den Siegermächten in diesem Punkt bis zur Gesamtkapitulation Deutschlands

¹²

Wulf, Peter: Deutschland nach 1945. Gesamt-Deutschland unter den Besatzungsmächten und die Neuanfänge deutscher Politik (1945-1949). In: Martin Vogt (Hrsg.): Deutsche Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart/Weimer 1997, S. 776.

¹³

Vgl. Hillgruber, Andreas: Der Zweite Weltkrieg 1939-1945. Kriegsziele und Strategie der großen Mächte. Stuttgart 1982, S.127 und 138 ff.

am 7. Mai 1945 keine Übereinstimmung mehr herrschte.¹⁴ Bezüglich der Frage der Teilung Deutschlands wurden von den „Großen Drei“ keine endgültige Entscheidung getroffen. Die Deutschlandfrage wurde vielmehr von den aufbrechenden Ost-West-Gegensätzen überlagert und erst in deren Rahmen eine Lösung erzwungen.¹⁵

Die geplante Aufteilung Deutschlands führte nicht nur auf den Kriegskonferenzen zu Auseinandersetzungen. Sie war auch die Ursache politischer Diskussionen in den USA. US-Finanzminister Henry Morgenthau Jr. schlug im September 1944 Roosevelt den „Morgenthau-Plan“ vor,¹⁶ der auf Entmilitarisierung, Teilung und Dezentralisierung Deutschlands abzielte. Mit diesem Plan wurde letztlich die Absicht verfolgt, Deutschland in einen Agrarstaat zu verwandeln. Da der Morgenthau-Plan im künftigen Deutschland keine Industrie mehr vorsah, hätte sich die deutsche Bevölkerung mangels Agrarland unvermeidlich nicht am Leben erhalten können. Der Morgenthau-Plan stieß selbst innerhalb der amerikanischen Administration auf scharfe Kritik. Angesichts der heftigen Kritiken gab Roosevelt den Plan auf. An einzelnen Elementen des Plans, wie der „Dezentralisierung“, hielt die spätere amerikanische Besatzungspolitik jedoch teilweise fest.

Kurz nach der deutschen Kapitulation trafen Stalin, der neue amerikanische Präsident Truman und der neue britische Premier Attlee, der den bei den Unterhauswahlen gescheiterten Churchill abgelöst hatte, zur Konferenz von Potsdam (17. Juli - 2. August 1945) zusammen. Außer der Bestätigung der Vereinbarungen der Konferenz von Teheran, dass Ostpreußen und große Teile des Deutschen Reiches östlich von Oder und Neiße der sowjetischen und polnischen Verwaltung unterstellt würden, gingen die „Großen Drei“ nicht wieder auf die Pläne bezüglich der Zerstückelung Deutschlands ein. Sie einigten sich stattdessen darauf, dass im besetzten Deutschland zwar keine Zentralregierung errichtet würde, zentrale Verwaltungsstellen jedoch erhalten bleiben sollten. Deutschland sollte weiterhin als eine wirtschaftliche Einheit gelten. Dieses Votum für die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands stieß später bei Frankreich, das an der Potsdamer Konferenz nicht beteiligt gewesen war, auf Ablehnung, und gelangte nicht zur Verwirklichung.¹⁷ Andererseits wurde das Verhältnis zwischen den Westalliierten und der UdSSR durch unüberbrückbare Gegensätze in der Reparationsfrage überschattet, die von der Konferenz von Jalta über die Potsdamer Konferenz bis zur Teilung Deutschlands andauerten. Während die Westalliierten nach den Grundlagen für einen Frieden in Europa suchten, stellte Stalin weiterhin Reparationsforderungen in Höhe von 10 Milliarden US-Dollar.¹⁸ Truman

¹⁴ Vgl. Hillgruber, Andreas: a.a.O., S. 144.

¹⁵ Vgl. Wulf, Peter: a.a.O., S. 778.

¹⁶ Vgl. Hillgruber, Andreas: a.a.O., S. 136.

¹⁷ Vgl. Jescheck, Hans-Heinrich: Gedanken zur Teilung und Wiedervereinigung Deutschlands. Freiburg 1965, S. 8.

¹⁸ Vgl. Hillgruber, Andreas: a.a.O., S. 145

und Attlee, die ihre Ämter neu antraten, waren auf den Erfolg der Potsdamer Konferenz angewiesen. Diese Schwäche verhalf Stalin zu seinem Ziel. Dem hohen Reparationsanspruch Stalins kam US-Außenminister Byrnes mit einem Kompromiss-Paket entgegen, das Stalin annahm. Der Kompromiss des US-Außenministers berechnete die UdSSR dazu, ihre Reparation nicht nur wie jede andere Besatzungsmacht aus der eigenen Besatzungszone zu entnehmen, sondern er ermächtigte sie darüber hinaus zum Erhalt von Industrieanlagen, die von den drei Westzonen zu Reparationszwecken entnommen worden waren, wovon ihr jeweils 10% ohne Gegenleistung und weitere 15% gegen Lebensmittellieferungen der sowjetischen Zone zur Verfügung gestellt werden sollten. „Damit waren ungeachtet der Formel von der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands auf dem Territorium des restlichen Deutschlands zwei voneinander getrennte ökonomische Sphären (Sowjetzone einerseits, Westzonen andererseits) geschaffen worden.“¹⁹ In dem Augenblick, als die Siegermächte ihre Zerstückelungspläne aufgaben, rückten die unüberwindbaren Gegensätze zwischen den Westalliierten und der UdSSR in den Vordergrund.

1.1.2. Die Besatzungszonen und die damit verbundenen Konflikte

Die vier Siegermächte verfolgten im Hinblick auf das besiegte Deutschland verschiedene Zielsetzungen. Bereits die unterschiedlichen Auffassungen von dem bei der Potsdamer Konferenz vereinbarten Prinzip der „Demokratisierung“ im besiegten Deutschland wiesen auf die Diskrepanzen zwischen den Siegermächten hin. In den Westzonen tendierten die USA und Großbritannien dazu, in ihren Besatzungszonen eine ihrem Modell entsprechende parlamentarisch-demokratische Regierungsform zu errichten; so begannen sie in ihren Zonen mit dem Aufbau eines föderalistischen Systems, das stark von den Bundesländern geprägt werden sollte. Bereits vor Ende des Jahres 1945 wurden in der amerikanischen Zone Länder gebildet. Die Verantwortungen wurden allmählich auf diese Länder übertragen, es wurden politische Parteien zugelassen und im Laufe des folgenden Jahres Wahlen veranstaltet. Wirtschaftlich sollte sich Deutschland möglichst rasch erholen, um den Wiederaufbau und die Reparationen erwirtschaften zu können und den USA nicht auf Dauer zur Last zu fallen. Die wichtigste Zielsetzung Großbritanniens in der britischen Besatzungszone bestand darin, die Gefahr einer Großmacht Deutschland auszuschalten. Als Nächstes sollte das in der britischen Zone gelegene Ruhrgebiet zu einer starken Region gemacht werden, um in Mitteleuropa Stabilität zu gewährleisten und expansionistische Ausschreitungen der Sowjetunion auszuschalten. Die Briten wandten sich daher entschieden gegen eine Beteiligung der UdSSR an der Kontrolle des Ruhrgebiets.

¹⁹ Ebd., S.151.

In der britischen Zone erfolgte zunächst die Neuaufteilung der Länder mit zentralistischer Tendenz. Die ursprünglich dort vorhandenen zehn Länder wurden zu vier Ländern zusammengeslossen.²⁰

Frankreich beabsichtigte die Zerschlagung des Deutschen Reiches und die Annexion Westdeutschlands. Daher behinderte Frankreich die Errichtung jeglicher Arten von Zentralorganisationen in Deutschland. Um Deutschland von einer auf Einheit hindeutenden Entwicklung fernzuhalten, gestalteten die Franzosen ihre Zone extrem föderalistisch und isolierten sie von den Nachbarzonen. Bei der Zulassung politischer Parteien verhielten sie sich in ihrer Besatzungszone ebenfalls zurückhaltend. In wirtschaftspolitischer Hinsicht versuchte Frankreich, sich ausreichende Reparationen aus der Besatzungszone zu sichern, die dem eigenen Wiederaufbau dienen sollten.²¹

Die UdSSR betrachtete die Demokratisierung in Deutschland, wie die bereits unter sowjetischem Einfluss stehenden osteuropäischen Länder erkennen ließen, als eine Gelegenheit zur revolutionären Umgestaltung nach kommunistischem Vorbild.²² Die UdSSR strebte die alleinige Herrschaft über ganz Deutschland an. Sie wollte dadurch ihre Macht auf Westeuropa ausdehnen und sich schließlich Zugang zum Atlantik verschaffen. Vor der Verwirklichung dieses Fernziels verfolgte die sowjetische Besatzungspolitik das Ziel, soviel Reparationen wie möglich aus ihrer Besatzungszone zu entnehmen.²³ In dem von der UdSSR besetzten deutschen Gebiet erfolgte die Übernahme nicht wie in der amerikanischen und der britischen Zone allein durch das Militär. Die sowjetische Machtstabilisierung begann bereits vor der Kapitulation, seitdem am 30. April 1945 eine Gruppe deutscher Kommunisten, darunter der spätere DDR-Parteichef Walter Ulbricht, aus Moskau in die sowjetische Zone zurückgekehrt war.²⁴ Die damalige KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) in der sowjetischen Besatzungszone war jedoch zu schwach, um allein die Macht zu übernehmen, so dass sie sich am 14. Juli 1945 mit SPD, CDU und LDPD (Liberal-Demokratische Partei Deutschlands) zu einem Antifaschistischen Block zusammenschloss. Nachdem CDU und LDPD sich schon im September 1945 wegen Meinungsverschiedenheiten bei der Bodenreform aus dem Antifaschistischen Block zurückgezogen hatten, blieb nur die SPD als Kooperationspartner der KPD im Antifaschistischen Block. Am 22. April 1946 gründeten KPD und SPD die SED. Alle Schlüsselpositionen der SED wurden zuerst durch ehemalige Mitglieder der KPD und SPD paritätisch besetzt. Als sich die sowjetische Zone immer mehr von den Westzonen absonderte, gewann der Moskau

²⁰ Vgl. Morsey, Rudolf: a.a.O., S. 4.

²¹ Vgl. ebd., S. 4-5.

²² Vgl. Conze, Werner: Deutschland-Ploetz. Deutsche Geschichte zum Nachschlagen, Freiburg/Würzburg 1991, S. 235.

²³ Vgl. Morsey, Rudolf: a.a.O., S. 5.

²⁴ Vgl. Eschenburg, Theodor: a.a.O., S. 74.

treue Flügel mit Hilfe der sowjetischen Militärregierung die Oberhand in der SED, die er nach dem Vorbild der KPdSU umwandelte. Am 23. Juli 1948 forderte Walter Ulbricht auf einer Konferenz öffentlich die absolute Führungsrolle der SED und kündigte die Ausgliederung der SPD-Mitglieder aus dem Staatsdienst an.²⁵ Mit der totalen Machtübernahme der SED, die eine personelle Säuberung zugunsten der Kommunisten bedeutete, wurden in der sowjetischen Besatzungszone auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Umgestaltungen durch eine Reihe von Maßnahmen wie die der Bodenreform und Verstaatlichung von Industriebetrieben vollzogen.

1.1.3. Die Zementierung der Teilung

Nach der Potsdamer Konferenz fanden mehrere Außenministerkonferenzen der Siegermächte statt. Die Gegensätze zwischen den Alliierten setzten sich hier fort: Frankreich wandte sich gegen die Errichtung einer zentralen Wirtschaftsverwaltung. Die UdSSR strebte nach Mitwirkung bei der Kontrolle des Ruhrgebiets und errichtete kurz nach der Potsdamer Konferenz deutsche Zentralverwaltungen, deren Wirksamkeit für Westdeutschland durch das französische Veto blockiert wurde. Abgesehen von massiven Reparationsentnahmen aus ihrer Zone beharrte die UdSSR auf Reparationen aus den Westzonen. Anfang Mai 1946 scheiterte die Bemühung um die wirtschaftliche Einheit der Besatzungszonen, nachdem die Reparationslieferungen der Westzonen an die sowjetische Zone wegen Ausfall der abgesprochenen Gegenlieferung von Rohstoffen und Lebensmitteln aus der sowjetischen Zone eingestellt wurden.²⁶ Die Spannungen zwischen den einzelnen Besatzungszonen wuchsen. Aufgrund der gegensätzlichen Zielsetzungen und Interessenlagen der einzelnen Zonen handelten deren Oberbefehlshaber und Militärregierungen zunehmend aufgrund eigener Entscheidungen, wobei der Alliierte Kontrollrat, der die für alle vier Zonen einheitlichen Entscheidungen treffen sollte, sich als zunehmend handlungsunfähig erwies.

Um die negativen Auswirkungen des Konflikts mit der sowjetischen Zone auf die wirtschaftliche Entwicklung der Westzonen zu verringern, schlossen die USA und Großbritannien ihre Zonen am 1. Januar 1947 zu einer Bi-Zone zusammen. Im Rahmen der Truman-Doktrin, die den Auftakt der Eindämmungspolitik gegenüber dem weltweiten sowjetischen Expansionismus markierte, verkündete US-Außenminister George C. Marshall am 5. Juni 1947 den nach ihm benannten Marshall-Plan („European Recovery

²⁵ Vgl. Conze, Werner: a.a.O., S. 276.

²⁶ Vgl. Morsey, Rudolf: a.a.O., S. 7.

Program“), ein wirtschaftliches Hilfsprogramm für ganz Europa. „Ziel dieses Planes war es, durch Kreditgewährung und anschließenden Warenaustausch zwischen den USA und den europäischen Ländern (einschließlich der Länder unter sowjetischem Einflussbereich) den Wirtschaftskreislauf wieder in Gang zu setzen.“²⁷ Da die Sowjetunion die Ausdehnung des Marshall-Plans auf ihre Zone blockierte, beschleunigte dieser Plan, abgesehen vom wirtschaftlichen Beitrag, auch die Festigung der europäischen Nachkriegsordnung und damit die Teilung Deutschlands.²⁸ Im Rahmen dieses wirtschaftlichen Hilfsprogramms wurden für die Bi-Zone erneut konstruktive und erweiterte Industriepäne verabschiedet, nach denen die Westzonen Lieferungen im Werte von 1,56 Milliarden Dollar erhalten sollten. Seit Mitte 1947 handelten die drei Westmächte zur Lösung des Deutschlandproblems bereits ohne die Mitbestimmung der Sowjetunion.

Am 6. März 1948 fand die Sechs-Mächte-Konferenz (unter Teilnahme der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Benelux-Staaten) in London statt, auf der die beteiligten Staaten für die drei Westzonen die Bildung einer föderativen Regierungsform, die Eingliederung in das europäische Wiederaufbauprogramm (ERP) sowie die Freizügigkeit von Gütern und Personen vereinbarten. Die Ergebnisse dieser Konferenz fanden ihren Niederschlag in den „Londoner Empfehlungen“. Den drei Westzonen — einschließlich der französischen Zone, die sich Anfang Juni der Bi-Zone anschloss — wurden regierungsartige Verantwortungen übertragen. Damit fiel die Entscheidung zur Gründung eines westdeutschen Staates. Die Sechs Mächte leiteten am 20. Juni 1948 die Währungsreform ein, bei der die fast wertlos gewordene Reichsmark zu einem Wechselkurs von 1:10 abgeschafft wurde. Die Währungsreform galt als ein weiterer Schritt, der die Trennung der drei Westzonen von der sowjetischen Zone festigte: „Die Geburt der DM war aber nicht nur das Aufbruchsignal eines wirtschaftlichen Wiederaufschwungs: noch mehr war sie ein entscheidender Abschnitt auf dem Weg zur Teilung Deutschlands.“²⁹

Die drei Westzonen wurden im Frühjahr 1948 gleichzeitig Mitglieder folgender internationaler Organisationen: der neugegründeten Militärallianz in Brüssel, aus der im April des folgenden Jahres die NATO hervorging, der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) und des Koordinationsorgans der ERP. Mit der Beteiligung an diesen internationalen Organisationen erwarben die Westzonen die internationalen Rahmenbedingungen, um sich als Staat zu verselbständigen.³⁰

²⁷

Wulf, Peter: a.a.O., S. 790.

²⁸

Vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg.): Fragen an die deutsche Geschichte. Ideen, Kräfte, Entscheidungen von 1800 bis zur Gegenwart, Bonn 1991, S. 363.

²⁹

Grosser, Alfred: Geschichte Deutschlands seit 1945. Eine Bilanz. München 1978, S. 101.

³⁰

Vgl. Morsey, Rudolf: a.a.O., S. 16.

Am 1. Juli 1948 übergaben die Militärgouverneure den Ministerpräsidenten der Westzonen die Frankfurter Dokumente, die auf den Londoner Empfehlungen beruhten. Die Frankfurter Dokumente forderten die Ministerpräsidenten auf, eine Verfassung auf föderativer Grundlage auszuarbeiten. Diese Forderung zwang die Ministerpräsidenten zur schwierigen Entscheidung zwischen dem Festhalten an dem politisch unselbständigen Besatzungsstatus und der Gründung eines westdeutschen Staates mit der Spaltung Deutschlands als Konsequenz. Nach drei Treffen und auf Druck der Westmächte stimmten die Ministerpräsidenten am 22. Juli 1948 der Gründung des westdeutschen Staates zu. „Ein mit Westeuropa verbundener, freiheitlich ausgestalteter und wirtschaftlich prosperierender Teilstaat, in dem mehr als drei Viertel aller Deutschen lebten, galt unbeschadet des Provisoriumsvorbehalts als Übergangslösung.“³¹ Im Gegensatz zur ursprünglichen Empfehlung der Westmächte entschieden sich die Ministerpräsidenten jedoch nicht für den Entwurf einer Verfassung und die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung, sondern handelten, um das Provisorium zu unterstreichen, mit den Westmächten die Voraussetzungen für die Ausarbeitung eines Grundgesetzes und die Einberufung eines aus Mitgliedern der elf Landtage zusammengesetzten Parlamentarischen Rates aus.

Nachdem die UdSSR am 20. März 1948 aus Protest gegen die Entscheidungen der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz den Alliierten Kontrollrat verlassen hatte, was die Viermächte-Verwaltung Deutschlands beendete, beantwortete sie am 23. Juni 1948 die Währungsreform der Westzonen mit einer Währungsreform in ihrer Zone und sperrte einen Tag später die Land- und Wasserwege zu den Westsektoren Berlins. Die Westmächte mussten daraufhin bis zur Beendigung der Blockade am 4. Mai 1949 Berlin durch den Luftweg versorgen. Mit dem Erfolg der Luftbrücke der westlichen Alliierten wurden die drei Westzonen zunehmend zusammengeführt.³² Die Ausarbeitung des Grundgesetzes dauerte bis Anfang 1949 und wurde anschließend vom Parlamentarischen Rat angenommen. Das Grundgesetz wurde im Mai durch die Landtage ratifiziert. Die offizielle Gründung der Bundesrepublik erfolgte mit der Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949.

Gleichzeitig wurden ebenfalls in der sowjetischen Besatzungszone Vorbereitungen zur Staatsgründung getroffen. Der Volksrat, der von dem von Kommunisten dominierten Volkskongress gewählt wurde, setzte einen Verfassungsausschuss ein. Dieser Ausschuss erarbeitete einen Verfassungsentwurf, der im Oktober 1948 vom Volksrat gebilligt wurde. Nach der Wahl zum Dritten Deutschen Volkskongress, in der die Bevölkerung der Verfassung zustimmte, verkündete der Kongress am 7. Oktober 1949 die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik.

³¹ Morsey, Rudolf: a.a.O., S. 19.

³² Vgl. Wulf, Peter: a.a.O., S. 793.

1.1.4. Die Phase der Nicht-Anerkennung

Nach der Wahl zum ersten Bundestag am 14. August 1949 und der anschließenden Bildung der Regierung unter Bundeskanzler Adenauer begann die Bundesrepublik die Politik der „Westintegration“, die zunächst die Souveränität der Bundesrepublik wiederherstellen und damit die Voraussetzungen für eine künftige Vereinigung schaffen sollte. Im November 1949 trat daher die Bundesrepublik im „Petersberger Abkommen“ dem Ruhrstatut bei, das die Errichtung erster Auslandsvertretungen ermöglichte.³³ Mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahre 1951 und dem Beitritt zur NATO im Jahre 1954 integrierte sich die Bundesrepublik erfolgreich in das Wirtschafts- und Verteidigungssystem Westeuropas. Am 23. Oktober 1954 lösten die drei Westmächte die Alliierte Hohe Kommission auf, die seit der Entstehung der Bundesrepublik den Alliierten Kontrollrat ersetzte. Damit ging der Status des Besatzungsregimes zu Ende. Am 5. Mai 1955 proklamierte die Bundesrepublik die volle Souveränität. Die Bundesrepublik trat als gleichberechtigtes Mitglied in die Organisationen der demokratischen Länder Westeuropas ein. Da in der DDR keine freien Wahlen stattgefunden hatten, erkannte die Adenauer-Regierung die Legitimität der DDR nicht an. Die Bundesrepublik beharrte auf ihrem Alleinvertretungsanspruch für Deutschland. Durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Moskau im Jahre 1955, die offizielle Beziehungen zur DDR unterhielt, erwirkte die Bundesregierung zwar die Freilassung von Kriegsgefangenen in der UdSSR, geriet jedoch mit ihrem Alleinvertretungsanspruch für Deutschland in Schwierigkeiten. Um ähnliche Schwierigkeiten künftig zu vermeiden, brach die Bundesrepublik durch die Anwendung der Hallstein-Doktrin ihre diplomatischen Beziehungen zu jedem Staat ab, der von sich aus Beziehungen zur DDR aufnahm. So beendete im Oktober 1957 die Bundesrepublik ihre diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien wegen dessen diplomatischer Anerkennung der DDR.³⁴

Die unterschiedliche Entwicklung der beiden deutschen Republiken gipfelte im Bau der Berliner Mauer, der am 13. August 1961 begann. Der Grund dafür war eine Reihe von Umwälzungen in der DDR seit dem Anfang der fünfziger Jahre, die bis Anfang der sechziger Jahre andauerten. Während dieser Zeitspanne führte die DDR eine Bodenreform durch, wobei zuerst der Landbesitz der Großgrundbesitzer enteignet und neu verteilt wurde. Danach schloss sich die Phase der landwirtschaftlichen Kollektivierung an, in der immer mehr selbständige Landwirte zum Eintritt in staatliche oder halbstaatliche land-

³³ Vgl. ebd., S. 804.

³⁴ Vgl. Grosser, Alfred: a.a.O., S. 459-460.

wirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPGs) gezwungen wurden, wo sie die Rolle staatlicher Arbeiter oder Angestellter übernahmen. Der Anteil der LPGs stieg von 20% Mitte der fünfziger Jahre auf 85% im Jahre 1960. Der erzwungene landwirtschaftliche Kollektivierungsprozess führte in der DDR-Bevölkerung seit dem Ende der fünfziger Jahre zu einer massiven Auswanderungswelle in die Bundesrepublik, die das DDR-Regime durch den am 13. August 1961 beginnenden Bau der Berliner Mauer beendete.³⁵

1.1.5. Die Normalisierung der Beziehungen

Der Wettkampf der beiden Supermächte um die Ausdehnung ihrer Einflussphäre im Nachkriegseuropa verlor nach der Kuba-Krise im Jahre 1962 allmählich an Schärfe. Eine Phase der Entspannung trat ein. Die USA und die UdSSR strebten nun eher nach Stabilität und Erhaltung des Status quo in Europa auf der Grundlage einer beiderseitigen Respektierung der Interessensphäre des Gegners.³⁶ Daher fanden die Bemühungen der Bundesregierung um Annäherung an die DDR und ihre Versuche, mit ihr über die Vereinigung zu verhandeln, die den Status quo in Europa gefährdet hätte, bei den beiden Supermächten keine Unterstützung. Angesichts dieses politischen Klimas leitete die Bundesrepublik zunächst eine „Politik der Bewegung“ gegenüber den osteuropäischen Ländern – unter Ausschluss der DDR – ein. Durch die Verbesserung der Beziehungen zu diesen Ländern wollte die Bundesrepublik indirekt eine günstige Atmosphäre für die deutsche Vereinigung schaffen. Unter den Kanzlern Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger knüpfte die Bundesrepublik Handelsbeziehungen sowie diplomatische Beziehungen zu einer Reihe osteuropäischer Länder wie Bulgarien, Polen, Rumänien und Ungarn. Die Kiesinger-Regierung der Großen Koalition ging sogar noch einen Schritt weiter. Am 31. Januar 1967 trat sie in diplomatischen Kontakt mit Rumänien, und am 31. Dezember 1968 nahm sie die 1957 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien wieder auf.³⁷ Mit der Politik der Annäherung an Osteuropa wurde der Ansatz von Egon Bahr, „Wandel durch Annäherung“,³⁸ mit dem Ziel einer Normalisierung der innerdeutschen Beziehungen, aufgegriffen. In der Zeit danach wurden, allerdings ohne bemerkenswerte Erfolge, Versuche zur Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen unternommen.

³⁵ Vgl. Conze, Werner: a.a.O., S. 281-282.

³⁶ Vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg.): a.a.O., S. 397.

³⁷ Vgl. Graml, Hermann: Die Außenpolitik. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. (Band 1). Frankfurt 1989, S. 257.

³⁸ Vgl. Conze, Werner: a.a.O., S. 255.

Die entscheidende Wende in den innerdeutschen Beziehungen trat ab Oktober 1969 während der sozialliberalen Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt ein. Bereits in seiner Regierungserklärung sprach sich Brandt für die Bereitschaft der Bundesrepublik aus, auf den Alleinvertretungsanspruch zu verzichten und die DDR als zweiten deutschen Staat anzuerkennen, obwohl es für diese Anerkennung keine völkerrechtliche Grundlage gab. Die deutsche Frage sollte im Hinblick auf eine Vereinigung für die Zukunft offen gehalten werden. Zur Lösung der deutschen Frage setzte die neue Ostpolitik Brandts die Entspannung der Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern voraus. Die neue Ostpolitik zeichnete sich gegenüber der Osteuropa-Politik der vorangegangenen Regierungen dadurch aus, dass Brandt neben den osteuropäischen Ländern nun auch die DDR einschloss. Da nach zwei vorbereitenden Gipfeltreffen zwischen Brandt und dem Vorsitzenden des DDR-Ministerrates Willi Stoph im März und Mai 1970 die weitere Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen zunächst von der Zustimmung der UdSSR abhing, galten die Bemühungen der Brandt-Regierung zunächst einer Intensivierung der Beziehungen zur UdSSR, die am 12. August 1970 zum Abschluss des Moskauer Vertrags führten. Dann wurden der gegenseitige Gewaltverzicht und die Achtung aller bestehenden Grenzen in Europa, besonders die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens und die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR, vereinbart. „Obwohl es sich nur um den deutsch-sowjetischen Vertrag handelte, war damit gleichsam der Rahmenvertrag für alle Ostverträge der folgenden Zeit geschlossen.“³⁹ Auf der Grundlage des Moskauer Vertrags wurden Ostverträge vergleichbaren Inhalts mit Polen (im Dezember 1970) und der Tschechoslowakei (im Dezember 1973) abgeschlossen. Während sich die Beziehungen zu Osteuropa verbesserten, sicherte sich die UdSSR ihre Position über Berlin in dem Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971. Das Abkommen bestand aus zahlreichen Einzelregelungen. Es ging von der Grundlage des Gewaltverzichts beider Seiten zur Lösung der Probleme in und um Berlin aus. Ein weiteres Transitabkommen mit der Sowjetunion garantierte den unbehinderten Transitverkehr zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin. Die Westmächte erklärten ihrerseits, dass West-Berlin kein Bestandteil der Bundesrepublik sei.⁴⁰ „Der große Vorteil dieses Abkommens bestand darin, dass die bisher herrschende faktische Unsicherheit West-Berlins mit den Möglichkeiten zur Erpressbarkeit und Abschwörung vertraglich ausgeschlossen wurde.“⁴¹

Dank der durch die Ostpolitik der Brandt-Regierung geschlossenen Ostverträge entspannte sich das Verhältnis der Bundesrepublik zu den Ostblockstaaten. Dadurch wurde der Bundesrepublik auf einer nach Westen wie nach Osten gesicherten Basis eine bedeu-

³⁹ Wulf, Peter: a.a.O., S. 851.

⁴⁰ Vgl. ebd., S. 854.

⁴¹ Ebd., S. 854.

tendere Rolle in der internationalen Politik beigemessen.⁴² Die Erfolge der Bundesrepublik in den osteuropäischen Ländern kamen — wie erwartet — den innerdeutschen Beziehungen zugute. Ein Verkehrsvertrag zwischen den beiden deutschen Republiken, der die gegenseitigen Besuche der Bürger für beide Seiten erleichterte, wurde am 26. Mai 1972 abgeschlossen. Der Vertrag erkannte zum ersten Mal die staatliche Gleichberechtigung zwischen der DDR und der Bundesrepublik an. Aufgrund des Abkommens über Berlin stieg die Zahl der Reisenden von der Bundesrepublik und West-Berlin in die DDR und nach Ost-Berlin von zwei Millionen im Jahre 1972 auf 3,4 Millionen im Jahre 1976. Anschließend wurde im Dezember 1972 der Grundlagenvertrag unterzeichnet. Darin enthalten waren u. a. die Anerkennung der innerdeutschen Grenzen, der Gewaltverzicht, die Errichtung ständiger Vertretungen auf beiden Seiten sowie die Bereitschaft zur Lösung humanitärer Fragen.⁴³ Nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages wurden die Bundesrepublik und die DDR am 18. September 1973 in die UNO aufgenommen. Dem Vertrag folgte eine Reihe von Vereinbarungen, etwa auf dem Gebiet des Post- und Telefonverkehrs, des Umweltschutzes und des Reiseverkehrs. Diese Verträge schufen die Fundamente für die Zusammenarbeit und damit für die gegenseitige Annäherung der beiden deutschen Republiken.

Zwar verstärkte die DDR ihre Abgrenzungspolitik gegenüber der Bundesrepublik, u. a. durch die nach dem Abschluss des Grundlagenvertrags verschärften Grenzsicherungsmaßnahmen, jedoch setzte die Bundesrepublik nach 1974 — während der Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Schmidt — den Ausbau der innerdeutschen Beziehungen fort. Seit Ende 1975 tauschten die Bundesrepublik und die DDR — wie im Grundlagenvertrag vereinbart — ständige Vertreter aus. Die mit der militärischen Intervention der Sowjetunion in Afghanistan im Jahre 1979 verschärfte Ost-West-Spannung bestärkte die DDR in ihrer Abgrenzungspolitik gegenüber der Bundesrepublik. Die Erhöhung des Mindestumtauschsatzes für DDR-Besucher am 9. Oktober 1980 belastete die innerdeutschen Beziehungen. Dennoch blieb die Kontaktbereitschaft der beiden deutschen Republiken in einem gewissen Umfang erhalten. Das stärkste Signal für die Aufrechterhaltung der Kontakte setzten die Gipfeltreffen von Helmut Schmidt und Erich Honecker, die vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR stattfanden.

1.1.6. Die Kontinuität der Beziehungen in den achtziger Jahren

In den achtziger Jahren machten die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR kontinuierliche Fortschritte. Außenpolitisch setzte die Bundesregierung nach der

⁴² Vgl. ebd. S. 856.

⁴³ Vgl. Graml, Hermann: a.a.O., S. 259.

Regierungsbildung unter Bundeskanzler Helmut Kohl am 1. Oktober 1982 die Tradition der siebziger Jahre fort, sich um einen Ausgleich zwischen Westintegration und Ostpolitik zu bemühen.⁴⁴ In Bezug auf die Deutschlandpolitik intensivierte die Kohl-Regierung die Zusammenarbeit mit der DDR zum Nutzen der Menschen auf beiden Seiten. Der erneuten Verhärtung der deutsch-deutschen Beziehungen durch die verschärften Grenzkontrollen der DDR trat die Bundesregierung im Juli 1983 mit der Gewährung eines Bankkredits in Höhe von einer Milliarde DM an die DDR entgegen. Auf diese Maßnahme der Bundesrepublik reagierte die DDR mit der Senkung des Mindestumtauschsatzes, Ausreiserleichterungen für DDR-Bürger sowie dem Abbau von Selbstschussanlagen an der DDR-Grenze. „Die Geldleistungen der Bundesrepublik... fanden ein durchaus freundliches Echo; bei weitem nicht das einzige, und das sichtbare und symbolträchtige Zeichen waren großzügige Besucherregelungen, die nicht mehr nur für die Rentner galten.“⁴⁵ 1984 erhielt die DDR nochmals einen Bankkredit von knapp einer Milliarde DM. Die Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen spiegelte sich in der Zunahme des Reiseverkehrs wider: Von 1983 bis 1985 stieg die Zahl der Besuche in der DDR von 3,7 Millionen auf 4,5 Millionen an.⁴⁶ Im Jahre 1984 kamen 1,5 Millionen DDR-Rentner zu Besuch in die Bundesrepublik. Diese Zahl stieg 1987 auf 3,8 Millionen an. Bis 1987 hatte bereits jeder fünfte DDR-Bürger die Bundesrepublik besucht.⁴⁷ Die sich verstärkenden innerdeutschen Beziehungen betrachtete die Regierung Kohl als einen Erfolg der Deutschland-Politik und nicht zu unterschätzenden Beitrag zur späteren Vereinigung.

Auf Einladung der SPD besuchten Politbüromitglied Hermann Axen und Volkskammerpräsident Horst Sindermann im Februar 1986 die Bundesrepublik, um u. a. den geplanten Besuch Honeckers vorzubereiten. Am 6. Mai 1986 erfolgte in Ost-Berlin die Unterzeichnung des deutsch-deutschen Kulturabkommens, über das seit langem verhandelt wurde und das einzelne Regelungen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft, Kunst, Medien usw. enthielt. Die Vereinbarung über Städtepartnerschaften galt als weiterer Fortschritt der deutsch-deutschen Beziehungen. Nach der Begründung der ersten Städtepartnerschaft zwischen Saarlouis und Eisenhüttenstadt im September 1986 stieg die Zahl solcher Verbindungen bis Ende 1989 auf 62 an.⁴⁸ Der Staatsratsvorsitzende der DDR, Erich Honecker, erstattete der Bundesrepublik vom 7. bis 11. September 1987

⁴⁴ Vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg.): a.a.O., S. 432.

⁴⁵ Seebacher-Brandt, Brigitte: Die deutsch-deutschen Beziehungen: Eine Geschichte von Verlegenheiten. In: Eckhard Jesse und Armin Mitter (Hrsg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte-Politik-Gesellschaft. Bonn/Berlin 1992, S. 36-37.

⁴⁶ Vgl. Jahresbericht des Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen 1986, S. 20.

⁴⁷ Vgl. Seebacher-Brandt, Brigitte: a.a.O., S. 37.

⁴⁸ Vgl. Pawlow, Nicole-Annette: Innerdeutsche Städtepartnerschaften. Entwicklung, Praxis und Möglichkeiten. Berlin 1990.

seinen lange hinausgezögerten Besuch. Damit erzielte die DDR ihre endgültige internationale Anerkennung als ein mit der Bundesrepublik gleichberechtigter deutscher Staat. Nach dem Besuch Honeckers setzte die Bundesrepublik ihre Politik der Intensivierung ihrer Beziehungen zur DDR fort. Bis September 1988 wurde eine Reihe von Vereinbarungen mit der DDR getroffen, darunter westliche Stromlieferungen in die DDR und nach West-Berlin, die Ermöglichung von Geldgeschenken an DDR-Bürger und die Erhöhung der jährlichen Transitpauschale von 525 Millionen DM auf 860 Millionen DM.⁴⁹ Somit betrieb die Bundesregierung eine Politik der Einheit der deutschen Nation einerseits und der Normalisierung ihrer Beziehungen zur DDR andererseits. Die DDR verfolgte seit der Machtübernahme Honeckers gegenüber der Bundesrepublik eine Politik des Wechselspiels zwischen Abgrenzung und Zusammenarbeit. Das enorme wirtschaftliche Hilfspotential der Bundesrepublik, das die Bundesregierung der DDR in den achtziger Jahren anbot, verhinderte jedoch, dass die wirtschaftlich hilfsbedürftige DDR ihre Abgrenzungspolitik gegenüber der Bundesrepublik voll entfaltete. Durch ein politisches Wechselspiel von Abgrenzung und Zusammenarbeit versuchte das DDR-Regime unter Honecker von der Bundesrepublik möglichst viele — dringend benötigte — wirtschaftliche Vergünstigungen zu erhalten, ohne dadurch seine politische Stabilität zu gefährden. Die Zunahme des innerdeutschen Reiseverkehrs sowie der Austauschaktivitäten, die unmittelbar die Aufgeschlossenheit und Unzufriedenheit der DDR-Bürger zur Folge hatten, führte jedoch neben anderen Gründen zum unerwarteten Zusammenbruch des DDR-Regimes.⁵⁰

1.1.7. Der Zusammenbruch der DDR und die Vereinigung

Die in Polen und Ungarn beginnenden revolutionsartigen Reformen in Osteuropa und die Bürgerbewegungen in der DDR Ende der achtziger Jahre, die schließlich die Vereinigung Deutschlands bewirkten, lassen sich auf die politischen Kursänderungen in der UdSSR zurückführen. Als Mikhail Gorbatschow im Jahre 1985 an die Macht kam, herrschte in der UdSSR eine schwere Wirtschaftskrise. Gorbatschow versuchte, die UdSSR durch einen radikalen Umbau (Perestroika) und eine demokratische Öffnung (Glasnost) aus der Krisensituation zu retten. Die Reformprogramme Gorbatschows ermöglichten zunächst eine Abkehr vom Kommunismus in Osteuropa. Der politische Umbruch, der in Polen und Ungarn ausgelöst wurde, erfasste im Herbst 1989 auch die DDR. Die Geschichte der deutschen Einheit wäre ohne solche außenpolitischen Rahmenbedingungen nicht denkbar

⁴⁹

Vgl. Seebacher-Brandt, Brigitte: a.a.O., S. 36.

⁵⁰

Vgl. Kuppe, Johannes: Deutschland-Politik der DDR. In: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit. Frankfurt/New York 1993, S. 193-195.

gewesen.⁵¹ Da das DDR-Regime die Demokratisierungs- und Reformbewegungen in der UdSSR und Osteuropa nicht mittragen wollte, flohen zahlreiche DDR-Bürger in die Bundesrepublik, nachdem im Mai 1989 die österreichisch-ungarische Grenze geöffnet worden war. Andere erzwangen die Ausreise durch die Besetzung der Botschaften der Bundesrepublik in Ost-Berlin, Prag, Warschau und Budapest. Obwohl bereits 1984 unzufriedene DDR-Bürger in die Vertretungen der Bundesrepublik in Ost-Berlin und in Prag geströmt waren, wurde die Massenflucht erst im Juli 1989 unaufhaltsam.

Gleichzeitig mit der Massenflucht formierten sich in der DDR die Oppositionsgruppen, die „Massendemonstrationen“ veranstalteten. Während die Zahl der nach Reformen verlangenden Teilnehmer an den Montagsdemonstrationen in der Leipziger Nikolai-Kirche seit August 1989 zunahm, erlebte die DDR zwei Tage nach den offiziellen Feierlichkeiten zu ihrem 40jährigen Bestehen am 7. Oktober 1989 die größte Protestaktion seit dem Aufstand am 17. Juni 1953. Am 9. Oktober forderte Kurt Masur, Pfarrer und Leiter des Gewandhausorchesters, auf einer Demonstration in Leipzig, an der etwa 70.000 DDR-Bürger teilnahmen, die Regierung zum offenen Dialog auf. Der immer stärker werdende Druck der Demonstranten zwang das Politbüro zum Führungswechsel, bei dem Honecker am 18. Oktober zurücktrat. Sein Nachfolger Egon Krenz versprach eine Demokratisierung unter Führung der SED, aber die DDR-Bürger setzten die Demonstrationen mit zunehmender Teilnehmerzahl fort. Am 4. November demonstrierte etwa eine Million Menschen in Ost-Berlin für die Zulassung von Oppositionsgruppen. Angesichts der krisenhaften Situation öffnete die SED am 9. November die Mauer in Berlin und die Grenze zur Bundesrepublik. „Die SED hatte damit ihren Verfügungsanspruch über die Menschen in der DDR endgültig verloren.“⁵² Auch nach der Wahl des neuen Ministerratsvorsitzenden Hans Modrow durch die Volkskammer am 13. November, der eine umfassende Demokratisierung und Wirtschaftsreformen ankündigte, ließen sich die Protestaktionen nicht aufhalten. Bei den sich fortsetzenden Demonstrationen wurde verstärkt die Forderung nach der staatlichen Einheit Deutschlands erhoben. Als Antwort auf die Einheitsparole in der DDR verkündete Bundeskanzler Kohl am 28. November einen 10-Punkte-Plan zur Überwindung der Teilung Deutschlands. Der Plan enthielt die wichtigsten Grundzüge für die künftige Zusammenführung der beiden deutschen Staaten, wie u. a. die Soforthilfe für die DDR und das Anstreben einer Vertragsgemeinschaft der

⁵¹ Vgl. Jesse, Eckhard: Der innenpolitische Weg zur deutschen Einheit. Zäsuren einer atemberaubenden Entwicklung. In: Eckhard Jesse/Armin Mitter (Hrsg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte-Politik-Gesellschaft. Bonn/Berlin 1992, S. 112.

⁵² Thomas, Rüdiger: DDR: politisches System. In: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit. Frankfurt/New York 1993, S. 122.

beiden Teile als erster Schritt mit der eventuellen späteren Vereinigung im europäischen Rahmen.⁵³

Nach dem Beschluss zur Verfassungsänderung, wodurch die Führungsrolle der SED annulliert wurde, traten Anfang Dezember 1989 alle SED-Mitglieder, einschließlich der Staatsratsvorsitzende Krenz, von ihren Ämtern zurück, und ihre Partei wurde in SED-PDS umbenannt. Inzwischen etablierte sich die CDU in der DDR mit ihrem neuen Parteivorsitzenden Lothar de Maizière wieder als eine eigenständige Partei. „Durch den Macht- und Autoritätsverlust von SED, Regierung und Parlament war ein politisches Vakuum entstanden. Die Kritik der Menschen, die weiterhin in großer Zahl für einen grundlegenden Wandel in der DDR demonstrierten, fand im politischen System keine authentische Interessenvertretung. Der Runde Tisch, der am 7. Dezember 1989 unter der Moderation von Vertretern der beiden Kirchen in der DDR zu seiner ersten Sitzung zusammentrat, sollte diesem Mangel abhelfen.“⁵⁴ Die weitere Entwicklung in der DDR entschieden die Gespräche am Runden Tisch, an denen sich verschiedene politische Parteien der DDR wie SED-PDS, CDU, LDPD, NDPD sowie neugegründete Gruppen wie Neues Forum, Demokratischer Aufbruch, Demokratie jetzt sowie die SDP (später SPD) u. a. beteiligten. Am Runden Tisch beschlossen die Beteiligten die Durchführung freier Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990. Vor den Wahlen bildeten sich einige Wahlbündnisse. Die CDU schloss sich mit dem „Demokratischen Aufbruch“ und der „Deutschen Sozialen Union“ zur „Allianz für Deutschland“ zusammen. Die Liberalen formierten sich als „Bund Freier Demokraten“, die Bürgerbewegungen zum „Bündnis 90“.

Bei den Wahlen erhielt die „Allianz für Deutschland“, die für einen raschen Zusammenschluss der beiden deutschen Republiken nach Artikel 23 des Grundgesetzes eintrat, 48% der Stimmen. Dagegen erhielten die Sozialdemokraten, die eine Vereinigung gemäß Artikel 146 des Grundgesetzes nach der Schaffung einer gesamtdeutschen Verfassung anstrebten, nur 22% der Stimmen.⁵⁵ Die Ergebnisse der Wahlen zeigten deutlich, dass die Wähler eine rasche Vereinigung bevorzugten. „Aus eigener Kraft war die DDR zu keiner Zeit lebensfähig gewesen, und das Bewusstsein der in ihr lebenden Bürger hatte sich immer nach Westen ausgerichtet. Weil die freiheitliche Alternative zur Parteidiktatur des Ostens gegeben war, konnte die Einheit in Freiheit verwirklicht werden, als die Verhältnisse es zuließen.“⁵⁶ Nach der Wahl der Volkskammer-Präsidentin Sabine Bergmann-Pohl und des Ministerpräsidenten Lothar de Maizière unterzeichneten die DDR und die

⁵³ Vgl. Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Stuttgart 1991, S. 61-65.

⁵⁴ Thomas, Rüdiger: a.a.O., S. 123.

⁵⁵ Vgl. Fruh, Eckhard: Geschichte der Deutschen 1948-1990. Frankfurt 1990, S. 278.

⁵⁶ Seebacher-Brandt, Brigitte: a.a.O., S. 39.

Bundesrepublik den Staatsvertrag der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, der am 1. Juli 1990 in Kraft trat. In diesem Staatsvertrag wurden die wirtschaftlichen Aspekte der Vereinigung, u. a. die Einführung der Deutschen Mark als alleiniges Zahlungsmittel, die Festlegung der Umtauschsätze (Gehälter, Renten, Sparguthaben wurden bis zu einem bestimmten Betrag im Verhältnis 1:1, Sparguthaben ab diesem Betrag im Verhältnis 1:2 getauscht) sowie die Einführung der Marktwirtschaft als Grundlage der Wirtschaftsunion geregelt. Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages wurden alle Personenkontrollen an der ehemaligen Grenze der DDR aufgehoben. Mit der Unterzeichnung des zweiten Staatsvertrags, des Einigungsvertrags, am 31. August 1990, wurden alle notwendigen innenpolitischen Vorbereitungen für die Vereinigung getroffen.

1.1.8. Internationale Aspekte der deutschen Vereinigung

Von den Alliierten brachten die USA bereits nach dem Fall der Berliner Mauer ihre Unterstützung hinsichtlich der Vereinigung Deutschlands zum Ausdruck. Binnen einer Woche nach dem Fall der Mauer setzte US-Außenminister Baker in einem Gespräch mit seinem deutschen Kollegen Genscher das erste und entscheidende Zeichen: „Wiedervereinigung sei und bleibe amerikanische Politik. Heikel sei nur das Wann und Wie.“⁵⁷ Dagegen zeigten Frankreich und England zuerst skeptische Einstellungen zur deutschen Vereinigung; erst mit dem Voranschreiten der Vereinigung Mitte 1990 nahmen sie Kurskorrekturen vor und unterstützten sie. Der französische Präsident erhoffte im Grunde die Erhaltung der DDR, und seine Kabinettsmitglieder warnten vor einem „sehr großen Deutschland“. Obwohl solche Bedenken vom Sturm der deutschen Entwicklung hinweggefegt wurden, löste die deutsche Einheit bei der politischen Klasse Frankreichs keine Begeisterung aus.⁵⁸ Die britische Premierministerin Thatcher, die unmittelbar vor dem Fall der Berliner Mauer vor einem „Vierten Reich“ warnte, empfahl die deutsche Vereinigung innerhalb eines Zeitraums von über 15 Jahren. „Es half alles nichts, die innerdeutsche Dynamik hatte sich im Januar 1990 so weit entfaltet, dass ein Verhindern der Einheit wohl größere Risiken gebracht hätte als deren Hinnahme. An der deutschen Einheit komme man nicht vorbei, gab Frau Thatcher am 18. Februar 1990 resignierend bekannt...“⁵⁹ Gorbatschow erhoffte zunächst ebenfalls den Fortbestand der Zweistaatlichkeit Deutschlands durch die weitere Existenz der DDR, um die Stabilität Europas zu

⁵⁷ Zitiert nach Wolfsohn, Michael: Der außenpolitische Weg zur deutschen Einheit. Das Ausland und die vollendeten Tatsachen. In: Eckhard Jesse/Armin Mitter (Hrsg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte-Politik-Gesellschaft. Bonn/Berlin 1992, S. 142-162, S. 145.

⁵⁸ Vgl. ebd., S. 150.

⁵⁹ Ebd., S. 151.

erhalten. Erst nach den Vorgängen in der DDR sagte Gorbatschow bei einem Treffen mit Bundeskanzler Kohl am 10. Februar 1990 in Moskau, dass die Sowjetunion die Entscheidung der Deutschen darüber, wann und wie sie in einem Staat leben wollten, respektiere: „Es hängt von der ‘Wahl’ der deutschen Nation selbst ab, ‘in welchen staatlichen Formen, in welchen Fristen, mit welchem Tempo und unter welchen Bedingungen sie diese Einheit verwirklichen’ wird.“⁶⁰

Auf außenpolitischer Ebene fanden im Hinblick auf die Verständigung der Nachbarstaaten über die deutsche Einheit vom 5. Mai bis September 1990 die Zwei-plus-Vier-Konferenzen der Außenminister der beiden deutschen Staaten und der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges statt. Im Gegensatz zu den westlichen Alliierten lehnte die UdSSR zunächst die deutsche Entscheidung ab, nach der Vereinigung der NATO angehören zu wollen. Die UdSSR schlug Deutschland nach der Vereinigung einen neutralen Status vor. Jedoch gelang es den Westmächten, die Sowjetunion davon zu überzeugen, dass Deutschland nach der Vereinigung die NATO-Mitgliedschaft und die Souveränität beibehalten würde. Diese beiden Bedingungen billigte Gorbatschow bei einer Begegnung mit Bundeskanzler Kohl am 16. Juli 1990 im Kaukasus.⁶¹ In dem am 12. September 1990 geschlossenen Vertrag war die Billigung dieser beiden Bedingungen mit weiteren Vereinbarungen wie dem Grenzvertrag mit Polen und der Beschränkung der deutschen Streitkräfte (auf 370.000 Mann) nach der Vereinigung in abschließenden Regelungen bezüglich Deutschlands enthalten. „In diesem September-Vertrag erkannten die Alliierten das deutsche Recht auf Selbstbestimmung und Bündnisfreiheit an; außerdem erklärten sie den Verzicht auf Stationierung ihrer Truppen und Lagerung von Waffen auf deutschem Boden. Demgegenüber versicherten die deutschen Vertragspartner, auf alle Expansion über die Grenzen von Bundesrepublik und DDR hinaus zu verzichten.“⁶² Nach der Erfüllung der innen- und außenpolitischen Voraussetzungen wurde am 3. Oktober 1990 die Vereinigung Deutschlands durch den Beitritt der Länder der bisherigen DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vollzogen.

⁶⁰ Zitiert nach Wolfsohn, Michael: a.a.O., S. 148.

⁶¹ Vgl. Kaiser, Karl: Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte. Bergisch Gladbach 1993, S. 70-72.

⁶² Vogt, Martin: Deutschland von der Bonner „Wende“ zu den Problemen der Einheit. In: Martin Vogt (Hrsg.): Deutsche Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart/Weimer 1997, S. 888-970, S. 936.

1.1.9. Die Situation Deutschlands während der Durchführung der Befragung

Die erste Hälfte des Jahres 1991 konnte als eine Zeit der Ernüchterung nach der Vereinigung betrachtet werden. Bereits Anfang des Jahres 1991 begann die Euphorie über die Einheit abzunehmen. Gleichzeitig tauchte die nüchterne Frage nach der Finanzierung der neuen Bundesländer auf. Obwohl der Bundeskanzler noch kurz vor den Bundestagswahlen Ende 1990 versprochen hatte, dass es keine Steuererhöhung zur Finanzierung der Einheit geben werde, kündigte die Bundesregierung bereits im Februar 1991 zum 1. Juli die höchste Steuererhöhung seit der Vereinigung der Bundesrepublik an. Dies löste bei der Bevölkerung und der Opposition heftige Kritik aus. Durch den Solidarzuschlag auf die Lohn- und Einkommensteuer und die drastische Erhöhung der Mineralölsteuer sollte eine Mehreinnahme von 46 Milliarden DM erreicht werden, um den Aufbau und die Entwicklung der neuen Bundesländer zu fördern. Für die Ausstattung des Gemeinschaftswerks „Aufschwung Ost“ wurden weitere 12 Milliarden DM ausgewiesen.⁶³ Im Jahr 1991 investierte die Bundesregierung in den neuen Ländern insgesamt mehr als 150 Milliarden DM für den Aufbau der Infrastruktur, die Privatisierung von Staatsbetrieben und Unterstützung von Arbeitslosen. Trotz massiver Hilfsmaßnahmen, die für die alten Bundesländer eine schwere Belastung darstellten, traten in den neuen Bundesländern die Probleme offen zutage. Im April 1991 sank die Arbeitslosenquote in den alten Bundesländern auf 5,5%, während der Anteil der Arbeitslosen in den neuen Bundesländern auf 9,5% anstieg.⁶⁴ Das Bruttoinlandsprodukt der neuen Bundesländer sank im Jahre 1991 um etwa ein Drittel im Vergleich zu 1989, und die industriellen und landwirtschaftlichen Erträge reduzierten sich sogar um rund die Hälfte. Ein wesentlicher Grund war der wirtschaftliche Zusammenbruch der ehemaligen Ostblockstaaten, in die nahezu der gesamte Export der DDR gesandt worden war. Weil die Produkte der DDR sich im Westen nicht als konkurrenzfähig erwiesen, mussten die meisten der dortigen Großbetriebe geschlossen werden. Das Bruttoeinkommen der neuen Bundesländer erreichte nur 60% des Volumens der alten Bundesländer. Abgesehen von den tristen wirtschaftlichen Perspektiven für die neuen Bundesländer wurden die meisten ihrer Bürger nun mit der Kehrseite der Marktwirtschaft, wie Existenzgefährdung und Leistungsdruck, konfrontiert. Die veränderten Arbeitsbedingungen führten zu einer neuen soziokulturellen Spaltung zwischen den Menschen in den neuen und den alten Bundesländern. Die große Unzufriedenheit der Bevölkerung in den alten Bundesländern zeichnete sich bei den Wahlen aus, als die CDU einen bitteren Verlust gegen die Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, das seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges immer von der CDU regiert wurde, erlebte. Im darauffolgenden Juni verlor die CDU wieder bei den Landtagswahlen in Hamburg die Mehrheit an die SPD.

⁶³ Vgl. Conze, Werner: a.a.O., S. 270.

⁶⁴ Vgl. ebd.

1.2. China

1.2.1. Die Vorgeschichte der Teilung Chinas

Obwohl die Teilung China erst nach der Niederlage im Bürgerkrieg durch die Übersiedlung von Chiang Kai-sheks nationalchinesischer Regierung nach Taiwan im Jahre 1949 erfolgte, war die kommunistische Herrschaft die Konsequenz der Überlegenheit, die die Kommunistische Partei bereits während des Sino-Japanischen Krieges von 1937 bis 1945 erlangte.⁶⁵ Der Sino-Japanische Krieg, der durch die japanische Invasion in China ausgelöst wurde, bereitete indirekt den Weg für die kommunistische Machtübernahme vor. Bereits lange vor Beginn des Krieges besetzte Japan, das seit Ende des neunzehnten Jahrhunderts Einfluss in Nordchina ausübte, im Jahre 1931 die Mandschurei in Nordostchina. Von diesem Besatzungsgebiet aus startete Japan am 7. Juli 1937 eine Invasion nach Gesamtchina, wodurch bereits in kurzer Zeit sämtliche Küstenregionen Chinas unter japanische Besatzung kamen. Das militärische Kampfpotential der japanischen Truppen war der Armee der nationalchinesischen Regierung Chinas bei weitem überlegen. Obwohl die japanische Armee in Friedenszeiten nur 380.000 Soldaten unterhielt, konnte sie im Kriegsfall bis zu 4.800.000 Soldaten mobilisieren. Die chinesische Armee bestand dagegen nur aus 1.700.000 Soldaten und verfügte nicht über Mobilisierungsmöglichkeiten im Kriegsfall wie Japan. Die Marine und die Luftwaffe Japans waren ebenfalls um ein Vielfaches stärker als diejenigen des chinesischen Gegners.⁶⁶ Aufgrund der militärischen Überlegenheit der japanischen Truppen konnte die nationale chinesische Regierung, die von Chiang Kai-sheks Kuomintang (Volkspartei) geführt wurde, nach der Einnahme der Hauptstadt Nanking nur noch in das gebirgige und unterentwickelte Südwestchina ausweichen. Von diesem Gebiet aus wartete die nationalchinesische Regierung auf die Gelegenheit, die von Japan besetzten Gebiete zurückzuerobern.

Während des Sino-Japanischen Krieges bestand für die nationalchinesische Regierung von der Bedrohung durch Japan einmal abgesehen, diejenige durch den inneren Feind, die Kommunistische Partei Chinas, die im Jahre 1921 mit Moskauer Unterstützung gegründet worden war. Als die Kommunistische Partei zunehmend Zulauf aus der Bevölkerung erhielt, unternahm Chiang Kai-sheks Kuomintang von 1926 an Säuberungsfeldzüge gegen die Kommunisten, um die Ausweitung ihres Einflusses zu unterbinden. Sie blieben jedoch u. a. wegen der japanischen Besetzung der Mandschurei im Jahre 1931 und der folgenden

⁶⁵ Vgl. Bianco, Lucien (Hrsg.): Das moderne Asien. Fischer Weltgeschichte. Band 33. Frankfurt 1969, S. 125.

⁶⁶ Vgl. Lee, Yuen-Han: Die Geschichte des modernen China. (chinesisch) Taipei 1995, S. 516-517.

China-Invasion im Jahre 1937 ohne Erfolg.⁶⁷ Die Kommunisten bildeten eine Basis um ihre Hauptstadt Yenan in Nordwestchina und dehnten ihren Einfluss während des Krieges durch die Mobilisierung der Bauern, der die überwiegende Mehrheit des chinesischen Bevölkerungsanteils angehörte, aus. Trotz der Versuche der nationalchinesischen Regierung und der chinesischen Kommunisten, im August 1937 eine antijapanische Einheitsfront zu bilden, wobei die Kommunisten ihre Truppen offiziell dem Befehl der nationalchinesischen Regierung unterstellten, vertiefte sich der Zwiespalt der beiden Parteien während des Sino-Japanischen Krieges.⁶⁸ Obwohl sich die kommunistischen Truppen bei der Bildung der antijapanischen Einheitsfront offiziell dem Befehl der nationalchinesischen Regierung unterstellten, folgten sie in Wirklichkeit den Weisungen der Kommunistischen Partei Chinas unter der Führung Mao Tse-tungs und setzten ihren Kampf gegen die nationalchinesischen Regierung aus dem Hinterhalt heraus fort.⁶⁹ Unter diesen Bedingungen — die reicheren Küstenregionen Ostchinas standen unter japanischer Besatzung, der Westteil Chinas war zwischen der nationalchinesischen Regierung und den Kommunisten im Süden und im Norden in zwei Teile aufgeteilt — dauerte der Sino-Japanische Krieg bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges an.⁷⁰ Die nationalchinesische Regierung konnte zwar in Südwestchina weiterexistieren, war jedoch nicht in der Lage, ganz allein die von Japan besetzten Küstengebiete militärisch zurückzuerobern. Die entscheidende Wende im Sino-Japanischen Krieg trat erst nach der Beendigung des Krieges in Europa (Kapitulation Deutschlands am 7. Mai 1945) ein, nachdem die Alliierten, vor allem die USA, ihre militärische Offensive gegen Japan eingeleitet hatten. Erst dann wurde Japan zur Niederlage und schließlich am 2. September 1945 zur Kapitulation gezwungen.⁷¹

Während des Sino-Japanischen Krieges führten sowohl die nationalchinesische Regierung in Chungking als auch die Kommunisten in Nordwestchina einen Zweifrontenkrieg. Die nationalchinesische Regierung und die Kommunisten kämpften sowohl gegen Japan als auch gegeneinander.⁷² Anstatt der japanischen Invasion entschlossen Widerstand zu leisten, zog sich die nationalchinesische Regierung bereits Ende 1937 nach Chungking zurück und setzte damit die Mehrheit der chinesischen Bevölkerung der brutalen Unterdrückung durch die japanische Armee aus. Chiang Kai-shek räumte der Bekämpfung des

⁶⁷ Vgl. Haydt, Mathias: Ostasien-Ploetz. Geschichte Chinas, Japans und Koreas zum Nachschlagen. Freiburg/Würzburg 1986, S.18.

⁶⁸ Vgl. Mackerras, Colin/Amanda Yorke: The Cambridge Handbook of Contemporary China. Cambridge/New York/Melbourne 1991, S. 11.

⁶⁹ Vgl. Chang, Yu-Fa: Die neue Geschichte des modernen China. (chinesisch) Taipei 1990, S. 401.

⁷⁰ Vgl. Fairbank, John: Geschichte des modernen China 1800-1985. Deutscher Taschenbuch Verlag. München 1989, S. 242.

⁷¹ Vgl. Chang Yu-Fa: a.a.O., S. 423.

⁷² Vgl. Fairbank, John: a.a.O., S. 246.

Kommunismus auf chinesischem Boden auch während des Sino-Japanischen Krieges den Vorrang ein und schwächte dadurch die Bereitschaft seiner Truppen zum Kampf gegen Japan. Im Jahre 1942 wurden z. B. Truppen mit einer Stärke von etwa 400.000 Soldaten in Nordostchina gegen die Ausweitung des Kommunismus eingesetzt.⁷³ Aufgrund der Weite des Landes gelang es den japanischen Einheiten, hauptsächlich die Städte und Gebiete entlang der Eisenbahnlinien zu besetzen. In den übrigen Gebieten hinter den japanischen Besetzungslinien mobilisierten die Kommunisten die Bevölkerung so zielgerichtet wie erfolgreich zur Führung antijapanischer Guerilla-Kriege in kleinem Umfang. Daher schlugen sie im Verhältnis zu den Kuomintang-Truppen weniger Schlachten, aber erweckten bei der Bevölkerung den Eindruck, dass hauptsächlich sie Widerstand gegen Japan leisteten.⁷⁴

Nach dem Rückzug der nationalchinesischen Regierung nach Chungking blieb für diejenigen Teile der chinesischen Bevölkerung, die sich nicht widerstandslos der japanischen Unterdrückung unterwerfen wollten, die Unterstützung der hinter den feindlichen Linien operierenden kommunistischen Truppen die einzige Möglichkeit. Die Herrschaft und die Organisation der kommunistischen Partei in ihrem Besatzungsgebiet beruhten auf strenger Disziplin sowie darauf, dass die kommunistischen Truppen den Wünschen der Bauern mit Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft entgegenkamen. Durch ihre kompromisslose Forderung nach einer antijapanischen Einheitsfront und durch ihre effektiven Guerilla-Operationen gegen die japanische Besatzung gewannen die Kommunisten die Sympathie der Bevölkerung und fanden großen Zulauf. Dadurch gewannen sie während des Sino-Japanischen Krieges eine starke Machtbasis. Diese Machtbasis verhalf den Kommunisten im Bürgerkrieg gegen die nationalchinesische Regierung nach der japanischen Kapitulation im Jahre 1945 zum schnellen Sieg, obwohl die Regierungstruppen den Kommunisten zahlenmäßig und in Bezug auf ihre Ausrüstung weit überlegen waren.⁷⁵

In den von der nationalchinesischen Regierung kontrollierten Gebieten um Chungking in Südwestchina litt die Bevölkerung wegen der mangelnden Disziplin ihrer Truppen ebenso wie ihre Landsleute in den von Japan besetzten Gebieten. Die Truppen der Nationalchinesischen Regierung zeigten einen schwachen Widerstandswillen gegen Japan. Wegen der schlechten Verpflegung war die Kampfmoral der Einheiten äußerst gering, und nicht selten kam es zum Konflikt mit der Bevölkerung. Durch die Verlegung der Hauptstadt von Nanking nach Chungking verlor die nationalchinesische Regierung einerseits einen

⁷³

Vgl. u. a.:
Haydt, Mathias: a.a.O., S. 19;
Chang Yu-Fa: a.a.O., S. 419.

⁷⁴

Vgl. Bianco, Lucien (Hrsg.): a.a.O, S. 127-128.

⁷⁵

Vgl. Franke, Wolfgang/Brunhild Staiger (Hrsg.): China Handbuch. Eine Veröffentlichung der Deutschen Gesellschaft für Ostasienkunde in Verbindung mit dem Institut für Asienkunde. Düsseldorf 1974, S. 892.

Großteil ihrer Steuereinnahmen aus der reichen Küstenregion. Andererseits führten die hohen Kriegsausgaben zu einer hohen Inflationsrate (von 1937 bis 1945 stiegen die Preise um das 2000fache), ein Problem, das die nationalchinesische Regierung nicht zu lösen imstande war.⁷⁶ Die durch die hohe Inflation erschwerten Lebensbedingungen begünstigten die Korruption in der Administration. Der unentschlossene Widerstand gegen Japan, die Inkompetenz des Verwaltungsapparates angesichts des wirtschaftlichen Chaos und überhand nehmende Korruption sowie die Misshandlung der Bevölkerung bauten das Vertrauenskapital der Nationalregierung ab. Die Missstände trieben die Bevölkerung dazu, zu den Kommunisten überzulaufen. Die kommunistischen Truppen nahmen von weniger als 100.000 Soldaten zu Anfang des Sino-Japanischen Krieges auf über eine Million im Jahre 1945 zu. Im gleichen Zeitraum stieg die Anzahl der Bauern, die unter kommunistischer Verwaltung lebten, von rund einer auf fast hundert Millionen.⁷⁷

Eigentlich hätten Probleme wie Korruption, Inkompetenz und dergleichen, die in der chinesischen Administration eine lange Tradition besaßen, die nationalchinesische Regierung nicht zu Fall bringen müssen, wenn sie die Not der vom Krieg erschütterten Bevölkerung nicht in diesem extremen Ausmaß vernachlässigt hätte. Im Vergleich zur Gleichgültigkeit der nationalchinesischen Regierung reagierten die Kommunisten auf die Nöte und Leiden der armen Bevölkerung, die nach dem Sino-Japanischen Krieg die überwiegende Mehrheit des chinesischen Volkes ausmachte, mit dem Versprechen einer gerechten Umgestaltung der Gesellschaft. Durch dieses Versprechen gewannen sie in erstaunlich kurzer Zeit die massive Unterstützung der Bevölkerung.⁷⁸

1.2.2. Der Bürgerkrieg und die Teilung Chinas

Obwohl China nach der japanischen Kapitulation durch sein Bündnis mit den Siegermächten USA und UdSSR den Zweiten Weltkrieg als Sieger überstehen konnte, bedeutete die Rückeroberung der von Japan besetzten Gebiete für die nationalchinesische Regierung nicht die Wiedererlangung der Herrschaft über Gesamtchina. Vielmehr begann ein neuer Krieg — der Bürgerkrieg zwischen Chiang Kai-sheks nationalchinesische Regierung und Mao Tse-tungs Kommunistischer Partei, aus dem die nationalchinesische Regierung als Verlierer hervorgehen sollte.

⁷⁶ Vgl. Pepper, Suzanne: Civil War in China. The Political Struggle, 1945-1949. Berkeley/Los Angeles/London 1978, S. 95.

⁷⁷ Vgl. Haydt, Mathias: a.a.O., S. 53.

⁷⁸ Vgl. Mohr, Ernst Günther: Die unterschlagenen Jahre: China vor Mao Tse-tung. Esslingen/München, 1985, S. 277.

Gleich nach der Kapitulation Japans am 2. September 1945 veranlassten sowohl die Kommunisten als auch die nationalchinesische Regierung ihre Truppen, die freigewordenen Gebiete (Nordchina und die Mandschurei) unter ihrer Besatzung so schnell wie möglich zu erweitern. Nach der japanischen Kapitulation waren die Verkehrswege, die von Südwestchina in die von der japanischen Besatzung befreiten Gebiete führten, überwiegend beschädigt. „Mit Hilfe amerikanischer Flugzeuge und Schiffe warf Chiang Kai-shek seine Truppen nach Norden, um zu verhindern, dass die Kommunisten durch die Übernahme der japanischen Bestände an Kriegsmaterial gestärkt würden und die Mandschurei besetzten.“⁷⁹ Der nationalchinesischen Regierung fehlten ansonsten jegliche Transportmöglichkeiten, da die Wiederverlegung der Regierung von Chungking nach Nanking erst im Mai 1946 gelang. Die Verzögerung versetzte die nationalchinesische Regierung in eine äußerst ungünstige Lage gegenüber den Kommunisten, die bereits während des Krieges hinter den feindlichen Linien im japanischen Besatzungsgebiet tätig waren,⁸⁰ obwohl aufgrund der Unterstützung der USA die Ausrüstung der nationalchinesischen Truppen im Jahre 1945 mindestens doppelt so stark war wie die der Kommunisten und die nationalchinesische Regierung den überwiegenden Teil Chinas mit allen größeren Städten unter ihre Besatzung brachte.

Bereits seit August 1945, vor der japanischen Kapitulation, führte Mao Tse-tung unter amerikanischer Aufsicht Verhandlungen mit Chiang Kai-shek, die außer einer formellen Erklärung der Bereitschaft zum Frieden und zur Zusammenarbeit der beiden Parteien, die am 11. Oktober 1945 abgegeben wurde, keine praktische Vereinbarung erzielten. Das Scheitern der Verhandlungen zwischen der nationalchinesischen Regierung und den Kommunisten war — abgesehen von Differenzen der Interessenlagen beider Parteien — darauf zurückzuführen, dass die Kommunisten unter den Verhandlungen eine andere Form des Krieges verstanden, die darauf abzielte, den Feind auf indirektem Weg zu besiegen. Vor Mao Tse-tungs Abreise nach Chungking zu Verhandlungszwecken erteilte er angeblich seinen Einheiten bereits den Befehl, Nordchina zu besetzen. Während der Verhandlungen von Chungking war die Machtausdehnung der kommunistischen Truppen⁸¹ jedenfalls keineswegs zum Stillstand gekommen.

Die nationalchinesische Regierung fand nach der japanischen Kapitulation auch deshalb wenig Sympathien bei der Bevölkerung der von Japan besetzten Gebiete, weil besonders die junge Generation die nationalchinesische Regierung als den eigentlichen Schuldigen des Krieges betrachtete und ihre Hoffnung in die kommunistische Herrschaft setzte. Die Einheiten der nationalchinesischen Regierung sehnten sich nach dem langwierigen Sino-

⁷⁹ Franke, Wolfgang/Brunhild Staiger: a.a.O., S. 947.

⁸⁰ Vgl. Lee, Yuen-Han: a.a.O., S. 593.

⁸¹ Vgl. ebd., S. 615-616.

Japanischen Krieg ebenfalls nach Frieden. Die Folge war die ständige Verstärkung der kommunistischen Truppen durch Überläufer aus den Reihen der nationalchinesischen Regierung. Mit Zunahme der Überläufer stieg nicht nur die Anzahl der kommunistischen Truppen, sondern die Deserteure verbesserten auch deren Ausrüstung.⁸² Mit dem Rückzug der japanischen Armee kam es zwischen den Einheiten der nationalchinesischen Regierung und den kommunistischen Truppen zu militärischen Zusammenstößen, die ohne das Dazwischentreten Japans schnell eskalierten. Obwohl am 10. Januar 1946 der US-General George Catlett Marschall die nationalchinesische Regierung und die Kommunistische Partei zum Waffenstillstand und Bildung einer Koalitionsregierung bewegen konnte, kam es zwischen den Truppen der beiden Gegner im März zu erneuten Zusammenstößen in der Mandschurei, woraufhin die kommunistische Partei über die Mandschurei den Kriegszustand verhängte.⁸³ Im Laufe des Jahres 1946 konnten die Truppen der nationalchinesischen Regierung weitere Gebiete unter ihre Besatzung stellen, was die Kommunisten zum Boykott der Nationalversammlung bewog, die von der nationalchinesischen Regierung einberufen worden war. Im Frühjahr 1947 wurden die Kommunisten mit dem weiteren Vorrücken der Truppen der nationalchinesischen Regierung von ihrer Basis im nordwestchinesischen Yenan verdrängt.

Im Oktober 1947 begannen die Kommunisten von der Mandschurei aus in die Offensive überzugehen. Dabei wandten sie ihre zuvor bereits im Kampf gegen die Japaner erprobte Guerillataktik, nur die größeren Städte Nordchinas zu besetzen, gegen die Truppen der nationalchinesischen Regierung an. Folglich waren die weiträumigen Gebiete zwischen den Städten voneinander isoliert. Die Truppen der nationalchinesischen Regierung konnten somit ihre überlegene Ausrüstung nicht effektiv gegen die Kommunisten einsetzen. Da die nationalchinesische Regierung ihren Truppen nicht rechtzeitig den Rückzug aus den isolierten Besatzungsstädten in Nordchina befahl, wurden die Einheiten entweder von den Kommunisten vernichtet, oder sie kapitulierten mitsamt ihrer Ausrüstung.⁸⁴ Dagegen erzielten die Kommunisten durch die Unterstützung der breiten Basis von Bauern, deren Vertrauen sie während des Widerstandes gegen Japan gewonnen hatten, allmählich Erfolge. Sie konnten ihren Machtbereich schrittweise wieder nach Süden ausdehnen. Mit der Zunahme ihres Kampfpotentials waren die kommunistischen Truppen in der Lage, von Guerillakriegen zu größeren Schlachten gegen die Truppen der nationalchinesischen Regierung überzugehen.⁸⁵ Kurz vor Jahresende brachten sie Yenan wieder unter ihre Kontrolle. In dem entscheidenden Kampf um Huai-Hai, der von November 1948 bis

⁸² Vgl. Eberhard, Wolfram: Geschichte Chinas: Von den Anfängen bis zur Gegenwart. 1971 Stuttgart, S. 400.

⁸³ Vgl. Haydt, Mathias: a. a. O., S. 55.

⁸⁴ Vgl. Fairbank, John: a. a. O., S. 266 und 268.

⁸⁵ Vgl. Hooton, E. R.: The Greatest Tumult. The Chinese Civil War 1936-49. London/Oxford/Washington 1991, S. 78.

Januar 1949 dauerte, hatten die Truppen der nationalchinesischen Regierung Koordinationsschwierigkeiten. Sie kämpften vereinzelt, ohne sich gegenseitig zu unterstützen. Viele ihrer Soldaten liefen angesichts der hoffnungslosen Lage zu den Kommunisten über. Diejenigen Einheiten der nationalchinesischen Regierung, die bis zum Ende Widerstand leisteten, wurden von den Kommunisten vernichtet.⁸⁶ Mit dieser Niederlage verlor die nationalchinesische Regierung den Hauptteil ihrer noch vorhandenen Truppen von über einer halben Million Soldaten. Die Kommunisten nahmen Nordchina einschließlich Peking ein. Damit stand ihnen auch der Weg nach der Hauptstadt Nanking und nach Shanghai in Südchina offen. Nach der erfolgreichen Verbreitung des Kommunismus zunächst in den ländlichen Gebieten beschloss das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas im März 1949, die Parteiarbeit vom Land in die Städte zu verlegen. Damit war die kommunistische Herrschaft über ganz China nicht mehr aufzuhalten.

Nach dem Rückzug der Japaner breitete sich die wirtschaftliche Misere Südwestchinas, dem Herrschaftsgebiet der nationalchinesischen Regierung, in den befreiten Gebieten aus. Bei der verzögerten Rückverlegung der nationalchinesischen Regierung von Chungking nach Nanking versank die Küstenregion im Chaos. Mangel an Verbrauchsgütern durch Kriegsschäden, Arbeitslosigkeit, hohe Inflation und Korruption in der Verwaltung gerieten außer Kontrolle. Die weitreichenden Missstände versuchte die nationalchinesische Regierung durch Steuererhöhungen zu beheben, die bei der Bevölkerung Unzufriedenheit auslösten. Die Bevölkerung und speziell die Studenten in der befreiten Küstenregion wurden von der nationalchinesischen Regierung oft als Kollaborateure der Japaner verurteilt und feindlich behandelt. Beim Wettlauf mit den Kommunisten um die von der japanischen Besatzung befreiten Gebiete Nordchinas schreckte die nationalchinesische Regierung nicht einmal vom Einsatz japanischer Truppen und deren chinesischer Kollaborateure gegen die Kommunisten zurück, was bei der Bevölkerung Empörung auslöste.⁸⁷ Gleichzeitig verkannte die nationalchinesische Regierung die weitverbreiteten Bürgerbewegungen, die zum Frieden zwischen der nationalchinesischen Regierung und den Kommunisten aufriefen. Sie dachte zu einer Zeit, in der nach dem lang andauernden Sino-Japanischen Krieg alle auf Frieden hofften, nur an eine militärische Lösung des Konflikts mit dem Kommunisten. So schob man der nationalchinesischen Regierung mehr Schuld am Bürgerkrieg zu als den Kommunisten.⁸⁸ Die erneuten Offensiven der Kommunisten zwangen die Nationalregierung Chiang Kai-sheks und ihre Armee sowie etwa zwei Millionen Zivilpersonen, auf die Insel Taiwan überzusiedeln.

⁸⁶ Vgl. Lee, Yuen-Han: a. a. O., S. 634.

⁸⁷ Vgl. Pepper, Suzanne: a. a. O., S. 10, 11 und 385.

⁸⁸ Vgl. Belden, Jack: China Shakes the World. New York/London 1949, S. 398-399.

1.2.3. Die Entstehung zweier Chinas

Am 1. Oktober 1949 wurde nach Verabschiedung der Organisationsgesetze für die zentrale Volksregierung die Volksrepublik China, definiert als eine demokratische Volksdiktatur der Arbeiter und Bauern, unter dem Vorsitzenden Mao Tse-tung gegründet. Gleich nach der Übernahme der Herrschaft entmachtete die kommunistische Partei die Überreste der bisherigen herrschenden Schichten. Anschließend nahm sie die gesellschaftliche Umwandlung in Angriff. Im Rahmen der wirtschaftlichen Umgestaltung Anfang der fünfziger Jahre wurden die private Industrie und sonstigen Wirtschaftszweige durch die Bildung von Vereinigungen für gegenseitige Hilfe und von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften allmählich zurückgedrängt.

Nach ihrer Übersiedlung leitete die nationalchinesische Regierung in Taiwan umgehend eine Landreform ein, die sie nach dem Sino-Japanischen Krieg für ganz China geplant hatte. Diese Bereitschaft zur Durchführung der Landreform in Taiwan zeigte, dass die nationalchinesische Regierung nach der Machtergreifung in China ohne das Dazwischentreten Japans und der Kommunisten durchaus eine ernstgemeinte Landreform⁸⁹ zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung durchgeführt hätte. Die Landreform vollzog sich seit 1949 in drei Stufen: Herabsetzung der Grundrente und Pachtherabsetzung; Enteignung der Großgrundbesitzer; neue Verteilung des Grundes an die Bebauern. Die Enteignung der Großgrundbesitzer, die in Taiwan erfolgte, unterschied sich von der Enteignung in den kommunistischen Ländern. Die Großgrundbesitzer erhielten als Entschädigung für ihr Land Aktien der staatlichen Industrieunternehmen, die im Verlauf der kommenden Industrialisierung erheblich an Wert gewannen und den früheren Großgrundbesitzern dazu verhalfen, zur neuen herrschenden Schicht der Gesellschaft zu werden.⁹⁰ Auf dem Erfolg der Landreform sowie der intensiven Militär- und Wirtschaftshilfe der USA während des Zeitraums von 1950 bis 1965 baute Taiwan ein Wirtschaftswunder auf, welches das Regime der nationalchinesischen Regierung in Taiwan stärkte.

1.2.4. Die Rolle der Republik China im Kalten Krieg

Die Republik China in Taiwan und die Volksrepublik China machten einander seit 1949 das Alleinvertretungsrecht für China streitig, was bis heute ein ungelöstes Problem darstellt. Die Republik China, die nach dem Sturz der kaiserlichen Dynastie im Jahre 1912

⁸⁹

Vgl. Mohr, Ernst Günther: a. a. O. , S. 279.

⁹⁰

Vgl. Kindermann, Gottfried-Karl (Hrsg.): Stimmen des anderen China. Nationalchinesische Experten zu entwicklungspolitischen Alternativen für China. München 1974, S. 16-17.

von der Kuomintang (Volkspartei) gegründet wurde, gab ihren Alleinvertretungsanspruch für China nach der Umsiedlung nach Taiwan nicht auf. Der Konflikt um die Rechtmäßigkeit der Vertretung führte zu einem Dauerkampf der beiden Chinas um Anerkennung in der internationalen Gemeinschaft. Von 1949 bis Anfang der siebziger Jahre gelang es der Republik China mit der entschlossenen Unterstützung der USA, ihren Sitz in der UNO zu behalten. Während dieses Zeitraums erhielt sie auch die diplomatische Anerkennung durch die meisten Staaten der Welt.

Obwohl die Volksrepublik China schon 1949 von der UdSSR, den osteuropäischen Staaten sowie von Großbritannien, den skandinavischen Staaten, Israel und der Schweiz anerkannt wurde, erlitt ihre Außenpolitik mit dem Ausbruch des Korea-Krieges am 25. Juni 1950 einen schweren Schlag. Die Gegenoffensive der US-Truppen während des Korea-Krieges, die Truppen des Nordens bis an die chinesische Grenze drängte, versetzte die Volksrepublik China in eine ähnliche Situation wie vor dem Sino-Japanischen Krieg, als das Vorrücken der japanischen Truppen an die chinesische Grenze die Besetzung der Mandschurei durch Japan zur Folge hatte. Um eine solche Bedrohung ihres Territoriums auszuschalten, intervenierte die Volksrepublik China im Oktober 1950 im Korea-Krieg.⁹¹ Zwei Tage nach dem Ausbruch des Korea-Krieges erteilte US-Präsident Truman den Befehl zur Stationierung von US-Flotten vor der taiwanesischen Küste, um mit der Volksrepublik China zu einem militärischen Ausgleich zu gelangen und die kommunistische Machtausdehnung in der Region zu verhindern.⁹² Im darauffolgenden Jahr wurde die Volksrepublik China von der Generalversammlung der UNO als Aggressor verurteilt. Taiwan erhielt seit dem Ausbruch des Korea-Krieges verstärkt Militär- und Wirtschaftshilfe. Die Zwischenfälle auf den Inseln Quemoy und Matsu im Jahre 1954, bei denen die Volksrepublik China Versuche zur militärischen Eroberung Taiwans machte, veranlassten die USA, Taiwan in ihr Verteidigungssystem zu integrieren. Die USA und Taiwan schlossen im Dezember 1954 ein gegenseitiges Verteidigungsabkommen.⁹³

Für die Volksrepublik China erschwerte die einseitige Anlehnung an die UdSSR Anfang der fünfziger Jahre zusätzlich die außenpolitische Lage des Landes in einer Zeit der sich verschärfenden Ost-West-Spannung. Nach der erfolgreichen Umgestaltung des Wirtschaftssystems nach sowjetischem Modell in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre versuchte Mao Tse-tung seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, in China einen eigenen sozialistischen Weg durchzusetzen, der das Land von der abnehmenden Hilfe der UdSSR unabhängig machen sollte. 1958 leitete er die Bewegung des „Großen Sprungs nach vorn“, eine radikale gesellschaftliche Umgestaltung, ein. Sie teilte die gesamt-

⁹¹ Vgl. Franke, Wolfgang /Brunhild Staiger (Hrsg.): a.a.O., S. 1527.

⁹² Vgl. Lee, Shou-Kon: Die Geschichte des modernen China. (chinesisch) Taipei 1994, S. 376.

⁹³ Vgl. ebd., S. 389.

chinesische Bevölkerung in eine Vielzahl von Volkskommunen auf, mit dem Ziel, ein schnelles Wirtschaftswachstum zu erreichen. 1966 begann aufgrund von Maos Aufruf die Kulturrevolution, die auf den Sturz der Reste des kapitalistischen Ausbeutungssystems abzielte. Sie verwandelte die gesellschaftliche Struktur in ein Chaos und hinterließ in der Wirtschaft erhebliche Schäden.⁹⁴ Während dieser Phasen war die Volksrepublik China so sehr mit ihren inneren Problemen beschäftigt, dass sie ihre Außenpolitik fast völlig vernachlässigte.

1.2.5. Die Hinwendung der Volksrepublik China zum Westen

Entgegen den Erwartungen der Volksrepublik China brachte das langfristige Bündnis mit Moskau, das die Aufnahme der Volksrepublik China in die internationale Gemeinschaft hemmte, nur wenig Wirtschaftshilfe mit sich, die im Verlauf des Fünf-Jahres-Plans (Anfang der fünfziger Jahre) zudem ständig abgebaut wurde. Außerdem leitete Moskau nach dem XX. Parteitag im November 1957 eine Kursänderung ein, die eine friedliche Koexistenz verfolgte. Angesichts dieses Entspannungskurses weigerte sich Moskau, der Volksrepublik China Hilfe beim Aufbau einer Atomstreitmacht zu leisten. Auch lehnte Moskau es ab, die Volksrepublik China während der Quemoy-Krise im Jahre 1958 bei einer militärischen Lösung der Taiwan-Frage zu unterstützen.⁹⁵ Daher war das Bündnis zwischen Peking und Moskau nicht ungetrübt.⁹⁵ Nach der Verkündung des Endes der Kulturrevolution auf dem IX. Parteitag im April 1969 begann die Volksrepublik China mit einer neuen Initiative in der Außenpolitik. Viele der während der Kulturrevolution geschlossenen Botschaften konnten ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Die unmittelbaren Hintergründe der außenpolitischen Wende zum Westen bestanden in der wachsenden Bedrohung durch den sowjetischen Einmarsch in die CSSR und durch die Verkündung der Breschnew-Doktrin, die die sowjetische Machtausdehnung legitimierte. Darüber hinaus bewogen die seit Ende der sechziger Jahre zunehmenden Spannungen mit der UdSSR an der sowjetisch-chinesischen Grenze die Volksrepublik China, ihre Beziehungen zu den USA zu normalisieren.⁹⁶

Die kompromisslose Haltung der USA gegenüber China änderte sich nach dem Amtsantritt Präsident Nixons, der nach einer Möglichkeit zur Beendigung des US-Engagements im Vietnamkrieg suchte. Hinzu kam die Beendigung der Kulturrevolution der

⁹⁴ Vgl. Gettings, John: China Changes Face. The Road from Revolution 1949-1989. Oxford/New York 1989, S. x-xii.

⁹⁵ Vgl. Haydt, Mathias: a. a. O., S. 21 und 22.

⁹⁶ Vgl. Fairbank, John: a. a. O., S. 331.

Volksrepublik China im Jahre 1969. Solche Voraussetzungen⁹⁷ veranlassten die USA, ihre im Westpazifik geführte Isolierungspolitik neu zu bewerten. Die amerikanisch-chinesische Annäherung begann. Der Bekanntmachung der Einladung an den amerikanischen Präsidenten Richard Nixon im Sommer 1971 folgte, nach Zustimmung der USA, am 25. Oktober des Jahres die Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen. Obwohl diese Aufnahme den Verbleib der Republik China in der Weltorganisation nicht ausschloss, beharrte letztere auf ihrem Alleinvertretungsanspruch und verließ die Vereinten Nationen.⁹⁸ Richard Nixon besuchte die Volksrepublik China im Februar 1972. Die Vereinbarungen, die während des Nixon-Besuchs erzielt wurden, schlugen sich in den Kommuniqués von Shanghai nieder. Die USA und die Volksrepublik China bekannten sich zum Gewaltverzicht in Streitfällen und zum Prinzip der friedlichen Koexistenz. Bezüglich des umstrittenen China-Problems beharrte Peking in den Kommuniqués auf seinem Standpunkt, nach dem Taiwan als eine Provinz Chinas galt; die USA erwiderten im Einklang mit der Volksrepublik China die Auffassung, dass es in der internationalen Gemeinschaft nur ein China gebe und dass Taiwan als ein Teil diesem China⁹⁹ angehöre. Damit schlossen sich die USA dem Standpunkt der Volksrepublik China an, dass Taiwan als ein Teil Chinas galt. Taiwan sollte auf keinem Fall als ein von China unabhängiger Staat in der internationalen Gemeinschaft auftreten.

Der UNO-Beitritt der Volksrepublik China sowie die Aufnahme halboffizieller Beziehungen zwischen Washington und Peking beschleunigten eine diplomatische Wende zur Volksrepublik China hin. Mit der zunehmenden Anzahl an Staaten, die die Volksrepublik China als rechtmäßiges China anerkannten, geriet die Republik China immer mehr in die diplomatische Isolation. Im Jahre 1977, am Tiefpunkt der Anerkennung, unterhielten nur noch 23 Länder, zumeist unbedeutende Staaten der Dritten Welt, volle diplomatische Beziehungen zu Taiwan.¹⁰⁰ Danach besserte sich die Lage, und in den neunziger Jahren konnte Taiwan die Anzahl der Länder, die es diplomatisch anerkannten, wieder auf 30¹⁰¹ erhöhen.

Am 1. Januar 1979 nahmen die USA volle diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China auf und beendeten damit die seit 1949 bestehende diplomatische Anerkennung der Republik China auf Taiwan. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen annullierte gleichzeitig die bestehenden offiziellen Verträge zur gemeinsamen Verteidigung gegen die Ausbreitung des Kommunismus. Nach der Beendigung der diplomatischen Bezie-

⁹⁷ Vgl. Franke, Wolfgang /Brunhild Staiger (Hrsg.): a. a. O., S. 18.

⁹⁸ Vgl. Lee, Yuen-Han: a. a. O., S. 560.

⁹⁹ Vgl. Haydt, Mathias:a. a. O., S. 76.

¹⁰⁰ Vgl. ebd., S. 86.

¹⁰¹ Vgl. Government Information Office (Hrsg.): Republic of China Yearbook 1991-92. (englisch) Taipei 1991, S. 135.

hungen sowie der Verteidigungsverträge mit Taiwan erklärten die USA jedoch im „Taiwan Relation Act“, dass ihrerseits die wirtschaftlichen und sozialen Verbindungen mit Taiwan und die weiteren Waffenlieferungen, die für die Verteidigung Taiwans notwendig seien, erhalten bleiben würden. Die regen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen besonders mit den USA ermöglichten der politisch isolierten Republik China die weitere Existenz innerhalb der internationalen Gemeinschaft. Im August 1982 veröffentlichten die Regierungen in Peking und Washington ein gemeinsames Kommuniqué über Taiwan, in dem die USA ihre Bereitschaft zum qualitativen und quantitativen Abbau ihrer Waffenlieferungen an Taiwan bestätigten.¹⁰²

1.2.6. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Republik China und der Volksrepublik China

Die Außenpolitik der Volksrepublik China seit 1949 lässt sich in drei Phasen einteilen: die Phase der einseitigen Anlehnung an die UdSSR von 1949 bis 1958, die Phase der Abwendung von der UdSSR von 1958 bis zum Ende der Kulturrevolution, die Phase der Hinwendung zum Westen von 1969 an.¹⁰³ Entsprechend diesen außenpolitischen Rahmenbedingungen lässt sich Pekings Taiwan-Politik im Großen und Ganzen ebenfalls in drei verschiedene Phasen unterteilen: die erste Phase begann direkt nach 1949 und dauerte bis Ende der sechziger Jahre; während dieses Zeitraums sprach sich die Volksrepublik China für die militärische Befreiung Taiwans aus. Als typische Ereignisse dieser Phase galten die militärischen Auseinandersetzungen in Quemoy¹⁰⁴ und Matsu in den Jahren 1954 und 1958. Die zweite Phase setzte mit der Hinwendung der Volksrepublik China zum Westen in den siebziger Jahren ein. Peking strebte während dieser Zeit eine friedliche Wiedervereinigung mit Taiwan an. Als typisches Beispiel der zweiten Phase galt der Wiedervereinigungsvorschlag Pekings vom Dezember 1979, in dem eine Wiedervereinigung Chinas unter Anerkennung der Autonomie Taiwans angeboten wurde. Taiwan lehnte den Vorschlag jedoch ab. Seit der Aufnahme der Verhandlungen mit Großbritannien über den künftigen Status Hongkongs im Jahre 1984 trat Peking mit der Politik des „ein Land, zwei Systeme“ in die dritte Phase ein, um Taiwan nach der Übergabe Hongkongs in die Volksrepublik China einzugliedern.¹⁰⁵

¹⁰² Vgl. Haydt, Mathias: a.a.O., S. 83.

¹⁰³ Vgl. Lee, Shou-Kon: a. a. O., S. 403.

¹⁰⁴ Auch „Kinmen“ genannt.

¹⁰⁵ Vgl., Government Information Office (Hrsg.): a.a.O., S. 137.

Die nationalchinesische Regierung in Taiwan verfolgte seit den militärischen Auseinandersetzungen der fünfziger Jahre die Politik, alle Verhandlungsvorschläge Pekings zu vernachlässigen. Obwohl Taiwan offizielle Verhandlungen mit Peking ablehnte, wurden infolge der politischen Lockerung seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre schrittweise indirekte Austauschbeziehungen über ein drittes Land aufgenommen. Seit 1985 richtete Taiwan indirekte Post- und Telekommunikationsverbindungen mit der Volksrepublik China ein. Mit der Aufhebung des Kriegesrechts im Jahre 1987, das seit der Übersiedlung der nationalchinesischen Regierung nach Taiwan in Kraft war, wurde es der taiwanesischen Bevölkerung ermöglicht, in die Volksrepublik China zu reisen. Seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre stieg das Handelsvolumen ständig. Um die Austauschbeziehungen zur Volksrepublik China zu regeln und Verhandlungswege herzustellen, wurde im Jahre 1990 die Regierungsinstitution „Mainland Affairs Council“ gegründet. Der erste offizielle Besuch einer taiwanesischen Delegation in der Volksrepublik China fand im April 1991 statt. Die achtzehnköpfige Delegation hielt sich eine Woche lang zu Verhandlungen in der Volksrepublik China auf. Themen waren praktische Probleme wie die Verhinderung des Schmuggels und Weitergabe der Raubkopien von Büchern zwischen Taiwan und der Volksrepublik China. Seit Mai 1991 ist in der offiziellen Einstellung der Republik China zu Peking eine radikale Abkehr von der bis dahin geltenden Verurteilung der Regierung in Peking als illegale Rebellen zu verzeichnen. Taiwan betrachtet nun die Volksrepublik China als „ein Land mit zwei Regierungen“, die sich jeweils in Taipei und Peking befinden. Diese beiden gleichberechtigten chinesischen Regierungen üben ihre Regierungsgewalt in zwei voneinander unabhängigen Gebieten aus. Mit der Gleichstellung der beiden Regierungen erklärt sich Taipei bereit, Verhandlungen mit Peking aufzunehmen; damit verzichtet Taipei seinerseits auf die Anwendung von militärischer Gewalt zum Zweck der Wiedervereinigung.

Zwischen den vorgeschlagenen Konzepten zur Wiedervereinigung von Taipei und Peking bestanden unüberwindbare Gegensätze. Der Vorschlag Taipeis, „ein Land mit zwei Regierungen“, setzte die Gleichberechtigung der beiden Regierungen in Taipei und Peking voraus, damit über Möglichkeiten der Wiedervereinigung verhandelt werden konnte. Der Vorschlag Pekings, „ein Land mit zwei Systemen“, galt allerdings nicht für zwei politische Systeme. Peking verstand darunter eigentlich zwei Wirtschaftssysteme, ein sozialistisches und ein kapitalistisches. Bei einer Wiedervereinigung hätte zwar das kapitalistische Wirtschaftssystem Taiwans weiterhin erhalten bleiben können, das liberale politische System Taiwans sich jedoch dem kommunistischen Einparteiensystem der Volksrepublik unterwerfen müssen.¹⁰⁶

¹⁰⁶

Vgl. Jeong, Wan Chong: „One Country, Two Systems“ and the Modern Constitutional Science. (chinesisch) Macau 1996, 89-90.

Zur Überwindung des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen Taipei und Peking veröffentlichte die Republik China im Februar 1991 die Richtlinien zur Erlangung der Wiedervereinigung Chinas. Diese Richtlinien unterschieden drei Stufen der Wiedervereinigung: eine kurzfristige, eine mittelfristige und eine langfristige Stufe. Auf der kurzfristigen Stufe sollten sich Taipei und Peking gegenseitig als politische Körperschaft anerkennen. Peking sollte dem Beispiel von Taipei folgen und auf die Anwendung militärischer Gewalt zum Zweck der Wiedervereinigung verzichten. Vor der Erfüllung dieser Voraussetzungen würden alle Austauschbeziehungen (Reisen, Kommunikation und Handel) weiterhin inoffiziell und indirekt über ein drittes Land (Hongkong) erfolgen. Die mittelfristige Stufe zielte auf die Herstellung offizieller Kontakte auf der Basis der Gleichberechtigung ab. Auf dieser Stufe sollten direkte Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen sowie direkte Handelsbeziehungen hergestellt werden. Austauschbesuche hochrangiger Politiker sollten ebenfalls stattfinden. Auf der langfristigen Stufe sollte ein paritätisches Beratungsgremium geschaffen werden, das über politische und ökonomische Strukturen im wiedervereinigten China gemäß den Wünschen der Bevölkerung beraten sollte.¹⁰⁷ Da Peking die Regierung in Taipei bis in die neunziger Jahre hinein als nicht gleichrangig betrachtete und nicht auf die Anwendung von militärischer Gewalt verzichtete, blieben die Austauschbeziehungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik China inoffiziell auf der kurzfristigen Stufe stehen.

1.2.7. Die anhaltende innenpolitische Liberalisierung in Taiwan während der Zeit der Durchführung der Befragung (August 1991)

Seit dem Ende der achtziger Jahre bis zur Durchführung der Befragung im August 1991 herrschte in Taiwan ein ständiger Liberalisierungsprozess. Aufgrund des wirtschaftlichen Wachstums und der damit verbundenen Liberalisierungsgedanken der Bevölkerung lockerte sich die Regierungskontrolle in Taiwan seit der Mitte der achtziger Jahre. Die politische Liberalisierung setzte anschließend ein. Mit der Aufhebung des Kriegsrechts im Jahre 1987 begann der Prozess der offiziellen Liberalisierung. Im Zusammenhang damit wurde die führende politische Oppositionspartei Democratic Progressive Party (DPP), die 1986 als politische Untergrundorganisation gegründet wurde, legalisiert. Im Jahr 1991 wurden zwei Gesetze, die dem Liberalisierungsprozess der Republik China nicht die volle Entfaltung gewährten, außer Kraft gesetzt. Dabei handelte es sich um das „National Mobilization Law“, das im April 1991 außer Kraft trat und bis zu diesem Zeitpunkt den Erlass von „Temporary Provisions“ ermöglichte sowie dem Präsidenten der Republik China

¹⁰⁷

Vgl. Government Information Office (Hrsg.): a.a.O., S. 103.

unbegrenzte politische Entscheidungsgewalt einräumte. Im Mai wurde das „Sedition Law“ aufgehoben, was der Regierung die Möglichkeit zur uneingeschränkten Kontrolle der politischen Meinungsäußerung durch das Argument „des Bestehens einer Gefahr der kommunistischen Ausbreitung“ gab. Im Jahr 1991 fanden die ersten freien Gesamtwahlen von 326 Abgeordneten der Nationalversammlung statt, die den Auftakt einer parlamentarischen Demokratie in der Republik China bildeten. Weil für die Mitglieder der Nationalversammlung, die als verfassungsgebende Institution galt und über das Recht zur Wahl des Präsidenten verfügte, seit der Übersiedlung der nationalchinesischen Regierung nach Taiwan im Jahre 1949 keine Neuwahlen stattgefunden hatten, waren die Mitglieder der Nationalversammlung, die mit der nationalchinesischen Regierung nach Taiwan gekommen waren, ungeachtet der eigentlich vierjährigen Amtsperiode der Nationalversammlung für über 40 Jahre bis 1991 im Amt geblieben. Es fanden vor 1991 lediglich vier Ergänzungswahlen statt, wodurch die Sitze der aus Altersgründen verstorbenen alten Mitglieder durch die neuen Mitglieder besetzt wurden. Die Nationalversammlung stand damit bis zu den Wahlen im Dezember 1991 völlig unter der Kontrolle der Regierungspartei Kuomintang.

Die ersten Gesamtwahlen der Nationalversammlung im Jahre 1991 waren für die politische Liberalisierung in Taiwan von entscheidender Bedeutung, da die Regierungspartei Kuomintang der bedeutendsten Oppositionspartei Democratic Progressive Party zum ersten Mal offiziell gegenüberstand. Die Wahlkampagne der Oppositionspartei bei diesen Wahlen bestand hauptsächlich im Aufruf der Bevölkerung zu einem Referendum mit dem Ziel der Gründung einer unabhängigen Republik Taiwan. Diese Meinungsäußerungen erschienen bis dahin nicht auf offizieller Ebene. Die Regierungspartei Kuomintang strebte traditionsgemäß nach der Wiedervereinigung mit der Volksrepublik China unter einem demokratischen System. Die Opposition spaltete einerseits die politische Meinung der Bevölkerung, andererseits provozierte sie die Volksrepublik China, welche die Unabhängigkeit Taiwans mit einem Gebietsverlust gleichsetzte, zur Drohung mit einem militärischen Vergeltungsschlag. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Dezember erhielt die Opposition 71% der Stimmen. Dies konnte als Beseitigung des letzten un gerechten Symbols der Kuomintang-Diktatur bezeichnet werden.

1.3. Korea

1.3.1. Korea vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges

Nach Russlands Niederlage im Russisch-Japanischen Krieg im Jahre 1905 errichtete Japan in Korea ein japanisches Protektorat. In den darauffolgenden Jahren gründete es „das japanische Generalgouvernement Chosen“. Korea litt infolgedessen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges unter der kolonialistischen Unterdrückung und wirtschaftlichen Ausbeutung durch Japan. Aufgrund seiner geographischen Lage zwischen Nordchina und Japan — es bildet gleichsam eine Brücke zwischen Japan und dem chinesischen Festland — diente die koreanische Halbinsel Japan strategisch als ideales Aufmarschgebiet für seine Eroberungsziele in China. Seit Anfang der dreißiger Jahre bauten die Japaner in ihrer Kolonie auf der koreanischen Halbinsel eine Militärindriebasis auf.¹⁰⁸

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges trafen die USA und ihre Verbündeten auf mehreren Konferenzen Entscheidungen über die Zukunft Koreas nach der japanischen Kapitulation. Die drei Teilnehmer der Konferenz von Kairo (22.- 26. November 1943), US-Präsident Roosevelt, der britische Premierminister Churchill und der chinesische Präsident Chiang Kai-shek, beschlossen am 1. Dezember 1943 in der Kairoer Deklaration, dass Japan nach dem Krieg alle Besatzungsgebiete außerhalb von Japan aufgeben und Korea „zur rechten Zeit“ Freiheit und Unabhängigkeit gewähren sollte.¹⁰⁹ Damit erhielt Korea den völkerrechtlichen Anspruch auf Unabhängigkeit. Unter dem Ausdruck „zur rechten Zeit“ verstand der amerikanische Präsident Roosevelt allerdings nicht die Unabhängigkeit Koreas unmittelbar nach der Niederlage Japans. Um Korea auf die Selbstverwaltung vorzubereiten, schlug Roosevelt vor, Korea vor der Gewährung der vollen Unabhängigkeit der internationalen Treuhandschaft der USA, Chinas und der UdSSR zu unterstellen. Die Dauer dieser Treuhandschaft veranschlagte Roosevelt auf der Konferenz von Teheran (28. November - 1. Dezember 1943) auf etwa 30 Jahre. Obwohl die internationale Treuhandschaft in den Moskauer Beschlüssen vom Dezember 1945 auf fünf Jahre verkürzt wurde, löste dies bei der koreanischen Bevölkerung, die sich nach der Befreiung Koreas durch die Alliierten betrogen fühlte, größte Empörung aus.¹¹⁰ Auf der Konferenz von Jalta (4. - 11. Februar 1945) wurde außerdem von den USA und der UdSSR vereinbart, dass nach dem Krieg keine ausländischen Truppen in Korea stationiert werden sollten. Darüber hinaus wurden auf den Kriegskonferenzen keine weiteren Übereinkünfte zu den Einzelheiten

¹⁰⁸ Vgl. Göthel, Ingeborg: Geschichte Südkoreas. Berlin 1988, S. 28.

¹⁰⁹ Vgl. Nahm, Andrew C.: A Panorama of 5000 Years: Korean History. Elizabeth, New Jersey/Seoul 1986, S. 100.

¹¹⁰ Vgl. ebd.

der Gebietsübernahme auf der koreanischen Halbinsel nach der japanischen Kapitulation getroffen, abgesehen davon, dass der Eindruck vermittelt wurde, dass die Kapitulation Japans lediglich die Befreiung von jeder möglichen Unterdrückung durch die Großmächte bedeutete.

1.3.2. Die Teilung Koreas

Bereits eine Woche vor der japanischen Kapitulation in Korea am 15. August 1945 überschritten die ersten sowjetischen Truppen nach ihrer spät erteilten Kriegserklärung gegen Japan am 8. August die nördliche Grenze Koreas und weiteten ihre Besatzungsgebiete im Norden Koreas aus.¹¹¹ Der schnelle Vorstoß der sowjetischen Truppen alarmierte die USA. Um nicht die gesamte Halbinsel in die Hände der UdSSR fallen zu lassen, entschloss sich die USA am 12. August, die koreanische Halbinsel in der Mitte entlang des 38. Breitengrades in zwei Besatzungsgebiete einzuteilen. Südlich und nördlich des 38. Breitengrades sollten die US-Truppen und die sowjetischen Truppen jeweils die Gebiete übernehmen, aus denen sich Japan nach der Kapitulation zurückgezogen hatte. Ursprünglich sollte der 38. Breitengrad statt als Staatsgrenze lediglich als Markierung dienen, um die Gebietsübernahme durch die beiden Großmächte nach dem Rückzug der japanischen Truppen zu beschleunigen. Nachdem die UdSSR der Zweiteilung der Halbinsel zugestimmt hatte, wurde dieser Entschluss noch am Tag der japanischen Kapitulation, dem 15. August, als Generalordnung Nummer 1 dem Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte im Pazifik, General Douglas MacArthur, mitgeteilt. Da die amerikanischen Truppen erst am 8. September am Süden der koreanischen Halbinsel eintrafen, während sich die sowjetischen Truppen bereits im nördlichen Teil des 38. Breitengrades aufhielten, herrschte südlich des 38. Breitengrades zunächst ein politisches Vakuum. Dieses aktivierte vor der Errichtung einer Militärverwaltung durch die US-Truppen politische Kräfte der Linken und der Rechten im Süden der koreanischen Halbinsel. Unter ihnen hielt ein linksorientiertes Volkskomitee am 6. September 1945 eine Nationalversammlung zur Vorbereitung der Staatsgründung ab, die sich für die Bildung einer Volkspartei für das gesamte Korea aussprach.¹¹² Außerdem kehrte die provisorische koreanische Exilregierung aus China zurück. Die US-Militärregierung vernachlässigte die beiden bestehenden politischen Kräfte zugunsten von Syng-Man Rhee, eines proamerikanischen Politikers, der aus dem US-Exil zurückgekehrt war.

¹¹¹ Vgl. Götel, Ingborg: a.a.O., S. 238.

¹¹² Vgl. Kindermann, Gottfried-Karl: Der Aufstieg Koreas in der Weltpolitik. Geschichte & Kultur, Kolonialherrschaft & Befreiung, Krieg & Teilung, Wiederaufbau & Demokratisierung, Wirtschaftsmacht & Spannungsherd. München 1994, S. 51-52.

Die sowjetischen Truppen nahmen andererseits sämtliche Gebiete nördlich des 38. Breitengrades vor Ende August unter ihre Besatzung. Mit den sowjetischen Truppen kehrte auch der spätere Staats- und Parteichef Kim Il-Sung nach Nordkorea zurück, der während der dreißiger Jahre in der Mandschurei als Partisan gegen Japan gekämpft und später aufgrund der japanischen Verfolgung in die UdSSR geflüchtet war. Durch eine Umgestaltung des provisorischen Volksausschusses verhalf die UdSSR dem prosovietischen Kim Il-Sung im Februar 1946 zum Amt des Vorsitzenden des Volksausschusses. Kim führte im Laufe des Jahres u. a. eine Bodenreform und die Verstaatlichung der Industrie durch. Er verwandelte Nordkorea schrittweise in einen sozialistischen Staat nach sowjetischem Modell. Nach einer Reihe von Volksausschusswahlen auf Staats- und Kreisebene vollzog sich die Verwandlung Nordkoreas in einen sozialistischen Staat mit der Wahl zur Nationalversammlung im Februar 1947.¹¹³

1.3.3. Das Scheitern der Koordination der südlichen und nördlichen Halbinsel

Parallel zu den unterschiedlichen Entwicklungen in den amerikanischen und sowjetischen Gebieten traten die Gegensätze zwischen den beiden Weltmächten hervor. Im Dezember 1945 trafen die Außenminister der USA, UdSSR und Großbritanniens in Moskau zusammen. Sie beschlossen eine fünfjährige Treuhandschaft Koreas mit der Beteiligung der USA, Chinas, Großbritanniens und der UdSSR. Darüber hinaus sollte eine „Gemeinsame Kommission“ für die Treuhandschaft gebildet werden, an der sich Vertreter der amerikanischen und sowjetischen Besatzungsbehörden sowie koreanische Vertreter aller demokratischen Organisationen beteiligen sollten. Bei der ersten Sitzung der gemeinsamen US-sowjetischen Kommission in Seoul, die am 20. März 1946 stattfand, forderten die sowjetischen Vertreter unter dem Vorwand, die Treuhand-Gegner von der „Gemeinsamen Kommission“ auszuschließen, die Bildung einer prosovietischen Kommission. Alle koreanischen Gruppen, außer den prosovietischen Gruppen unter der Führung von Kim Il-Sung, protestierten gegen die Treuhandregierung. Die Forderung der sowjetischen Vertreter stieß auf den Widerstand der USA.¹¹⁴ Wegen der Unüberbrückbarkeit des Gegensatzes zwischen den USA und der UdSSR scheiterte die Sitzung der „Gemeinsamen Kommission“. Eine weitere Sitzung im Mai des darauffolgenden Jahres erzielte ebenfalls keine Ergebnisse. Die Verhandlungen der beiden Weltmächte über die Korea-

¹¹³ Vgl. Whelan, Richard: Drawing the Line. The Korean War 1950-1953. Boston/Toronto/London 1990, S. 28-31.

¹¹⁴ Vgl. Yang, Hyun-Mo: Deutsche Einheit und die Wiedervereinigung Koreas. Eine vergleichende Untersuchung über die Einigungspolitik geteilter Länder. Dissertation Universität Bonn 1994, S. 130 ff.

Frage wurden bis September 1947 ohne absehbares Ergebnis fortgesetzt, bis die USA erklärte, von sich aus die Korea-Frage an die Weltorganisation der Vereinten Nationen zu übergeben.¹¹⁵

Im September 1947 brachte die USA unter Protest der UdSSR die Korea-Frage vor die Vollversammlung der Vereinten Nationen, in der die Verbündeten der USA die Mehrheit hatten. Am 14. November 1947 beschloss die UNO-Vollversammlung mit 43 gegen neun Stimmen, die Einheit Koreas durch freie Wahlen wiederherzustellen, wodurch eine verfassungsgebende Nationalversammlung für Gesamtkorea gebildet worden wäre. Eine UN-Kommission wurde beauftragt, die Wahlen bis Ende März 1948 vorzubereiten. Die UdSSR verweigerte jedoch der UN-Kommission, die im Januar 1948 in Korea eintraf, die Einreise in ihr Besatzungsgebiet. Infolge der Unzugänglichkeit des sowjetischen Besatzungsgebietes nördlich des 38. Breitengrades für die UN-Wahlkommission beschloss die Kommission, die freien Wahlen zur Bildung der Nationalversammlung nur im amerikanischen Besatzungsgebiet südlich des 38. Breitengrades abzuhalten. Die Beschränkung der Wahlen auf den Süden der koreanischen Halbinsel, die von den proamerikanischen Gruppen unter der Führung Syng-Man Rhee unterstützt wurde, stieß auf heftige Proteste und führte zum Wahlboykott der linksorientierten Gruppen im Süden Koreas. Wegen der Proteste wurden die Wahlen etwas später als geplant am 10. Mai 1948 im amerikanischen Besatzungsgebiet südlich des 38. Breitengrades durchgeführt. Aufgrund des Wahlboykotts der Linken dominierte die proamerikanische Mehrheit in der Nationalversammlung. Nach der Verabschiedung der Verfassung wurde Syng-Man Rhee zum ersten Präsidenten Südkoreas gewählt. Am 15. August 1948, zum dritten Jahrestag der Befreiung von der japanischen Kolonialherrschaft, wurde die Republik Korea südlich des 38. Breitengrades gegründet. Etwas später als in Südkorea wurden im Norden Wahlen zu Obersten Volksversammlung abgehalten. Nach der Verabschiedung einer Verfassung nach sowjetischem Vorbild sowie der Wahl Kim Il-Sungs zum Ministerpräsidenten proklamierte die Volksversammlung am 9. September 1948 die Gründung der Demokratischen Volksrepublik Korea.¹¹⁶

¹¹⁵

Vgl. Kindermann, Gottfried-Karl: a.a.O., S. 55.

¹¹⁶

Vgl. Opitz, Peter J.: Die koreanische Halbinsel im Spannungsfeld der asiatisch-pazifischen Mächte. (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 31-1988) Köln 1988, S. 9-10.

1.3.4. Der Korea-Krieg

Nach der Gründung der beiden koreanischen Staaten zogen die Besatzungsmächte gemäß der Vereinbarung der Konferenz von Jalta ihre Streitkräfte ab. Der Abzug der Fremdtuppen hinterließ zwei verfeindete koreanische Republiken auf der Halbinsel. Die beiden koreanischen Staaten erkannten sich gegenseitig nicht an. Sie beanspruchten jeweils das Alleinvertretungsrecht für Korea. Die zunehmende Spannung zwischen den Supermächten machte jede Aussicht auf Verhandlungen zwischen den beiden Staaten zunichte. Sowohl Süd- als auch Nordkorea konnte sich die Wiedervereinigung nur durch eine mit Gewaltanwendung verbundene Ausdehnung seiner eigenen Souveränität über Gesamtkorea vorstellen.

Der Abzug der sowjetischen Truppen aus Nordkorea bedeutete nicht den Verzicht der UdSSR auf ihre Einflussmöglichkeit in diesem Land. Abgesehen davon, dass Tausende von Mitgliedern nordkoreanischer Truppen seit 1946 in der UdSSR militärisch ausgebildet wurden, wurde Nordkorea seit der Unterzeichnung eines gegenseitigen Hilfsabkommens am 17. März 1949 verstärkt mit Rüstungsmaterial aus der UdSSR beliefert. Nachdem es der Sowjetunion gelungen war, Osteuropa unter ihre Einflussosphäre zu bringen, war sie in der Lage, ihre Machtbasis in Ostasien, und speziell in Korea, zu erweitern. Außerdem wurde die Ausdehnung des sowjetischen Einflusses auf der koreanischen Halbinsel von dem Kalkül gestärkt, dass die USA, die mit der Überwindung der Nachkriegsprobleme Westeuropas beschäftigt waren und einen Großteil ihrer Soldaten aus dem Dienst entlassen hatte, sich in Ostasien nicht auf einen Krieg mit der Sowjetunion einlassen würde. Die Volksrepublik China war ebenfalls bereit, nach der Eroberung Gesamtchinas ihren Einfluss auf der koreanischen Halbinsel auszuweiten.¹¹⁷ Die Volksrepublik China überließ Nordkorea zwischen 1949 und 1950 12.000 Mann der Volksbefreiungsarmee koreanischer Herkunft. Die Idee einer militärischen Eroberung Südkoreas, die von dem nordkoreanischen Führer Kim Il-Sung stammte, wurde damit von den beiden kommunistischen Mächten, der UdSSR und der Volksrepublik China, unterstützt.¹¹⁸

Ein entscheidender Grund für den Ausbruch des Korea-Krieges war die Neuorientierung der amerikanischen Sicherheitspolitik im Pazifik, die von US-Außenminister Dean Acheson im Januar 1950 bekannt gegeben wurde. Nach der ‚Acheson-Doctrine‘ bestand der Schutzbereich der USA im Westpazifik aus einer Kette von Inseln, die sich von den Aleuten über Japan, den Ryu-Kyu-Inseln, den Philippinen bis nach Australien und Neuseeland erstreckte und von der gut ausgerüsteten Kriegsmarine und Luftwaffe der USA ohne großen Aufwand gegen eine mögliche kommunistische Ausbreitung hätte

¹¹⁷

Vgl. Srivastava, M. P.: The Korean Conflict: Search for Unification. New Delhi 1982, S. 36.

¹¹⁸

Vgl. Kindermann, Gottfried-Karl: a.a.O., S. 66.

verteidigt werden müssen. Acheson klammerte damit Südkorea, Taiwan und Indochina aus dem Schutzbereich des amerikanischen Verteidigungssystems aus.¹¹⁹ Wie später oft kritisiert wurde, konnte dies als ungewollte Einladung zum Angriff gegen die eine oder andere ausgeklammerte Region verstanden werden. Außerdem ermutigte das Eindringen kommunistischer Untergrundorganisationen im Süden der koreanischen Halbinsel die nordkoreanische Regierung zu einem militärischen Überfall auf den Süden. 1947 errichteten die Kommunisten kleinere Kampfgruppen in größeren südlichen Städten wie Pusan und Ulsan. Diese Entwicklung gipfelte in dem Anfang 1948 beginnenden und ein ganzes Jahr andauernden kommunistischen Aufstand auf der Cheju-Insel. Die Penetration und Partisanentätigkeiten im Süden erweckten bei der nordkoreanischen Führung den Eindruck, dass die Zeit für einen revolutionären Umsturz durch die Kommunisten im Süden gereift war.¹²⁰

Nordkorea rüstete für eine militärische Wiedervereinigung Koreas auf, während es gleichzeitig Südkorea durch eine Reihe von Vorschlägen zur Wiedervereinigung, wie der Bildung der „Demokratischen Front für die Wiedervereinigung des Vaterlands“, täuschte. Der südkoreanische Präsident Syng-Man Rhee propagierte im Gegensatz zu dem taktischen Vorgehen Nordkoreas durch den Aufruf zur „Wiedervereinigung durch den Marsch nach Norden“ einen aggressiven Feldzug gegen Nordkorea, was aussichtslos war, weil die USA dem Aufruf Syng-Man Rhees jegliche militärische Unterstützung verweigerten.¹²¹

Im Sommer 1950 unterhielt Nordkorea eine 135.000 Mann starke Streitmacht. Hingegen verfügte Südkorea beim Ausbruch des Korea-Krieges am 25. Juni 1950 nur über Truppen mit einer Stärke von 98.000 Mann, die schlecht ausgerüstet waren. Die durchweg mit sowjetischen Panzern und Geschützen ausgerüsteten nordkoreanischen Truppen konnten die südkoreanische Hauptstadt Seoul innerhalb von drei Tagen erobern. Bis Anfang August war Südkorea mit Ausnahme der Südspitze mit der Hafenstadt Pusan fast völlig von Nordkorea überrannt worden.¹²²

Der Weltsicherheitsrat der UNO verurteilte am Tag des Angriffs Nordkorea. Zwei Tage später beschloss der Weltsicherheitsrat militärische Sanktionen gegen Nordkorea. Gestützt auf den UNO-Beschluss unterstützten die USA, die in dem nordkoreanischen Angriff auf Südkorea einen Beweis für die sowjetische Machtausdehnung sahen, mit ihren Luft- und Seestreitkräften die unterlegenen südkoreanische Armeen. Auf Empfehlung des Weltsicherheitsrates wurde am 7. Juli 1950 ein Vereintes Kommando mit US-General

¹¹⁹ Vgl. ebd., S. 66-67.

¹²⁰ Vgl. ebd., S. 67.

¹²¹ Vgl. Yang, Hyun-Mo: a.a.O., S. 138.

¹²² Vgl. Kindermann, Gottfried-Karl: a.a.O., S. 69ff.

MacArthur als Oberkommandierenden gegen die nordkoreanische Offensive eingesetzt. Der Einsatz dieses Vereinten Kommandos, das hauptsächlich aus US-Streitkräften bestand, konnte am 15. September 1950 die Niederlage Südkoreas abwenden, als General MacArthur durch eine Landung in der Nähe von Seoul mitten in dem von Nordkorea erobertem Gebiet dieses zerschnitt. Gleichzeitig marschierten die US-Truppen im Süden auf, um die nordkoreanischen Truppen nach Norden zu drängen. Der Erfolg der Operation führte am 28. Oktober 1950 zur Befreiung des Gebietes südlich des 38. Breitengrades einschließlich Seouls. Die UN-Truppen überschritten mit Zustimmung der Vereinten Nationen den 38. Breitengrad und eroberten anschließend nahezu ganz Nordkorea.

Angesichts der Aussicht auf eine Niederlage Nordkoreas entsandte die Volksrepublik China, die die Eroberung Nordkoreas durch die UN-Truppen als Bedrohung ihres Territoriums empfand, seit Mitte Oktober 1950 Freiwillige zur Unterstützung der nordkoreanischen Streitkräfte. Insgesamt beteiligten sich bis 1952 insgesamt 1.200.000 Chinesen am Korea-Krieg. Die Intervention zwang die UN-Truppen zum Rückzug nach Süden. Nach wiederholten Gefechten stabilisierte sich die Lage entlang des 38. Breitengrades seit April 1951. Nach dem Tod Stalins zu Beginn des Jahres 1953 wurde am 27. Juli das bis zur Gegenwart gültige Waffenstillstandsabkommen, das den 38. Breitengrad als Grenze zwischen Süd- und Nordkorea wiederherstellte, von Vertretern der UNO, der Volksrepublik China und Nordkoreas unterzeichnet.¹²³ Während des dreijährigen Korea-Krieges (Juni 1950 bis Juli 1953) verloren rund vier Millionen Menschen ihr Leben oder wurden verwundet. Fast die Hälfte der Industrieanlagen und ein Drittel der Häuser auf beiden Seiten der koreanischen Halbinsel wurde zerstört. Das wirtschaftliche Chaos, das durch den Korea-Krieg entstand, konnte Präsident Rhee im Süden bis zu seinem Rücktritt im Jahre 1960 nicht beheben. Nordkorea blieb fortan eine arme und rückständige Nation. Der Krieg, der eine erbitterte Feindschaft zwischen den USA und der Volksrepublik China zur Folge hatte, sprengte das Bündnis zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China. Der Krieg verwandelte die Volksrepublik China in eine Großmacht Asiens, mit dem Potential, die führende Position der UdSSR in der kommunistischen Bewegung außerhalb Europas herauszufordern.¹²⁴ Nur wenige Monate nach dem Ende des Korea-Krieges unterzeichneten die USA und Südkorea am 1. Oktober 1953 einen gegenseitigen Verteidigungsvertrag, der die militärische Sicherheit Südkoreas mit der Sicherheit der USA im pazifischen Raum verbandt.¹²⁵

¹²³ Vgl. Nahm, Andrew C.: a.a.O., S. 108-109.

¹²⁴ Vgl. Whelan, Richard: a.a.O., S. 373-376.

¹²⁵ Vgl. Kindermann, Gottfried-Karl: a.a.O., S. 89.

1.3.5. Die politische Entwicklung in Südkorea

Syng-Man Rhee, der 1948 zum Präsidenten gewählt wurde, blieb durch zwei Wiederwahlen in den Jahren 1952 und 1956 bis 1960 im Amt, wobei er für seine Wiederwahl auch ungesetzliche Maßnahmen einsetzte, wie die Verhängung des Kriegsrechts, die Einschüchterung von Oppositionsgruppen im Parlament und letztlich sogar die Änderung der Verfassung, welche nur eine Wiederwahl des Präsidenten erlaubte. Als er im März 1960 durch Wahlmanipulation zum vierten Mal zum Präsidenten gewählt wurde, protestierten Zehntausende von Bürgern und Studenten, die seinen Rücktritt forderten. Angesichts des heftigen Widerstands der Bevölkerung leistete ihm diesmal weder das Militär noch das Parlament Beistand. Die USA verurteilten ebenfalls die Wahlfälschung. Am 27. April 1960 trat Syng-Man Rhee zurück und begab sich nach Hawaii ins Exil. Die Präsidentenwahl im März wurde für ungültig erklärt. Damit endete auch die sogenannte Erste Republik Südkoreas.¹²⁶

Die Zweite Republik wurde am 1. Oktober 1960 unter Ministerpräsident Chang Myon (1899-1966) ins Leben gerufen. Die Chang-Regierung, die von innenparteilichen Konflikten gelähmt war, konnte die seit langem bestehenden Sozial- und Wirtschaftsprobleme des Landes nicht effektiv bekämpfen. Preiserhöhungen und Inflation erschütterten das Land. Die neue Regierung der Zweiten Republik unterschied sich von ihren Vorgängerinnen dadurch, dass sich die frühere übertriebene Regierungsgewalt in eine Extremform von Führungsschwäche und Unsicherheit verwandelte. Die Freiheiten, die das demokratische System garantierte, wurden von gesellschaftlichen Führungsschichten destruktiv ausgenutzt.¹²⁷ Demonstrationen und Proteste der unzufriedenen Bevölkerung nahmen zu. Die Zweite Republik endete nach nur knapp einjährigem Bestehen am 16. Mai 1961.

Während der kurzen Lebensdauer der Zweiten Republik gab es „nur eine einzige relativ stabile Kraft innerhalb der südkoreanischen Gesellschaft, die den weiteren Bestand des bürgerlichen Staates gewährleisten konnte: Die hierarchisch gegliederte, exakt funktionierende und modern ausgebildete 600.000 Mann starke Armee.“¹²⁸ Eine Militärjunta, an deren Spitze Generalmajor Park Chung-Hee amtierte, stürzte die Zweite Republik. Nach der Machtübernahme führte Park bis zum folgenden Jahr eine Reihe von Säuberungen durch, die sich gegen Gegner seines Militärregimes sowie gegen Korruption und Kommunismus richtete. Am 15. Oktober 1963 ließ sich Park als Kandidat der von ihm gegründeten Demokratisch-Republikanischen Partei zum Präsidenten wählen. Nach den anschließenden Parlamentswahlen wurde im November 1963 die Dritte Republik gegründet.

¹²⁶ Vgl. Göthel, Ingeborg: a.a.O., S. 73-74.

¹²⁷ Vgl. Kindermann, Gottfried-Karl: a.a.O., S. 94.

¹²⁸ Göthel, Ingeborg: a.a.O., S. 78.

Vor der neuen Regierung lagen Berge von Schwierigkeiten, wie beispielsweise Mangel an Währungsreserven, unzureichende Anzahl an Facharbeitskräften, extrem niedriges Pro-Kopf-Einkommen sowie hohe Inflationsrate, hohe Arbeitslosenquoten und Überbevölkerung.¹²⁹ Mit der Sicherheitsbehörde Korean Central Intelligence Agency (KCIA) und mit dem Militär hielt Präsident Park Südkorea unter strikter Kontrolle. Jede demokratische Entwicklung innerhalb des politischen Systems wurde im Keim erstickt. Nach seiner Wiederwahl im Jahre 1967 ließ Park sich sogar — wie sein Amtsvorgänger Syng-Man Rhee — mit einer erzwungenen Änderung der Verfassung, die ursprünglich nur eine einmalige Wiederwahl des Präsidenten gestattete, im Jahre 1971 zum dritten Mal zum Präsidenten wählen. Die verfassungswidrigen Praktiken des Präsidenten führten zu heftigen Demonstrationen der Bevölkerung. Daraufhin verhängte Präsident Park das Kriegsrecht und verabschiedete die Yushin-Verfassung (Verfassung der Erneuerung), welche die Amtszeit des Präsidenten von vier auf sechs Jahre verlängerte. Der ursprüngliche Artikel, der die Wiederwahl des Präsidenten einschränkte, wurde als unbegründet beseitigt. Aufgrund der ungleichen Verteilung des gestiegenen Wohlstands traten in Südkorea seit Anfang der siebziger Jahre landesweite Unruhen auf.¹³⁰ Auf diese gesellschaftlichen Turbulenzen reagierte Präsident Park mit einschneidenden Veränderungen im Bereich der Verfassung.

Mit dem Inkrafttreten einer neuen Yushin-Verfassung am 27. Dezember 1972 trat Südkorea in die Vierte Republik ein. Von seiner dritten Amtsperiode an unterstellte die Regierung Parks alle gesellschaftlichen Organisationen einer noch strikteren Kontrolle durch die von ihm gegründete Central Intelligence Agency. Gemäß der neuen Verfassung wurde Park im Jahre 1978 zum vierten Mal zum Präsidenten gewählt. Obwohl dem wirtschaftlichen Wachstum unter der Regierung Parks eine herausragende Bedeutung beigemessen werden kann, trieben die Unterdrückungs- und Sicherheitsmaßnahmen der Vierten Republik in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre immer größere Teile der Bevölkerung den Gegnern des Park-Regimes im Untergrund zu. Die geheimen Aktivitäten der Oppositionsgruppen nahmen zu, als Präsident Park am 26. Oktober 1979 vom seinem Geheimdienstchef Kim Jae-Kyu aus persönlichen Gründen erschossen wurde. Mit der Ermordung des Präsidenten Park endete die Vierte Republik.

Die Ermordung Parks weckte in der Bevölkerung, besonders bei den Oppositionsgruppen und Studenten, die Hoffnung auf Demokratisierung. Viele Menschen gingen auf die Straße und forderten die Einführung der Demokratie. Die Regierung unter dem ehemaligen Vizpräsidenten Choi Kyu Ha, der am 6. Dezember 1979 gemäß der Yushin-Verfassung zum Präsidenten gewählt wurde, kam mit der Freilassung politischer Häft-

¹²⁹

Vgl. Kindermann, Gottfried-Karl: a.a.O., S. 100.

¹³⁰

Vgl. ebd., S. 119.

linge und der teilweisen Wiederherstellung der Meinungsfreiheit (abgesehen vom „Antikommunismusgesetz“¹³¹) den Forderungen der Bevölkerung entgegen. Die Liberalisierungsmaßnahmen der neuen Regierung stellten jedoch für eine Gruppe konservativer Militärs eine Bedrohung dar. Unter der Führung von General Chun Doo-Hwan, des Chefs des Sicherheitsdienstes der Armee, brachten sie zuerst am 12. Dezember 1979 durch einen Putsch das Militär unter ihre Kontrolle und gelangten mit seiner Hilfe zur politischen Macht. Nach der Ernennung Chun Doo-Hwans zum Chef des KCIA Mitte April 1980 wurde seine Macht entscheidend gefestigt, weil er nun sowohl das Militär als auch den Geheimdienst unter seiner Kontrolle hatte. General Chuns Machtergreifung löste bei der Bevölkerung im ganzen Land heftige Proteste aus. Die Regierung rief am 17. Mai 1980 das Kriegsrecht aus und verbot jegliche politische Tätigkeit. Sie verhaftete Oppositionspolitiker und unterwarf die Presse einer strengen Zensur.

Einer dieser Proteste in der strukturschwachen südlichen Provinzstadt Kwangju, bei dem die Freilassung politischer Häftlinge gefordert wurde, geriet außer Kontrolle, so dass das Militär die Aktion, an der sich schätzungsweise 50.000 Demonstranten beteiligten, auf Anordnung General Chuns am 27. Mai 1980 brutal niederschlug. Dabei gab es über 1.000 Tote und Vermisste. Die Niederschlagung der Demonstration bahnte General Chun am 27. August 1980 den Weg zum Amt des Präsidenten.¹³² Aufgrund der Stationierung von US-Armeen in Südkorea sowie der Unterstellung des südkoreanischen Militärs unter den amerikanischen Oberkommandierenden, General Wickhan, gelang die Niederschlagung der Demonstration in Kwangju. Die Tatsache, dass die USA, um ihre Interessen in dem pazifischen Verteidigungsraum zu sichern, in Kwangju mit General Chun kooperierten,¹³³ rief bei der südkoreanischen Bevölkerung antiamerikanische Stimmungen hervor.

Mit der Verabschiedung einer neuen die Amtszeit des Präsidenten auf eine einzige Amtsperiode von sieben Jahren beschränkenden Verfassung wurde die Fünfte Republik ins Leben gerufen. Präsident Chun regierte Südkorea mit ähnlichen Maßnahmen wie sein Vorgänger — Präsident Park — bis 1988. In Bezug auf die Demokratisierung Südkoreas argumentierte Präsident Chun ebenfalls ähnlich wie sein Vorgänger Präsident Park, dass aufgrund der kulturellen Verschiedenheiten die Demokratie in Südkorea nicht die gleiche Form annehmen könne wie in den demokratischen Ländern des Westens. Deswegen solle die Demokratie an die Gegebenheiten der koreanischen Gesellschaft angepasst werden. Ebenso wie seinerzeit Präsident Park verfolgte auch Präsident Chun politische Gegner durch ein umfassendes Netz des Sicherheitsdienstes und unterdrückte alle

¹³¹ Vgl. Göthel, Ingeborg: a.a.O., S. 138.

¹³² Vgl. ebd., S. 138-141.

¹³³ Vgl. Kindermann, Gottfried-Karl: a.a.O., S. 129.

Formen der Demokratisierung. Präsident Chuns Kontrolle über das Land war wirksamer als diejenige seines Vorgängers. Für die Opposition gab es keine echte Chance.¹³⁴

Nach dem Ablauf seiner Amtszeit ernannte Präsident Chun seinen ehemaligen Kommitonen an der Militärakademie Roh Tae-Woo zu seinem Nachfolger, der am 16. Dezember 1987 zum Präsidenten gewählt wurde. Obwohl Präsident Roh ebenfalls aus den Reihen des Militärs stammte, begann er infolge der zunehmenden Liberalisierung im gesellschaftlichen Umfeld, die sich als unbeabsichtigte Nebenwirkung des ständigen wirtschaftlichen Wachstums seit den siebziger Jahren immer deutlicher abzeichnete — die Demokratisierung einzuleiten. Bereits vor der Präsidentschaftswahl ließ die Chun-Regierung im Juli 1987 unter dem Druck heftigster Proteste, an denen fast eine halbe Million Studenten teilnahmen, über 2000 Dissidenten frei. Am 31. August 1987 einigten sich die Regierungspartei und die neugegründete Oppositionspartei (Demokratische Wiedervereinigungspartei) auf den Entwurf einer neuen Verfassung, die z. B. dem künftigen Präsidenten nur eine einmalige fünfjährige Amtszeit gewährte. Vorsorglich bestimmte die neue Verfassung, dass eine Verfassungsänderung, die eine Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten zur Folge hat, nicht auf den zur Zeit im Amt befindlichen Präsidenten angewendet werden kann.¹³⁵ Die Unterdrückung der Opposition und anderer gesellschaftlich relevanter Organisationen sowie die Kontrolle über die Presse wurden weitgehend gelockert.

1.3.6. Die Austauschbeziehungen zwischen Süd- und Nordkorea

Gemäß Artikel 60 des Waffenstillstandsabkommens von 1953, das den Korea-Krieg beendete, fand im April 1954 in Genf die Konferenz zur friedlichen Regelung der Korea-Frage statt. Daran nahmen die beiden koreanischen Staaten, die USA, die UdSSR, die Volksrepublik China und die an dem Vereinigten UN-Kommando beteiligten Staaten teil, die Streitkräfte nach Korea entsandt hatten. Die Konferenz wurde zu einer Weiterführung des Korea-Krieges mit politischen Mitteln.¹³⁶ Während der Konferenz schlug Südkorea zur Lösung der Korea-Frage vor, in Nordkorea freie Wahlen unter UN-Aufsicht abzuhalten, da Wahlen dieser Art in Südkorea bereits stattgefunden hätten. Dagegen beharrte Nordkorea auf einer von Süd- und Nordkorea paritätisch besetzten Aufsichtskommission für die Wahlen sowie auf dem Rückzug der US-Truppen aus Südkorea. Die Gegensätze

¹³⁴ Vgl. ebd., S. 154-155.

¹³⁵ Vgl. ebd., S. 166-168.

¹³⁶ Vgl. ebd., S.89.

erwiesen sich auch unter dem Einfluss des beginnenden Kalten Krieges als unüberbrückbar. Die Konferenz endete nach der abschließenden Erklärung der sechzehn am Korea-Krieg beteiligten UN-Staaten am 5. Juli 1954 ohne einen akzeptablen Kompromiss. Bis Anfang der siebziger Jahre fand keine gemeinsame Beratung über die Korea-Frage mehr statt. In den sechziger Jahren rief die südkoreanische Regierung verstärkt zum Antikommunismus auf, während Nordkorea durch subversive Tätigkeiten auf die Weckung des revolutionären Bewusstseins der südkoreanischen Bevölkerung abzielte. Als Verbündete der USA sah die Regierung in Seoul außerhalb der durch den Kalten Krieg in zwei Lager geteilten Welt keinen dritten Weg. Südkorea verzichtete auf jede Form von Kontakt mit sozialistischen Staaten und stellte sich als die einzige legale Regierung des koreanischen Volkes dar. Diesem Alleinvertretungsanspruch entsprechend verlangte Seoul von seinen diplomatischen Verbündeten, Nordkorea nicht anzuerkennen. Da sich die südkoreanische Regierung als der alleinige Vertreter der koreanischen Halbinsel betrachtete, charakterisierte sie die Regierung Nordkoreas als illegitim und erkannte sie nicht als Staat an.¹³⁷

Mit dem Amtsantritt des amerikanischen Präsidenten Richard Nixon im Januar 1969 revidierte Washington seine weltpolitischen Prinzipien nach der sogenannten „Nixon-Doktrin“. Die bekannteste Veränderung war die Entspannung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den USA, die auch die amerikanischen Verpflichtungen in Ostasien lockerte.¹³⁸ Aufgrund dieser neuen Orientierung der US-Politik gegenüber der kommunistischen Welt musste die südkoreanische Regierung eine entsprechende Umgestaltung ihrer Außenpolitik einleiten, besonders in Bezug auf ihre bisherige antikommunistische Haltung.¹³⁹ Vor diesem Hintergrund fanden am 20. August 1971 durch die Vermittlung des Roten Kreuzes direkte Gespräche zwischen den beiden Regierungen statt. Themen der Verhandlungen waren Postverbindungen und freie gegenseitige Besuche der getrennten Familien in beiden Teilen Koreas. Bis zum 16. Juni 1972 wurden 20 Vorbereitungsgespräche abgehalten. Parallel zu diesen Gesprächen fanden seit November 1971 hinter den Kulissen Geheimverhandlungen zwischen Vertretern der beiden koreanischen Regierungen statt, die erst durch die Unterzeichnung eines gemeinsamen Kommuniqués am 4. Juli 1972 der Weltöffentlichkeit bekannt wurden. In dem Kommuniqué vereinbarten die beiden Seiten, u. a. eine friedliche Wiedervereinigung ohne Einmischung fremder Mächte erzielen zu wollen. Zu diesem Zweck verlangte Nordkorea den baldigen Abzug der US-Truppen aus Südkorea und die Einberufung einer von süd- und nordkoreanischen Vertretern paritätisch besetzten nationalen Konferenz. Bis zum offiziellen Ab-

¹³⁷

Vgl. Kim, Hak-Joon: The Republic of Korea's Northern Policy: Origin, Development, and Prospects. In: James Cotton (Hrsg.): Korea Under Roh Tae-Woo: Democratisation, Northern Policy, and Inter-Korean Relations. St. Leonards 1993, S. 246.

¹³⁸

Vgl. ebd., S. 249.

¹³⁹

Vgl. ebd., S. 249-250.

bruch der Verhandlungen im Mai 1975 fanden zwar weitere Verhandlungen statt, doch konnte aufgrund der unüberwindbaren Gegensätze keine einzige der Vereinbarungen in die Tat umgesetzt werden.¹⁴⁰

Zwischen Februar und März 1979 wurden auf Initiative Südkoreas drei Treffen abgehalten, die wegen Meinungsverschiedenheiten über die Bildung einer nationalen Konferenz ebenfalls ohne Ergebnisse endeten. Diese Initiative zur Verbesserung der Austauschbeziehungen griff Präsident Chun Doo-Hwan am 20. August 1984 wieder auf. Er schlug den Aufbau gegenseitiger Wirtschaftsbeziehungen und die kostenfreie Überlassung südkoreanischer Technologie zur Hebung des Lebensstandards in Nordkorea vor. Nordkorea erwiderte diese Angebote Südkoreas mit einer Katastrophenhilfe. Im Sommer des Jahres erlitt Südkorea eine Überschwemmung, die über 200.000 Obdachlose hinterließ. Als Zeichen guten Willens lieferte Nordkorea Hilfe in Form von Lebensmitteln, Medikamenten und Baumaterialien nach Südkorea, was die Weltöffentlichkeit in Erstaunen versetzte.¹⁴¹ Nach anfänglicher Ablehnung akzeptierte Südkorea die Hilfe, mit dem Ziel, die Austauschbeziehungen zwischen Süd- und Nordkorea in die Tat umzusetzen. Im November des Jahres führte man erneut Gespräche, um über die Wiederaufnahme der seit 1949 unterbrochenen Handelsbeziehungen sowie eines Nichtangriffspaktes zwischen Süd- und Nordkorea zu beraten. Auf die Gespräche folgten jedoch keine weiteren Taten.

1.3.7. Fortschritte in der Entwicklung der Nord-Süd-Beziehung seit Ende der 80er Jahre bis zur Zeit der Durchführung dieser Untersuchung Ende 1990

Mit der Gründung der Sechsten Republik verkündete Präsident Roh Tae-Woo am 25. Februar 1988 eine Ära der Versöhnung und Kooperation mit Nordkorea. Im Rahmen seiner Nordpolitik wurde eine Reihe von politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Austauschaktivitäten mit der Volksrepublik China, der UdSSR und den Ostblockländern vorgeschlagen, die der Beziehung mit Nordkorea zugute kommen sollte.

“The Soviet Union and China... (are) countries that maintain a military alliance and intervened in the Korean War. Therefore, we have to establish good-neighborly relations with these countries for the maintenance of peace on the Korean Peninsula. It is true that Northern Policy will be successful if inter-Korean relations will improve.”¹⁴²

¹⁴⁰ Vgl. ebd., S. 255.

¹⁴¹ Vgl. Kindermann, Gottfried-Karl: a.a.O., S. 160.

¹⁴² Park, Sang-Seek: Northern Diplomacy and Inter-Korean Relations. In: James Cotton (Hrsg.): Korea under Roh Tae-Woo: Democratisation, Northern Policy, and Inter-Korean Relations. St. Leonards 1993, S. 219.

Wegen der zunehmenden Isolation Nordkoreas in der internationalen Gemeinschaft und der wirtschaftlichen Stagnation, die auf die Abschottung Nordkoreas zurückzuführen war, zeigte sich Nordkorea bereit, die Verhandlungen mit Südkorea wieder aufzunehmen. Auf Einladung Nordkoreas besuchte der Besitzer des südkoreanischen Hyundai-Konzerns Chung Chu-Young im Januar 1989 Pjöngjang. Er sprach mit der nordkoreanischen Führung über Investitionsmöglichkeiten in Nordkorea. Der nordkoreanische Ministerpräsident Yon Hyong-Muk begab sich im September 1990 nach Südkorea, um den Weg für Verhandlungen zu ebnen, die nicht nur auf direkte Investitionen der südkoreanischen Industrien in Nordkorea, sondern auch auf die Verbesserung der diplomatischen Beziehungen zu den südkoreanischen Verbündeten USA und Japan abzielten. Die Regierung Präsident Rohs bemühte sich im Rahmen der seit seiner Amtseinführung propagierten Nordpolitik um die Normalisierung der Beziehungen zur UdSSR und zur Volksrepublik China. Im Oktober erstattete der südkoreanische Ministerpräsident Kang Yong-Hoon einen Gegenbesuch in Pjöngjang. Obwohl diese Treffen kein konkretes Ergebnis erzielten, ermöglichten sie den beiden Koreas, in die UNO einzutreten. Sie signalisierten außerdem die Bereitschaft Nordkoreas, die Beziehungen zum Süden zu verbessern, nachdem die südkoreanische Regierung im Rahmen ihrer Nordpolitik ihre Beziehungen zu den ehemaligen Ostblockstaaten, zur Volksrepublik China und den UdSSR normalisiert hatte. Es folgten weiteren Treffen der Ministerpräsidenten. Bei dem fünften Treffen vom 11. bis 13. Dezember 1991 unterzeichneten beide Seiten einen Vertrag über „Versöhnung, Nichtangriff, Kooperation und Austausch“. Kurz darauf — am 20. Januar 1992 — wurde eine gemeinsame Erklärung über die Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel unterzeichnet. Um diese Entnuklearisierung verifizieren zu können, sollte laut Artikel 4 dieser Erklärung die Inspektion von Objekten möglich sein, die von einer Seite vorgeschlagen worden waren. Voraussetzung war die Zustimmung der anderen Seite. Die bahnbrechenden Verträge wurden jedoch wegen der nachträglichen Absage Nordkoreas an die vereinbarte Kontrolle nicht in die Tat umgesetzt.

Innenpolitisch war das Jahr 1990 von großer Bedeutung. Im Januar des Jahres schloss Roh Tae-Woo seine Regierungspartei, die Democratic Justice Party, mit der Democratic Reunification Party und New Democratic Republican Party zusammen und formte eine neue Partei unter dem Namen Democratic Liberal Party. Nachdem Roh zum Präsidenten gewählt wurde, erreichte er durch die Bildung einer großen Allianz die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung. Auf die Bildung dieser übergroßen Allianzpartei folgten innere Spaltungen und Proteste der Bevölkerung. Im April streikten mehr als 20.000 Arbeiter des größten koreanischen Industriekonzerns Hyundai, der den Einsatz von 10.000 Polizisten erforderlich machte. Im selben Monat stürmten mehr als 2.300 Polizisten die größte Rundfunkanstalt Südkoreas, Korea Broadcasting System, um einen

Streik der Beschäftigten und Journalisten zu sprengen. Im Oktober trat der Verteidigungsminister zurück, als ein Armee-Deserteur das Geheimnis enthüllte, dass das Militär etwa 1.300 Personen aus der Elite, einschließlich Politikern, Journalisten, Akademikern, Gewerkschaftlern und Dissidenten, ausspioniert und unter seine Kontrolle gebracht hatte. Die Enthüllung löste große Proteste bei der Opposition aus. Die Wirtschaft stagnierte 1990, nachdem sie in den vorangegangenen drei Jahren stetig zweistellige Wachstumsraten erzielt hatte.

1.4. Die Teilung in Deutschland, China und Korea — Ein Vergleich

1.4.1. Die Vergleichbarkeit der Teilungen

Die Teilungen Deutschlands und Koreas geschahen durch direkte Beteiligung der USA und der UdSSR im Anschluss an die Beendigung des Zweiten Weltkrieges. Deutschland wurde nach der Kapitulation von den drei Siegermächten, den USA, Großbritannien und der UdSSR, in drei Besatzungszonen aufgeteilt und von ihnen übernommen. Infolge des Ost-West-Konfliktes nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zu einer Spaltung des Landes in zwei Teile, in das von den Westmächten besetzte Westdeutschland und in das von der UdSSR besetzte Ostdeutschland. Obwohl die Teilung in Deutschland 1949 erst verfestigt wurde, geschah sie nach der bedingungslosen Kapitulation eigentlich gleich durch die Siegermächte. Die Gegensätzlichkeiten der Koalitionspartner des Zweiten Weltkrieges wurden schließlich Ursache der deutschen Teilung von 1949 bis 1990.

Für Korea, das bis zur Kapitulation Japans im September 1945 unter japanischer Kolonialherrschaft stand, verlief die Übernahme ebenfalls durch die zwei hauptsächlichen Siegermächte im asiatischen Teil des Zweiten Weltkrieges, die USA und die UdSSR. Sie übernahmen jeweils den gesamten nördlichen bzw. südlichen Teil, die sich als Folge des Ost-West-Konfliktes 1948 zu zwei Staaten entwickelten. Obwohl China auch als Siegermacht im pazifischen Raum aus dem Zweiten Weltkrieg hervorging, beteiligte es sich nicht an der Übernahme des benachbarten Koreas. Es war mit der Übernahme der von Japan besetzten Gebiete in China beschäftigt.

Obwohl die Teilung Chinas im weiteren Sinn auch als Ergebnis des Ost-West-Konfliktes betrachtet werden kann, geschah sie durch zwei gegensätzliche politische Gruppen in China. Jedoch standen die gegensätzlichen Gruppen, die nationalchinesische Regierung und die kommunistische Partei Chinas, jeweils unter dem Schutz der USA und der UdSSR. Die Teilung Chinas geschah nicht gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Da China selbst als Sieger des Zweiten Weltkrieges galt, wurde die Übernahme der von Japan besetzten Gebiete in China von Chinesen selbst durchgeführt. Anders als in Deutschland oder in Korea fand in China während des Zweiten Weltkrieges sowie unter der japanischen Besatzung ein heftiger Machtstreit zwischen zwei chinesischen Gruppen statt: der von der USA unterstützten chinesischen Regierung und der von der UdSSR unterstützten kommunistischen Partei Chinas. Die chinesische kommunistische Partei kämpfte mit der chinesischen Regierung seit ihrer Gründung in den zwanziger Jahren um die Herrschaftsmacht in China. Die Folge war nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein Bürgerkrieg, in dessen Verlauf die kommunistische Partei zunehmende Unterstützung

aus der Bevölkerung gewann. Die kommunistische Partei Chinas war besonders populär in den Gebieten der früheren japanischen Besatzung. Vier Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges fielen fast alle Landesteile Chinas in die Hände der chinesischen Kommunisten. Dies führte zur Gründung der Volksrepublik China und zum Rückzug der chinesischen Regierung nach Taiwan im Jahr 1949.

Die Teilung Chinas unterscheidet sich dadurch von der Teilung Deutschlands und Koreas, dass hier die USA und die UdSSR nicht direkt beteiligt waren. Sie zielten vielmehr auf eine Unterstützung bevorzugter Gruppen ab, nämlich die der chinesischen Regierung auf der einen und die der kommunistischen Partei Chinas auf der anderen Seite. Der militärische Überfall Japans von 1937 bis 1945 mit der Unterwerfung eines großen Teils von China unter japanische Besatzung hatte der kommunistischen Partei Chinas zur erfolgreichen Machtausdehnung verholfen, während die chinesische Regierung von der japanischen Invasion aufgehalten und geschwächt worden war. Die Spaltung des chinesischen Territoriums durch den japanischen Überfall hatte damit die spätere Teilung von China 1949 begünstigt.

1.4.2. Die ethnische Besonderheit der taiwanesischen Bevölkerung

Durch die Übersiedlung der chinesischen Regierung vom Festland nach Taiwan seit 1949 unterscheidet sich die Situation Taiwans von der in der Bundesrepublik Deutschland oder in Südkorea. Obwohl seit dem sechzehnten Jahrhundert die Bevölkerung entlang der südöstlichen Küste Chinas nach Taiwan ausgewandert war, empfindet die taiwanesischen Bevölkerung, die seit etwa vier Jahrhunderten die Insel bewohnt und heute etwa 80% der 23 Millionen Einwohner Taiwans ausmacht, die übersiedelte chinesische Regierung samt ihrer ca. 2 Millionen Angehörigen als ein auswärtiges Herrschaftssystem. Seit der Demokratisierung Taiwans Ende der 80er Jahre spielt diese ethnische Differenzierung eine gewichtige Rolle. Bei den Wahlen werden die Angehörigen der übersiedelten Regierung immer häufiger abgewählt.

Im Gegensatz zu Taiwan wurden die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland oder die Südkoreas nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht von landesfremden Regierungen gebildet. Vielmehr stammten die Regierungsmitglieder aus der Bevölkerung, und waren schon lange in der Bundesrepublik oder Südkorea ansässig. Obwohl für den kommunistischen Teil Deutschlands und Koreas (DDR und Nordkorea) nach dem Zweiten Weltkrieg die Herrschaftsstrukturen von außen, d.h. durch die Sowjetunion eingeführt wurden, bestanden keine Diskrepanzen in der ethnischen Zusammensetzung der

Bevölkerung der DDR oder Nordkoreas. Die Ulbricht-Gruppe in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und die Kim Il-sung-Gruppe im sowjetischen Verwaltungsgebiet der koreanischen Halbinsel bestanden aus wenigen Mitgliedern, die in der UdSSR ausgebildet und mit der Unterstützung der UdSSR später zur Ausweitung des kommunistischen Einflusses als Führungselite in der DDR und Nordkorea eingesetzt wurden. Die Ulbricht-Gruppe und die Kim Il-sung-Gruppe beschränkten sich nur auf wenige Kernmitglieder, so dass es nicht zu ethnischen Konflikten kam. Außerdem galt hier die Regel, dass unter totalitären Herrschaftssystemen wie in der DDR und Nordkorea keine ethnischen Probleme auftreten durften. Die chinesische Regierung, die 1949 nach Taiwan übersiedelte, brachte zwei Millionen Chinesen nach Taiwan mit, die damals etwa einem Fünftel der taiwanesischen Bevölkerung entsprachen und eine eigene Bevölkerungsgruppe bildeten. In Taiwan und auch in anderen Ländern wie Jugoslawien und der UdSSR, wurden die daraus resultierenden ethnischen Konflikte erst mit der politischen Liberalisierung sichtbar und traten dann in den Vordergrund.

Außerdem bestimmte die übersiedelte chinesische Regierung unter dem Regime der Kuomintang die politische Szene in Taiwan. Aufgrund ihrer strikten Parteistruktur gelang es ihr, ihren politischen Willen bis zur Demokratisierung in den achtziger Jahren immer durchzusetzen. Dies gewährte der Insel bis Ende der achtziger Jahre politische und wirtschaftliche Stabilität.

Südkorea hingegen, dessen Regierung von Anfang an aus verschiedenen Fraktionen bestand und keine große Autorität besaß, erlebte seit der Gründung der Republik Südkorea mehrere Regierungswechsel sowie Putsche.¹

In der Bundesrepublik Deutschland gab es bis zur Wiedervereinigung mehrere Regierungswechsel, die – anders als in Südkorea – die Folge legaler Wahlentscheidungen waren.

1.4.3. Gleichgewicht der geteilten Staaten

Geographisch ist die Teilung von China extrem asymmetrisch. Die Landfläche und Bevölkerungszahl der Volksrepublik China übersteigen die Taiwans um ein Vielfaches. Dies führt zur Unterrepräsentativität Taiwans in der internationalen Gemeinschaft, besonders

¹

Vgl. Bedeski, E. Robert : The Transformation of South Korea. Reform and Reconstruction in the Sixth Republic under Roh Tae Woo 1987-1992. London/New York, Routledge 1994, S. 131-132.

weil die stärkere Volksrepublik China Taiwan als eine Provinz Chinas, nicht jedoch als einen unabhängigen Staat betrachtet. Die überproportionale Stärke der Volksrepublik China und der autoritäre Charakter des VR-chinesischen Regimes bedeutet ein Hindernis für Verhandlungen zwischen der Volksrepublik China und Taiwan. Für die Volksrepublik China besteht immer die Option, Taiwan militärisch zu erobern. Ein militärischer Einsatz wird hauptsächlich durch zwei Faktoren aufgehalten: Erstens, das Bestehen der Taiwan-Straße als geographische Grenze zwischen beiden Chinas, die das VR-chinesische Militär ohne große Verluste kaum überqueren könnte; zweitens, die Möglichkeit der amerikanischen Intervention im Falle eines VR-chinesischen Überfalls über Taiwan.² Aufgrund dieser zwei Faktoren konnte Taiwan trotz der extrem asymmetrischen Teilung bis jetzt bestehen, ohne daß es von der Volksrepublik China durch einen Militäreinsatz übernommen wurde.

Im Gegensatz zu China waren die Teilungen in Deutschland und in Korea relativ gleichmäßig. Diese relative Gleichmäßigkeit der Teilungen dieser beiden Länder betraf nicht nur die Bodenfläche, sondern die Bevölkerungszahl. Die Bundesrepublik Deutschland und Südkorea besaßen den Vorteil, dass ihr kommunistischer Teil kleiner war als sie. Die Bevölkerungszahl in der BRD vor der Vereinigung lag bei etwas über 60 Millionen gegenüber 20 Millionen in der früheren DDR. Anfang der neunziger Jahre betrug die Bevölkerungszahl in Südkorea 44 Millionen gegenüber 23 Millionen in Nordkorea. Zu diesem Vorteil kam für die Bundesrepublik Deutschland und Südkorea der wirtschaftliche Vorteil gegenüber ihrem kommunistischen Gegner, der eine Voraussetzung für die Vereinigung von Deutschland war. Die Überlegenheit der Bundesrepublik Deutschland und Südkoreas gegenüber ihrem jeweiligen kommunistischen Gegner ermöglichte ihnen eine stärkere Vertretung in der internationalen Gemeinschaft.

In Bezug auf gewalttätige Konflikte zwischen den geteilten Ländern überwiegt die Zahl an Auseinandersetzungen zwischen Süd- und Nordkorea eindeutig die Zahl vergleichbarer Vorkommnisse in Deutschland oder in China.³ Dies lässt sich nicht zuletzt auf die ideologische Besonderheit und die damit verbundene Aggressivität des nordkoreanischen Regimes zurückführen. Zur Stabilisierung des Regimes hält Nordkorea seine Grenzen zur Außenwelt verschlossen, auch wenn die Massen der Bevölkerung unter Hungersnot leiden. Obwohl sowohl unter den Politikern der beiden Teile Koreas als auch zwischen getrennten Familien seit dem Ende der 90er Jahre strikt kontrollierte Austauschbesuche

² Vgl. Gu, Weiqun: *Conflicts of Divided Nations. The Cases of China and Korea*. Westport Connecticut/London 1995, S. 11.

³ Vgl. ebd., S. 135-136.

stattfinden und die südkoreanische Industrie von Zeit zu Zeit sogar Investitionen in Nordkorea vornimmt, bleiben die Grenzen Nordkoreas wie in keinem anderen Land der Welt dicht. Eine solche extreme Verschlossenheit ist weder im autoritären Regime der Volksrepublik China denkbar, noch wäre sie in der DDR vorstellbar gewesen.

Obwohl Taiwan seit der Trennung eine erfolgreichere Wirtschaft als die Volksrepublik China hat, gleicht die asymmetrische Größe der Volksrepublik China den taiwanesischen Vorteil aus. In wirtschaftlicher Hinsicht verliert Taiwan seit der Öffnung des chinesischen Marktes in den siebziger Jahren ständig Vorteile gegenüber der Volksrepublik China. In der als "chinesischen Weg zum Sozialismus" bezeichneten wirtschaftlichen Öffnung führte Deng Xiaoping eine Umwandlung durch, in der allmählich auf die zentrale Planwirtschaft des sowjetischen Stils zugunsten der westlichen Kapitalwirtschaft verzichtet wurde.⁴ Der Erfolg der Wirtschaftspolitik der Volksrepublik China ermöglicht ein enormes Wirtschaftswachstum. In Bezug auf das wirtschaftliche Produktionsvolumen, die Wachstumsrate sowie die Handelsüberschüsse liegt die Volksrepublik China am Ende des zweiten Millenniums deutlich vor Taiwan.

1.4.4. Die Selbständigkeit des Regimes in den kommunistischen Teilen

Der heutige Zustand der hier behandelten drei Länder hängt zum großen Teil vom Regimecharakter in den kommunistischen Teilen ab. Die im Vergleich zu Korea oder China weitaus fortgeschrittenere deutsche Situation, die 1990 zur Vereinigung Deutschlands geführt hatte, war auch eine Folge der Tatsache, dass die DDR nicht vollständig als ein autonomes Regime galt. Sowohl politisch-ökonomisch als auch geographisch war die DDR ein Bestandteil des sowjetischen Ostblocks in Europa. Die Auflockerung in diesen Ländern wirkte unmittelbar auf die Stabilität der DDR. Ohne die Unterstützung der UdSSR und des kommunistischen Umfelds in Osteuropa konnte die DDR allein nicht bestehen. Mit der Auflösung des sowjetischen Imperiums in Osteuropa war die Lebensader der DDR praktisch abgeschnitten. Die DDR war zu einem Wandel gezwungen.

Militärisch galt die DDR noch weniger als autonomer Akteur.⁵ Die UdSSR hatte 400.000 Soldaten in der früheren DDR stationiert. Als die Demonstrationen im Oktober 1989 die Existenz des DDR-Regimes in Frage stellte, konnte die DDR nicht ohne die Zustimmung

⁴ Vgl. Bedeski, E. Robert: a.a.O., S. 133.

⁵ Vgl. Joffe, Josef: German Reunification: How, Why and Why Now? Paper presented to Symposium on the Comparative Analysis of German Reunification and the Korean Case. International Cultural Society of Korea, November 5, Seoul 1990, S. 10.

der UdSSR ihr Militär gegen die demonstrierenden Bevölkerungsmassen einsetzen – wie die VR-chinesische Regierung bei der Unterdrückung der Studentendemonstrationen im Sommer 1989. Die militärische Abhängigkeit der DDR von der UdSSR machte die Protestwelle unaufhaltsam und galt sicherlich als einer der Faktoren, die schließlich zur Öffnung der Mauer im November 1989 führten.

Die Protestwelle gegen den Kommunismus erfasste kurz vor der DDR im Juni 1989 auch die Volksrepublik China. Als die Protestwelle zur politischen Liberalisierung Volkschinas das kontrollierbare Ausmaß überschritt, konnte die Volksrepublik China ohne auswärtige Zustimmung durch Einsatz des Militärs die Systemstabilität wiederherstellen. Damit demonstrierte die Volksrepublik den Unterschied ihres kommunistischen Systems zu dem in der DDR. Die Volksrepublik China war sowohl wirtschaftlich als auch militärisch nicht an den sich auflösenden Kommunismus in Osteuropa angeschlossen. Die Selbständigkeit der Volksrepublik China, besonders ihr wirtschaftliches Potential erschließen eine Zukunftssicherheit, die Taiwan in eine ungünstige Lage versetzt. Mit der Zeit nimmt die Bedeutsamkeit der Volksrepublik China zu und überschattet zunehmend die Position Taiwans in der internationalen Politik.

Obwohl Nordkorea seit der Auflösung des Kommunismus wirtschaftlich kurz vor dem Zusammenbruch gestanden hatte, konnte es durch seine politisch-militärische Selbstständigkeit nach der Auflösung des UdSSR und ihrer Peripherie in Osteuropa weiterexistieren. Im Unterschied zu den kommunistischen Ländern in Osteuropa oder der UdSSR führte Nordkorea erfolgreich eine totale Abkapselung des Inlands von der Außenwelt durch. Die Bevölkerung Nordkoreas besitzt, von den offiziellen Informationsangeboten der nordkoreanischen Regierung abgesehen, keinerlei Zugänge zu Informationen aus dem Ausland. Obwohl diese Isolationspolitik Nordkorea in eine verheerende Wirtschaftskrise führte, gelang es Nordkorea die Stabilität des Regimes unter Aufopferung des Existenzminimums von bestimmten Bevölkerungsteilen zu erhalten. Im Unterschied zu den kommunistischen Ländern in Osteuropa werde Nordkorea durch seine Abgeschlossenheit nicht vom Einfluss der Auflösung des kommunistischen Lagers erfaßt.⁶ Außerdem unterscheidet sich Nordkorea von anderen osteuropäischen Ländern dadurch, dass es die geographische Nähe zu zwei kommunistischen Supermächten, der UdSSR und der Volksrepublik China, zu seinem Vorteil nutzte. Seit seiner Gründung unterhielt Nordkorea abwechselnd engere Beziehungen zu einer dieser beiden Supermächte. Nach dem Ausfall der UdSSR und der kommunistischen Länder in Osteuropa konnte Nordkorea, obwohl in begrenzterem Umfang, immer noch mit der Unterstützung

⁶ Vgl. ebd., S. 6.

der Volksrepublik China rechnen. Außerdem wirkt sich die militärische Selbständigkeit des nordkoreanischen Regimes auf die Systemstabilität aus. Mit dem möglichen Besitz von Atomwaffen besitzt Nordkorea das Potential, die Sicherheit des gesamten nordöstlichen Asiens, besonders Japans, in Gefahr zu bringen, wie die Probeabschüsse der Rakete Rodong-1 im Mai 1993 mit einer Reichweite von 550 km und der verbesserten Version Taepo-Dong 1 im August 1998 mit einer Reichweite von 2000 km zeigten. Dennoch steckt Nordkorea wirtschaftlich in einer Sackgasse. Sie kann nur durch die Öffnung zu Auslandsinvestitionen überwunden werden, was jedoch die Stabilität des nordkoreanischen Regimes gefährdet.

Tabelle 1-1: Vergleich der Teilungsfakten in China, Deutschland und Korea

Vor dem Zweiten Weltkrieg	
China	Chinesisch-Japanischer Krieg (auf chinesischem Boden)
Deutschland	Drittes Reich
Korea	Unterdrückung unter japanischer Kolonisation
Rolle im Zweiten Weltkrieg	
China	Verwicklung in den Krieg durch japanische Invasion
Deutschland	Verursacht den Krieg durch Expansionismus
Korea	Verwicklung in den Krieg als japanische Kolonie
Rolle der USA nach dem Krieg	
China	Passive Unterstützung der nationalchinesischen Regierung von Chiang Kai-shek
Deutschland	Errichtung einer amerikanischen Besatzungszone
Korea	Übernahme nur des südlichen Teils der koreanischen Halbinsel
Rolle der UdSSR nach dem Krieg	
China	Unterstützung der kommunistischen Machtübernahme nach der japanischen Kapitulation
Deutschland	Errichtung der sowjetischen Besatzungszone und deren Isolation von westlichen Zonen
Korea	Einmarsch in den nördlichen Teil Koreas durch eine sowjet-freundliche koreanische Armee
Handel mit dem kommunistischen Teil	
China	Indirekter Handel durch ein Drittland, 1991 schätzungsweise knapp 6 Milliarden US-\$
Deutschland	Subvention, Wirtschaftshilfe und Austauschhandel seit den 70er Jahren bis zur Vereinigung
Korea	Keinen
Offizielle Treffen	
China	Seit Ende der 80er Jahre Verhandlungen der inoffiziellen Organisationen
Deutschland	Austauschbesuch der Regierungschefs in den 80er Jahren
Korea	Seit den 70er Jahren Treffen des Roten Kreuzes bis zum Zusammentreffen der Premierminister von Süd- und Nordkorea 1990
Private Reisen	
China	Seit 1987 Zivildreisen von Taiwan nach Volkschina durch ein Drittland möglich
Deutschland	Seit den 70er Jahren Reisen von der BRD in die DDR möglich, jedoch nur begrenzt Reisen von der DDR in die BRD
Korea	Keine Reisemöglichkeiten außer Sonderanlässen wie Verhandlungsdelegationen und Austauschsuche

2. Die Pressetraditionen in den untersuchten Ländern

In diesem Teil der Arbeit wird hauptsächlich der pressegeschichtlichen Entwicklung in den beiden asiatischen Ländern nachgegangen. Außerdem werden die Maßnahmen zur Einschränkung der Pressefreiheit in diesen beiden Ländern bis Ende der 80er Jahre, kurz vor der Durchführung dieser vergleichenden Untersuchung zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Taiwan und Südkorea, verdeutlicht.

2.1. Taiwan

Die Regierung in Taiwan blieb anders als die der meisten asiatischen Länder während der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts von 1949 bis zur Einführung der Demokratie Ende der 80er Jahre stabil. Die Regierung war immer in der Hand einer einzigen Partei, der Kuomintang (Volkspartei), die 1912 das moderne China gründete. 1949 übersiedelte die Kuomintang-Regierung nach Taiwan. Dort konnte sie mit relativ erfolgreicher Wirtschaftspolitik die Insel bis zum Ende der 80er Jahre unter ihre Kontrolle bringen. Aufgrund dieses stabilen autoritären Regimes blieb Taiwan frei von politischen Unruhen wie Militärputschen und Massendemonstrationen. Die politische Situation Taiwans unterschied sich in diesem Sinne erheblich von der Südkoreas, wo bis zur beginnenden Demokratisierung Ende der 80er Jahre sechs Republiken aufeinander folgten.¹

Im Vergleich zu den westlichen Industrienationen begann die chinesische Pressearbeit mit zwei Jahrhunderten Verspätung.² Ihr Anfang geht auf europäische Missionare in China zurück. Sie gründeten periodische Schriften, um die christliche Lehre und nebenbei auch Nachrichten zu verbreiten. So erschien das erste chinesische Monatsmagazin, das „Eastern-Western Monthly Magazine“, 1833 in Guangzhou. Erst in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts gründeten die Chinesen ihre ersten eigenen Zeitungen „Hsunhuan Daily“ und „Hui Daily“ in Hongkong und Shanghai. Ende des 19. Jahrhunderts sah sich das rückständige China nach mehreren Jahrhunderten Abgeschlossenheit mit dem Eindringen der europäischen Industrienationen konfrontiert. Bis zum Fall der chinesischen Dynastie 1911 wurden zahlreiche Zeitungen gegründet. Sie waren hauptsächlich Austragungsort der politischen Meinungen chinesischer Intellektueller, die sich in Reformisten (für die Erhaltung der chinesischen Dynastie) und Revolutionäre (für den Umsturz der Dynastie) spalteten. Mit dem Sieg der Revolutionäre durch die Gründung des modernen Chinas im Jahre 1911 blühte die Presse auf. 1912 waren bereits 495 Zeitungen registriert.

¹

Vgl. Geschichtsteil dieser Arbeit über die Teilung von Korea.

²

Vgl. Große Chinesische Enzyklopädie. Bd. über Presse und Verlage. (chinesisch) Taipei 1993 (erste Erscheinung in Peking 1980), S. 1.

Nach Gründung der Kommunistischen Partei Chinas im Jahr 1921 wetteiferten die Zeitungen der nationalen Regierung und der kommunistischen Partei um Einfluss. Angesichts der japanischen Invasion in China glich die Presse in den 30er Jahren bis zur Kapitulation Japans 1945 einem verlängerten Arm der politischen Machtkämpfe zwischen der nationalen Regierung und den chinesischen Kommunisten. Während dieser Zeit instrumentalisierten die gegensätzlichen Ideologien die Presse. Die eigentliche Rolle der Presse geriet immer mehr ins Abseits.³ Der Sino-Japanische Krieg machte die Presse zum unentbehrlichen Element im Kampf gegen die japanische Besatzungsarmee. Allein im Gebiet der nationalen Regierung wurden bis kurz vor der Kapitulation Japans über 1.100 Zeitungen registriert. Während des Sino-Japanischen Krieges entstand in China außerhalb des Gebietes der nationalen Regierung und des japanischen Besatzungsgebietes das Gebiet der chinesischen Kommunisten. Die Zeitungen, die sich im japanischen Besatzungsgebiet befanden, wurden alle von der japanischen Besatzungsmacht eingestellt. Nach dem Rückzug der Japaner und der Ausweitung des kommunistischen Einflusses geriet die Presse zunehmend in den Machtkampf zwischen der kommunistischen Partei und der nationalchinesischen Regierung, in dem die Kommunisten schließlich die Oberhand gewannen.

Seit Gründung der ersten Zeitung während der Endphase der Ching-Dynastie⁴ beanspruchten alle chinesischen Regierungen das Recht auf Kontrolle der Medien und zensurierten die Presse. Diese Tradition der Pressekontrolle wurde sowohl von der kommunistischen Regierung auf dem Festland als auch von der Kuomintang-Regierung auf Taiwan jahrzehntelang fortgesetzt.⁵ Nur auf Taiwan wurde sie mit der Aufhebung des „Martial Law“ 1987 unterbrochen.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges endete die japanische Kolonisierung von Taiwan. Als die chinesische Regierung Taiwan im Jahre 1945 übernahm, erschien auf der Insel nur eine Zeitung in japanischer Sprache. Nach 50 Jahren strikter japanischer Herrschaft genoss Taiwan für kurze Zeit eine nie zuvor erlebte Pressefreiheit. Für Neugründungen waren die Zeitungen zu keinem Registrierungsverfahren verpflichtet. Die Presse wurde inhaltlich nicht zensiert. Die Anzahl der Zeitungen stieg rapide auf 20. Diese Freiheit endete jedoch abrupt mit dem ethnischen Konflikt zwischen Taiwanesen und Festlandchinesen am 28. Februar 1947, der Tausende von Menschenleben kostete. Die Hälfte der 20 Zeitungen wurde geschlossen und die nationalchinesische Regierung führte Leitlinien für die Presseberichterstattung ein.

³ Vgl. Tsen, Schui-pei: Chinesische Pressegeschichte. (chinesisch) Taipei 1966, S. 17-18.

⁴ Das letzte Kaiserreich Chinas (1644-1912).

⁵ Vgl. Berman, Daniel K.: Words Like Colored Glass. The Role of the Press in Taiwan's Democratization Process. Boulder/San Francisco/Oxford 1992, S.118.

Anschließend schränkte die nationalchinesische Regierung direkt nach der Übersiedlung 1949 die Pressefreiheit ein. Sie beschränkte den Umfang der Zeitungen auf sechs Seiten, der später auf zwölf Seiten erweitert wurde. Neue Zeitungen unter Einfluss des Festlands wurden gegründet. Die oft mit öffentlichen Mitteln finanzierten Neugründungen zwangen die bestehenden Zeitungen zum Zusammenschluss. 1951 leitete die Regierung eine weitere Maßnahme zur Einschränkung der Pressefreiheit ein, indem sie festlegte, die Anzahl an Zeitungen auf die damals bestehenden 31 Zeitungen zu begrenzen.

Bis zur Einführung der Demokratie Ende der 80er Jahre genehmigte die Regierung keine Gründung von neuen Zeitungen. Auch ihr Verkaufspreis wurde von der Regierung festgelegt. Die Zeitungen mussten am Erscheinungsort gedruckt werden. Die genannten Einschränkungen blieben fast vier Jahrzehnte bis zur Einführung der Demokratie als Kontrollmaßnahmen für die Ausbreitung der Presse in Kraft, damit die Überwachungskompetenz der Regierung nicht ausgeschöpft wurde. Diese Einschränkungen bezweckten nichts anderes als die Medienvielfalt quantitativ in Schranken zu halten, die inhaltliche Zensur der Medien zu vereinfachen und diese so für die Kontrollbehörden überschaubar zu halten. Aus gleichem Grund war die Anzahl von Fernseh- und Hörfunkanstalten ebenfalls bis Ende der 80er Jahre auf jeweils drei bzw. 33 festgelegt.

Im Vergleich zur Presse standen die Rundfunkanstalten noch wesentlich stärker unter der Kontrolle der Regierung. Eigentümer der meisten Rundfunkanstalten waren Regierungsinstitutionen wie Verteidigungs- und Kultusministerium.⁶ Die Einschränkungen der Presse wurden hauptsächlich durch die Verabschiedung des „Martial Law“, das die Verfassung außer Kraft setzte, ermöglicht. Außerdem gab es noch eine Reihe von Gesetzen und Regelungen, die die Durchführung von Pressekontrollen im Detail regelten. Das „National Mobilization Law“ räumte der Regierung das Recht ein, den Medieninhalt sowie Druckmaterialien, die Meinungsäußerungen beinhalteten, zu zensieren. Das „Sedition Law“ versuchte die Gefahr auszuschalten, dass Meinungsäußerungen der Ausbreitung kommunistischer Propaganda dienten und damit die Staatssicherheit gefährdeten. Das „Publication Law“ und die „Detailed Regulation for Implementing the Publication Law“ machten die Gründung von Presseinstitutionen registrierungspflichtig. Sie bestimmten auch die Seitenanzahl der Zeitungen. Charakteristisch für diese Gesetze und Regelungen war die Anhäufung von Redundanz, Überschneidungen und Vieldeutigkeiten. Als typisches Beispiel kann man die Gefahr durch den aufkommenden Kommunismus nennen, die im Grunde genommen bei allen Gesetzen und Regelungen auftauchte und zu allen möglichen Ein-

⁶ Vgl. die Darstellung über Rundfunk in Kapitel 3.2.1. dieser Arbeit.

schränkungen der Pressefreiheit in Taiwan berechtigte. Außer beim „Sedition Law“ tauchte dieser Artikel in allen anderen Gesetzen auf. Die gesetzlichen Formulierungen von der „Gefahr durch den aufkommenden Kommunismus“, die abstrakt und vage waren, ermöglichten es der Regierung, willkürlich zu zensieren, wann immer sie es als nötig empfand.⁷

An der Umsetzung von Pressegesetzen und Regelungen beteiligten sich mindestens fünf Regierungsinstitutionen. Als erste ist die „Taiwan Garrison Command“, eine Nebenorganisation des Verteidigungsministeriums, zu nennen. Die Garrison galt als Hauptinstrument der Regierung, das dazu diente, die im „Martial Law“ aufgeführten Einschränkungen durch Maßnahmen wie Beschlagnahmung oder Schließung in die Tat umzusetzen. Das „Government Information Office“ war hauptsächlich aufgrund des „Publication Laws“ für die Registrierung von Druckmedien und Lizenzierung von Medienbetrieben verantwortlich. Das „Department of Cultural Affairs“, das dem Zentralkomitee der Regierungspartei Kuomintang angehörte, lenkte die Medien durch die informelle, meist mündliche Anweisung, in bestimmten Situationen gewisse sensible Themen zu vermeiden, die das Regierungsbild beschädigen konnten. Außerdem übten das „Investigation Bureau“ des „Justice Ministry“ und das „General Political Warfare Department“ indirekten Einfluss durch die Kontrolle des Verhaltens der Journalisten aus. Die Vertreter dieser fünf Regierungsinstitutionen trafen sich wöchentlich, um über die Berichterstattungen der Medien zu beraten. Die Vertreter des „Garrison Command“ trafen die endgültige Entscheidung, ob eine Maßnahme gegen ein Medium durchzuführen war.⁸

Vor der Einführung der Demokratie galten die Zeitschriften aus zwei Gründen als idealer Austragungsort für Meinungsäußerungen der politischen Untergrund-Oppositionsgruppen. Erstens war die Anzahl der Zeitschriften nicht wie die der Zeitungen oder Rundfunkanstalten strikt festgelegt. Zweitens war die Herausgabe von Zeitschriften im Vergleich zu anderen Medien flexibel und kostengünstig. Die Ausübung der Zensur, die zur Schließung der betreffenden Zeitschriften oder zur Verhaftung der Mitarbeiter führen konnte, war deshalb für die Zeitschriften eine schwere Strafe. Zum Beispiel wurden 1979 die Zeitschrift „Formosa“ von der Regierung geschlossen und zahlreiche Oppositionsmitglieder verhaftet. Auch konnte die zuständige Regierungsinstitution – wie z. B. das Presseamt – eine vorübergehende Schließung der Presseinstitution anordnen. Eines der zahlreichen Beispiele ist die dreimonatige Schließung der „Independence Evening

⁷

Vgl. Berman, Daniel K.: a.a.O., S. 137.

⁸

Vgl. ebd.

Post“ 1953 wegen ihrer von den Regierungsrichtlinien abweichenden Berichterstattung. Bei geringeren Verstößen wurden die entsprechenden Seiten eliminiert oder die ganze Kopie beschlagnahmt. Diese Vorgehensweise wurde sowohl auf die taiwanesischen als auch auf die importierten Presseerzeugnisse aus dem Ausland angewendet.⁹

⁹

Vgl. Rampal, Kuldip: Press and Political Liberalization in Taiwan. In: Journalism Quarterly, Vol. 71, Nr. 3, Autumn 1994, S. 637-651, dort S. 643.

2.2. Südkorea

Im Gegensatz zu Taiwan, wo nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nur eine Regierung bis zur Zeit der Durchführung dieser Untersuchung regierte, litt die koreanische Presse nach 1945 unter der ständigen Unterdrückung durch verschiedene Regierungen. Vor dem Ende des Krieges war die Pressefreiheit Koreas Opfer der japanischen Kolonialregierung, nach 1945 Opfer des diktatorischen Regimes.

Die Pressearbeit begann in Korea bereits vor der japanischen Dominanz auf der koreanischen Halbinsel. Die erste Zeitung, Tongnip Shinmun (Independence News), wurde bereits 1896 gegründet, kurz nachdem China 1894 den Sino-Japanischen Krieg verlor und Japan seinen alleinigen Fremdeinfluss auf der koreanischen Halbinsel allmählich errichtete. Nach dem Sieg Japans über Russland im Russo-Japanischen Krieg 1905 gelang es Japan, jegliche Einflussmöglichkeit der Großmächte auf der koreanischen Halbinsel auszuschalten. Japan errichtete ein polizeilich-militärisches Überwachungssystem in Korea, das die koreanische Presse einer Vorzensur unterwarf. Mit der Annexion Koreas 1910 verordnete die militaristische Kolonialregierung Japans die Schließung aller koreanischen Zeitungen mit der Ausnahme der offiziellen Zeitung der Kolonial-Regierung. Als Folge einer Massendemonstration 1919 lockerte sie die strenge militärische Kontrolle der Kolonialregierung und erlaubte im darauffolgenden Jahr die Gründung von privaten Zeitungen. Die damaligen Neugründungen waren zwei bis heute populäre Zeitungen: Chosun Ilbo (Korea Tageszeitung) und Dong-A Ilbo (Ostasien Tageszeitung). Die Kolonialregierung Japans vernachlässigte jedoch allmählich die Kontrolle und stellte die zivilen Zeitungen unter strenge Zensur, die kurz vor der Ausweitung des Zweiten Weltkrieges in den Pazifik zur erneuten Schließung aller koreanischen Zeitungen führte. Für zwei Jahrzehnte, von 1920 bis 1940, unterlagen die koreanischen Zeitungen der strengsten Zensur durch die Kolonialregierung. Auf die Veröffentlichung von unerwünschten Berichten reagierte sie mit der befristeten Schließung oder Beschlagnahmung der Zeitung. Zum Beispiel durften Chosun Ilbo insgesamt 240 Tage und Dong-A Ilbo 569 Tage als Strafe für die Publikation unerwünschter Berichte nicht erscheinen. Insgesamt wurden die gedruckten Zeitungen von Chosun Ilbo und Dong-A Ilbo 807-mal beschlagnahmt.¹⁰

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und mit dem Zusammenbruch der japanischen Kolonialregierung entstanden die Fundamente der heutigen koreanischen Presse. Im südlichen Teil der koreanischen Halbinsel, der sich unter der Verwaltung der US-Militärregierung befand, unterstützten die Zeitungen verschiedene politische Richtungen.

¹⁰

Vgl. Kim, Min-Hwan: The Centennial Traces of Korean Journalism. In: Chie-woon Kim and Jae-won Lee (Hrsg.): Elite Media amidst Mass Culture. A Critical Look at Mass Communication in Korea. Seoul 1994, S. 27-42, S. 33.

Darunter waren Zeitungen, die den rechts-konservativen, links-kommunistischen sowie den progressiv-demokratischen Richtungen nahe standen. In Übereinstimmung mit der US-Politik der Errichtung einer rechts-konservativen Regierung in Südkorea wurde die Bildung einer rechts-konservativen Medienlandschaft erfolgreich gefördert.

Von der Gründung der Republik Korea im Jahr 1948 bis zum Rücktritt der letzten Militärregierung 1987 lässt sich die Geschichte Südkoreas in fünf Republiken unterteilen. Abgesehen von der Zweiten Republik, die nur ein Jahr dauerte, bestanden die übrigen Republiken zwischen sieben und zwölf Jahre.¹¹ Während der Ersten Republik leistete die Presse der diktatorischen und korrupten Regierung unter Präsident Syng-Man Rhee Widerstand. Die Zeitungen nutzten alle Möglichkeiten, um für die Einführung einer westlichen Demokratie zu plädieren. Andererseits warb der Präsident für seine diktatorischen Maßnahmen zur Verteidigung der Demokratie gegen den Kommunismus. Das „Law on Publications“ und die „Extraordinary Measures on Publications,“ die sich schließlich im „National Security Law“ niederschlugen, ermöglichten es der Regierung, kritische Berichte zu zensieren, Zeitungen zu beschlagnahmen und im Ernstfall fragwürdige Presseinstitutionen zu schließen. Es gab auch Fälle, in denen die Presseinstitutionen bedroht oder ihnen physische Schäden zugefügt wurden.¹² In der kurzen und relativ demokratischen Zweiten Republik wurde das „Law on Registration for Newspapers and Political Parties“ ratifiziert. Mit diesem Gesetz gelang es der Presse, zeitweise dem berüchtigten Genehmigungsverfahren und der Lizenzpflicht zu entgehen.

Von der Dritten bis zur Fünften Republik stand Südkorea unter strikter diktatorischer Herrschaft verschiedener Militärregierungen. Während dieser Periode förderten die Militärregierungen einerseits die Expansion gewisser linientreuer Zeitungen als Wirtschaftsunternehmen durch Pressekonzentration, indem sie kritische Medien durch Fusion übernahmen. So fielen die Zeitungen in die Hände weniger regierungsnaher Monopolisten. Finanziell erhielten diese Presseinstitutionen Vergünstigungen durch steuerliche Vorteile und Regierungsdarlehen. Die Anzahl der Medien verringerte sich. Anfang der 80er Jahre ging die Anzahl der Tageszeitungen von 28 auf elf zurück, die Nachrichtenagenturen von sechs auf eine und die Zahl der Rundfunkanstalten von 29 auf 27.¹³ Andererseits unterdrückten die Militärregierungen die Presseinstitutionen als meinungsbildendes Organ durch Hinweise auf die soziale Verantwortung des Journalismus. Die kritischen Journalisten, die ihre soziale Verantwortung nach Regierungsansicht nicht erfüllten, wurden dis-

¹¹ Vgl. Kapitel 1.3. über Geschichte Koreas dieser Arbeit.

¹² Vgl. Kim, Chie-woon /Tae-sup Shin: The Korean Press: A Half Century of Controls, Suppression and Intermittent Resistance. In: Chie-woon Kim and Jae-won Lee (Hrsg.): a.a.O., S. 43-64, S. 48-49.

¹³ Vgl. ebd., S. 56.

qualifiziert. Unter diesem Vorwand wurden allein während des Militärputschs vor der Gründung der Dritten Republik 1961 etwa 1000 kritische Journalisten entlassen.¹⁴ Der Gründung jedes Militärregimes gingen Maßnahmen gegen Journalisten voraus. Vor der Gründung der Vierten Republik verpflichtete das militärische Regime alle Journalisten zum Besitz eines Presseausweises. Um eine journalistische Tätigkeit ausüben zu können, benötigten Journalisten Presseausweise, die von der Regierung ausgestellt wurden. Dies führte zur Entlassung von über 600 kritischen Journalisten, die keinen Ausweis erhielten.¹⁵ Vor der Gründung der Fünften Republik disqualifizierte das militärische Regime durch die Ausstellung von Presseausweisen über 700 Journalisten, die von den Medieninstitutionen entlassen wurden.¹⁶

Die Militärregierungen wandten verschiedene Methoden zur Kontrolle der Presse an. Mit dem Erlass von gesetzlichen Verordnungen wie der „Presidential Emergency Measure No.1“, die mit einem Notstandsgesetz vergleichbar war, erhielt die Vierte Republik die Macht, willkürlich auf den Inhalt der Berichterstattung Einfluss zu nehmen. Ausländische Presseerzeugnisse wurden ebenfalls zensiert oder beschlagnahmt, wenn es der Regierung nötig erschien. Außerdem rekrutierten die militärischen Regime eine große Anzahl von Journalisten als Agenten. Sie wurden in den Kontrollorganen der Regierung oder in den Nachrichtenredaktionen der Medien zur Erfüllung der Überwachungsfunktion eingesetzt. Wenn die Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung bei den Journalisten auf Protest stießen, zwangen die Regierungsstellen Anzeigenkunden, ihre Anzeigen zurückzuziehen. Durch den finanziellen Druck auf die Verleger gelang es der Regierung, auch journalistische Inhalte zu beeinflussen.¹⁷

Der Fall des Militärregimes wurde mit der Beendigung der Fünften Republik im Juni 1987 eingeleitet. Die Sechste Republik funktionierte als Übergang von den Militärregierungen zur Demokratie, bis zur ersten zivilen Regierung 1993. Nach der Aufhebung des „Press Law“ im Jahre 1987 erlebten die koreanischen Journalisten infolge der Demokratisierung zu Beginn der 90er Jahre ein goldenes Zeitalter. Die rigiden Regelungen wie das Kritikverbot an der Regierung sowie die Zensur in den Medienredaktionen, wurden nacheinander aufgehoben. Die Richtlinien der Regierung für die Medienberichterstattung gehörten der Vergangenheit an. Die Medienindustrie befreite sich von den Regierungssubventionen und der Kontrolle durch die Regierung und wandelte sich in kapitalistische

¹⁴ Vgl. Kim, Min-Hwan: a.a.O., S. 38.

¹⁵ Vgl. Kim, Chie-woon /Tae-sup Shin: a.a.O., S. 53.

¹⁶ Vgl. ebd., S. 55.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 53-55.

Unternehmen, die sich am Bedarf der Konsumenten orientierten.¹⁸

Die koreanischen Journalisten sind einerseits gut ausgebildet und ihre Arbeit hat einen hohen journalistischen Standard. Sie gelten überwiegend als nationalistisch und finden es im allgemeinen schwer, eine kritische Position gegenüber ihrem eigenen Land einzunehmen. Andererseits weisen die koreanischen Journalisten jedoch Verhaltensweisen auf, die tief in der Tradition des Landes verankert sind: Es ist für die meisten koreanischen Journalisten nicht unüblich, Geschenke oder sogar kleinere Geldbeträge von Leuten anzunehmen, über die sie berichten. Dies wird in Korea nicht als Bestechung angesehen, sondern kann als eine Form guten Willens gelten oder als Respekt vor den Journalisten, was sich jedoch von der Beeinflussung der Medienberichterstattung nicht trennen lässt.¹⁹

Der Nationalismus der Koreaner beschränkt sich nicht auf Journalisten. Er ist Bestandteil der koreanischen Mentalität und lässt sich geschichtlich zurückverfolgen. Korea stand seit jeher unter dem Einfluss der Riesennation China und seit dem Ende des neunzehnten Jahrhunderts unter dem Einfluss des imperialen Japans. Unter dem dominierenden Einfluss dieser Großmächte kämpften die Koreaner für ihre nationale Identität. Wie es oft der Fall ist, weisen kleine Nationen, die von Großmächten überschattet werden, einen starken Nationalismus auf. Die schwer zu bewahrende nationale Identität verwandelte sich in nationalen Stolz. Er drückt sich besonders im Ressentiment gegen die asiatische Großmacht Japan aus, die Korea für 50 Jahre bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges kolonisierte. Die heutigen Koreaner, besonders die jüngeren, fühlten sich auch von den USA während des Kalten Krieges missbraucht, einem Zeitraum, in dem diese Korea als Festung gegen die Ausbreitung des Kommunismus nutzten. Dies drückt sich in starker anti-amerikanischer Rhetorik aus.²⁰

¹⁸ Vgl. Heuvel, Jon Vanden and Everette E. Dennis: Trends and Developments in the Media of South Korea. In: Chie-woon Kim and Jae-won Lee (Hrsg.): a.a.O., S. 1-26, S. 11-12.

¹⁹ Vgl. ebd., S. 3.

²⁰ Vgl. ebd., S. 6.

2.3. Die Entwicklung der Pressefreiheit in Deutschland – Ein Vergleich mit Südkorea und Taiwan

Die Pressetradition in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 unterschied sich erheblich von der Südkoreas oder Taiwans. Der Unterschied des Pressewesens zwischen den westlichen und den asiatischen Ländern veranlasste gewisse asiatische Kommunikationsforscher, die Bildung einer asiatischen Kommunikationstheorie sowie die Entwicklung einer asiatischen Forschungsmethode zu fordern, um die Besonderheit der asiatischen Kommunikation zu erfassen.²¹ Die unterschiedliche Entwicklung zwischen dem Westen und dem Osten zeichnete sich für die Untersuchungsländer – Bundesrepublik Deutschland einerseits gegenüber Taiwan und Südkorea andererseits – durch folgende Abweichungen aus. Obwohl gleich nach dem Zweiten Weltkrieg die Alliierten einen Lizenzzwang für die deutsche Presse erließen, wurde dieser Zwang nur bis 1949 aufrechterhalten. Außerdem wirkte sich die anfängliche Kontrolle positiv auf die Entwicklung der Pressefreiheit nach dem Krieg aus. Sie führte später zum Entstehen eines vielfältigen Pressesystems in der Bundesrepublik, das die zentral gesteuerte Presse des Dritten Reiches ablöste. Der Lizenzzwang hatte in der Bundesrepublik damit eine andere Bedeutung als die Kontrollmaßnahmen in Südkorea oder Taiwan, die die Pressefreiheit der politischen Stabilität opferten. In der Bundesrepublik wurde die in Artikel 5 des Grundgesetzes garantierte Meinungsfreiheit anders als in Südkorea oder Taiwan voll auf die Medien übertragen. Die in den beiden asiatischen Ländern vorkommenden Einschränkungen für die Medien, d.h. Gründungsverbot neuer Zeitungen, Einschränkung der Seitenanzahl von Zeitungen, Schließung der oppositionellen Presse, Richtlinien der Berichterstattung durch die Pressebehörden, inhaltliche Zensuren oder gar Beschlagnahmung von Presseerzeugnissen, Förderung gehorsamer Presseinstitutionen durch Subventionen usw. kamen in der Bundesrepublik nicht vor.

Im Vergleich zu Südkorea oder Taiwan begann die Pressegeschichte in Deutschland wesentlich früher. Durch die lange Geschichte der deutschen Presse begann der Kampf um die Pressefreiheit wesentlich früher als in Südkorea und Taiwan, nämlich bereits im 17. Jahrhundert. Mit dem Erscheinen des „Aviso“ und der „Relation“ in Wolfenbüttel und Straßburg im Jahre 1609 gilt Deutschland als Ursprungsland der Zeitung.²² Die Ein-

²¹

Vgl. u. a.

Chu, Leonard L.: Mass Communication Theory: A Chinese Perspective. In: W. Dissanayake (Hrsg.): Communication Theory: An Asian Perspective. Singapore: Asian Mass Communication and Information Center 1988, S. 126-138.

Chu, Godwin C.: In Search of an Asian Perspective of Communication Theory. In: W. Dissanayake (Hrsg.): Communication Theory: An Asian Perspective. Singapore: Asian Mass Communication and Information Center 1988, S. 204-210.

²²

Vgl. Wilke, Jürgen /Elizabeth Noelle-Neumann: Pressegeschichte. In: Elizabeth Noelle-Neumann/ Winfried Schulz/Jürgen Wilke (Hrsg.): Fischer Lexikon. Publizistik/Massenkommunikation. Frankfurt am Main 1994, S. 417-452, S. 437.

schränkungen der Pressefreiheit in Deutschland können bis Ende des 15. Jahrhunderts zurückverfolgt werden. Noch vor Gründung der ersten Zeitung richtete der Fürstbischof von Mainz 1486 eine Zensurkommission des Bücherwesens für das gesamte Bistum ein. Die anfängliche Aufsicht durch die Kirche ging in die weltliche Zensur über. Die Kontrollmaßnahmen, die die Meinungsfreiheit einschränkten, wurden im 16. Jahrhundert systematisch verschärft.

Der Kampf um Pressefreiheit setzte in Deutschland Ende des 18. Jahrhunderts ein, etwa ein Jahrhundert vor Gründung der ersten Zeitung in Korea bzw. China.²³ Anfang des 19. Jahrhunderts wurde der Aufruf zur Pressefreiheit im Namen des Volkes laut. Als Vorreiter galt u. a. Joseph Görres, der im Rheinischen Merkur für das Recht der Zeitung stritt, frei und ungefesselt das Wort der öffentlichen Meinung zu führen. Das erste Drittel des 19. Jahrhunderts zeichnete sich durch den Kampf zwischen der Unterdrückung der Presse und dem Kampf für die Pressefreiheit aus. Auch nachdem die Pressefreiheit im Jahr 1848 proklamiert worden war, konnte sich die Presse von den Einschränkungen des Staates nicht völlig befreien. Erst 1874 gewährte das Reichspressegesetz Pressefreiheit in ganz Deutschland. Die Pressefreiheit und der wirtschaftliche Aufschwung führten zum Aufschwung der Presse im Deutschen Reich.²⁴ Bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges gab es 3.716 Zeitungen in Deutschland.

Mit dem Ersten Weltkrieg setzte die Militärzensur die Pressefreiheit wieder außer Kraft, was zu einem Zeitungssterben führte. In der Weimarer Republik war die Presse weitgehend frei von staatlichen Einflüssen. Allerdings war die große Zahl oft sehr kleiner Regionalzeitungen wirtschaftlich und publizistisch oft von Zulieferern wie dem Hugenberg-Konzern abhängig. Im Dritten Reich waren Kontrollmaßnahmen üblich, die in Südkorea oder Taiwan bis Ende der achtziger Jahre angewandt wurden. Es gab zum Beispiel während des Dritten Reiches ähnlich viele Behörden wie in Südkorea oder Taiwan vor Einführung der Demokratie, die für die Kontrolle der Presse zuständig waren: das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, die Reichspropaganda-Abteilung der NSDAP, die Reichskulturkammer, die Reichspressekammer. Die Aufgaben dieser Behörden waren untereinander nicht klar abzugrenzen und überschneiden sich oft.²⁵ Während

²³ Vgl. ebd., S. 424-425.

²⁴ Vgl. ebd., S. 432ff.

²⁵ Vgl. ebd., S. 447.

des Dritten Reiches wurden auch ähnliche Maßnahmen wie in Südkorea oder Taiwan zur Einschränkung der Pressefreiheit eingesetzt: Bestimmung der Höhe der Zeitungsauflagen, Preiskontrolle, Rationierung von Zeitungspapier, Kontrolle der Neugründung von Zeitungen. Dennoch unterscheidet sich die Entwicklung und Tradition der Pressefreiheit in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert besonders deutlich von der Südkoreas und Taiwans nach 1945, wo es vor Einführung der Demokratie Ende der achtziger Jahre keine Pressefreiheit gab.

3. Die Durchführung der Befragung in den untersuchten Ländern

Für die vorliegende Studie über die Sichtweise der Journalisten der Bundesrepublik Deutschland, Taiwan und Südkorea über die Teilung ihres Landes wurde eine vergleichende Befragung von Journalisten im jeweiligen Land vorgenommen. Die Untersuchung wurde in schriftlicher Form durchgeführt. Da in keinem der untersuchten Länder ein vollständiges Verzeichnis von Journalisten existierte, fand die Ermittlung von Journalisten, die befragt werden sollten, in zwei Schritten statt: Zunächst wurden die bedeutendsten Medien in jedem der drei Untersuchungsländer ausgewählt. Dies erfolgte anhand von Verzeichnissen sowie basierend auf persönlichen Kenntnissen des Verfassers. Darüber hinaus wurden die Stichproben erst nach eingehender Beratung durch Experten aus den jeweiligen Ländern entnommen: Die Auswahl der Medien in der Bundesrepublik Deutschland erfolgte auf Grundlage der Beratung des Instituts für Publizistik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Die Stichprobe der taiwanesischen Medien kam aufgrund einer Empfehlung des Government Information Office und u. a. nach Rücksprache mit Journalisten der China Times zustande. Die Auswahl der südkoreanischen Medien wurde in mehrfachen Gesprächen mit Experten des Korean Press Institute bestätigt. Die unter den Medien in jedem Land vorgenommene Stichprobe enthielt sowohl Zeitungen als auch Rundfunkanstalten.

Im zweiten Schritt wurden in den ausgewählten Medien Journalisten für die Befragung ermittelt. Dieser Personenkreis war in Redaktionen tätig, die sich für das Thema dieser Untersuchung relevant erwiesen, d.h. in den für Politik zuständigen oder damit zusammenhängenden Redaktionen. Zu den befragten Personen zählten sowohl Journalisten in leitender als auch in nichtleitender Position. Der Auswahl von Journalisten lag in allen drei Ländern stets die Strategie zugrunde, zuerst die Namen der Redaktionsleiter aus einem gängigen Medienverzeichnis zu ermitteln und ihnen anschließend die Fragebogen zuzustellen. In der Bundesrepublik Deutschland geschah dies auf postalischem Wege. Aufgrund der Konzentration der Medien in den beiden asiatischen Ländern an einem Standort wurden die Fragebögen den taiwanesischen und südkoreanischen Redakteuren vom Verfasser persönlich übergeben.

Bei der in der vorliegenden Untersuchung getroffenen Auswahl an Personen ging es nicht darum, eine repräsentative Stichprobe von Journalisten vorzunehmen und diese zu befragen. Vielmehr zielte die Stichprobe darauf ab, alle Journalisten zu erfassen, die politisch-relevante Berichterstattung machen. Ziel war es, alle Medien anzusprechen, die für die politische Meinungsbildung in den untersuchten Ländern wichtig waren. Schließlich war die Größe der Stichprobe bei jeder Medieninstitution nicht identisch, sondern wurde nach ihrer Bedeutung gewichtet.

3.1. Die Befragung in der Bundesrepublik Deutschland 1991

3.1.1. Die Auswahl der untersuchten Medien

Die Medienlandschaft in der Bundesrepublik Deutschland ist nicht wie in Südkorea oder Taiwan überwiegend auf die Hauptstadt konzentriert. Wichtige Medien existieren vielmehr in allen größeren Städten von Norden bis Süden. In Großstädten wie Hamburg, Frankfurt und München erscheint mindestens eine Qualitätszeitung bzw. eine entsprechende Zeitschrift, die landesweit vertrieben wird. Gleichzeitig sind Großstädte oft Standort einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt. In den kleineren Städten gibt es in der Regel mindestens eine lokale Zeitung, die für die Meinungsbildung in der Region von Bedeutung ist. Die Vorgehensweise wie in Südkorea und Taiwan, wo aufgrund der Konzentration der Medien in der Hauptstadt ein persönlicher Besuch der befragten Zeitung möglich war, konnte daher in der Bundesrepublik aus Kosten- und Zeitgründen nicht angewendet werden. Deshalb wurde die schriftliche Befragung per Post durchgeführt.

Für die Zeitungen mit überregionalem Charakter wurden vier Qualitätszeitungen in die Stichprobe aufgenommen — Die Welt, die Frankfurter Allgemeine, Frankfurter Rundschau, und Süddeutsche Zeitung. Außerdem wurden die Tageszeitung, das Handelsblatt und die Bild-Zeitung¹ in die Stichprobe einbezogen. Unter den Zeitungen mit regionalem bzw. lokalem Charakter fiel die Wahl auf acht Zeitungen für die Befragung: Westdeutsche Allgemeine, Stuttgarter Zeitung, Tagesspiegel, Kieler Nachrichten, General-Anzeiger, Kölner Stadt Anzeiger, Frankfurter Neue Presse und Münchener Merkur.

Von den Rundfunkanstalten wurde der Westdeutsche Rundfunk im Westen und der Bayerische Rundfunk im Süden der Bundesrepublik in die Stichproben aufgenommen. Eingeschlossen war sowohl der Rundfunk als auch das Fernsehen der beiden Anstalten.

3.1.2. Die Ermittlung von Untersuchungspersonen und die Vorgehensweise

Befragt werden sollten ca. 150 repräsentativ ausgewählte Redakteure bei Tageszeitungen und Rundfunkanstalten. Die Auswahl erfolgte in zwei Schritten: Zunächst wurden nach Sachgesichtspunkten Medien identifiziert und anschließend nach dem Zufallsprinzip die Redakteure ermittelt. Bei den ausgewählten Medien wurden die leitenden Redakteure des

¹

Wegen mangelnder Kooperationsbereitschaft wurde auf die Bild-Zeitung ab der 2. Welle der Befragung verzichtet.

Ressorts Politik oder vergleichbarer Redaktionen angeschrieben und um wohlwollende Unterstützung in der Beantwortung der Fragebögen gebeten. Folgende Redaktionen fanden Berücksichtigung: Außenpolitik, Innenpolitik, Nachrichten, Deutschland, Seite 3, Sozialpolitik. Bei Zeitungen mit kleineren Redaktionen wurden zwei bis drei Redakteure in die Stichprobe aufgenommen, bei größeren Zeitungen bis zu sieben Redakteure angeschrieben. Angesichts an der relativ großen Struktur der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind bei den beiden ausgewählten Anstalten jeweils 15 und 18 Redakteure um Mitwirkung gebeten worden.

Da ein Verzeichnis aller Journalisten in den ausgewählten Ressorts der untersuchten Zeitungen nicht vorhanden war und in den Zimpel Redaktions-Nachschlagewerken² nur die Namen der Redaktionsleiter aufgelistet sind, wandte der Verfasser sich immer an den Redaktionsleiter. Die ausgewählten Redaktionsleiter erhielten mit dem Anschreiben jeweils drei beiliegende Fragebögen. Dabei wurden sie gebeten, einen Fragebogen selbst auszufüllen und die beiden anderen an Kollegen ihrer Redaktion weiterzugeben. Insgesamt wurden an 90 Redakteure 270 Fragebögen verschickt. Die einzige Ausnahme war die Frankfurter Allgemeine Zeitung, weil für diese Zeitung ein Verzeichnis aller Redaktionsmitglieder vorlag.³ Für die Frankfurter Allgemeine wurden deshalb anhand des Verzeichnisses der Redaktionsmitglieder 14 Redakteure ausgewählt. Sie erhielten einen Fragebogen mit dem Anschreiben und Bitte um Mitwirkung. Alles in allem wurden ab dem 6. April 1991 an 104 Redakteure insgesamt 284 Fragebögen verschickt (Tabelle 3-1). Um die Anonymität der befragten Journalisten zu gewährleisten und gleichzeitig eine Übersicht über die Rücklaufquote der Befragung zu erhalten, wurde mit jedem Fragebogen, auf dem keine persönlichen Angaben enthalten waren, eine Antwortkarte mitgeliefert, die unabhängig vom Fragebogen zurückgesandt werden konnte. Auf diesen Weg sollte der Verfasser eine Übersicht erhalten, welche der angeschriebenen Redakteure die Bitte um Mitwirkung bei der Befragung beantwortet haben.⁴

Innerhalb etwa eines Monats, bis Mitte Mai 1991, kamen 50 der an 104 Redakteure verschickten 284 Fragebögen ausgefüllt zurück. Redakteure, die auf das erste Anschreiben überhaupt nicht reagiert hatten, wurden am 18. Mai ein zweites Mal mit drei beiliegenden Fragebögen angeschrieben und nochmals um Mitwirkung gebeten. Den leitenden Redakteuren, die nicht antworteten, wurde noch ein zusätzlicher Fragebogen zugeschickt, um sie selbst oder einen ihrer Kollegen, der nicht geantwortet hatte, erneut um Mitwirkung zu bitten.

²

Vgl. Zimpel 1-3: Redaktions-Nachschlagewerke. Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk, Fernsehen. Verlag Dieter Zimpel, München, Erscheinungsjahr: Laufend.

³

Vgl. Redaktionsmitglieder Frankfurter Allgemeine 1991.

⁴

Vgl. Anhang: Die Antwortkarte auf Seite 389.

Anfang Juli 1991 startete die dritte Welle der Befragung. Die Redakteure, die selbst bis dahin nicht geantwortet oder deren Kollegen nicht geantwortet hatten, wurden noch einmal angeschrieben, um sie zur Antwort zu motivieren, jedoch ohne beigefügte Fragebögen, weil davon auszugehen war, dass die Redakteure nach zwei Anschreiben schon mit Fragebögen versorgt waren. Nach 3 Wellen von Anschreiben kamen bis Ende Juli insgesamt 75 ausgefüllte Fragebögen zurück (Tabelle 3-1).

Um die Zahl der Befragten zu erhöhen, wurden ab Ende Mai noch folgende vier Zeitungen in die Stichprobe aufgenommen: Kölnische Rundschau, Stuttgarter Nachrichten, Rheinische Post und Hamburger Abendblatt. Hier wurden wieder nach der Größe der Redaktionen drei bis neun Redakteure mit jeweils drei beiliegenden Fragebögen angeschrieben. Außer der obengenannten schriftlichen Befragung per Post sind noch zusätzlich jeweils acht Befragungen durch persönliche Zustellung bei der Nachrichtenredaktion des Landesstudios Mainz vom Südwestfunk und bei der Nachrichtenredaktion des Hessischen Rundfunks in Frankfurt vorgenommen worden. So wurden in der erweiterten Stichprobe 19 Redakteuren jeweils drei Fragebögen übermittelt und 57 Fragebögen per Post verschickt. Mit den persönlich zugestellten 16 Fragebögen an den Südwestfunk und den Hessischer Rundfunk belief sich die Zahl der versandten Fragebögen auf 73 (Tabelle 3-1).

Nach etwa einem Monat wurde in der erweiterten Stichprobe ebenfalls eine zweite Welle von Anschreiben versandt. Die in der Zusatzquote ausgewählten Redakteure, die auf das erste Anschreiben nicht reagiert hatten, erhielten noch einmal drei Fragebögen. An die übrigen Redakteure ging ein zusätzlicher Fragebogen, weil der angeschriebene Redakteur selbst oder einer seiner Kollegen nicht geantwortet hatte. Auf eine dritte Welle von Anschreiben in der erweiterten Stichprobe wurde verzichtet.

3.1.3. Der Rücklauf

In drei Anschreiben wurden insgesamt 139 Redakteure direkt oder indirekt um eine Teilnahme bei der Befragung gebeten und insgesamt 357 Fragebögen verschickt. 98 der Fragebögen kamen ausgefüllt zurück (Tabelle 3-1). Einige Redakteure hatten sich gleich nach dem Start der Befragung entweder aus Zeitdruck oder aus Skepsis gegenüber der Befragung schriftlich oder telefonisch entschuldigt und die Mitwirkung abgelehnt. Über ein Drittel der angeschriebenen Redakteure reagierte überhaupt nicht. Betrachtet man die äußerst schwierige Situation der Journalistenbefragung in der Bundesrepublik, kann der Rücklauf als relativ hoch angesehen werden.

Tabelle 3-1: Größe der Stichprobe und des Rücklaufs der Befragung in der
Bundesrepublik Deutschland 1991

Name des Mediums (Erscheinungsort)	Redakteure (Anzahl der angeschriebenen Redakteure)	Fragebögen (Anzahl der verschickten Fragebögen)	Rücklauf (Anzahl der beantworteten Fragebögen)
<u>ALLGEMEINE ABONNEMENTZEITUNGEN/QUALITÄTSZEITUNGEN</u>			
Frankfurter Allgemeine Zeitung (Frankfurt)	14*	14	6
Frankfurter Rundschau (Frankfurt)	3	9	0
Süddeutsche Zeitung (München)	7	21	13
Die Welt (Bonn)	5	15	3
Die Tageszeitung (Berlin)	4	12	2
Handelsblatt (Düsseldorf)	5	15	4
<u>REGIONALE ABONNEMENTZEITUNGEN</u>			
Westdeutsche Allgemeine (Essen)	4	12	2
Stuttgarter Zeitung (Stuttgart)	4	12	1
Tagesspiegel (Berlin)	3	9	1
Kieler Nachrichten (Kiel)	2	6	3
General Anzeiger (Bonn)	5	15	4
Kölner Stadt-Anzeiger (Köln)	4	12	2
Frankfurter Neue Presse (Frankfurt)	3	9	0
Münchener Merkur (München)	4	12	5
<u>BOULEVARDZEITUNG</u>			
Bild (Hamburg)	4	12	0
<u>RUNDFUNKANSTALTEN</u>			
Westdeutscher Rundfunk (Köln)	15	45	12
Bayerischer Rundfunk (München)	18	54	19
<hr/>			
Zwischensumme	104	284	75

Fortsetzung**(ZUSATZQUOTE)**

Name des Mediums (Erscheinungsort)	Redakteure (Anzahl der angeschriebenen Redakteure)	Fragebögen (Anzahl der verschickten Fragebögen)	Rücklauf (Anzahl der beantworteten Fragebögen)
<u>REGIONALE ABONNEMENTZEITUNGEN</u>			
Kölnische Rundschau (Köln)	3	9	2
Stuttgarter Nachrichten (Stuttgart)	9	27	1
Rheinische Post (Düsseldorf)	4	12	2
Hamburger Abendblatt (Hamburg)	3	9	0
<u>RUNDFUNKANSTALTEN</u>			
Südwestfunk (Mainz)	8*	8	6
Hessischer Rundfunk (Frankfurt)	8*	8	2
Zwischensumme	139	357	88
(Rücklauf ohne Antwortkarten)			10
Gesamtsumme	139	357**	98

* Redakteure, die nur einen Fragenbogen erhielten. Allen anderen wurden immer drei Fragebögen zur Verfügung gestellt.

** Beim zweiten Anschreiben, einschließlich der erweiterten Stichprobe, wurden Fragebögen zum Teil noch einmal beigefügt, falls sie den Befragten nicht mehr vorlagen. Weil es sich dabei stets um dieselben Personen wie im ersten Anschreiben handelt, wurden sie in der Stichprobe nicht noch einmal berücksichtigt und eine Doppelzählung somit vermieden.

3.2. Die Befragung in Taiwan

3.2.1. Die Entwicklung und Struktur der Medien in Taiwan

Artikel 11 der Verfassung Taiwans, die seit 1947 in Kraft ist, garantiert zwar die Presse⁵freiheit: „The people shall have freedom of speech, teaching, writing and publications“, Artikel 23 der Verfassung räumt jedoch der Regierung die Möglichkeit ein, Sondergesetze und -regelungen für die Einschränkung der garantierten Freiheiten zu erlassen, wenn diese den folgenden Zwecken dienen: „... to prevent infringement upon the freedoms of other persons, to avert an imminent crisis, to maintain social order or to advance public welfare.“⁶ Dieser Artikel der Verfassung ermöglichte der nationalchinesischen Regierung den Erlass von Sonderbestimmungen. Durch das Publikationsrecht, das bereits seit 1930 bestand, das Rundfunk- und Fernsehgesetz und viele Bestimmungen wie die Ordnung zur Durchführung des Publikationsrechts usw. wurde die Pressefreiheit in Taiwan eingeschränkt. Außerdem verhängte die nationalchinesische Regierung aufgrund der unmittelbaren Bedrohung durch die Volksrepublik China von 1948 bis Juli 1987 das Kriegsrecht in Taiwan, zudem wurden politische Freiheiten wie Versammlungs- und Demonstration⁷sfreiheit sowie Publikations- und Meinungsfreiheit u. a. von der Regierung eingeschränkt.

Die Presse

In der auf Taiwan befindlichen Republik China herrschte seit 1951 ein Gründungsverbot für neue Zeitungen. Die bereits vor dem Gründungsverbot bestehenden 31 Zeitungen blieben aufgrund weniger Fusionen, Namensänderungen und Verlegung des Sitzes des Herausgebers bis Ende der achtziger Jahre praktisch unverändert. Das Gründungsverbot blieb bis zur Aufhebung des Kriegesrechtes bestehen. Erst nach 1988 wurden Neugründungen wieder zugelassen. Zur Zeit der Untersuchung im Sommer 1991 gab es insgesamt 30 Zeitungen in Taiwan. Durch Zusammenlegungen und Schließungen waren es noch weniger Zeitungen als während des Gründungsverbots. Drei der 30 Zeitungen waren Neugründungen.

⁵ Department of Judicial Administration, Judicial Yuan Republic of China (Hrsg.): The Constitution of the Republic of China (englisch-chinesisch), December 1998, S. 4.

⁶ Ebd., S. 5.

⁷ Vgl. Government Information Office (Hrsg.): Republic of China Yearbook 1991-92. (englisch) Taipei 1991. S. 315-322.

Nach ihren Eigentümern unterschieden gehörten zwei der in Taiwan erscheinenden Zeitungen der Regierungspartei Kuomintang; drei waren im Besitz der Provinzregierung Taiwans; dem Militär gehörten weitere fünf Zeitungen, die überwiegend in der Armee und dem zugehörigen Angehörigenkreis verbreitet wurden; die restlichen 20 Zeitungen waren in Privatbesitz, von denen eine mit der Regierungspartei Kuomintang und zwei mit dem Militär verbunden waren (Tabelle 3-2).

Die China Times und United Daily News waren besonders wichtig, weil sie jeweils eine Auflage von mehr als einer Million hatten und ihr Anteil am Zeitungsmarkt in Taiwan jeweils 30% ausmachte. Schätzungsweise rund 70% der Bevölkerung Taiwans waren Leser einer dieser beiden Zeitungen.⁸ Die United Daily News-Gruppe gab außerdem eine Wirtschaftszeitung, Economic Daily News, und eine Familienzeitung, Min Sheng Daily, heraus. Mit diesen drei Zeitungen betrug der Marktanteil der United Daily News-Gruppe über 45%. Die China Times gab ebenfalls eine Wirtschaftszeitung, die Commercial Times, heraus, die einen Marktanteil von rund 3% hatte. Damit betrug der Marktanteil der China Times-Gruppe rund 33%.⁹

Nach der Zulassung neuer Zeitungen im Jahre 1988 stieg die Anzahl an Zeitungen rasant an. Bis zum Ende 1990 waren insgesamt rund 270 Zeitungen registriert, jedoch erschienen viele dieser neugegründeten Zeitungen nicht regelmäßig oder wurden nach ihrer Gründung überhaupt nicht publiziert.¹⁰ Bereits kurze Zeit nach der Aufhebung des Gründungsverbots stellten die neugegründeten Zeitungen 1990 keine ernsthafte Konkurrenz zu den bestehenden Zeitungen dar. Besonders für die großen Zeitungsgruppen United Daily News und China Times hatte die Aufhebung des Gründungsverbots keine Verringerung ihrer Marktanteile zur Folge. Gleich nach der Aufhebung des Gründungsverbots erweiterten die United Daily News-Gruppe und die China Times-Gruppe sogar ihr Angebot um jeweils eine Abendzeitung, United Evening News und China Times Express. Die beiden Zeitungsgruppen steigerten dadurch ihren Marktanteil um je 3%. Damit stieg der Marktanteil der United Daily News-Gruppe auf rund 48% des Zeitungsmarktes und der Anteil der China Times-Gruppe auf über 36%. Außer diesen beiden großen Zeitungsgruppen hatten nur zwei der bereits vor 1988 bestehenden Zeitungen, Independence Evening Post und Mandarin Daily News, einen sichtbaren Marktanteil in der Statistik des Zeitungsmarktes 1991;¹¹ die Independence Evening Post besaß zusammen mit einer neuen gegründeten Morgenzeitung, der Independence Morning Post, etwa

⁸ Vgl. Taipei Journalistenverein (Hrsg.): Jahrbuch der chinesischen Presse (chinesisch). Taipei 1991, S. 64-65.

⁹ Vgl. ebd.

¹⁰ Vgl. ebd.

¹¹ Vgl. ebd.

Tabelle 3-2: Überblick der Monopol-Besitzverhältnisse der Zeitungen in Taiwan 1991

Name der Zeitung	Erscheinungsort
<u>Zeitungen der Regierungspartei Kuomintang</u>	
Central Daily News	Taipei
China Daily News	Tainan
<u>Zeitungen der Provinzregierung</u>	
Taiwan Shinsheng Daily News	Taipei
Taiwan Shin Wen Daily News	Kaohsiung
Shin Wen Evening News	Kaohsiung
<u>Zeitungen des Militärs</u>	
Youth Daily News	Taipei
Chung Cheng Daily	Taipei County
Kinmen Daily	Kinmen
Matsu Daily	Matsu
Chien Kuo Daily News	Penghu
<u>Private Zeitungen</u>	
United Daily News-Gruppe	Taipei
United Daily News	
Min Sheng Daily	
Economic Daily News	
United Evening Post*	
China Times-Gruppe	Taipei
China Times	
Commercial Times	
China Times Express*	
Independence News-Gruppe	Taipei
Independence Evening Post	
Independence Morning Post*	
Mandarin Daily News	Taipei
Liberty Times	Taipei
Chung Kuo Daily News	Taichung
Taiwan Daily News**	Taichung
Tai Chung Daily News**	Taichung
China Evening News	Kaohsiung
Taiwan Times	Kaohsiung
Commons Daily	Kaohsiung
Keng Sheng Daily News	Hualien
China Post (Englisch)	Taipei
China News (Englisch)***	Taipei

* Diese Zeitungen wurden nach der Aufhebung des Gründungsverbots im Jahre 1988 gegründet.

** An dieser Zeitung war das Militär beteiligt.

*** An dieser Zeitung war die Regierungspartei beteiligt.

Quelle: Presseinstitut der Republik China: Jahrbuch der chinesischen Presse. (chinesisch) Taipei 1991, S. 56 und 57.

Taipei Journalistenverein: Jahrbuch der chinesischen Presse. (chinesisch) Taipei 1991, S. 63.

5% des Marktanteils, wobei die Mandarin Daily News, eine spezielle Zeitung für Schulkinder, einen Marktanteil von knapp 4% hatte. Außer der United Daily News-Gruppe, der China Times-Gruppe, der Independence Evening Post und Mandarin Daily News teilten sich die restlichen Zeitungen nur etwa 6% des Marktanteils. So hatten die Partei-, Regierungs-, Militär- und Privatzeitungen sowie die zahlreichen Neugründungen nach 1988 einen kaum nennenswerten Anteil am Zeitungsmarkt. Deshalb trug die Aufhebung des Gründungsverbots nichts zur Vielfalt an Zeitungsangeboten bei. Die nach 1988 neugegründeten Zeitungen, die einen bemerkenswerten Marktanteil aufwiesen, gehörten den bestehenden Zeitungsgruppen, d.h. der United Daily News-Gruppe, China Times-Gruppe und Independence News-Gruppe.

Die Gründe für die Bedeutungslosigkeit der Neugründungen nach 1988 lassen sich auf die Monopolposition der United Daily News-Gruppe und China Times-Gruppe auf dem Zeitungsmarkt zurückführen, die ein vollständig ausgebautes Vertriebsnetz über das ganze Land besitzen und den Anzeigenmarkt beherrschen. Die neugegründeten Zeitungen waren finanziell nicht in der Lage, ein solches Vertriebsnetz aufzubauen, um auf dem Anzeigenmarkt der zwei großen Zeitungen erfolgreich konkurrieren zu können. Zudem fehlte es den neugegründeten Zeitungen an erfahrenen, gut qualifizierten Journalisten. Die qualifizierten Journalisten bevorzugten die sicheren Stellenangebote der großen Zeitungsgruppen. Schließlich bewiesen die zwei großen Zeitungsgruppen durch wachsende Vielseitigkeit¹² ihre Anpassungsfähigkeit in einer zunehmend demokratisierten Gesellschaft. Obwohl die Aufhebung des Gründungsverbots nicht zur sichtbaren Vielfalt der Presse geführt hatte, motivierte die Erlaubnis von Neugründungen die zwei großen Zeitungsgruppen zu einer umfangreicheren politischen Berichterstattung, besonders im Bereich der Innenpolitik, deren Nachfrage mit dem Prozess der Demokratisierung rasch zunahm. Die großen Zeitungen erweiterten ihre Seiten und widmeten diese neuen Seiten zunehmend populären Themen. Neu eingeführt oder erweitert wurden die Seiten für Lesermeinungen und Meinungsaustausch, eine tägliche Seite mit ausführlichen Berichten über die Volksrepublik China, und eine Seite für Finanzberatung. Andererseits nahm auch die sensationelle Berichterstattung über Verbrechen und Kriminalität¹³ in den großen Zeitungen nach 1988 zu.

Obwohl der Zeitungsmarkt in Taiwan durch die Rolle der beiden Monopolzeitungsgruppen stark geprägt wurde, waren die Zeitungen der Regierungspartei, der Provinzregierung und des Militärs nicht ohne Einfluss. Da sie bereits vor den fünfziger Jahren gegründet worden waren und sowohl die Leser als auch die Journalisten Taiwans in den vergangenen drei Jahrzehnten erheblich geprägt hatten, dürfen sie trotz ihres geringeren

¹² Vgl. ebd.

¹³ Vgl. ebd., S. 68-69.

Marktanteils nicht vernachlässigt werden. Sie wurden von der Regierungspartei oder mit öffentlichen Mitteln subventioniert, daher war ihre Existenz nicht wie bei den privaten Zeitungen von der Auflagenhöhe und dem damit verbundenen Gewinn abhängig. Beispielsweise wurden die Militärzeitungen den Wehrdienstleistenden zugestellt. Die Parteizeitung Central Daily News spielte in Regierungskreisen noch immer eine Rolle. Sie war einst ein ernsthafter Mitbewerber der zwei Monopolzeitungen, United Daily News und China Times. Die Auflage dieser Zeitung verzeichnete jedoch wegen ihrer konservativen Ausrichtung einerseits und der politischen Liberalisierung andererseits einen drastischen Rückgang.

Der Rundfunk

Anders als in der Bundesrepublik Deutschland oder in Südkorea gab es in Taiwan keine Rundfunkanstalt, die sowohl Fernseh- als auch Hörfunkprogramme anbot. Fernsehen und Hörfunk wurde von gesonderten Anstalten ausgestrahlt. Das Gründungsverbot für die Presse galt auch für den Rundfunk. Die Neugründung von Rundfunkanstalten während der Zeit des Kriegsrechts war aus Sicherheitsgründen ausgeschlossen. Das Militär beanspruchte den größten Teil der Frequenzen für sich, und der Staat verbot aufgrund des Frequenzmangels die Neugründung von Rundfunkanstalten. Nach Aufhebung des Kriegsrechts 1986 wurden durch Druck der Öffentlichkeit schrittweise solche Neugründungen auf den Weg gebracht. Die Zulassung von neuen Rundfunkanstalten war bis zum Zeitpunkt der Untersuchung im Sommer 1991 jedoch noch nicht erfolgt. Erst am 11. Dezember 1993 wurde die Neugründung von 13 neuen Hörfunkstationen genehmigt, deren Zahl sich bis September 1996 auf insgesamt 118 erhöhte.¹⁴

In Taiwan gab es zum Zeitpunkt der Untersuchung 33 Hörfunkanstalten, die insgesamt 188 Hörfunkstationen auf Taiwan unterhielten. Fünf dieser Hörfunkanstalten gehörten dem Militär; sieben wurden von der Regierungspartei Kuomintang und anderen Regierungsinstitutionen wie Provinzregierung, Erziehungsministerium usw. gegründet; 21 waren in Privatbesitz. Obwohl sich die meisten Hörfunkanstalten in Privatbesitz befanden, sendeten sie überwiegend regional – anderes als die technisch besser ausgestatteten staatlichen Anstalten, die landesweit ausstrahlten. Die staatlichen Hörfunkanstalten unterhielten 130 der insgesamt 188 Hörfunkstationen; ihre Sendekapazität betrug insgesamt 11.471 KW. Von diesen 130 Hörfunkstationen wurde rund ein Drittel (45 Hörfunkstationen) der größten Hörfunkanstalt „Broadcasting Cooperation of China“ zugewiesen,

¹⁴

Vgl. Government Information Office (Hrsg.): Yearbook of the Republic of China 1997. (englisch) Taipei 1997, S. 282.

die der Regierungspartei gehörte. Die 21 privaten Sender besaßen insgesamt etwa nur 60 regionale Stationen mit einer verhältnismäßig kleinen Sendekapazität.¹⁵

Die staatliche Dominanz war im Fernsehen noch größer als im Hörfunk. Die drei Fernsehanstalten, Taiwan Television Company (TTV), China Television Company (CTV) und China Television System (CTS), wurden jeweils von der Provinzregierung, der Regierungspartei und dem Verteidigungsministerium gegründet. Sie wurden kommerziell betrieben. Die Regierungsinstitutionen besaßen jedoch die Mehrheit an Aktien, entschieden über das leitende Personal und bestimmten, bis zu einem gewissen Grad, den Inhalt der Sendungen.¹⁶ Im Mai 1984 wurde die öffentlich-rechtliche Fernsehanstalt Public Television Station in Taiwan eingerichtet. Sie stand jedoch sehr stark unter dem Einfluss der Regierungsinstitutionen. Die Programme dieses öffentlich-rechtlichen Fernsehens, die überwiegend aus ausländischen Filmen bestanden, wurden auf den Kanälen der drei kommerziellen Fernsehanstalten zu vorgegebenen Zeiten ausgestrahlt.

3.2.2. Die Stichprobe und Vorgehensweise

Da Taiwan ein kleines Land ist, konzentrieren sich die Medien hauptsächlich in der Hauptstadt Taipei, die gleichzeitig als politisches, wirtschaftliches und kulturelles Zentrum des Landes gilt. Auch Zeitungen, die in Süden Taiwans erschienen, unterhielten eine politische Redaktion in Taipei, um die Tätigkeit der Regierung und des Parlaments aus der Nähe zu beobachten. Aus diesem Grund bot es sich hier an, die Fragebögen durch den Verfasser persönlich den Redakteuren zu überreichen. Befanden sich die Redaktionen im Süden Taiwans, wurden die Fragebögen per Post verschickt. Wenn jedoch der verantwortliche Redakteur die Übermittlung der Fragebögen auf postalischem Wege bevorzugte, obwohl sich seine Redaktion in Taipei befand, wurde der Wunsch berücksichtigt. Den Zeitungen wurden in Abhängigkeit von ihrer Bedeutung und der Größe ihrer Redaktionen (u. a. nach Absprache mit dem verantwortlichen Redakteur) 10 bis 20 Fragebögen bereitgestellt. Den drei in die Stichprobe aufgenommenen Rundfunkanstalten wurden 10 bis 15 Fragebögen übermittelt.

¹⁵

Vgl. u. a.

Presseinstitut der Republik China (Hrsg.): Jahrbuch der chinesischen Presse. (chinesisch) Taipei 1991, S. 121.

Government Information Office (Hrsg.): Republic of China Yearbook 1991-92. (englisch) Taipei 1991, S. 321.

¹⁶

Erst seit Juni 1997 strahlte eine von der Oppositionspartei Democratic Progressive Party gegründete Fernsehanstalt, Formosa Television Corporation, ihr Programm aus.

Beim Überbringen der Fragebögen ist folgendermaßen vorgegangen worden: Der Verfasser klärte die leitenden Redakteure des Ressorts Politik und internationale Politik (oder vergleichbare Redaktionen) zuerst telefonisch über das Untersuchungsvorhaben auf und bat um Mitwirkung. Ihre Namen waren zuvor anhand eines Handbuchs der Kontaktpersonen ermittelt worden.¹⁷ Wenn die leitenden Redakteure aus zeitlichen Gründen nicht an der Befragung teilnehmen konnten, verwiesen sie die Beantwortung des Fragebogens oft — manchmal auch nach Vorschlag durch den Verfasser — an einen Kollegen oder Assistenten, der in der Lage war, bei der Durchführung der Befragung mitzuwirken. Ihnen wurde auch eine gemessen an der Bedeutsamkeit ihrer Medien entsprechende Anzahl an zu liefernden Fragebögen vorgeschlagen. Einige der Redakteure nahmen die persönliche Zustellung an, andere bevorzugten die postalische Zusendung der Fragebögen. Ein Teil von ihnen bestimmte, je nach Anzahl der mit Politik oder anderen relevanten Themen befassten Mitarbeitern, die Anzahl der zu liefernden Fragebögen selbst.¹⁸ Einige der Redakteure nahmen die persönliche Zustellung an, andere bevorzugten die postalische Zusendung der Fragebögen. In beiden Fällen wurden die angesprochenen Redakteure gebeten, nach etwa einer Woche die ausgeteilten Fragebögen einzusammeln oder im beigelegten Rückumschlag an den Verfasser zurückzusenden.

Für die zwei wichtigsten Monopolzeitungen, United Daily News und China Times, wurden den Redakteuren jeweils 20 Fragebögen zur Verfügung gestellt. Während sich die zuständigen Redakteure der United Daily News ausschließlich für die postalische Zustellung der Fragebögen entschieden, wurden der China Times die Fragebögen durch den Verfasser persönlich überreicht. Von den nach 1988 neugegründeten Zeitungen wiesen nur die United Evening News, China Times Express und Independence Morning Post einen bemerkenswerten Anteil auf dem Zeitungsmarkt auf. Sie gehörten mit Ausnahme der Independence Morning Post zu den beiden großen Zeitungsgruppen. Um die Neugründungen, die nicht von Kurzlebigkeit und geringer Auflagenhöhe betroffen waren, in der Stichprobe zu berücksichtigen, wurde eine dieser drei Neugründungen, die China Times Express, für die Untersuchung ausgewählt. Mit Zustimmung der Redaktionsleitung wurden der China Times Express 15 Fragebögen durch den Verfasser zugestellt. Insgesamt erhielten die drei Zeitungen der zwei großen Zeitungsgruppen (die ersten drei in Tabelle 3-3 genannten Zeitungen) 55 Fragebögen.

Um den Einfluss der Regierung auf die Presse in Taiwan in der Untersuchung wiederzuspiegeln, wurden die wichtigste Zeitung der Regierungspartei, die Central Daily News, und eine Zeitung der Provinzregierung Taiwan, die Taiwan Shinsheng Daily News, in die

¹⁷ Vgl. Government Information Office (Hrsg.): Handbuch der Kontaktpersonen in der Presse. (chinesisch) Taipei 1991.

¹⁸ Fünf der untersuchten Medien nannten die Anzahl der Fragebögen, die sie auszufüllen bereit waren, Vgl. Tabelle 3.3.

Stichprobe aufgenommen. Der Central Daily News wurden 15 Fragebögen per Post zugeschickt, wobei der Taiwan Shinsheng Daily News 15 Fragebögen durch den Verfasser persönlich zugestellt wurden. Weiter befanden sich unter den Stichproben der Presse zwei¹⁹ liberale private Zeitungen, die Independent Evening Post und Liberty Times. Der oppositionelle Charakter der Independent Evening News war nach der Aufhebung des Gründungsverbots verstärkt zu beobachten. Der Independent Evening Post wurden 15 und der Liberty Times zehn Fragebögen per Post zugeschickt. Von den regionalen Zeitungen wurden der China Daily News in Tainan und Taipei 15 und der Daily News in Taichung zehn Fragebögen zugesandt. Insgesamt erhielten die in die Stichprobe einbezogenen neun Zeitungen 135 Fragebögen (Tabelle 3-3).

Tabelle 3-3: Größe der Stichprobe und des Rücklaufs

Name des Mediums	Erscheinungsort	Stichprobe	Rücklauf
<u>ZEITUNGEN</u>			
China Times*	Taipei	20	17
United Daily News	Taipei	20	16
China Times Express*	Taipei	15	9
Central Daily News	Taipei	15	12
Taiwan Shinsheng Daily News*	Taipei	15**	15
Independent Evening Post	Taipei	15	10
Liberty Times	Taipei	10**	10
China Daily News	Tainan	15**	15
Taiwan Daily News	Taichung	10**	10
Zwischensumme		135	114
<u>RUNDFUNKANSTALTEN</u>			
Broadcasting Cooperation of China	Taipei	15	11
Taiwan Television Company	Taipei	10**	10
China Television System	Taipei	15	13
Zwischensumme		40	34
Gesamtsumme		175	148

* Für diese Medien wurden die Fragebögen durch den Verfasser persönlich zugestellt und später wieder abgeholt.

** Diesen Medien wurde auf Wunsch der angesprochenen Redakteure nur so viele Fragebögen zugestellt/zugesandt, wie diese es der Größe ihrer Redaktionen nach für angemessen hielten.

Zu erwähnen bleiben noch die beiden im Süden erscheinenden Zeitungen China Daily News und Taiwan Daily News. Die Journalisten der China Daily News, die für Politik

¹⁹

Vgl. Taipei Journalistenverein: a.a.O., Seite 76 und 81-82.

und internationale Nachrichten zuständig waren, arbeiteten nach Angabe der zuständigen Redakteure alle in der Hauptstadt Taipei. Die für Politik oder vergleichbare Themen verantwortlichen Journalisten der Taiwan Daily News arbeiteten ebenfalls meistens in Taipei. Dementsprechend wurden die an diese beiden Zeitungen gerichteten Fragebögen den Journalisten an ihrem Arbeitsort zugestellt.

Da im Bereich des Rundfunks die staatliche Dominanz sehr stark war, wurde die größte und einflussreichste Anstalt, Broadcasting Cooperation of China, beispielhaft untersucht. Als größte Rundfunkanstalt Taiwans strahlte sie auf mehreren Frequenzen aus. Diese enthielten u. a. einen Nachrichtenkanal, einen Sportkanal, einen Musikkanal und einen Jugendkanal. Für die Befragung wurden die Journalisten des Nachrichtenkanals in die Stichproben einbezogen. Es wurden dem Zuständigen des Nachrichtenkanals 15 Fragebögen per Post zugestellt. Von den Fernsehanstalten wurden die Nachrichtenredaktionen von zwei der drei Fernsehanstalten Taiwan Television Company und China Television System in die Stichprobe aufgenommen. Den angesprochenen Personen der Nachrichtenredaktionen von diesen beiden Fernsehanstalten wurden jeweils zehn bzw. 15 Fragebögen per Post zugeschickt. Die drei ausgewählten Rundfunkanstalten erhielten insgesamt 40 Fragebögen (Tabelle 3-3).

Die Zustellung der insgesamt 175 Fragebögen an die zwölf ausgewählten Medien begann am 1.8.1991 und wurde am 6.8.1991 abgeschlossen.

3.2.3. Der Rücklauf

Nach etwa einer Woche begann der Verfasser, mit den angesprochenen Personen der ausgewählten Medien Kontakt aufzunehmen, um die Fragebögen wieder einzusammeln. Von China Times, China Times Express und Taiwan Shinsheng Daily News erhielt der Verfasser persönlich jeweils 17, neun und 15 ausgefüllte Fragebögen. Von United Daily News, Central Daily News, Independent Evening Post kamen, manchmal nach telefonischer Rücksprache, 16, zwölf und zehn beantwortete Fragebögen. Einige Medien wie die Liberty Times, China Daily News und Taiwan Daily News schickten alle Fragebögen in dem frankierten Umschlag zurück. Von den drei Rundfunkanstalten, der Broadcasting Cooperation of China, Taiwan Television Company und China Television System, gingen auf postalischem Weg elf, zehn und 13 Fragebögen ein. Am 20.08.1991, etwa drei Wochen nach dem Start der Befragung, wurde der Rücklauf von insgesamt 148 Fragebögen abgeschlossen (Tabelle 3-3).

3.3. Die Befragung in Südkorea

3.3.1. Die Entwicklung und Struktur der Medien in Südkorea

Mit der Beendigung der japanischen Kolonisation nach Ende des Zweiten Weltkrieges begann für die koreanische Presse eine Blütezeit. Innerhalb weniger Wochen nach der Befreiung wurden 68 Zeitungen neu gegründet. Dadurch breiteten die Kommunisten ihren Einfluss im befreiten Korea aus – entgegen den Erwartungen der US-Militärregierung im Süden Koreas. Um den kommunistischen Einfluss in ihrem Besatzungsgebiet einzudämmen, erließ die US-Militärregierung etwa ein Jahr nach der Befreiung die Verordnung Nr. 88, indem sie die Presse zu einem Registrations- und Lizenzverfahren verpflichtete. Mit diesem Lizenzzwang gelang es der US-Militärregierung in ihrem Besatzungsgebiet, die Ausbreitung der kommunistischen Presse zu unterbinden. Als Folge verschwanden viele Zeitungen mit ausgeprägter linker Tendenz aus dem Medienspektrum. Die Zahl der Zeitungen sank unter 40.

Die Verordnung Nr. 88 blieb auch nach der Gründung der Republik Korea 1948 erhalten. Erst mit dem Sturz der Syng-Man Rhee-Regierung am 19. April 1960 wurde der Lizenzzwang für die Presse aufgehoben. Die südkoreanische Presse erlebte eine neue Blütezeit, in der die Anzahl der Zeitungen auf 85 stieg. Diese zweite Liberalisierung der Presse war jedoch nur von kurzer Dauer und endete mit der kurzlebigen Zweiten Republik im Mai 1961. Die Militärregierung des Präsidenten Park Chung-Hees erließ erneut die Registrations- und Lizenzpflicht für die Presse. Die Maßnahmen schränkten die Freiheit der Presse verstärkt ein und stellten für die Neugründung von Zeitungen neue Hürden auf. Dies ließ die Zahl der Zeitungen auf 34 sinken. Die Unterdrückung der Presse setzte sich in den 80er Jahren während der Regierungszeit des Präsidenten Chun-Doo Hwans fort, in der die Militärregierung eine Reihe von Zeitungen schließen ließ. Die Zahl der Zeitungen ging auf 26 zurück.²⁰ Mit der Wahl des Präsidenten Roh Tae-Woo Ende 1987, der darauffolgenden Gründung der Sechsten Republik und der Demokratisierung wurde erneut die Registrations- und Lizenzpflicht der Presse aufgehoben. Seit 1988 wurden fünf Zeitungen, darunter zwei Wirtschaftszeitungen und drei lokale Zeitungen, die 1980 auf Druck der Militärregierung geschlossen worden waren, wieder veröffentlicht.²¹ Durch viele Neugründungen lokaler Zeitungen nach 1988 stieg die Zahl der Zeitungen bis zum Zeitpunkt der Untersuchung im Dezember 1990 auf 54.

²⁰

Vgl. Seoul International Publishing House (Hrsg.): A Handbook of Korea. (englisch) Seoul 1988, S. 467 und 468.

²¹

Vgl. Korean Press Institute (Hrsg.): Yearbook of the Korean Press. (koreanisch) Seoul 1991, S. 76-77.

Die Zeitungen in Südkorea befanden sich fast ausschließlich in Privatbesitz. Die Aktien gehörten Privatpersonen oder Wirtschaftsunternehmen. Nicht selten waren die meisten Aktien im Besitz von einflussreichen Einzelpersonen oder von Angehörigen bedeutender Familien. So lag eine der bedeutendsten Zeitungen, Chosun Ilbo, etwa zu 90% in Familienbesitz.²² Als Ausnahme galt Seoul Shinmun, eine der zehn überregionalen Zeitungen, deren Aktien zu 99% der staatlichen Rundfunkanstalt, Korean Broadcasting System, gehörten. Über die Auflagenhöhe der einzelnen südkoreanischen Zeitungen gab es keine exakten Angaben, da sich nicht alle an die durch die ABC genehmigte Auflagenhöhe hielten und die tatsächliche Auflage als Geschäftsgeheimnis verschwiegen. Allgemein schätzte man die Auflage der berühmten überregionalen Zeitungen wie Chosun Ilbo und Dong-A Ilbo auf weit mehr als eine Million.²³

Im Bereich des Rundfunks war der Einfluss von zwei Anstalten dominierend: dem staatlichen Korean Broadcasting System (KBS) und der teils privaten Munhwa Broadcasting Company (MBC). Beide hatten ihren Hauptsitz in Seoul und waren sowohl Fernseh- als auch Rundfunkanstalten. Darüber hinaus unterhielten die zwei Anstalten 25 bzw. 19 Landesstudios, die regionale Programme gestalteten und die Programme aus den jeweiligen Hauptanstalten in Seoul übermittelten. Außer diesen zwei Hauptrundfunkanstalten gab es in Seoul vier Rundfunkanstalten für die religiösen (christlichen) Gemeinschaften und das Militär. Zwei davon unterhielten zusammen fünf regionale Studios.

3.3.2. Die Stichprobe und Vorgehensweise

Seoul ist Regierungssitz und Metropole Südkoreas, wo sich fast ein Viertel der vierzig Millionen Südkoreaner konzentriert. Die Stadt spielt auch eine dominierende Rolle in der südkoreanischen Medienlandschaft. Die Stichprobenbildung konzentrierte sich daher auf Seoul. Von 54 der in Südkorea erscheinenden Zeitungen hatten 24 ihren Standort in Seoul. Alle waren überregional tätig. In Absprache mit den verantwortlichen Redakteuren und unter Berücksichtigung der Größe der Redaktionen wurden den Zeitungen in Seoul jeweils 9 bis 16 Fragebögen überlassen. Den verantwortlichen Redakteuren der beiden Rundfunkanstalten wurden 13 bzw. 23 Fragebögen geliefert. Den in Seoul ansässigen Zeitungen und den ebenfalls dort ansässigen Rundfunkanstalten wurden die Fragebögen vom Verfasser persönlich übergeben. Für die sieben lokalen Zeitungen wurden, je nach

²² Vgl. ebd., S. 69.

²³ Vgl. ebd., S. 70.

der Größe der Redaktion, 3 bis 13 Fragebögen per Post verschickt. Die Korrespondentenbüros der drei lokalen Zeitungen in Seoul erhielten vom Verfasser 5 bis 8 Fragebögen.

Zu den 24 in Seoul erscheinenden Zeitungen gehörten erstens zehn überregional publizierende allgemeine Zeitungen.²⁴ Vier von ihnen (Chosun Ilbo, Dong-A Ilbo, Hankoon Ilbo, und Joongang Ilbo) galten als die einflussreichsten unter den südkoreanischen Zeitungen. Unter den restlichen sechs Zeitungen befanden sich die staatliche Seoul Shinmun und fünf Privatzeitungen. Von den fünf Privatzeitungen waren vier nach 1988 neu gegründet worden. Von den einflussreichsten überregionalen Zeitungen kamen Chosun Ilbo, Dong-A Ilbo und Hankoon Ilbo der Bitte um Mitwirkung entgegen. Ihnen wurden nach Absprache mit den leitenden Redakteuren der ersten beiden Zeitungen jeweils 15 und der dritten Zeitung 17 Fragebögen zugestellt. Die vierte einflussreiche überregionale Zeitung, Joong-ang Ilbo, lehnte zwar die Befragung ab, stimmte jedoch einer Befragung der von ihr neu gegründeten Wirtschaftszeitung Joongang Economic Daily zu. Den infrage kommenden Redaktionen dieser Wirtschaftszeitung wurden 15 Fragebögen überlassen. Dem staatlichen Repräsentanten in der Presse, Seoul Shinmun, wurden ebenfalls 15 Fragebögen zugestellt. Um die Stimmen der vier Neugründungen unter den zehn überregionalen Zeitungen in der Stichprobe zu repräsentieren, wurden Hankyoreh Shinmun und Segye Times um Mitwirkung gebeten. Ihnen wurden jeweils 15 Fragebögen durch den Verfasser zugestellt (Tabelle 3-4).

Zweitens gab es acht Wirtschaftszeitungen. Darunter befanden sich zwei Zeitungen, die 1980 geschlossen worden waren und nun wieder herausgegeben werden sowie drei Neugründungen nach 1988. Von diesen acht Wirtschaftszeitungen wurden Joongang Economic Daily, Maeil Economic Daily und Korea Economic Daily in die Stichprobe einbezogen. Den drei ausgewählten Wirtschaftszeitungen wurden jeweils 15 oder 16 Fragebögen bereitgestellt (Tabelle 3-4).

Drittens gab es zwei englischsprachige Zeitungen und eine chinesische Zeitung, die im Vergleich zu anderen überregionalen Zeitungen einen wesentlich geringeren Einfluss auf spezielle Zielgruppen wie Akademiker oder die in Südkorea lebenden etwa 20.000 Chinesen ausübten. Von den englischsprachigen Zeitungen wurden der Korea Times, die eine wesentlich kleinere Redaktion hatte, neun Fragebögen überlassen (Tabelle 3-4).

Viertens gab es drei Sportzeitungen, die sich ausschließlich auf die Berichterstattung von Sportereignisse und Unterhaltung konzentrieren. Sie übten kaum Einfluss auf die politische Meinungsbildung aus und wurden deshalb nicht in die Stichprobe aufgenommen.

²⁴

Allgemeine Zeitungen bedeutet hier Zeitungen, die im Gegensatz zu Wirtschaftszeitungen und Sportzeitungen alle Themenbereiche behandeln.

Tabelle 3-4: Südkorea: Umfang der Stichprobe und des Rücklaufs 1990

Name des Mediums	Erscheinungsort	Stichprobe	Rücklauf
<u>ZEITUNGEN (überregional)</u>			
Chosun Ilbo	Seoul	15	14
Dong-A Ilbo	Seoul	15	13
Hankook Ilbo	Seoul	17	14
Seoul Shinmun	Seoul	15	12
Segye Times*	Seoul	15	13
Hankyoreh Shinmun*	Seoul	15	15
Maeil Economic Daily	Seoul	16	15
Joongang Economic Daily*	Seoul	15	7
Korea Economic Daily	Seoul	16	9
Korea Times (Englisch)	Seoul	9	6
Zwischensumme		148	118
<u>LOKALE ZEITUNGEN</u>			
Kookje Shinmun**	Pusan	5	2
Yong Nam Ilbo**	Taegu	3	3
Taegu Ilbo*	Taegu	3	3
Kyongbuk Ilbo*	Taegu	4	3
Kwangju Ilbo	Kwangju	8	6
Mudong Ilbo*	Kwangju	13	13
Chunnam Maeil Shinmun*	Kwangju	3	0
Zwischensumme		39	30
<u>SEOUL-KORRESPONDENTEN VON...</u>			
...Kookje Shinmun	Pusan	8	5
...Yongnam Ilbo	Taegu	5	4
...Maeil Shinmun***	Taegu	6	2
Zwischensumme		19	11
<u>RUNDFUNKANSTALTEN</u>			
Korean Broadcasting Cooperation	Seoul	13	13
Munhwa Broadcasting Cooperation	Seoul	23	20
Zwischensumme		36	33
Gesamtsumme		242	192

* Neugründungen nach 1988

** Nachfolgerinnen der 1980 geschlossenen Zeitungen

*** Diese Zeitung war in der Stichprobe der lokalen Zeitungen nicht enthalten.

Als Vertreter der Rundfunkanstalten wurden der einflussreichen Korean Broadcasting Cooperation und der Munhwa Broadcasting Cooperation in Absprache mit den zuständigen Redakteuren jeweils 13 und 23 Fragebögen überlassen (Tabelle 3-4).

Die untersuchten Medien mit Standort in Seoul haben alle eine große Anzahl an Redaktionsmitgliedern, die zwischen 150 und über 300 variiert. Dabei hatten die Ressorts Politik und internationale Nachrichten zwischen 17 und 73 Mitarbeiter. Eine Ausnahme bildet nur die englischsprachige Korean Times, die wesentlich weniger Redakteure hat.²⁵

Für die Durchführung der Befragung wurden die leitenden Redakteure der Redaktionen Politik, internationale Nachrichten oder vergleichbare Redaktionen der ausgewählten Medien angesprochen und um Mitwirkung gebeten. Wenn die Redakteure der in Frage kommenden Redaktionen die Mitarbeit ablehnten, wurde ein vergleichbares Medium als Ersatz ausgewählt. Im Allgemeinen waren die koreanischen Journalisten jedoch kooperationsbereit. Weniger als ein Viertel der angesprochenen Redaktionsleiter lehnte die Befragung völlig ab. Mitarbeiter aller bedeutenden Medien wie Chosun Ilbo, Dong-A Ilbo, Hankook Ilbo und die zwei Rundfunkanstalten KBS und MBC zeigten Kooperationsbereitschaft. Nachdem sich ein leitender Redakteur bei der telefonischen Kontaktaufnahme bereit erklärt hatte, bei der Befragung mitzuwirken, wurden der Redaktion mehrere Fragebögen vom Verfasser persönlich überbracht. Der Ansprechpartner wurde gebeten, einen Fragebogen selbst auszufüllen und die übrigen an seine Redaktionskollegen weiterzuleiten.

Für außerhalb der Hauptstadt erscheinende Medien wurden die Fragebögen den hilfsbereiten Redakteuren nach telefonischer Kontaktaufnahme und Bitte um Mitwirkung per Post zugeschickt. Auch hier wurde der Redakteur gebeten, einen der an ihn gesandten Fragebögen auszufüllen und die restlichen Fragebögen zum gleichen Zweck seinen Redaktionskollegen weiterzureichen. Nach einigen Tagen sollte die Rücksendung der ausgefüllten Fragebögen in dem beigelegten Umschlag erfolgen.

Medien mit Standort außerhalb von Seoul

Außer den in Seoul erscheinenden 24 Zeitungen existierten 30 lokale Zeitungen, die außerhalb der Hauptstadt Seoul in elf Städten Südkoreas erschienen. Sie gehörten drei Kategorien an: Erstens, drei dieser 30 lokalen Blätter waren Nachfolger von 1980 geschlossenen Zeitungen. Zweitens, 17 galten als Neugründungen nach der Aufhebung des Lizenzzwangs. Drittens, die restlichen zehn lokalen Zeitungen gehörten den von jeher

²⁵

Vgl. Korean Press Institute (Hrsg.): a.a.O., S. 328-329.

bestehenden Titeln auf dem Zeitungsmarkt an. Um die regionale Presse in den Stichproben zu repräsentieren wurden die Zeitungen der drei nachfolgend genannten Städte ausgewählt: Pusan, Taegu und Kwangju. Pusan, die zweitgrößte Stadt Südkoreas, ist eine Hafenstadt und gleichzeitig die Metropole des Südens. Weil Pusan ähnliche Großstadteigenschaften wie Seoul aufweist, wurde nur eine der drei dort erscheinenden Zeitungen, Kookje Shinmun, in die Stichproben einbezogen. Nach telefonischer Absprache mit dem zuständigen Redakteur wurden der Politikredaktion dieser Zeitung fünf Fragebögen per Post bereitgestellt. In Taegu, eine der bedeutendsten Städte in der Mitte Südkoreas, erschienen vier Zeitungen, drei davon (Yong Nam Ilbo, Taegu Ilbo, Kyongbuk Ilbo) wurden in die Stichprobe aufgenommen. Den ersten beiden Zeitungen wurden jeweils drei Fragebögen und der dritten Zeitung vier Fragebögen per Post zugeschickt. Kwangju ist eine Großstadt im südwestlichen Teil Südkoreas, die wegen sprachlicher Besonderheiten und einer besonderen Mentalität mit dem Rest des Landes nicht gleichgesetzt werden kann. Sie galt häufig als Anstifterin politischer Unruhen und Proteste. Alle drei in Kwangju erscheinenden Zeitungen (Kwangju Ilbo, Mudong Ilbo, Chunnam Maeil Shinmun) wurden in die Stichproben aufgenommen. Nach telefonischer Absprache mit den zuständigen Redakteuren erhielten diese Zeitungen, entsprechend der Größe der Politikredaktionen, jeweils acht, 13 und drei Fragebögen auf dem Postweg. Insgesamt sieben der 30 lokalen Zeitungen fanden in der Stichprobenbildung Berücksichtigung. Zwei der sieben ausgewählten lokalen Zeitungen waren Neuaufgaben 1980 geschlossener Zeitungen, und vier galten als Neugründungen nach Aufhebung der Lizenzpflicht (Tabelle 3-4).

Die meisten regionalen Zeitungen unterhielten Korrespondenten und Büros in Seoul, wo die Journalisten der Politikredaktion das politische Vorgehen der Regierung beobachteten. Da sich die Korrespondenten der regionalen Zeitungen in Seoul fast ausschließlich mit der politischen Berichterstattung befassten, wurden die Seoul-Korrespondenten der regionalen Zeitungen Kookje Shinmun (Pusan), Yong Nam Ilbo (Daegu) und Maeil Shinmun (Daegu) mit der Lieferung von jeweils acht, fünf und sechs Fragebögen in die Stichprobe einbezogen, wobei Maeil Shinmun in der Stichprobe der lokalen Zeitungen nicht enthalten war (Tabelle 3-4).

Die Befragung der Korrespondenten der lokalen Zeitungen wurde in gleicher Weise vorgenommen wie die Befragung der Medien mit Standort in Seoul. Den Befragten wurden die Fragebögen vom Verfasser überbracht und später wieder abgeholt.

3.3.3. Der Rücklauf

Der Verfasser besuchte die Medien mit Standort in Seoul, die Gegenstand der Untersuchung waren, vom 29. 11. 1990 bis zum 8. 12. 1990 und überließ den zuständigen Chefredakteuren und Redaktionsleitern jeweils neun bis 23 Fragebögen — je nach Ansehen und Bedeutung der Medien und der Größe der Redaktionen — mit der Bitte, sie an Kollegen ihrer Redaktion zur Beantwortung weiterzugeben. Bei den meisten Medien wurden die überlassenen Fragebögen nicht alle ausgefüllt. Teilweise betrug der Rücklauf lediglich 50%.

Etwa eine Woche später wurden die Fragebögen nach telefonischer Vereinbarung mit den Chefredakteuren oder Redaktionsleitern wieder abgeholt. Waren die Fragebögen noch nicht alle ausgefüllt, wurden die angesprochenen Redakteure noch einmal um Mitwirkung gebeten und ihnen eine weitere Frist von etwa einer Woche eingeräumt. Dieser Vorgang wurde wiederholt, bis die Fragebögen ausgefüllt waren und sie abgeholt werden konnten. Von den an Zeitungen mit Standort in Seoul gerichteten 148 Fragebögen konnten 118 ausgefüllt abgeholt werden. Von den an die beiden Rundfunkanstalten gelieferten 36 Fragebögen wurden 33 für die Abholung bereitgehalten (Tabelle 3-4).

Bei den lokalen Zeitungen wurden am 6. 12. 1990 an sieben der ausgewählten Zeitungen nach telefonischer Zusage der Chefredakteure oder Redaktionsleiter jeweils drei bis 13 Fragebögen per Post geschickt. Von den 39 Fragebögen, die an lokale Zeitungen geschickt wurden, kamen 30 ausgefüllt in den beiliegenden Umschlägen wieder zurück. Eine der sieben lokalen Zeitungen, Chunnam Maeil Shinmun, hat die übermittelten Fragebögen aus unbekanntem Grund nicht zurückgesandt. Von den Seoul-Korrespondenten der lokalen Zeitungen wurden elf der zugestellten 19 Fragebögen beantwortet und konnten zurückgeholt werden (Tabelle 3-4).

Die Befragung wurde mit Erhalt der letzten ausgefüllten Fragebögen per Post am 20. 12. 1990 abgeschlossen.

Mit der Zustellung von insgesamt 242 Fragebögen wurden 192 Personen befragt.

3.4. Die Rücklaufquoten der Befragung

In Bezug auf die Rücklaufquoten der Befragung wich die Bundesrepublik Deutschland entscheidend von den beiden asiatischen Ländern ab. Die Rücklaufquote der Bundesrepublik war mit 27% wesentlich niedriger und betrug weniger als ein Drittel gegenüber

der Taiwans in Höhe von 85% und der Südkoreas (79%), wie aus Tabelle 3-5 ersichtlich ist. Die niedrige Rücklaufquote der Befragung in der Bundesrepublik kann auf zwei Gründe zurückgeführt werden: Erstens, motivierte die anonymere postalische Versendung von Fragebögen in der Bundesrepublik wesentlich weniger die Bereitschaft zur Beantwortung als die persönliche Überbringung von Fragebögen, wie sie in den beiden asiatischen Ländern vorgenommen wurde. Eine im Rahmen eines persönlichen Kontakts ausgesprochene Bitte um Ausfüllen eines Fragebogens macht eine direkte Reaktion erforderlich. Dagegen wird ein postalisches Anschreiben mit der Bitte um Hilfe oft verschoben und später mit dem Eingang neuer Post vergessen.

Zweitens, die taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten nahmen im Vergleich zu den Journalisten der Bundesrepublik Deutschland, aufgrund wenig verbreiteter sozialwissenschaftlicher Forschungen relativ selten an Meinungsumfragen teil. Die Journalisten der beiden asiatischen Länder zeigten oft eher Respekt als Ungeduld, wenn sie befragt wurden. Dagegen machten die deutschen Journalisten den Eindruck, dass sie häufig von solchen Forschungsfragen geplagt würden. Und sie neigen ebenfalls zur Skepsis gegenüber Meinungsumfragen und zu Misstrauen gegenüber der repräsentativen Meinungsforschung, die das Individuum nicht berücksichtigt. Dies drückte sich darin aus, dass mehrere Redakteure nach dem Erhalt der Fragebögen zurückschrieben. Sie äußerten direkt Skepsis gegenüber der Meinungsforschung bzw. nannten Zeitdruck und lehnten gleichzeitig die Beantwortung der Fragebögen ab.

Tabelle 3-5: Größe der Stichprobe und des Rücklaufs der Befragung in den untersuchten Ländern

		BRD	Taiwan	Südkorea	Alle
Stichprobe	(n)	357	175	242	774
Rücklauf	(n)	98	148	192	438
Rücklaufquote	%	27	85	79	57

4. Ansichten der Journalisten zum Kommunismus/Sozialismus und zur Weltpolitik

Ab Kapitel 4 beginnt der empirische Teil dieser Arbeit, der aus drei Teilen besteht. Der erste Teil (Kapitel 4) untersucht die Ansichten der Journalisten zum Kommunismus und zur Weltpolitik. Der zweite Teil (Kapitel 5) geht unmittelbar auf die Ansichten der Journalisten zur Teilung und Wiedervereinigung ihres entsprechenden Landes ein. Der dritte Teil (Kapitel 6) der Arbeit ermittelt das Aufgabenverständnis der befragten Journalisten bei der Berichterstattung über den anderen Teil ihres Landes.¹ Die Teilung in den drei untersuchten Ländern entstand durch die Auseinandersetzung zwischen den kommunistischen und den westlichen Ländern. Die Ansichten der Journalisten zum Kommunismus und die sich daraus für die Weltpolitik ergebenden Konsequenzen sind bei der Untersuchung über die Teilung und Wiedervereinigung sowie ihre Auswirkung auf die Medienberichterstattung von entscheidender Bedeutung.

Aufgrund der unterschiedlichen Teilungshintergründe in Deutschland, China und Korea ist zu erwarten, dass sich die Ansichten der Journalisten über den Kommunismus und die daraus resultierenden Probleme der Teilung und Wiedervereinigung voneinander unterscheiden. Deutschland war vor Ende des Zweiten Weltkrieges eine Weltmacht, die durch die Niederlage die Teilung erlitt. China dagegen war immer schon ein großes Land, das durch ein kleines Nachbarland, das militärische Japan, überfallen und im anschließenden Bürgerkrieg geteilt wurde. Korea wiederum war ein typisches Kleinland, das zwischen die Gefechtslinien anderer Nationen, zuerst zwischen die Chinas und Japans, später zwischen die der UdSSR und USA, geriet. Geschichtlich ist die Teilung Koreas auf keine eigene Schuld zurückzuführen, wie es zum Teil in Deutschland oder in China der Fall war. Die Teilung Chinas besitzt die Besonderheit, dass sie extrem asymmetrisch ist. Dadurch ist China (die Volksrepublik China) in weiterem Sinn nicht, wie die beiden anderen Länder, durch die Teilung kleiner oder schwächer geworden. Die negativen Folgen der Teilung haben nur Taiwan getroffen. Dies hat vermutlich eine besondere Auswirkung auf die Einstellung der taiwanesischen Journalisten zum Kommunismus und zur Teilung. In gleicher Weise ist davon auszugehen, dass sich das Bild von Deutschland als Verursacher des Zweiten Weltkrieges und von Korea als Opfer der Gefechte zwischen den Großmächten ebenfalls in der Einstellung ihrer Journalisten widerspiegelt.

Da die Teilungssituationen in den untersuchten Ländern nicht völlig identisch waren, wurden manche Fragen nur in einem oder zwei der untersuchten Länder gestellt. Oder wurden sie der Situation des Landes angepasst. Diese betrafen besonders die Fragen über die Teilung. Hier unterschied sich Deutschland, wo die Vereinigung bereits erzielt wurde,

¹ „Der andere Teil des (geteilten) Landes“ bedeutet im folgenden empirischen Teil dieser Arbeit für die deutschen Journalisten das Territorium der ehemaligen DDR, für die taiwanesischen Journalisten die Volksrepublik China und für die südkoreanischen Journalisten Nordkorea.

von den beiden asiatischen Ländern. Fragen, die nicht in allen Ländern gestellt oder die variiert gestellt worden waren, wurden in den Vergleichstabellen entsprechend gekennzeichnet.

Da die Berichterstattungen der Journalisten das Ziel verfolgen, möglichst ein breites bzw. gezieltes Publikum durch die Massenmedien zu erreichen, üben sie Einfluss auf die Meinungsbildung der Bevölkerung aus. Da die Inhalte der Massenmedien von Lesern, Hörern und Zuschauern konsumiert werden, können sie auch als Widerspiegelung der Meinung von breiten Teilen der Bevölkerung gelten.

Das folgende Kapitel ist der erste Teil der empirischen Untersuchung. Es befasst sich vor allem mit der Frage, ob die Journalisten der untersuchten Länder den Kommunismus nach dessen Niedergang in Osteuropa noch immer für eine richtige Idee hielten. Danach wird den Fragen nachgegangen, ob der Kommunismus, der im großen Teil Asiens weiter existierte, für die Journalisten der beiden asiatischen Länder stets als eine militärische Bedrohung darstellte und ob sie der militärischen Bedrohung zum Trotz ihrem kommunistischen Gegner wirtschaftliche Hilfe gewähren wollten. Darüber hinaus wird auch die Zustimmung der Journalisten zu einigen die allgemeine Politik und die Sicherheitspolitik betreffenden Forderungen untersucht, die sich mittelbar oder unmittelbar auf den kommunistischen Teil der untersuchten Länder bezogen.

4.1. Die Idee des Kommunismus

Die Auflösung des kommunistischen Machtmonopols in Osteuropa begann mit einer Reihe von Streiks der „Solidarnoc“ in Polen im Frühjahr 1980. Sie zwangen die polnische Regierung schrittweise zu Kompromissen. Dazu gehörten eine politische Liberalisierung, die Zulassung unabhängiger Gewerkschaften und Garantie des Streikrechts, Wirtschaftsreformen sowie Lohnerhöhung und die 40-Stunden-Woche. Als Folge der Kompromisse verringerte sich der Absolutheitsanspruch der Partei. Seit Mitte 1981 hatte die Polizei die Streiks allmählich wieder unter ihre Kontrolle gebracht und so kehrte im Dezember des Jahres die Mehrheit der Polen zu Ruhe und Ordnung zurück. Die Solidaritätsbewegung erzielte zwar weitreichende Wirtschaftsreformen und verengte den Spielraum der Partei, sie war jedoch nicht in der Lage, die Hardliner in der polnischen Regierung zu entmachten. Die volle politische Liberalisierung der osteuropäischen Länder benötigte die Unterstützung der UdSSR.

Obwohl es in der UdSSR nach der Führungsübernahme Gorbatschows im Frühjahr 1985 zunächst wenige Anzeichen für eine Erneuerung gab, begann sich seine Haltung 1988 mit dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan zu ändern. Gorbatschow wandte sich von der bisherigen sowjetischen Politik ab, die Souveränität der osteuropäischen Länder weiter einzuschränken. Seine Politik der Perestroika betraf nicht nur die Innenpolitik, sondern wurde auch auf die Außenpolitik übertragen. Der Zusammenbruch des sowjetischen Blocks begann wiederum in Polen, wo die Reformen am weitesten fortgeschritten waren. Nach den Wahlen im Juni 1989 galt „die Solidarnosc“ als eigentliche Machthaberin in der polnischen Regierung. Die systematische Demontage des kommunistischen Systems schritt zügig voran. In Osteuropa wurde damit eine Kettenreaktion ausgelöst. Ungarn folgte dem Beispiel Polens, als sich die zentralistische Regierung durch die Machtergreifung der Opposition in ein Mehrparteiensystem verwandelte und freie Parlamentswahlen stattfanden.

Einen entscheidenden Beitrag zum Fall des Kommunismus in Osteuropa leistete Ungarn darüber hinaus am 10. September 1989, als es Ausreisen über die ungarische Grenze nach Österreich gestattete. Dies führte unvermeidlich zum Fall der Berliner Mauer am 9. November und zum Zusammenbruch der DDR. Diese Welle der Abkehr vom Kommunismus setzte sich mit dem Sturz der kommunistischen Regime in der Tschechoslowakei und Rumänien fort. Sie brachte die kommunistischen Systeme in Bulgarien, Jugoslawien und Albanien zu Fall.² Zusammen mit den massiven politischen Umwälzungen in den osteuropäischen Ländern und der Vereinigung Deutschlands verlor die einstige

² Vgl. Fowkes, Ben: Aufstieg und Niedergang des Kommunismus in Osteuropa. Osteuropa-Studien Band 1, Mainz 1993, S. 170ff.

Ost-West-Grenze ihre Bedeutung. „Der Eiserne Vorhang bedeutete nicht so sehr eine Zweiteilung Europas als vielmehr den Ausschluss aus Europa, von der westlichen kulturellen, politischen und ökonomischen Entwicklung.“³

Parallel zum Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa wurden Forderungen nach politischer Liberalisierung in der Volksrepublik China laut. Die Wiedermalassung der Privatwirtschaft im Jahre 1978 hob zwar den Lebensstandard in der Volksrepublik China, schuf jedoch eine soziale und regionale Differenzierung. Vor allem die Intellektuellen und die Studenten fühlten sich nicht ihrem höheren Bildungsniveau entsprechend entlohnt. Außerdem nahm in der herrschenden Schicht aufgrund des zunehmenden Reichtums die Korruption zu. Es kam zu Demonstrationen, die jedoch rasch im Keim erstickt wurden.⁴ Beim bekannt werden des Todes von Hu Yaobang am 15. April 1989 versammelten sich Studenten aus mehreren Universitäten Beijings sowie aus anderen Städten zur Trauerkundgebung. Die Kundgebung eskalierte auf dem Tiananmen-Platz rasch zu einer Demonstration für die Beschleunigung des Demokratisierungsprozesses. Gefordert wurden Presse- und Demonstrationsfreiheit sowie Bekämpfung der Korruption unter Regierungsfunktionären. Die Studentenproteste entwickelten sich im folgenden Monat zu einer Massendemonstration der Beijinger Bürger mit einer Million bis zwei Millionen Teilnehmern. Die Protestbewegung der Studenten gegen die Regierung lief parallel zu einem Richtungskampf innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas über die Entscheidung der Konservativ-Orthodoxen, die Volksbefreiungsarmee gegen das Volk einzusetzen.

„Die auf den ersten Blick so harmlos klingenden Forderungen der Studenten stellten tatsächlich eine Bedrohung des Führungsanspruchs der KPCh und des sozialistischen Systems dar. Das Mitspracherecht bei politischen Entscheidungen und damit die Teilhabe an der Macht stand letztlich hinter all den Forderungen, die im Laufe der sieben Wochen erhoben wurden.“⁵

Im Unterschied zu Osteuropa ergriff die Kommunistische Partei in China möglicherweise die letzte Chance, ihren Machtanspruch weiter geltend zu machen. Die Protestbewegung wurde am 4. Juni unter Einsatz militärischer Gewalt brutal niedergeschlagen.

³ Simon, Gerhard: Von der Einparteidiktatur zum Nationalstaat. In: Bundesinstitut für ostwirtschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Aufbruch im Osten Europas. Chancen für Demokratie und Marktwirtschaft nach dem Zerfall des Kommunismus. München/Wien 1993, S. 17.

⁴ Hu, Yaobang (1915-1989) war Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas von 1980 bis 1987. Er galt als treuer Anhänger des Reformkurses und der Öffnungspolitik von Deng Xiaoping.

⁵ Cremerius, Ruth /Doris Fischer/Peter Schier: Studentenprotest und Repression in China April - Juni 1989. Analyse, Chronologie, Dokumente. Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg, Nummer 186. Hamburg 1990, S. 28.

Wegen des Scheiterns der Protestbewegung in Beijing und aus anderen Gründen blieben die Volksrepublik China und ihr unmittelbarer Nachbar Nordkorea nach der politischen Umwandlung in Osteuropa als zwei der letzten Bastionen des Kommunismus bestehen.⁶ Im Unterschied zu der DDR und den osteuropäischen Ländern, die völlig von der Einflussphäre der UdSSR überschattet wurden, galten die Volksrepublik China und Nordkorea als Ausnahmen. Sowohl für die Volksrepublik China als auch für Nordkorea war die Verknüpfung mit der UdSSR nicht von lebenswichtiger Bedeutung. Die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und den USA in den 70er Jahren diente unter anderem dem Zweck, sich vom kommunistischen Machtmonopol der UdSSR zu lösen. Nordkorea betrieb seit Ende der 50er Jahre die Politik der „Juche“. Sie verfolgte das Ziel der Eigenständigkeit Nordkoreas, vor allem frei vom Einfluss der kommunistischen Supermächte UdSSR und Volksrepublik China. „Juche“ ermöglichte es Nordkorea, zwischen den beiden benachbarten kommunistischen Supermächten zu balancieren. Für die Volksrepublik China und Nordkorea brachte die Auflockerung der autoritären Herrschaft in der UdSSR und die Auflösung des sowjetischen Blocks jedenfalls keine unmittelbaren Folgen mit sich. Die Flexibilität ihrer Politik gegenüber der UdSSR ermöglichte vielmehr die weitere Erhaltung ihres totalitär-kommunistischen Systems.

Nach der politischen Umwandlung in Osteuropa und der Machterhaltung der kommunistischen Regime in Asien wirft sich die Frage auf, ob es in Deutschland wie in Südkorea und Taiwan unterschiedliche Ansichten über den Kommunismus gab. Hatte der Verfall des Kommunismus in der DDR und im Ostblock, der die Vereinigung der Bundesrepublik mit der DDR ermöglichte, den Kommunismus für die deutschen Journalisten diskreditiert, oder hielten sie den Kommunismus für eine politisch gute Idee, obwohl er in der Praxis völlig scheiterte? Die Abkehr vom Kommunismus in Osteuropa schien Asien nicht beeinflusst zu haben. In der Volksrepublik China bevorzugten selbst die Regime-Kritiker angesichts des Chaos und Zerfalls in Osteuropa eine weitere Herrschaft der Kommunistischen Partei, die innere Stabilität garantierte.⁷ Für Nordkorea, den kommunistischen Teil auf der koreanischen Halbinsel, kam eine Umwandlung des Regimes noch weniger in Frage als für die Volksrepublik China, da aufgrund der totalen Abgeschlossenheit jede Form der Öffnung eine Gefährdung des nordkoreanischen Systems bedeutete.⁸ Haben die taiwanesischen und die südkoreanischen Journalisten den Kommunismus, der nur noch in ihren

⁶ Die zwei anderen kommunistischen Länder, Vietnam und Kuba, stecken in wirtschaftlicher Umstrukturierung und wirtschaftlichem Überlebenskampf.

⁷ Vgl. Wachter, Gudrun: Das letzte Einhorn? Die chinesische Rezeption des Wandels in Osteuropa und der Sowjetunion. In: Bundesinstitut für ostwirtschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Aufbruch im Osten Europas. Chancen für Demokratie und Marktwirtschaft nach dem Zerfall des Kommunismus. München/Wien 1993, S. 312.

⁸ Vgl. Fritsche, Klaus /Mark Suh/Gerhard Will: Vietnam, Nordkorea und Kuba. Rezeption des kommunistischen Kollapses in der Sowjetunion und in Osteuropa. In: Bundesinstitut für ostwirtschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): a.a.O., S. 321.

Ländern herrschte, grundsätzlich abgelehnt, oder haben sie an der Grundidee noch etwas Richtiges erkannt? Das am häufigsten, für die Richtigkeit des Kommunismus eingesetzte Argument besagt, dass der Kommunismus an sich nicht falsch sei. Er sei nur zum Scheitern gebracht worden, weil durch schlechte Politik (d.h. durch Politiker) die Verwirklichung des Kommunismus bislang nicht ihr Ideal erreichen konnte. Der gescheiterte Kommunismus handle sich nur um eine Pseudo-Form,⁹ die das Wesen des wirklichen Kommunismus, das in keinem bestehenden politischen System existierte, verfehlte.

Um die Ansichten der Journalisten zum Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland, in Taiwan und in Südkorea zu vergleichen, wurden die Meinungen der Journalisten in den untersuchten Ländern mit folgenden Fragen ermittelt: „Der Kommunismus ist weltweit auf dem Rückzug. Was glauben Sie: Ist die Idee an sich falsch, oder ist der Kommunismus eine richtige Idee, die an schlechten Politikern gescheitert ist?“

Sowohl die deutschen Journalisten der ehemaligen Bundesrepublik, als auch die taiwanesischen und die südkoreanischen Journalisten hielten den Kommunismus eher für eine falsche Idee, die zum Scheitern der kommunistischen Regime geführt hatte. Mehr als zwei Drittel der Befragten vertraten die Meinung, dass der Kommunismus falsch sei. Obwohl die deutschen Journalisten eine Linksorientierung im politischen Meinungsspektrum erkennen lassen,¹⁰ beurteilten sie den Kommunismus genauso häufig (68%) als falsche Idee im Vergleich zu den taiwanesischen und den südkoreanischen Journalisten, die jeweils zu 64% den Kommunismus für falsch hielten.

Nach Ansicht der meisten Journalisten in allen drei Ländern scheiterte der Kommunismus an seinen ideologischen Mängeln,¹¹ die sich der Freiheit des Menschen und der wirtschaftlichen Effizienz entgegensetzten. Im Gegensatz dazu glaubte nur ein relativ geringer Anteil der Journalisten an die Richtigkeit des Kommunismus. Etwa ein Viertel der deutschen und der südkoreanischen Journalisten (24% und 26%) und weit weniger als 15%

⁹ Vgl. Flechtheim, K. Ossip: Ist der Sozialismus bereits tot? In: Klaus Schönhoven/Dietrich Staritz (Hrsg.): Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Köln 1993, S. 91.

¹⁰ Die These, dass die deutschen Journalisten im politischen Meinungsspektrum allgemein eine Linksorientierung aufweisen, wird u. a. mehrfach durch empirische Untersuchungen bestätigt. Vgl. Hierzu:

Kepplinger, Hans Mathias: Angepasste Außenseiter. Ergebnisse und Interpretationen der Kommunikatorforschung. In: Hans Mathias Kepplinger (Hrsg.): Angepasste Außenseiter. Was Journalisten denken und wie sie arbeiten. Freiburg/München 1979, S. 7-28.

Kepplinger, Hans Mathias/Hans-Bernd Brosius/Joachim Friedrich Staab/Günter Linke: Instrumentelle Aktualisierung. Grundlagen einer Theorie kognitiv-affektiver Medienwirkungen. In: Winfried Schulz (Hrsg.): Medienwirkungen. Weinheim 1992, S. 161-189.

Noelle-Neumann, Elizabeth: Die Entfremdung. Brief an die Zeitschrift „Journalist“. In: Hans Mathias Kepplinger (Hrsg.): Angepasste Außenseiter. Was Journalisten denken und wie sie arbeiten. Freiburg/München 1979, S. 260-280.

¹¹ Vgl. Ignatow, Assen: Selbstauflösung des Humanismus. Die philosophisch-anthropologischen Voraussetzungen für den Zusammenbruch des Kommunismus. Baden-Baden 1996, S. 126.

der taiwanesischen Journalisten hielten den Kommunismus für eine an sich richtige Idee, die nur an schlechten Politikern gescheitert war. Für die taiwanesischen Journalisten wurde extra die Antwortmöglichkeit „andere“ angeboten. Insgesamt machten 18% von ihnen von dieser offenen Antwort Gebrauch. Dabei kritisierten sie am häufigsten (12%) „Unmenschlichkeit“ des Kommunismus. Die übrigen gaben „neutral“ bzw. „weiß nicht“ an (Tabelle 4-1).

Tabelle 4-1: Ansichten zur Idee des Kommunismus

Frage: „*Der Kommunismus ist weltweit auf dem Rückzug. Was glauben Sie: Ist die Idee an sich falsch, oder ist der Kommunismus eine richtige Idee, die an schlechten Politikern gescheitert ist?*“

	BRD (n=98) %	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %
„Kommunismus ist falsch, deswegen sind die kommunistischen Regime gescheitert.“	68	64	64
„Kommunismus ist an sich eine richtige Idee, die an schlechten Politikern gescheitert ist.“	24	15	26
„Andere“*		18**	
Keine Angabe	8	3	10
Summe	100	100	100

Chi² = 15,01
p < 0,004

* Diese Antwort wurde nur in Taiwan vorgegeben.

** „Unmenschlichkeit“ 12%; „neutral“ 2%; „weiß nicht“ 2%; „verschiedene“ 3%

Auffällig war die Ähnlichkeit der Ergebnisse zwischen den drei untersuchten Ländern. Die Meinungen zur Idee des Kommunismus schienen nicht von den politischen Umständen und der Frage abzuhängen, ob im anderen Teil des Landes noch ein kommunistisches Regime bestand oder nicht. Zwei Drittel der Journalisten in den untersuchten Ländern lehnten mithin den Kommunismus ab.

Allerdings hielt eine Minderheit — je ein Viertel in Deutschland und Südkorea, ein Sechstel in Taiwan — die Idee für richtig und nur die Ausführung für schlecht. Man konnte bei diesen Journalisten davon ausgehen, dass sie im Kommunismus eine Alternative zum bestehenden System sahen. Die geringere Einschätzung des Kommunismus als an sich eine richtige Idee durch die taiwanesischen Journalisten mag darauf zurück-

zuföhren sein, dass die kommunistische Bedrohung in Taiwan wesentlich größer als in den beiden anderen Ländern war. Die Taiwanesen erhielten eine dementsprechend stärkere antikommunistische Erziehung, die den Kommunismus als falsch verurteilt.

Die negative Einstellung der deutschen Journalisten zum Kommunismus entspricht den Ergebnissen einer Studie, in der mehr als zwei Drittel von ihnen den vergleichbaren Begriff „Sozialismus“ mit negativen Eigenschaften assoziierte, während weniger als ein Drittel dem Begriff positive Eigenschaften zusprach.¹² Es ist zu vermuten, dass die stärkere staatliche Einflussnahme, besonders die stark proamerikanische Haltung der taiwanesischen und südkoreanischen Regierungen, bei der Presse in Taiwan und Südkorea zu einer eher negativeren Haltung zum Kommunismus geführt hatte. Die deutschen Journalisten konnten sich dagegen eher eine sozialistische Haltung erlauben. Das war aber, wie wir gesehen haben, nicht der Fall. Die Journalisten aller drei Länder verurteilten den Kommunismus fast gleichermaßen als falsch. Die deutschen Journalisten, die sich in einem liberalen politischen System befanden und politisch eindeutig als linksorientierter einstufen ließen, verurteilten im Vergleich zu den Journalisten der beiden asiatischen Länder den Kommunismus nicht geringer als falsch. Vermutlich trug der plötzliche Zusammenbruch des kommunistischen Regimes in der DDR, den die deutschen Journalisten noch kurz vor dieser Untersuchung als Augenzeugen miterlebten, sicherlich zur Desillusionierung eines Teils der deutschen Journalisten gegenüber dem Kommunismus und zur stärkeren Verurteilung des Kommunismus bei.

¹²

Vgl. Kepplinger, Hans Mathias: Journalisten im Vereinten Deutschland. In: Hans Mathias Kepplinger: Ereignismanagement. Wirklichkeit und Massenmedien. Zürich 1992, S. 84-85.

4.2. Kommunismus als Bedrohung

Die beiden asiatischen Länder sind noch immer der Gefahr eines militärischen Angriffs durch ihren kommunistischen Gegner ausgesetzt. Der Niedergang des Kommunismus Anfang der neunziger Jahre in Osteuropa hat erheblich zur Minderung dieser Bedrohung beigetragen. Die militärische Bedrohung durch den kommunistischen Gegner ist in diesem Abschnitt untersucht worden. Darüber hinaus wurden die Ansichten der Journalisten über die Berechenbarkeit der Unterstützung durch die USA und das übrige Ausland im Falle eines militärischen Angriffs ermittelt. Die Intervention ausländischer Staaten galt für die beiden asiatischen Länder als Garantie für die erfolgreiche Abwehr eines evt. kommunistischen Angriffs. Die Zuverlässigkeit von Unterstützung durch ausländische Staaten im Ernstfall wirkte sich möglicherweise auch auf die Bedrohung durch einen militärischen Angriff aus. Abschließend wurde die Zustimmung der Journalisten zu einigen sicherheitspolitischen Forderungen untersucht, die mit der Verteidigung und Sicherheit der untersuchten Länder zusammenhing. Die Journalisten, die mit ausländischer Unterstützung im Ernstfall rechneten und sich weniger durch einen militärischen Angriff der Kommunisten bedroht fühlten, würden vermutlich den sicherheitspolitischen Forderungen seltener zustimmen.

4.2.1. Gefahr eines kommunistischen Angriffs

Taiwan und Südkorea

Der Ost-West-Konflikt entstand nach dem Zweiten Weltkrieg durch das weltpolitische Spannungsverhältnis zwischen den kommunistischen Ländern (angeführt von der UdSSR) und dem Westen (angeführt von den USA). Die wirtschaftlich überlegene westliche Welt war in den vergangenen Jahrzehnten von der militärischen Machtausweitung der kommunistischen Länder bedroht. Diese Bedrohung ist in Westeuropa durch den Niedergang des Kommunismus nicht länger aktuell. Die militärische Bedrohung durch die kommunistischen Länder betraf — damals wie heute — besonders die unmittelbar dem kommunistischen Machtbereich vorgelagerten kleinen Länder wie Taiwan und Südkorea, die sich geografisch am äußeren Rand des westlichen Machtbereichs befinden. In Anbetracht des weltweiten Niedergangs des Kommunismus wurden die Meinungen der Journalisten in Taiwan und in Südkorea über die militärische Bedrohung durch die Volksrepublik China und Nordkorea auf den Prüfstand gestellt. Ob die militärische Bedrohung durch den niedergehenden Kommunismus immer noch aktuell empfunden wurde?

Auf die Frage, ob die taiwanesischen und die südkoreanischen Journalisten in der heutigen politischen Lage immer noch einen militärischen Angriff aus der Volksrepublik China/ Nordkorea befürchten, unterschieden sich die taiwanesischen Journalisten deutlich von ihren südkoreanischen Kollegen. Die taiwanesischen Journalisten fühlten weit häufiger die Bedrohung durch den kommunistischen Gegner. Die Frage wurde von 63% der taiwanesischen Journalisten mit „ja“ beantwortet. Nur etwas mehr als ein Drittel rechnete nicht mit einem militärischen Angriff aus der Volksrepublik China. Die Auflösung des Ostblocks und die Fortschritte der inoffiziellen Beziehungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik China zu Anfang der neunziger Jahre waren für die taiwanesischen Journalisten offensichtlich kein hinreichender Grund für eine Verminderung der militärischen Bedrohung durch die Volksrepublik China. Dagegen befürchtete nur ein wesentlich kleinerer Anteil von 19% der südkoreanischen Journalisten einen militärischen Angriff aus Nordkorea, gleichzeitig verneinte die überwiegende Mehrheit von über 80% die Gefahr eines militärischen Angriffs (Tabelle 4-2).

Tabelle 4-2: Gefahr eines Angriffs der Kommunisten

Frage: „Fürchten Sie in der heutigen politischen Lage der beiden Teile Chinas immer noch einen militärischen Angriff aus der Volksrepublik China?“ (Taiwan)
 „Fürchten Sie in der heutigen Großwetterlage der internationalen Politik immer noch einen militärischen Angriff aus Nordkorea?“ (Südkorea)

	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %
„Ja“	63	19
„Nein“	35	81
Keine Angabe	2	1
Summe	100	101

Chi² =72,40
 p < 0,001

Der Grund für die Gelassenheit der südkoreanischen Journalisten dürfte in der Hoffnung auf Öffnung Nordkoreas zu Beginn der neunziger Jahre liegen, die mit der Wiederaufnahme von Verhandlungen auf Regierungsebene im Sommer 1990 verbunden war. Die Ministerpräsidenten der beiden koreanischen Staaten trafen 1990 drei Mal zusammen. Sie unterzeichneten im folgenden Jahr einen Grundlagenvertrag, eine Nichtangriffsklausel und die Vereinbarung, welche die koreanische Halbinsel zur atomwaffenfreien Zone erklärte. Diese Vereinbarungen wurden später aufgrund der Ablehnung einer inter-

nationalen Kontrolle der vermuteten Atomwaffenanlagen in Nordkorea nicht verwirklicht. Die Vereinbarungen entpuppten sich als reiner Zeitgewinn. Nordkorea wollte mit solchen Maßnahmen seit den siebziger Jahren schon mehrfach die Erhaltung seines Herrschaftsystems begünstigen. Dahinter stand die Hoffnung, dass mit der Zeit ein revolutionärer Umsturz in Südkorea stattfinden würde.¹³ Dennoch hatten sich die vorläufigen Vereinbarungen zwischen Süd- und Nordkorea vermutlich positiv auf die Einstellung der südkoreanischen Journalisten ausgewirkt und die Angst vor einer Bedrohung aus Nordkorea gemindert.

Neben der Annäherung zu Nordkorea verbesserte Südkorea im Jahr 1990 seine Beziehungen zu Osteuropa. Im Rahmen der Nordpolitik gelang es Südkorea, mit der UdSSR und den ehemaligen Ostblockländern Ungarn, Polen, Jugoslawien, Tschechien, der Slowakei und Rumänien diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Sogar mit der Volksrepublik China wurden Handelsvertretungen aufgebaut. Sie blieben auf konsularischer Ebene, zielten aber in absehbarer Zeit auf eine Normalisierung der Beziehungen ab.¹⁴ Die Auflösung des kommunistischen Lagers und die Entspannung der Beziehungen zur UdSSR sowie den früheren Ostblockländern und die wachsende Aufgeschlossenheit Nordkoreas für Verhandlungen mit Südkorea trugen offenbar zur Verringerung der Furcht südkoreanischer Journalisten vor einer militärischen Bedrohung aus Nordkorea bei. Die Zuversicht der südkoreanischen Journalisten, dass mit einem militärischen Angriff aus Nordkorea nicht zu rechnen sei, spiegelte damals die allgemeinen Hoffnungen auf der koreanischen Halbinsel wider.

Die Einstellung der taiwanesischen Journalisten gegenüber der militärischen Bedrohung durch die Volksrepublik China entsprach ebenfalls der allgemeinen Einschätzung. Wegen der Bedrohung durch einen übermäßig starken Gegner, der Volksrepublik China, erwarteten die taiwanesischen Journalisten keine militärische Entspannung. Die Streitkräfte und die militärische Ausrüstung der Volksbefreiungsarmee überstiegen die Taiwans um das Zehnfache.¹⁵ Diese Situation änderte sich auch nach der Auflösung des kommunistischen Lagers in Osteuropa nicht, weil das kommunistische System in der Volksrepublik China kein Anzeichen von Instabilität erkennen ließ. Somit war auf absehbare Zeit keine militärische Auflockerung zwischen Taiwan und der Volksrepublik China zu erwarten.

¹³ Vgl. Maretzki, Hans: Kim-ismus in Nordkorea. Analyse des letzten DDR-Botschafters in Pjöngjang. Böblingen 1991, S. 186.

¹⁴ Vgl. Kim, Hak-Joon: The Republic of Korea's Northern Policy: Origin, Development, and Prospects. In: James Cotton (Hrsg.): Korea under Roh Tae-Woo: Democratisation, Northern Policy and Inter-Korean Relations. St. Leonards 1993, S. 260 ff.

¹⁵ Vgl. Chen, Tien-Jen/Chi Huang/ Samuel S.G. Wu (Hrsg.): Inherited rivalry: Conflicts Across the Taiwan Streets. Colorado 1995, S. 261.

Die Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesrepublik war nach der Auflösung des kommunistischen Lagers in Osteuropa und der Vereinigung nicht mehr der militärischen Bedrohung durch die Kommunisten ausgesetzt: „Die Revolutionen Ost- und Mitteleuropas nehmen von Deutschland den Druck des Kalten Krieges. Die Sowjetunion ist vorwiegend mit der Abwehr des eigenen Verfalls beschäftigt. Der Warschauer Pakt, militärisch obsolet geworden...“¹⁶ Den deutschen Journalisten wurde daher die Frage etwas anders gestellt als ihren Kollegen in Taiwan und Südkorea: „Halten Sie in der heutigen Großwetterlage der internationalen Entspannungspolitik die Erhaltung einer schlagkräftigen Bundeswehr für notwendig?“ Die meisten deutschen Journalisten wollten die Bundeswehr auch nach der Auflösung des Ostblocks noch erhalten. Immerhin 67% der deutschen Journalisten hielt die Erhaltung einer schlagkräftigen Bundeswehr für notwendig. Dagegen betrachtete knapp ein Drittel (32%) die Bundeswehr für unnötig. Die kommunistischen Staaten und der Kommunismus waren bzw. sind nicht die einzige Bedrohung. Das wird auch in Zukunft so sein. Neue Gefahren kommen aus anderen Gegenden und haben andere Gründe. Da sind 32 % Verzichtswillige viel (Tabelle 4-3)!

Tabelle 4-3: Die Ansichten der deutschen Journalisten zur Notwendigkeit der Erhaltung der Bundeswehr

Frage: „Halten Sie in der heutigen Großwetterlage der internationalen Entspannungspolitik die Erhaltung einer schlagkräftigen Bundeswehr für notwendig?“ (BRD)

	BRD (n=98) %
„Ja“	67
„Nein“	32
Keine Angabe	1
Summe	100

Ein anderer Grund für die Erhaltung der Bundeswehr ließ sich vermutlich auf die Gleichstellung Deutschlands mit den anderen europäischen Staaten zurückführen, die eine eigene Armee als notwendige staatliche Institution unterhalten. Auch die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands war sehr wahrscheinlich für die überwiegende Mehrheit der deutschen Journalisten ein Grund, der Erhaltung der Bundeswehr zur Erfüllung der

¹⁶

Stürmer, Michael: Hans im Glück. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. März 1990.

Pflichten und Aufgaben eines Mitgliedstaates in diesem Verteidigungsbündnis positiv gegenüber zu stehen.

4.2.2. Folgen eines Angriffs

Für Taiwan und Südkorea, wo die Möglichkeit eines militärischen Angriffs aus der kommunistischen Volksrepublik China und Nordkorea noch immer besteht, stellt sich die sicherheitspolitische Lage anders dar. Zwischen Taiwan und den USA besteht seit der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen Washington und Peking Ende der siebziger Jahre kein Verteidigungsbündnis mehr. Der Einsatz des US-Militärs für die Verteidigung Taiwans im Falle eines militärischen Angriffs aus der Volksrepublik China wäre situationsabhängig. Zwischen Südkorea und den USA besteht dagegen seit dem Korea-Krieg ein Verteidigungspakt. Aufgrund dieser unterschiedlichen Situation waren unterschiedliche Ansichten zur militärischen Intervention der USA im Ernstfall zu erwarten.

Die Unterstützung der USA und ihrer Verbündeten

Die Vorstellungen der Journalisten über die möglichen Folgen eines militärischen Angriffs, wenn die Volksrepublik China/Nordkorea in die militärische Offensive übergeht, wurden in Taiwan und Südkorea mit folgender Frage ermittelt: „Im Falle eines Angriffs von VR China/Nordkorea, was glauben Sie würde passieren?“ Die Frage wurde von den taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten sehr unterschiedlich beantwortet. Die südkoreanischen Journalisten rechneten im Falle eines Angriffs wesentlich häufiger als ihre taiwanesischen Kollegen mit einer militärischen bzw. politischen Unterstützung durch die USA. Dagegen glaubten die taiwanesischen Journalisten wesentlich häufiger, dass die ausländischen Staaten im Falle eines Angriffs durch die Volksrepublik China überhaupt nicht eingreifen würden.

Im Falle eines militärischen Angriffs aus Nordkorea rechneten die südkoreanischen Journalisten zu 88% mit einer militärischen Unterstützung durch die USA. Der Grund dieser Erwartung war das erwähnte Verteidigungsbündnis und die Stationierung der US-Armee in Südkorea. Ein etwas geringerer Anteil (78%) von ihnen rechnete mit einer politischen Unterstützung durch die USA, d.h. dem Aufruf zu internationalen Sanktionen gegen Nordkorea ohne militärische Intervention.

In Taiwan, von wo sich die US-Armee seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen Ende der siebziger Jahre zurückgezogen hatte und zwischen den beiden Staaten kein Verteidigungsbündnis bestand, hielten die taiwanesischen Journalisten im Gegensatz zu den südkoreanischen Journalisten eine militärische Unterstützung durch die USA seltener für wahrscheinlich (43%). Sie rechneten ebenfalls seltener als ihre südkoreanischen Kollegen mit politischer Unterstützung (61%). Die Möglichkeit, dass die ausländischen

Staaten im Kriegsfall überhaupt nicht eingreifen würden, hielten nur 5% der südkoreanischen Journalisten, jedoch 36% der taiwanesischen Journalisten für wahrscheinlich (Tabelle 4-4).

Tabelle 4-4: Folgen eines militärischen Angriffs durch den kommunistischen Gegner

Frage: „Im Falle eines Angriffs von VR China/Nordkorea, was glauben Sie würde passieren?“

Antwort: „eher wahrscheinlich“

	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %	Chi ²
„Die USA unterstützen Taiwan militärisch.“/ „Die USA unterstützen Südkorea militärisch.“	43	88	82,19*
„Die USA unterstützen Taiwan politisch.“/ „USA rufen zu international wirkungsvollen Sanktionen auf.“	61	78	12,31*
„Ausländische Staaten greifen überhaupt nicht ein.“	36	5	59,73*
„Die UdSSR unterstützt die VR China militärisch.“/ „Die UdSSR/VR China unterstützt Nordkorea militärisch.“	20	29	17,70*

* Signifikant $p < 0,01$

Die geringen Erwartungen taiwanesischer Journalisten, dass die USA und die internationale Gemeinschaft das Land militärisch unterstützen würden, sind darauf zurückzuführen, dass Taiwan ohne diplomatische Beziehungen zu den USA und ohne Mitgliedschaft in der UNO keine Verbündeten hat, die dazu verpflichtet wären. Der Taiwan Relations Act, der nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen lediglich die rechtlichen Voraussetzungen der USA für die Sicherheit Taiwans regelt, garantiert im Ernstfall keine militärische Unterstützung der USA für Taiwan. Ein solcher Einsatz hängt von der Entscheidung des amerikanischen Parlaments, den diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik sowie der Abwägung von wirtschaftlichen Interessen der USA zwischen den beiden Teilen Chinas ab. Von der UNO, wo die Volksrepublik China einen Sitz im Sicherheitsrat innehat, kann Taiwan als Nicht-Mitglied

wahrscheinlich nur durch massive Unterstützung seitens der USA konkrete Hilfe¹⁷ erwarten.

Kommunisten unterstützen Kommunisten

Sowohl die taiwanesischen als auch die südkoreanischen Journalisten rechneten kaum damit, dass die UdSSR China bzw. Nordkorea militärisch unterstützen würden. Nur 20% der taiwanesischen Journalisten hielten es für wahrscheinlich, dass die UdSSR der Volksrepublik China bei einer militärischen Aktion gegen Taiwan Hilfe gewährt. Etwas mehr als 29% der südkoreanischen Journalisten nahm an, dass die UdSSR bzw. die Volksrepublik China Nordkorea bei einem militärischen Angriff auf Südkorea unterstützen würde (Tabelle 4-4). Für die südkoreanischen Journalisten bestand zwischen der Bereitschaft der USA, Südkorea zu unterstützen, und der Bereitschaft der UdSSR/VR China, Nordkorea zu unterstützen, ein sehr großer Kontrast (88% gegen 29%). Die unterschiedlichen Erwartungen an das Verhalten der USA einerseits und an das der UdSSR/VR China andererseits standen im Einklang mit den Erwartungen der südkoreanischen Journalisten an die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Angriffs durch Nordkorea. Die große Mehrheit der südkoreanischen Journalisten erwartete keine militärische Unterstützung der kommunistischen Supermächte für Nordkorea und rechnete folglich auch nicht mit einem nordkoreanischen Angriff. Ohne die militärische Unterstützung durch eine kommunistische Supermacht, die mit der Auflockerung des kommunistischen Blocks und den Reformen in der UdSSR und in der Volksrepublik China immer unwahrscheinlicher erschien, könnte für Nordkorea eine Militäraktion im Alleingang gegen Südkorea zur Selbstvernichtung führen.

Die taiwanesischen Journalisten erwarteten eher, dass die USA sie im Falle eines Angriffs militärisch unterstützten und gingen davon aus, dass die UdSSR dabei umgekehrt der Volksrepublik China zur Seite stehen würde (43% vs. 20%). Dieser Befund muss vor dem Hintergrund der tatsächlichen politischen und militärischen Lage gesehen werden. Nach der Auflösung des Ostblocks stand die UdSSR durch gesellschaftliche Umstrukturierungen größten Herausforderungen gegenüber. Die Volksrepublik China konnte kaum damit rechnen, dass die UdSSR ihr bei einem militärischen Angriff auf Taiwan Unterstützung gewähren würde. Wahrscheinlicher war es, dass die Volksrepublik China als militärische Großmacht allein eine Militäraktion gegen Taiwan durchführen würde. Die

¹⁷

Vgl. Feldman, J. Harvez: The International Response. In: Parris H. Chang/ Martin L. Lasater (Hrsg.): If China crosses the Taiwan strait: The international response. Lanham 1993, S. 67-70.

USA konnten sich dagegen bei einem militärischen Angriff von Taiwan durch die Volksrepublik China als alleinige Weltmacht durchaus für Taiwan einsetzen.

Auffallend ist, dass ein bemerkenswert großer Anteil an taiwanesischen Journalisten die Beantwortung der in Tabelle 4-4 dargestellten Thesen mit „keine Angabe“ verweigerte. Am häufigsten gaben 35% zu der Folge „die UdSSR unterstützt die VR China militärisch“ „keine Angabe“ an. Diese Option erschien für die taiwanesischen Journalisten unwahrscheinlich, weil die UdSSR zur Zeit der Untersuchung in Taiwan (Sommer 1991) sehr mit innenpolitischen Problemen beschäftigt war und sich nicht für militärische Expansion zu interessieren schien. Zu den drei anderen Folgen: „USA unterstützen Taiwan militärisch“, „USA unterstützen Taiwan politisch“ und „ausländische Staaten greifen überhaupt nicht ein“, machten ebenfalls ein hoher Anteil von 22% bis 26% der taiwanesischen Journalisten keine Angaben.¹⁸ Der Grund für den hohen Anteil von „keine Angabe“ lässt sich vermutlich darauf zurückführen, dass ihnen diese Folgen zu sensibel erschienen. Da Taiwan in der internationalen Gemeinschaft nicht diplomatisch vertreten war und keine offizielle Beziehungen zu den USA unterhielt, war es für die taiwanesischen Journalisten schwierig die Folgen zu beantworten. Anders als bei einem militärischen Bündnis zwischen den USA und Südkorea ist die militärische bzw. politische Unterstützung Taiwans durch die USA absichtlich immer vage gehalten worden. Um das militärische Gleichgewicht zwischen Taiwan und der Volksrepublik China sicherzustellen, das den Frieden auf der Taiwan-Straße garantiert, haben die USA nie zugesichert, dass sie im Ernstfall Taiwan militärisch beistehen. Diese Unbestimmtheit in der Rolle der USA zwischen Taiwan und der Volksrepublik China verhindert bislang erfolgreich militärische Konflikte zwischen den beiden Seiten. Obwohl die Volksrepublik China militärisch wesentlich stärker als Taiwan ist, muss sie mit den USA als militärischer Faktor rechnen. Taiwan wagt auch keinen militärischen Konflikt mit der Volksrepublik, weil ohne die eindeutige US-Unterstützung Taiwan nicht in der Lage wäre, in die militärische Offensive zu gehen. Die Frage, ob die USA bei einem Angriff der Volksrepublik China Taiwan unterstützen würden, ist für die taiwanesischen Journalisten eine Glaubensfrage, die niemand mit Gewissheit beantworten kann. Deshalb machte ein hoher Anteil an taiwanesischen Journalisten keine Angabe. Dies galt ebenfalls für die Option, ob die USA Taiwan politisch unterstützen würden. Die Frage, ob bei einem Angriff Taiwans durch die Volksrepublik China ausländische Staaten intervenieren würden, war ebenfalls schwer zu beantworten. Hier wäre der Einsatz ausländischer Staaten für Taiwan im Ernstfall von der Unterstützung der USA abhängig. Würde diese gewährt, könnte ebenfalls mit der Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft gerechnet werden. Andernfalls wäre kaum auf internationale Unterstützung zu bauen.

¹⁸

Vgl. Anhang 4-4.

Im Gegensatz zu den taiwanesischen Journalisten machten die südkoreanischen Journalisten etwas seltener keine Angaben. Auch hier machten relativ viele (20%) zu der Aussage: „Ausländische Staaten greifen überhaupt nicht ein“ keine Angabe.¹⁹ Die Ursache hierfür mag darin liegen, dass den südkoreanischen Journalisten diese Antwortvorgabe aufgrund der Erfahrung des Korea-Krieges, als 16 Staaten unter der Führung der USA intervenierten, nicht plausibel erschien.

¹⁹

Vgl. ebd.

4.2.3. Sicherheitspolitische Forderungen

Im folgenden Abschnitt wurden die Meinungen der Journalisten zu drei sicherheitspolitischen Forderungen verglichen. Ihre Ansichten gaben Aufschluss über ihre Einstellung zum Kommunismus. Für die Journalisten der beiden asiatischen Länder hing die Sicherheit ihres Landes fast ausschließlich mit der Bedrohung aus dem kommunistischen Teil zusammen. Ihre Einstellung zu den sicherheitsrelevanten Forderungen diente als Antwort hinsichtlich der Zuverlässigkeit des kommunistischen Regimes im anderen Teil ihres Landes.

Sicherheit durch starke Verteidigung

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges war für den Westen die militärische Bedrohung durch die kommunistischen Regime Osteuropas von den beiden gegensätzlichen politischen Ideologien geprägt. Diese Bedrohung setzte sich in Ostasien auch nach der Auflösung des kommunistischen Lagers in Osteuropa fort. Die untersuchten Länder Taiwan und Südkorea schlossen einen militärischen Angriff durch die kommunistischen Regime der Volksrepublik China und Nordkoreas noch immer nicht aus. Zusätzlich zu den vorangegangenen Ermittlungen über die militärische Bedrohung durch den Kommunismus wurde eine weitere Dimension durch Fragen zur Sicherheit und Verteidigung ermittelt. Nur ein kleiner Anteil von höchstens einem Viertel der Journalisten in allen drei untersuchten Ländern hielt die Behauptung für richtig, dass die Sicherheit ihres Landes „auch ohne eine starke Verteidigung gesichert“ sei. Diese Ansicht wurde am ehesten noch von den südkoreanischen Journalisten unterstützt. 28% von ihnen vertraten diese Meinung gegenüber 19% der deutschen Journalisten. Am wenigsten waren die taiwanesischen Journalisten mit 8% der Ansicht, dass die Sicherheit ihres Landes ohne eine starke Verteidigung gewährleistet werden könne. Die geringe Zustimmung, die diese Forderung unter den taiwanesischen Journalisten fand, spiegelte die Situation Taiwans realistisch wider, denn die sowohl militärisch als auch bevölkerungs- und flächenmäßig weitaus größere und stärkere Volksrepublik China wird die Idee zur „militärischen Befreiung“ Taiwans in absehbarer Zukunft nicht aufgeben. Im Gegensatz zu Taiwan zeigten die südkoreanischen Journalisten auch hier eine starke Zuversicht. Sie fühlten sich auf der koreanischen Halbinsel relativ sicher und wiesen einer starken Verteidigung keinen so hohen Stellenwert zu, wie sie die deutschen Journalisten und besonders die taiwanesischen Journalisten für notwendig erachteten (Tabelle 4-5).

Tabelle 4-5: Zustimmung zu sicherheitspolitischen Forderungen

Frage: „*Sie finden unten eine Reihe von politischen Forderungen. Bitte geben Sie an, ob Sie diesen zustimmen oder ob Sie sie ablehnen.*“

Antworten: „*stimme völlig zu*“ und „*stimme eher zu*“⁺

	BRD (n=98) %	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %	Chi ²
„Die Sicherheit Deutschlands/ Taiwans/Südkoreas ist auch ohne eine starke Verteidigung gesichert.“	19	8	28	25,68*
„Deutschland/Taiwan/Südkorea sollte sich (künftig) in der Verteidigungspolitik von den USA möglichst unabhängig machen.“	27	72	74	100,83*
„Der Rückzug der US-Armee aus Taiwan war eine gute Sache./Die Stationierung der US-Armee in Südkorea ist nicht notwendig.“**		53	65	27,48*

* Signifikant $p < 0,001$

** Diese Frage wurde in der BRD nicht gestellt.

⁺ Vgl. Anhang 4-5 für die vollständige Tabelle.

Sicherheit durch die USA?

Sicherheitspolitisch war die Präsenz des US-Militärs in Ostasien von entscheidender Bedeutung, da der militärische Ausgleich in Ostasien durch die übermäßig große Volksrepublik China gefährdet war. Andererseits stellte Nordkorea, dessen Existenz nach der Auflockerung des kommunistischen Lagers unsicher war, eine potentielle Bedrohung in der Region dar. Die Präsenz des US-Militärs in der Region bildet einen entscheidenden Faktor des Machtausgleichs. Im Gegensatz zu Ostasien gab es in Westeuropa seit der Auflockerung des sozialistischen Lagers keine akute militärische Bedrohung mehr. Unter derartig unterschiedlichen Voraussetzungen wurden die Meinungen der deutschen Journalisten im Vergleich zu den taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten über die Präsenz des US-Militärs in ihrer Region ermittelt. In der ehemaligen Bundesrepublik und in Südkorea war die US-Armee ständig stationiert. Aus Taiwan war die US-Armee seit der Normalisierung der US-Beziehungen zur Volksrepublik China Ende der siebziger

Jahre abgezogen worden. Zu vermuten wäre deshalb eine gewisse Übereinstimmung zwischen den deutschen und den südkoreanischen Journalisten, weil in ihren Ländern Einheiten der US-Armee stationiert waren, im Gegensatz zu den Journalisten in Taiwan, wo keine US-Armee präsent war.

Die Annahme erwies sich als unzutreffend. Die taiwanesischen und die südkoreanischen Journalisten zeigten unerwartet große Gemeinsamkeiten und stimmten mit großem Abstand häufiger zu als die deutschen Journalisten. Der Forderung, ihr Land „... solle sich in der Verteidigungspolitik von den USA möglichst unabhängig machen“, stimmten knapp drei Viertel, d.h. 72% taiwanesischen und 74% südkoreanischen Journalisten, zu. Dagegen sprach sich nur etwas mehr als ein Viertel der deutschen Journalisten (27%) für eine von den USA unabhängige Verteidigung aus (Tabelle 4-5).

Die Unterschiede zwischen deutschen, taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten weisen darauf hin, dass der Wunsch nach unabhängiger Verteidigung nicht von der Stationierung der US-Armee abhing. Die Akzeptanz einer Beteiligung der USA an der Verteidigung schien vielmehr mit der militärischen Rolle der USA zusammenzuhängen. Die Integration Deutschlands in das westeuropäische NATO-Verteidigungssystem erleichterte vermutlich es den deutschen Journalisten, die Rolle der USA im deutschen Verteidigungssystem positiv einzuordnen. Die NATO, die als ein Verteidigungsbündnis nahezu ganz Europa umfasste, legitimierte die Präsenz von internationalen Truppen der NATO in Europa. Im Rahmen dieses Verteidigungsbündnisses wirkte die Präsenz der US-Armee in Deutschland für die deutschen Journalisten nicht fremd. Darüber hinaus hatte die Bindung der Verteidigung an die USA, erstens, historische Ursachen. Der Sieg der Alliierten hatte Deutschland den Weg in die Demokratie eröffnet. Die Bundesrepublik hatte bereits kurz nach ihrer Entstehung intensive politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu den ehemaligen Westalliierten aufgenommen. Die sicherheitspolitische Bindung an die USA war damit ein Aspekt einer umfassenden Westbindung der Bundesrepublik, die in den Augen vieler als eine Umkehr des Nazi-Regimes anzusehen war und damit die Voraussetzung für Demokratie, Freiheit und Wohlstand sein dürfte.²⁰ Zweitens, eine stärkere Präsenz des US-Militärs in der Bundesrepublik entlastete die Bundesrepublik beim Aufbau einer stärkeren eigenen Verteidigung, die von den Nachbarländern als Wiederbewaffnung nach dem Krieg verurteilt werden konnte und unvermeidlich auf Kritik stieß.

Im Gegensatz zur US-Präsenz in Westeuropa war die militärische Rolle der USA in Ostasien nicht in ein die gesamte Region umfassendes Verteidigungssystem eingebunden. Die Stationierung von US-Armeen in Ostasien konzentrierte sich hauptsächlich auf Stütz-

²⁰

Vgl. Mertes, Michael /Norbert J. Prill: Die deutsche Einheit. Eine Chance für den Westen. In: Die politische Meinung, 247, November/Dezember 1989, S. 4-15, dort S. 7.

punkte in Südkorea und Japan. Auf der pazifischen Insel Guam befanden sich ebenfalls amerikanische Luftwaffen- und Seestreitkräfte.²¹ Von ihrem Stützpunkt auf den Philippinen zog sich die US-Armee Anfang der neunziger Jahre zurück. Die Stationierung der US-Armee in Ostasien wirkte aufgrund des Fehlens eines regionalen Bündnispaktes fremd und aufdringlich. Sie stieß daher auf stärkere Ablehnung. Für Südkorea kam noch der seit den achtziger Jahren zunehmende Anti-Amerikanismus hinzu, obwohl die USA als wichtigster Exportmarkt Südkoreas dem Land zu raschem Wirtschaftswachstum verhelfen und durch die Stationierung ihrer Armee Südkorea Sicherheit garantierten. Der wirtschaftliche Erfolg stärkte das Selbstbewusstsein der Südkoreaner und ihr Verlangen nach Unabhängigkeit von den USA. Nach der Unterwerfung während der japanischen Kolonialherrschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und der einseitigen Abhängigkeit von den USA seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wollten sich die Südkoreaner als gleichberechtigte Partner der USA an der Gestaltung der Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel beteiligen.²² Südkorea war zwar sicherheitspolitisch von den USA abhängig, durch das stärkere Selbstbewusstsein der Südkoreaner zeigte sich in der Verteidigungspolitik aber ein zunehmender Unabhängigkeitswille.

In Taiwan hatte die starke Ablehnung einer US-Beteiligung bei der Verteidigung des Landes eine andere Bedeutung. Sie beruhte u. a. darauf, dass die Rolle der US-Armee unberechenbar erschien. Die Sicherheit Taiwans wurde seit dem Anfang der fünfziger Jahre (nach dem Ausbruch des Korea-Krieges) bis zum Ende der siebziger Jahre (vor Beginn der Aufnahme von offiziellen Beziehungen zwischen Washington und Peking) durch einen Verteidigungspakt zwischen Taiwan und den USA und durch die Stationierung der US-Armee in Taiwan gewährleistet. Mit der Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China wurde der Verteidigungspakt zwischen Taiwan und den USA beendet. Die US-Armee zog sich von der Insel zurück. Damit wurde Taiwan offiziell vom Schutz der USA ausgeschlossen. Seitdem unterliegen auch die Waffenlieferungen der USA, die Taiwan für seine Verteidigung gegen die Volksrepublik China benötigt, der Koordinierung zwischen Washington und Peking. Aufgrund der Unberechenbarkeit der US-Beteiligung an der Sicherheit Taiwans befürworteten die taiwanesischen Journalisten vermutlich häufiger die Unabhängigkeit der Verteidigungspolitik ihres Landes von den USA. Obwohl sich Taiwan diese Unabhängigkeit wünschte, besitzen die USA in der derzeitigen politischen Lage aber noch immer die Schlüsselrolle für die Sicherheit Taiwans.

²¹

Vgl. Evinger, R. William (Hrsg.): *Directory of U.S. Military Bases Worldwide*. Phoenix 1995.

²²

Vgl. Wood, Perry: *The Strategic Equilibrium on the Korean Peninsula in the 1990s*. In: James Cotton (Hrsg.): *Korea under Roh Tae-Woo: Democratization, Northern Policy and Inter-Korean Relations*. St. Leonards 1993, S. 196-197.

Eine sicherheitspolitische Forderung, die nur in Taiwan und Südkorea gestellt wurde, lautete: Der „... Rückzug der US-Armee aus Taiwan war eine gute Sache“. Dem stimmten die taiwanesischen Journalisten erheblich seltener zu (53%) als der Forderung nach einer unabhängigen Verteidigung. Obwohl eine große Anzahl von ihnen die Verteidigung ihres Landes von den USA unabhängig machen wollte, empfanden sie viel weniger die Abwesenheit der US-Armee in Taiwan als eine gute Sache. In Südkorea stimmten dagegen 65% der Journalisten einer variierten Formulierung dieser Forderung zu: „Die Stationierung der US-Armee in Südkorea ist nicht notwendig.“ Auch die südkoreanischen Journalisten sprachen sich häufiger für unabhängige Verteidigung von den USA als für die Abwesenheit der US-Armee aus. Der Wunsch nach einer unabhängigen Verteidigungspolitik, besonders bei den taiwanesischen Journalisten, war damit unter den Journalisten beider Länder weiter verbreitet als die Befürwortung des Rückzugs oder der Nicht-Notwendigkeit der US-Armee (Tabelle 4-5).

4.3. Wirtschaftshilfe für Kommunisten

Taiwan und Südkorea

Vor der Vereinigung Deutschlands trugen wirtschaftliche Hilfeleistungen der Bundesrepublik Deutschland für die DDR zur Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen bei. Außer zwei Krediten der Bundesregierung an die DDR von insgesamt knapp zwei Milliarden DM (jeweils in 1983 und 1984) erhielt die DDR indirekt vom Bundeshaushalt regelmäßige Finanzmittel durch den Zwangsumtausch, die Transitpauschale, die pauschale Erstattung von Visumsgebühren, Ausgleichszahlungen an die DDR-Post und dgl. Diese Finanzmittel beliefen sich auf etwa 2,5 Milliarden DM jährlich. Hinzu kamen private Geld- und Warengeschenke von knapp einer Milliarde DM pro Jahr.²³ Eine vergleichbare Gewährung von Krediten fand im geteilten China und in Korea zwar nicht statt, es bestanden jedoch zwischen Taiwan und der Volksrepublik China aktive Handelsbeziehungen und Investitionstransfers (von Taiwan in die Volksrepublik China), die auf indirektem Wege über Hongkong abgewickelt wurden. Die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Chinas unterschieden sich von denen der beiden deutschen Republiken dadurch, dass sich die Staaten in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis befanden, wohingegen der deutsch-deutsche Handel für die Bundesrepublik unbedeutend war, da er nur 2% des Außenhandelsvolumens ausmachte.

Für die Volksrepublik China zählten Investitionen aus Taiwan zu den wichtigsten Kapitaleinfuhren. Zudem war die Umsiedlung von arbeitsintensiven Industrien in die Volksrepublik China für das Land von Bedeutung. Taiwan galt in den neunziger Jahren als zweitgrößter Investor in der Volksrepublik China. Für Taiwan war Hongkong im Jahre 1995 hinter den USA der zweitgrößte Exportmarkt, der 23,4% des Exportanteils Taiwans ausmachte. Der Großteil der Exporte nach Hongkong war zur Weiterverarbeitung in der Volksrepublik China bestimmt.²⁴ Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik China entwickelten sich in einer wechselseitigen Abhängigkeit. Die Volksrepublik China bot der arbeitsintensiven Industrie Taiwans eine Überlebenschance, deren Existenz in Taiwan wegen relativ hoher Löhne bedroht war. Andererseits war das steile Wachstum von Exporten der Volksrepublik China in die USA den taiwane-

²³

Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Die Teilung Deutschlands 1955 bis zur Einheit. Informationen zur politischen Bildung 4. Quartal 1991, S. 28.

²⁴

Vgl. Länderanalysen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Informationsdienste und des Ostasiatischen Vereins: Taiwan (Republik China) Hauptbericht. Vor der Übergabe Hongkongs: Taiwan zwischen Annäherung und Selbstbehauptung. März 1997, S. 6 und S. 12-13.

sischen Investoren zu verdanken, durch deren Know-how und Kapital es ermöglicht wurde.²⁵

Dagegen fanden wirtschaftliche Aktivitäten auf der koreanischen Halbinsel weder in Form von Wirtschaftshilfe (wie sie früher von der Bundesrepublik gegenüber der DDR gewährt wurde) noch in Form einer gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit (wie sie gegenwärtig zwischen den beiden Chinas besteht) statt.

Vor dem Hintergrund dieser Unterschiede wurde die Bereitschaft der taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten zur Wirtschaftshilfe für die Volksrepublik China bzw. Nordkorea als Anzeichen der Bereitschaft zur tatsächlichen Annäherung und Wiedervereinigung ermittelt. Die Frage „Soll die taiwanesische Regierung der Volksrepublik China wirtschaftliche Hilfe leisten?“ beantworteten insgesamt 67% der taiwanesischen Journalisten mit „ja“. Dagegen empfand knapp ein Drittel (30%) keine Verpflichtung zur Wirtschaftshilfe gegenüber der Volksrepublik China. 3% weigerten sich, eine Angabe zu machen. Allerdings stimmte die Mehrheit der taiwanesischen Journalisten (60%) der wirtschaftlichen Hilfe nur zu, ... wenn die Volksrepublik China sie sinnvoll nutzt.“ Das entsprach einem Anteil von 90% der 67% taiwanesischen Journalisten, die sich für wirtschaftliche Hilfe einsetzten. Nur 7% der taiwanesischen Journalisten (10% der Hilfwilligen), die sich für wirtschaftliche Hilfe aussprachen, wollten der Volksrepublik ohne jeglichen Vorbehalt möglichst viel wirtschaftliche Hilfe gewähren.

In Südkorea war der Anteil an Journalisten, die Wirtschaftshilfe für Nordkorea (95%) befürworteten, wesentlich höher. Nur ein zu vernachlässigender Bruchteil (2%) sah keine Verpflichtung dazu. 4% lehnten es ab, eine Angabe zu machen. Darüber hinaus unterschieden sich die südkoreanischen Journalisten von ihren taiwanesischen Kollegen dadurch, dass nur 43% von ihnen die wirtschaftliche Hilfe für Nordkorea von einer sinnvollen Nutzung abhängig machen wollte. Das hieß nur 45% von 95% der südkoreanischen Journalisten, die sich für wirtschaftliche Hilfe aussprachen, wollten die wirtschaftliche Hilfe von Bedingungen abhängig machen. Die übrigen 52% (55% der Hilfwilligen) wünschten sogar vorbehaltlos, möglichst viel wirtschaftliche Hilfe für Nordkorea zu leisten. Darüber hinaus war die materielle Not in Nordkorea verheerend. Nordkorea war das einzige asiatische Land, in dem die Bevölkerung noch massenweise verhungerte. Dies musste sich auch auf die Hilfsbereitschaft der südkoreanischen Journalisten ausgewirkt haben. Demgegenüber war ein solcher Zustand weder in den neuen Bundesländern noch in der Volksrepublik China zu erwarten (Tabelle 4-6).

²⁵

Vgl. Chen, Steve/Cal Clark: The Mainland China - Taiwan Relationship: From Confrontation to Interdependence? In: Chen, Tien-Jen /Chi Huang/ Samuel S. G. Wu (Hrsg.): Inherited rivalry: Conflicts across the Taiwan streets. Colorado 1995, S. 56.

Tabelle 4-6: Wirtschaftliche Hilfe für Kommunisten

Frage: „Soll die taiwanesisische Regierung Volksrepublik China wirtschaftliche Hilfe leisten?“ (Taiwan)

„Soll die südkoreanische Regierung Nordkorea wirtschaftliche Hilfe leisten?“ (Südkorea)

	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %
„Nur wirtschaftliche Hilfe leisten, wenn die Volksrepublik China/Nordkorea sie sinnvoll nutzt.“	60	43
„Ja, Taiwan/Südkorea soll möglichst viel wirtschaftliche Hilfe leisten.“	7	52
Zwischensumme	67	95
„Nein, Taiwan/Südkorea ist zu keiner Hilfe verpflichtet.“	30	2
Keine Angabe	3	4
Gesamtsumme	100	101

$\chi^2 = 104,41$

$p < 0,001$

Die erwarteten Häufigkeiten liegen in 13% der Fälle < 5 .

Die im Vergleich zu den südkoreanischen Journalisten geringere Bereitschaft der taiwanesischen Journalisten zur Wirtschaftshilfe für die Volksrepublik China kann auf die übermäßige Größe der Volksrepublik China zurückgeführt werden. Aufgrund der Größenunterschiede zwischen Taiwan und der Volksrepublik China konnten sich die taiwanesischen Journalisten eine wirksame Wirtschaftshilfe für die Volksrepublik China vermutlich kaum vorstellen.²⁶ Außerdem erschien die Volksrepublik China den taiwanesischen Journalisten, wahrscheinlich aufgrund der gegenseitigen Abhängigkeit (Interdependenz) der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Chinas, als nicht besonders hilfsbedürftig.

²⁶

Im Gegensatz zur Bevölkerung der Volksrepublik China von mehr als einer Milliarde hat Taiwan eine Bevölkerung von nur 21 Millionen, dabei ist die Volksrepublik China flächenmäßig mit 11.381.995 km² sogar mehr als 300 mal größer als Taiwan mit 36.179 km² Bodenfläche. Dagegen ist das Größenverhältnis zwischen den beiden Koreas relativ symmetrisch. Was die Bevölkerungszahlen betrifft, ist Südkorea mit 40 Millionen Einwohnern doppelt so groß wie Nordkorea mit 20 Millionen. Die Bodenfläche von Nordkorea mit 120.538 km² ist etwa mit der Südkoreas mit 99.236 km² vergleichbar.

Die Bundesrepublik Deutschland

Aufgrund des Zusammenbruchs der DDR und der Vereinigung hatte die Frage nach wirtschaftlicher Hilfe in Deutschland völlig andere Implikationen. Zum einen fehlte der Aspekt der Stärkung eines Gegners, die eine Nebenfolge wirtschaftlicher Hilfe war. Zum anderen war es in Deutschland kaum umstritten, dass Ostdeutschland Hilfeleistungen benötigte. Nach der Vereinigung Deutschlands floss massive Wirtschaftshilfe in die neuen Bundesländer. Im Februar 1991 kündigte die Bundesregierung die höchste Steuererhöhung seit der Gründung der Bundesrepublik an. Sie trat am 1. Juli 1991 zur Finanzierung der Einheit in Kraft. Drastisch erhöht wurden u. a. die Mineralölsteuer, die Verbrauchssteuern sowie die Versicherungssteuer. Dazu kam die Einführung des Solidarzuschlags auf die Lohn- und Einkommensteuer. Allein das Gemeinschaftswerk der Bundesregierung „Aufschwung Ost“ wurde mit 12 Milliarden DM ausgestattet.²⁷ Nach so umfangreichen wirtschaftlichen Hilfeleistungen auf Kosten der ehemaligen Bundesrepublik wurde die Bereitschaft der deutschen Journalisten für weitere Wirtschaftshilfe für die neuen Länder ebenfalls ermittelt.

Die Fragestellung für Taiwan und Südkorea wurde entsprechend der Situation in Deutschland wie folgt angepasst: „Um die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Bundesländer zu beschleunigen, ist Hilfe aus dem Westen notwendig. Was glauben Sie, geschieht da genug, oder müsste mehr getan werden?“ Auf diese Frage antwortete ein großer Teil der deutschen Journalisten (67%), dass der Umfang an Wirtschaftshilfe zur Zeit dieser Untersuchung (Frühjahr 1991) nicht ausreichend war. Sie äußerten damit, dass mehr getan werden musste. Dagegen hielt ein Drittel der deutschen Journalisten (33%) die Wirtschaftshilfe für die neuen Bundesländer für ausreichend. Jedoch kein einziger war der Meinung, dass den neuen Bundesländern zuviel Wirtschaftshilfe gewährt wurde. Damit erkannten alle deutschen Journalisten die Notwendigkeit der Wirtschaftshilfe für die neuen Bundesländer an. Die Tatsache, dass kein einziger deutscher Journalist weitere Wirtschaftshilfe für die neuen Bundesländer ablehnte, zeigt, dass sie im Vergleich zu den koreanischen und vor allem zu den taiwanesischen Journalisten der Wirtschaftshilfe eine wichtige Rolle zuschrieben, zumal sie nicht damit rechnen mussten, einen Gegner zu stärken. Wirtschaftshilfe bedeutete hier eine Investition in das eigene politische und wirtschaftliche System (Tabelle 4-7).

²⁷

Vgl. Conze, Werner: Deutschland-Ploetz. Deutsche Geschichte zum Nachschlagen. Freiburg/Würzburg 1991, S. 270-271.

Tabelle 4-7: Wirtschaftshilfe für die neuen Bundesländer

Frage: „Um die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Bundesländer zu beschleunigen, ist Hilfe aus dem Westen notwendig. Was glauben Sie, geschieht da genug, oder müsste mehr getan werden?“ (BRD)

	BRD (n=98) %
„Es muss mehr getan werden.“	67
„Es geschieht genug.“	33
„Es wurde schon zuviel Hilfe geleistet.“	0
Summe	100

4.4. Politische Forderungen

Im folgenden Abschnitt werden die Meinungen von Journalisten der drei untersuchten Länder zu vier politischen Forderungen verglichen. Die Forderungen betrafen das Nationalbewusstsein, die Vorzüge der politischen Ziele der USA und den Vorrang des Umweltschutzes vor wirtschaftlichen Interessen, die eigenständige Lösung des Problems zwischen beiden Chinas/Koreas. Sie hingen zwar nicht direkt mit dem Kommunismus zusammen, gaben jedoch indirekten Aufschluss über die Einstellung der Journalisten zum Kommunismus.

4.4.1. Das Nationalbewusstsein

Bei den drei geteilten Ländern, die Gegenstand dieser Untersuchung waren, bestand der Widerspruch, dass im anderen Teil des geteilten Landes (für die Bundesrepublik die DDR vor der Vereinigung) ein kommunistisches Regime herrschte, das als feindlich für den eigenen Staat galt. Andererseits jedoch hatte dieser andere Teil des Landes die gleiche geschichtliche und kulturelle Identität. Beide Teile gehörten zu einer Nation. Obwohl die Teilung die beiden Teile des geteilten Landes entfremdete und der Kommunismus, der im anderen Teil des Landes herrschte, von zwei Dritteln der Journalisten der jeweiligen Länder als falsch verurteilt wurde, wirkte jedoch die geschichtliche und kulturelle Identität der drei untersuchten Länder auf die Zustimmung zum Nationalbewusstsein. Ein stärkeres Bekenntnis zum Nationalbewusstsein kann sicherlich die Spaltung der kommunistischen Ideologie überbrücken. Mit der Forderung: Es sei „wichtig sich der Zugehörigkeit zu einer Nation bewusst zu sein“ wurde die Zustimmung der Journalisten zum Nationalbewusstsein ermittelt. Der Forderung stimmte mindestens mehr als die Hälfte der Journalisten in allen drei untersuchten Ländern zu. Allerdings bestanden hierbei zum Teil beachtliche Unterschiede. Am häufigsten hielten die südkoreanischen Journalisten (97%) Nationalbewusstsein für wichtig. Immerhin drei Viertel (78%) der taiwanesischen Journalisten waren ebenfalls dieser Ansicht. Dagegen hielten nur 59% der deutschen Journalisten das Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation für wichtig (Tabelle 4-8).

Tabelle 4-8: Zustimmung zu politischen Forderungen

Frage: „*Sie finden unten eine Reihe von politischen Forderungen. Bitte geben Sie an, ob Sie diesen zustimmen oder ob Sie sie ablehnen.*“

Antworten: „*stimme völlig zu*“ und „*stimme eher zu*“⁺

	BRD (n=98) %	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %	Chi ²
„Es ist wichtig, sich der Zugehörigkeit zu einer Nation bewusst zu sein.“	59	78	97	70,28*
„Die politischen Ziele der USA haben Vorrang vor denen der UdSSR (und Volkschina).“	34	40	31	38,94*
„Der Umweltschutz sollte Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben.“	80	64	72	21,18*
„Die Probleme zwischen der Volksrepublik China und Taiwan/Nord- und Südkorea sollten lediglich durch die Chinesen/Koreaner selbst gelöst werden.“**		81	95	17,33*

* Signifikant $p < 0,001$

** Diese Frage wurde in der BRD nicht gestellt.

⁺ Vgl. Anhang 4-5 für die vollständige Tabelle.

Die gleiche Fragestellung an die deutschen Journalisten im Jahr 1984 ergab eine vergleichbar geringe Zustimmung (61%) zum Nationalbewusstsein. Dieses lässt sich vermutlich auf das Bewusstsein der historischen Schuld im Zweiten Weltkrieg zurückführen. Infolge dieser Schuld wurden in den Darstellungen der deutschen Presse die deutschen Nationaleigenschaften überwiegend negativ charakterisiert.²⁸ Dem Begriff „Nation“ wurden auch negative Eigenschaften zugeschrieben: „Der Begriff Nation scheint bei vielen deutschen Intellektuellen Pawlowsche Zwangsreflexe auszulösen, wenn es sich um die eigene Nation handelt, denken sie an den Österreicher Hitler statt an Schiller, an Stiefeltritte und Krupp eher als an die Paulskirche. Manchmal scheint es, als sei die eigene Nation aus einem großen Teil der Vorstellungswelt der deutschen Intelli-

²⁸

Vgl. Kepplinger, Hans Mathias: Falsch dargestellt. In: Die politische Meinung, 261, August 1991, S. 86-91, dort S. 89.

genzija verdrängt... mit einem Mixtum aus ideologisierten Schuldkomplexen und bewusster Verwechslung von Nationalstaatlichkeit und Nationalismus.“²⁹

Die Verknüpfung von Nationaleigenschaften und Nation mit der historischen Schuld, die Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg angelastet wurde, führte vermutlich zu dem schwachen Bekenntnis zum Nationalbewusstsein bei den deutschen Journalisten gegenüber ihren taiwanesischen und südkoreanischen Kollegen. Das beinahe einstimmige Bekenntnis der südkoreanischen Journalisten zum Nationalbewusstsein entsprach dem historischen Hintergrund Koreas. Korea konnte sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg von der Opfer-Rolle der japanischen Kolonialherrschaft, die über ein halbes Jahrhundert dauerte, befreien. Das Bekenntnis zum Nationalbewusstsein hatte für die südkoreanischen Journalisten damit eine andere Bedeutung als für die deutschen Journalisten. Für sie wurde das Bekenntnis zum Nationalbewusstsein vermutlich mit der Zustimmung zur Unabhängigkeit von der japanischen Kolonisierung gleichgestellt. Auch von den taiwanesischen Journalisten wurde das Nationalbewusstsein positiv gewertet. Es gilt als Bekenntnis zum Nationalstolz einer Großmacht in Ostasien, der in China nach der Niederlage Japans am Ende des Zweiten Weltkrieges wiederhergestellt wurde.

Die bei den taiwanesischen im Vergleich zu den südkoreanischen Journalisten wesentlich geringere Neigung zu einem ausgeprägten Nationalbewusstsein lässt sich wahrscheinlich auch auf die Besonderheit der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung Taiwans zurückführen. Die Bevölkerung von Taiwan setzt sich im wesentlichen aus zwei unterschiedlich großen Gruppen zusammen: den Taiwanesen und den Chinesen. Als Taiwanesen werden etwas über 80% der taiwanesischen Bevölkerung bezeichnet. Sie kamen bereits vor einigen Jahrhunderten von Südchina nach Taiwan. Bis zur Übersiedlung der nationalchinesischen Regierung nach Taiwan im Jahre 1949 wurde Taiwan vom chinesischen Festland weitgehend vernachlässigt. Vom Ende des neunzehnten Jahrhunderts bis 1945 trug die japanische Kolonialherrschaft ebenfalls zur Entfremdung der taiwanesischen Bevölkerung gegenüber China bei.³⁰ Der chinesische Bevölkerungsteil, der etwa 15% der Bevölkerung Taiwans ausmacht, kam mit der Übersiedlung der nationalchinesischen Regierung nach Taiwan. Diese Minderheit identifiziert sich wesentlich stärker mit der chinesischen Kultur und Tradition als die Taiwanesen und weist daher ein stärkeres Nationalbewusstsein auf als die Mehrheit der taiwanesischen Bevölkerung. Obwohl in den vergangenen vier Jahrzehnten, als die Ausübung der Regierungsgewalt überwiegend der chinesischen Minderheit vorbehalten war, von der Regierung große Anstrengungen gemacht wurden, das Entfremdungsgefühl der taiwanesischen Bevölkerung abzu-

²⁹

Fehrenbach, Oskar: Das Trauma. Zur Rolle der linken Intelligenz. Einheit und Nation auf dem Opferaltar der Schuld. In: Die politische Meinung, 253, Dezember 1990, S. 63-68, dort S. 67.

³⁰

Vgl. Herrmann-Pillath, Carsten: Wirtschaftsintegration durch Netzwerke: Die Beziehungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik China. Baden-Baden 1994, S. 102-103.

bauen, blieb ihre Abgrenzung gegenüber China deutlich erkennbar. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung teilt nicht das chinesische Nationalbewusstsein der chinesischen Minderheit. Seit der politischen Liberalisierung Ende der achtziger Jahre hat die bewusste Abgrenzung der taiwanesischen Bevölkerung gegenüber China ständig zugenommen und wurde von einem wachsenden taiwanesischen Bewusstsein begleitet. Diese Unterströmung, die im Bewusstsein der Mehrheit der Bevölkerung vorhanden war, beeinflusste und hemmte vermutlich die Zustimmung der taiwanesischen Journalisten zum Nationalbewusstsein.

4.4.2. Der Vorrang der USA

Die Auseinandersetzungen zwischen Demokratie und Kommunismus hatten die Länder der hier befragten Journalisten geteilt. Dass die Mehrheit der Journalisten in allen drei Ländern den Kommunismus grundsätzlich ablehnte, wurde oben schon gezeigt. Offen ist aber, inwieweit die Journalisten dem politischen Ziel einer Vormacht der eigenen Seite anhängen. Speziell in Deutschland wurden immer wieder Stimmen laut, die einen dritten Weg zwischen den USA und der UdSSR³¹ propagierten und eine Äquidistanz in beiden Supermächten und Systemen betrieben. Der Behauptung, „die politischen Ziele der USA haben Vorrang vor denen der UdSSR (und Volkschina)“, stimmten die Journalisten der drei untersuchten Länder etwa gleichmäßig zu, d. h. die deutschen und südkoreanischen Journalisten zu bis 34% zu gegenüber einem Anteil von 40% der taiwanesischen Journalisten. Angesichts der Unterstützung, die den drei untersuchten Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg durch die USA gewährt wurde, erkannten nur wenige Journalisten die Vorzüge der USA gegenüber dem Kommunismus an (Tabelle 4-8).

Die meisten Journalisten der drei untersuchten Länder verurteilten den Kommunismus als falsche Idee, aber die politischen Ziele des größten Rivalen der Kommunisten, die USA, fanden ebenfalls nur schwachen Anklang. Aufgrund der kritischen Haltung der Journalisten, die sich zuletzt auch in Taiwan und Südkorea durchsetzte, wurde zwar einerseits ein fehlerhaftes politisches System heftig verurteilt, andererseits aber auch ein durchsetzbares politisches System nicht außerordentlich gerühmt. Danach entsprach die Einstellung der Journalisten zu den USA in den drei untersuchten Ländern im Großen und Ganzen ihren bisherigen Vorstellungen. Die deutschen Journalisten, die unter einem freien Pressesystem arbeiten konnten, nahmen eine kritische Einstellung gegenüber den USA ein. Aufgrund ihrer antiamerikanischen Entwicklung im letzten Jahrzehnt äußerten sich die südkoreanischen Journalisten den USA gegenüber ebenfalls eher kritisch. Dagegen räumten die taiwanesischen Journalisten, die in einem konservativeren Pressesystem arbeiteten, den USA etwas größere Anerkennung ein.

³¹

Morsey, Rudolf: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969. Oldenbourg - Grundriss der Geschichte, Bd. 19. München 1995, S. 44.

4.4.3. Umweltschutz vor wirtschaftlichen Interessen?

Der Umweltschutz gerät in manchen Ländern in Konflikt mit den wirtschaftlichen Interessen. Wie die deutschen Journalisten, die in einer der führenden Industrienationen arbeiteten, im Vergleich zu den Journalisten der Schwellenländer Ostasiens, Taiwan und Südkorea, das Thema Umweltschutz bewerten, wurde durch die Zustimmung zur Forderung „Vorrang des Umweltschutzes vor wirtschaftlichen Interessen“ ermittelt. Weit über die Hälfte der Journalisten aller drei untersuchten Länder stimmten der Forderung zu, dass der Umweltschutz Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen genießen solle. Von den deutschen Journalisten stimmten erwartungsgemäß die meisten (80%) der Forderung zu, gefolgt mit nicht allzu weitem Abstand von den südkoreanischen und taiwanesischen Journalisten. 72% der südkoreanischen und nur 64% der taiwanesischen Journalisten gewährten dem Umweltschutz Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen (Tabelle 4-8).

Bei den Journalisten der untersuchten Länder ließ sich — besonders zwischen den deutschen und südkoreanischen Journalisten — zum Thema Umweltschutz kein gravierender Unterschied feststellen. Ein Grund hierfür dürfte darin bestehen, dass der Schutz der Umwelt theoretisch allen Bürgern zu Gute kommt, während der wirtschaftliche Fortschritt — so wie die Vorgabe formuliert ist — vor allem den Interessen der Unternehmer und Manager zu dienen scheint. Weitere Gründe dürften die Ko-Orientierung unter Journalisten und die Internationalisierung des Nachrichtenflusses sein. Er dürfte dazu geführt haben, dass die Journalisten der ostasiatischen Länder die Wertvorstellungen ihrer westlichen Kollegen übernommen haben. Zudem hat vermutlich die rasche wirtschaftliche Entwicklung und die darausfolgende Industrialisierung der Gesellschaft Taiwans, wie auch der Gesellschaft Südkoreas gerade in den letzten Jahrzehnten, zum relativ hohen Umweltbewusstsein der Journalisten beigetragen. Als Beispiel für das erwachende Umweltbewusstsein in den Schwellenländern sei der Lukang-Aufstand³² in Taiwan zu nennen. Der Plan des amerikanischen Chemiekonzerns Du Pont bezüglich der Errichtung eines ca. 200 Millionen US-\$ teuren Titaniumdioxidwerkes in Lukang im Jahre 1986, der zwar von der Regierung Taiwans bewilligt wurde,³³ scheiterte an den heftigen Protesten der Natur- und Umweltschützer.

³²

Lukang ist eine kleine Stadt der Aquakulturindustrie an der Westküste Zentraltaiwans mit etwa 70,000 Einwohnern.

³³

Vgl. Heck, Peter Michael: Taiwan. Vom Wirtschaftswunder zur ökologischen Krise. Eine kritische Analyse. Hamburg 1995, S. 168-171.

4.4.4. Eigenständige Lösung der Probleme zwischen den beiden Teilen des geteilten Landes

Weil Deutschland bereits vereinigt war, wurde diese Forderung nur in Taiwan und Südkorea gestellt, die sich in einem Teilungszustand befanden. Sowohl die taiwanesischen als auch die südkoreanischen Journalisten stimmten der Forderung, dass die Probleme zwischen den beiden Teilen des geteilten Landes eigenständig gelöst werden sollten, mit überwiegender Mehrheit zu. 95% der südkoreanischen Journalisten gegenüber 81% der taiwanesischen Journalisten gaben der Forderung eine erkennbar höhere Zustimmung (Tabelle 4-8). Für die taiwanesischen und die südkoreanischen Journalisten kam die eigenständige Lösung der Teilungsprobleme ihres Landes nicht in Frage. Im Vergleich zu den taiwanesischen Journalisten trat die einmütige Meinung ihrer südkoreanischen Kollegen in dieser Frage deutlich hervor.

4.5. Die Rolle der Ansichten zum Kommunismus bei der Beurteilung von kontroversen politischen Forderungen

Das folgende Kapitel geht der Frage nach, ob ein Zusammenhang bestand zwischen dem Urteil über den Kommunismus und der Meinung zu einigen politischen Forderungen. Zu diesen Forderungen gehörten zwei „rechtsorientierte“ politische Forderungen: „Es ist wichtig, sich der Zugehörigkeit zu einer Nation bewusst zu sein“ und „die politischen Ziele der USA haben Vorrang vor denen der UdSSR/Volksrepublik China“. Die dritte Forderung „der Umweltschutz soll Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben“, wurde als „linksorientierte“ Forderung betrachtet. Für alle drei untersuchten Länder wurde der Zusammenhang zwischen dem Urteil und der Zustimmung zum Kommunismus ermittelt. Der Zusammenhang zwischen dem Urteil zum Kommunismus und den beiden rechtsorientierten politischen Forderungen erwies sich für alle drei Länder als statistisch signifikant. Der Zusammenhang zwischen dem Urteil zum Kommunismus und der Zustimmung zur linksorientierten politischen Forderung war jedoch nur für die südkoreanischen Journalisten von Bedeutung.

In allen drei Ländern bestanden deutliche Zusammenhänge zwischen der Meinung über den Kommunismus und der Beurteilung von den ersten zwei der drei Forderungen, nämlich der Zustimmung zum Nationalbewusstsein und dem Vorrang der US-amerikanischen Ziele. Journalisten, die den Kommunismus nach wie vor für eine gute Idee hielten, stimmten beiden Forderungen deutlich seltener zu als Journalisten, die sich gegen den Kommunismus aussprachen. Besonders deutlich galten diese Zusammenhänge für die taiwanesischen Journalisten. Bei den taiwanesischen Journalisten wurde ihre Zustimmung zu politischen Forderungen am stärksten durch ihre Ansicht vom Kommunismus geprägt. Diejenigen taiwanesischen Journalisten, die den Kommunismus für falsch hielten, stimmten im Vergleich zu denen, die den Kommunismus als richtig bewerteten, den beiden rechten politischen Forderungen am häufigsten zu. Besonders bei der zweiten Forderung über den Vorrang von US-Zielen trat die Divergenz der taiwanesischen Journalisten hervor (48% zu 23%). Bei der gleichen Forderung zeigte sich bei den deutschen Journalisten ebenfalls eine starke Divergenz (42% zu 22%) im Vergleich zur geringsten bei den südkoreanischen Journalisten (37% zu 27%). Bei der Zustimmung zur Forderung über das Nationalbewusstsein, die bei den taiwanesischen und deutschen Journalisten jeweils schwache Divergenzen aufwies (84% zu 73% gegenüber 66% zu 57%), spielte für die südkoreanischen Journalisten die Beurteilung über den Kommunismus überhaupt keine Rolle. Weil beinahe alle südkoreanischen Journalisten (98%) dem Nationalbewusstsein zugestimmt hatten, stimmten sie diesem ungeachtet ihres Urteils über den Kommunismus zu (Tabelle 4-9).

Tabelle 4-9: Zusammenhang zwischen der Ansicht zum Kommunismus und der Zustimmung zu politischen Forderungen

Fragen: „Der Kommunismus ist weltweit auf dem Rückzug. Was glauben Sie: Ist die Idee an sich falsch, oder ist der Kommunismus eine richtige Idee, die an schlechten Politikern gescheitert ist?“

„Sie finden unten eine Reihe von politischen Forderungen. Bitte geben Sie an, ob Sie diesen zustimmen oder ob Sie sie ablehnen.“

Basis: Journalisten, die den Kommunismus als „falsche Idee“ oder als „richtige Idee“ beurteilten. Nicht eingeschlossen sind diejenigen, die keine konkrete Antwort gaben.

Anteil der Befragten, die ihre Ansicht zu den kontroversen politischen Themen jeweils mit „stimme völlig zu“ oder „stimme eher zu“ beantworteten.

Beurteilung über den Kommunismus

	BRD		Taiwan		Südkorea	
	falsch (n=98) %	rich- tig %	falsch (n=148) %	rich- tig %	falsch (n=191) %	rich- tig %
„Stimme eher zu“/ „Stimme völlig zu“						
„Es ist wichtig, sich der Zugehörigkeit zu einer Nation bewusst zu sein.“	66*	57*	84*	73*	98*	98*
„Die politischen Ziele der USA haben Vorrang vor denen der UdSSR/ Volksrepublik China.“	42*	22*	48*	23*	37*	27*
„Der Umweltschutz sollte Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben.“	75	96	64	77	66*	92*

*Die Ansichten der Journalisten zum Kommunismus unterscheiden sich statistisch signifikant von den unterschiedlichen politischen Einstellungen (Chi-Test; $p < 0,05$).

Bei der linksorientierten politischen Forderung: „Vorrang des Umweltschutzes vor wirtschaftlichen Interessen“ ist kein signifikanter Zusammenhang zu den Ansichten der deutschen und taiwanesischen Journalisten zum Kommunismus zu erkennen. Bei den südkoreanischen Journalisten bestand ein solcher Zusammenhang (66% zu 92%). Diejenigen südkoreanischen Journalisten, die den Kommunismus für richtig hielten, stimmten der „linken“ Forderung eindeutig eher zu als die Journalisten, die den Kommunismus für falsch hielten. Dies könnte damit zusammenhängen, dass vor allem in Südkorea der wirtschaftliche Erfolg des Landes den Anhängern des Kommunismus ein Dorn im

Auge ist, weil er die Erfolglosigkeit des politischen Systems dokumentiert, dem sie Sympathien entgegenbringen.

4.6. Die Zustimmung zum Kommunismus und zur Weltpolitik nach Ländern

Im Unterschied zu den bisherigen Darstellungen von Untersuchungsergebnissen, die stets die Ansichten von Journalisten der drei untersuchten Länder vergleichend präsentierten, wurden nachfolgend die Untersuchungsergebnisse nach einzelnen Ländern geordnet zusammengestellt. Zuerst wurden für alle untersuchten Thesen dieses Kapitels, die mehr als 30% Zustimmung erhielten, eine Rangordnung der Zustimmungshäufigkeit aufgestellt, dabei soll überprüft werden, ob die Journalisten aus den jeweiligen Ländern bestimmten Thesen/Forderungen häufiger zustimmten oder nicht. Anschließend wurden die Besonderheiten der Ansichten von Journalisten vorgestellt, welche die Journalisten eines Landes in ihrer Zustimmung zu den Thesen über Kommunismus und Weltpolitik aufwiesen. Zum Schluss wurden die am häufigsten zugestimmten Thesen/Forderungen der einzelnen Länder vergleichend dargestellt und auf diejenigen hingewiesen, derer Zustimmung zwischen den Journalisten der untersuchten Länder starken Kontrast aufwiesen.

4.6.1. Die Rangordnung der Zustimmungshäufigkeiten nach Ländern

Die deutschen Journalisten

Die deutschen Journalisten stimmten sechs Thesen bzw. Forderungen mit mehr als 30% zu. Je mehr Journalisten einer These zustimmen, desto einheitlicher war ihre Meinung. Betrachtet man die deutschen Journalisten unter diesem Gesichtspunkt, dann vertraten die deutschen Journalisten zu jener linken Forderung, gemäß welcher „der Umweltschutz vor wirtschaftlichen Interessen“ Vorrang besass, eine besonders einheitliche Meinung. Die überwiegende Mehrheit von ihnen stimmten dieser Forderung zu. Ihre Ansichten zur letzten Forderung auf der folgenden Tabelle, dass „die politischen Ziele der USA“ Vorrang vor denen der UdSSR hätten, differierten am stärksten voneinander. Damit stimmten die deutschen Journalisten der linken Forderung am häufigsten zu, wohingegen sie am wenigsten der eher rechts geprägten Forderung zustimmten.

Die restlichen vier Thesen bzw. Forderungen in der Mitte der folgenden Tabelle ließen sich thematisch entweder unter den Kategorien „Anti-Kommunismus“ oder „Nationalismus“ einordnen. Eine einzige These, dass der „Kommunismus ... eine falsche Idee“ sei, galt als anti-kommunistisch. Drei anderen — dass „mehr Wirtschaftshilfe für die neuen Bundesländer“ notwendig sei; dass „die Erhaltung einer schlagkräftigen Bundeswehr“ notwendig sei; dass das Bewusstsein der „Zugehörigkeit zu einer Nation“ wichtig sei — setzten sich entweder für die neuen Bundesländer oder die Eigenständigkeit

Deutschlands ein und wiesen alle die Eigenschaften des Nationalismus auf. Die deutschen Journalisten stimmten diesen obengenannten vier Thesen bzw. Forderungen zwar etwas weniger als der linken Forderung zu, rechtfertigten diese jedoch immerhin zu weit mehr als die Hälfte. Die anti-kommunistische These besaß damit für die deutschen Journalisten beinahe die gleiche Bedeutung wie die vom „Nationalismus“ (Tabelle 4-10).

Tabelle 4-10: Die Reihenfolge der Zustimmung zu sechs Thesen
-- deutsche Journalisten --

Linke Forderung

„Der Umweltschutz sollte Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben“-----80%

Anti-Kommunismus

„Kommunismus ist falsch“-----68%

Nationalismus

Mehr „Wirtschaftshilfe für die neuen Bundesländer“ ist notwendig-----67%^A

„Die Erhaltung einer schlagkräftigen Bundeswehr“ ist notwendig-----67%^B

Das Bewusstsein der „Zugehörigkeit zu einer Nation“ ist wichtig-----59%

Durchschnitt 64%

Rechte Forderungen

„Die politischen Ziele der USA haben Vorrang vor denen der UdSSR“-----34%

^A Diese Frage wurde in Taiwan und Südkorea variiert gestellt.

^B Diese Frage wurde in Taiwan und Südkorea nicht gestellt.

Die deutschen Journalisten stimmten am häufigsten linken Forderungen zu. Dagegen fanden rechte Forderungen bei ihnen die wenigste Unterstützung. Darüber hinaus kennzeichneten sie sich gleichzeitig als antikommunistisch und nationalistisch. Sie räumten der These bzw. Forderung, die sich für die neuen Bundesländer und die Selbständigkeit Deutschlands aussprach, genau so große Wichtigkeit wie der antikommunistischen These ein.

Die taiwanesischen Journalisten

Mehr als 30% der taiwanesischen Journalisten stimmten den zwölf nachfolgend aufgeführten Thesen bzw. Forderungen zu:

Am häufigsten, durchschnittlich etwa drei Viertel der taiwanesischen Journalisten, befürworteten die drei nachfolgend genannten Forderungen und Thesen, die die Eigenschaften vom Nationalismus aufwiesen: dass „Probleme zwischen der Volksrepublik China und Taiwan ... durch die Chinesen“ selbst gelöst werden sollen; dass das Bewusstsein der „Zugehörigkeit zu einer Nation“ wichtig sei; dass „mehr Wirtschaftshilfe für die Volksrepublik China“ notwendig sei. Diese Forderungen und Thesen des Nationalismus hoben die Eigenständigkeit Chinas/Taiwans hervor und setzten sich für den anderen Teil des geteilten Chinas ein.

Als nächste befürworteten die taiwanesischen Journalisten die Thesen/Forderungen des „Anti-Kommunismus“, der „linken Forderung“ und der „Selbständigkeit“ durchschnittlich am häufigsten zu weit mehr als die Hälfte. Zwei Thesen — dass der „Kommunismus ... eine falsche Idee sei“; dass „Taiwan immer noch einen militärischen Angriff aus der Volksrepublik China“ befürchte — galten als Anti-Kommunismus. Die Forderung, dass „der Umweltschutz vor wirtschaftlichen Interessen“ Vorrang besitze, gehörte zur linken Forderung. Der Forderung und These, die sich für die Selbständigkeit (Taiwans) aussprach — dass „Taiwan ... sich in der Verteidigungspolitik von den USA“ möglichst unabhängig machen solle; dass der „Rückzug der US-Armee aus Taiwan... eine gute Sache“ war — stimmten sie durchschnittlich ebenfalls so häufig zu.

Die beiden Thesen, dass „die USA... Taiwan politisch“ und „militärisch“ im Fall eines militärischen Angriffs unterstützen würden, deuteten auf die Zuverlässigkeit der USA hin. Sie wurden an dritter Stelle von etwa der Hälfte der taiwanesischen Journalisten als richtig betrachtet.

Am seltensten sprachen sich die taiwanesischen Journalisten für die rechte Forderung und Unzuverlässigkeit der ausländischen Staaten aus. Die erste befasste sich mit der Forderung, dass die politischen Ziele der USA „Vorrang vor denen der UdSSR/Volksrepublik China“ haben. Für die letzte galt die These: „Ausländische Staaten greifen überhaupt nicht ein“. Nur etwa mehr als ein Drittel von ihnen stimmten der rechten Forderung und der Unzuverlässigkeit zu (Tabelle 4-11).

Tabelle 4-11: Die Reihenfolge der Zustimmung zu zwölf Thesen
-- taiwanesischen Journalisten --

Nationalismus

„Probleme zwischen Volksrepublik China und Taiwan“ sollten durch die Chinesen selbst gelöst werden-----	81% ^A
Das Bewusstsein der „Zugehörigkeit zu einer Nation“ ist wichtig----	78%
Mehr „Wirtschaftshilfe für Volksrepublik China“ ist notwendig-----	67% ^{*B}
Durchschnitt	75%

Anti-Kommunismus

„Kommunismus ist falsch“-----	64%
„Ja“, ich befürchte einen militärischen Angriff aus der Volksrepublik China“-----	63% ^A
Durchschnitt	64%

Linke Forderung

„Der Umweltschutz sollte Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben“-----	64%
---	-----

Selbständigkeit

„Taiwan sollte sich in der Verteidigungspolitik von den USA“ unabhängig machen-----	72%
„Der Rückzug der US-Armee aus Taiwan war eine gute Sache“-----	53% ^C
Durchschnitt	63%

Zuverlässigkeit der USA

„Die USA unterstützen Taiwan politisch“-----	61% ^C
„USA unterstützen Taiwan militärisch“-----	43% ^A
Durchschnitt	52%

Rechte Forderung

„Die politischen Ziele der USA haben Vorrang vor denen der UdSSR/Volksrepublik China“-----	40%
---	-----

Unzuverlässigkeit der ausländischen Staaten

„Ausländische Staaten greifen überhaupt nicht ein“-----	36% ^A
---	------------------

^A Diese Frage wurden in der BRD nicht gestellt.

^B Diese Frage wurde in der BRD variiert gestellt.

^C Diese Frage wurde in der BRD nicht gestellt. In Taiwan und Südkorea variiert die Frage.

*Dieser Prozentwert besteht aus der Summe zweier Antwortvorgaben: „Ja, Taiwan soll möglichst viel wirtschaftliche Hilfe leisten.“ und „Nur wirtschaftliche Hilfe leisten, wenn Volksrepublik China sie sinnvoll nutzt.“

Die taiwanesischen Journalisten stimmten den Thesen und Forderungen am häufigsten zu, die „Nationalismus“ hervorhoben. Am seltensten sprachen sie sich für die „Rechte Forderung“ und „Unzuverlässigkeit der ausländischen Staaten“ aus. An zweiter Stelle setzten sie sich am häufigsten für „Anti-Kommunismus“, die „Linke Forderung“ und „Selbstän-

digkeit“ ein. Die „Zuverlässigkeit der USA“ erhielt noch etwas weniger Zustimmung an dritter Stelle.

Die südkoreanischen Journalisten

Mehr als 30% der südkoreanischen Journalisten stimmten den nachfolgend dargestellten elf Thesen bzw. Forderungen zu:

Ebenfalls wie die taiwanesischen Journalisten befürworteten die südkoreanischen Journalisten Nationalismus am häufigsten, jedoch im Vergleich zu den taiwanesischen Journalisten wiesen sie eine wesentlich stärkere Neigung zu nationalistischen Themen auf. Durchschnittlich nahezu einstimmig wurden von ihnen die vier nationalistischen Forderungen bzw. Thesen unterstützt: dass das Bewusstsein der „Zugehörigkeit zu einer Nation“ wichtig sei; dass mehr „Wirtschaftshilfe für Nordkorea“ notwendig sei; dass „Probleme zwischen Süd- und Nordkorea... durch die Koreaner“ selbst gelöst werden sollten; dass kein militärischer Angriff aus Nordkorea zu befürchten sei. Besonders den ersten Drei stimmten die südkoreanischen Journalisten übereinstimmend zu.

Danach folgten zwei Thesen, in denen es um Zuverlässigkeit der USA ging, von mehr als drei Viertel der Befragten als korrekt wahrgenommen: dass „die USA Südkorea ... militärisch“ unterstützen, wenn Nordkorea Südkorea angreift; dass die USA „international zu wirkungsvollen Sanktionen“ aufrufen, wenn Nordkorea Südkorea angreifen sollte.

Der linken Forderung, dass „der Umweltschutz vor wirtschaftlichen Interessen“ Vorrang besitze, und die zwei Forderungen von Selbständigkeit — dass Südkorea „sich in der Verteidigungspolitik von den USA möglichst unabhängig machen“ solle; dass die „Stationierung der US-Armee in Südkorea“ nicht notwendig sei — wurden von etwa zwei Drittel der südkoreanischen Journalisten befürwortet.

Noch geringere Zustimmung erhielt der Anti-Kommunismus — dass der „Kommunismus ... eine falsche Idee“ sei — von weniger als drei Viertel der südkoreanischen Journalisten.

Wie die Journalisten der beiden anderen Länder stimmten sie der rechten Forderung gering zu, dass die „politischen Ziele der USA ... Vorrang vor denen der UdSSR/Volkrepublik China“ hätten. Hier betrug ihre Zustimmung nur knapp ein Drittel (Tabelle 4-12).

Tabelle 4-12: Die Reihenfolge der Zustimmung zu elf Thesen
-- südkoreanische Journalisten --

Nationalismus

Das Bewusstsein der „Zugehörigkeit zu einer Nation“ ist wichtig	97%
Mehr „Wirtschaftshilfe für Nordkorea“ ist notwendig	95%* ^B
„Probleme zwischen Süd- und Nordkorea“ sollten durch die Koreaner selbst gelöst werden	95% ^A
„Nein“, ich befürchte keinen militärischen Angriff aus Nordkorea	81% ^A
Durchschnitt	92%

Zuverlässigkeit der USA

„Die USA unterstützen Südkorea militärisch“	88% ^A
„Die USA rufen international zu wirkungsvollen Sanktionen auf“	78% ^C
Durchschnitt	83%

Linke Forderung

„Der Umweltschutz sollte Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben“	72%
---	-----

Selbständigkeit

„Südkorea sollte sich in der Verteidigungspolitik von den USA“ unabhängig machen	74%
„Die Stationierung der US-Armee in Südkorea ist nicht notwendig“	65% ^C
Durchschnitt	70%

Anti-Kommunismus

„Kommunismus ist falsch“	64%
--------------------------	-----

Rechte Forderungen

„Die politischen Ziele der USA haben Vorrang vor denen der UdSSR/Volksrepublik China“	31%
---	-----

^A Diese Fragen wurden in der BRD nicht gestellt.

^B Diese Frage wurde in der BRD variiert gestellt.

^C Diese Frage wurde in der BRD nicht gestellt. In Taiwan und Südkorea variiert die Frage.

*Dieser Prozentwert besteht aus zwei Antwortvorgaben: „Ja, Südkorea soll möglichst viel wirtschaftliche Hilfe leisten.“ und „Nur wirtschaftliche Hilfe leisten, wenn Nordkorea sie sinnvoll nutzt.“

Damit stimmten die südkoreanischen Journalisten erstens dem Nationalismus am häufigsten und dagegen der rechten Forderung am seltensten zu. Zweitens befürworteten sie am häufigsten die Zuverlässigkeit der USA. Am dritter Stelle betrachteten sie die linke Forderung und Selbständigkeit im Vergleich zum Anti-Kommunismus etwas häufiger als wichtig.

4.6.2. Die Besonderheiten der Ansichten von Journalisten zum Kommunismus und zur Weltpolitik

Die deutschen Journalisten

Die deutschen Journalisten unterschieden sich in ihrer Zustimmung zu den beiden folgenden Forderungen deutlich von den Journalisten der beiden asiatischen Länder:

Dies galt vor allem für die sicherheitspolitische Forderung einer unabhängigen Verteidigungspolitik. Im Vergleich zu den Journalisten beider anderen Länder, die diese Forderung mit großer Zustimmung bejahten, hielten eindeutig weniger deutsche Journalisten eine unabhängige Verteidigungspolitik von den USA für notwendig.

Im Gegensatz zu den taiwanesischen und den südkoreanischen Journalisten maßen die deutschen Journalisten dem Nationalbewusstsein eine wesentlich geringere Bedeutung bei.

In ihrer Zustimmung zu den nachfolgend aufgeführten Thesen bzw. Forderungen wichen die Ansichten der deutschen Journalisten geringfügig von denen ihrer Kollegen aus den anderen Ländern ab:

Kein einziger deutscher Journalist wollte die laufende Wirtschaftshilfe für die neuen Bundesländer abbrechen. Damit zeigten sie, wenngleich mit nicht allzu großem Abstand zu den südkoreanischen Journalisten, die höchste Bereitschaft für Wirtschaftshilfe.

Die Forderung, Umweltschutz vor wirtschaftliche Interessen zu stellen, erhielt die höchste Akzeptanz, gefolgt mit nur geringem Abstand von den Journalisten der beiden anderen Länder.

Die taiwanesischen Journalisten

Die Ansichten der taiwanesischen Journalisten unterschieden sich in folgenden Punkten eindeutig von denen ihrer Kollegen aus den anderen Ländern:

Die taiwanesischen Journalisten stimmten im Vergleich zu den Journalisten der beiden anderen Länder etwas seltener zu, dass der Kommunismus eine richtig Idee sei.

Im Vergleich zu den südkoreanischen Journalisten empfanden die taiwanesischen Journalisten eine militärische Bedrohung durch die Kommunisten wesentlich häufiger und rechneten im Falle eines militärischen Angriffs erheblich seltener mit einer militärischen Intervention der USA oder anderer ausländischer Staaten.

Die Journalisten Taiwans rechneten im Vergleich zu den Journalisten der beiden anderen Länder seltener damit, dass die Sicherheit ihres Landes ohne eine starke Verteidigung gewährleistet wäre.

Im Vergleich zu den südkoreanischen Journalisten sprachen sie sich seltener für eine Wirtschaftshilfe zugunsten des anderen Teils des Landes aus. Sie wollten ebenfalls wesentlich häufiger als die südkoreanischen Journalisten diese Wirtschaftshilfe von der Bedingung abhängig machen, dass sie sinnvoll genutzt würde.

Sie setzten sich im Vergleich zu den Journalisten der beiden anderen Länder seltener für die Forderung „Umweltschutz vor wirtschaftlichen Interessen“ ein.

Die südkoreanischen Journalisten

Die Ansichten der südkoreanischen Journalisten unterschieden sich bei folgenden Thesen erheblich von denen der Journalisten aus den anderen Ländern:

Bei Fragen bezüglich der militärischen Bedrohung und den Folgen eines möglichen Angriffs durch Nordkorea zeigten die südkoreanischen Journalisten große Gelassenheit. Sie befürchteten kaum einen militärischen Angriff durch das kommunistische Nordkorea und rechneten in einem solchen Fall, den sie als nicht wahrscheinlich ansahen, meist mit der militärischen Intervention der USA und anderer Staaten.

Die südkoreanischen Journalisten vertraten im Vergleich zu den Journalisten der anderen Länder am häufigsten die Ansicht, dass eine starke Verteidigung für die Sicherheit ihres Landes nicht unabdingbar war.

Im Vergleich zu den taiwanesischen Journalisten sprachen sie sich entschieden häufiger bedingungslos für Wirtschaftshilfe an Nordkorea aus.

Die südkoreanischen Journalisten hielten im Vergleich zu den Journalisten der zwei anderen Länder das Nationalbewusstsein besonders häufig für wichtig.

Im Gegensatz zu den taiwanesischen Journalisten wollten sie etwas häufiger die Probleme der beiden Teile Koreas selbständig lösen.

4.6.3. Vergleich der am häufigsten zugestimmten Thesen der deutschen, taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten in Kapitel 4

Den ersten beiden Thesen — „Kommunismus ist falsch“ und „die politischen Ziele der USA haben Vorrang vor denen der UdSSR“ — stimmten die Journalisten aller drei untersuchten Länder gleichermaßen zu. Sie gehörten jeweils der Sachgruppe „Anti-Kommunismus“ und „Rechte Forderung“ an. Mehr als die Hälfte der Journalisten stimmte der ersten These zu. Die letztere wurden von rund einem Drittel der Journalisten unterstützt.

Der 3. These, die als Forderung nach „Selbständigkeit“ galt, stimmten die Journalisten beider asiatischen Länder eindeutig häufiger als die deutschen Journalisten zu. Die Journalisten beider asiatischen Länder wollten damit im Vergleich zu den deutschen Journalisten wesentlich häufiger in der Verteidigung von den USA unabhängig sein.

Die deutschen Journalisten stimmten nur einer einzigen linken Forderung, dem Umweltschutz Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen zu geben, am häufigsten zu. Diese Forderung favorisierten sie häufiger als ihre taiwanesischen und südkoreanischen Kollegen.

Dagegen stimmten die taiwanesischen Journalisten nur zwei Thesen häufiger als die Journalisten der anderen untersuchten Länder zu: dass man einen militärischen Angriff aus der Volksrepublik China befürchte; dass ausländische Staaten bei einem militärischen Angriff der Volksrepublik China überhaupt nicht eingreifen würden. Die erste galt als antikommunistisch und entsprach einer Bedrohung durch die Volksrepublik China. Die letztere ließ sich unter „Unzuverlässigkeit der ausländischen Staaten“ einordnen.

Die restlichen Thesen bzw. Forderungen (7.-12.) befürworteten die südkoreanischen Journalisten immer häufiger als die Journalisten der beiden anderen Länder. Die ersten drei gehörten der Sachgruppe „Nationalismus“ an. Zwei weitere Thesen (10. und 11.) bestätigten die „Zuverlässigkeit der USA“. Die letzte zeichnete die Forderung nach einer „Selbständigkeit“ Südkoreas auf (Tabelle 4-13).

Erstens, Journalisten aller untersuchten Länder stimmten „Anti-Kommunismus“ gleichermaßen häufig zu, wenn die These um die Falschheit des Kommunismus ging. Sonst stimmten sie alle der „rechten Forderung“ gleichmaßen gering zu.

Zweitens befürworteten die Journalisten beider asiatischen Länder die These der militärischen „Selbständigkeit“ häufiger als die deutschen Journalisten.

Die deutschen Journalisten favorisierten drittens die „linke Forderung“ häufiger als ihre taiwanesischen und südkoreanischen Kollegen.

Tabelle 4-13: Vergleich der am häufigsten zugestimmten Thesen bzw. Forderungen
-- deutsche, taiwanesishe und südkoreanische Journalisten --

	BRD (n=98) %	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %	Durchschnitt %
1. „Kommunismus ist falsch, deswegen sind die kommunistischen Regime gescheitert.“	68	64	64	65
2. „Die politischen Ziele der USA haben Vorrang vor denen der UdSSR (und Volkschina).“	34	40	31	35
3. „Deutschland/Taiwan/Südkorea sollte sich in der Verteidigungspolitik von den USA“ unabhängig machen.	27	72	74	58
<u>Die deutschen Journalisten</u>				
4. „Der Umweltschutz sollte Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben.“	80	64	72	72
<u>Die taiwanesischen Journalisten</u>				
5. „Ja“, ich befürchte einen militärischen Angriff aus der Volksrepublik China/Nordkorea. ^B		63	19	41
6. „Ausländische Staaten greifen überhaupt nicht ein.“ ^B		36	5	21
<u>Die südkoreanischen Journalisten</u>				
7. Das Bewusstsein der „Zugehörigkeit zu einer Nation“ ist wichtig.	59	78	97	78
8. „Probleme zwischen Volksrepublik China und Taiwan/Nord- und Südkorea“ sollten durch die Chinesen/Koreaner selbst gelöst werden. ^B		81	95	88
9. Mehr „Wirtschaftshilfe“ für Nordkorea/VR China ist notwendig. ^A	67	67	95	76
10. „USA unterstützen Taiwan/Südkorea militärisch.“ ^B		43	88	66
11. „Die USA unterstützen Taiwan politisch./ Die USA rufen zu international wirkungsvollen Sanktionen auf.“ ^B		61	78	70
12. „Der Rückzug der US-Armee aus Taiwan war eine gute Sache./ Die Stationierung der US-Armee in Südkorea ist nicht notwendig.“ ^B		53	65	59

^A Diese Antwortvorgabe wurde in der BRD anders als in Taiwan/Südkorea gestellt.

^B Diese Frage wurden in der BRD nicht gestellt.

Viertens stimmten die taiwanesischen Journalisten dem „Anti-Kommunismus“ und der „Unzuverlässigkeit ausländischer Mächte“ häufiger als die Journalisten anderer Länder zu.

Die südkoreanischen Journalisten befürworteten fünftens „Nationalismus“ wesentlich häufiger als die Journalisten der beiden anderen Länder. Darüber hinaus sprachen sie sich häufiger für die „Zuverlässigkeit der USA“ und „Selbständigkeit“ aus.

5. Ansichten der Journalisten zur Teilung und Wiedervereinigung

Das folgende Kapitel untersuchte die Ansichten der Journalisten zu den mit der Teilung und Wiedervereinigung verbundenen Problemen. Ermittelt wurden zuerst die Verantwortungsträger für die Teilung der drei untersuchten Länder. Weiter wurden die Folgen der Teilung in den drei Ländern untersucht. Anschließend wurde die Einstellung der Journalisten zur Wiedervereinigung, zu den Hindernissen einer Wiedervereinigung und wie diese überwunden werden können in einer Befragung ermittelt. Andererseits berücksichtigten die gestellten Fragen, welche Gemeinsamkeiten es aus Sicht der Journalisten innerhalb der geteilten Länder gab sowie wie sie die weitere Entwicklung einschätzten (besonders in den beiden asiatischen Ländern).

5.1. Verantwortung für die Teilung

Obwohl die Teilung Deutschlands und Koreas unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Auseinandersetzung zwischen den beiden Weltmächten zustande kam, war die Teilung in diesen beiden Ländern unterschiedlich. Deutschland galt als Verursacher des Zweiten Weltkrieges. Die Teilung Deutschlands nach dem Krieg war eine Folge der militärischen Expansion des Nazi-Regimes während des Krieges. Sie kann als eine Strafe für die aktive Rolle Deutschlands im Zweiten Weltkrieg und dessen Niederlage betrachtet werden. Die Teilung Koreas resultierte zwar ebenfalls aus den Auseinandersetzungen zwischen Ost und West während des aufkommenden Kalten Krieges, jedoch besaß Korea, das sich vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges unter japanischer Kolonialherrschaft befand, für den Zweiten Weltkrieg keine Verantwortung.² Korea gilt als Opfer des Krieges. Die Koreaner hielten die Teilung der koreanischen Halbinsel nach dem Zweiten Weltkrieg, als es sich gerade von der Kolonialherrschaft Japans befreite, für eine erneute Ungerechtigkeit der Großmächte. Die Koreaner stellten mehr oder weniger die Teilung Koreas mit der ungerechten Unterdrückung durch die Kolonialherrschaft gleich. Für sie war die Teilung der koreanischen Halbinsel eine widersinnige Folge der Unabhängigkeit von

¹ Vgl. Kepplinger, Hans Mathias: Falsch dargestellt. In: Die politische Meinung, 261, August 1991, S. 86-91, dort S. 89.

² Vgl. Gu, Weiqun: Conflicts of Divided Nations: The Cases of China and Korea. Westport 1995, S. 135.

der japanischen Kolonialherrschaft. Korea, ohne jeglichen Einfluss auf sein eigenes³ Schicksal, fiel in den Gefechten der Großmächte von einer Opferrolle in die andere.

Im Gegensatz zu Deutschland und Korea war China in einer Siegerposition, weil es die von Japan besetzten Gebiete wieder unter seine Herrschaft zurückbrachte. Das Ende des Zweiten Weltkrieges bedeutete für China die Ausschaltung der Fremdherrschaft und die Wiederherstellung der Alleinherrschaft durch die Chinesen. Der Kommunismus, der seit Anfang des Jahrhunderts in China Fuß gefasst hatte und nach kurzer Blüte durch die anti-kommunistischen Feldzüge der nationalchinesischen Armeen Chiang Kai-sheks Anfang der dreißiger Jahre nahezu ausgerottet worden war, entging durch die militärische Invasion Japans der totalen Vernichtung. Der Sino-Japanische Krieg von 1937 bis 1945 lenkte die nationalchinesische Regierung von der Bekämpfung der chinesischen Kommunisten⁴ ab und ermöglichte ihnen gleichzeitig, ihren Einfluss zu erweitern. Die gestärkte kommunistische Partei war nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der Lage, mit der nationalchinesischen Regierung um die Herrschaft zu kämpfen und verwickelte China in einen Bürgerkrieg. Der Erfolg der chinesischen Kommunisten im Bürgerkrieg, der ihnen zur Machtübernahme auf dem gesamten chinesischen Festland verhalf, führte in China zu einer asymmetrischen Teilung. Die Teilung Chinas geschah daher nicht unmittelbar durch die beiden Weltmächte USA und UdSSR, sondern war eine Folge innerchinesischer Machtkämpfe zwischen den chinesischen Kommunisten und der ursprünglich legalen nationalchinesischen Regierung.

Wie betrachteten die Journalisten der drei untersuchten Länder die Ursachen der Teilung ihres Landes? Obwohl sich diese Teilung mittelbar oder unmittelbar auf die ideologischen Auseinandersetzungen im Ost-West-Konflikt zurückführen ließ, gab es Unterschiede in den Prozessen und den Ansichten der Bevölkerung zur Teilung. Inwieweit spiegelten sich solche Differenzen in den Ansichten der Journalisten der untersuchten Länder wider? Wie reagierten die Journalisten der drei Länder, die in unterschiedlichen politischen Systemen lebten und unter verschiedenen Pressesystemen arbeiteten, auf die historischen Ereignisse? Aufgrund der ideologischen Erziehung konnte die Vermutung angestellt werden, dass die taiwanesischen und die südkoreanischen Journalisten im Gegensatz zu ihren deutschen Kollegen eher den Kommunisten die Schuld an der Teilung zuwiesen. Um dieses nachzuweisen, wurde ihnen eine Reihe von möglichen Ursachen für die Teilung der untersuchten Länder zur Auswahl gegeben.

³ Vgl. Yang, Hyun-Mo: Deutsche Einheit und die Wiedervereinigung Koreas. Eine vergleichende Untersuchung über die Einigungspolitik geteilter Länder. Dissertation Universität Bonn 1994, S. 114.

⁴ Vgl. Cotterell, Arthur: East Asia. From Chinese Predominance to the Rise of the Pacific Rim. New York/Oxford, 1993, S. 222-224.

Taiwan und Südkorea

Die größte Schuld an der Teilung Chinas gaben die taiwanesischen Journalisten den damals auf dem chinesischen Festland regierenden chinesischen Parteien, der „Kuomintang-Regierung“ und ihrem Gegner, der „Kommunistischen Partei Chinas“. Die beiden Parteien wurden jeweils von der überwiegenden Mehrheit der taiwanesischen Journalisten (77% und 74%) für schuldig gehalten. Die beiden Weltmächte „USA“ und „UdSSR“ wurden von einer wesentlich geringeren Anzahl von Journalisten, jedoch immerhin von der Mehrheit der taiwanesischen Journalisten (58% bzw. 52%) als verantwortlich für die Teilung Chinas bezeichnet. Nur 46% der taiwanesischen Journalisten sahen die Schuld für die Teilung Chinas bei Japan. Die taiwanesischen Journalisten betrachteten damit die Teilung Chinas hauptsächlich als Folge der innerchinesischen Machtkämpfe zwischen den Parteien der chinesischen Kommunisten und der nationalchinesischen Regierung. Äußere, aus der Auseinandersetzung zwischen den USA und der UdSSR resultierende Einflüsse bewerteten sie dagegen als zweitrangig. Der militärischen Invasion Japans wiesen sie die geringste Schuld zu.

Die meisten südkoreanischen Journalisten hielten mit Abstand am häufigsten die beiden Weltmächte für die Teilung Koreas verantwortlich. Die „USA und die UdSSR“ machten 62% der südkoreanischen Journalisten für die Teilung Südkoreas verantwortlich. Es wurde keine der beiden Mächte häufiger allein verantwortlich gemacht (12% und 5%). Die südkoreanischen Journalisten betrachteten damit die beiden Supermächte gemeinsam als Ursache für die Teilung Koreas. Die später zu Nordkorea gehörenden Kommunisten und die später in Südkorea tätigen Politiker hielt nur ein unbedeutender Anteil der südkoreanischen Journalisten (5% und 10%) für die Teilung Koreas verantwortlich (Tabelle 5-1).

Die Aussagen der taiwanesischen Journalisten spiegeln im Wesentlichen die geschichtliche Tatsache wider, dass die Teilung Chinas erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges durch den Bürgerkrieg zwischen zwei chinesischen Parteien entstanden war. Es ist bemerkenswert, dass Japan, das vor Ende der dreißiger Jahre in China einfiel und damit die Ausweitung des Kommunismus bis 1945 in China begünstigte, selten die Schuld zugewiesen wurde. In den Augen der taiwanesischen Journalisten trug Japan eine geringere Verantwortung für die Teilung Chinas als die UdSSR und die USA. Sie verkannten die Tatsache, dass die japanische Invasion Chinas in 1931 und 1937 die chinesischen Kommunisten vor ihrer Ausrottung auf chinesischem Boden bewahrt hatte und die Besetzung Chinas durch Japan während des sino-japanischen Krieges den chinesischen Kommunisten Ausbreitungschancen gab.⁵ Wenn Japan während der dreißiger Jahre nicht in

⁵ Vgl. Kapitel 1.2.1. dieser Arbeit.

Tabelle 5-1: Wer ist für die Teilung verantwortlich?
(in Taiwan und in Südkorea)

Frage: „Wer trägt die Hauptverantwortung an der Teilung Ihres Landes?“

	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %
„Die kommunistische Partei Chinas/Die Kommunisten im eigenen Land (die komm. Politiker, die später Nordkorea angehörten)“	77	5
„Die damalige Kuomintang-Regierung/Die südkoreanischen Politiker, die später Südkorea angehörten“	74	10
„USA“	58	12
„UdSSR“	52	5
„Japan“*	46	
„USA und UdSSR“**		62
„Andere“***	8	20
Summe ⁺	315	114

* Diese Antwort wurde nur in Taiwan vorgegeben.

** Diese Antwort wurde nur in Südkorea vorgegeben.

*** Vgl. Anhang 5-1.

⁺ Die Summe der Antworten ergibt mehr als 100%, da Mehrfachantworten möglich waren.

China eingefallen wäre, hätte die kommunistische Partei Chinas keine Chance gehabt, auf chinesischem Boden großen Einfluss zu gewinnen. Wenn Japan nicht militärisch in China interveniert hätte, wären die chinesischen Kommunisten entweder von der nationalchinesische Regierung vernichtet worden oder hätten nur begrenzten Einfluss ausüben können, der China nicht zur Teilung gebracht hätte. Die südkoreanischen Journalisten betrachteten dagegen die „USA und UdSSR“ eindeutig als Hauptverantwortliche für die Teilung Koreas. Entsprechend des geschichtlichen Prozesses betrachteten sie die Teilung als Folge der Auseinandersetzung der Großmächte, an der die Koreaner so gut wie keine Schuld trugen. Sowohl die taiwanesischen als auch die südkoreanischen Journalisten sahen die Verantwortlichen für die Teilung ihres Landes im Großen und Ganzen entsprechend den geschichtlichen Ereignissen. Für China dagegen war das größte Problem unmittelbar vor der Teilung der unaufhaltsame Bürgerkrieg zwischen der nationalchinesischen Regierung und der kommunistischen Partei Chinas. In diesem Zusammenhang hielten die taiwanesischen Journalisten die Auseinandersetzung des kalten Krieges zwischen den

beiden Weltmächten für zweitrangig. Die USA verhalfen China mit ihrem Sieg über Japan sogar zum Status einer Siegermacht nach dem Zweiten Weltkrieg. Dagegen führten die Auseinandersetzungen zwischen den USA und der UdSSR unmittelbar zur Teilung Koreas. Dementsprechend machten die südkoreanischen Journalisten am häufigsten die beiden Weltmächte dafür verantwortlich.

Die Bundesrepublik Deutschland

78% der deutschen Journalisten wiesen dem „Nazi-Regime“ die Schuld an der Teilung ihres Landes zu. Daneben nannten sie häufig die „UdSSR“ (66%). Im Gegensatz zur UdSSR machten nur wenige (32%) „die westlichen Besatzungsmächte“ für die Teilung Deutschlands verantwortlich. Die ‚SED‘ hielten 27 Prozent für schuldig an der Teilung. Die deutschen Politiker des Westens – „Adenauer“ und „die deutschen Politiker in den westlichen Besatzungszonen“ – hielten noch weniger für verantwortlich. Sie wurden jeweils nur von 18% bzw. 15% der Befragten für die Teilung verantwortlich gemacht (Tabelle 5-2).

Tabelle 5-2: Wer ist für die Teilung verantwortlich?
(in Deutschland)

Frage: „*Wer trug vor allem Verantwortung für die Teilung Deutschlands?*“

	BRD (n=98) %
„Das Nazi-Regime“	78
„Die UdSSR“	66
„Die westlichen Besatzungsmächte“	32
„Die SED“	27
„Adenauer“	18
„Die deutschen Politiker in den westlichen Besatzungszonen“	15
„Andere“**	2
Summe*	238

* Die Summe der Antworten ergibt mehr als 100%, da Mehrfachantworten möglich waren.

** Vgl. Anhang 5-2.

Wie die taiwanesischen Journalisten machten die deutschen Journalisten die Machthaber der eigenen Nation vor dem Ende des Krieges am häufigsten für die Teilung ihres Landes verantwortlich. Dementsprechend hielten sie die Ostmächte, d.h. die UdSSR und die SED, immer doppelt so häufig für die Teilung Deutschlands verantwortlich (66% vs. 32%) als die westlichen Machthaber, Adenauer und die deutschen Politiker in den westlichen Besatzungszonen (32% vs 18% und 15%). Die deutschen Journalisten wiesen, abgesehen von dem Nazi-Regime, dem Osten mehr Schuld als dem Westen zu. Wie die Journalisten beider asiatischen Länder sahen die deutschen Journalisten die Verantwortlichen für die Teilung ihres Landes entsprechend den geschichtlichen Tatsachen.

Darüber hinaus wirkte die Schuldzuweisung nicht auf das Urteil der Journalisten über andere relevante Themen. Die Journalisten der untersuchten Länder bewerteten u. a. die Gültigkeit des Kommunismus bzw. den Vorrang der USA gegenüber der UdSSR unabhängig von der Schuldzuweisung über die Teilung ihres Landes. Für die taiwanesischen Journalisten spielte die kommunistische Partei Chinas eine beachtliche Rolle bei der Teilung von China, jedoch hinterließ dieses historische Erkenntnis keine spürbare negative Wirkung auf ihre Einstellung zum Kommunismus. Sie verurteilten den Kommunismus nicht häufiger als die Journalisten der beiden anderen Länder zu etwa zwei Drittel als eine falsche Idee. Im Gegensatz zu den taiwanesischen Journalisten machten die südkoreanischen Journalisten die Kommunisten Koreas kaum für die Teilung Koreas verantwortlich, jedoch beurteilten sie den Kommunismus genau so häufig als falsch wie die taiwanesischen Journalisten.⁶ Für die deutschen Journalisten wirkte die Schuldzuweisung ebenfalls nicht auf ihr Urteil über die Vorrangigkeit der USA. Die deutschen Journalisten gaben der politischen Forderung, Vorrang der USA vor der UdSSR, keine häufigere Anerkennung als die Journalisten der beiden anderen Länder, obwohl sie im Vergleich zu den Journalisten der beiden anderen Länder am geringsten die Schuld der Teilung Deutschlands den Westmächte zuwiesen.⁷

⁶ Vgl. Tabelle 4-1.

⁷ Vgl. Tabelle 4-8.

5.2. Die Folgen der Teilung

In diesem Teil der Arbeit wurden zunächst die Folgen der Teilung in der Bundesrepublik Deutschland, Taiwan und Südkorea untersucht. Anschließend wurde auch auf die Ansichten der Journalisten zu den Folgen der Teilung in der ehemaligen DDR, der Volksrepublik China und Nordkorea eingegangen.

5.2.1. Die Folgen der Teilung in der Bundesrepublik Deutschland, Taiwan und Südkorea

Den Journalisten wurde die Gelegenheit gegeben, eine Reihe von möglichen Folgen der Teilung zu identifizieren. Es wurden insgesamt sechs positive Folgen der Teilung genannt, darunter betrafen drei die politisch-ideologischen Folgen der Teilung: Die Teilung hatte „die Entwicklung einer freiheitlichen Demokratie gesichert“, „Frieden gebracht“, „den Kommunismus verdrängt“. Den drei positiven Folgen der Teilung stimmten eher die südkoreanischen Journalisten als die der anderen Länder zu. Der Folge, dass die Teilung die Entwicklung freiheitlicher Demokratie ermöglichte, stimmten jeweils 60 Prozent der deutschen und taiwanesischen Journalisten zu, aber nur 12 Prozent der südkoreanischen. Der Folge, dass sie den Frieden gesichert hat, stimmte immerhin ein Drittel der taiwanesischen, jedoch fast keiner der südkoreanischen Journalisten zu (35% zu 3%). In einer positiven Folge unterschieden sich die Antworten der deutschen Journalisten von denen ihrer asiatischen Kollegen: Die Folge, dass die Teilung den Kommunismus verdrängt hatte, hielten 35 Prozent der südkoreanischen und 41 Prozent der taiwanesischen gegenüber 59 Prozent der deutschen Journalisten für zutreffend.

Den beiden wirtschaftlichen Folgen der Teilung, dass die Teilung „Wohlstand gebracht“ und „die Modernisierung beschleunigt“ hätte, stimmten die südkoreanischen Journalisten seltener zu als ihre deutschen und taiwanesischen Kollegen. Im Vergleich zu den deutschen und taiwanesischen Journalisten glaubten die südkoreanischen Journalisten kaum daran, dass die Teilung Wohlstand und Modernisierung gebracht hatte. Von den südkoreanischen Journalisten hielten nur 5 bzw. 13 Prozent diese Folge für richtig, von den deutschen und taiwanesischen Journalisten waren es jeweils mehr als 60 Prozent.

Der These, dass die „Teilung mehr US-Hilfe gebracht“ habe, stimmten die südkoreanischen Journalisten doppelt so häufig zu wie die taiwanesischen Journalisten. Mehr als ein Viertel (27%) der taiwanesischen und mehr als die Hälfte (56%) der südkoreanischen Journalisten stimmten dieser Folge der Teilung zu. Unter den deutschen Journalisten war diese Ansicht jedoch noch wesentlich weiter verbreitet (77%). Diese Größenordnung der

Zustimmung in den einzelnen Ländern spiegelt das Ausmaß der US-Hilfe in diesen Ländern wider. Sowohl wirtschaftlich als auch militärisch erhielten die BRD und Südkorea mehr US-Unterstützung als Taiwan, das seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China von praktischer Unterstützung seitens der USA völlig ausgeschlossen war (Tabelle 5-3).

Tabelle 5-3: Die positiven Folgen der Teilung in der BRD/Taiwan/Südkorea

Frage: „Wie beurteilen Sie die unten aufgelisteten Folgen der Teilung Deutschlands/Chinas/der koreanischen Halbinsel?“

Antwort: „trifft zu“

	BRD (n=98) %	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %	Chi ²

„Die Teilung hat in (der) BRD/Taiwan/Südkorea...				
... die Entwicklung freiheitlicher Demokratie gesichert.“	60	60	12	132,10*
... Frieden gebracht.“**		35	3	84,09*
... den Kommunismus verdrängt.“	59	41	35	43,43*
... Wohlstand gebracht.“	64	65	5	188,07*
... die Bodenfläche verkleinert und die Modernisierung beschleunigt.“***	65	61	13	139,98*
... mehr US-Hilfe gebracht.“	77	27	56	79,53*

* Signifikant $p < 0,01$

** Diese Angabe wurde in der BRD nicht vorgegeben.

*** Diese Angabe wurde in der BRD mit variiertes Formulierung vorgegeben: „... die wirtschaftliche/technische Modernisierung beschleunigt.“

Die politischen Systeme der drei untersuchten Länder lassen sich zwischen dem voll entfalteten freien System der Bundesrepublik Deutschland einerseits und dem halb-liberalen System der Entwicklungsländer Taiwan und Südkorea unterscheiden, die sich auf dem Weg zur Liberalisierung befanden. In Abhängigkeit vom Entwicklungsstand der Demokratie mussten sich die Antworten der taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten von denen der deutschen Journalisten unterscheiden. Jedoch ähnelten die Antworten

der taiwanesischen Journalisten in der Zustimmung zu den positiven Folgen der Teilung eher denen der deutschen als denen der südkoreanischen Journalisten. Den nachstehend aufgeführten positiven Folgen der Teilung stimmten taiwanesisch und deutsche Journalisten etwa gleich häufig zu: Die Teilung hat „die Entwicklung freiheitlicher Demokratie gesichert“; „Wohlstand gebracht“; „die Bodenfläche verkleinert und die Modernisierung beschleunigt“. In der Beantwortung der Folge „Frieden gebracht“, unterschieden sich die Meinungen der Journalisten aus den beiden asiatischen Ländern stark voneinander. In der Folge, „mehr US-Hilfe gebracht“, wichen die Antworten der Journalisten aller untersuchten Länder voneinander ab. Nur der Folge, „den Kommunismus verdrängt“, stimmten die taiwanesischen Journalisten etwa ebenso oft wie die südkoreanischen Journalisten zu. Die unterschiedliche Zustimmung der taiwanesischen und der deutschen Journalisten einerseits und der südkoreanischen Journalisten andererseits zu den positiven Folgen der Teilung weist darauf hin, dass die geringe Anerkennung der positiven Folgen der Teilung durch die südkoreanischen Journalisten nicht auf den Entwicklungsstand der Demokratie zurückzuführen ist. Die Unterschiede schienen vielmehr in der Besonderheit der politischen Entwicklung Südkoreas im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland und Taiwan ihre Ursachen zu haben.

Obwohl bis zur politischen Liberalisierung Ende der achtziger Jahre in Taiwan und in Südkorea diktatorische Regierungen herrschten, unterschieden sich die Herrschaftsformen in den beiden Ländern grundsätzlich voneinander. In Taiwan fand von der Übersiedlung der nationalchinesischen Regierung nach Taiwan im Jahr 1949 bis Ende der achtziger Jahre kein Machtwechsel statt. Die politische Macht der taiwanesischen Regierung konzentrierte sich während dieses Zeitraums in den Händen der einflussreichen Chiang-Familie, die in der vier Jahrzehnte andauernden Regierungszeit vor allem nach politischer und wirtschaftlicher Stabilität strebte. Wegen der politischen Stabilität und effektiven wirtschaftlichen Entwicklung war Taiwan im Unterschied zu anderen Entwicklungsländern bis Ende der achtziger Jahre kaum von gesellschaftlichen Unruhen betroffen. Auch der nach 1987 anschließende Prozess der Demokratisierung verlief mit relativ wenig gesellschaftlichen Turbulenzen.

Im Gegensatz zu Taiwan erlebte Südkorea seit der Gründung der Republik mehr als fünf militärisch-diktatorische Regime. Die Kurzlebigkeit der politischen Parteien war mit häufigen Machtwechseln in der südkoreanischen Politik verbunden. Keine politische Partei in Südkorea überlebte die Diktatur, die sie gegründet hatte. Ein politischer Machtwechsel wurde stets von einer Umstrukturierung und Umbenennung der Partei begleitet. Aufgrund der Unbeständigkeit der politischen Parteien konnte sich die südkoreanische Bevölkerung auf Dauer nicht mit einer politischen Partei identifizieren. Die Macht eines südkoreanischen Regimes beruhte mehr auf bestimmten Individuen und auf der Gruppierung als auf politischen Parteien. Es hatte deshalb keine Bedeutung, wie sich die Regierungspartei

einer Periode nannte, sondern es kam auf die führende Figur in der Partei an.⁸ Im Vergleich zur stabilen milden Herrschaft der Kuomintang-Partei Taiwans, die von 1949 bis Ende der neunziger Jahre in Taiwan regierte, erlebte Südkorea häufige Regierungswechsel. Dem häufigen Wechsel von Regimen und Regierungsparteien zufolge neigte die südkoreanische Bevölkerung im Unterschied zur taiwanesischen zu mehr Kritik gegenüber der Regierung.⁹ Die politische Entwicklung nach der Gründung Südkoreas bis Ende der achtziger Jahre konnte als ein ständiger Kontrast zwischen der realen Herrschaft des militärisch-diktatorischen Regimes einerseits und der gescheiterten Demokratisierung andererseits betrachtet werden, welche die USA als Besatzungsmacht in Südkorea einzupflanzen versuchte. Die Unzufriedenheit der südkoreanischen Bevölkerung gegenüber ihrer Regierung wurde zum Teil auf die amerikanische Besatzungsmacht übertragen und diese für die Fehlentwicklung der Demokratie in Südkorea mitverantwortlich gemacht.¹⁰ Die kritische Ansicht der südkoreanischen Bevölkerung übertrug sich möglicherweise auch auf die Errungenschaften der südkoreanischen Regierung. Die Erfolge, besonders in der wirtschaftlichen Entwicklung, die verschiedene Regierungen Südkoreas erzielten, wurden aufgrund der Diskrepanz zwischen der Regierung und der Bevölkerung negativ empfunden. Die Sichtweisen der südkoreanischen Journalisten spiegelten diese Grundhaltung der Bevölkerung wider. Andererseits kann man vermuten, dass sie im Laufe der Jahrzehnte die Grundhaltung der Bevölkerung auch geprägt und verfestigt haben.

Zwar fanden in der Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung wie in Südkorea mehrere Regierungswechsel statt, doch beruhten diese auf dem Willen des Volkes. Auch unterschied sich die Art der Regierungswechsel von den illegitimen Machtwechseln in Südkorea, die nicht durch Wahlen, sondern durch der Öffentlichkeit unzugängliche innere Machtkämpfe stattfanden. In Demokratien, deren Regierungswechsel durch Wahlen geschahen, hing die Anerkennung der Regierung sehr wahrscheinlich nicht mit der Häufigkeit der Regierungswechsel zusammen. Dagegen führten in Südkorea die häufigen Machtwechsel zur Spaltung zwischen der Bevölkerung und der Regierung.

Zusätzlich zu den sechs positiven Folgen wurden den Journalisten ferner drei negative Folgen der Teilung vorgelegt: dass die Teilung die „militärische Bedrohung“ vergrößere; dass sie den Einfluss auf „die internationale Politik verringert“ habe und dass die Teilung ihres Landes den Zugang zu den „Bodenschätzen und zur Schwerindustrie“ im anderen Landesteil verstellte habe. Bei der Zustimmung zu den negativen Folgen der Teilung

⁸ Vgl. Cotton, James (Hrsg.): *Politics and Policy in the New Korean State. From Roh Tae-Woo to Kim Young-Sam*. New York 1995, S. 23-24.

⁹ Vgl. Bedeski, Robert E.: *The Transformation of South Korea: Reform and Reconstitution in the Sixth Republic under Roh Tae Woo*. London, New York 1994, S. 132.

¹⁰ Vgl. Robinson, Thomas W. (Hrsg.): *Democracy and Development in East Asia: Taiwan, South Korea and the Philippines*. Washington 1991, S. 13 und S. 140.

konnte festgestellt werden, dass die deutschen Journalisten im Vergleich zu den Journalisten beider asiatischen Länder den negativen Folgen seltener zustimmten. Die taiwanesischen und die südkoreanischen Journalisten stimmten den ersten beiden Thesen häufiger zu als die deutschen Journalisten. Die erste negative Folge wurde von 64% der taiwanesischen und 82% der südkoreanischen Journalisten bejaht gegenüber 47% der deutschen Journalisten. Der zweiten negativen Folge stimmten 76% der taiwanesischen und 68% der südkoreanischen Journalisten gegenüber 32% der deutschen Journalisten zu. Die dritte negative Folge wurde nur den Journalisten der beiden asiatischen Länder vorgestellt und ließ keinen Vergleich mit den deutschen Journalisten zu. Die taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten unterstützten die dritte negative Folge der Teilung zu gleichen Teilen mit 73% bzw. 76%.

Darüber hinaus ließ sich ebenfalls feststellen, dass die südkoreanischen Journalisten, im Gegensatz zu ihre geringeren Zustimmung zu den positiven Folgen der Teilung auf der Tabelle 5-3, hier die negativen Folgen der Teilung eindeutig häufiger hervorhoben. Jedoch unterschieden sich die südkoreanischen Journalisten in der Zustimmung zu den negativen Folgen der Teilung nicht so sehr von den Journalisten der beiden anderen Länder. Sie gaben der ersten und der dritten negativen Folge der Teilung häufiger Zustimmung als die Journalisten beider anderen Länder. Nur der ersten Folge stimmten sie eindeutig häufiger zu als die deutschen und taiwanesischen Journalisten. Der dritten Folge, die nur den Journalisten beider asiatischen Länder vorgestellt wurde, gaben sie geringfügig mehr Zustimmung als die taiwanesischen Journalisten. Der zweiten Folge stimmten sie sogar geringfügig weniger zu als die taiwanesischen Journalisten, jedoch wesentlich häufiger als die deutschen Journalisten (Tabelle 5-4).

Ein Vergleich der Tabellen 5-3 und 5-4 zeigte, dass die südkoreanischen Journalisten den positiven Folgen der Teilung Koreas im Vergleich zu Journalisten anderer Länder nur geringe Bedeutung beimaßen, und dass sie den negativen Folgen der Teilung häufiger zustimmten. Unter den Journalisten der untersuchten Länder tendierten daher die südkoreanischen Journalisten am ehesten dazu, den positiven Folgen der Teilung einen zu geringen Wert beizumessen und die negativen Folgen zu überschätzen. Die deutschen Journalisten hielten dagegen die negativen Folgen der Teilung am seltensten für schwerwiegend und sahen eher ihre positiven Seiten. Bemerkenswert ist auch die Reaktion der südkoreanischen Journalisten auf die Folge, dass die Teilung ihres Landes die „militärische Bedrohung“ vergrößert habe. Im Vergleich zu den Journalisten beider anderen Länder stimmten die südkoreanischen Journalisten dieser Folge am häufigsten zu. Zur vorigen Frage hinsichtlich der Befürchtung eines militärischen Angriffs durch Nord-

Tabelle 5-4: Die negativen Folgen der Teilung in der BRD/Taiwan/Südkorea

Frage: „Wie beurteilen Sie die unten aufgelisteten Folgen der Teilung Deutschlands/Chinas/der koreanischen Halbinsel?“

Antwort: „trifft zu“

	BRD (n=98) %	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %	Chi ²

„Die Teilung hat in (der) BRD/Taiwan/Südkorea...				
... die militärische Bedrohung vergrößert.“	47	64	82	42,24*
... den Einfluss auf die inter- nationale Politik vermindert.“	32	76	68	66,52*
... den Zugang zu Bodenschätzen und zur Schwerindustrie in Volksrepublik China/Nordkorea versperrt.“**		73	76	10,03*

* Signifikant $p < 0,01$

** Diese Angabe wurde in der BRD nicht vorgegeben.

¹¹ korea, wo nur 19% der südkoreanischen Journalisten einen solchen Angriff befürchteten, glaubten hier 82%, dass die Teilung die „militärische Bedrohung“ vergrößert habe. Die Ursache der abweichenden Antworten von südkoreanischen Journalisten zu diesen beiden Fragen ließ sich vermutlich darauf zurückführen, dass bei der Frage eines möglichen Militärangriffs „Nordkorea“ eingesetzt wurde. Offensichtlich ging nach ihrem Empfinden zum Zeitpunkt dieser Untersuchung die militärische Bedrohung nicht von Nordkorea aus. Die Koreaner, einschließlich der Nordkoreaner, waren für sie eher Opfer der Teilung, jedoch kaum Akteure eines militärischen Angriffs gegen Südkorea. Die Teilung Koreas und die damit verbundene militärische Bedrohung entstand wegen der Auseinandersetzung zwischen den USA und der UdSSR. Aufgrund des starken nationalistischen Bekenntnisse der südkoreanischen Journalisten und der historischen Aufopferungsrolle Koreas nahmen sie Nordkorea gegenüber den USA kaum als Bedrohung wahr. Sie stimmten daher einer negativen Darstellung Nordkoreas seltener zu. Die Teilung Koreas, die durch die beiden Weltmächte zustande kam, stellt für sie dagegen eine große Bedrohung dar.

¹¹

Vgl. Tabelle 4-2 in Kapitel 4 dieser Arbeit.

Die taiwanesischen Journalisten machten in diesem Punkt keinen Unterschied. Mehr als 60% von ihnen stimmte sowohl der militärischen Bedrohung durch die Volksrepublik China als auch der These einer vergrößerten militärischen Bedrohung durch die Teilung zu. Für die taiwanesischen Journalisten galten beide dieser Thesen als Ursache größerer militärischer Bedrohung. Die Journalisten Taiwans sahen die sowohl politisch als auch militärisch ungünstige Position Taiwans und die damit verbundene Unsicherheit als eine Folge der asymmetrischen Teilung Chinas an.¹² Dabei wird die übergroße Volksrepublik China als militärische Bedrohung empfunden. Denn durch die Teilung Chinas wurde Taiwan in eine ungünstige Position versetzt, in der sich die militärische Bedrohung vergrößert hat.

Auffallend war auch die unter den südkoreanischen Journalisten verbreitete Überzeugung vom verminderten Einfluss auf die internationale Politik (obwohl diese geringer als bei den taiwanesischen Journalisten war), weil Südkorea im Gegensatz zu Taiwan keine Schwierigkeiten hat, von der internationalen Gemeinschaft anerkannt zu werden. Die Aufteilung der koreanischen Halbinsel in zwei etwa gleich große Teile verringerte möglicherweise den internationalen Einfluss des Landes, schloss jedoch weder Nord- noch Südkorea von internationaler Anerkennung aus. Eine Doppelerkennung galt für Nordkorea von Anfang an und für Südkorea seit dem Ende der sechziger Jahre nicht als Hindernis für eine Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu anderen Staaten.¹³ Die beiden Koreas wurden 1990 Mitglieder der UNO. Die relative hohe Zustimmung der südkoreanischen Journalisten zur Vorgabe, dass die Teilung „den Einfluss auf die internationale Politik vermindert“ habe, spiegelte vermutlich die Unzufriedenheit der südkoreanischen Journalisten mit der Rolle ihres Landes in der internationalen Gemeinschaft wider. Sie hofften in Anbetracht ihrer momentanen Position in der internationalen Politik auf einen größeren Einfluss als die Journalisten der beiden anderen untersuchten Länder.

¹² Vgl. Robinson, Thomas W. (Hrsg.): a.a.O., S. 92.

¹³ Vgl. Gu, Weiqun: a.a.O., S. 176.

5.2.2. Die Folgen der Teilung in der DDR, der Volksrepublik China und Nordkorea

Das gängige Urteil über die kommunistischen Länder ist im Allgemeinen negativ. Wie beurteilten die Journalisten der Bundesrepublik, Taiwan und Südkorea jeweils den anderen Teil ihres Landes? Wenn sie die Folgen der Teilung in ihrem eigenen Land positiv bewerteten, betrachteten sie die Folgen der Teilung in dem anderen Teil ihres Landes dementsprechend negativ? Oder umgekehrt: Wenn sie wie die südkoreanischen Journalisten die Folgen der Teilung in ihrem eigenen Land für negativ hielten, würden sie die Folgen der Teilung im kommunistischen Teil ihres Landes positiver beurteilen? Oder stehen die Urteile über die beiden Teile des geteilten Landes in überhaupt keinem Zusammenhang? Da in Deutschland die Vereinigung bei dieser Untersuchung bereits vollzogen war, handelte es sich bei den deutschen Journalisten hier um eine Erinnerungsfrage zu den Folgen der Teilung in der ehemaligen DDR.

Es waren insgesamt vier Folgen der Teilung in dem kommunistischen Teil des Landes vorgegeben worden. Die positiven Eigenschaften der kommunistischen Gesellschaft wurden in den folgenden beiden Vorgaben angegeben: die Teilung hatte in der DDR/Volksrepublik China/Nordkorea „die Entwicklung eines gerechteren Sozialsystems ermöglicht“ und „die Entwicklung eines gerechteren Wirtschaftssystems erlaubt“. Diese beiden Behauptungen über die kommunistische Gesellschaft hielt in den untersuchten Ländern weniger als ein Viertel der Journalisten für richtig. Im Gegensatz zu den Vorzügen der Bundesrepublik Deutschland, Taiwans und Südkoreas, denen, abgesehen von den südkoreanischen Journalisten, immer weit mehr als der Hälfte der Journalisten zustimmten, erhielten dagegen die bei den kommunistischen Ländern vorgelegten positiven Folgen nur wenig Anerkennung. Die deutschen Journalisten gaben der Entwicklung eines gerechteren Sozial- und Wirtschaftssystems in der ehemaligen DDR jeweils nur zu 15% und 2% ihre Zustimmung. Nur jeweils 7% der taiwanesischen Journalisten waren der Ansicht, dass die Volksrepublik China ein gerechteres Sozial- und Wirtschaftssystem habe. Die jeweils mit 23% häufigste Zustimmung fand das Wirtschafts- und Sozialsystem Nordkoreas nur bei den südkoreanischen Journalisten. Die südkoreanischen Journalisten würdigten einerseits im Vergleich zu den Journalisten der beiden anderen Länder eher die positiven Folgen der Teilung in dem anderen Teil ihres Landes. Jedoch überschritt diese Anerkennung auch nicht ein Viertel der südkoreanischen Journalisten. Andererseits, wenn die Anerkennung der zwei positiven Folgen der Teilung in Nordkorea mit der Anerkennung der südkoreanischen Journalisten für die fünf positiven Folgen der Teilung in Südkorea (die ersten fünf auf Tabelle 5-3) verglichen wurde, kann die Anerkennung der ersten als hoch angesehen werden. Unter den fünf positiven Folgen der Teilung in Südkorea erhielt nur eine Folge eine höhere Anerkennung von 35%. Die übrigen vier positiven Folgen der Teilung wurden nur mit 3% bis 13% gewürdigt.

Die beiden negativen Vorgaben, die Teilung habe „die kommunistische Herrschaft gesichert“ und „den Zugang zu freiheitlicher Demokratie gesperrt“, die in der BRD nicht vorgegeben wurden, erhielten im Gegensatz zu den angegebenen Vorzügen der kommunistischen Gesellschaft die Zustimmung von weit über der Hälfte der taiwanesischen und der südkoreanischen Journalisten. Die taiwanesischen Journalisten stimmten den beiden negativen Folgen der kommunistischen Gesellschaft etwas häufiger zu als die südkoreanischen Journalisten. Sie bejahten die Sicherung der kommunistischen Herrschaft als eine Folge der Teilung häufiger als die südkoreanischen Journalisten (82% zu 70%). Der anderen bedauerlichen Folge der Teilung, der Versperrung des Zugangs zur Demokratie, wurde ebenfalls häufiger von den taiwanesischen als von den südkoreanischen Journalisten (85% zu 69%) zugestimmt (Tabelle 5-5).

Tabelle 5-5: Die Folgen der Teilung in der DDR/Volksrepublik China/Nordkorea

Frage: „Wie beurteilen Sie die unten aufgelisteten Folgen der Teilung Deutschlands/Chinas/der koreanischen Halbinsel?“

Antwort: „trifft zu“

	BRD (n=98) %	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %	Chi ²

„Die Teilung hat in (der) DDR/Volksrepublik China/Nordkorea...				
... die Entwicklung eines gerechteren/besseren Sozialsystems ermöglicht.“	15	7	23	19,95*
... die Entwicklung eines gerechteren Wirtschafts- systems erlaubt.“	2	7	23	38,16*
... die kommunistische Herrschaft gesichert.“**		82	70	14,82*
... den Zugang zu freiheit- licher Demokratie versperrt.“**		85	69	14,69*

* Signifikant $p < 0,01$

** Diese Angabe wurde in der BRD nicht vorgegeben.

Die Vorzüge der kommunistischen Gesellschaft fanden bei den Journalisten der untersuchten Länder nur relativ wenig Anerkennung, wogegen die negativen Eigenschaften der

kommunistischen Gesellschaft allgemein wesentlich häufigerer bei den Journalisten bestätigt wurden. Darüber hinaus wich die Einstellung der südkoreanischen Journalisten von der ihrer deutschen und der taiwanesischen Kollegen erkennbar ab. Die südkoreanischen Journalisten bewerteten die Vorzüge Südkoreas im Vergleich zu den deutschen und den taiwanesischen Journalisten eindeutig schwächer. Dementsprechend hoben sie die Vorteile ihres kommunistischen Gegners Nordkorea im Vergleich zu den Journalisten der beiden anderen Länder häufiger hervor. Die negativen Aspekte der kommunistischen Gesellschaft wurden von den südkoreanischen Journalisten etwas geringer als von den taiwanesischen Journalisten anerkannt. Sie beurteilten im Vergleich zu den deutschen und den taiwanesischen Journalisten den kommunistischen Gegner ihres Landes dadurch milder, dass sie den positiven Folgen der Teilung in Nordkorea häufiger zustimmten und die negativen Folgen schwächer beurteilten. Die stärkere Sympathie der südkoreanischen Journalisten gegenüber dem kommunistischen Nordkorea spiegelte vermutlich die starke kritische Einstellung und die Unzufriedenheit der Südkoreaner mit ihren diktatorischen Regierungen und darüber hinaus den mit Südkorea eng verbundenen USA wider. Diese Gegenstimmung stärkte sich nach allgemeiner Erkenntnis besonders mit dem Kwangju-Zwischenfall im Jahr 1980. Der Zwischenfall war eine Demokratiebewegung in einer im Süden der koreanischen Halbinsel gelegenen Stadt (Kwangju), die damals durch das diktatorische Regime brutal niedergeschlagen wurde. Da in Südkorea das US-Militär präsent war, bedeutete dies, dass die Niederschlagung der Demokratiebewegung durch die koreanische Militärdiktatur mit Zustimmung der USA vorgenommen wurde. Damit machten die Südkoreaner die USA mit für die Unterdrückung verantwortlich. Dieser Zwischenfall verstärkte die antiamerikanische Stimmung in Südkorea. Diese Gegenstimmung verwandelte sich in eine Abneigung gegen westliche politische Werte. Je stärker die Südkoreaner ihre Abneigung gegen die USA und die westlichen Werte zum Ausdruck brachten, umso sichtbarer wurden die prokommunistischen Strömungen in der Bevölkerung.¹⁴

¹⁴

Vgl. Robinson, Thomas W.: a.a.O., S. 147.

5.3. Assoziation zum Begriff „Deutschland“, „China“ und „Korea“

Obwohl der Zustand der Teilungen in Deutschland und auf der koreanischen Halbinsel gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges durch die Machtübernahme der Siegermächte entstanden war, wurde die Teilung in diesen beiden Ländern jedoch erst mit der Gründung der beiden deutschen und der beiden koreanischen Republiken in den Jahren 1948 und 1949 zum Dauerzustand gefestigt. In China kam die Teilung ebenfalls 1949 mit der Beendigung des Bürgerkrieges und der Übersiedlung der nationalchinesischen Regierung nach Taiwan zustande. Der über vier Jahrzehnte hinweg anhaltende Teilungszustand dieser drei Länder hatte vermutlich tiefgreifende Auswirkungen im Bewusstsein der Bevölkerung dieser Länder hinterlassen. Aufgrund der unterschiedlichen Gegebenheiten der Teilung in diesen Ländern, u. a. die asymmetrische Teilung Chinas, und die unterschiedlichen Entwicklungen nach den Teilungen und den daraus entstandenen unvergleichbaren Spannungsverhältnissen wich vermutlich der Begriff des „geteilten Landes“ in jedem dieser Länder voneinander ab. Je stärker möglicherweise ein geteiltes Land durch seinen kommunistischen Gegner bedroht wurde, desto mehr distanzieren sich seine Bürger davon, sich mit dem kommunistischen Gegner eine gleiche nationale Identität zu teilen. Unter solchen Umständen stellte sich die Frage, inwieweit die taiwanesischen Journalisten die gleiche nationale Identität mit der Volksrepublik China teilen wollten. Auch die Erfahrung von militärischen Konflikten mit dem kommunistischen Gegner eines geteilten Landes trug vermutlich zur Entfremdung von der nationalen Identität bei. In Korea hatte die Erfahrung des Korea-Krieges, die Basis des Verständnisses zwischen den beiden koreanischen Republiken, sicherlich zum tiefen Bruch in der Verständigung geführt. Jedoch die vorigen Untersuchungen zu den Verantwortlichen und Folgen der Teilung zeigten, dass in Südkorea einerseits eine antiamerikanische Stimmung herrschte und andererseits eine prokommunistische Strömung im Aufkommen war. Inwieweit waren die südkoreanischen Journalisten bereit, die gemeinsame Bezeichnung von Süd- und Nordkorea in dem Begriff „koreanische Halbinsel“ zu akzeptieren? Für Deutschland endete die Teilung zwar kurz nach dem 40-jährigen Bestehen der DDR 1990 mit der Vereinigung, jedoch wurde die Prägung des Teilungsbewusstseins mit der Erinnerungsfrage zurückverfolgt.

Die Fragen: „Wenn Sie das Wort „China/koreanische Halbinsel“ hören, denken Sie an „Taiwan/Südkorea“ oder an „Volksrepublik China und Taiwan/Süd- und Nordkorea“ zusammen?“ bzw. „Wenn Sie vor der Vereinigung das Wort „Deutschland“ hörten, dachten Sie dann eher an die Bundesrepublik Deutschland oder an beide Teile zusammen?“ beantworteten die Journalisten in allen untersuchten Ländern am häufigsten mit der Antwortvorgabe „beide zusammen“. Die südkoreanischen Journalisten hoben die Antwortvorgabe „Beide zusammen“ wiederum eindeutig von den deutschen und den taiwanesischen Journalisten hervor. Für 85% der südkoreanischen Journalisten beinhaltete

der Begriff „koreanische Halbinsel“ sowohl Süd- als auch Nordkorea. Dagegen schloss der Begriff „China“ nur für einen wesentlich geringeren Anteil von 53% der taiwanesischen Journalisten beide, die Volksrepublik China und Taiwan, ein. Dagegen enthielt für nur 46% der deutschen Journalisten das Wort „Deutschland“ vor der Vereinigung die beiden deutschen Republiken, die Bundesrepublik und die DDR.

Unter den Journalisten der untersuchten Länder machten die deutschen Journalisten am häufigsten die Angabe, dass sie vor der Vereinigung mit dem Begriff „Deutschland“ nur an den westlichen Teil des geteilten Deutschlands dachten. 33% von ihnen assoziierte vor der Vereinigung den Begriff „Deutschland“ nur mit der Bundesrepublik. Im Vergleich zu den deutschen Journalisten verbanden die taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten die Begriffe „China/koreanische Halbinsel“ zu jeweils nur einem vernachlässigenden Anteil von 5% bzw. 1% mit der Vorstellung „nur Taiwan“ oder „nur Südkorea“.

Im Unterschied zu Deutschland und Korea wurde die dritte Antwortvorgabe in Taiwan etwas anders formuliert. Während in Deutschland und in Südkorea „mal so, mal so“ als die dritte Vorgabe angegeben wurde, erhielten die taiwanesischen Journalisten die Vorgabe „Volksrepublik China“. Während die deutschen und die südkoreanischen Journalisten das Wort „Deutschland/koreanische Halbinsel“ wahrscheinlich nicht nur mit der DDR oder Nordkorea assoziieren würden, bestand für die taiwanesischen Journalisten aufgrund der asymmetrischen Teilung Chinas durchaus die Möglichkeit, den Begriff „China“ nur mit der Volksrepublik China zu verbinden. Die übermäßige Größe der Volksrepublik China und zusätzlich die geschichtliche Distanz der taiwanesischen Bevölkerung zu China konnten als Gründe genannt werden, die es nicht gestatteten, die Position Taiwans als geteiltes Land mit der Bundesrepublik (vor der Vereinigung) und Südkorea gleichzustellen. Dieser Vermutung zufolge assoziierte mit 42% ein erheblicher Anteil von taiwanesischen Journalisten das Wort „China“ tatsächlich nur mit „Volksrepublik China“. Die deutschen und südkoreanischen Journalisten stimmten dagegen der Angabe „mal so, mal so“ mit wesentlich geringeren 21% bzw. 14% zu (Tabelle 5-6).

Für die erste Antwortvorgabe ist zu bemerken, dass hier der Begriff „koreanische Halbinsel“ für die südkoreanischen Journalisten geographisch eine umfassendere Bedeutung hat als der Begriff „Korea“ haben konnte. Dies hat ggf. die südkoreanischen Journalisten zur häufigen Antwort „Beide zusammen“ bewegt. Außerdem zeigten die vorigen Untersuchungen, dass die südkoreanischen Journalisten die positiven Folgen der Teilung in Südkorea unterschätzten und den negativen Folgen der Teilung etwas häufiger zustimmten; sie gaben eindeutig den positiven Folgen der Teilung in Nordkorea häufiger Anerkennung. Darüber hinaus hob das starke nationale Bewusstsein die südkoreanischen Journalisten in Bezug auf die Frage der nationalen Identität mit Abstand von dem der

Tabelle 5-6: Assoziation zum Begriff „Deutschland“, „China“ und „Korea“

Frage: „Wenn Sie das Wort **China/koreanische Halbinsel** hören, denken Sie eher an Taiwan/Südkorea oder an Volksrepublik China und Taiwan/Süd- und Nordkorea zusammen?“

„Wenn Sie vor der Vereinigung das Wort **Deutschland** hörten, dachten Sie dann eher an die Bundesrepublik Deutschland oder an beide Teile zusammen?“

	BRD (n=98) %	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %
„Beide zusammen“ (Taiwan und Volksrepublik China/ Südkorea und Nordkorea/ BRD und DDR)	46	53	85
„Nur Taiwan/Nur Südkorea/ Nur die Bundesrepublik“	33	5	1
„Volksrepublik China/Mal so, mal so“*	21	42	14
Summe	100	100	100

Chi²=122,19

p < 0,001

* Die Antwortvorgabe in Taiwan unterscheidet sich von der in der Bundesrepublik und Südkorea.

Journalisten der anderen untersuchten Länder ab. Die begriffliche Auffassung der südkoreanischen Journalisten, dass die koreanische Halbinsel beide Teile Koreas umfasst, wird durch ihr stärkeres nationalistisches Bekenntnis zum anderen Teil ihres Landes, Nordkorea, plausibel. Als Besonderheit galt auch die geringere Zustimmung der deutschen Journalisten zur Antwortvorgabe „beide zusammen“. Sie stimmten dieser Vorgabe noch seltener zu als die taiwanesischen Journalisten. Die taiwanesischen Journalisten zeigten angesichts der Bedrohung aus der Volksrepublik China am häufigsten eine Abneigung gegen die Volksrepublik China. Daher wählten sie vermutlich am seltensten die Vorgabe „Beide zusammen“, weil sie die gleiche nationale Identität mit der Volksrepublik vermeiden wollten. Wegen der in Fläche und Stärke Taiwan weit überlegenen Volksrepublik China wirkte wahrscheinlich der begriffliche Zusammenhang von Taiwan und der Volksrepublik China wie die Einverleibung Taiwans durch diese und damit wie der Verlust der bisherigen Eigenständigkeit. Die noch geringere Zustimmung der deutschen Journalisten zu dieser Vorgabe lag daran, dass sie „Deutschland“, wie die hohe Zustimmung der folgenden Angabe zeigte, am ehesten mit „nur die Bundesrepublik“ assoziierten.

Die Position der taiwanesischen Journalisten, von denen im Vergleich zu den deutschen und den südkoreanischen Journalisten ein hoher Anteil „China“ mit der Volksrepublik

China gleichstellte, spiegelte im wesentlichen wahrheitsgetreu den allgemeinen Inhalt des Begriffs „China“ wider. Die umstrittene internationale Position Taiwans als alleiniger Vertreter Chinas wurde wegen Protesten der Volksrepublik China von den meisten Ländern abgelehnt und machte eine Mitgliedschaft Taiwans in fast allen internationalen Organisationen unmöglich. Aufgrund der Stärke und der verhältnismäßigen Unvergleichbarkeit der Volksrepublik China einerseits mit der international schwachen Position Taiwans andererseits neigten die taiwanesischen Journalisten vermutlich dazu, sich von dem Begriff „China“ zu distanzieren. Aus der internationalen Perspektive konnten die Journalisten eher „Deutschland“ und „die koreanische Halbinsel“ mit „nur die Bundesrepublik“ und „nur Südkorea“ assoziieren. Jedoch gibt es nur wenige Länder, die „China“ statt mit „Volksrepublik China“ mit „nur Taiwan“ verbinden würden. Die hohe Zustimmung der taiwanesischen Journalisten zu dieser Vorgabe zeigte, dass sie sehr häufig statt der offiziellen Propaganda Taiwans, das sich stets als alleiniger Vertreter Chinas darstellt, die internationalen Perspektive zu „China“ übernahmen.

Die verbreitete Bereitschaft der südkoreanischen Journalisten, unter „koreanischer Halbinsel“ beide Teile Süd- und Nordkorea zu verstehen, wurde nicht durch die Erfahrungen des Korea-Krieges gemindert. Laut Umfragen des Ministeriums für Nationale Wiedervereinigung Mitte der achtziger Jahre lag die Bereitschaft zur Wiedervereinigung Koreas immer bei über 90%.¹⁵ Die überwiegende Mehrheit der Südkoreaner war von der Zusammengehörigkeit der beiden Teile Koreas überzeugt. Aufgrund der schwachen wirtschaftlichen sowie international-politischen Position erschien Nordkorea für die Südkoreaner vermutlich nicht als ein bedrohlicher Gegner, als dass sie sich davon distanzieren wollten.

Die Neigung der deutschen Journalisten, die Bundesrepublik mit dem Begriff „Deutschland“ gleichzustellen, beruhte vermutlich auf der starken Position der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Politik. Die Position der Bundesrepublik in der internationalen Politik galt bereits vor der Vereinigung als unumstritten und eigenständig. Außerdem trug möglicherweise die vorzügliche Position der Bundesrepublik Deutschland bei der Vereinigung rückwirkend zur Erkenntnis der deutschen Journalisten bei, die Bundesrepublik vor der Vereinigung als alleinigen Vertreter Deutschlands zu betrachten. Dagegen ließ der Begriff „Deutschland“ als ein Land, das sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR umfasst, vermutlich die deutschen Journalisten etwas zögern. Dies wird durch die Skepsis der europäischen Nachbarländer gegenüber einem wiedervereinigten Deutschland untermauert. Der Vorbehalt vor der Wiederbelebung eines mächtigen, großen Deutschlands wurde nicht mit der Zeit abgebaut. Trotz der vierzigjährigen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland „scheint es nicht gelungen zu sein, die nega-

¹⁵

Vgl. Lee, Won-Myoung: Zur Frage der Nation und der Wiedervereinigung im geteilten Korea. Ein koreanischer Weg oder die Anwendung der Deutschland-Formel als Modus vivendi? Seoul 1989, S. 144-145.

tiven Vorurteile über Deutschland abzubauen. Nach wie vor wird das ‚Kriegserbe‘ in Westeuropa von vielen Massenmedien gepflegt und an die nächste Generation weitergegeben. Alle Vorgänge in der Bundesrepublik werden von den... westlichen Nachbarländern sorgsam beobachtet...“¹⁶.

¹⁶

List, Juliane /Hans-Wille Nolden: Zerrbild Deutschland. Wie uns Engländer, Franzosen und Amerikaner seit der Wiedervereinigung sehen. Köln 1992, S. 99-100.

5.4. Gibt es noch ein Volk?

Es liegt nahe, dass die sich über vier Jahrzehnte erstreckenden Teilungen in den drei untersuchten Ländern (Deutschland, China und Korea) zu Entfremdungen zwischen den Völkern führte. Dabei spielte vermutlich eine wichtige Rolle, wie die Teilung zustande gekommen war. Kam die Teilung durch auswärtigen Einfluss, wie Auseinandersetzungen zwischen den USA und der UdSSR zustande, war der Hass zwischen der Bevölkerung der beiden Teile als gering anzuschlagen. Sie mussten sich eher gegenseitig akzeptieren.

Wenn ein Land durch einen Bürgerkrieg geteilt worden war, konnten die Konflikte zwischen den beiden Teilen der Bevölkerung zu größerer Spaltung führen. Die Tiefe der Entfremdung war historisch von Land zu Land unterschiedlich. Darüber hinaus ist hier wieder zu vermuten, dass sich die südkoreanischen Journalisten von den Journalisten der beiden anderen Länder unterscheiden. Das starke nationalistische Bekenntnis und die hohe Zustimmung zur Zusammengehörigkeit der beiden Teile Koreas durch die südkoreanischen Journalisten legten die Vermutung nahe, dass sie die Nordkoreaner eindeutig häufiger als gleiches Volk akzeptieren mussten. Dagegen konnten die deutschen Journalisten, da in Deutschland bereits die Vereinigung vollzogen war, die Bürger der neuen Bundesländer ebenfalls sehr häufig als gleiches Volk betrachten. Demgegenüber mussten die taiwanesischen Journalisten, wegen der zahlenmäßigen Überlegenheit der chinesischen Bevölkerung, sich von den Chinesen distanzieren. Die Entfremdung zwischen den Völkern der hier untersuchten Länder wurde anhand dieser Frage ermittelt: „Sind die Bürger von der ehemaligen DDR/Volksrepublik China/Nordkorea nach vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft Ihrer Meinung nach noch dasselbe Volk wie die Deutschen in der früheren Bundesrepublik/das Volk von Taiwan/das Volk von Südkorea?“

Im Unterschied zu den deutschen und den taiwanesischen Journalisten stimmte mit 53% ein beträchtlich höherer Anteil der südkoreanischen Journalisten der Angabe zu: „Ja, sie sind genau dieselben Koreaner wie die in Südkorea.“ Dagegen erkannte nur 1% der deutschen und 11% der taiwanesischen Journalisten das Volk in der DDR bzw. in der Volksrepublik China als dieselben Deutschen/Chinesen wie das eigene an. Die südkoreanischen Journalisten erachteten mit weitem Abstand zu den deutschen und taiwanesischen Journalisten die Bevölkerung in den beiden Teilen ihres Landes als genau identisch.

Alternativ zu der vorherigen Angabe wurde zunächst das Volk im kommunistischen Teil des Landes noch einmal als gleiches Volk präsentiert, das zwar etwas anders jedoch anpassungsfähig ist: „Ja, sie denken zwar manchmal anders, werden sich jedoch schnell

dem westdeutschen/taiwanesischen/südkoreanischen System anpassen.“ Weit mehr als die Hälfte — 63% der deutschen Journalisten — stimmte dieser Angabe zu. In Taiwan und in Südkorea stimmte weniger als ein Drittel der Journalisten dieser Angabe zu (30% bzw. 28%). Bemerkenswert ist hier die Einschätzung der deutschen Journalisten. Zwar erkannten sie in der vorigen Angabe die Bürger der ehemaligen DDR kaum als zur selben Gruppe der Deutschen wie sie selbst gehörend an, doch akzeptierten sie die ehemaligen Bürger der DDR als gleiches Volk, das nur eine kurze Anpassungszeit benötigte. Wurden diese beiden Angaben, welche die Völker der beiden Teile als ein Volk bejahten, zusammengefasst, hielten 41% der taiwanesischen und 64% der deutschen Journalisten die Bürger des anderen Teils für ein Volk. Die südkoreanischen Journalisten hielten mit 81% am häufigsten das Volk der beiden Teile Koreas für ein Volk. Außer den taiwanesischen Journalisten betrachtete immer weit mehr als die Hälfte der Journalisten beider anderer Länder das Volk in dem anderen Teil ihres Landes als dasselbe Volk. Jedoch ist der Kontrast zwischen Bejahung und Verneinung unterschiedlich stark. In Südkorea standen sechs Ja-Antworten einem Nein gegenüber (81% zu 13%). In Deutschland kamen zu jeder Verneinung drei Bejahungen (64% zu 21%). In Taiwan war die Bejahung nur ein Bruchteil höher als die Verneinung (41% zu 37%).

Die Ansicht, dass sich die Bürger in den beiden Teilen deutlich voneinander unterscheiden, vertraten die taiwanesischen Journalisten im Vergleich zu den deutschen und den südkoreanischen Journalisten am häufigsten. Die taiwanesischen Journalisten stimmten mit 37% der Vorgabe zu: „Nein, sie sind zwar Chinesen, sie werden jedoch nie ganz wie die Chinesen in Taiwan denken.“ Weit weniger als die taiwanesischen Journalisten betrachteten 21% der deutschen und nur 13% der südkoreanischen Journalisten die Bürger in der DDR/Nordkorea als anders.

Von der offenen Antwortvorgabe „anderes“ machten 20% der taiwanesischen Journalisten am häufigsten Gebrauch. 10% der taiwanesischen Journalisten, die eine eigene Angabe machten, gaben an, dass es lange dauern würde, bis sich die Bürger des anderen Teils dem taiwanesischen System anpassen. Die übrigen gaben in kleinen Prozentanteilen verschiedene Antworten wie „teilweise gleich“, „weiß nicht“ usw. an. 12% der deutschen Journalisten machten eigene Angaben. Sie enthielten mit 8% am häufigsten die Angabe, dass die Anpassung Zeit benötige. Die Restlichen machten verschiedene Angaben wie „Unterschiede im Denken zwischen West und Ost“. Am seltensten machten mit 5% die südkoreanischen Journalisten eine eigene Angabe. Die Antworten waren alle damit verbunden, dass die Anpassung Zeit brauchen würde (Tabelle 5-7).

Tabelle 5-7: Gibt es noch ein Volk?

Frage: „Sind die Bürger der Volksrepublik China/von Nordkorea nach vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft noch dasselbe Volk wie das Volk von Taiwan/Südkorea?“ (Taiwan/Südkorea)
 „Sind die Bürger der ehemaligen DDR nach vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft Ihrer Meinung nach noch dasselbe Volk wie die Deutschen in der früheren Bundesrepublik?“ (BRD)

	BRD (n=98) %	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %
„Ja, sie sind genau dieselben Deutschen/Chinesen/Koreaner wie die in der BRD/Taiwan/Südkorea.“	1	11	53
„Ja, sie denken aber manchmal anders, werden sich jedoch schnell dem westdeutschen/taiwanesischen/südkoreanischen System anpassen.“	63	30	28
Zwischensumme	64	41	81
„Nein, sie sind zwar Deutsche/Chinesen/Koreaner, sie werden jedoch nie ganz wie die Westdeutschen/Chinesen in Taiwan/Südkoreaner denken.“	21	37	13
„Anderes“*	12	20	5
Keine Angabe	2	2	1
Summe	99	100	100

Chi²=147,58

p < 0,001

* Vgl. Anhang 5-7.

Die unterschiedlichen Sichtweisen der Journalisten der untersuchten Länder über das Volk in dem anderen Teil des Landes konnten wie folgt zusammengefasst werden: Am häufigsten akzeptierten die südkoreanischen Journalisten das Volk des anderen Teils als dasselbe Volk. An nächster Stelle wollten die deutschen Journalisten das Volk des anderen Teils als dasselbe Volk betrachten. Am geringsten akzeptierten die taiwanesischen Journalisten das Volk des anderen Teils als dasselbe Volk. Darüber hinaus unterschieden sich die Journalisten dadurch voneinander: Ein wesentlich größerer Anteil der südkoreanischen Journalisten, die das Volk des anderen Teils als dasselbe Volk akzeptierten, betrachtete das Volk des anderen Teils als genau identisch mit sich selbst; dagegen dachte

nur ein kleiner Anteil von ihnen, dass das Volk des anderen Teils eine Anpassungszeit benötigte. Im Vergleich zu den südkoreanischen Journalisten betrachtete nur ein kleiner Anteil von den taiwanesischen Journalisten das Volk des anderen Teils als dasselbe Volk; dagegen dachte ein wesentlich größerer Anteil von ihnen das Volk des anderen Teils eine Anpassungszeit benötigte. Am seltensten betrachteten die deutschen Journalisten das Volk des anderen Teils als dasselbe Volk; dagegen dachte fast alle von ihnen, dass das Volk des anderen Teils eine Anpassungszeit benötigte.

Dieses Ergebnis bestätigte die Vermutung, dass die südkoreanischen Journalisten am häufigsten bereit waren, das Volk des anderen Teils für identisch zu erachten. Die taiwanesischen Journalisten waren dagegen am wenigsten bereit, der Gleichheit der Völker von beiden Teilen Chinas zuzustimmen. Dazwischen nahmen die deutschen Journalisten die mittlere Position an. Die extremen Positionen der taiwanesischen und der südkoreanischen Journalisten lassen sich durch die geschichtlichen Hintergründe der Teilung erklären. Die Teilung Koreas und Deutschlands kam durch Auseinandersetzungen zwischen den beiden Weltmächten zustande. Zwischen den Bevölkerungen dieser beiden Länder bestanden keine großen Konflikte. In China war die Teilung durch Bürgerkrieg entstanden. Die Bevölkerung Chinas war bereits vor der Teilung gespalten. Die Abneigung der taiwanesischen Journalisten gegen die Volksrepublik China ist sicherlich auch unter anderem durch die asymmetrische Teilung Chinas zu begründen. Die Größe der Volksrepublik China bedrohte die taiwanesischen Journalisten. Sie zeigten durchgängig eine distanziertere Einstellung.

5.5. Einstellung zur Wiedervereinigung

Hier wurde die Zustimmung der Journalisten zur Wiedervereinigung aus zwei verschiedenen Perspektiven ermittelt. Sie enthielten Fragen über Nutznießer der Wiedervereinigung und eine Frage über die Bereitschaft zur Wiedervereinigung.

5.5.1. Vorteile der Wiedervereinigung

Der Vollzug der Vereinigung in Deutschland galt in gewissem Maße als Anregung für eine eventuelle Wiedervereinigung in China und Korea. Durch die Vereinigung in Deutschland profitierten nach Ansicht der Westdeutschen die neuen Bundesländer mit einer Reihe von Vorteilen. Durch die Vereinigung erlangten die DDR-Bürger schließlich die politische Freiheit und konnten ihre Wirtschaftslage ebenfalls verbessern. Solche Verlockungen waren damals Beweggründe der DDR-Bürger für Reformen, die schließlich zur Vereinigung Deutschlands führten. Der Prozess der deutschen Vereinigung nahm seinen Ursprung nicht aus einer Initiative der Bundesrepublik, sondern der Vereinigungsprozess begann bei den DDR-Bürgern, die ihre Forderungen vom Regime nicht erfüllt sahen. In Nordkorea konnten jedoch bis Anfang der neunziger Jahre keine systemgefährdenden Unruhen beobachtet werden. Die Massendemonstrationen in der Volksrepublik China, die demokratische Reformen forderten, wurden am 4. Juni 1989 von der Volksbefreiungsarmee brutal niedergeschlagen. Dem Status quo der kommunistischen Regime in Asien zum Trotz dienten die Vorteile der Wiedervereinigung für die taiwanesischen und die südkoreanischen Journalisten möglicherweise als Antriebskraft zur Wiedervereinigung. Die Vorteile der Wiedervereinigung für Taiwan bzw. Südkorea überzeugten vermutlich die taiwanesischen und die südkoreanischen Journalisten, sich für die Wiedervereinigung einzusetzen. Wenn über eine Wiedervereinigung gesprochen wurde, gingen die Journalisten der beiden asiatischen Länder wahrscheinlich nicht von Wiedervereinigung unter dem Regime des kommunistischen Teils aus. Sie wünschten eine Wiedervereinigung nach deutschem Modell, in dem die Bundesrepublik Deutschland die DDR übernahm. Deshalb mussten die taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten, je mehr sie als Antwort die Vorteile einer Wiedervereinigung ihres eigenen Landesteils (Taiwan bzw. Südkorea) oder beider Teile zusammen (sowohl VR China und Taiwan/ bzw. Südkorea als auch Nordkorea) angaben, desto mehr würden sie die Wiedervereinigung befürworten. Wenn sie den Vorteil einer Wiedervereinigung allein dem anderen Teil zuschrieben, meinten sie damit eher eine Wiedervereinigung unter kommunistischem Regime. Dies kann als Absage an den Wiedervereinigungsgedanken gewertet werden.

Der Wunsch der taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten hinsichtlich einer Wiedervereinigung wurde mit der Frage ermittelt: „Wenn es zur Wiedervereinigung in China/Korea käme, wer hätte mehr davon, die Volksrepublik China oder Taiwan/Nord- oder Südkorea?“

Auf die Frage antworteten 43% der taiwanesischen Journalisten mit „Volksrepublik China“. Etwas weniger (39%) der taiwanesischen Journalisten sahen die Wiedervereinigung sowohl zugunsten der „Volksrepublik China als auch Taiwan“. Kein einziger der taiwanesischen Journalisten glaubte, die Wiedervereinigung von China würde „Taiwan“ zu Gute kommen. Im Gegensatz zu den taiwanesischen Journalisten glaubte nur ein kleiner Anteil von 3% der südkoreanischen Journalisten, dass von der Wiedervereinigung der koreanischen Halbinsel „Nordkorea“ allein profitiere. Ein beachtlich höherer Anteil von annähernd allen Befragten (93%) glaubte, dass „sowohl Südkorea als auch Nordkorea“ von der Wiedervereinigung profitieren würden. Nur 2% der südkoreanischen Journalisten war der Ansicht, dass „Südkorea“ allein Vorteile aus der Wiedervereinigung Koreas ziehen würde.

Ein relativ hoher Anteil von 18% der taiwanesischen Journalisten machte von der offenen Antwort „andere“ Gebrauch. 7% von ihnen gaben an, dass es auf „die Form der Wiedervereinigung“ (ob freiheitlich-demokratisch) ankommt; 4% hielten die „Beibehaltung der Teilung für beide Seiten am besten“ und 3% gaben „weiß nicht“ an; die Restlichen machten verschiedene Angaben wie „kurzfristig für die Volksrepublik China, langfristig für Taiwan vorteilhaft.“ Dagegen machten nur 1% der südkoreanischen Journalisten die offene Angabe „andere“ Gebrauch (Tabelle 5-8).

Hier unterschieden sich die taiwanesischen wieder einmal von den südkoreanischen Journalisten durch ihre vergleichsweise klare Abgrenzung zum kommunistischen Teil ihres geteilten Landes. Für den weitaus größeren Teil der taiwanesischen Journalisten kam eine Wiedervereinigung der großen Volksrepublik China zu Gute, wo keine politische Freiheit herrschte und wirtschaftlicher Rückstand dominierte. In der Zustimmung der taiwanesischen Journalisten zu den beiden Thesen, dass nur die „Volksrepublik China“ und „sowohl die Volksrepublik China als auch Taiwan“ von einer Wiedervereinigung profitieren würden, bestand kaum ein Unterschied. Sie stimmten sogar etwas häufiger zu, dass die Wiedervereinigung nur der Volksrepublik China zugute kommen würde als dass beide Teile Chinas von ihr profitierten. Die Einstellung der südkoreanischen Journalisten unterschied sich weitgehend von der ihrer taiwanesischen Kollegen. Sie glaubten kaum, dass eine Wiedervereinigung Koreas nur Süd- oder Nordkorea zugute kommen würde. Fast alle vertraten die Ansicht, dass von einer Wiedervereinigung sowohl Südkorea als auch Nordkorea profitieren würden. Die südkoreanischen Journalisten bestätigten hier

Tabelle 5-8: Vorteile der Vereinigung

Frage: „Wenn es zur Wiedervereinigung in China käme, wer hätte mehr davon, die Volksrepublik China oder Taiwan?“
 „Wenn es zur Wiedervereinigung in Korea käme, wer hätte mehr davon, Nordkorea oder Südkorea?“

	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %
„Volksrepublik China“/„Nordkorea“	43	3
„Taiwan“/„Südkorea“	0	2
„Sowohl Volksrepublik China als auch Taiwan“/ „Sowohl Südkorea als auch Nordkorea“	39	93
„Andere“*	18	1
Keine Angabe	0	1
Summe	100	100

Chi²=130,46

p < 0,001

25% der erwarteten Häufigkeiten < 5

* Vgl. Anhang 5-8.

wieder ihre Überzeugung für die Zusammengehörigkeit Süd- und Nordkoreas. Im Gegensatz zu den taiwanesischen Journalisten waren die südkoreanischen Journalisten eindeutig für die Wiedervereinigung bereit.

5.5.2. Bereitschaft zur Wiedervereinigung

Die Bundesrepublik Deutschland

Der Prozess der deutschen Vereinigung nahm, wie bereits zuvor dargestellt, ihren Anfang nicht aus einer Initiative der Bundesrepublik, sondern war überwiegend durch die internen wirtschaftlichen Probleme der DDR motiviert. Die Bundesrepublik spielte, zumindest in der Anfangsphase, eine passive Rolle im Vereinigungsprozess Deutschlands. Der Fall der Mauer, der eine unaufhaltbare Ausreisewelle der DDR-Bürger zur Folge hatte, und der Wunsch der DDR-Bürger nach Zusammenführung mit dem westlichen Teil Deutschlands ließen der Bundesrepublik keine andere Wahl, als den entschlossenen Schritt einer Währungsunion mit der DDR einzugehen, um die Übersiedlungswelle der DDR-Bürger in den Westen aufzuhalten.¹⁷ Außerdem war die unvermeidliche Vereinigung der beiden deutschen Staaten aufgrund des Zusammenbruchs der DDR nicht ohne allgemeine wirtschaftliche Belastungen zu erreichen. Bereits Anfang 1991 kündigte Bundeskanzler Kohl, im Gegensatz zu seiner früheren Äußerung (Einigung ohne Belastung der Steuerzahler) die Einführung neuer Steuern und Steuererhöhungen an. Nach der Vereinigung brachten die neuen Länder keinen finanziellen Gewinn. Vielmehr benötigten die neuen Länder weitere finanzielle Mittel.¹⁸

Die Beurteilung des Ereignisses der Vereinigung durch die deutschen Journalisten untersuchte die Frage: „Ganz allgemein: Wie beurteilen Sie die Wiedervereinigungspolitik der Regierung Kohl 1989/90?“ Zu dieser Frage wählten 59% der deutschen Journalisten die Antwortvorgabe „begrüße ich“. Dagegen bevorzugte nur ein kleiner Anteil von 17% die Vorgabe „begrüße ich nicht“. Relativ viele, etwa 20%, antworteten „unentschieden“ (Tabelle 5-9).

Zwar begrüßte die Mehrheit der deutschen Journalisten die Wiedervereinigungspolitik, doch wirkte der relativ hohe Anteil von „begrüße ich nicht“ und „unentschieden“ auffallend. Die Wiedervereinigungspolitik wurde sehr wahrscheinlich nicht von der überwiegenden Mehrheit der deutschen Journalisten akzeptiert. Insgesamt begrüßte knapp die Hälfte von ihnen die Wiedervereinigungspolitik entweder nicht oder wollten sich nicht eindeutig dafür entscheiden. Die deutschen Journalisten, deren Einstellung zur Wiedervereinigung „Unentschieden“ war, vertraten höchst wahrscheinlich ebenfalls eine ab-

¹⁷

Vgl. Grosser, Dieter: Triebkräfte der Wiedervereinigung. In: Dieter Grosser/Stephan Bierling/Friedrich Kurz: Die sieben Mythen der Wiedervereinigung. München 1991, S. 53-54.

¹⁸

Vgl. Vogt, Martin: Deutschland von der Bonner 'Wende' zu den Problemen der Einheit (1982-1996). In Martin Vogt (Hrsg.): Deutsche Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart/Weimar 1997, S. 954.

Tabelle 5-9: Akzeptanz der Vereinigungspolitik Deutschlands

Frage: „Ganz allgemein: Wie beurteilen Sie die Wiedervereinigungspolitik der Regierung Kohl 1989/90?“

	BRD (n=98) %
„Begrüße ich“	59
„Begrüße ich nicht“	17
„Unentschieden“	20
keine Angabe	3
Summe	99

lehrende Einstellung zur Vereinigung Deutschlands. Jedoch waren sie von der allgemein herrschenden Zustimmung zur Vereinigung in Deutschland zurückgehalten worden, sich dem Jubel der Vereinigung zu widersetzen, weil Anfang der neunziger Jahre im vereinigten Deutschland überwiegend nur Optimismus herrschte und vor allem die Hilfeverpflichtung gegenüber der DDR im Vordergrund stand. Knapp ein Jahrzehnt nach der Vereinigung, nachdem umfangreiche Maßnahmen sowie finanzielle Zuschüsse zur Behebung des Gefälles zwischen der ehemaligen Bundesrepublik und den neuen Ländern durchgeführt wurden, die erwartungsgemäß nicht immer die erwünschten Effekte erzielten, würden vermutlich wesentlich weniger deutsche Journalisten die rasche Vereinigungspolitik der Regierung Kohl am Ende der achtziger Jahre positiv beurteilen.

Taiwan und Südkorea

Die Bereitschaft der taiwanesischen und der südkoreanischen Journalisten zur Wiedervereinigung ihres Landes wurde durch eine weitere Frage, in Ergänzung zur Frage über Vorteile der Wiedervereinigung, aus einer anderen Perspektive ermittelt. Diesmal wurde die Fragestellung jeweils der Situation Chinas und Koreas angepasst. Die Fragestellung in Taiwan hieß: „Halten Sie eine progressive Einstellung zur Wiedervereinigung in der momentanen Lage Taiwans für empfehlenswert?“ Die progressive Einstellung lehnten 84% der taiwanesischen Journalisten mit „Soll warten bis eine bessere Chance kommt“ ab. Die überwiegende Mehrheit der taiwanesischen Journalisten bevorzugte eine passive Einstellung zur Wiedervereinigung. Nur ein kleiner Anteil von 14% zog eine aktive Haltung vor und antwortete: „Soll aktiv und progressiv nach Wiedervereinigung mit China streben.“

Im Unterschied zu den taiwanesischen Journalisten zeigten die südkoreanischen Journalisten eine aktivere Einstellung zur Wiedervereinigung. Auf die Frage, ob die Journalisten „eine aktive progressive Einstellung zur Wiedervereinigung Koreas (für) richtig“ hielten, antwortete ebenfalls die Mehrheit der südkoreanischen Journalisten (56%) als "keine gute Sache". Jedoch im Vergleich zu den taiwanesischen Journalisten bevorzugte ein wesentlich kleinerer Anteil von ihnen die passive Haltung zur Wiedervereinigung. Dementsprechend nahmen 40% der südkoreanischen Journalisten mit eindeutigem Abstand zu ihren taiwanesischen Kollegen die aktive Haltung zur Wiedervereinigung als „eine gute Sache“ an. (Tabelle 5-10).

Tabelle 5-10: Bereitschaft zur Wiedervereinigung

Frage: „Halten Sie eine progressive Einstellung zur Wiedervereinigung in der momentanen Lage Taiwans für empfehlenswert? Oder soll Taiwan warten bis eine bessere Chance kommt?“

„Nach dem heutigen Stand der Entwicklung der Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea, finden Sie eine aktive progressive Einstellung zur Wiedervereinigung Koreas richtig?“

	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %
„Soll warten bis eine bessere Chance kommt.“ (Taiwan)		
„Keine gute Sache“ (Südkorea)	84	56
„Soll aktiv und progressiv nach Wiedervereinigung mit China streben.“ (Taiwan)		
„Eine gute Sache“ (Südkorea)	14	40
Keine Angabe	3	4
Summe	101	100
Chi ² =30,28 p < 0,001		

Wie bei der vorigen Frage zu den Vorteilen der Wiedervereinigung zeigten die südkoreanischen Journalisten auch hier eine größere Bereitschaft zur Wiedervereinigung. Die südkoreanischen Journalisten setzten sich im Vergleich zu ihren taiwanesischen Kollegen wesentlich stärker für eine aktive Haltung in der Wiedervereinigung ein, da im Gegensatz zu Taiwan, wo die politische Liberalisierung zur Unabhängigkeit Taiwans gegenüber China führte, die Wiedervereinigung Koreas für die Südkoreaner wahrscheinlich eine andere Bedeutung hatte. Abgesehen von der Tatsache, dass die starke Favorisierung der Wiedervereinigung durch die südkoreanischen Journalisten teilweise in der Vereinigung

Deutschlands begründet ist, wurde die Bereitschaft der Südkoreaner zur Wiedervereinigung Koreas mit der politischen Liberalisierung gegen Ende der achtziger Jahre erheblich verstärkt. Die Formierung der südkoreanischen Oppositionsreihen ermöglichte es, den immer vorhandenen, jedoch unterdrückten starken Willen der Südkoreaner zur Wiedervereinigung in den Mittelpunkt der politischen Zielsetzung zu rücken. Andererseits gewährte das enge Bündnis der bisherigen militärisch-diktatorischen Regierungen Südkoreas mit den USA dem Land zwar militärische Sicherheit, verwickelte Südkorea jedoch in die Auseinandersetzungen des Kalten Krieges der beiden Weltmächte. Damit wurde gleichzeitig auch die Chance für eine Wiedervereinigung blockiert, die als ernsthafte politische Zielsetzung erst mit der politischen Liberalisierung ab Ende der achtziger Jahre auftauchte.¹⁹ Jedoch schienen diese oppositionellen Strömungen, die das unterdrückte Wiedervereinigungsthema aufgriffen, nicht überwältigend zu sein. Die mit der deutschen Vereinigung einhergehenden Probleme hielten vermutlich die Mehrheit der südkoreanischen Journalisten vom Wunsch nach einer raschen Wiedervereinigung mit Nordkorea ab.

Zu bemerken ist hier die politische Liberalisierung, die in Taiwan und in Südkorea zufällig Ende der achtziger Jahre in Gang gesetzt wurde. Aufgrund der unterschiedlichen geschichtlichen Entwicklungen in Taiwan und in Südkorea führte die politische Liberalisierung in Bezug auf eine Wiedervereinigung zu gegensätzlichen Folgen. Aufgrund der politischen Liberalisierung sank in Taiwan die Bereitschaft zur Wiedervereinigung, wogegen in Südkorea der Wiedervereinigungswille dadurch erst gesteigert wurde. Taiwan war bis zur Übersiedlung der nationalchinesischen Regierung 1949 ein unbedeutender Bestandteil der chinesischen Bodenfläche, der sich am Rand des politischen und kulturellen Einflusses Chinas befand. Unter solchen Umständen wurde die taiwanesischen Bevölkerung während der japanischen Kolonialherrschaft, die durch die Abtretung Taiwans an Japan nach der chinesischen Niederlage im Sino-japanischen Krieg 1895 zustande kam, besonders von China entfremdet. Mit der Einleitung der politischen Liberalisierung in Taiwan gewannen die Taiwanesen (gegenüber den 1945 eingewanderten Chinesen, die nur eine Minderheit der gesamten taiwanesischen Bevölkerung ausmachten) an Bedeutung. Die Taiwanesen weiteten ihren Einfluss nicht nur auf der bürgerlichen Ebene aus, sondern die Regierungspartei Kuomintang durchlief mit dem Ausscheiden der alten Parteimitglieder, die bislang aus eingewanderten Chinesen bestanden, im letzten Jahrzehnt ebenfalls einen Taiwanisierungsprozess, in dessen Verlauf fast alle wichtigen Parteifunktionen von Chinesen auf Taiwanesen übergingen.²⁰ Die Zunahme des taiwanesischen Einflusses vertiefte gleichzeitig die bereits bestehende Kluft zwischen der taiwanesischen

¹⁹

Vgl. Koo, Hagen (Hrsg.): *State and Society in Contemporary Korea*. New York 1993, S. 40-41.

²⁰

Vgl. Sutter, Robert G./William R. Johnson: *Taiwan in World Affairs*. Boulder, San Francisco, Oxford 1994, S. 228.

und der eingewanderten chinesischen Bevölkerung in Taiwan. Mit der Zunahme des politischen Einflusses der taiwanesischen Bevölkerungsgruppe trat das Taiwan-Bewusstsein gegenüber dem früheren Nationalbewusstsein, das Gesamtchina umfasste, zutage. Dies hatte vermutlich die sinkende Unterstützung für eine Wiedervereinigung mit China zur Folge.

Letztendlich verminderte dieses abgesonderte Bewusstsein der Taiwanesen die Bereitschaft zu einer möglichen Wiedervereinigung mit China. Dementsprechend trat die Idee der Gründung einer Taiwan-Republik, die alle möglichen Einflüsse Chinas abschüttelte, in dem Vordergrund.²¹

Im Gegensatz zu Taiwan, das vor der Teilung nur ein unbedeutender Bestandteil Chinas war, lebte auf der koreanischen Halbinsel eine einzige Bevölkerung mit gemeinsamer Geschichte, Sprache und Kultur. Sogar die japanische Kolonialherrschaft erlebte die koreanische Halbinsel einheitlich, die ihr statt Spaltung, wie es in China der Fall war, vielmehr Zusammengehörigkeit brachte. Aufgrund dieser historischen kulturellen Einheitlichkeit fanden sich die Koreaner mit der Teilung der koreanischen Halbinsel nach dem Zweiten Weltkrieg nicht ab. Die Wiedervereinigung der koreanischen Halbinsel war schon von jeher eine entfernte Zielsetzung der Koreaner.

²¹

Vgl. Gu, Weiqun: a.a.O., S. 72.

5.6. Hindernisse der Wiedervereinigung

Im vereinigten Deutschland bestanden unzählige Differenzen zwischen den neuen Bundesländern und der ehemaligen Bundesrepublik Deutschland, die durch die vierzigjährige DDR-Herrschaft bedingt waren. Durch die unterschiedliche Einstellung zu Politik und Wirtschaft im sozialistischen Regime der DDR und in der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik bestanden nach Ansicht der deutschen Journalisten Probleme, die den Bürgern der neuen Länder eine Anpassung an das westdeutsche System erschweren könnten. Stellten sich die politischen oder wirtschaftlichen Differenzen als schwere Hindernisse des Zusammenwachsens nach der Vereinigung dar? Oder glaubten sie, dass eher die unterschiedliche Einstellung der Bürger der neuen Bundesländer zu Wirtschaft und Arbeit, die während der DDR-Zeit entstand, das Zusammenwachsen der beiden deutschen Republiken hemmen würde?

Zur Frage „Dem Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands stehen einige Hindernisse im Weg. Geben Sie an, für wie wichtig Sie die folgenden Hindernisse halten“ meinten 90% der deutschen Journalisten, dass „das wirtschaftliche Gefälle“ dem Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands im Weg stand. Dagegen glaubten 85% der deutschen Journalisten, dass die „unterschiedliche Einstellungen zu Wirtschaft und Arbeit“ das Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands behindere. Nur 44% der deutschen Journalisten war der Ansicht, dass „unterschiedliche politische Einstellungen“ das Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands erschweren könnten.

Für die taiwanesischen und die südkoreanischen Journalisten wurden das politische und wirtschaftliche Gefälle, das bei einer möglichen Wiedervereinigung das Zusammenwachsen des geteilten Landes am meisten erschweren könnte, mit der nachfolgenden, da die beiden asiatischen Länder noch nicht wiedervereinigt waren, variierten Frage ermittelt: „Wenn es zur Wiedervereinigung käme, was würde Ihrer Ansicht nach das Zusammenwachsen der beiden Teile erschweren?“

Am häufigsten dachten 89% der taiwanesischen Journalisten, dass „das wirtschaftliche Gefälle“ das Zusammenwachsen der beiden Teile Chinas erschwere. Etwas geringer sahen 73% der südkoreanischen Journalisten das wirtschaftliche Gefälle als Hindernis für das Zusammenwachsen an. An zweiter Stelle stand für die taiwanesischen Journalisten „die unterschiedliche politische Einstellung“ mit 81%. Demgegenüber hielten die südkoreanischen Journalisten am häufigsten (92%) die unterschiedliche politische Einstellung für ein Hindernis beim Zusammenwachsen der beiden Teile Koreas. Am geringsten stimmten 76% der taiwanesischen Journalisten dem Hindernis zu, dass „die unterschiedliche Einstellung zu Wirtschaft und Arbeit“ das Zusammenwachsen Chinas nach einer Wiedervereinigung hemmte. Für die südkoreanischen Journalisten rangierte dieses Hin-

dernis mit 83% an der zweiten Stelle. Alle drei Hindernisse hielten die taiwanesischen und die südkoreanischen Journalisten beim Zusammenwachsen der beiden geteilten Länder nach einer möglichen Vereinigung für sehr erschwerend, da sie immer hohe Zustimmung von 73% bis 92% der Journalisten erhielten (Tabelle 5-11).

Tabelle 5-11: Was steht der Wiedervereinigung im Wege?

Frage: „Dem Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands stehen einige Hindernisse im Weg. Geben Sie an, für wie wichtig Sie die folgenden Hindernisse halten?“ (BRD)

„Wenn es zur Wiedervereinigung käme, was würde Ihrer Ansicht nach das Zusammenwachsen der beiden Teile erschweren?“ (Taiwan/Südkorea)

Antworten: „sehr im Weg/sehr erschweren“ und „etwas im Weg/nicht sehr erschweren“⁺

	BRD (n=98) %	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %	Chi ²
„Das wirtschaftliche Gefälle“	90	89	73	39,72**
„Unterschiedliche Einstellungen zu Wirtschaft und Arbeit“	85	76	83	21,94*
„Unterschiedliche politische Einstellungen“	44	81	92	110,18*

* p < 0,001

** p < 0,001 (11% der erwarteten Häufigkeiten < 5)

⁺ Vgl. Anhang 5-11 für die vollständige Tabelle.

Die überwiegende Mehrheit der Journalisten beurteilte die drei Hindernisse für das Zusammenwachsen erschwerend. Als einzige Ausnahme galt die Zustimmung der deutschen Journalisten zur politischen Einstellung. Weniger als die Hälfte der deutschen Journalisten betrachtete die politische Einstellung der DDR-Bürger als Hindernis für ein Zusammenwachsen. Sie waren von der politischen Einstellung der Bürger der neuen Bundesländer überzeugt. Logischerweise wäre es ohne politisch konformes Verhalten der DDR-Bürger gar nicht zum Sturz der DDR und anschließend zur Vereinigung gekommen. Im Gegensatz zu den deutschen Journalisten betrachteten ihre südkoreanischen Kollegen die unterschiedliche politische Einstellung als größtes Hindernis, das ein Zusammenwachsen der beiden Koreas erschweren könnte. Ähnlich den deutschen Journalisten stand für die taiwanesischen Journalisten das wirtschaftliche Gefälle einer reibungslosen Wiederver-

einigung am meisten entgegen. Die südkoreanischen Journalisten unterschieden sich von den deutschen und den taiwanesischen Journalisten dadurch, dass sie die wirtschaftlichen Faktoren bei der eventuellen Wiedervereinigung Koreas etwas geringer als problematisch einschätzten.

5.7. Überwindung der Hindernisse der Vereinigung

Konnten die Hindernisse, vor allem das wirtschaftliche Gefälle, die nach der Vereinigung Deutschlands das Zusammenwachsen der beiden deutschen Republiken hemmten, nach Ansicht der deutschen Journalisten überhaupt mit der Zeit überwunden werden? Wie sich ein ehemaliger DDR-Bürger einige Jahre nach der Vereinigung äußerte: „Es gibt auch fast keinen Bereich meines Lebens, der heute noch so ist, wie er vor dem 3. Oktober 1990 war. Das fängt bei grundsätzlichen Einstellungen an, bei Verhaltensweisen – geht hin bis zum Kaufverhalten... jetzt auf einmal soll man selber entscheiden. Jeden Augenblick, wenn möglich, und das hat immer mit Risiko zu tun.“²² Wie schätzten die deutschen Journalisten die Überwindung derartiger Gegensätzlichkeiten für die Bürger der neuen Länder kurz nach der Vereinigung ein? Die Frage „Welcher der beiden nachfolgend genannten Ansichten zu den Hindernissen beim Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands stimmen Sie eher zu?“ beurteilte 70% der deutschen Journalisten optimistisch: „Die Hindernisse sind zwar vorhanden, lassen sich jedoch mit der Zeit abbauen und schließlich beseitigen.“ Dagegen fiel nur knapp ein Viertel (24%) der deutschen Journalisten ein besorgtes Urteil darüber: „Die Hindernisse werden gravierende Probleme bereiten, soziale Spannungen verursachen und können zu instabilen politischen Verhältnissen führen.“ 5% der deutschen Journalisten machte außerdem von der offenen Antwortmöglichkeit Gebrauch, die folgende Meinung ergab: „Die Hindernisse werden zum Teil gravierende Probleme bereiten und soziale Spannungen verursachen, aber zu keinen instabilen politischen Verhältnissen führen.“

Den taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten wurde ebenfalls die etwas angepasste Form der Frage mit den gleichen Antwortvorgaben gestellt: „Wenn Sie an die Hindernisse beim Zusammenwachsen nach einer Wiedervereinigung denken, welche der beiden Meinungen trifft eher auf Sie zu?“ Da die Zustimmung zur Überwindbarkeit der Hindernisse die Bereitschaft zur Wiedervereinigung verstärken konnte, mussten nach den bisherigen Feststellungen die südkoreanischen im Gegensatz zu den taiwanesischen Journalisten wesentlich häufiger davon überzeugt sein, dass die Hindernisse überwindbar wären. Im Vergleich zu den taiwanesischen Journalisten glaubten die südkoreanischen Journalisten, wie erwartet, wesentlich häufiger optimistisch an die Überwindbarkeit der Hindernisse: 76% der südkoreanischen gegenüber 45% der taiwanesischen Journalisten glaubten: „Die Hindernisse sind zwar vorhanden, lassen sich jedoch mit der Zeit abbauen und schließlich beseitigen.“ Für die negative Vorgabe zur Überwindbarkeit der Hindernisse

²²

Eppelmann, Rainer: Chancen und Schwierigkeiten beim Zusammenwachsen. In: Jens Hacker (Hrsg.): Der Weg zur sozialen Einheit. Fortschritte und Hemmnisse. Berlin 1994, S. 12-13.

sprachen sich 20% der südkoreanischen Journalisten aus, getrennt durch einen weiten Abstand von den taiwanesischen Journalisten, die zu 49% die Hindernisse als unüberwindbare Probleme pessimistisch betrachteten: „Die Hindernisse werden gravierende Probleme bereiten, soziale Spannungen verursachen und können zu instabilen politischen Verhältnissen führen.“ Die restlichen 7% der taiwanesischen und 3% der südkoreanischen Journalisten machten keine Angabe (Tabelle 5-12).

Tabelle 5-12: Können Hindernisse überwunden werden?

Frage: „Welcher der beiden folgenden Ansichten zu den Hindernissen beim Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands stimmen Sie eher zu?“ (BRD)

„Wenn Sie an die Hindernisse beim Zusammenwachsen nach einer Wiedervereinigung denken, welche der beiden Meinungen trifft eher auf Sie zu?“ (Taiwan/Südkorea)

	BRD (n=98) %	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %
„Die Hindernisse sind zwar vorhanden, lassen sich jedoch mit der Zeit abbauen und schließlich beseitigen.“	70	45	76
„Die Hindernisse werden gravierende Probleme bereiten, soziale Spannungen verursachen und können zu instabilen politischen Verhältnissen führen.“	24	49	20
„Anderes“*	5		
Keine Angabe	1	7	3
Summe	100	101	99

Chi²=40,15
p < 0,001

11% der erwarteten Häufigkeiten < 5

*Diese Antwortvorgabe wurde nur in der BRD vorgegeben.

Vermutlich ebenfalls bedingt durch das asymmetrische Teilungsverhältnis Chinas beurteilten die taiwanesischen Journalisten die Überwindbarkeit der Hindernisse nach einer möglichen Wiedervereinigung im Gegensatz zu den deutschen und den südkoreanischen Journalisten mit wesentlich größerem Vorbehalt. Es glaubten mehr taiwanesische Journalisten an die Unüberwindbarkeit der Hindernisse als an ihre Überwindbarkeit. Von den

deutschen und südkoreanischen Journalisten glaubten mehr an die Überwindbarkeit der Hindernisse. Nur wenigen von ihnen waren von der Unüberwindbarkeit der Hindernisse überzeugt.

5.8. China und Korea in 20 Jahren – Abschätzung der taiwanesischen und der südkoreanischen Journalisten

Mit dem Zusammenbruch der DDR und der Vereinigung Deutschlands begannen die Grenzen der Auseinandersetzungen im Zeitalter des Kalten Krieges zu verschmelzen. Die verbliebenen Teilungsprobleme des vergangenen Zeitalters, die in China und in Korea weiterhin bestanden, wurden durch die aufkommende „Neue Ordnung“ in der Weltpolitik ersetzt. Mit der Auflösung des kommunistischen Lagers in Osteuropa, der Vereinigung Deutschlands und der Durchführung von Reformen in der früheren Sowjetunion verschwand das bisherige Rückgrat der Ost-West-Auseinandersetzungen hinter dem geteilten China und Korea. Die Teilungsprobleme zogen sich vom Mittelpunkt der internationalen Politik schließlich in einen regionalen Konflikt zurück. Nach der veränderten Lage in der Weltpolitik und der Anregung der deutschen Vereinigung wandelten sich vermutlich die Ansichten der taiwanesischen und der südkoreanischen Journalisten über die Zukunft ihres geteilten Landes.

Die Prognosen der taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten über die Zukunft ihres Landes konnten als potentieller Wunsch zur Wiedervereinigung bewertet werden. Diese Aussagen über die Zukunft der beiden geteilten Länder Asiens wurden anhand folgender Frage ermittelt: „Wenn Sie an China/Korea in 20 Jahren denken, wie sieht das Land wahrscheinlich aus?“ Am häufigsten vertraten die Journalisten der beiden asiatischen Länder die Aussicht: „Das Land ist geteilt, aber die Volksrepublik China und Taiwan/Nord- und Südkorea unterhalten normale Beziehungen.“ Jeweils 50% der taiwanesischen bzw. 53% der südkoreanischen Journalisten bekannten sich zu dieser Ansicht. An zweiter Stelle kam für die taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten die Einschätzung: „Das Land ist vereinigt und hat eine demokratische Regierung.“ Jedoch vertraten wesentlich mehr südkoreanische als taiwanesischen Journalisten diese Meinung (32% zu 19%). Der nächsten Vorgabe, die Erhaltung des Status quo „so wie heute: zwei Teile, die sich gegenüberstehen“ stimmten 6% der taiwanesischen und 2% der südkoreanischen Journalisten zu. Die relativ negative Zukunftsvision „das Land ist vereinigt und hat eine kommunistische Regierung“ erhielt nur selten Zustimmung, 2% der taiwanesischen und 1% der südkoreanischen Journalisten unterstützten sie. Nur 1% der taiwanesischen und 3% der südkoreanischen Journalisten machten keine Angabe. Jeweils 22% der taiwanesischen und 10% der südkoreanischen Journalisten machten von der Vorgabe „anderes“ Gebrauch. Die wichtigsten eigenen Angaben der taiwanesischen Journalisten umfassten „ungewiss“ (11%), „Status quo mit besseren Beziehungen“ (4%) usw. Die eigenen Angaben der südkoreanischen Journalisten enthielten „unter Föderalismus vereinigt“ (3%), „unter gemischtem System vereinigt“ (3%), „ungewiss“ (2%) usw. (Tabelle 5-13).

Tabelle 5-13: Zukunft des Landes in 20 Jahren?

Frage: „Wenn Sie an China/Korea in 20 Jahren denken, wie sieht das Land wahrscheinlich aus?“

	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %
„So wie heute: zwei Teile, die sich gegenüberstehen.“	6	2
„Das Land ist geteilt, aber die Volksrepublik China und Taiwan/Nord- und Südkorea unterhalten normale Beziehungen.“	50	53
„Das Land ist vereinigt und hat eine kommunistische Regierung.“	2	1
„Das Land ist vereinigt und hat eine demokratische Regierung.“	19	32
„Anderes“*	22	10
Keine Angabe	1	3
Summe	100	99

Chi²=17,24

p < 0,01

20% der erwarteten Häufigkeiten < 5

* Vgl. Anhang 5-13.

Am häufigsten waren sowohl die taiwanesischen als auch die südkoreanischen Journalisten der Aussicht, dass sich in 20 Jahren ihr Land zwar immer noch in einem Teilungszustand befinde, jedoch einen normalen Austausch zum jeweils anderen Landesteil unterhalte. Ansonsten glaubten sie eher, dass die Wiedervereinigung unter einer demokratischen Regierung erfolgen würde. Jedoch hier unterschieden sich die südkoreanischen von den taiwanesischen Journalisten dadurch, dass sie, wie erwartet, wesentlich häufiger an diese optimistische Option glaubten. Darüber hinaus waren weder die taiwanesischen noch die südkoreanischen Journalisten der Ansicht, dass sich die beiden Teile des geteilten Landes immer noch feindlich gegenüber stehen oder unter dem kommunistischen Regime wiedervereinigt würden.

5.9. Deutschland in 20 Jahren — Abschätzung der deutschen Journalisten

Die Bundesrepublik Deutschland

Die überwiegende Mehrheit der deutschen Journalisten glaubten, dass die Hindernisse der deutschen Vereinigung als überwindbar galten. Jedoch wie lang konnte es nach der Meinung der deutschen Journalisten dauern, bis das Gefälle zwischen den alten und neuen Bundesländern behoben würde? Die von Experten 1991 prognostizierte vier- bis fünfjährige Dauer der Aufbauphase für die neuen Bundesländer wurde bereits in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre widerlegt. Expertenmeinungen gingen nun von einem Zeitraum von 15 bis sogar mehr als 50 Jahren aus, den die ostdeutschen Länder für die Angleichung an den westdeutschen Standard benötigen würden.²³ Zur Zukunft des vereinigten Deutschlands in 20 Jahren wurden die deutschen Journalisten zur Angleichung des Gefälles befragt. Auf die Frage „Wie könnte Deutschland in 20 Jahren aussehen?“ antworteten 68% der deutschen Journalisten optimistisch: „Das Gefälle ist behoben.“ Nur 26% dachte: „So wie heute: das Gefälle zwischen den beiden Teilen ist zwar verringert, doch erweist es sich immer noch als ernsthaftes Problem.“ Ein kleiner Anteil von 6% machte von der offenen Antwortvorgabe „Anderes“ Gebrauch. Die eigenen Angaben enthielten u. a.: „Das Gefälle ist zwar nicht völlig behoben, aber es bestehen keine ernsthaften Probleme mehr“ und „Ungewiss“ (Tabelle 5-14).

Die deutschen Journalisten waren wiederum zur überwiegenden Mehrheit der Meinung, dass das Gefälle zwischen den beiden Teilen Deutschlands in 20 Jahren behoben sein würde. Diese Ergebnisse entsprachen den Ermittlungen zur Überwindbarkeit der Hindernisse, in der ein vergleichbarer Anteil von deutschen Journalisten die Hindernisse für überwindbar beurteilte. Ein Vergleich der beiden Ermittlungen unter den deutschen Journalisten zeigte, dass knapp drei Viertel der deutschen Journalisten die Hindernisse der Vereinigung als überwindbar betrachteten und das bestehende Gefälle zwischen den alten und neuen Bundesländern innerhalb eines Zeitraums von 20 Jahren für behoben hielten. Dies entsprach auch der Zustimmung der deutschen Journalisten zur „Akzeptanz der Vereinigungspolitik Deutschlands“, in der ebenfalls mehr als die Hälfte von ihnen die Wiedervereinigungspolitik Kohls begrüßten. Im allgemeinen bewerteten die deutschen Journalisten die Vereinigung Deutschlands Anfang der neunziger Jahre positiv. Die Hindernisse und das Gefälle ließen sich, ihrer Meinung nach, in absehbarer Zeit abbauen.

²³

Vgl. Schaden, Barbara/Gerhard Wiesner: Synopse der bisherigen Entwicklung. Optimismus – Ernüchterung - offene Fragen. In: Karl Heinrich Oppenlander (Hrsg.): Wiedervereinigung nach sechs Jahren: Erfolge, Defizite, Zukunftsperspektiven im Transformationsprozeß. Berlin/München 1997, S. 34-36.

Tabelle 5-14: Deutschland in 20 Jahren

Frage: „Wie könnte Deutschland in 20 Jahren aussehen?“

	BRD (n=98) %
„So wie heute: das Gefälle zwischen den beiden Teilen ist zwar verringert, doch erweist es sich immer noch als ernsthaftes Problem.“	26
„Das Gefälle ist behoben.“	68
„Anderes“*	6
Summe	100

*Vgl. Anhang 5-14.

China und Korea

Den Kommunismus beurteilte die überwiegende Mehrheit der deutschen Journalisten wie die Journalisten der beiden asiatischen Länder als eine falsche Idee. Dies wurde durch den Untergang des Kommunismus in der DDR und in Osteuropa belegt. Das Gefälle, das zwischen den alten und den neuen Bundesländern nach der deutschen Wiedervereinigung bestand, schätzten sie auch zur überwiegenden Mehrheit als in einem Zeitraum von 20 Jahren behoben. Jedoch besteht der Kommunismus in Asien weiterhin fort. Wenn sich der Kommunismus bereits als falsch erwiesen und sein Untergang in Europa vollzogen hatte, konnte er auf keinen Fall für lange Zeit in Asien überleben. Die Zukunft der Teilung in China und Korea mussten die deutschen Journalisten vermutlich mit Interesse verfolgen. Wie dachten die deutschen Journalisten über den Niedergang des Kommunismus? War er nur ein Sonderfall in Europa? Oder wird der Kommunismus nach Einschätzung der deutschen Journalisten in einer absehbaren Zeit weltweit verschwinden? Die Meinungen der deutschen Journalisten darüber wurden durch die folgenden Fragen ermittelt: China und Korea sind immer noch geteilt. „Was könnte Ihrer Meinung nach mit Taiwan in 20 Jahren passieren?/Glauben Sie, dass Korea in 20 Jahren auch wiedervereinigt wird?“

51% der deutschen Journalisten hielten es für möglich, dass Nord- und Südkorea unter dem südkoreanischen System wiedervereinigt würden, wogegen nur 14% es für wahrscheinlich hielten, dass China unter dem kapitalistischen System wiedervereinigt würde.

Sie glaubten jeweils nur zu 2%, dass China und Korea in 20 Jahren unter dem kommunistischen Regime wiedervereinigt würden. Etwa 15% gingen davon aus, dass in China und Korea die Teilung fortbestehen würde.

Aufgrund der unterschiedlichen Situation der Teilung Chinas und Koreas wurden für China zwei zusätzliche Vorgaben angeboten. Der ersten Vorgabe: „Taiwan bleibt unabhängig und unterhält normale Beziehungen zur kommunistischen VR China,“ stimmten 48% von ihnen zu. Die zweite zusätzliche Vorgabe, dass die VR China sich zu einem kapitalistischen System wandelt und normale Beziehungen mit Taiwan unterhält, erhielt die Zustimmung von 7% der deutschen Journalisten (Tabelle 5-15).

Tabelle 5-15: Abschätzung der deutschen Journalisten über die Chance der Wiedervereinigung für Taiwan und Südkorea in 20 Jahren

Frage: *"Die kapitalistische Inselrepublik Taiwan (Republik China) steht in einem Spannungsverhältnis mit der kommunistischen Volksrepublik China. Was könnte Ihrer Meinung nach mit Taiwan in 20 Jahren passieren?" (BRD)*
"Korea ist wie Deutschland vor der Wiedervereinigung geteilt. Glauben Sie, dass Korea in 20 Jahren auch wiedervereinigt sein wird?"(BRD)

	Taiwan %	BRD (n=98)	Südkorea %
"Taiwan und die VR China werden in einem kapitalistischen System vereinigt."/ "Ja, unter einem Regime wie heute in Südkorea"	14		51
"Taiwan wird von der kommunistischen VR China zurückerobert."/ "Ja, unter einem Regime wie heute in Nordkorea"	2		2
"Keine Veränderung, wie heute"/"Nein, die Teilung bleibt bestehen."	16		14
"Taiwan bleibt unabhängig und unterhält normale Beziehungen zur kommunistischen VR China."*	48		
"Die VR China wandelt sich zu einem kapitalistischen System und unterhält normale Beziehungen mit Taiwan."*	7		
"Anderes"***	3		28
Keine Angabe	9		5
Summe	99		100

* Diese Antwort wurde nur den taiwanesischen Journalisten vorgegeben.

** Vgl. Anhang 5-15.

Die deutschen Journalisten glaubten eher, dass der Kommunismus in China auch in 20 Jahren noch bestehen wird, wobei sich der Einflussbereich des Kommunismus in Asien durch eine Übernahme Nordkoreas in das südkoreanische Regierungssystem verkleinern würde. Die Zukunft Koreas schätzten die deutschen Journalisten optimistischer ein und gingen davon aus, dass Nordkorea im Laufe der nächsten 20 Jahre von Südkorea, das sowohl wirtschaftlich als auch politisch als der überlegenere Teil der beiden Koreas gilt, übernommen werden würde. Nordkorea werde nach Einschätzung der deutschen Journalisten höchstwahrscheinlich an seiner anachronistischen Isolationspolitik und Kompromisslosigkeit hinsichtlich Wirtschaftsreformen und Öffnung scheitern. Angesichts der asymmetrischen Teilung Chinas, bei der die Volksrepublik China in Fläche und Einwohnerzahl den größten Anteil stellt, erschien es den deutschen Journalisten vermutlich eher unwahrscheinlich, dass diese durch den wesentlich kleineren Landesteil Taiwan übernommen werden könnte. Aufgrund der wirtschaftlichen Reformen und der Öffnungspolitik in den letzten Jahrzehnten hatte die kommunistische Volksrepublik China zweifellos ihre Existenz gesichert, jedoch würden Reformen und eine Öffnungspolitik die Volksrepublik China so weit liberalisieren und verändern, dass die Volksrepublik China und Taiwan schließlich die Basis für eine friedliche Koexistenz finden würden. Im Gegensatz zu Korea sahen nur wenige deutsche Journalisten, dass China in 20 Jahren unter einem kapitalistischen System wiedervereinigt werden könnte.

5.10. Die Wirkung von der Gleichheit des Volks von Süd- und Nordkorea auf die Zusammengehörigkeit der beiden Teile der koreanischen Halbinsel

Die südkoreanischen Journalisten teilten am häufigsten die sich auf die Zusammengehörigkeit der beiden Teile des geteilten Koreas beziehenden Ansichten. Die südkoreanischen Journalisten machten im Vergleich zu den Journalisten der anderen Länder zwischen den Bürgern Süd- und Nordkoreas auch seltener Unterscheidungen. Die südkoreanischen Journalisten assoziierten den Begriff „koreanische Halbinsel“ häufiger mit den beiden Teilen des geteilten Landes als die Journalisten der anderen untersuchten Länder. Die südkoreanischen Journalisten zeichneten sich besonders dadurch aus, dass sie die ethnische und geographische Zusammengehörigkeit der beiden Teile der koreanischen Halbinsel hervorhoben. Eine Berechnung des Zusammenhangs erwies sich als statistisch signifikant. Die Vorstellung von der Zusammengehörigkeit des süd- und nordkoreanischen Volks hing mit der Vorstellung von der Zusammengehörigkeit der koreanischen Halbinsel zusammen. Die südkoreanischen Journalisten, die der Zusammengehörigkeit der koreanischen Halbinsel zustimmten, gaben mit Abstand häufiger an, dass die Nordkoreaner entweder „dasselbe“ Volk seien oder „manchmal anders“ seien, jedoch zum selben Volk wie sie selbst gehören würden. Bedeutend weniger südkoreanische Journalisten betrachteten die Koreaner beider Teile Koreas als nicht identisch, und sie waren ebenfalls seltener der Meinung, dass die koreanische Halbinsel die beiden Teile Koreas enthielt (Tabelle 5-16).

Das starke nationalistische Bekenntnis der südkoreanischen Journalisten hing nicht unbegründet mit der Identifizierung der Nordkoreaner mit sich selbst zusammen. Als Folge dieser ethnischen und geographischen Gleichstellung von Süd- und Nordkorea wirkte es vermutlich auf die südkoreanischen Journalisten und veranlasste sie, die Zusammengehörigkeit des Süd- und Nordkoreas hervorzuheben.

Tabelle 5-16: Zusammenhang zwischen der Gleichheit des koreanischen Volks und der Zusammengehörigkeit der beiden Teile der koreanischen Halbinsel

Fragen: „Sind die Bürger von Nordkorea nach vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft noch dasselbe Volk wie das Volk von Südkorea?“
 „Wenn Sie das Wort **koreanische Halbinsel** hören, denken Sie dann eher an Südkorea oder an Süd- und Nordkorea zusammen?“

Für die erste Frage werden die Antwortvorgaben: „Ja, sie denken aber manchmal anders, werden sich jedoch schnell dem südkoreanischen System anpassen“ und „Anderes (Anpassung mit der Zeit möglich)“ und „Keine Angabe“ in einer Kategorie „Ja, aber manchmal anders“ zusammengefasst. Die Antwortvorgabe „Ja, genau identisch“ entspricht der Vorgabe „Ja, sie sind genau dieselben Koreaner wie die in Südkorea“ und die Vorgabe „Nein, nicht identisch“ entspricht der Vorgabe „Nein, sie sind zwar Koreaner, sie werden jedoch nie ganz wie die Südkoreaner denken“. Für die zweite Frage werden die Antwortvorgaben: „Nur Südkorea“ und „Mal so, mal so“ in einer Kategorie zusammengefasst. Die Vorgabe „Südkorea und Nordkorea“ entspricht „Beide zusammen“.

	Sind die Bürger von Süd- und Nordkorea dasselbe Volk?		
	Ja, genau identisch (n=101) %	Ja, aber manchmal anders (n=65) %	Nein, nicht identisch (n=25) %
„Südkorea und Nordkorea“	88	87	68
„Nur Südkorea/ Mal so, mal so“	12	13	32

$\chi^2 = 6,76$
 Signifikant $p < 0,05$
 D F=2

5.11. Die Zustimmung der Journalisten zur Teilung und Wiedervereinigung nach Ländern

Hier wurden die Untersuchungsergebnisse dieses Kapitels nach einzelnen Ländern zusammengestellt. Zuerst wurde für alle Thesen dieses Kapitels, die mehr als 30% Zustimmung erhielten, jeweils für das einzelne Land eine Rangordnung der Zustimmungshäufigkeiten aufgestellt, dabei soll überprüft werden, ob die Journalisten eines bestimmten Landes Thesen bestimmter Richtungen häufiger zustimmten. Anschließend wurden die Besonderheiten der Journalisten der jeweiligen Länder bei der Zustimmung zu Thesen dieses Kapitels zusammengestellt. Zum Schluss wurden die am häufigsten akzeptierten Thesen aufgelistet, deren Zustimmung zwischen Journalisten der untersuchten Länder starken Kontrast aufwies.

5.11.1. Die Rangordnung der Zustimmungshäufigkeiten nach Ländern

Die deutschen Journalisten

Die deutschen Journalisten stimmten 14 Thesen, die Teilung und Wiedervereinigung Deutschlands betrafen, mit mehr als 30% zu. Sie ließen sich in sechs Sachgruppen unterordnen.

Erstens stimmten sie am häufigsten übereinstimmend zu, dass die „Deutschen verantwortlich für die Teilung“ Deutschlands waren. Diese Sachgruppe befasst sich mit einer einzigen These: „Nazi-Regime“, die 78% Zustimmung erhielt.

Am zweiter Stelle betrachteten sie durchschnittlich etwa gleichmäßig drei Sachgruppen am häufigsten als zutreffend: dass die Teilung Deutschlands eigentlich positive Folgen für die Bundesrepublik brachte und dass die Vereinigung jeweils als negativ und als positiv zu betrachten war. Jede dieser drei Sachgruppen befürworteten durchschnittlich weit mehr als die Hälfte der deutschen Journalisten.

Außer der ersten Sachgruppe „Teilung — Positiv“ enthielten die beiden anderen Gruppen jeweils vier und fünf Thesen. „Wirtschaftliches Gefälle“; „unterschiedliche Einstellung zu Wirtschaft und Arbeit“; „unterschiedliche politische Einstellung steht dem Zusammenwachsen im Weg“ sowie dass das Wort „Deutschland“ vor der Vereinigung nur die Bundesrepublik symbolisierte, schätzten die Zukunft der Vereinigung Deutschlands negativ ein. Sie konnten zusammen unter der Gruppe „Vereinigung — Negativ“ zusammengefasst werden.

„Die Hindernisse... lassen sich... schließlich beseitigen“; in 20 Jahren wird „das Gefälle“ behoben; die Bürger der ehemaligen DDR „werden sich jedoch schnell dem westdeutschen System anpassen“; dass die deutschen Journalisten „die Wiedervereinigungspolitik der Regierung Kohl“ begrüßen; der Begriff „Deutschland“ symbolisiert vor der Vereinigung „beide Teile zusammen“, zeichneten alle eine positive Einstellung zur Vereinigung Deutschlands auf. Sie werden alle unter der Sachgruppe „Vereinigung – Positiv“ untergeordnet.

An dritter Stelle erhielt die Sachgruppe „Ausländische Mächte verantwortlich für die Teilung“ weniger als die Hälfte der Zustimmung der deutschen Journalisten. Als ausländische Mächte galten hier die UdSSR und die Westmächte.

An letzter Stelle stimmten die deutschen Journalisten „Teilung – Negativ“ am geringsten zu (Tabelle 5-17).

Erstens ließ sich bei den deutschen Journalisten ihre Zustimmung zu den Sachgruppen, welche die Teilung Deutschlands betrafen, die Tendenz deutlich beobachten, nämlich dass sie bei der Beurteilung der Folgen der Teilung Deutschlands den positiven Thesen durchschnittlich wesentlich häufiger als den negativen Thesen zustimmten. Zweitens, in Bezug auf die Verantwortlichkeit für die Teilung Deutschlands betrachteten sie wesentlich häufiger die Deutschen selbst als die ausländischen Mächte als verantwortlich für die Teilung. Drittens zeigten die deutschen Journalisten eine ambivalente Einstellung zur Vereinigung Deutschlands. Die beiden Sachgruppen, die jeweils die positiven und negativen Aspekte der Vereinigung hervorhoben, „Vereinigung – Negativ“ und „Vereinigung – Positiv“, wurden durchschnittlich von den deutschen Journalisten gleichmäßig befürwortet.

Tabelle 5-17: Die Reihenfolge der Zustimmung zu Thesen über die Teilung
und Vereinigung
-- deutsche Journalisten --²⁴

<u>Deutsche verantwortlich für die Teilung</u>	
„Nazi-Regime“ trug Verantwortung für die Teilung-----	78% ^A
<u>Teilung — Positiv</u>	
Die Teilung brachte positive Folgen für die Bundesrepublik-----	65% ^C
<u>Vereinigung — Negativ</u>	
„Wirtschaftliches Gefälle“ steht dem Zusammenwachsen im Weg-----	90%
„Unterschiedliche Einstellung zu Wirtschaft und Arbeit“ steht dem Zusammenwachsen im Weg-----	85%
„Unterschiedliche politische Einstellung“ steht dem Zusammenwachsen im Weg-----	44%
Das Wort „Deutschland“ symbolisierte vor der Vereinigung „nur die Bundesrepublik“-----	33% ^A
Durchschnitt	63%
<u>Vereinigung — Positiv</u>	
„Die Hindernisse... lassen sich... schließlich beseitigen“-----	70%
In 20 Jahren wird „das Gefälle“ behoben-----	68% ^B
Die Bürger der ehemaligen DDR „werden sich jedoch schnell dem westdeutschen System anpassen“-----	63%
Ich begrüße „die Vereinigungspolitik der Regierung Kohl“-----	59% ^A
Das Wort „Deutschland“ symbolisierte vor der Vereinigung „beide Teile zusammen“-----	46% ^A
Durchschnitt	61%
<u>Ausländische Mächte verantwortlich für die Teilung</u>	
„Die UdSSR“ trug Verantwortung für die Teilung-----	66%
„Die westlichen Besatzungsmächte“ trugen Verantwortung für die Teilung-----	32% ^A
Durchschnitt	49%
<u>Teilung — Negativ</u>	
Die Teilung brachte negative Folgen für die Bundesrepublik-----	40% ^D

^A Diese Frage wurde in Taiwan und Südkorea variiert gestellt.

^B Diese Frage wurde in Taiwan und Südkorea nicht gestellt.

^C Sie bezeichnen den Durchschnittswert der fünf positiven Thesen zur deutschen Teilung in Tabelle 5-3.

^D Sie bezeichnen den Durchschnittswert der zwei negativen Thesen zur deutschen Teilung in Tabelle 5-4.

Die taiwanesischen Journalisten

Die taiwanesischen Journalisten stimmten insgesamt 21 Thesen zu mehr als 30% zu, die Teilung und Wiedervereinigung Chinas betrafen. Diese Thesen ließen sich in sechs Sachgruppen eingliedern.

Am häufigsten befürworteten die taiwanesischen Journalisten im Durchschnitt mit mehr als drei Viertel zwei Sachgruppen: „Teilung — Negativ“ und „Chinesen verantwortlich für die Teilung“. Die erste betraf jeweils mit einer These die negativen Folgen der Teilung in der Volksrepublik China und in Taiwan. Die letztere wies in zwei Thesen die Schuld der Teilung Chinas den beiden chinesischen Parteien zu, die vor Zustandkommen der Teilung Chinas in China regierten.

Am zweithäufigsten betrachteten sie im Durchschnitt zu weit mehr als die Hälfte die Wiedervereinigung Chinas als negativ. Zu dieser Sachgruppe ließen sich folgende acht Thesen unterordnen: „das wirtschaftliche Gefälle“ würde das Zusammenwachsen der beiden Teile Chinas erschweren; die Wiedervereinigung mit der Volksrepublik China „solle warten bis eine bessere Chance kommt“; „unterschiedliche politische Einstellung“ würde das Zusammenwachsen der beiden Chinas erschweren; „unterschiedliche Einstellung zu Wirtschaft und Arbeit“ erschwert das Zusammenwachsen der beiden Teile Chinas; „die Hindernisse... können zu instabilen politischen Verhältnissen führen“; „die VR China“ hätte mehr von einer möglichen Wiedervereinigung; das Wort „China“ umfasse nur die „Volksrepublik China“; die Bürger der VR China „werden jedoch nie ganz wie die Chinesen in Taiwan denken“. Obwohl diesen Thesen zum Teil von den taiwanesischen Journalisten mit unterschiedlicher Häufigkeit zugestimmt wurde, deuteten sie jedoch alle auf eine negative Einstellung zur Wiedervereinigung Chinas hin.

An dritter Stelle räumten sie am häufigsten ein, dass die ausländischen Mächte, die USA, UdSSR und Japan, Verantwortung für die Teilung Chinas trugen. Durchschnittlich wies ihnen etwa mehr als die Hälfte der taiwanesischen Journalisten die Schuld an der Teilung Chinas zu.

An letzter Stelle gaben sie im Durchschnitt zu weniger als der Hälfte den beiden Sachgruppen recht, die Teilung und Wiedervereinigung Chinas als positiv bewerteten. Die erste dieser beiden Sachgruppen beurteilte die Folgen der Teilung für Taiwan als positiv. Die letztere Sachgruppe „Wiedervereinigung — Positiv“ enthielt fünf Thesen: das Wort „China“ umfasst „sowohl Taiwan als auch die VR China“; in 20 Jahren würden die „VR China und Taiwan“ normale Beziehungen unterhalten; „die Hindernisse... lassen sich... schließlich beseitigen“; „sowohl die VR China als auch Taiwan“ hätten mehr von einer möglichen Wiedervereinigung; die Bürger der VR China „werden sich jedoch schnell

dem taiwanesischen System anpassen.“ Diese Thesen hoben alle den positiven Aspekt der Wiedervereinigung hervor (Tabelle 5-18).

Tabelle 5-18: Die Reihenfolge der Zustimmung zu Thesen über die Teilung und Vereinigung
 -- taiwanesischen Journalisten --²⁵

Teilung — Negativ

Die Teilung brachte negative Folgen für Volksrepublik China-----	84% ^C
Die Teilung brachte negative Folgen für Taiwan-----	71% ^D
Durchschnitt	78%

Chinesen verantwortlich für die Teilung

„Die kommunistische Partei Chinas“ trug Verantwortung für die Teilung -----	77% ^E
„Die damalige Kuomintang-Regierung“ trug Verantwortung für die Teilung-----	74% ^E
Durchschnitt	76%

Wiedervereinigung — Negativ

„Wirtschaftliches Gefälle“ würde das Zusammenwachsen der beiden Teile Chinas erschweren-----	89%
Die Wiedervereinigung mit der Volksrepublik China „soll warten bis eine bessere Chance kommt“-----	84% ^E
„Unterschiedliche politische Einstellung“ erschwert das Zusammenwachsen der beiden Chinas-----	81%
„Unterschiedliche Einstellung zu Wirtschaft und Arbeit“ erschwert das Zusammenwachsen der beiden Teile Chinas-----	76%
„Die Hindernisse... können zu instabilen politischen Verhältnissen führen“-----	49%
„Die VR China“ hätte mehr von einer möglichen Wiedervereinigung-----	43% ^B
Das Wort „China“ umfasst nur die „Volksrepublik China“-----	42%
Die Bürger der VR China „werden jedoch nie ganz wie die Chinesen in Taiwan denken“-----	37%
Durchschnitt	63%

Ausländische Mächte verantwortlich für die Teilung

Die „USA“ trug Verantwortung für die Teilung-----	58% ^A
Die „UdSSR“ trug Verantwortung für die Teilung-----	52%
„Japan“ trug Verantwortung für die Teilung-----	46% ^B
Durchschnitt	52%

Teilung — Positiv

Die Teilung brachte positive Folgen für Taiwan-----	48% ^F
---	------------------

²⁵

In dieser Tabelle wurden nur Werte größer als 30% von den im Kapitel 5 enthaltenen Tabellen über die taiwanesischen Journalisten entnommen.

Fortsetzung**Wiedervereinigung — Positiv**

Das Wort „China“ umfasst „sowohl Taiwan als auch die VR China“-----	53%
In 20 Jahren würden „die VR China und Taiwan“ normale Beziehungen unterhalten-----	50% ^B
„Die Hindernisse... lassen sich... schließlich beseitigen“-----	45%
„Sowohl die VR China als auch Taiwan“ hätte mehr von einer möglichen Wiedervereinigung-----	39% ^B
Die Bürger der VR China „werden sich jedoch schnell dem taiwanesischen System anpassen“-----	30%
Durchschnitt	43%

^A Diese Frage wurde in Taiwan und Südkorea variiert gestellt.

^B Diese Frage wurde in der BRD nicht gestellt.

^C Sie bestehen aus dem Durchschnittswert der zwei letzteren Ansichten („die kommunistische Herrschaft gesichert“ und „den Zugang zu freiheitlicher Demokratie versperrt“) in Tabelle 5-5.

^D Sie bezeichnen den Durchschnittswert der drei negativen Thesen bezüglich Aspekten, die eine Teilung für Taiwan mit sich bringt in Tabelle 5-4.

^E Diese Frage wurde in der BRD nicht gestellt. In Taiwan und Südkorea variiert die Frage.

^F Sie bezeichnen den Durchschnittswert der sechs positiven Folgen, die eine Teilung für Taiwan mit sich bringt in Tabelle 5-3.

Erstens ließ sich bei den taiwanesischen Journalisten eine deutliche Tendenz erkennen, dass sie bei den durchschnittlich häufiger von ihnen zugestimmten Sachgruppen mehr den negativen als den positiven Aspekt der Teilung und Wiedervereinigung Chinas hervorhoben. Die am häufigsten zugestimmten Thesen betrafen eher „Teilung — Negativ“ und „Wiedervereinigung — Negativ“. Zweitens, den beiden Sachgruppen: „Teilung — Positiv“ und „Wiedervereinigung — Positiv“, bei denen der positive Aspekt der Teilung und Wiedervereinigung hervortrat, stimmten die taiwanesischen Journalisten am geringsten zu. Drittens wiesen sie außerdem die Schuld der Teilung Chinas eher den Chinesen selbst als den ausländischen Mächten zu. Viertens, sie unterschieden sich von den deutschen Journalisten dadurch, dass sie dem Aspekt „Wiedervereinigung — Negativ“ deutlich häufiger als „Wiedervereinigung — Positiv“ zustimmten, wobei die deutschen Journalisten diesen beiden Sachgruppen etwa gleichmäßig zustimmten.

Die südkoreanischen Journalisten

Die südkoreanischen Journalisten stimmten zwölf Thesen, die Teilung und Wiedervereinigung Koreas behandelten, zu mehr als 30% zu. Sie konnten in vier Sachgruppen klassifiziert werden.

Am häufigsten rechtfertigten die südkoreanischen Journalisten „Wiedervereinigung – Negativ“ und „Teilung – Negativ“ im Durchschnitt. Rund drei Viertel von ihnen befürworteten diese beiden Sachgruppen. Die erste der beiden Sachgruppen enthielt vier Thesen: „unterschiedliche politische Einstellung“ erschwert das Zusammenwachsen der beiden Koreas; „unterschiedliche Einstellung zu Wirtschaft und Arbeit“ erschwert das Zusammenwachsen der beiden Teile Koreas; „wirtschaftliches Gefälle“ erschwert das Zusammenwachsen der beiden Teile Koreas; die progressive Einstellung zur Wiedervereinigung Koreas ist „keine gute Sache.“ Sie deuteten alle auf eine negative Einstellung zur Wiedervereinigung Koreas. Die letzte befasste sich jeweils in einer These mit den negativen Folgen der Teilung sowohl in Südkorea als auch in Nordkorea.

Nur etwa gering häufiger stimmten sie durchschnittlich der nächsten Sachgruppe „Wiedervereinigung – Positiv“ zu. Diese Sachgruppe bestand aus sechs positiven Thesen zur Wiedervereinigung Koreas: „Sowohl Südkorea als auch Nordkorea“ hätten mehr von einer möglichen Wiedervereinigung; das Wort „koreanische Halbinsel“ umfasst „sowohl Südkorea als auch Nordkorea“; „die Hindernisse... lassen sich... schließlich beseitigen“; die Bürger Nordkoreas sind „genau dieselben Koreaner wie die in Südkorea“; in 20 Jahren werden „Nord- und Südkorea“ normale Beziehungen zueinander unterhalten; die progressive Einstellung zur Wiedervereinigung Koreas ist „eine gute Sache.“ Die letzte Sachgruppe: „Ausländische Mächte verantwortlich für die Teilung“, bejahten ebenfalls etwa weit mehr als die Hälfte der südkoreanischen Journalisten (Tabelle 5-19).

Erstens stimmten die südkoreanischen Journalisten im Durchschnitt den beiden gegensätzlichen Sachgruppen „Wiedervereinigung – Negativ“ und „Wiedervereinigung – Positiv“ ähnlich häufig zu. Sie unterschieden sich dadurch von den taiwanesischen Journalisten, die „Wiedervereinigung – Negativ“ deutlich häufiger als „Wiedervereinigung – Positiv“ zustimmten. Zweitens beurteilten sie die Folgen der Teilung Koreas als negativ und dass die ausländischen Mächte verantwortlich für die Teilung Koreas seien. Drittens gaben die südkoreanischen Journalisten den Thesen, die den beiden Sachgruppen „Teilung – Positiv“ und „Koreaner verantwortlich für die Teilung“ angehörten, im Durchschnitt weniger als 30% Zustimmung, daher tauchten sie in der oberen Tabelle nicht auf.

Tabelle 5-19: Die Reihenfolge der Zustimmung zu Thesen über die Teilung und Vereinigung
 -- südkoreanische Journalisten --²⁶

Wiedervereinigung – Negativ

„Unterschiedliche politische Einstellung“ erschwert das Zusammenwachsen der beiden Koreas -----	92%
„Unterschiedliche Einstellung zu Wirtschaft und Arbeit“ erschwert das Zusammenwachsen der beiden Koreas-----	83%
„Wirtschaftliches Gefälle“ erschwert das Zusammenwachsen der beiden Teile Koreas -----	73%
Die progressive Einstellung zur Wiedervereinigung Koreas ist „keine gute Sache“-----	56% ^E
Durchschnitt	76%

Teilung – Negativ

Die Teilung brachte negative Folgen für Südkorea-----	75% ^C
Die Teilung brachte negative Folgen für Nordkorea-----	70% ^D
Durchschnitt	73%

Wiedervereinigung – Positiv

„Sowohl Südkorea als auch Nordkorea“ hätten mehr von einer möglichen Wiedervereinigung-----	93% ^B
Das Wort „koreanische Halbinsel“ umfasst „sowohl Südkorea als auch Nordkorea“-----	85%
„Die Hindernisse... lassen sich... schließlich beseitigen“-----	76%
Die Bürger Nordkoreas sind „genau dieselben Koreaner wie die in Südkorea“-----	53%
In 20 Jahren werden „Nord- und Südkorea“ normale Beziehungen zueinander unterhalten-----	53% ^B
Die progressive Einstellung zur Wiedervereinigung Koreas ist „eine gute Sache“-----	40% ^E
Durchschnitt	67%

Ausländische Mächte verantwortlich für die Teilung

Die „USA und UdSSR“ trugen Verantwortung für die die Teilung Koreas-----	62% ^F
--	------------------

^A Diese Frage wurde in Taiwan und Südkorea variiert gestellt.

^B Diese Frage wurde in der BRD nicht gestellt.

^C Sie bezeichnen den Durchschnittswert der drei negativen Folgen der Teilung für Südkorea in Tabelle 5-4.

^D Sie bestehen aus dem Durchschnittswert der zwei letzteren Ansichten („die kommunistische Herrschaft gesichert“ und „den Zugang zu freiheitlicher Demokratie versperrt“) in Tabelle 5-5.

^E Diese Frage wurde in der BRD nicht gestellt. In Taiwan und Südkorea wurde die Frage variiert gestellt.

^F Diese Angabe variiert in allen drei Ländern.

5.11.2. Die Besonderheiten der Ansichten von Journalisten zur Teilung und Wiedervereinigung

Die deutschen Journalisten

Die Ansichten der deutschen Journalisten zur Teilung und Vereinigung ihres Landes unterschieden sich in folgenden Punkten von Journalisten anderer Länder:

Die Schuld der Teilung von Deutschland wiesen die deutschen Journalisten am häufigsten dem Regime vor Endes des Zweiten Weltkrieges zu. Danach machten sie die kommunistische Weltmacht, die UdSSR, als am meisten verantwortlich.

Im Allgemeinen erkannten die deutschen Journalisten die positiven Aspekte der Teilung in der Bundesrepublik Deutschland häufiger an als die Journalisten der beiden anderen Länder, wobei sie die Vorzüge der Entwicklung in der damaligen DDR außer Acht ließen. Die deutschen Journalisten bevorzugten daher eindeutig die Errungenschaften der Bundesrepublik gegenüber denen der DDR. Dementsprechend stellten die deutschen Journalisten, vermutlich gestärkt durch die dominierende Position der Bundesrepublik bei der Vereinigung, sehr häufig die Bundesrepublik vor der Vereinigung als alleinige Vertreterin Deutschlands dar, ohne dabei die DDR einzubeziehen.

Im Vergleich zu den südkoreanischen Journalisten betrachteten die deutschen Journalisten die Bürger der neuen Bundesländer kaum als ganz mit sich selbst identisch, jedoch weit mehr als die Hälfte von ihnen nahm an, dass sie sich dem westdeutschen System schnell anpassen würden.

Mehr als die Hälfte der deutschen Journalisten begrüßte die Vereinigung und hielt die Überwindung des wirtschaftlichen Gefälles für die größte Herausforderung. Dagegen wurden unterschiedliche politische Einstellungen vergleichsweise weniger als Hindernisse des Zusammenwachsens angesehen. Die überwiegende Mehrheit von ihnen dachte außerdem, dass das Gefälle, das Anfang der neunziger Jahre zwischen der alten und der neuen Bundesrepublik bestand, sich in einer absehbaren Zeit von 20 Jahren wieder werde beseitigen lassen.

Die taiwanesischen Journalisten

Die Ansichten der taiwanesischen Journalisten zur Teilung und Wiedervereinigung Chinas unterschieden sich in folgenden Punkten:

Die taiwanesischen Journalisten hielten die beiden Parteien, die nationalchinesische Regierung und die Kommunistische Partei Chinas, die unmittelbar vor der Teilung mitein-

ander in einen Bürgerkrieg verwickelt waren, als am meisten verantwortlich für die Teilung Chinas. Die beiden Weltmächte, die nach 1945 den Kalten Krieg verursachten, trugen nach den Ansichten der taiwanesischen Journalisten nicht die Hauptverantwortung an der Teilung Chinas. Außer den beiden Weltmächten wurde Japan, das China mit militärischer Gewalt zu besetzen versuchte und dadurch indirekt den Kommunisten zur Macht ergreifung in China verhalf, von den taiwanesischen Journalisten ebenfalls wenig für die Teilung Chinas verantwortlich gemacht.

In Bezug auf die Folgen der Teilung in Taiwan hoben die taiwanesischen Journalisten im Vergleich zu den deutschen Journalisten, jedoch geringer als die südkoreanischen Journalisten, eher die negativen Folgen als die positiven hervor. Für die Volksrepublik China zogen sie ebenfalls eine negative Bilanz zu den Folgen der Teilung, dabei erkannten sie die positiven Auswirkungen der Teilung auf die Volksrepublik China kaum an und hoben die negativen Folgen der Teilung in der Volksrepublik China eindeutig hervor.

Im Unterschied zu den südkoreanischen Journalisten, die ihr Land immer mit Abstand am häufigsten mit „Beide zusammen“ assoziierten, verbanden die taiwanesischen Journalisten den Begriff „China“ mit mehr als einer Assoziation. Sie assoziierten „China“ etwa gleichmäßig mit „Beide zusammen“ und „Volksrepublik China“.

Auch grenzten sie sich im Vergleich zu den Journalisten der beiden anderen Länder bezüglich der Identifizierbarkeit des Volkes in beiden Teilen des geteilten Landes am häufigsten ab. Das Volk des anderen Teils des Landes war für sie als am geringsten mit sich selbst identisch oder als anpassungsfähig an das taiwanesisches System. In Anbetracht der deutschen Vereinigung zeigten die taiwanesischen Journalisten im Vergleich zu den südkoreanischen Journalisten eine geringere Bereitschaft für die Wiedervereinigung. Sie vermuteten außerdem am häufigsten, dass eine mögliche Wiedervereinigung Chinas, anstatt dass die beiden Teile Chinas gleichmäßig profitieren würden, allein der Volksrepublik China zu Gute kommen würde.

Wenn es zwischen Taiwan und der Volksrepublik China jedoch zu einer unerwarteten Wiedervereinigung käme, glaubten die taiwanesischen Journalisten im Vergleich zu den Journalisten der beiden anderen Länder am häufigsten daran, dass eher wirtschaftliche als politische Unterschiede zwischen den beiden Teilen Chinas Probleme bereiten würden und dass diese Hindernisse nicht überwunden werden und politisch-soziale Unruhen hervorrufen könnten.

Die südkoreanischen Journalisten

Die Ansichten der südkoreanischen Journalisten zur Teilung und Wiedervereinigung ihres Landes unterschieden sich in folgenden Punkten von denen der Journalisten aus den anderen untersuchten Ländern:

Gemessen an den geschichtlichen Tatsachen wiesen die südkoreanischen Journalisten erstens die Schuld der Teilung Koreas den Auseinandersetzungen des Kalten Krieges zwischen den beiden Weltmächten zu. Ihrer Ansicht nach trugen die USA und die UdSSR gemeinsam die Verantwortung für die Teilung der koreanischen Halbinsel, und sie machten selten allein die USA bzw. die UdSSR für die Teilung ihres Landes verantwortlich.

Bei einer möglichen Wiedervereinigung Koreas glaubten die südkoreanischen Journalisten besonders im Vergleich zu den deutschen Journalisten, dass eher die unterschiedlichen politischen Einstellungen als die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Süd- und Nordkorea dem Zusammenwachsen im Wege stehen.

Für Südkorea werteten die südkoreanischen Journalisten die positiven Folgen der Teilung geringer, sie betonten jedoch häufiger die negativen Folgen der Teilung. Dementsprechend erkannten sie bezüglich Nordkorea im Vergleich zu den taiwanesischen Journalisten die positiven Folgen der Teilung am häufigsten an, schenkten jedoch den negativen Folgen der Teilung geringere Beachtung.

Die südkoreanischen Journalisten teilten im Vergleich zu den Journalisten der beiden anderen untersuchten Länder am häufigsten die sich auf die Zusammengehörigkeit der beiden Teile ihres Landes beziehenden Ansichten. Die südkoreanischen Journalisten assoziierten erstens den Begriff „koreanische Halbinsel“ im Vergleich zu den Journalisten der beiden anderen Länder am häufigsten mit den beiden Teilen des geteilten Landes. Die südkoreanischen Journalisten erkannten zweitens am häufigsten die Bürger der beiden Teilen ihres geteilten Landes als identisch an. Schließlich betrachteten sie am häufigsten eine mögliche Wiedervereinigung als vorteilhaft für beide Teile ihres geteilten Landes. Die südkoreanischen Journalisten zeichneten sich besonders dadurch aus, dass sie die ethnische und geographische Zusammengehörigkeit der beiden Teile der koreanischen Halbinsel hervorhoben.

5.11.3. Vergleich der am häufigsten zugestimmten Thesen der deutschen, taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten in Kapitel 5

Den ersten beiden Thesen: „Unterschiedliche Einstellung zu Wirtschaft und Arbeit“ und „das wirtschaftliche Gefälle“ als Hindernisse des Zusammenwachsens, die unter die Sachgruppe „Wiedervereinigung – Negativ“ fielen, stimmten die Journalisten aller untersuchten Länder etwa gleichmäßig hoch zu, jedoch die letztere erhielt etwas geringeren Zuspruch von den südkoreanischen Journalisten.

Den nächsten fünf Thesen (These 3 bis These 7) stimmten immer die Journalisten zwei der drei untersuchten Länder gleichmäßig gegenüber einem dritten Land zu:

Die 3. These befürworteten die deutschen und die taiwanesischen Journalisten gegenüber den südkoreanischen Journalisten etwa gleichmäßig häufiger. Sie wies die Schuld der Teilung dem eigenen Regime zu, das unmittelbar vor dem Zustandekommen der Teilung in Deutschland und China regierte.

Den 4. und 5. Thesen, die „Wiedervereinigung – Positiv“ betrafen, stimmten die deutschen und südkoreanischen Journalisten gegenüber den taiwanesischen Journalisten wesentlich häufiger zu. Die deutschen und südkoreanischen Journalisten setzten sich im Vergleich zu den taiwanesischen Journalisten wesentlich häufiger für die Wiedervereinigung ein.

Die 6. und 7. Thesen hielten die Journalisten beider asiatischen Länder im Vergleich zu den deutschen Journalisten wesentlich häufiger für zutreffend. Sie nahmen gegenüber den deutschen Journalisten eher an, dass unterschiedliche politische Einstellung dem Zusammenwachsen nach einer Wiedervereinigung im Weg stehen würde und dass die Teilung in BRD, Taiwan und Südkorea negative Folgen brachte. Die erste dieser Thesen galt als „Wiedervereinigung – Negativ“; die letztere gehörte der Sachgruppe „Teilung – Negativ“ an.

Die 8. These gehörte ebenfalls „Teilung – Negativ“ an, die jedoch nur den Journalisten beider asiatischen Länder vorgelegt wurde. Hier verurteilten die südkoreanischen Journalisten etwa seltener über die Folgen der Teilung im anderen Teil des Landes als die taiwanesischen Journalisten.

Darüber hinaus zeichneten sich die deutschen Journalisten bei der Zustimmung der 9. und 10. Thesen, die als „Teilung – Positiv“ und „Vereinigung – Negativ“ galten, gegenüber Journalisten der beiden asiatischen Länder deutlich aus. Die deutschen Journalisten hoben sich bei der Zustimmung zu diesen beiden Thesen gegenüber den Journalisten beider asiatischen Länder hervor.

Die taiwanesischen Journalisten zeichneten sich bei der Zustimmung zur 11. These gegenüber Journalisten anderer Länder insofern aus, als sie häufiger die Schuld der Teilung der kommunistischen Partei Chinas zuwiesen.

Den 12. bis 15. Thesen stimmten die südkoreanischen Journalisten häufiger als die Journalisten anderer Länder zu. Die ersten Drei dieser Thesen betrafen „Wiedervereinigung – Positiv“. Damit zeichneten sich die südkoreanischen Journalisten durch ihre positive Einstellung gegenüber Journalisten beider anderen Länder aus. These 15 hob die positiven Folgen der Teilung in Nordkorea hervor (Tabelle 5-20).

Journalisten aller drei untersuchten Länder stimmten „Wiedervereinigung – Negativ“ häufig übereinstimmend zu, wenn die Thesen die Aspekte der Wiedervereinigung betrafen, die unterschiedliche Einstellung zu Wirtschaft und das wirtschaftliche Gefälle betrafen.

Die deutschen und südkoreanischen Journalisten, besonders die südkoreanischen Journalisten, befürworteten manche Thesen der „Wiedervereinigung – Positiv“ eindeutig häufiger, wobei Thesen dieser Sachgruppe von den taiwanesischen Journalisten nie häufiger als von den Journalisten beider anderen Länder zugestimmt wurden. Die taiwanesischen Journalisten wiesen am häufigsten die Schuld der Teilung den Kommunisten zu.

Die Journalisten beider asiatischen Länder stimmten häufiger als die deutschen Journalisten „Teilung – Negativ“ zu. Sie stimmten ebenfalls häufiger als die deutschen Journalisten „Wiedervereinigung – Negativ“ zu, wenn diese um den negativen Aspekt der Wiedervereinigung – Unterschied der politischen Einstellung – ging. Die deutschen Journalisten zeichneten sich dadurch gegenüber Journalisten anderer Länder aus, dass sie die Sachgruppe „Teilung – Positiv“ häufiger akzeptierten.

Tabelle 5-20: Vergleich der am häufigsten zugestimmten Thesen
-- deutsche, taiwanesishe und südkoreanische Journalisten --

	BRD (n=98) %	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %	Durchschnitt %
1. „Unterschiedliche Einstellung zu Wirtschaft und Arbeit“ steht dem Zusammenwachsen im Weg.	85	76	83	81
2. „Das wirtschaftliche Gefälle“ steht dem Zusammenwachsen im Weg.	90	89	73	84
3. „Das „Nazi-Regime“/Die damalige Kuomintang-Regierung/Die südkoreanischen Politiker, die später Südkorea angehörten“ trug Verantwortung für die Teilung. ^A	78	74	10	54
4. „Die Hindernisse... lassen sich... schließlich beseitigen.“	70	45	76	64
5. „Begrüße ich“ die Vereinigungspolitik der Regierung Kohl/“Soll aktiv nach Wiedervereinigung mit China streben“/Progressive Einstellung zur Wiedervereinigung Koreas ist „eine gute Sache.“ ^A	59	14	40	38
6. „Unterschiedliche politische Einstellung“ steht dem Zusammenwachsen im Weg.	44	81	92	72
7. Teilung brachte negative Folgen für BRD/Taiwan/Südkorea. ^D	40	71	75	62
8. Teilung brachte negative Folgen für VR China/Nordkorea. ^G		84	70	77
<u>Die deutschen Journalisten</u>				
9. Teilung brachte positive Folgen für BRD/Taiwan/Südkorea. ^C	65	48	27 ^E	47
10. Das Wort „Deutschland/China/koreanische Halbinsel“ umfasste (vor der Vereinigung) „nur die Bundesrepublik/nur Taiwan/nur Südkorea“. ^A	33	5	1	13
<u>Die taiwanesischen Journalisten</u>				
11. „Die SED/Die kommunistische Partei Chinas/Die Kommunisten im eigenen Land (die komm. Politiker, die später Nordkorea angehörten)“ sind für die Teilung verantwortlich.	27	77	5	36
<u>Die südkoreanischen Journalisten</u>				
12. „Sowohl die VR China als auch Taiwan/sowohl Südkorea als auch Nordkorea“ hätten Vorteile von einer Wiedervereinigung.		39	93	66

Fortsetzung

13. Das Wort „Deutschland/China/ koreanische Halbinsel“ umfasste (vor der Vereinigung) „beide zusammen“. ^B	46	53	85	61
14. „Ja“, die Bürger der beiden Teile sind im Prinzip gleich. ^H	64	41	81	62
15. Teilung brachte positive Folgen für DDR/VR China/Nordkorea. ^F	9	7	23	13

^A Diese Frage wurde in allen drei untersuchten Ländern variiert gestellt.

^B Diese Frage wurde in Taiwan und Südkorea variiert gestellt.

^C Sie bezeichnen den Durchschnittswert der jeweiligen Länder auf Tabelle 5-3.

^D Sie bezeichnen den Durchschnittswert der jeweiligen Länder auf Tabelle 5-4.

^E Dieser Wert tauchte auf Tabelle 5-19 nicht auf, weil er kleiner als 30% war.

^F Sie bezeichnen den Durchschnittswert der ersten beiden (positiven) Folgen der jeweiligen Länder auf Tabelle 5-5.

^G Sie bezeichnen den Durchschnittswert der letzten beiden (negativen) Folgen für Taiwan und Südkorea auf Tabelle 5-5.

^H Dieser Prozentwert besteht aus der Summe zweier Antwortvorgaben der Tabelle 5-7: „Ja, sie sind genau dieselben Deutschen/Chinesen/Koreaner...“ und „Ja, sie denken aber manchmal anders, werden sich jedoch schnell...“

6. Ansichten der Journalisten zur Rolle der Massenmedien

Die Ansichten der Journalisten zum Kommunismus, zur Teilung und Wiedervereinigung ihres Landes, die Gegenstände der Untersuchungen in den vorangegangenen Kapiteln dieser Arbeit waren, wirkten vermutlich alle auf die Medienberichterstattung der Journalisten der untersuchten Länder, die sich auf den anderen Teil des Landes bezogen. Wie die Ansichten der Journalisten auf die Berichterstattung wirkten, wurde im nächsten Kapitel untersucht. Die Rolle der Massenmedien, die als Erzeugnisse der Journalisten galten, wurde hier unter zwei gesonderten Perspektiven überprüft. Sie umfassten erstens die Rahmenbedingungen der Berichterstattung über den anderen Teil des geteilten Landes, also inwieweit die Berichterstattung den Rahmenbedingungen bezüglich den Einschränkungen und Richtlinien unterschiedlicher Akteure unterlagen, und wie die Einschränkungen und Richtlinien von den Journalisten empfunden wurden. Zweitens, sie befassten sich mit dem Aufgabenverständnis der Journalisten, wenn sie über den anderen Teil ihres Landes berichteten. Auf die Journalisten, die den Inhalt der Medienberichterstattung gestalten, üben zahlreiche Faktoren Einflüsse aus. Im Allgemeinen lassen sich die vielfältigen Faktoren aus verschiedenen Gesichtspunkten unterscheiden. Sie können als akteurorientierte und variablenorientierte Ansätze der Medienberichterstattung systematisiert werden. Bei akteurorientierten Ansätzen handelt es sich um Einflussfaktoren, die sich konkret mit Personen oder Institutionen der Medienbetriebe wie z. B. Journalisten, politische Machtgruppen, Eigentümer der Medien usw. verbinden. Als variablenorientierte Ansätze werden theoretische Konstrukte wie das Rollenverständnis der Journalisten, Eigenschaften von Nachrichten und Nachrichtenfaktoren usw. bezeichnet.²⁷

Die Einflussfaktoren, die auf die Medienberichterstattung wirken, lassen sich ebenfalls in vier Bereiche gliedern: die Subjekt-Sphäre,²⁸ die Professions-Sphäre, die Institutions-Sphäre und die Gesellschafts-Sphäre. Die Subjekt-Sphäre befasst sich mit allen Merkmalen der Journalisten als Individuen, wie Aufgabenverständnis, subjektive Werte und Einstellungen sowie mit dem Publikumsbild der Journalisten. Die Professions-Sphäre betrifft Merkmale der Journalisten als eine soziale Gruppe wie berufsethische Normen, Nachrichtenfaktoren und Kollegen-Orientierung. Zum Einfluss der Institutions-Sphäre gehören redaktionelle Tendenzen, technische Voraussetzungen der journalistischen Arbeit, Zufriedenheit mit der Arbeit usw. Als Gesellschafts-Sphäre werden die sozialen Bezie-

²⁷

Vgl. Kepplinger, Hans Mathias: Theorien der Nachrichtenauswahl als Theorien der Realität. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B15/1989a (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament), S. 3-16.

²⁸

Vgl. Donsbach, Wolfgang: Journalismusforschung in der Bundesrepublik: Offene Fragen trotz Forschungsboom. In: Jürgen Wilke (Hrsg.): Zwischenbilanz der Journalistenausbildung. München 1987, S. 105-142.

hungen der Journalisten, die vorherrschende öffentliche Meinung sowie gesetzliche und politische Vorgaben für ihre Arbeit bezeichnet.

Die Ermittlungen des folgenden Kapitels erstreckten sich auf die Rahmenbedingungen und das Aufgabenverständnis der Journalisten der untersuchten Länder, die sich sowohl mit den oben genannten akteurorientierten als auch mit variablenorientierten Ansätzen befassten. Diese können andererseits ebenfalls als die Einflussfaktoren der Subjekt-Sphäre und, vor allem, der Institutions- und Gesellschafts-Sphäre bezeichnet werden.

6.1. Rahmenbedingungen der Medienberichterstattung

„Rahmenbedingungen“ bezeichnete hier die Voraussetzungen für die Berichterstattung der Medien. Auf die Journalisten, die Medienberichterstattung gestalten, üben zahlreiche Faktoren Einfluss aus. Diese Einflüsse wirken direkt oder indirekt auf den Inhalt der Medienberichterstattung. Die Einflüsse auf die Medienberichterstattung geschehen bewusst oder unbewusst durch die Akteure der Medienberichterstattung — die Journalisten. Als Gegenstand der Untersuchung in diesem Teil der Arbeit dienten die bewussten Einflussfaktoren auf die Medienberichterstattung, die als akteurorientierte Ansätze verstanden werden konnten. Sie ließen sich hier sowohl als Einschränkung der Pressefreiheit durch die Regierung/Politiker und durch Institutionen der Medienbetriebe usw. als auch als Richtlinien der Berichterstattung konkretisieren. Solche bewussten Einflüsse auf die Medienberichterstattung wären eher für die Journalisten beider asiatischen Länder als für die Bundesrepublik denkbar. Vergleichend wurde auch die Einstellung der Journalisten zur Pressefreiheit gegenüber der Staatssicherheit untersucht. Die letztere galt vermutlich ebenfalls in den beiden asiatischen Länder als ausgeprägter.

6.1.1. Einschränkung der Pressefreiheit

Pressefreiheit lässt sich zwischen äußerer und innerer Pressefreiheit unterscheiden. Als äußere Pressefreiheit wird die Freiheit der Presse gegenüber jeglicher Form der Einschränkung durch den Staat bezeichnet. Innere Pressefreiheit befasst sich mit der Unabhängigkeit der Journalisten von den Einflüssen der Verleger und Besitzer eines Massenmediums.²⁹ Unter den Ländern der westlichen Demokratien, die alle äußere Pressefreiheit garantieren, bestehen Unterschiede in der Struktur der Redaktion, deshalb auch eine unterschiedliche Garantie von innerer Pressefreiheit. Die Struktur der Redaktionen ist in den Ländern der westlichen Demokratien ebenfalls von Land zu Land unterschiedlich. In den USA und England, wo die Struktur der Redaktionen weitgehend spezialisiert und professionalisiert ist, wird zwischen der Rolle des Reporters und des Redakteurs unterschieden. Jeder Bericht ist das Ergebnis von mehr als einem Journalisten. In Deutschland jedoch, wo keine klare Unterscheidung zwischen diesen Rollen gemacht wird und der Bericht das Erzeugnis eines einzigen Journalisten ist,³⁰ führt dies öfter zu verzerrter Berichterstattung als in den anglo-amerikanischen Ländern.

²⁹

Vgl. Löffler, Martin/Reinhard Ricker: Handbuch des Presserechts. 3. Aufl. München 1994.

³⁰

Vgl. Kepplinger, Hans Mathias; Renate Köcher: Professionalism in the Media World? In: European Journal of Communication. London, Newbury Park and New Delhi, Vol. 5 (1990), S.190-293.

Abgesehen von den tatsächlichen Bedingungen der äußeren und inneren Pressefreiheit in den untersuchten Ländern, wobei wesentlich weniger Garantie für die Pressefreiheit in den beiden asiatischen Ländern als in Deutschland geleistet wird, taucht die Frage auf, wie unterschiedlich die Journalisten der drei Länder die Einschränkungen, sowohl innere als auch äußere, in ihrer täglichen Arbeit empfinden. Um die vielfältigen Einflüsse auf die Berichterstattung der Journalisten zu ermitteln, wurde hier ebenfalls zunächst eine Gruppe von Einflussfaktoren, die äußerlich die Rahmenbedingungen der Medien in den untersuchten Länder betrafen, als Gegenstand der Untersuchung erfasst. Auf die Frage „Welche der folgenden Gruppen schränken die Freiheit der Berichterstattung über die neu gegründeten Länder/Volksrepublik China/ Nordkorea ein?“ hielten die südkoreanischen Journalisten im Vergleich zu den taiwanesischen Journalisten die „Regierung“ wesentlich häufiger für einen Einflussfaktor auf ihre Berichterstattung. Die überwiegende Mehrheit von 79% der südkoreanischen Journalisten gaben den politischen Einflussfaktor als einschränkend an, dagegen bestätigten nur 41% der taiwanesischen Journalisten die Einschränkung durch diesen Faktor.

Um den unterschiedlichen politischen Zustand zwischen Taiwan und Südkorea einerseits, wo sich der politische Einfluss im wesentlichen auf eine einzige Regierungspartei beschränkte, und der Bundesrepublik Deutschland andererseits zu erfassen, wurden die Koalitionsregierungen in der Bundesrepublik durch ihre politischen Akteure berücksichtigt. Anstatt der Regierung traten die „Politiker“ für die deutschen Journalisten als vergleichbarer Einfluss der „Regierung“ auf. Nach Angaben der deutschen Journalisten bestimmten die „Politiker“ ebenfalls nicht selten die Medienberichterstattung. Unter den deutschen Journalisten gaben 51% Einfluss der Politiker auf ihre Berichterstattung an. Der Einfluss des politischen Systems auf die Vorgehensweise der journalistischen Tätigkeit unterschied nach der allgemeinen Annahme ³¹ zwischen dem demokratischen System, einem totalitären und einem Entwicklungssystem. Von den Entwicklungsländern Taiwan und Südkorea differierte das Ausmaß des politischen Einflusses auf die Medienberichterstattung ebenfalls erkennbar voneinander. Außerdem entstammt in der Bundesrepublik Deutschland der Einfluss der Politik auf die Medien zwar nicht direkt der Regierung, doch der Einfluss erreicht die einzelnen Akteure des demokratischen Regierungssystems ebenfalls in beträchtlichem Umfang. Hier ließ sich jedoch unterscheiden, dass die Beeinflussung der Berichterstattung durch Politiker sich von der Beeinflussung durch die Regierung unterschied. Die Beeinflussung der Medienberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland durch die Politiker beschränkte sich nicht nur auf die Regierung, da die Politiker sowohl der Regierungspartei als auch den Oppositionsparteien angehören konnten. Die Beeinflussung der Berichterstattung durch die Regierung in den beiden asiatischen Ländern schloss die Einflussmöglichkeiten der Oppositionsparteien aus.

³¹

Vgl. Kunczik, Michael: Journalismus als Beruf. Köln, Wien 1988, S. 59-61.

Der Einfluss von „Bürokratie innerhalb der Medien“ wurde von den Journalisten der untersuchten Länder unterschiedlich eingeschätzt. Dieser Faktor besaß für jeweils 62% der südkoreanischen und 60% der taiwanesischen Journalisten einen Einfluss auf die Medienberichterstattung, wobei dieser Faktor für einen etwas geringeren Anteil der deutschen Journalisten (42%) einen Einfluss ausübte. Der nächste Einflussfaktor „Verleger“ hatte dagegen in allen drei untersuchten Ländern relativ geringe Auswirkung auf die Medienberichterstattung, die in den einzelnen Ländern nicht wesentlich voneinander abwichen. Dem „Verleger“ stimmten jeweils 33% bis 35% der Journalisten der untersuchten Länder als einem Einflussfaktor zu. Die zwei Einflussfaktoren Bürokratie der Medien und Verleger wirkten offensichtlich in unterschiedlichem Umfang auf die Medienberichterstattung der Journalisten. Sie wirkten auf die Ideen der Nachrichtenauswahl sowie auf die Nachrichtenverarbeitung der Journalisten ein, vermutlich in Form von Berufskultur.³²

Die „Berufsorganisationen der Journalisten“, die noch weiter abseits des direkten Tätigkeitsfelds der Journalisten stehen, hielten nur wenige Journalisten der untersuchten Länder für einen Einflussfaktor auf ihre Berichterstattung. Diesem Faktor stimmten die südkoreanischen Journalisten mit 15% am häufigsten zu. Noch seltener hielten 9% bzw. 3% der deutschen und taiwanesischen Journalisten diesen Faktor für einen Einfluss. Dem weiteren Einflussfaktor „Publikum“ schrieben die deutschen Journalisten erwartungsgemäß eine wesentlich größere Bedeutung als die taiwanesischen und die südkoreanischen Journalisten zu. Im Gegensatz zu den deutschen Journalisten, die zu 40% den Einfluss des Publikums auf ihre Berichterstattung spürten, übte dieser Einflussfaktor wesentlich seltener für die südkoreanischen (18%) und am seltensten für die taiwanesischen Journalisten (13%) einen Einfluss auf ihre Berichterstattung aus (Tabelle 6-1).

Der politische Einflussfaktor „Regierung“ (für die taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten) und „Politiker“ (für die deutschen Journalisten) übte zwar in allen drei untersuchten Ländern relativ hohen Einfluss aus, jedoch trat der Einfluss der Regierung auf die südkoreanischen Journalisten als überwältigend hervor. Die politische Einschränkung der Pressefreiheit hatte offensichtlich einen größeren Einfluss auf die Journalisten in Südkorea als auf die Journalisten in der Bundesrepublik Deutschland und Taiwan. Für Taiwan ergab eine Studie Anfang der achtziger Jahre, dass die Berufsmerkmale der Journalisten in Taiwan damals bereits denen eines westlichen Landes ähnelten. Jedoch geriet die journalistische Professionalisierung mit der Einschränkung der politischen Meinungs-

³²

Vgl. Saxer, Ulrich: Medienwandel - Journalismuswandel. In: Publizistik 38, 1993, S. 292-304.

Tabelle 6-1: Wer schränkt Pressefreiheit ein?

Frage: „Welche der folgenden Gruppen schränken die Freiheit der Berichterstattung über die Volksrepublik China/Nordkorea ein?“

(Taiwan/Südkorea)

„Welche der folgenden Gruppen üben Einfluss auf die Berichterstattung über die neu gegründeten Länder aus?“ (BRD)

Antwort: „trifft zu“

	BRD (n=98) %	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %	Chi ²	DF
„Regierung“ ^A		41	79	55,07*	2
„Politiker“ ^B	51				
„Bürokratie innerhalb der Medien“	42	60	62	16,83*	4
„Verleger“	33	35	34	6,89**	4
„Berufsorganisationen der Journalisten“	9	3	15	19,34*	4
„Publikum“	40	13	18	34,00*	4

* Signifikant $p < 0,01$

** Nicht signifikant

^A Diese Angabe wurde in der BRD nicht gemacht.

^B Diese Angabe wurde in Taiwan und Südkorea nicht gemacht.

bildung durch die Regierung in Konflikt.³³ Der Regierungseinfluss spielte in den neunziger Jahren nach der Einführung der Pressefreiheit für die Tätigkeit der Journalisten in Taiwan weiter eine durchaus spürbare Rolle.

Den Einfluss durch „Bürokratie innerhalb der Medien“ spürten die deutschen Journalisten im Vergleich zu den Journalisten der beiden asiatischen Länder etwas seltener. Dagegen merkten die deutschen Journalisten wesentlich häufiger als die Journalisten der beiden asiatischen Länder den Einfluss auf die Berichterstattung über den anderen Teil ihres Landes durch das „Publikum“.

Die beiden Einflussfaktoren „Verleger“ und „Berufsorganisationen der Journalis-

³³

Vgl. Shaw-Weng, Shieu-Chi: Berufsmerkmale und Berufseinstellungen von Journalisten in Taiwan. Diss. Mainz 1986, S. 344.

ten“ wurden gleichmäßig von Journalisten aller drei untersuchten Länder als gering auf ihre Berichterstattung bewertet. Dabei besaß der letztgenannte Einflussfaktor einen noch unbedeutenderen Einfluss als der erste.

6.1.2. Richtlinien für die Berichterstattung über den anderen Teil des Landes

Taiwan und Südkorea

Vor der Einleitung der Demokratisierung unterlag in den beiden asiatischen Ländern die Pressefreiheit per Gesetz staatlichen Einschränkungen. Als Folge dieser lang anhaltenden Einschränkungen trat vermutlich in den taiwanesischen und südkoreanischen Medienberichterstattungen über den kommunistischen Teil des Landes der Regierungseinfluss hervor. Die Medienberichterstattungen über den kommunistischen Teil tendierten vermutlich auch nach der Demokratisierung nicht kurzfristig dazu, von der offiziellen Linie völlig abzuweichen. In Taiwan hatten zwei Ereignisse für die Pressefreiheit und Medienberichterstattung über die Volksrepublik China eine entscheidende Bedeutung: Die Einleitung der politischen Demokratisierung mit der Aufhebung des Kriegsrechtes im Juli 1987 und die Beendigung der „Periode der Nationalen Mobilmachung zur Unterdrückung der kommunistischen Rebellion“ im Mai 1991. Das erste dieser beiden Ereignisse ermöglichte die politische Demokratisierung und gewährte der Presse die lang ersehnte Freiheit. Mit dem zweiten Ereignis verzichtete Taiwan auf seine frühere kompromisslose Haltung gegenüber der Volksrepublik China, die die Legitimität der VR-chinesischen Regierung zu leugnen versuchte, und erkannte damit die Volksrepublik China als eine der beiden gleichberechtigten Regierungen an, die zur Zeit in beiden Teilen Chinas gleichzeitig regierten.

Bereits in der ersten Hälfte der neunziger Jahre erlebte die taiwanesische Presse eine Medienvielfalt mit fast uneingeschränkter Pressefreiheit, einschließlich der Berichterstattung über die Volksrepublik China. Die Maßstäbe der Pressefreiheit seit Mai 1991 galten sogar für ausländische Beobachter als fortschrittlich. Ausländische Journalisten, die lange Jahre für die englischsprachigen Zeitungen Taiwans tätig gewesen waren und daher die Pressefreiheit Taiwans vor und nach der Demokratisierung vergleichen konnten, bezeugten Anfang 1992 eine uneingeschränkte Pressefreiheit der politischen Berichterstattungen.³⁴ Bei den Rundfunkanstalten, an denen staatliche Institutionen häufig indirekt beteiligt waren,³⁵ dominierte Anfang der neunziger Jahre nach wie vor noch der staatliche Einfluss. Diese staatliche Dominanz in den elektronischen Medien nahm jedoch im Laufe der neunziger Jahre durch die Zulassung von neuen privaten Sendern kontinuierlich ab.

³⁴ Vgl. Rampal, Kuldip R.: Press and Political Liberalization in Taiwan. In: Journalism Quarterly Autumn 1994, S. 637-651, dort S. 642-643.

³⁵ Vgl. Gunther, Albert C. /Yah-huei Hong/Lulu Rodriguez: Balancing Trust in Media and Trust in Government during Political Change in Taiwan. Journalism Quarterly Autumn 1994, S.628-636, dort S. 628-629.

In Südkorea unterlagen vor Ende der achtziger Jahre die Medienberichterstattungen über Nordkorea im Rahmen der Pressekontrolle Einschränkungen durch die Regierung. Außer dem „Periodicals Act“, dem „Broadcast Act“ und der „Verordnung zur Nationalsicherheit“, die die südkoreanische Presse unter strenge Zensur stellten, existierten eine Reihe von speziellen Regelungen wie die „Verordnung der Anti-Kommunisten“. Diese Verordnung, die jede Form der Nennung von antistaatlichen (kommunistischen) Organisationen, z. B. Nordkorea, in einem positiven Zusammenhang verbot, wurde 1980 in die „Verordnung der Nationalsicherheit“ integriert. Infolge der politischen Liberalisierung Ende der achtziger Jahre wurde die „Verordnung der Nationalsicherheit“ im Mai 1991 revidiert. Die neue „Verordnung der Nationalsicherheit“ versuchte, den Missbrauch der Verordnung durch die Regierenden auszuschließen. Die Wirkungsbreite der neuen Verordnung wurde erheblich eingeschränkt. Sie erhielt ihre Verfassungsmäßigkeit nur, wenn sie den in der südkoreanischen Verfassung garantierten Menschenrechten nicht zuwiderlief. Unter der neuen Verordnung der Nationalsicherheit wurde der Ausdruck von Sympathien mit antistaatlichen Organisationen nur dann straffällig, wenn diese bewusst die demokratische Grundordnung Südkoreas gefährdeten.³⁶

Obwohl Taiwan und Südkorea entscheidende Fortschritte bei der Einführung der Pressefreiheit bereits seit Anfang der neunziger Jahre, zur Zeit der Durchführung dieser Untersuchung, erzielt hatten, konnten die Einschränkungen der Medienberichterstattung über den kommunistischen Teil des Landes nicht als völlig aufgehoben betrachtet werden. Als Beispiel dient die im Jahr 1991 neu revidierte „Verordnung zur Nationalsicherheit“ in Südkorea. In der neuen Verordnung war z. B. die Grenze zwischen der Nationalsicherheit und den Menschenrechten, die in der Verfassung garantiert wurden, nicht genau festgelegt.³⁷

Die Wahrnehmung der taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten bezüglich der Richtlinien für die journalistische Tätigkeit über den kommunistischen Teil ihres Landes wurde durch die Frage ermittelt: „Gibt es Richtlinien der Regierung, aus denen hervorgeht, wie über die Volksrepublik China/Nordkorea berichtet werden soll?“ Das Bestehen von Richtlinien zur Berichterstattung über den kommunistischen Teil des Landes verneinten die taiwanesischen Journalisten häufiger als die südkoreanischen Journalisten. Ihr Bestehen bestritten weit über die Mehrheit von 68% der taiwanesischen, jedoch nur 30% der südkoreanischen Journalisten. Dementsprechend gaben mehr südkoreanische Journalisten (36%) als taiwanesische Journalisten (20%) an: „Ja, es gibt Richtlinien, aber ich kenne sie nicht.“ Die südkoreanischen Journalisten gaben ebenfalls wesentlich häufiger als die taiwanesischen Journalisten an, dass sie sich bei ihrer täglichen Arbeit der Richtlinien sogar

³⁶

Vgl. Youm, K.H.: Press Law in South Korea. Ames, Iowa State University Press, 1996, S. 154.

³⁷

Vgl. ebd., S. 155.

bewusst waren: Im Vergleich zu 5% der taiwanesischen Journalisten bestätigten 23% der südkoreanischen Journalisten die Vorgabe: „Ja, es gibt Richtlinien, sie werden bei uns in der täglichen Arbeit beachtet.“ Insgesamt bejahten 59% der südkoreanischen Journalisten im Gegensatz zu 25% ihrer taiwanesischen Kollegen das Bestehen von Richtlinien für die Berichterstattung, ob sie diese nun kannten oder nicht. Jeweils 6% der taiwanesischen und 11% der südkoreanischen Journalisten machten keine Angabe (Tabelle 6-2).

Tabelle 6-2: Gibt es Richtlinien für Berichterstattung über den anderen Teil des Landes

Frage: „Gibt es Richtlinien der Regierung, aus denen hervorgeht, wie über die Volksrepublik China/Nordkorea berichtet werden soll?“ (Taiwan/Südkorea)

	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %
„Ja, es gibt Richtlinien, aber ich kenne sie nicht.“	20	36
„Ja, es gibt Richtlinien, sie werden bei uns in der täglichen Arbeit beachtet.“	5	23
Zwischensumme	25	59
„Nein, es gibt keine.“	68	30
Keine Angabe	6	11
Gesamtsumme	99	100

Chi²=51,46
p < 0,001

Die taiwanesischen und die südkoreanischen Journalisten unterschieden sich in Bezug auf die Wahrnehmung von Richtlinien für die Berichterstattung eindeutig voneinander. Weit mehr als 68% der taiwanesischen Journalisten glaubten, dass keine Richtlinien für die Berichterstattung über den kommunistischen Teil ihres Landes bestanden. Dagegen gaben wesentlich weniger, 30%, der südkoreanische Journalisten an, dass keine Richtlinien für die Berichterstattung vorhanden waren. Die wesentlich häufigere Zustimmung der südkoreanischen Journalisten zum Bestehen von Richtlinien für die Berichterstattung über Nordkorea konnte erstens vermutlich auf die vergleichsweise strengere Überwachung der Presse in Südkorea zurückgeführt werden. Es ist außerdem möglich, dass die häufigere Zustimmung der südkoreanischen Journalisten zum Bestehen von Richtlinien der Berichterstattung darauf zurückzuführen ist, dass sowohl in Taiwan als auch in Südkorea der abschließende Schritt zur Demokratisierung und damit die Ermöglichung der freien Bericht-

erstattung über die Volksrepublik China/Nordkorea im Mai 1991 vollzogen wurde und sich die südkoreanischen Journalisten zum Zeitpunkt der Umfrage, die etwa sechs Monate vor Mai 1991³⁸ ablief, noch unter der strengeren alten Verordnung zur Nationalsicherheit befanden.

Darüber hinaus nahm ein nicht unerheblicher Anteil von taiwanesischen und ein beträchtlicher Anteil von südkoreanischen Journalisten an, dass Richtlinien für die Berichterstattung über den kommunistischen Teil des Landes vorhanden seien, obwohl sie diese nicht persönlich kannten. Es gab jedoch keine Hinweise dafür, dass die meisten Journalisten von dem Bestehen solcher Richtlinien überzeugt waren. Doch das Vorhandensein von Richtlinien wurde dadurch bestätigt, dass solche Einschränkungen der Pressefreiheit, ob in Taiwan oder in Südkorea, bereits als Bestandteil des journalistischen Professionalisierungsprozesses im Beruf des Journalisten verankert waren. In den Ländern der westlichen Demokratie geschah dies in Form einer beruflichen Sozialisation, in der die jüngeren Journalisten sich an die Entscheidungskriterien der Redaktion anpassten, die durch qualifiziertere Kollegen übermittelte wurden.³⁹ In den Entwicklungsländern passierten diese Anpassungen an Entscheidungskriterien vermutlich ebenfalls durch Überlieferung von Kollegen. Die künftigen Journalisten nahmen im Laufe ihrer Ausbildung bzw. Berufsbildung die Einschränkungen der Pressefreiheit als Bestandteil ihrer Arbeit und Entscheidungskriterien an. Die gültigen Gesellschaftsnormen bestimmten den Inhalt der journalistischen Ausbildung, die den politischen Rahmenbedingungen entsprach.⁴⁰ Der Prozess der journalistischen Professionalisierung ermöglichte es vermutlich einem Teil der Journalisten Taiwans und Südkoreas, sich gegenüber den gültigen staatlichen Richtlinien für die Berichterstattung unbewusst konform zu verhalten.

Die Bundesrepublik Deutschland

Obwohl unter dem freien Pressesystem der Bundesrepublik Richtlinien für die Berichterstattung über die neuen Bundesländer seitens der Regierung nicht in Frage kamen, konnten die Journalisten in ihrer täglichen Arbeit durchaus Einschränkungen zu Berichterstattungen über die neuen Bundesländer spüren, die vermutlich aus dem professionellen

³⁸ Sowohl die Beendigung der „Periode der Nationalen Mobilmachung zur Unterdrückung der kommunistischen Rebellion“ in Taiwan als auch die Revidierung der „Verordnung der Nationalsicherheit“ Südkoreas fanden beide im Mai 1991 statt.

³⁹ Vgl. Breed, Warren: Social Control in the Newsroom: A Functional Analysis. In: Social Forces 33, 1955, S. 326-335.

⁴⁰ Vgl. Kunczik, Michael: Journalismus als Beruf. Köln, Wien 1988, S. 57.

Umfeld des Journalismus stammten. Die gleiche Frage an die deutschen Journalisten „Gibt es in Ihrer Redaktion Richtlinien, aus denen hervorgeht, wie über die neu gegründeten Länder berichtet werden soll?“ wurde von der überwiegenden Mehrheit der deutschen Journalisten verneint. Sie antworteten zu 90% mit „nein, so etwas gibt es nicht.“ Zu vernachlässigende 8% gaben das Bestehen von Richtlinien an, die als eine Art von Selbstkontrolle der Journalisten betrachtet werden konnten: „Ja, es hat sich ein gewisser Standard entwickelt, an den wir uns halten.“ Dagegen bestätigten nur 2% der deutschen Journalisten die Richtlinien als klar vorhanden: „Ja, es gibt klare Richtlinien vom Verleger/Chefredakteur/Intendant.“ (Tabelle 6-3)

Tabelle 6-3: Richtlinien der Berichterstattung über die neuen Länder

Frage: „Gibt es in Ihrer Redaktion Richtlinien aus denen hervorgeht, wie über die neu gegründeten Länder berichtet werden soll?“ (BRD)

	BRD (n=98) %
„Ja, es hat sich ein gewisser Standard entwickelt, an den wir uns halten.“	8
„Ja, es gibt klare Richtlinien vom Verleger/Chefredakteur/Intendant.“	2
„Nein, so etwas gibt es nicht.“	90
Summe	100

Im Vergleich zu Taiwan und Südkorea kam eine Kontrolle der Berichterstattung zu den neuen Bundesländern durch eine Richtlinie, wie erwartet, für die überwiegende Mehrheit der deutschen Journalisten überhaupt nicht in Frage. Wenn sie jedoch Einschränkungen bei den Berichterstattungen über die neu gegründeten Länder verspürt haben sollten, was selten der Fall war, stammten diese vermutlich aus ihrem professionellen Umfeld.

6.1.3. Einstellung der Journalisten zur Pressefreiheit

Es kann angenommen werden, dass die deutschen Journalisten im Vergleich zu den Journalisten beider asiatischer Länder die Pressefreiheit der Staatssicherheit vorzogen. In Taiwan und Südkorea hatte die Praxis der Pressefreiheit noch keine so lange Tradition. In diesen beiden Ländern fiel die Pressefreiheit bis zum Ende der achtziger Jahre der Staatssicherheit zum Opfer. Die früheren diktatorischen Regime der beiden Länder hoben die Bedrohung des Kommunismus hervor, um zugunsten der Regime-Stabilität die politische Demokratisierung und die damit zusammenhängende Entfaltung der Pressefreiheit zu unterdrücken. Inwieweit prägte am Anfang der neunziger Jahre ein solches Werturteil, das die Sicherheit der Pressefreiheit vorzog, immer noch das Selbstverständnis der taiwanesischen und der südkoreanischen Journalisten? Hatte die politische Liberalisierung, die seit dem Ende der achtziger Jahre in den beiden Ländern eingeleitet wurde, bereits so weitreichende Auswirkungen erreicht, dass die Rangordnung zwischen Sicherheit des Staates und Pressefreiheit umgestellt wurde?

Auf die Frage „Ist Pressefreiheit Ihrer Ansicht nach praktizierbar, ohne die Sicherheit zu gefährden?“ gaben 68% der taiwanesischen Journalisten „Sicherheit vor Pressefreiheit“ an, wobei nur 27% von ihnen die andere Antwortvorgabe „Pressefreiheit vor Sicherheit“ wählten. Für die taiwanesischen Journalisten hatte die Sicherheit Vorrang vor der Pressefreiheit. Jedoch zogen die südkoreanischen Journalisten im Vergleich zu den taiwanesischen Journalisten keine der beiden Antwortvorgaben vor. Immer knapp die Hälfte von ihnen antwortete jeweils „Sicherheit vor Pressefreiheit“ und „Pressefreiheit vor Sicherheit“ (46% und 47%). Im Vergleich zu den taiwanesischen Journalisten wiesen die südkoreanischen Journalisten der Pressefreiheit größere Bedeutung zu (Tabelle 6-4).

Für die taiwanesischen Journalisten besaß die Pressefreiheit im Vergleich zur Sicherheit eine weitaus kleinere Bedeutung als für die südkoreanischen Journalisten. Für die südkoreanischen Journalisten, die zwar der Pressefreiheit eine wesentlich größere Bedeutung als die taiwanesischen Journalisten beimaßen, besaß diese jedoch nur etwa die gleiche Bedeutung wie die Sicherheit. Von keinem der beiden Länder wurde der Pressefreiheit im Vergleich zur Sicherheit eine wesentlich größere Bedeutung eingeräumt. Obwohl in Taiwan und Südkorea die politische Demokratisierung bereits seit dem Ende der achtziger Jahre eingeleitet wurde, übernahm die Pressefreiheit Anfang der neunziger Jahre noch nicht die Oberhand gegenüber der Staatssicherheit.

Tabelle 6-4: Einstellung der Journalisten zur Pressefreiheit

Frage: „Ist Pressefreiheit Ihrer Ansicht nach praktikierbar, ohne die Sicherheit zu gefährden?“ (Taiwan/Südkorea)

	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %
Pressefreiheit vor Sicherheit*	27	47
Sicherheit vor Pressefreiheit**	68	46
Keine Angabe	5	7
Summe	100	100

$\chi^2=27,62$

$p < 0,001$

* Diese Vorgabe fasst zwei Antwortvorgaben der Fragebögen zusammen: „Ich bin für Pressefreiheit, auch wenn sie die Sicherheit Taiwans/Südkoreas gefährdet.“ und „Die Sicherheit geht vor, solange sie nicht die Pressefreiheit einschränkt.“

** Diese Vorgabe fasst ebenfalls zwei ursprüngliche Antwortvorgaben der Fragebögen zusammen: „Ich bin für Pressefreiheit, solange sie nicht die Sicherheit Taiwans/Südkoreas gefährdet.“ und „Die Sicherheit geht vor. Im Zweifelsfall bin ich für die Einschränkung der Pressefreiheit.“

6.1.4. Vergleich der am häufigsten zugestimmten Thesen der deutschen, taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten in Kapitel 6.1.

Für die Thesen in Kapitel 6.1. wurde keine Rangordnung der Zustimmungshäufigkeit nach Ländern zusammengestellt, weil in diesem Teil der Arbeit nicht viele Thesen vorhanden waren. Die sechs Thesen, die mehr als 30% Zustimmung erhielten, wurden für alle untersuchten Länder in einer Tabelle zusammengefasst, dabei sollte überprüft werden, ob die Journalisten eines bestimmten Landes Thesen bestimmter Richtungen im Vergleich zu Journalisten anderer Länder häufiger zustimmten.

Der These, dass die „Verleger“ die Freiheit der Berichterstattung über den anderen Teil des Landes einschränkten, stimmten die Journalisten aller untersuchten Länder beinahe gleichmäßig zu. Rund ein Drittel von ihnen hielten immer diese Einschränkung der Berichterstattung für zutreffend. Darüber hinaus nannten die Journalisten beider asiatischen Länder „Bürokratie innerhalb der Medien“ eindeutig häufiger als die deutschen Journalisten als Grund für die Einschränkung von Freiheit der Berichterstattung. Rund zwei Drittel der taiwanesischen und der südkoreanischen Journalisten stimmten gegenüber weit weniger als die Hälfte der deutschen Journalisten dieser Einschränkung zu.

Die deutschen Journalisten unterschieden sich von den Journalisten anderer untersuchte Länder insofern, als sie kaum Richtlinien für die Berichterstattung über die neuen Länder spürten. Ihre Einstellung zeichnete sich hier besonders im Vergleich mit den südkoreanischen Journalisten aus. Außerdem berücksichtigten die deutschen Journalisten wesentlich häufiger den positiven Einfluss des Publikums im Vergleich zu den Journalisten der beiden asiatischen Länder.

Die taiwanesischen Journalisten zeichneten sich im Vergleich zu den südkoreanischen Journalisten dadurch aus, dass sie am häufigsten die Sicherheit der Pressefreiheit vorzogen. Knapp zwei Drittel der taiwanesischen Journalisten stimmten gegenüber knapp der Hälfte der südkoreanischen Journalisten dieser These zu.

Die südkoreanischen Journalisten zeichneten sich eindeutig dadurch aus, dass sie die Einschränkung durch die Regierung im Vergleich zu den Journalisten anderer Länder am häufigsten spürten. Über zwei Drittel der südkoreanischen Journalisten hielten diese Einschränkung für zutreffend, wobei nur rund die Hälfte der Journalisten der beiden anderen Länder dieser zustimmten (Tabelle 6-5).

Tabelle 6-5: Die Reihenfolge der Zustimmung zu den wichtigsten Thesen
-- deutsche, taiwanische und südkoreanische Journalisten --

	BRD (n=98) %	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %	Durchschnitt %
1. „Verleger“ üben Einfluss auf die Berichterstattung aus.	33	35	34	34
2. „Bürokratie innerhalb der Medien“ beeinflusst die Berichterstattung.	42	60	62	55
<u>Die deutschen Journalisten</u>				
3. Nein, Richtlinien für die Bericht- erstattung „gibt es nicht“. ^A	90	68	30	63
4. „Publikum“ übt Einfluss auf die Berichterstattung aus.	40	13	18	24
<u>Die taiwanesischen Journalisten</u>				
5. Sicherheit vor Pressefreiheit. ^C		68	46	57
<u>Die südkoreanischen Journalisten</u>				
6. „Politiker“ üben Einfluss auf die Berichterstattung aus. ^B	51	41	79	57

^A Diese Frage wurde in Taiwan und Südkorea variiert gestellt.

^B Diese Antwortvorgabe wurde variiert als „Regierung“ in Taiwan und Südkorea gestellt.

^C Diese Frage wurde in der Bundesrepublik nicht gestellt.

Abgesehen von der ersten These der oberen Tabelle, der von Journalisten aller untersuchten Länder gleichmäßig zugestimmt wurde, unterschieden die restlichen fünf Thesen immer mit relativ großer Abweichung zwischen den Zustimmungshäufigkeiten des häufigsten zugestimmten Landes und der geringer zugestimmten Länder. Die Journalisten beider asiatischer Länder spürten die Bürokratie der Medien eindeutig häufiger als die deutschen Journalisten. Die deutschen Journalisten zeichneten sich von den Journalisten der beiden asiatischen Länder insofern aus, als für sie die Richtlinien der Berichterstattung kaum existierten und dass das Publikum häufiger Einfluss auf die Berichterstattung ausübte. Die taiwanesischen Journalisten zogen häufiger als die südkoreanischen Journalisten Sicherheit der Pressefreiheit vor. Für die südkoreanischen Journalisten übte die Regierung eindeutig häufiger Einfluss aus.

6.2. Aufgabenverständnis von Journalisten bei der Berichterstattung über den anderen Teil ihres Landes

Der folgende Teil der Arbeit befasste sich mit Selbstverständnis/Aufgabenverständnis von Journalisten, das der Subjekt-Sphäre der Einflussfaktoren auf die Berichterstattung der Journalisten angehörte. Behandelt wurden das Publikumsbild und das Aufgabenverständnis der Journalisten, die über den anderen Teil des geteilten Landes berichteten. Darüber hinaus wurden das Zurückhalten von konflikthaltigen Berichten durch die Journalisten, die Einstellung der Kritik und die Behandlung von negativen und sensiblen Nachrichten aus dem anderen Teil des Landes in Betracht gezogen. Um einen Vergleich zu ermöglichen, wurde das allgemeine Aufgabenverständnis der Journalisten von den untersuchten Ländern ebenfalls untersucht, die sich nicht spezifisch auf den andern Teil bezogen.

6.2.1. Aufgabenverständnis von Journalisten

Das Verständnis der Journalisten von der Pflicht der Berichterstattung, die eine Informationsfunktion gegenüber der Gesellschaft erfüllt, wird als Aufgabenverständnis, Selbstverständnis oder auch als Rollenverständnis der Journalisten bezeichnet: „Unter Rollenverständnis versteht man die von Journalisten als legitim betrachtete gesellschaftliche Aufgabe ihres Berufs.“⁴¹ Aufgrund des gesellschaftlichen Einflusses und des Prozesses der Professionalisierung übernehmen die Journalisten in jeder Gesellschaft in gewisser Weise ein Aufgabenverständnis, das die Merkmale dieser Gesellschaft charakterisiert. Vergleichende Untersuchungen über das Aufgabenverständnis von Journalisten der Industrienationen zeigten bereits, dass die Journalisten verschiedener Nationalitäten unterschiedliche Aspekte des Aufgabenverständnisses von Journalisten hervorhoben. Im Vergleich zu den britischen Journalisten zeichneten sich die deutschen Journalisten durch stärkeres partizipativ-advokatives Aufgabenverständnis aus, wobei die britischen Journalisten im Vergleich eher die Aufgaben des neutralen Vermittlers vorzogen.⁴² In Anbetracht des abweichenden Aufgabenverständnisses der Journalisten in den Industrienationen wurden die Journalisten aus Taiwan und Südkorea, d. h. Ländern, die seltener Gegenstand einer Untersuchung von Aufgabenverständnis sind, in die Untersuchung einbezogen. Zur Frage: „... als was sollte man sich als Journalist sehen?“ wurden zehn

⁴¹ Donsbach, Wolfgang: Journalist. In: Elisabeth Noelle-Neumann/Winfried Schulz/Jürgen Wilke (Hrsg.): Fischer Lexikon Publizistik, Massenkommunikation. Neuauflage. Frankfurt am Main 1994, S. 64-91, S. 81.

⁴² Vgl. Köcher, Renate: Bloodhounds or Missionaries: Role Definitions of German and British Journalists. In: European Journal of Communication 1 (1986), S. 43-64.

Antworten vorgegeben, die aktive, passive, neutrale sowie advokative Aufgabenverständnisse der Journalisten beinhalteten.

Bei den Antworten erhielten zwei gegensätzliche Aufgabenverständnisse der Journalisten als „neutraler Berichterstatter“ und „Kritiker an sozialen Missständen/Armut und Korruption“ die meiste Zustimmung sowohl von den taiwanesischen als auch von den südkoreanischen Journalisten. Die Journalisten der beiden Länder stimmten diesen beiden Aufgaben mindestens mit 84% und höchstens sogar mit 98% zu. Der Aufgabe als „neutraler Berichterstatter“ stimmten die taiwanesischen Journalisten wesentlich häufiger als die südkoreanischen Journalisten zu (98% und 84%). Die Rolle der Journalisten als „Kritiker an sozialen Missständen/Armut und Korruption“ befürworteten 93% der südkoreanischen ähnlich wie die taiwanesischen Journalisten mit 89%. In einer anderen Befragung über das Aufgabenverständnis der taiwanesischen Journalisten zu Anfang der achtziger Jahre ergab sich, dass die taiwanesischen Journalisten die Aufgaben als „Kritiker an Missständen“ und „neutraler Vermittler“⁴³ mit einer Zustimmung von 85% bzw. 77% ebenfalls sehr häufig nannten.

In der Rangfolge der Zustimmung folgten als nächstes drei Aufgabenverständnisse von einem aktiv-beteiligten Rollenverständnis der Journalisten: „Jemand, der Leuten hilft, sie berät“, „Vermittler neuer Ideen“ und „Anwalt der Benachteiligten in unserer Bevölkerung“. Die Zustimmung zu diesen Thesen lag zwischen 65% bis 82%. Bei den taiwanesischen Journalisten bestand für die Zustimmung zu den drei Aufgabenverständnissen keine spürbare Differenz. Die südkoreanischen Journalisten stimmten dem Aufgabenverständnis: „Jemand, der Leuten hilft, sie berät“ eindeutig geringer als den beiden anderen Aufgaben zu.

Als nächstes erhielten die zwei typischen Aufgabenverständnisse von Journalisten der demokratischen Gesellschaft „Wächter der Demokratie“ und „Sprachrohr der Bevölkerung“ die Zustimmung von über der Hälfte der taiwanesischen Journalisten. Gegenüber den taiwanesischen Journalisten stimmten die südkoreanischen Journalisten diesen beiden demokratischen Aufgaben noch etwas häufiger zu. Besonders die Aufgabe „Sprachrohr der Bevölkerung“ hoben die südkoreanischen Journalisten wesentlich häufiger als die taiwanesischen Journalisten hervor.

Den drei letzten Aufgaben der Journalisten als „Pädagoge“, „Unterhalter“ und „Politiker mit anderen Mitteln“, die mehr im diktatorischen als im demokratischen System zur Anwendung kommen, stimmten stets weniger als die Hälfte der Journalisten der beiden untersuchten Länder zu. Sie erhielten jeweils die Zustimmung von 18% bis höchstens 48% der Journalisten. Die taiwanesischen Journalisten befürworteten diese drei Aufgaben im-

⁴³

Vgl. Shaw-Weng, Shieu-Chi: a.a.O., S. 212.

mer häufiger als ihre südkoreanischen Kollegen. Besonders die letzte und vorletzte Aufgabe wurden eindeutig von mehr der taiwanesischen als von den südkoreanischen Journalisten bejaht. Außerdem stimmten den drei Aufgaben „Pädagoge“, „Unterhalter“ und „Politiker mit anderen Mitteln“ der Reihe nach in beiden Ländern immer weniger Journalisten zu. In einer Studie Anfang der achtziger Jahre in Taiwan erhielten die zwei letztgenannten Aufgaben ebenfalls die geringste Zustimmung unter den insgesamt zehn genannten Aufgaben der Journalisten (27% bzw. 23%). Lediglich die Aufgabe als „Pädagoge und Erzieher“⁴⁴ erhielt damals mit 60% eine höhere Zustimmung der Journalisten. Die höhere Zustimmung zur Aufgabe als „Pädagoge und Erzieher“ konnte vermutlich auf die stärkere staatliche Bevormundung im Bereich der Presse vor der Einführung der Pressefreiheit im Jahr 1987 zurückgeführt werden (Tabelle 6-6).

Die Aufgabenverständnisse der taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten wichen nicht entscheidend voneinander ab. Die Journalisten der beiden Länder identifizierten sich mit hoher Übereinstimmung mit der Aufgabe des neutralen bzw. engagierten Informationsvermittlers. Am meisten Zustimmung erhielt die Aufgabe des neutralen Vermittlers. Engagierte Rollenverständnisse der Journalisten, die als positives Aufgabenverständnis bezeichnet werden konnten und ebenfalls eine hohe Zustimmung erhielten, betrafen die Aufgaben als Beschützer der Demokratie und Helfer der Bevölkerung (2. bis 7. Aufgaben). Die Rolle des Journalisten als Pädagoge, Politiker oder bloß Unterhalter wurden wesentlich seltener von den Journalisten akzeptiert. Größere Abweichungen zwischen den taiwanesischen und den südkoreanischen Journalisten bestanden bei den beiden Aufgabenverständnissen „Sprachrohr der Bevölkerung“ und „Politiker mit anderen Mitteln“. Die südkoreanischen Journalisten stimmten der ersten Aufgabe, die für eine demokratische Gesellschaft typisch ist, häufiger als die taiwanesischen Journalisten zu. Bei der zweiten Aufgabe, die eher im diktatorischem System vorkommt, stimmten mehr taiwanesischen Journalisten zu. Ansonsten stimmten die taiwanesischen Journalisten den folgenden Aufgaben immer mit etwas geringerem jedoch bemerkbarem Abstand häufiger zu als die südkoreanischen Journalisten: „neutraler Berichterstatter“, „jemand, der Leuten hilft, sie berät“, „Pädagoge, Erzieher“ und „jemand, der Leute unterhalten sollte“.

⁴⁴

Vgl. ebd.

Tabelle 6-6: Aufgabenverständnis der taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten

Frage: „Wie sollte man als Journalist Ihrer Meinung nach seine Aufgabe verstehen, als was sollte man sich als Journalist sehen? Sagen Sie mir bitte, ob Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht.“

Antwort: „stimme zu“

	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %	Chi ²

„Sollte sich der Journalist sehen als...			
... neutraler Berichterstatte ^r ?	98	84	18,86*
... Kritiker an sozialen Missständen/ Armut und Korruption?	89	93	1,71**
... jemand, der Leuten hilft, sie berät?	82	65	21,72*
... Vermittler neuer Ideen?	80	76	4,46**
... Anwalt der Benachteiligten in unserer Bevölkerung?	79	80	1,86**
... Wächter der Demokratie?	64	71	12,07*
... Sprachrohr der Bevölkerung?	51	75	20,19*
... Pädagoge, Erzieher?	48	38	15,45*
... jemand, der die Leute unterhalten sollte?	44	29	20,32*
... Politiker mit anderen Mitteln?	39	18	21,24*

* Signifikant $p < 0,01$

** Nicht Signifikant

DF=2

6.2.2. Vorstellung vom Publikum

Von den vielfältigen Einflussfaktoren, die sich auf die Berichterstattung der Journalisten auswirkten, spielte das Publikumsbild der Journalisten eine wichtige Rolle. Wie die Journalisten sich ihr Publikum vorstellten, dominierte die Gestaltung der Berichterstattung, ungeachtet dessen, ob die Medienstruktur eines Landes lediglich der kommerziellen Orientierung folgte oder ihr darüber hinaus die Erfüllung gewisser gesellschaftlicher Aufgaben übertragen wurde. Gemäß der Untersuchung von Einflussfaktoren auf die Berichterstattung maßen die deutschen Journalisten der Orientierung an den Interessen des Publikums größere Bedeutung bei als die Journalisten der beiden asiatischen Länder.⁴⁵ Das Publikumsbild der Journalisten besaß nicht zuletzt großen Einfluss darauf, welche Nachrichten in den Medienberichterstattungen erschienen und wie sie verbreitet wurden. Taiwan und Südkorea standen im Vergleich zu Deutschland, wo die Demokratie ihre Funktion voll ausübte, beide unter geschlosseneren demokratischen Systemen. In diesem Fall war es wichtig zu betrachten, wie die Journalisten dieser beiden Länder das politische Verständnis, die Fähigkeit zum kritischen Urteil, die Informiertheit des Publikums über die Geschehnisse usw. einschätzten. Das Bild des Publikums, das sich die Journalisten vorstellten, wurde durch die Frage ermittelt: „Wie stellen Sie sich das Publikum vor, für das die taiwanesischen/südkoreanischen Journalisten über die Volksrepublik China/Nordkorea berichten?“

Das Bild des Publikums bestand aus 14 Eigenschaften und ließ sich in drei Gruppen untergliedern. Die ersten sechs Eigenschaften auf der Tabelle 6-7 galten als positiv: „politisch interessiert“, „fortschrittlich, aufgeschlossen“, „kritisch, anspruchsvoll“, „engagiert“, „gut informiert“ und „tolerant“. Die nächsten sechs stellten ein negatives Bild des Publikums dar: „leicht zu beeinflussen“, „sensationshungrig“, „gleichgültig“, „oberflächlich“, „engstirnig“ und „stur“. Die letzten zwei zeichneten die politische Einstellung des Publikums auf: „politisch eher rechts“ und „politisch eher links“.

Die positiven Eigenschaften des Publikums: Auf die Frage über die ersten beiden positiven Eigenschaften hin beschrieb weit über die Mehrheit der Journalisten beider asiatischer Länder ihr Publikum mit den beiden positiven Eigenschaften „politisch interessiert“ und „fortschrittlich, aufgeschlossen“. Der ersten stimmten jeweils 72% der taiwanesischen und 60% der südkoreanischen Journalisten zu, und jeweils mehr als 60% von ihnen charakterisierten ihr Publikum mit der zweiten Eigenschaft. Insbesondere erachteten die taiwanesischen Journalisten ihr Publikum häufiger als die südkoreanischen Journalisten als „politisch interessiert“.

⁴⁵

Vgl. Tabelle 6-1.

Eindeutig geringer charakterisierten die taiwanesischen Journalisten ihr Publikum mit den positiven Eigenschaften „kritisch, anspruchsvoll“, „engagiert“ und „gut informiert“. Höchstens 45% und mindestens 37% der taiwanesischen Journalisten stimmten diesen drei Eigenschaften ihres Publikums zu. Noch seltener wiesen die südkoreanischen Journalisten ihrem Publikum diese drei Eigenschaften zu. Hier schrieben höchstens mit 32% ihrem Publikum nur eine dieser drei positiven Eigenschaften „kritisch, anspruchsvoll“ zu; den beiden anderen, „engagiert“ und „gut informiert“, stimmten jeweils nur 17% bzw. 3% der südkoreanischen Journalisten zu.

Alle fünf obengenannten positiven Eigenschaften erhielten immer eindeutig mehr Zustimmung von den taiwanesischen als von den südkoreanischen Journalisten. Ausnahmen bildete die positive Eigenschaft „tolerant“. Hier stimmten die südkoreanischen Journalisten häufiger als ihre taiwanesischen Kollegen zu (21% zu 7%).

Die negativen Eigenschaften des Publikums: Unter den negativen Eigenschaften des Publikums, „leicht zu beeinflussen“, „sensationshungrig“, „gleichgültig“, „oberflächlich“, „engstirnig“ und „stur“ zu sein, stimmten die taiwanesischen Journalisten nur der ersten mit 24% zu. Die restlichen negativen Eigenschaften hielten höchstens 16% der taiwanesischen Journalisten bei ihrem Publikum für zutreffend. Dagegen stimmten die südkoreanischen Journalisten vier dieser sechs negativen Eigenschaften mit mindestens 21% bis 30% zu; nur die negativen Eigenschaften „gleichgültig“ und „stur“ erhielten die Zustimmung von 9% der südkoreanischen Journalisten. Im Vergleich zu den taiwanesischen Journalisten wiesen die südkoreanischen Journalisten ihrem Publikum eindeutig häufiger diese vier der sechs negativen Eigenschaften zu.

Die politische Einstellung des Publikums: Zu der Einstufung der politischen Einstellung des Publikums zeichnete sich eine große Abweichung der taiwanesischen von den südkoreanischen Journalisten ab. Der Einschätzung, dass ihr Publikum „politisch eher rechts“ einzustufen ist, gaben 26% der taiwanesischen Journalisten ihre Zustimmung, wohingegen diese Einschätzung von einem wesentlich höheren Anteil von 44% der südkoreanischen Journalisten ihrem Publikum zugeschrieben wurde. Der gegensätzlichen Einschätzung des Publikums mit „politisch eher links“ stimmten dagegen nur jeweils 4% bzw. 3% der taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten zu. Sowohl die taiwanesischen als auch die südkoreanischen Journalisten gruppierten ihr Publikum eher auf dem rechten als auf dem linken Teil des politischen Meinungsspektrums, wobei die südkoreanischen Journalisten ihr Publikum wesentlich stärker als ihre taiwanesischen Kollegen als rechts einstufen. Die Einstufung des Publikums im rechten Meinungsspektrum wies darauf hin, dass die Journalisten der beiden asiatischen Länder, besonders die südkoreanischen Journalisten, sich selbst im Vergleich zu ihrem Publikum für mehr „links“ hielten (Tabelle 6-7).

Tabelle 6-7: Das Publikumsbild der taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten

Frage: „Wie stellen Sie sich das Publikum vor, für das die taiwanesischen/ südkoreanischen Journalisten über die Volksrepublik China/Nordkorea berichten?“

Antwort: „Ja“	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %	Chi ²
„politisch interessiert“	72	60	5,21*
„fortschrittlich, aufgeschlossen“	65	61	0,61**
„kritisch, anspruchsvoll“	45	32	6,31*
„engagiert“	41	17	23,85*
„gut informiert“	37	3	65,40*
„tolerant“	7	21	11,91*
„leicht zu beeinflussen“	24	30	1,52**
„sensationshungrig“	16	28	7,15*
„gleichgültig“	16	9	2,93**
„oberflächlich“	10	30	20,92*
„engstirnig“	7	21	13,35*
„stur“	6	9	0,31**
„politisch eher rechts“	26	44	11,21*
„politisch eher links“	4	3	0,55**

* Signifikant $p < 0,02$

** Nicht signifikant

DF=1

Im Vergleich zu den südkoreanischen Journalisten wiesen die taiwanesischen Journalisten ihrem Publikum immer häufiger als die südkoreanischen Journalisten die fünf positiven Eigenschaften zu. Demgegenüber schrieben die südkoreanischen Journalisten vier der sechs negativen Eigenschaften ihrem Publikum eindeutig immer häufiger als ihre taiwanesischen Kollegen zu. Als Ausnahme galt die positive Eigenschaft „tolerant“, welche die taiwanesischen Journalisten ihrem Publikum eindeutig seltener als die südkoreanischen Journalisten zuschrieben.

Größere Abweichungen traten zwischen den Journalisten der beiden Länder bei den positiven Eigenschaften wie „gut informiert“ und „engagiert“ auf, denen die taiwanesischen zu rund 25% häufiger als die südkoreanischen Journalisten zustimmten.

Den beiden negativen Eigenschaften „politisch eher rechts“ und „oberflächlich“ stimmten dagegen die südkoreanischen Journalisten zu rund 20% häufiger zu als ihre taiwanesischen Kollegen.

6.2.3. Aufgaben der Berichterstattung über den anderen Teil

Das Aufgabenverständnis der Journalisten in Ländern der westlichen Demokratien unterschied sich von dem der totalitären Regime sowie von dem der Entwicklungsländer. Dieser Unterschied hatte divergente Einstellungen und Rollenverständnisse der Journalisten bei der Berufsausübung unter verschiedenen politischen Systemen zur Folge.⁴⁶ Sowohl die Berichterstattungen über die neuen Bundesländer in den deutschen Medien als auch die Berichterstattungen über den kommunistischen Teil des Landes in taiwanesischen und südkoreanischen Medien erschienen in einem eigenständigen Ressort der Medien. Sie gehörten normalerweise weder der Auslands- noch der Inlandsredaktion an, sondern sie bildeten fast immer selbständige Seiten bzw. ein eigenes Ressort. Durch einen visuellen Vergleich beim Durchblättern der Medienerzeugnisse der Bundesrepublik Deutschland und der beiden asiatischen Länder ließ sich feststellen, dass die Medien der beiden asiatischen Länder im Vergleich zu den Medien der Bundesrepublik Deutschland in wesentlich geringerem Umfang eine internationale Berichterstattung brachten, jedoch in wesentlich größerem Umfang von sozialer unterhaltender Berichterstattung geprägt waren. Es war auch zu vermuten, dass die Berichterstattungen über die neuen Bundesländer in den deutschen Medien und über den kommunistischen Teil des Landes in taiwanesischen und südkoreanischen Medien einem unterschiedlichen Aufgabenverständnis folgten. Wie unterschied sich dieses Aufgabenverständnis der deutschen Journalisten von dem der Journalisten der beiden asiatischen Länder? Das unterschiedliche Aufgabenverständnis der Journalisten der drei Länder von der Berichterstattung über den anderen Teil des Landes wurden mit der Frage ermittelt: Welche Aufgaben soll Ihrer Ansicht nach die Berichterstattung über den anderen Teil des Landes erfüllen? Dazu wurden den Journalisten der untersuchten Länder insgesamt sieben mögliche Situationen gemäß der aktuellen Lage der jeweiligen Länder als Antwortvorgaben zur Überprüfung der Aufgabenverständnisse vorgelegt.

Die Einstellung „soll ein möglichst objektives und vollständiges Bild über den anderen Teil des Landes vermitteln“, erhielt übereinstimmend die höchste Zustimmung von allen Journalisten der untersuchten Länder. Jeweils 96% der deutschen, 93% der taiwanesischen und 97% der südkoreanischen Journalisten stimmten dieser Vorgabe zu.

Darüber hinaus wurden die zwei Vorgaben: „soll deutlich machen, dass wir ein Volk sind“ und „soll sich am Interesse des Publikums orientieren“, an zweiter Stelle von den Journalisten genannt. Jeweils 55% bis 65% der Journalisten der drei Länder hielten diese beiden Vorgaben für zutreffend. Eine Ausnahme bestand jedoch bei den südkoreanischen Journalisten über das erste Aufgabenverständnis. Auch hier zeichnete das starke nationalistische Bekenntnis die südkoreanischen Journalisten deutlich aus. Im Unterschied zu den

⁴⁶

Vgl. Kunczik, Michael: a.a.O., S. 57.

Journalisten der beiden anderen Länder wollten beinahe alle südkoreanischen Journalisten in ihrer Berichterstattung über Nordkorea deutlich machen, dass Süd- und Nordkoreaner einem Volk angehörten. Zum zweiten Aufgabenverständnis, der Berücksichtigung des Publikumsinteresses, die eher als Bestandteil eines liberalisierten Pressesystems galt, wiesen die Meinungen der befragten Journalisten keine nennenswerte Differenz auf.

Die nächsten zwei Aufgabenverständnisse „soll die Meinung des jeweiligen Journalisten widerspiegeln“ und „soll negativen Nachrichten... nicht zuviel Beachtung schenken“ erhielten fast immer die Zustimmung von weit weniger als der Hälfte der Journalisten in den untersuchten Ländern. Die südkoreanischen Journalisten stimmten diesen beiden Aufgabenverständnissen am häufigsten zu (40% und 52%), wobei die taiwanesischen Journalisten am seltensten diese beiden Aufgaben zustimmten (19% und 14%). Demgegenüber stimmten die deutschen Journalisten mit 31% bzw. 13% diesen beiden Aufgabenverständnissen zu. Der ersten These zum Aufgabenverständnis, die direkt die advokative Rolle der Journalisten betraf, stimmten die südkoreanischen Journalisten mit Abstand häufiger als die taiwanesischen Journalisten zu. Das zweite Aufgabenverständnis, das eine freundliche Einstellung gegenüber den neuen Bundesländern bzw. dem kommunistischen Teil des Landes annahm, fand ebenfalls unter den südkoreanischen Journalisten eindeutig die meiste Zustimmung. Die deutschen und taiwanesischen Journalisten wollten im Vergleich hier kaum besondere Rücksicht nehmen. Die südkoreanischen Journalisten wollten bei ihrer Berichterstattung über Nordkorea ihre eigene Einstellung am häufigsten einbringen und dabei die negative Berichterstattung über Nordkorea eindeutig mildernd darstellen.

Bei den zwei letzten Aufgabenverständnissen wurden die Fragestellungen für die deutschen Journalisten variiert. Erwartungsgemäß befürworteten die deutschen Journalisten mit 94% das Aufgabenverständnis „soll die Regierungspolitik kritisch begleiten“ und bestätigten somit die Überwachungsfunktion der Journalisten in demokratischen Systemen. Bei dem letzten Aufgabenverständnis „soll vor den wirtschaftlichen Belastungen der Wiedervereinigung warnen“ hielten nur 30% der deutschen Journalisten das wirtschaftliche Gefälle der beiden Teile Deutschlands für eine mögliche Gefahr der Vereinigung.

Von den taiwanesischen und den südkoreanischen Journalisten stimmte den letzten beiden Aufgabenverständnissen fast immer weniger als die Hälfte zu. Bei dem ersten Aufgabenverständnis, die Berichterstattung „soll loyal zur Regierung stehen“, zeigte sich zwischen den taiwanesischen und den südkoreanischen Journalisten keine bemerkenswerte Abweichung (47% bzw. 40%). Jedoch bestand bei der letzten Angabe: die Berichterstattung „soll das Volk vor möglichen Gefahren aus der Volksrepublik China/Nordkorea warnen“, die die Feindlichkeit gegenüber dem kommunistischen Teil zum Gegenstand hatte, eine große Abweichung zwischen den taiwanesischen und den südkorea-

nischen Journalisten. Die taiwanesischen Journalisten stimmten hier mit 52% wesentlich häufiger zu als die südkoreanischen Journalisten mit 19%. Im Vergleich zum starken nationalistischen Bekenntnis der südkoreanischen Journalisten wiesen die taiwanesischen Journalisten eine sehr vorsichtige Einstellung gegenüber dem kommunistischen Teil ihres Landes auf (Tabelle 6-8).

Es lässt sich zwischen Gatekeeper- und Advocate-Type (oder „Aktiv-“ und „Passiv-“ Typ, oder „neutraler“ oder „partizipativer“ Typ) des Aufgabenverständnisses von Journalisten unterscheiden. Der erste repräsentiert eine objektive Einstellung der Journalisten zu den behandelten Nachrichten, wohingegen der zweite eine engagierte Einstellung der Journalisten zu den Nachrichten darstellt.⁴⁷ Unter den sieben Thesen zum Aufgabenverständnis der Tabelle 6-8 erhielt die erste, die eine neutrale Einstellung der Berichterstattung befürwortete, die höchste Zustimmung von den Journalisten aller untersuchten Länder. Die Journalisten gaben offensichtlich einer neutralen Einstellung in der Berichterstattung über den anderen Teil des Landes den Vorzug. Darüber hinaus unterschieden sich die Journalisten der beiden asiatischen Länder wider Erwarten bei der Zustimmung zum Aufgabenverständnis deutlich voneinander. Die taiwanesischen Journalisten stimmten dem Aufgabenverständnis ebenso oft zu wie die deutschen. Die Zustimmung der südkoreanischen Journalisten entsprach manchmal der der deutschen. Jedoch gab es bei der Zustimmung zum Aufgabenverständnis keine Ähnlichkeit zwischen den Journalisten der beiden asiatischen Länder. Abgesehen von denjenigen Aufgabenverständnissen, die von Journalisten aller Länder gleichmäßig bejaht wurden (erstes und drittes der Tabelle 6-8) und demjenigen, dessen variierte Fragestellung alle Länder nicht vergleichbar machte (sechstes), stimmten die taiwanesischen Journalisten bei drei der restlichen vier Aufgabenverständnisse eher wie die deutschen Journalisten zu (zweites, fünftes und siebtes). Die südkoreanischen Journalisten stimmten bei einem der Aufgabenverständnisse wiederum wie die deutschen Journalisten zu (viertes). Im Gegensatz zu der Erwartung, dass die deutschen Journalisten von den Journalisten der beiden asiatischen Länder bei der Zustimmung zum Aufgabenverständnis unterschieden werden könnten, unterschieden sich die Journalisten der beiden asiatischen Länder in Bezug auf die Zustimmung zum Aufgabenverständnis bemerkbar untereinander.

⁴⁷

Vgl. u. a.

Janowitz, Morris: Professional Models in Journalism: The Gatekeeper and the Advocate. In: Journalism Quarterly 52, 1975, S. 618-662, dort S. 662.

Tunstall, Jeremy (Hrsg.): Media Sociology. London 1974.

Weaver, David /Cleveland Wilhoit: The American Journalist. Portrait of U.S. Newspeople and Their Work. Bloomington 1986.

Tabelle 6-8: Aufgaben der Berichterstattung über den anderen Teil des Landes

Frage: „Welche Aufgaben soll Ihrer Ansicht nach die Berichterstattung über die Volksrepublik China/Nordkorea haben?“ (Taiwan/Südkorea)

„Welche der folgenden Forderungen sind Ihrer Ansicht nach bei der Berichterstattung über die neu gegründeten Länder wichtig?“ (BRD)²

Antwort: „Ist wichtig“	BRD (n=98) %	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %	Chi ²	DF

„Die Berichterstattung...					
... soll ein möglichst objektives und vollständiges Bild über die neuen Länder/ Volksrepublik China/Nordkorea vermitteln.“	96	93	97	4,25**	4
... soll deutlich machen, dass wir ein Volk sind.“	61	55	96	92,26*	4
... soll sich am Interesse des Publikums orientieren.“	60	60	65	13,01*	4
... soll die Meinung des jeweiligen Journalisten widerspiegeln.“	31	19	40	21,94*	4
... soll negativen Nachrichten über die neuen Länder/ Volksrepublik China/Nordkorea nicht zuviel Beachtung schenken.“	13	14	52	84,15*	4
... soll loyal zur Regierung stehen.“ ¹		47	40	10,52*	2
... soll die Regierungspolitik kritisch begleiten.“ ²	94				
... soll das Volk vor möglichen Gefahren aus der Volksrepublik China/Nordkorea warnen.“ ¹		52	19	55,56*	2
... soll vor den wirtschaftlichen Belastungen der Wiedervereinigung warnen.“ ²	30				

* Signifikant $p < 0,01$

** Nicht signifikant

¹ Diese Antwort wurde nur in Taiwan und Südkorea vorgegeben.

² Diese Antwort wurde nur in der BRD vorgegeben.

Die südkoreanischen Journalisten stimmten im Vergleich zu Journalisten der beiden anderen Länder eindeutig häufiger Aufgaben zu, die eine freundliche Einstellung zum kommunistischen Teil annahmen, wie Unterdrückung negativer Nachrichten und Hervorhebung von Gemeinsamkeiten des süd- und nordkoreanischen Volkes. Dagegen wählten die taiwanesischen Journalisten das Aufgabenverständnis, das von den Journalisten eine kritische Einstellung gegenüber dem kommunistischen Teil forderte, häufiger als die südkoreanischen Journalisten. Außerdem wollten die taiwanesischen Journalisten besonders häufiger als die Journalisten der beiden anderen Länder vor Gefahr aus dem anderen Teil des Landes warnen.

Wie bereits in den vorangegangenen Kapiteln dieser Arbeit zeigten die südkoreanischen Journalisten auch hier wieder ein stärkeres nationalistisches Bekenntnis. In gleicher Weise trat bei den taiwanesischen Journalisten das Abgrenzungsphänomen gegenüber der Volksrepublik China deutlich hervor.

6.2.4. Zurückhalten von Berichten

Taiwan und Südkorea

Die Ermittlung von Einstellungen in der Berichterstattung von Journalisten über die neuen Bundesländer und den kommunistischen Teil des geteilten Landes ergab in einigen Fällen große Differenzen in den untersuchten Ländern. Der größte Kontrast bestand zwischen den taiwanesischen und den südkoreanischen Journalisten. Sehr wahrscheinlich übernahmen die taiwanesischen und die südkoreanischen Journalisten aufgrund des unterschiedlichen Teilungszustands von China und Korea unterschiedliche Einstellungen zum anderen Teil des geteilten Landes. Unter den Journalisten der westlichen Länder bestand auch eine unterschiedliche Bereitschaft, einen konflikthaltigen Bericht zurückzuhalten. So ergab eine 1985 durchgeführte vergleichende Untersuchung über deutsche und englische Journalisten, dass die deutschen Journalisten häufiger bereit waren, einen Bericht nicht zu veröffentlichen, wenn er für eine Person des öffentlichen Lebens unabsehbare Folgen nach sich ziehen konnte. Dagegen zeigten die englischen Journalisten eine stärkere Bereitschaft, einen Bericht zurückzuhalten, wenn der Bericht den Interessen einer Minderheit in der Gesellschaft Schaden zuzufügen schien.⁴⁸ Zu solchen unterschiedlichen Einstellungen in Bezug auf die Zurückhaltung von Nachrichten über den anderen Teil des Landes kam es vermutlich dann zwischen den taiwanesischen und den südkoreanischen Journalisten, wenn ein Bericht über die Beziehung zwischen den beiden Teilen des geteilten Landes zu unabsehbaren Folgen führen konnte. Um die unterschiedliche Bereitschaft zum Zurückhalten von Berichten zwischen den taiwanesischen und den südkoreanischen Journalisten zu ermitteln, wurde die Frage gestellt: „Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journalist gar nicht beabsichtigt hat. Finden Sie, solche Berichte sollten daher unter Umständen zurückgehalten werden, oder sollte der Journalist den Beitrag ruhig veröffentlichen?“ Zu dieser Frage wurden für die taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten fünf vergleichbare Erwägungssituationen konzipiert. In ihnen ging es um konflikthaltige Fälle, die zur eventuellen Unterdrückung der Nachrichten durch die Journalisten der untersuchten Länder führen sollten.

Im ersten Fall handelte es sich um die Wahrung der Sicherheit in Taiwan/Südkorea gegenüber der Volksrepublik China/Nordkorea: „Berichte über streng geheime Verteidigungspläne gegen die Volksrepublik China/Nordkorea, die eventuell die Sicherheit Taiwans/Südkoreas gefährden.“ Hier zeigten sich 88% der taiwanesischen Journalisten bereit, eine solche Berichterstattung zu unterdrücken, um die Sicherheit Taiwans zu ge-

⁴⁸

Vgl. Köcher, Renate: Spürhund und Missionar. Eine vergleichende Untersuchung über Berufsethik und Aufgabenverständnis britischer und deutscher Journalisten. Dissertation der Ludwig-Maximilians-Universität München. 1985, S. 168ff.

währleisten; dagegen wollte nur 47% der südkoreanischen Journalisten wegen der Sicherheit Südkoreas gegenüber Nordkorea diesen Bericht zurückhalten.

Zum zweiten und dritten Fall, die eventuell zur Verhinderung einer Normalisierung der Beziehung und Entfremdung der beiden Teile führen würden, erklärte im Vergleich zu den taiwanesischen Journalisten ein wesentlich höherer Anteil von südkoreanischen Journalisten die Bereitschaft, die Berichterstattung zurückzuhalten. Die „Berichte, die zur Entfremdung der beiden Teile Chinas/Koreas führen“, wollten 85% der südkoreanischen Journalisten zurückhalten, dagegen erklärten dazu nur 41% der taiwanesischen Journalisten die Bereitschaft zum Zurückhalten. Ähnlich befürworteten 82% der südkoreanischen gegenüber 31% der taiwanesischen Journalisten das Zurückhalten der „Berichte, die politische Verhandlungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik China/Südkorea und Nordkorea verhindern.“

Bei den zwei letzten Fällen handelte es sich um die Unterdrückung von Berichten über Protestwellen und Ressentiments gegenüber der Volksrepublik China/Nordkorea: „Berichte über Studentendemonstrationen, die sich gegen die China-Politik/Nordkorea-Politik der Regierung richten und eventuell die Protestwelle verstärken“; Berichte über Konflikte wie „Fischerbooten/Terroranschlag an der Demarkationslinie“, die eventuell zu Konflikten mit dem anderen Teil des Landes führen könnten. Bei diesen beiden Konfliktarten zeigten die taiwanesischen und die südkoreanischen Journalisten geringere Bereitschaft, Berichte zurückzuhalten. Den ersten dieser beiden Berichte über eine Protestwelle wollten fast gleichviel von 31% der taiwanesischen und 29% der südkoreanischen Journalisten zurückhalten. Beim letzten Bericht über die mögliche Ursache von Ressentiments gegen den anderen Teil des Landes waren die südkoreanischen geringfügig häufiger bereit als die taiwanesischen Journalisten, die Berichte zurückzuhalten (36% gegen 25%). Über diese beiden Konflikt-Berichte wichen die Meinungen der taiwanesischen und der südkoreanischen Journalisten im Vergleich zu den drei vorangegangenen Berichten nicht wesentlich voneinander ab (Tabelle 6-9).

Tabelle 6-9: Zurückhalten von Berichten über den anderen Teil
(Taiwan/Südkorea)

Frage: „Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journalist gar nicht beabsichtigt hat. Finden Sie, solche Berichte sollten daher unter Umständen zurückhalten werden, oder sollte der Journalist den Beitrag ruhig veröffentlichen?“ (Taiwan/Südkorea)

Antwort: „Zurückhalten“⁺

	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %	Chi ²
„Berichte über streng geheime Verteidigungspläne gegen die Volksrepublik China/Nordkorea, die eventuell die Sicherheit Taiwans/Südkoreas gefährden.“	88	47	64,21*
„Berichte, die zur Entfremdung der beiden Teile Chinas/Koreas führen.“	41	85	71,54*
„Berichte, die politische Verhandlungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik China/Südkorea und Nordkorea verhindern.“	31	82	91,65*
„Berichte über Studentendemonstrationen, die sich gegen die China-Politik/Nordkorea-Politik der Regierung richten und eventuell die Protestwelle verstärken.“	31	29	1,21***
„Berichte über Konflikte zwischen taiwanesischen und VR-chinesischen Fischerbooten in der Küstenregion, die eventuell zu verstärkten Ressentiments gegen die Volksrepublik China führen./Berichte über einen Terroranschlag an der Demarkationslinie, die eventuell zu verstärkten Ressentiments gegen Nordkorea führen.“	25	36	6,48**

* Signifikant $p < 0,001$

** Signifikant $p < 0,04$

*** Nicht signifikant

⁺ Vgl. Anhang 6-11 für die vollständige Tabelle.

Für die taiwanesischen Journalisten würde der Faktor Sicherheit Taiwans — „streng geheime Verteidigungspläne gegen die Volksrepublik China“ — zweifellos als das entscheidende Kriterium für das Zurückhalten von Berichten gelten. Die südkoreanischen

Journalisten ließ sich dagegen durch die Zusammengehörigkeit der beiden Teile Koreas gefährdende Fälle — „Entfremdung der beiden Teile Koreas“ und Verhinderung von „Verhandlungen zwischen Süd- und Nordkorea“ — zum Zurückhalten von Berichten bewegen. Diese Erscheinung entspricht der Theorie der instrumentellen Aktualisierung, die bestätigt, dass die Sichtweise von Journalisten einen signifikanten Einfluss auf ihre Auswahl von Meldungen besaß. Die Journalisten tendierten dazu, Meldungen hoch- und herunterzuspielen, die ihrer persönlichen Konfliktsicht über ein Ereignis entsprechen.⁴⁹ Hier tendierten taiwanesishe und südkoreanische Journalisten durch die Beeinflussung von unterschiedlichen politischen Grundhaltungen und der Einschätzung des kommunistischen anderen Teils in sehr unterschiedlicher Weise zum Herunterspielen von negativen Nachrichten über den anderen Teil bzw. unter vereinigungsrelevanten Themen.

Berichte über Zwischenfälle von kleinerem Umfang wie Studentendemonstrationen bzw. über einen Konflikt/Terroranschlag an der Grenze würden zwar die bilateralen Beziehungen belasten, stellten jedoch nicht eine verheerende Bedrohung der Grundhaltung der China- bzw. Koreapolitik dar. Sie wurden von der Mehrheit der Journalisten beider Länder geringer als Beweggrund zum Zurückhalten von Berichten empfunden. Hier unterschieden sich die Einstellungen der Journalisten auch nicht entscheidend voneinander.

Nach Max Weber lässt sich das Handeln zwischen zweckrationalem und wertrationalem Handeln unterscheiden. Weber differenziert Ethik ebenfalls zwischen einer verantwortungsethischen und gesinnungsethischen Orientierung. Wer zweckrational und verantwortungsethisch handelt, zieht die Folgen und Nebenfolgen des Handelns in Betracht und übernimmt die Verantwortung für die beabsichtigten oder unbeabsichtigten Folgen seines Handelns. Dagegen wird wertrationales und gesinnungsethisches Handeln als Handeln nach Überzeugung ohne Rücksicht auf die Folgen bezeichnet. Für Weber handeln die Journalisten wertrational und gesinnungsethisch, weil sie ihren Dienst zur Pflicht der Berichterstattung der Rücksicht auf die Konsequenzen vorziehen.⁵⁰ Für die taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten bestätigte sich in den meisten Fällen ebenfalls die These Webers nicht, dass die Journalisten ohne genaue Abwägung und ohne Rücksicht auf die Folgen wertrational und gesinnungsethisch handelten. Sowohl die taiwanesischen als auch die südkoreanischen Journalisten würden in rund der Hälfte der Fälle eindeutig häufiger Berichte zurückhalten, wenn sie unbeabsichtigte Folgen, die sie als wichtig empfanden, hervorrufen würden. Für die taiwanesischen Journalisten war dies offensichtlich die Sicherheit Taiwans gegenüber der Volksrepublik China. Sie handelten vor allem

⁴⁹ Vgl. Kepplinger, Hans Mathias: Instrumentelle Aktualisierung. Grundlage einer Theorie publizistischer Konflikte. In: Max Kaase, Winfried Schulz (Hrsg.): Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde. Opladen: Westdeutscher Verlag 1989, S. 199-220.

⁵⁰ Vgl. Kepplinger, Hans Mathias: Massenmedien: Macht ohne Verantwortung? Vortrag in der HwK-Akademie am 19. Januar 1984, S. 80ff.

zweckrational und verantwortungsethisch, wenn ein Bericht die Sicherheit des Staates einer Gefahr aussetzte. Für die südkoreanischen Journalisten galt die Zusammengehörigkeit der beiden Teile Koreas als eindeutiger Beweggrund für das Zurückhalten von Berichten. Die südkoreanischen Journalisten verhielten sich offensichtlich in gleicher Weise wie die taiwanesischen Journalisten, wenn die Berichte die beiden Koreas entfremdeten oder wenn sie den Aufbau von Austauschbeziehungen der beiden Koreas behinderten.

Bundesrepublik Deutschland

Die Bereitschaft der deutschen Journalisten, Berichte zurückzuhalten, wurde entsprechend der Untersuchung in den beiden asiatischen Ländern durch vier Fälle von Konflikten ermittelt. Für die deutschen Journalisten galt ebenfalls wie für die taiwanesischen Journalisten der Faktor Sicherheit als das stärkste Motiv für das Zurückhalten von Nachrichten. „Berichte über geheime NATO-Verteidigungspläne“, welche die Sicherheit Westeuropas gefährden konnten, wollten 88% der deutschen Journalisten zurückhalten. Als nächstes zeigten 52% der deutschen Journalisten die Bereitschaft, Berichte zurückzuhalten, „die Ressentiments gegen die neuen Länder schaffen.“

Zwei weitere Berichte — die „den Reformwillen in den neuen Ländern schwächen“ und die Zukunft von Mitläufern durch Berichte über „Stasi-Verdächtigungen“ beeinträchtigen — betrachtete höchstens ein Drittel (30% und 17%) der deutschen Journalisten als Grund für das Zurückhalten von Berichten (Tabelle 6-10).

Bei den ersten zwei Berichten, die sich nachteilig auf die Sicherheit Westdeutschlands und die Integration der beiden Teile Deutschlands hätten auswirken können, zeigten die deutschen Journalisten wesentlich häufiger Bereitschaft, Berichte zurückzuhalten. Die zwei letzteren Berichte, die wesentlich seltener als Grund für das Zurückhalten von Berichten galten, unterschieden sich dadurch von zwei vorigen Berichten, dass die Auswirkungen dieser Berichte eher nur die Bürger der neuen Bundesländer betroffen hätten. Im Vergleich zu den beiden ersten Fällen, in die die Bundesrepublik mit einbezogen wurde, zeichneten sich die deutschen Journalisten durch eine wesentlich geringere Bereitschaft aus, Berichte zurückzuhalten, die eher die neuen Bundesländer bzw. deren Bürger betreffen würden. In Bezug auf die Berichterstattung über die neuen Bundesländer nahmen die deutschen Journalisten Rücksicht auf die unbeabsichtigten Folgen der Berichte. Der Umfang der Rücksichtnahme hing jedoch von den Themen der Berichte ab, ob die alten Bundesländer und der Westen miteinbezogen wurden oder nicht. Darüber hinaus verhielten sich die deutschen Journalisten in der Hälfte der vier Fälle wie die taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten eindeutig häufiger zweckrational und verantwortungsethisch.

Tabelle 6-10: Zurückhalten von Berichten über die neuen Länder (BRD)

Frage: „*Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journalist gar nicht beabsichtigt hat. Welcher dieser Berichte sollte daher unter Umständen zurückgehalten werden?*“ (BRD)

Antwort: „Zurückhalten“⁺

	BRD (n=98) %
„Berichte über geheime NATO-Verteidigungspläne, die die Sicherheit Westeuropas gefährden.“	88
„Berichte, die Ressentiments gegen die neuen Länder schaffen.“	52
„Berichte, die den Reformwillen in den neuen Ländern schwächen.“	30
„Berichte über Stasi-Verdächtigungen, die die Zukunft von Mitläufern beeinträchtigen.“	17

⁺ Vgl. Anhang 6-12 für die vollständige Tabelle.

6.2.5. Die Einstellung zur Kritik von Journalisten am anderen Teil

Taiwan und Südkorea

In Bezug auf die Thesen zum Aufgabenverständnis in der Berichterstattung und die Zurückhaltung von kontroversen Berichten zeigten die südkoreanischen Journalisten im Vergleich zu den deutschen und den taiwanesischen Journalisten eine besonders starke Verbundenheit mit dem kommunistischen Teil ihres Landes. Unabhängig von solchen kontroversen Berichten, die potentiellen Schaden anrichten würden, bestand nicht selten die Medienberichterstattung aus direkter Kritik an dem anderen Teil des Landes. Wenn die Journalisten dieser beiden Länder direkt den kommunistischen Teil ihres Landes kritisierten, war ihre Stellungnahme konstruktiv oder rein kritisch, um der Kritik willen. Durch eine direkte Ermittlung der kritischen Haltung der Journalisten wurde hier der Versuch gemacht, die Affinität der taiwanesischen und der südkoreanischen Journalisten zum anderen Teil ihres Landes zu klären. Die Ermittlung über die Stellungnahme zur Kritik bestand aus der folgenden Frage: „Wenn Sie die Volksrepublik China/Nordkorea kritisieren, welche der beiden Haltungen trifft eher auf Sie zu?“

In Übereinstimmung mit den Ergebnissen der vorangegangenen Ermittlungen zeigten die südkoreanischen Journalisten im Vergleich zu den taiwanesischen Journalisten auch hier weitaus häufiger eine Verbundenheit zu dem anderen Teil ihres Landes. Die südkoreanischen Journalisten bewerteten wesentlich häufiger als die taiwanesischen Journalisten ihre Kritik als rücksichtsvoll. Eine überwältigende Mehrheit von 92% der südkoreanischen Journalisten wählte die Antwortvorgabe: „Meine Kritik ist meistens zurückhaltend. Ich nehme Rücksicht...“ Im Gegensatz zu den südkoreanischen Journalisten nahmen nur 50% der taiwanesischen Journalisten Rücksicht auf die Volksrepublik China, wenn sie Kritik ausübten. Diesem Kontrast entsprechend wählten nur 6% der südkoreanischen Journalisten die Gegenvorgabe: „Meine Kritik ist oft engagiert. Ich nehme keine Rücksicht...“ Ein jedoch wesentlich höherer Anteil von 32% der taiwanesischen Journalisten nahm mit ihrer Kritik keine Rücksicht auf die Interessen der Volksrepublik China (Tabelle 6-11).

Im Vergleich zu den taiwanesischen Journalisten zeigten die südkoreanischen Journalisten wesentlich häufiger die Bereitschaft, in ihrer Kritik auf die Interessen Nordkoreas Rücksicht zu nehmen. Hierbei war die Einstellung der südkoreanischen Journalisten wie immer von einem starken nationalistischen Bekenntnis geprägt. Sie verhielten sich gegenüber dem anderen Teil ihres Landes freundlicher als die taiwanesischen Journalisten. Diese Unterscheidung zwischen den taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten

ließ sich auf ihre unterschiedlichen politischen Grundhaltungen zurückführen, die sich durch instrumentelle Aktualisierung auf ihre Arbeitsweise auswirkte.⁵¹

Tabelle 6-11: Kritik an der Volksrepublik China/Nordkorea

Frage: „Wenn Sie die Volksrepublik China/Nordkorea kritisieren, welche der beiden Haltungen trifft eher auf Sie zu?“

	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %
„Meine Kritik ist meistens zurückhaltend. Ich nehme Rücksicht auf die Interessen Volksrepublik Chinas/Nordkoreas.“	50	92
„Meine Kritik ist oft engagiert. Ich nehme keine Rücksicht auf die Interessen Volksrepublik Chinas/Nordkoreas.“	32	6
Keine Angabe	18	2
Summe	100	100

Chi²=74,44
p < 0,001

Die Bundesrepublik Deutschland

Die Frage zur Ermittlung der Kritik-Einstellung wurde entsprechend der Situation des bereits vereinigten Deutschlands den deutschen Journalisten in variiert Form gestellt: „Die Menschen in den neuen Bundesländern müssen sich an die Demokratie erst noch gewöhnen. Was glauben Sie, sollten die Medien darauf Rücksicht nehmen und sich mit Kritik zurückhalten?“ Auf diese Frage hin entschied sich die überwiegende Mehrheit von 83% der deutschen Journalisten für die Antwortvorgabe: „Nein, über die neuen Länder soll genauso berichtet werden wie über die alten.“ Nur ein zu vernachlässigender Anteil von 11% sah es als notwendig an, bei der Berichterstattung über die neuen Bundesländer Zurückhaltung auszuüben (Tabelle 6-12).

⁵¹ Vgl. Kepplinger, Hans Mathias: Instrumentelle Aktualisierung. Grundlage einer Theorie publizistischer Konflikte. a.a.O.

Tabelle 6-12: Kritik der deutschen Journalisten

Frage: *„Die Menschen in den neuen Bundesländern müssen sich an die Demokratie erst noch gewöhnen. Was glauben Sie, sollten die Medien darauf Rücksicht nehmen und sich mit Kritik zurückhalten?“* (BRD)

	BRD (n=98) %
„Nein, über die neuen Länder soll genauso berichtet werden wie über die alten.“	83
„Ja, die Medien sollten zurückhaltend berichten.“	11
„Anderes“/keine Angabe	6
Summe	100

Sowohl die zunehmende Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen vor dem Zusammenbruch der DDR als auch die Bemühungen der Bundesrepublik für die Zusammenführung der beiden Teile Deutschlands nach der Vereinigung hatten vermutlich bei den deutschen Journalisten dazu geführt, die neuen Bundesländer eher als einen gleichberechtigten Partner zu betrachten. Aufgrund der erfolgreichen Integrationsprozesse seit den siebziger Jahren, die in der Vereinigung Deutschland gipfelten, sahen die deutschen Journalisten, die von jeher unter einem demokratischen System arbeiteten, kein Bedürfnis, die neuen Bundesländer in der Berichterstattung anders zu behandeln.

6.2.6. Einstellung zur Kritik anderer Medien an dem anderen Teil

Die vorige Untersuchung zeigte, dass die südkoreanischen Journalisten sich im Vergleich zu den deutschen und den taiwanesischen Journalisten mit Abstand häufiger rücksichtnehmend verhielten, wenn sie den anderen Teil des Landes kritisierten. Die Frage betraf die Einstellung zur Berichterstattung von Journalisten. Wie beurteilten sie die Kritik der Medien über den anderen Teil des Landes? War sie nach ihrer Einschätzung freundlich oder feindlich? Die Einschätzung der Kritik der Medien wurde durch die Frage ermittelt: „Wenn Sie an die Kritik der taiwanesischen/südkoreanischen Medien über die Volksrepublik China/Nordkorea denken, welche der beiden Meinungen trifft eher auf Sie zu?“⁵²

Die taiwanesischen Journalisten beurteilten die Kritik der taiwanesischen Medien im Vergleich zu den deutschen und südkoreanischen Journalisten am häufigsten als gutwillig. Die Mehrheit von 66% der taiwanesischen Journalisten antwortete: „Die Kritik ist meistens sachlich und fair. Die Volksrepublik China täte gut daran, diese Kritik ernst zu nehmen.“ Dagegen waren 55% der deutschen Journalisten und nur 33% der südkoreanischen Journalisten ebenfalls dieser Ansicht. Entsprechend bewerteten die südkoreanischen Journalisten die Kritik der Medien überwiegend als destruktiv. Eine Mehrheit von 63% der südkoreanischen Journalisten vertrat die Ansicht: „Die Kritik ist oft unsachlich, eintönig und feindlich. Nordkorea hat nichts davon.“ Diese Meinung teilten nur 20% der taiwanesischen und 13% der deutschen Journalisten.

Die restlichen 14% der taiwanesischen und 5% der südkoreanischen Journalisten machten keine Angabe. 8% der deutschen Journalisten gaben ebenfalls keine Angabe, und außerdem machten 24% der deutschen Journalisten von der offenen Antwort „Anderes“, die nur im Fragebogen für die deutschen Journalisten enthalten war, Gebrauch. Die meisten eigenen Angaben von 5% der deutschen Journalisten bezeichneten die Kritik an den neuen Bundesländern als mangelhaft; jeweils 4% meinten, dass sich die Kritik eher an die Bundesrepublik als die neuen Länder richte und die Kritik eigentlich nicht als Kritik galt. In den übrigen Antworten wurden verschiedene Angaben gemacht (Tabelle 6-13).

In der Beurteilung der bestehenden Medienkritik über den anderen Teil des geteilten Landes bestand zwischen den deutschen und den taiwanesischen Journalisten Übereinstimmung. Von der Mehrheit der deutschen und der taiwanesischen Journalisten wurde die Kritik als konstruktiv und gutwillig empfunden. Im Gegensatz dazu betrachtete die überwiegende Mehrheit der südkoreanischen Journalisten die Medienkritik an Nordkorea als destruktiv. Die Einstellung der südkoreanischen Journalisten stimmte in diesem Punkt mit

⁵²

Die Frage wurde etwas variiert an die deutschen Journalisten gestellt: „Wie beurteilen Sie die Kritik der westdeutschen Medien an den neu gegründeten Ländern?“

Tabelle 6-13: Urteile über Kritik am eigenen Land

Frage: „Wenn Sie an die Kritik der taiwanesischen/südkoreanischen Medien über die Volksrepublik China/Nordkorea denken, welche der beiden Meinungen trifft eher auf Sie zu?“ (Taiwan/Südkorea)

„Wie beurteilen Sie die Kritik der westdeutschen Medien an den neu gegründeten Ländern?“ (BRD)

	BRD (n=98) %	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %
„Die Kritik ist meistens sachlich und fair. Die Volksrepublik China bzw. Nordkorea täte/Die neuen Bundesländer täten gut daran, diese Kritik ernst zu nehmen.“	55	66	33
„Die Kritik ist oft unsachlich, eintönig und feindlich. Die Volksrepublik China bzw. Nordkorea hat/Die neuen Bundesländer haben nichts davon.“	13	20	63
„Anderes“*	24		
Keine Angabe	8	14	5
Summe	100	100	101

$\chi^2 = 113,46$

$p < 0,001$

* Diese Antwortvorgabe wurde nur in der BRD gegeben.

ihrer im vorigen Kapitel bereits geschilderten Einstellung überein, in der sie im Vergleich zu den taiwanesischen Journalisten bei Kritik weit häufiger Rücksicht auf Nordkorea nehmen wollten. Dementsprechend verurteilten sie hier die Kritik der südkoreanischen Medien, die keinen Beitrag zu Nordkorea leisteten, als eintönig und feindlich. Das Ergebnis der beiden in Kapitel 6.2.5. und 6.2.6. beschriebenen Untersuchungen zeichnete sich dadurch aus, dass sich die südkoreanischen Journalisten sowohl hinsichtlich ihrer Einstellung zur Kritik als auch ihres Urteils zur bestehenden Kritik in den Medien sich übereinstimmend freundlicher gegenüber dem anderen Teil ihres Landes äußerten. Die Einstellung der Journalisten stimmte in den beiden Ermittlungen überein. Die südkoreanischen Journalisten zeichneten sich von den taiwanesischen und den deutschen Journalisten durch ihre pronordkoreanische Einstellung in Bezug auf die Kritik am anderen Teil des Landes aus. Wenn die südkoreanischen Journalisten Kritik am anderen Teil ihres Landes, Nordkorea, übten, dann verhielten sie sich wesentlich öfter als die taiwanesischen Journalisten rücksichtnehmend. Wenn sie die bestehende Kritik in den Medien betrachteten, be-

werteten sie im Vergleich zu den Journalisten der beiden anderen Länder die Kritik der Medien wesentlich häufiger als unsachlich und feindlich, die Nordkorea nicht zu Gute kam. Aufgrund ihrer politischen Grundhaltung zeichneten sich die südkoreanischen Journalisten von Journalisten der beiden anderen Länder entscheidend aus. Die pro-nordkoreanische Einstellung der südkoreanischen Journalisten instrumentell aktualisiert nicht nur ihre Berichterstattung über Nordkorea, sondern führt ebenfalls zu einem negativeren Urteil über die bestehende Kritik südkoreanischer Medien über Nordkorea.⁵³

⁵³

Vgl. Kepplinger, Hans Mathias: Instrumentelle Aktualisierung. Grundlage einer Theorie publizistischer Konflikte. a.a.O.

6.2.7. Wichtigkeit und Behandlung eines negativen Ereignisses — ein Fall der Korruption

Wenn es um die Kritik am anderen Teil des Landes ging, wich die Einstellung der südkoreanischen Journalisten deutlich von den taiwanesischen und deutschen Journalisten ab. Die südkoreanischen Journalisten wollten in ihrer Kritik am anderen Teil des Landes gegenüber den taiwanesischen und deutschen Journalisten mit großem Abstand häufiger Rücksicht nehmen. Inwieweit übertrugen die südkoreanischen Journalisten ihre Rücksichtnahme auf die konkrete Situation bei der Behandlung von Skandalen in Nordkorea? Wollten sie ebenfalls genauso rücksichtsvoll sein?

In den kommunistischen Ländern stellte die Korruption von hochrangigen Politikern ein besonders unangemessenes Bild gegenüber dem kommunistischen Ideal dar. Die Machthaber dieser Länder, gemessen an der Wirtschaftslage des Landes, führen ein unangemessen luxuriöses Leben und verwickeln sich in Korruptionsaffären. Außerdem versuchten die kommunistischen Staaten, besonders Nordkorea, die mangelhaften Lebensbedingungen in ihren Ländern durch Propaganda zu verschleiern. Solche drastischen Unterschiede zwischen den Lebensbedingungen der Führungsschichten und denen der Bevölkerung widersprachen dem Gerechtigkeitsideal der kommunistischen Gesellschaft. Die unverhältnismäßige Ungleichheit von Lebensbedingungen zwischen einer winzigen Minderheit der herrschenden Schicht und der Masse der Bevölkerung kann man als eine der Ursachen für den Untergang des Kommunismus in den Ostblockländern betrachten. Ob die taiwanesischen und die südkoreanischen Journalisten solche Mängel vom anderen Teil ihres Landes akzeptierten, wurde hier mit einem möglichen Fall vom Skandal untersucht.

Zunächst wurde den taiwanesischen und den südkoreanischen Journalisten eine Situation vorgestellt: „Durch eine zuverlässige Quelle erfahren Sie, dass VR-chinesische/nordkoreanische Spitzenfunktionäre ein unangemessen luxuriöses Leben führen und mit Geld aus der Staatskasse im Ausland Vermögen schaffen.“ Auf die Frage, wie sie die Wichtigkeit solcher Nachrichten einschätzen würden und wie sie die Nachrichten vermitteln wollten, stuften mehr als die Hälfte der taiwanesischen und der südkoreanischen Journalisten die Wichtigkeit solcher Nachrichten als „normal“ ein (57%/51%). Dagegen betrachteten 30% der taiwanesischen und etwas weniger als die Hälfte von 44% der südkoreanischen Journalisten solche Nachrichten als wichtig: „Muss unbedingt rein.“ Nur ein kaum bemerkenswerter Anteil von 4% bzw. 8% der taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten fand solche Nachrichten als „überhaupt nicht wichtig“ (Tabelle 6-14).

In ihrer Bereitschaft, über ein extrem negatives Ereignis im kommunistischen Teil ihres Landes zu berichten, unterschieden sich die südkoreanischen Journalisten nur insofern geringfügig von den taiwanesischen Journalisten, als sie den Nachrichtenwert dieser

Nachricht gleichmäßig als „normal“ oder „muss unbedingt rein“ einstufen. Dagegen schätzten die taiwanesischen Journalisten den Nachrichtenwert solcher Nachrichten eher etwas überragender als „normal“ gegenüber „muss unbedingt rein“ ein.

Tabelle 6-14: Die Bedeutung von Nachrichten über unangemessenes Luxusleben

Frage: *„Durch eine zuverlässige Quelle erfahren Sie, dass VR-chinesische/nordkoreanische Spitzenfunktionäre ein unangemessen luxuriöses Leben führen und mit dem Geld der Staatskasse im Ausland Vermögen schaffen.“*
„Würden Sie solche Nachrichten bringen? Schätzen Sie bitte die Wichtigkeit der Nachrichten ein.“

	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %
„normal“	57	51
„muss unbedingt rein“	30	44
„überhaupt nicht wichtig“	8	4
Keine Angabe	4	2
Summe	99	101

$\chi^2 = 9,21$

$p < 0,03$

13% der erwarteten Häufigkeiten < 5

In Bezug auf den Nachrichtenwert, den die Journalisten der beiden Länder einer negativen Nachricht beimaßen, bestand kein bemerkbarer Unterschied. Hier unterschieden sich die südkoreanischen Journalisten von den taiwanesischen Journalisten lediglich dadurch, dass sie den negativen Nachrichten größere Wichtigkeit einräumten.

Hinsichtlich der weiteren Frage über die bevorzugte Art der Darstellung des unangemessen luxuriösen Lebens: „Wie würden Sie solche Nachrichten bringen?“ entschied sich nur jeweils ein geringer Anteil von Journalisten der beiden Länder für „sensationell aufmachen“ (12% der südkoreanischen gegenüber 4% der taiwanesischen Journalisten). Als nächstes sprachen sich die Journalisten der beiden Länder am häufigsten für „normal darstellen“ aus. Dabei übertrat die Zustimmung der taiwanesischen Journalisten mit großem Abstand die der südkoreanischen Journalisten (91% gegenüber 55%). Als letzte entschieden sich die südkoreanischen Journalisten entscheidend häufiger als die taiwanesischen Journalisten für „zurückhaltend darstellen“. 31% der südkoreanischen gegenüber nur 2% der taiwanesischen Journalisten wollten solche Nachrichten zurückhaltend darstellen (Tabelle 6-15).

Tabelle 6-15: Bericht über unangemessenes Luxusleben

„Wie würden Sie solche Nachrichten übermitteln?“

	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %
„sensationell aufmachen“	4	12
„normal darstellen“	91	55
„zurückhaltend darstellen“	2	31
Keine Angabe	3	2
Summe	100	100

Chi²=61,09

p < 0,001

25% der erwarteten Häufigkeiten < 5

Hinsichtlich der Aufmachung dieser negativen Nachricht unterschieden sich die Journalisten beider Länder in folgenden Aspekten: Die taiwanesischen Journalisten wollten nahezu übereinstimmend diese negativen Nachrichten normal darstellen. Die zwei anderen Formen des Übermittels „sensationell aufmachen“ und „zurückhaltend darstellen“ besaßen kaum Bedeutung für die taiwanesischen Journalisten. Die südkoreanischen Journalisten wollten solche Nachrichten zwar ebenfalls am häufigsten normal darstellen, jedoch teilte ein beträchtlicher Anteil von ihnen die Ansicht, solche Nachrichten zurückhaltend darzustellen. Sie wollten sich bei dem Übermitteln negativer Nachrichten im Vergleich zu den taiwanesischen Journalisten eher häufiger für „zurückhaltend darstellen“ einsetzen. Die instrumentelle Aktualisierung der südkoreanischen Journalisten spielte hier wiederum eine beachtliche Rolle. Sie entschieden sich gegenüber den taiwanesischen Journalisten eindeutig häufiger für Herunterspielen von negativen Nachrichten über Nordkorea.⁵⁴

⁵⁴

Vgl. ebd.

6.2.8. Einstellung zur Berichterstattung eines negativen Ereignisses — Misstände im anderen Teil des Landes

Taiwan und Südkorea

Inwieweit waren die taiwanesischen und die südkoreanischen Journalisten damit einverstanden, den anderen Problemaspekt der kommunistischen Länder — die Verschleierung mangelhafter Lebensbedingungen der Bevölkerung in dem kommunistischen Teil ihres Landes durch Propaganda — zu akzeptieren? Ihnen wurde eine Situation simuliert, in der sie eine eigene Entscheidung treffen mussten: „Angenommen, Sie nehmen an einer Studienreise/Busreise in die Volksrepublik China/nach Nordkorea teil... Dabei sehen Sie schlechte Lebensbedingungen: Lange Warteschlangen für Lebensmittel, enge und primitive Wohnräume der Bevölkerung, starke Umweltverschmutzung usw. Wie würden Sie in einem solchen Fall den Bericht verfassen?“

Sowohl die taiwanesischen als auch die südkoreanischen Journalisten beabsichtigten bei einer solchen simulierten Situation am häufigsten eher den persönlichen Eindrücken als den offiziellen Informationen Vorrang einzuräumen: „Ich berichte hauptsächlich über die sozialen Probleme, die ich gesehen habe, erwähne die offiziellen Informationen nur am Rande.“ Dabei war der Anteil der taiwanesischen Journalisten, die dieser Einstellung zustimmten, erheblich höher als der ihrer südkoreanischen Kollegen (78% zu 50%). Dementsprechend stimmten die taiwanesischen Journalisten der neutralen Absicht „Ich berichte über beides gleichgewichtig“ wesentlich seltener als die südkoreanischen zu (18% zu 42%). Der letzten Alternative, dass sie sich ausschließlich auf die offiziellen Informationen der Volksrepublik China oder Nordkoreas verlassen wollten („Ich berichte hauptsächlich über die offiziellen Informationen, die ich bekomme, und erwähne die sozialen Probleme nur am Rande“), stimmten nur 4% der südkoreanischen Journalisten zu. Kein einziger der taiwanesischen Journalisten hielt diese Vorgabe überhaupt für zustimmungswert (Tabelle 6-16).

Die Reaktionen der Journalisten beider Länder zeigten einerseits große Ähnlichkeit: Sowohl die taiwanesischen als auch die südkoreanischen Journalisten wollten sich am häufigsten auf ihre persönlichen Eindrücke verlassen. Kaum jemand wollte sich auf die angebotenen offiziellen Informationen verlassen. Andererseits wiesen sie einen bemerkenswerten Unterschied auf, indem die südkoreanischen Journalisten im Vergleich zu den taiwanesischen Journalisten den persönlichen Eindrücken eine wesentlich kleinere Bedeutung beimaßen. Dementsprechend würde die Berichterstattung der südkoreanischen Journalisten im Gegensatz zu der ihrer taiwanesischen Kollegen wesentlich mehr offizielle Informationen beinhalten. Hier zeigten die südkoreanischen Journalisten wiederum eine

Tabelle 6-16: Bericht über eine Reise in den kommunistischen Teil des Landes

Frage: „Angenommen, Sie nehmen an einer Studienreise/Busreise in die Volksrepublik China/nach Nordkorea teil, die die Volksrepublik China/Nordkorea für taiwanesisch/südkoreanische Journalisten veranstaltet, um sie über die Modernisierung in der Volksrepublik China/Nordkorea umfassend zu informieren. Dabei sehen Sie schlechte Lebensbedingungen: Lange Warteschlangen für Lebensmittel, enge und primitive Wohnräume der Bevölkerung, starke Umweltverschmutzung usw. Wie würden Sie in einem solchen Fall den Bericht verfassen?“ (Taiwan/Südkorea)

	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %
„Ich berichte hauptsächlich über die sozialen Probleme, die ich gesehen habe, und erwähne die offiziellen Informationen nur am Rande.“	78	50
„Ich berichte über beides gleichgewichtig.“	18	42
„Ich berichte hauptsächlich über die offiziellen Informationen, die ich bekomme, und erwähne die sozialen Probleme nur am Rande.“	0	4
Keine Angabe	4	3
Summe	100	99
Chi ² =33,24 p < 0,001		

häufigere Rücksichtnahme gegenüber dem kommunistischen Teil ihres Landes, indem sie den offiziellen Informationen Nordkoreas, die eher mit positiven Nachrichten ausgestattet sind, eine größere Bedeutung zuschrieben als den realistischen, jedoch negativen persönlichen Eindrücken. Aufgrund ihres politischen Hintergrundes instrumentalisieren die taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten im unterschiedlichen Maße die Meldung zu ihren Gunsten, wobei die südkoreanischen Journalisten sich eindeutig pro-nordkoreanisch verhielten.⁵⁵

55

Vgl. ebd.

Die Bundesrepublik Deutschland

Für die deutschen Journalisten wurde die Frage über die Problemaspekte in der Volksrepublik China und Nordkorea weiter variiert und als Erinnerungsfrage an die Berichterstattung über die DDR vor dem Zusammenbruch gestellt: „Auch vor dem Zusammenbruch des SED-Regimes gab es in der Bundesrepublik Berichterstattung über die DDR. Wenn Sie zurückblicken, wie beurteilen Sie die Berichterstattung?“

Der These „die Journalisten berichteten eigene Eindrücke und offizielle Informationen angemessen“ stimmten 45% der deutschen Journalisten zu. Etwas weniger, jedoch fast genau so viele deutsche Journalisten (43%) vertraten die Meinung: „Die Berichte aus der DDR verließen sich zu sehr auf offizielle Informationen und legten zu wenig Gewicht auf die Missstände, die die Journalisten selbst sahen.“ Ein kaum beachtenswerter Anteil von 3% der deutschen Journalisten meinte: Die Berichte aus der DDR betonten „die Missstände zu stark und legten zu wenig Gewicht auf offizielle Informationen“ (Tabelle 6-17).

Tabelle 6-17 : Die früheren Berichterstattungen über die ehemalige DDR

Frage: „Auch vor dem Zusammenbruch des SED-Regimes gab es in der Bundesrepublik Berichterstattung über die DDR. Wenn Sie zurückblicken, wie beurteilen Sie die Berichterstattung?“ (BRD)

	BRD (n=98) %
„Die Journalisten berichteten eigene Eindrücke und offizielle Informationen angemessen.“	45
„Die Berichte aus der DDR verließen sich zu sehr auf offizielle Informationen und legten zu wenig Gewicht auf die Missstände, die die Journalisten selbst sahen.“	43
„Die Berichte aus der DDR betonten die Missstände zu stark und legten zu wenig Gewicht auf offizielle Informationen.“	3
Keine Angabe	9
Summe	100

Angesichts der aktiven innerdeutschen Austauschbeziehungen in den achtziger Jahren galt die DDR, im Vergleich zu dem Vertrauensverhältnis zwischen den beiden Teilen von China oder Korea, wahrscheinlich eher als eine für die deutschen Journalisten zuverlässige

sige Informationsquelle. Die deutschen Journalisten bezeichneten die Berichterstattung der Medien über die DDR vor der Vereinigung entweder als ein angemessenes Verhältnis zwischen den eigenen Eindrücken und den offiziellen Informationen oder als ein zu sehr auf die Seite der offiziellen Informationen der DDR verschobenes Verhältnis. Fast keine deutschen Journalisten dachten, dass sich die Medienberichterstattung über die DDR vor der Vereinigung nur auf die Missstände (jedoch nicht auf offizielle Informationen) konzentrierte. Für die deutschen Journalisten war die Berichterstattung über die DDR vor dem Zusammenbruch kaum negativ-orientiert, weil sie die Missstände nicht betonte. Die Berichterstattung war nach ihrer Einschätzung eher neutral (angemessen zwischen den eigenen Eindrücken und den offiziellen Informationen) oder DDR-freundlich (mehr offizielle Informationen als Missstände).

6.2.9. Kampf gegen die kommunistische Partei

Die deutschen Journalisten, die in einem vollwertigen demokratischen System lebten und arbeiteten, unterschieden sich vermutlich bezüglich ihrer Einstellung zur kommunistischen Partei von den Journalisten der beiden asiatischen Länder, die sich in einer nicht völlig entwickelten Demokratie befanden. Beispielsweise war es in Taiwan und in Südkorea verboten, kommunistische Parteien zu gründen, was in der Bundesrepublik Deutschland durch das Bestehen der KPD nicht der Fall war. Darüber hinaus ergab die Untersuchung über das Aufgabenverständnis der taiwanesischen und der südkoreanischen Journalisten, dass ein hoher Anteil von taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten ihre Aufgabe als „Wächter der Demokratie“ wahrnehmen wollte. Die kommunistische Partei stellte für sie ohne Zweifel eine der größten Bedrohungen der Demokratie dar. Die Ideologie einer totalitären kommunistischen Partei ist mit dem grundlegenden Prinzip der Demokratie – die Teilung der politischen Macht – nicht vereinbar. Jedes Anzeichen für das Aufkommen einer kommunistischen Partei musste für sie eine Herausforderung der Demokratie darstellen. Auf der anderen Seite musste sich vermutlich aufgrund der unterschiedlichen historischen Hintergründe der Teilung in China und in Korea die Einstellung der Journalisten dieser beiden Länder zur kommunistischen Partei voneinander unterscheiden.

Zur Klärung dieses Unterschieds wurde einerseits die Bereitschaft der deutschen Journalisten zur Bekämpfung einer aufkommenden kommunistischen Partei in den neuen Ländern anhand der Frage ermittelt: „Angenommen, eine radikale Partei, die die Ideologie des ehemaligen SED-Regimes vertritt, findet zunehmende Unterstützung. Würden Sie es als Ihre Aufgabe ansehen, gegen diese Partei zu kämpfen? Wie könnte man Ihrer Meinung nach so eine Partei am wirksamsten bekämpfen?“ Nur ein zu vernachlässigender Anteil von 3% der deutschen Journalisten antwortete mit „nein“ und wollte diese gefährliche Partei überhaupt nicht bekämpfen. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Journalisten (88%) antwortete mit „ja“. Darunter befürworteten fast alle von ihnen (71%), diese gefährliche Partei dadurch zu bekämpfen, indem man „objektiv über sie berichtet und sie sich selbst bloßstellen lässt“. Ein relativ kleiner Anteil von 13% wollte aktiv dagegen vorgehen, indem man „ständig auf ihre Gefährlichkeit hinweist, sie kritisiert“. Am wenigsten wollten nur 4% der deutschen Journalisten sich ganz passiv verhalten, so dass man „sie soweit wie möglich totschweigt“.

Da in Taiwan und Südkorea die Gründung einer kommunistischen Partei nicht in Frage kam, wurde andererseits die an die taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten gerichtete Frage dementsprechend variiert: In einem nicht sehr weit entfernten Nachbarland „... Japan gibt es die sozialistische Partei und die kommunistische Partei. Wenn Sie ein

Journalist der japanischen Medien wären, würden Sie es als Ihre Aufgabe ansehen, gegen diese Partei zu kämpfen? Wenn ja, wie würden Sie das vermutlich tun?“

Im Unterschied zu den deutschen Journalisten entschieden sich die taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten wesentlich seltener, gegen die kommunistische Partei zu kämpfen. 54% der taiwanesischen Journalisten antworteten mit „nein“ und wollten die kommunistische Partei nicht bekämpfen. Die südkoreanischen Journalisten antworteten sogar weit häufiger als die taiwanesischen Journalisten mit „nein“: 76% von ihnen wollten gegen diese Partei nichts unternehmen.

Dementsprechend zeigten im Vergleich zu den deutschen Journalisten wesentlich weniger taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten Bereitschaft, gegen diese Partei zu kämpfen. Weniger als die Hälfte (40%) der taiwanesischen und weit geringere 20% der südkoreanischen Journalisten wollten gegen die kommunistische Partei in Japan kämpfen. Unter den taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten, die gegen diese Partei kämpfen wollten, bevorzugte die Mehrheit der Journalisten dieser beiden Länder die objektive Einstellung, dass man „objektiv über sie berichtet und sie sich selbst bloßstellen lässt“ (34% bzw. 18%). Bei den beiden anderen Varianten des Kampfes gegen die kommunistische Partei, nämlich dass man „ständig auf ihre Gefährlichkeit hinweist, sie kritisiert“ und dass man „sie soweit wie möglich totschweigt“, stimmten nur höchstens bis zu 5% der Journalisten zu (Tabelle 6-18).

Die Journalisten der drei untersuchten Länder wichen untereinander in ihrer Ablehnung, die kommunistische Partei zu bekämpfen, stark voneinander ab. Die Journalisten der beiden asiatischen Länder zeigten eine gegensätzliche Einstellung zu den deutschen Journalisten. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Journalisten wollten gegen die gefährliche Partei kämpfen, dagegen wollten genau so viele südkoreanische Journalisten und etwas weniger taiwanesischen Journalisten nicht dagegen kämpfen. An zweiter Stelle erklärten die taiwanesischen Journalisten und an dritter Stelle die südkoreanischen Journalisten ihre Bereitschaft, gegen die kommunistische Partei zu kämpfen. Trotz der unterschiedlichen Bereitschaft zur Bekämpfung der kommunistischen Partei zeigten die Journalisten aller untersuchten Länder eine Gemeinsamkeit, nämlich dass sie alle einheitlich die objektive Methode bevorzugten, wenn sie gegen die gefährliche Partei kämpfen wollten. Im Vergleich zur neutralen Vorgehensweise wurden die zwei anderen extremen Vorgehensweisen, „ständig auf ihre Gefährlichkeit hinweist“ und „totschweigt“, kaum von den Journalisten der untersuchten Länder vertreten.

Tabelle 6-18: Kampf gegen kommunistische Partei

Frage: „Angenommen, eine radikale Partei, die die Ideologie des ehemaligen SED-Regimes vertritt, findet zunehmende Unterstützung. Würden Sie es als Ihre Aufgabe ansehen, gegen diese Partei zu kämpfen? Wie könnte man Ihrer Meinung nach so eine Partei am wirksamsten bekämpfen?“ (BRD)

„In Japan gibt es die sozialistische Partei und die kommunistische Partei. Wenn Sie ein Journalist der japanischen Medien wären, würden Sie es als Ihre Aufgabe ansehen, gegen diese Partei zu kämpfen? Wenn ja, wie würden Sie das vermutlich tun?“ (Taiwan/Südkorea)

	BRD (n=98) %	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %
„Nein“	3	54	76
„Ja,“	88	40	20
davon:			
„...indem man objektiv über sie berichtet und sie sich selbst bloßstellen lässt.“	71	34	18
„...indem man ständig auf ihre Gefährlichkeit hinweist, sie kritisiert.“	13	1	2
„...indem man sie soweit wie möglich totschweigt.“	4	5	0
Keine Angabe	8	6	4
Summe	99	100	100

$\chi^2=153,86$

$p < 0,001$

27% der erwarteten Häufigkeiten < 5

Die südkoreanischen Journalisten zeigten hier, wie erwartet, eine freundlichere Einstellung gegenüber der kommunistischen Partei (häufigste Verneinung, dagegen zu kämpfen), die vermutlich auf die Besonderheit der südkoreanischen Journalisten zurückzuführen war: Die südkoreanischen Journalisten zeichneten sich dadurch aus, dass sie, wie die bisherigen Ermittlungen bestätigten, nordkorea-freundlich (prokommunistisch) und antiamerikanisch eingestellt waren. Für die taiwanesischen Journalisten schien der historische Hintergrund der Teilung Chinas, dass die Teilung Chinas durch Bürgerkrieg zwischen der damaligen nationalchinesischen Regierung und der kommunistischen Partei Chinas zustande gekommen war, weniger Bedeutung zu haben, weil die Mehrheit von ihnen nicht gegen die kommunistische Partei kämpfen wollte. Die deutschen Journalisten zeigten mit Abstand größere Bereitschaft, gegen die gefährliche Partei zu kämpfen. Eine vergleichende Untersuchung der deutschen und englischen Journalisten, die 1985 durchgeführt wurde, zeigte ebenfalls, dass die deutschen Journalisten im Vergleich zu den englischen Jour-

nalisten eher dazu tendierten, auf die Gefahr einer radikalen Partei hinzuweisen. Die englischen Journalisten zeigten sich dagegen im Vergleich zu den deutschen Journalisten in Bezug auf die Berichterstattung über die gefährliche Partei weniger bereit, auf die Gefahr⁵⁶ hinzuweisen. Sie wollten vielmehr die Entscheidung den Lesern selbst überlassen. Hier ist die besonders häufige Bereitschaft der deutschen Journalisten, gegen die kommunistische Partei zu kämpfen, ggf. zum Teil auf die unterschiedlichen Übersetzungen der Frage in den verschiedenen Ländern zurückzuführen. Denn im Gegensatz zu den beiden asiatischen Ländern, wo die Bedrohung durch die kommunistische Partei im Nachbarland Japan stattfand, kam die Bedrohung der kommunistischen Partei für die deutschen Journalisten in eigenem Land vor. Dass für die beiden asiatischen Länder die Bedrohung der kommunistischen Partei in Japan und nicht im eigenen Land entstand, milderte erheblich die Gefährlichkeit der kommunistischen Partei in Taiwan und Südkorea. Aufgrund der Abwesenheit einer unmittelbaren Bedrohung für das eigene politische System empfanden die taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten sehr wahrscheinlich eine geringere Notwendigkeit als die deutschen Journalisten, gegen die kommunistische Partei vorzugehen.

⁵⁶

Vgl. Köcher, Renate (1985): a.a.O., S. 128ff.

6.2.10. Die Zustimmung zum Selbstverständnis nach Ländern

Hier wurden ebenfalls die Thesen in Kapitel 6.2. zusammengestellt, die Zustimmung von mehr als 30% der Journalisten der untersuchten Länder erhielten. Für jedes einzelne Land wurden dabei die Thesen nach Häufigkeit der gegebenen Antworten aufgelistet. Dabei sollte überprüft werden, ob die Journalisten eines bestimmten Landes Thesen bestimmter Richtung häufiger zustimmten. Anschließend wurden auf die Besonderheiten der Journalisten der jeweiligen Länder bei der Zustimmung zu diesen Thesen hingewiesen. Zum Schluss wurden die am häufigsten zugestimmten Thesen ausgewiesen, derer Zustimmung zwischen den Journalisten der untersuchten Länder starken Kontrast ergaben.

6.2.10.1. Die Rangordnung der Zustimmungshäufigkeiten nach Ländern

Die deutschen Journalisten

Die deutschen Journalisten stimmten insgesamt 14 Thesen mit mehr als 30% zu. Sie ließen sich in sechs Sachgruppen untergliedern. Die am meisten befürwortete Gruppe, die von beinahe allen deutschen Journalisten angenommen wurde, betraf eine einzige These, die für kritische Einstellung gegenüber der Regierungspolitik plädierte.

Die zweite am häufigsten zugestimmte Gruppe galt der Objektivität. Sie befasste sich mit vier Thesen: die Berichterstattung über die neuen Länder soll ein „objektives und vollständiges Bild“ vermitteln; über die neuen Länder soll „genauso berichtet werden wie über die alten“; die kommunistische Partei dadurch bekämpfen, dass „man objektiv über sie berichtet und sie sich selbst bloßstellen lässt“; vor dem Zusammenbruch der DDR berichteten die Journalisten „eigene Eindrücke und offizielle Informationen angemessen“. Diesen Thesen, die Objektivität der Berichterstattung beanspruchten, stimmten im Durchschnitt drei Viertel der deutschen Journalisten zu.

Im Gegensatz zur Objektivität befürworteten die deutschen Journalisten die Sachgruppe Subjektivität am geringsten, die aus einer einzigen These, dass die Berichterstattung über die neuen Länder „die Meinung des jeweiligen Journalisten widerspiegeln“ solle, bestand. Nur weniger als ein Drittel der deutschen Journalisten akzeptierte diese Behauptung.

An dritter Stelle erhielt die Sachgruppe Marktorientierung, dass die Berichterstattung über die neuen Länder „sich am Interesse des Publikums orientieren“ solle, den Zuspruch von mehr als der Hälfte der deutschen Journalisten.

An vierter Stelle würdigten die deutschen Journalisten die beiden gegensätzlichen Sachgruppen „Anti-Kommunismus“ und „Nationalismus“ etwa gleichmäßig. Sie bejahten zu jeweils etwas mehr und etwas weniger als die Hälfte diese beiden Gruppen. Die erste dieser Gruppen beinhaltete vier Thesen: Berichte über „geheime NATO-Verteidigungspläne“ zurückhalten; die Kritik der westdeutschen Medien an den neuen Bundesländern ist „sachlich und fair“; vor dem Zusammenbruch der DDR verließen sich die Journalisten „zu sehr auf offizielle Informationen und legten zu wenig Gewicht auf die Missstände“; die Berichterstattung über die neuen Länder soll „vor den wirtschaftlichen Belastungen der Wiedervereinigung warnen“. Die letztere enthielt drei Thesen: die Berichterstattung über die neuen Länder „soll deutlich machen, dass wir ein Volk sind“; Berichte zurückhalten, „die Ressentiments gegen die neuen Länder schaffen“; Berichte zurückhalten, „die den Reformwillen in den neuen Ländern schwächen“ (Tabelle 6-19).

Die deutschen Journalisten setzten sich am häufigsten für „Kritische Einstellung“ gegenüber der Regierungspolitik und „Objektivität“ der Berichterstattung ein. Sie legten ebenfalls relativ großen Wert auf „Marktorientierung“ der Berichterstattung. Dagegen spielten „Nationalismus“ und „Anti-Kommunismus“ für die deutschen Journalisten eine geringere Rolle. Der „Subjektivität“ der Berichterstattung wurde noch wesentlich geringere Bedeutung zugeschrieben.

Tabelle 6-19: Selbstverständnis der deutschen Journalisten⁵⁷
 -- Reihenfolge der akzeptierten Thesen --

Kritische Einstellung

Die Berichterstattung über die neuen Länder soll
 „die Regierungspolitik kritisch begleiten“-----94%^A

Objektivität

Die Berichterstattung über die neuen Länder soll ein
 „objektives und vollständiges Bild“ vermitteln-----96%

Über die neuen Länder soll „genauso berichtet
 werden wie über die alten“-----83%^A

Die kommunistische Partei dadurch bekämpfen,
 dass „man objektiv über sie berichtet und sie sich selbst
 bloßstellen lässt“-----71%

Vor dem Zusammenbruch der DDR berichteten
 die Journalisten „eigene Eindrücke und offizielle
 Informationen angemessen“-----45%^A

Durchschnitt 74%

Marktorientierung

Die Berichterstattung über die neuen Länder „soll sich am
 Interesse des Publikums orientieren“-----60%

Anti-Kommunismus

Berichte über „geheime NATO-Verteidigungspläne“
 zurückhalten-----88%^A

Die Kritik der westdeutschen Medien an den neuen
 Bundesländern ist „sachlich und fair“-----55%^A

Vor dem Zusammenbruch der DDR verließen sich
 die Journalisten „zu sehr auf offizielle Informationen
 und legten zu wenig Gewicht auf die Missstände“-----43%^A

Die Berichterstattung über die neuen Länder soll
 „vor den wirtschaftlichen Belastungen der Wieder-
 vereinigung warnen“-----30%^A

Durchschnitt 54%

Nationalismus

Die Berichterstattung über die neuen Länder „soll deutlich
 machen, dass wir ein Volk sind“-----61%

Berichte zurückhalten, „die Ressentiments gegen die neuen
 Länder schaffen“-----52%^A

Berichte zurückhalten, „die den Reformwillen in den
 neuen Ländern schwächen“-----30%^B

Durchschnitt 48%

⁵⁷

In dieser Tabelle sind nur Werte größer als 30% von den enthaltenen Tabellen in Kapitel 6.2 über die deutschen Journalisten entnommen.

Fortsetzung**Subjektivität**

Die Berichterstattung über die neuen Länder soll „die
Meinung des jeweiligen Journalisten widerspiegeln“ -----31%

^A Diese Frage wurde in Taiwan und Südkorea variiert gestellt.

^B Diese Frage wurde in Taiwan und Südkorea nicht gestellt.

Die taiwanesischen Journalisten

Die taiwanesischen Journalisten stimmten 20 Thesen mit mehr als 30% zu. Sie ließen sich in sieben Sachgruppen einteilen. Die am meisten befürwortete Sachgruppe galt der Objektivität, die aus den folgenden vier Thesen bestand: Der Journalist solle sich „als neutraler Berichtersteller“ sehen; die Berichterstattung über die Volksrepublik China solle ein „objektives und vollständiges Bild“ vermitteln; er würde ein unangemessen luxuriöses Leben der VR-chinesischen Spitzenfunktionäre „normal darstellen“; ich schätze die Nachricht über ein unangemessen luxuriöses Leben der VR-chinesischen Spitzenfunktionäre „normal“ wichtig ein. Ihnen stimmten durchschnittlich mehr als vier Fünftel der taiwanesischen Journalisten zu.

Als nächstes schätzten sie am häufigsten die Aufgaben des Journalismus als positiv ein. Drei Viertel von ihnen nahmen die Aufgaben der Journalisten als positiv an. Dagegen akzeptierten sie die gegensätzliche Sachgruppe, dass die Aufgaben des Journalismus negativ sei, am seltensten zu weit weniger als die Hälfte. Damit fanden die taiwanesischen Journalisten, dass der Journalismus eindeutig ein positiv und nicht ein negativ wirkender Faktor in der Gesellschaft sei.

Am dritter Stelle stimmte durchschnittlich mehr als die Hälfte von ihnen den zwei Sachgruppen zu: Anti-Kommunismus und Marktorientierung. Die erste dieser beiden Sachgruppen befasste sich mit sechs Thesen, die sich alle als antikommunistisch charakterisierten: Berichte über „streng geheime Verteidigungspläne gegen die Volksrepublik China“ zurückhalten; bei einer Studienreise in die Volksrepublik China wolle der Journalist „hauptsächlich über die sozialen Probleme“ berichten; die Kritik der taiwanesischen Medien an der Volksrepublik China sei „sachlich und fair“; die Berichterstattung „soll das Volk vor möglichen Gefahren aus der Volksrepublik China warnen“; die Berichterstattung über Volksrepublik China „soll loyal zur Regierung stehen“; meine Kritik nehme keine „Rücksicht auf die Interessen der Volksrepublik China“. Die zweite Sachgruppe „Marktorientierung“ bezeichnete die These: Die Berichterstattung über die Volks-

republik China „soll sich am Interesse des Publikums orientieren.“ Für die taiwanesischen Journalisten nahmen Anti-Kommunismus und Marktorientierung bedeutende Position ein.

An vierter Stelle bewerteten sie das Publikum als positiv. Rund die Hälfte von den taiwanesischen Journalisten waren dieser Ansicht über ihr Publikum.

An letzter Stelle würdigten die taiwanesischen Journalisten „Nationalismus“ zusammen mit der bereits erwähnten Sachgruppe „Journalismus – Negativ“ am geringsten. Weit weniger als die Hälfte von ihnen befürwortete diese beiden Sachgruppen. Unter der Sachgruppe „Nationalismus“ ließen sich sechs Thesen untergliedern: Die Berichterstattung über die Volksrepublik China „solle deutlich machen, dass wir ein Volk sind“; „nein“, ich würde gegen die kommunistische Partei nicht kämpfen; meine Kritik nimmt „Rücksicht auf die Interessen der Volksrepublik China“; Berichte zurückhalten, „die zur Entfremdung der beiden Teile Chinas führen“; Berichte zurückhalten, „die politische Verhandlungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik China verhindern“; Berichte über Studentendemonstrationen zurückhalten, die „eventuell die Protestwelle verstärken“. Für die taiwanesischen Journalisten besaß die Sachgruppe Nationalismus eine genauso unbedeutende Position wie die Sachgruppe „Journalismus – Negativ“ (Tabelle 6-20).

Für die taiwanesischen Journalisten besaß erstens die positive Sachgruppe „Objektivität“ die wichtigste Position. Zweitens galt für sie die Besonderheit, dass sie „Anti-Kommunismus“ eine der wichtigsten Positionen einräumten, wogegen „Nationalismus“ die geringste Bedeutung einnahm. Drittens werteten sie den Journalismus eher positiv als negativ.

Tabelle 6-20: Selbstverständnis der taiwanesischen Journalisten⁵⁸
 -- Reihenfolge der akzeptierten Thesen --

Objektivität

Der Journalist soll sich „als neutraler Berichterstatter“ sehen-----	98% ^A
Die Berichterstattung über die Volksrepublik China soll ein „objektives und vollständiges Bild“ vermitteln-----	93%
Ich würde ein unangemessen luxuriöses Leben der VR-chinesischen Spitzenfunktionäre „normal darstellen“-----	91% ^A
Ich schätze die Nachricht über ein unangemessen luxuriöses Leben der VR-chinesischen Spitzenfunktionäre „normal“ wichtig ein-----	57% ^A
Durchschnitt	85%

Journalismus — Positiv

Die Aufgaben der Journalisten sind positiv-----	74% ^{59 A}
---	---------------------

Anti-Kommunismus

Berichte über „streng geheime Verteidigungspläne gegen die Volksrepublik China“ zurückhalten-----	88%
Bei einer Studienreise in die Volksrepublik China berichte ich „hauptsächlich über die sozialen Probleme“-----	78% ^B
Die Kritik der taiwanesischen Medien an der Volksrepublik China ist „sachlich und fair“-----	66%
Die Berichterstattung „soll das Volk vor möglichen Gefahren aus der Volksrepublik China warnen“-----	52% ^B
Die Berichterstattung über die Volksrepublik China „soll loyal zur Regierung stehen“-----	47% ^B
Meine Kritik nimmt keine „Rücksicht auf die Interessen der Volksrepublik China“-----	32% ^B
Durchschnitt	61 %

Marktorientierung

Die Berichterstattung über die Volksrepublik China „soll sich am Interesse des Publikums orientieren“-----	60%
---	-----

Publikum — Positiv

Das Publikumsbild ist positiv-----	52% ⁶⁰
------------------------------------	-------------------

⁵⁸

In dieser Tabelle wurden nur Werte größer als 30% von den in Kapitel 6.2 enthaltenen Tabellen über die taiwanesischen Journalisten entnommen.

⁵⁹

Dieser Wert besteht aus dem Durchschnittswert der folgenden Thesen zum Aufgabenverständnis der Journalisten auf Tabelle 6-6: „Kritiker an sozialen Missständen“; „jemand, der Leuten hilft und sie berät“; „Vermittler neuer Ideen“; „Anwalt der Benachteiligten“; „Wächter der Demokratie“; und „Sprachrohr der Bevölkerung“.

⁶⁰

Dieser Wert besteht aus dem Durchschnittswert der folgenden Publikumsbilder der taiwanesischen Journalisten auf Tabelle 6-7, die positiven Charakter besitzen: das Publikum, für das die taiwanesischen Journalisten über die Volksrepublik China berichten, ist „politisch interessiert“; „fortschrittlich, aufgeschlossen“; „kritisch, anspruchsvoll“; „engagiert“; „gut informiert“.

Fortsetzung**Journalismus — Negativ**

Die Aufgaben der Journalisten sind negativ-----44%^{61 A}

Nationalismus

Die Berichterstattung über die Volksrepublik China „soll deutlich machen, dass wir ein Volk sind“-----	55%
„Nein“, ich würde gegen die kommunistische Partei nicht kämpfen-----	54% ^B
Meine Kritik nimmt „Rücksicht auf die Interessen der Volksrepublik China“-----	50% ^B
Berichte zurückhalten, „die zur Entfremdung der beiden Teile Chinas führen“-----	41% ^B
Berichte zurückhalten, „die politische Verhandlungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik China verhindern“-----	31% ^B
Berichte über Studentendemonstrationen zurückhalten, die „eventuell die Protestwelle verstärken“-----	31% ^B
Durchschnitt	44%

^A Diese Frage wurde in der BRD nicht gestellt.

^B Diese Frage wurde in der BRD variiert gestellt.

Die südkoreanischen Journalisten

Die südkoreanischen Journalisten stimmten 22 Thesen mit mehr als 30% zu, die in neun Sachgruppen eingegliedert werden konnten. Am häufigsten befürworteten die südkoreanischen Journalisten zu über drei Viertel, dass der „Journalismus — Positiv“ sei. Sie enthielt eine einzige These: Die Aufgaben der Journalisten seien positiv.

Am zweiter Stelle stimmten sie drei Sachgruppen: „Nationalismus“, „Objektivität“ und „Marktorientierung“, durchschnittlich immer zu weit mehr als die Hälfte zu. Unter „Nationalismus“ befanden sich sieben Thesen: Die Berichterstattung über Nordkorea „soll deutlich machen, dass wir ein Volk sind“; meine Kritik nimmt „Rücksicht auf die Interessen Nordkoreas“; Berichte zurückhalten, „die zur Entfremdung der beiden Teile Koreas führen“; Berichte zurückhalten, „die politische Verhandlungen zwischen Süd- und Nordkorea verhindern“; Kritik der südkoreanischen Medien an Nordkorea ist meistens „eintönig und feindlich“; die Berichterstattung soll „negativen Nachrichten über Nordkorea nicht zuviel Beachtung schenken“; Berichte zurückhalten, „die eventuell zu verstärkten Ressentiments gegen Nordkorea führen.“ Diese sieben Thesen, die sich alle

⁶¹

Dieser Wert besteht aus dem Durchschnittswert der drei Thesen zum Aufgabenverständnis der Journalisten als: „Pädagoge, Erzieher“; „Politiker mit anderen Mitteln“ und „Unterhalter“.

für den Vorteil Nordkoreas einsetzen, erhielten durchschnittlich, außer der ersten Sachgruppe „Journalismus — Positiv“, die häufigste Zustimmung der südkoreanischen Journalisten. Für die Sachgruppe „Objektivität“ sprachen fünf Thesen: Die Berichterstattung über Nordkorea soll ein „objektives und vollständiges Bild“ vermitteln; der Journalist soll sich „als neutraler Berichtersteller“ sehen; ich würde ein unangemessen luxuriöses Leben der nordkoreanischen Spitzenfunktionäre „normal darstellen“; ich schätze die Nachricht über ein unangemessen luxuriöses Leben der nordkoreanischen Spitzenfunktionäre „normal“ wichtig ein; bei einer Busreise in Nordkorea berichte ich über „die sozialen Probleme“ und „die offiziellen Informationen“ gleichgewichtig. „Marktorientierung“ bezeichnete die These, dass die Berichterstattung über Nordkorea „sich am Interesse des Publikums orientieren“ solle.

An dritter Stelle behaupteten die südkoreanischen Journalisten, dass das Publikumsbild positiv sei. Die Hälfte von ihnen stimmte dieser These zu.

Die restlichen vier Sachgruppen: „Anti-Kommunismus“, „Publikum — Rechts“, „Subjektivität“ und „Publikum — Negativ“, befürworteten immer weniger als die Hälfte der südkoreanischen Journalisten. Die ersten beiden der vier Sachgruppen, „Anti-Kommunismus“ und „Publikum — Rechts“, erhielten die Zustimmung von etwas weniger als die Hälfte der südkoreanischen Journalisten. Die erste Gruppe „Anti-Kommunismus“ enthielt vier Thesen: bei einer Busreise in Nordkorea wolle der Journalist über „die sozialen Probleme“ berichten; Berichte über „streng geheime Verteidigungspläne gegen Nordkorea“ zurückhalten; das unangemessen luxuriöse Leben der nordkoreanischen Spitzenfunktionäre „muss unbedingt rein“ in die Berichterstattung; die Berichterstattung über Nordkorea „soll loyal zur Regierung stehen“. Die zweite Gruppe: „Publikum — Rechts“ enthielt nur eine These, dass das Publikum politisch eher rechts sei. Die dritte und die vierte These, „Subjektivität“ und „Publikum — Negativ“, enthielt noch weit weniger als die Hälfte der Zustimmung. Sie befassten sich ebenfalls jeweils mit einer einzigen These, dass die Berichterstattung über Nordkorea die Meinung der Journalisten widerspiegeln solle und dass das Publikumsbild negativ sei (Tabelle 6-21).

Die südkoreanischen Journalisten betrachteten erstens die „Objektivität“, außer „Journalismus — Positiv“, am häufigsten als wichtig. Beinahe genauso häufig befürworteten sie ebenfalls „Nationalismus“. Zweitens galt „Anti-Kommunismus“ für sie als eine der am geringsten zugestimmten Sachgruppen. Drittens werteten sie die Aufgaben der Journalisten eindeutig als positiv, und sie gaben eher ein positives als ein negatives Urteil über das Publikum ab.

Tabelle 6-21: Selbstverständnis der südkoreanischen Journalisten⁶²
 -- Reihenfolge der akzeptierten Thesen --

Journalismus – Positiv

Die Aufgaben der Journalisten sind positiv-----77%^{63 A}

Nationalismus

Die Berichterstattung über Nordkorea „soll deutlich
 machen, dass wir ein Volk sind“-----96%
 Meine Kritik nimmt „Rücksicht auf die Interessen
 Nordkoreas“-----92%^B
 Berichte zurückhalten, „die zur Entfremdung
 beider Teile Koreas führen“-----85%^B
 Berichte zurückhalten, „die politische Verhandlungen zwischen
 Süd- und Nordkorea verhindern“-----82%^B
 Kritik der südkoreanischen Medien an Nordkorea
 ist meistens „eintönig und feindlich“-----63%
 Die Berichterstattung soll „negativen Nachrichten
 über Nordkorea nicht zuviel Beachtung schenken“-----52%^B
 Berichte zurückhalten, „die eventuell zu verstärkten
 Ressentiments gegen Nordkorea führen“ -----36%^B
 Durchschnitt 69%

Objektivität

Die Berichterstattung über Nordkorea soll ein
 „objektives und vollständiges Bild“ vermitteln-----97%
 Der Journalist soll sich „als neutraler Berichterstatter“ sehen-----84%
 Ich würde ein unangemessen luxuriöses Leben der nord-
 koreanischen Spitzenfunktionäre „normal darstellen“-----55%^A
 Ich schätze die Nachricht über ein unangemessen luxuriöses
 Leben der nordkoreanischen Spitzenfunktionäre „normal“
 wichtig ein-----51%^A
 Bei einer Busreise in Nordkorea berichte ich über „die sozialen
 Probleme“ und „die offiziellen Informationen“ gleichgewichtig---42%^B
 Durchschnitt 66%

Marktorientierung

Die Berichterstattung über Nordkorea „soll sich am
 Interesse des Publikums orientieren“-----65%

Publikum – Positiv

Das Publikumsbild ist positiv-----51%^{64 A}

⁶²

In dieser Tabelle wurden nur Werte größer als 30% von den in Kapitel 6.2 enthaltenen Tabellen über die südkoreanischen Journalisten entnommen.

⁶³

Dieser Wert besteht aus dem Durchschnittswert der folgenden Thesen zum Aufgabenverständnis der Journalisten auf Tabelle 6-6: „Kritiker an sozialen Missständen“; „jemand, der Leuten hilft und sie berät“; „Anwalt der Benachteiligten“; „Vermittler neuer Ideen“; „Wächter der Demokratie“ und „Sprachrohr der Bevölkerung“.

Fortsetzung**Anti-Kommunismus**

Bei einer Busreise in Nordkorea berichte ich „hauptsächlich über die sozialen Probleme“-----	50% ^B
Berichte über „streng geheime Verteidigungspläne gegen Nordkorea“ zurückhalten-----	47% ^B
Das unangemessen luxuriöse Leben der nordkoreanischen Spitzenfunktionäre „muss unbedingt rein“ in die Berichterstattung-----	44% ^A
Die Berichterstattung über Nordkorea „soll loyal zur Regierung stehen“-----	40% ^B
Durchschnitt	45%

Publikum — Rechts

Das Publikum ist „politisch eher rechts“-----44%^A

Subjektivität

Die Berichterstattung über Nordkorea soll „die
Meinung des jeweiligen Journalisten widerspiegeln“-----40%

Publikum — Negativ

Das Publikumsbild ist negativ-----30%^{65 A}

^A Diese Frage wurde in der BRD nicht gestellt.

^B Diese Frage wurde in der BRD variiert gestellt.

⁶⁴

Dieser Wert besteht aus dem Durchschnittswert der folgenden Publikumsbilder der südkoreanischen Journalisten auf Tabelle 6-7, die positiven Charakter besitzen: das Publikum, für das die südkoreanischen Journalisten über Nordkorea berichten, ist „politisch interessiert“; „fortschrittlich, aufgeschlossen“ und „kritisch, anspruchsvoll“.

⁶⁵

Dieser Wert besteht aus dem Durchschnittswert der beiden folgenden Publikumsbilder der südkoreanischen Journalisten auf Tabelle 6-7, die negativen Charakter besitzen: das Publikum, für das die südkoreanischen Journalisten über Nordkorea berichten, ist „leicht zu beeinflussen“ und „oberflächlich“.

6.2.10.2. Die Besonderheiten der Ansichten von Journalisten zum Aufgabenverständnis

Die deutschen Journalisten

Bei der Untersuchung über das Selbstverständnis zeichneten sich die deutschen Journalisten in den meisten Fällen nicht bemerkbar aus. Sie nahmen im Vergleich zu den Journalisten der beiden anderen Länder meistens nicht die extreme Position ein. Eine bemerkbare Ausnahme stellte sich beim Thema über die Bekämpfung der kommunistischen Partei heraus. Hier wiesen die deutschen Journalisten einen wesentlich häufigeren Willen aus, gegen eine kommunistische Partei zu kämpfen und zwar nicht durch kritische sondern eher objektive Berichterstattung, um die gefährlichen Tätigkeiten der Kommunisten bloßzustellen. Sie wollten eine objektive Rolle in der Berichterstattung über die neuen Länder einnehmen und behaupteten, dass die Medien über die neuen Länder genauso wie über die alten berichten sollten. Sie nahmen am häufigsten Rücksicht darauf, dass die Berichterstattung keine Ressentiments gegen die neuen Länder schufen.

Die taiwanesischen Journalisten

Die taiwanesischen Journalisten zeichneten sich dadurch aus, dass sie in ihrer Berichterstattung am häufigsten keine Bereitschaft zeigen wollten, die Sicherheit der Verteidigung gegenüber dem anderen Teil des Landes (der Volksrepublik China) zu gefährden. In Bezug auf die Professionalität der Journalisten bevorzugten sie häufiger als die südkoreanischen Journalisten die Rolle des neutralen Berichterstatters von Journalisten. Sie stellten sich ebenfalls im Vergleich zu den südkoreanischen Journalisten das Publikumsbild positiver vor und nahmen häufiger negative Aufgaben der Journalisten wie Pädagogen und Unterhalter an.

Die südkoreanischen Journalisten

Die südkoreanischen Journalisten zeichneten sich im allgemeinen dadurch aus, dass sie bei der Berichterstattung die Interessen des anderen Teils (Nordkorea) im Vergleich zu Journalisten anderer Länder am häufigsten berücksichtigten. Sie hoben z. B. die ethnische und geographische Zusammengehörigkeit der koreanischen Halbinsel besonders häufig hervor. Sie nahmen hinsichtlich der Sicherheit der Verteidigung gegen den anderen Teil wesentlich weniger Sicherheitsvorkehrungen in Kauf, und sie wollten in der Berichterstattung seltener vor Gefahren aus Nordkorea warnen. Sie setzten sich außerdem eindeutig häufiger gegen Maßnahmen ein, die eine Entfremdung der beiden Teile Koreas ggf.

vertiefen und die Normalisierung der Beziehungen durch Verhandlungen blockieren würden. Die südkoreanischen Journalisten tendierten dazu, bei der Berichterstattung über Nordkorea negative Nachrichten eher zu unterdrücken. Auch beurteilten sie die Kritik weitgehend im Interesse Nordkoreas: Einerseits nahmen sie in ihrer Kritik gegenüber Nordkorea eine eher zurückhaltende und freundliche Haltung ein; andererseits beurteilten sie die kritische Medienberichterstattung in den südkoreanischen Medien am häufigsten als feindlich und eintönig gegenüber Nordkorea. Zuletzt stuften die südkoreanischen Journalisten ihr Publikum häufiger als rechtsorientiert ein und zeigten die geringste Bereitschaft, gegen die Gefahr der Verbreitung einer kommunistischen Partei zu kämpfen.

6.2.10.3. Vergleich der am häufigsten zugestimmten Thesen der deutschen, taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten in Kapitel 6.2.

Den ersten beiden Thesen — die Berichterstattung über die neuen Länder bzw. den anderen Landesteil solle ein „objektives und vollständiges Bild“ vermitteln und „soll sich am Interesse des Publikums orientieren“ — wurde von Journalisten aller drei untersuchten Länder gleichmäßig zugestimmt. Sie betrachteten übereinstimmend mit der überwiegenden Mehrheit die beiden Thesen, die jeweils der Sachgruppe „Objektivität“ und „Marktorientierung“ angehörte, als wichtig für die Berichterstattung über den anderen Teil des Landes, dabei wurde der Objektivität der Berichterstattung immer von beinahe allen von ihnen zugestimmt.

Den nächsten vier Thesen (3. bis 6. These) stimmten immer die Journalisten zweier der untersuchten Länder gleichmäßig häufiger gegenüber einem dritten Land zu: Der 3. und 4. These stimmten die deutschen und taiwanesischen Journalisten gegenüber den südkoreanischen Journalisten immer eindeutig häufiger zu. Sie betrafen die geheimen Verteidigungspläne gegen den anderen Teil des Landes und die sachliche/faire Kritik über den anderen Teil des Landes, die der Sachgruppe „Anti-Kommunismus“ angehörten. Die deutschen und taiwanesischen Journalisten hoben im Vergleich zu den südkoreanischen Journalisten wesentlich häufiger die antikommunistischen Thesen hervor. Die häufigere Zustimmung der deutschen und taiwanesischen Journalisten zu diesen beiden Thesen zeichnete die positive Einstellung der südkoreanischen Journalisten zum anderen Teil des Landes aus. Die südkoreanischen Journalisten wiesen größere Zuverlässigkeit und eine positivere Einstellung der Berichterstattung gegenüber dem anderen Teil des Landes auf.

Darüber hinaus stimmten die deutschen und südkoreanischen Journalisten zwei Thesen, die gegensätzliche Sachgruppen „Objektivität“ und „Subjektivität“ betrafen (Thesen 5 und 6), eindeutig häufiger als die taiwanesischen Journalisten zu.

Die deutschen Journalisten stimmten drei Thesen (Thesen 7-9) eindeutig häufiger als die Journalisten der beiden asiatischen Länder zu: In den Medien soll über die neuen Länder „genauso berichtet werden wie über die alten“; die kommunistische Partei dadurch bekämpfen, dass „man objektiv über sie berichtet und sie sich selbst bloßstellen lässt“; Berichte zurückhalten, „die Ressentiments gegen die neuen Länder schaffen“. Die ersten beiden dieser Thesen zeigten, dass die deutschen Journalisten im Vergleich zu den Journalisten der beiden anderen Länder in der Berichterstattung wesentlich häufiger bereit waren, Rücksicht auf „Objektivität“ zu nehmen. Andererseits zeichneten sie sich durch die häufigere Zustimmung zur letzten These darin aus, dass sie ausnahmsweise auch die nationalistische These häufiger befürworteten, wenn diese das Verständnis der beiden Teile Deutschlands verhindern konnte.

Die taiwanesischen Journalisten stimmten einer einzigen antikommunistischen These: „das Volk vor möglichen Gefahren aus der Volksrepublik China warnen“, häufiger als die Journalisten beider anderen Länder zu. Für sie galt der andere Teil des Landes eindeutig häufiger als eine Gefahr (These 10).

Die südkoreanischen Journalisten stimmten im Vergleich zu den deutschen und taiwanesischen Journalisten drei Thesen eindeutig häufiger zu: Die Berichterstattung „soll deutlich machen, dass wir ein Volk sind“; die Berichterstattung soll negativen Nachrichten über den anderen Teil „nicht zuviel Beachtung schenken“; die Kritik ist „zurückhaltend“. Alle drei dieser Thesen gehörten der Sachgruppe „Nationalismus“ an. Wie bei der Zustimmung zu den 3. und 4. Thesen zeichneten sich die südkoreanischen Journalisten hier wieder dadurch aus, dass sie im Vergleich zu den Journalisten der beiden anderen Länder eine sehr positive Einstellung gegenüber dem anderen Teil des Landes besaßen. Sie hoben die Gemeinsamkeit beider Teile Koreas hervor, unterdrückten die negativen Nachrichten bei der Berichterstattung und nahmen Rücksicht bei der Ausübung von Kritik an Nordkorea (Tabelle 6-22).

Tabelle 6-22: Die Reihenfolge der Zustimmung zu den wichtigsten Thesen in Kapitel 6.2.
-- deutsche, taiwanesishe und südkoreanische Journalisten --

	BRD (n=98) %	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %	Durchschnitt %
1. Die Berichterstattung über den anderen Teil soll ein „objektives und vollständiges Bild“ vermitteln.	96	93	97	95
2. Die Berichterstattung über den anderen Teil „soll sich am Interesse des Publikums orientieren“.	60	60	65	62
3. Berichte über „geheime NATO-Verteidigungspläne“ zurückhalten. ^A	88	88	47	74
4. Die Kritik der westdeutschen Medien an den neuen Bundesländern ist „sachlich und fair“.	55	66	33	51
5. Vor dem Zusammenbruch der DDR berichteten die Journalisten „eigene Eindrücke und offizielle Informationen angemessen“. ^D	45	18	42	35
6. Die Berichterstattung über die neuen Länder soll „die Meinung des jeweiligen Journalisten widerspiegeln“.	31	19	40	30
<u>Die deutschen Journalisten</u>				
7. In den Medien soll über die neuen Länder „genauso berichtet werden wie über die alten“. ^E	83	32	6	40
8. Die kommunistische Partei dadurch bekämpfen, dass „man objektiv über sie berichtet und sie sich selbst bloßstellen lässt“. ^A	71	34	18	41
9. Berichte zurückhalten, „die Ressentiments gegen die neuen Bundesländer schaffen“. ^A	52	25	36	38
<u>Die taiwanesischen Journalisten</u>				
10. Die Berichterstattung soll „das Volk vor möglichen Gefahren aus der Volksrepublik China/Nordkorea warnen“. ^A	30	52	19	34
<u>Die südkoreanischen Journalisten</u>				
11. Die Berichterstattung „soll deutlich machen, dass wir ein Volk sind.“	61	55	96	71
12. Die Berichterstattung „soll negativen Nachrichten über die neuen Länder/Volksrepublik China/Nordkorea nicht zuviel Beachtung schenken.“	13	14	52	26

Fortsetzung

13. Die Kritik ist „zurückhaltend. Ich nehme Rücksicht auf die Interessen Volksrepublik Chinas/Nordkoreas.“ ^C	11	50	92	51
--	----	----	----	----

^A Diese Frage wurde in Taiwan und Südkorea variiert gestellt.

^B Diese Frage wurde in Taiwan und Südkorea nicht gestellt.

^C Die variierte Antwortvorgabe in der Bundesrepublik lautet: „Ja, die Medien sollten zurückhaltend berichten.“

^D Die Fragestellung in Taiwan und Südkorea lautete: Bei einer Studienreise/Busreise in die Volksrepublik China/Nordkorea berichte ich über „beides (soziale Probleme und offizielle Informationen) gleichgewichtig“.

^E Die Fragestellung in Taiwan und Südkorea lautete: „Meine Kritik ist oft engagiert. Ich nehme keine Rücksicht auf die Interessen der Volksrepublik China/Nordkoreas.“

Die Journalisten aller drei untersuchten Länder wiesen erstens Konsens auf, wenn die Berichterstattung um „Objektivität“ und „Marktorientierung“ ging. Zweitens befürworteten die deutschen und taiwanesischen Journalisten, besonders die taiwanesischen Journalisten, gegenüber den südkoreanischen Journalisten „Anti-Kommunismus“ häufiger (Thesen 3, 4 und 10). Drittens zeichneten sich die deutschen Journalisten dadurch gegenüber Journalisten anderer Länder aus, dass sie „Objektivität“ häufiger hervorhoben; sie konnten nationalistische Thesen ebenfalls betonen, wenn diese das Verständnis der beiden Teile Deutschlands verhindern konnten. Viertens, die südkoreanischen Journalisten bejahten im Vergleich zu Journalisten beider anderen Länder am häufigsten Thesen, die „Nationalismus“ vertraten.

Da in Kapitel 6.2. im Vergleich zu anderen Kapiteln sehr viele Fragestellungen nur die beiden asiatischen Länder betrafen, wurden sie gesondert auf einer Tabelle dargestellt. Insgesamt 12 Thesen dieses Kapitels ermittelten nur die Einstellung der Journalisten der beiden asiatischen Länder. Bei der Zustimmung zu den ersten drei Thesen wiesen die Journalisten der beiden Länder keinen Unterschied auf. Den ersten und den dritten Thesen, dass die Aufgaben der Journalisten positiv sind und dass das Publikum links ist, betrafen das Erscheinungsbild der Journalisten und das Publikum. Der ersten stimmte die überwiegende Mehrheit der Journalisten zu, wogegen der dritten kaum zugestimmt wurde. Die zweite These, dass Berichte über Studentendemonstrationen zurückgehalten werden sollten, gehörte der Gruppe „Nationalismus“ an. Die südkoreanischen Journalisten wollten die nationalistische These genau so selten wie die taiwanesischen Journalisten zurückhalten, wenn sie sich gegen die Regierungspolitik über den anderen Teil des Landes richtete.

Die taiwanesischen Journalisten stimmten drei Thesen häufiger als die südkoreanischen Journalisten zu (Thesen 4-6). Sie fanden häufiger als die südkoreanischen Journalisten, dass die Journalisten „Objektivität“ einhalten sollten, dass die Aufgaben der Journalisten negativ seien und dass das Publikumsbild für die Journalisten positiv sei.

Die südkoreanischen Journalisten stimmten sechs Thesen häufiger als die taiwanesischen Journalisten zu. Sie glaubten eher, dass das Publikumsbild negativ sei und dass das Publikum als rechts gelte. Sie wollen darüber hinaus im Vergleich zu den taiwanesischen Journalisten wesentlich häufiger Thesen des „Nationalismus“ in den Vordergrund stellen (Thesen 9, 10 und 12). So wollen sie Berichte zurückhalten, die Entfremdung zwischen den beiden Teilen Koreas vergrößerten und Verhandlungen der beiden Teile Koreas verhinderten. Sie neigen häufiger als die taiwanesischen Journalisten dazu, einen Korruptionsfall vom anderen Teil des Landes zurückhaltend darzustellen (Tabelle 6-23).

Obwohl zu allen Thesen der Tabelle 6-23 immer eines der untersuchten Länder im Vergleich zum anderen Land häufiger zustimmte, wich die häufigste Zustimmung nicht immer mit Abstand eindeutig ab. Die Zustimmungshäufigkeiten der untersuchten Länder für diese Tabelle wichen in drei Fälle eindeutig voneinander ab (Thesen 9, 10 und 12). Diese Thesen gehörten alle der Sachgruppe „Nationalismus“ an. Bei der Zustimmung zu diesen Thesen übertrafen die südkoreanischen Journalisten die taiwanesischen Journalisten bemerkbar.

Tabelle 6-23: Die Reihenfolge der Zustimmung zu den wichtigsten Thesen
-- taiwanesishe und südkoreanische Journalisten --

	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %	Durchschnitt
1. Die Aufgaben der Journalisten sind positiv. ^A	74	77	76
2. „Berichte über Studentendemonstrationen zurückhalten, die sich gegen die China-Politik/Nordkorea-Politik der Regierung richten und eventuell die Protestwelle verstärken.“	31	29	30
3. Das Publikum ist links.	4	3	4
<u>Die taiwanesischen Journalisten</u>			
4. Der Journalist ist ein neutraler Berichterstatter.	98	84	91
5. Die Aufgaben der Journalisten sind negativ. ^B	44	28	36
6. Das Publikumsbild der Journalisten ist positiv. ^C	45	32	39
<u>Die südkoreanischen Journalisten</u>			
7. Das Publikumsbild der Journalisten ist negativ. ^D	13	21	17
8. Das Publikum ist rechts.	26	44	35
9. „Berichte zurückhalten, die zur Entfremdung der beiden Teile Chinas/Koreas führen.“	41	85	63
10. „Berichte zurückhalten, die politische Verhandlungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik China/Südkorea und Nordkorea verhindern.“	31	82	57
11. Ein Korruptionsfall vom unangemessenen Luxusleben im anderen Teil des Landes „muss unbedingt (in die Nachrichten) rein.“	30	44	37
12. Die Nachrichten über unangemessenes Luxusleben im anderen Teil des Landes „zurückhaltend darstellen.“	2	31	17

^A Dieser Wert besteht aus dem Durchschnittswert von sechs positiven Aufgaben der Journalisten auf der Tabelle 6-6: „... Kritiker an sozialen Missständen/Armut und Korruption“, „... Jemand, der Leuten hilft, sie berät“, „... Vermittler neuer Ideen“, „... Anwalt der Benachteiligten in unserer Bevölkerung“, „Wächter der Demokratie“ und „Sprachrohr der Bevölkerung“.

^B Dieser Wert besteht aus dem Durchschnittswert von drei negativen Aufgaben der Journalisten auf der Tabelle 6-6: „... Pädagoge, Erzieher“, „... jemand, der die Leute unterhalten sollte“ und „... Politiker mit anderen Mitteln“.

^C Dieser Wert besteht aus dem Durchschnittswert von sechs positiven Bildern des Publikums auf der Tabelle 6-7: „Politisch interessiert“, „fortschrittlich, aufgeschlossen“, „kritisch, anspruchsvoll“, „engagiert“, „gut informiert“ und „tolerant“.

Fortsetzung

^D Dieser Wert besteht aus dem Durchschnittswert von sechs negativen Bildern des Publikums auf der Tabelle 6-7: „Leicht zu beeinflussen“, „sensationshungrig“, „gleichgültig“, „oberflächlich“, „engstirnig“ und „stur“.

6.3. Zusammenhänge der in Kapitel 6 untersuchten Themen

Da die Untersuchung in Kapitel 6 um die Einstellung der Berichterstattung von Journalisten handelte, wurden die Zusammenhänge von untersuchten Thesen in diesem Kapitel ausgerechnet, wenn die Einstellung von Journalisten mit ihrer Einstellung der Berichterstattung einen möglichen sinnvollen Zusammenhang aufwiesen. Die Berechnungen von Kreuztabellen für die in Kapitel 6 enthaltenen Thesen erwiesen sich nur bei wenigen der taiwanesischen und der südkoreanischen Journalisten als statistisch signifikant. Sie wurden hier im folgenden dargestellt.

6.3.1. Die taiwanesischen Journalisten

Für die taiwanesischen Journalisten bestand ein Zusammenhang zwischen der Gemeinsamkeit der Chinesen beider Teile Chinas und das Zurückhalten von konflikthaltigen Berichten über Volksrepublik China. Taiwanische Journalisten, die die Berichterstattung über die Volksrepublik China: „soll deutlich machen, dass wir ein Volk sind“, als wichtig betrachteten, entschieden sich wesentlich häufiger für das Zurückhalten von Berichten in allen fünf Konfliktfällen. Dagegen wollten die taiwanesischen Journalisten, die die Gemeinsamkeit des Volks in beiden Teilen Chinas als nicht wichtig beurteilten, vergleichsweise immer seltener die Berichte zurückhalten.

Die Gemeinsamkeit als Chinesen hatte dann eine besonders gewichtige Rolle bei den ersten zwei Thesen, „die zur Entfremdung der beiden Teile Chinas führen“ und „die politische Verhandlungen zwischen Taiwan und Volksrepublik China verhindern“. Die beiden Thesen riefen in beiden Teilen des geteilten Chinas negative Auswirkungen hervor. Die taiwanesischen Journalisten, die Chinesen der beiden Teile Chinas als gleich betrachteten, wollten wesentlich häufiger die beiden Berichte zurückhalten als diejenigen, die Chinesen beider Teile Chinas als nicht gleich betrachteten (59%; 46% zu 19%; 13%). Die dritte am häufigsten zurückgehaltene These waren Berichte über Studentendemonstrationen: „die sich gegen die China-Politik der Regierung richten und eventuell die Protestwelle verstärken“. Zwar etwas geringer als die ersten beiden Thesen wollten ebenfalls beinahe dreimal mehr der taiwanesischen Journalisten, die Chinesen beider Teile Chinas als gleich bewerteten, diese Berichte zurückhalten als diejenigen, die Chinesen als nicht gleich beurteilten (43% zu 16%). Die vierte These über die Konflikte der Fischerboote, „die eventuell zu verstärkten Ressentiments gegen die Volksrepublik China führen“, ergab etwas geringeren Kontrast zwischen denjenigen, die Chinesen beider Teile Chinas als identisch betrachteten, und denjenigen, die sie als nicht identisch betrachteten (33% zu 15%). Bei der letzten These über Berichte der streng geheimen Verteidigungspläne gegen

die Volksrepublik China, „die eventuell die Sicherheit Taiwans gefährden“ wollten ebenfalls mehr taiwanesischen Journalisten ihre Berichterstattung zurückhalten, die Chinesen beider Teile Chinas als identisch bewerteten. Jedoch war hier der Kontrast zwischen den beiden Gruppen der taiwanesischen Journalisten wesentlich kleiner: 95% gegenüber 79% (Tabelle 6-24).

Tabelle 6-24: Zusammenhang zwischen Gemeinsamkeit der Chinesen und Zurückhalten von Berichten (taiwanesischen Journalisten)

Fragen: „Welche Aufgaben sollen Ihrer Ansicht nach die Berichterstattung über die Volksrepublik China haben?“

„Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journalist gar nicht beabsichtigt hat. Finden Sie, solche Berichte sollten daher unter Umständen zurückgehalten werden, oder sollte der Journalist den Beitrag ruhig veröffentlichen?“

„Die Berichterstattung soll deutlich machen, daß wir ein Volk sind.“

Antwort: „Zurückhalten“	„ist wichtig“	„ist nicht wichtig“*
	(n=81) %	(n=67) %
„Berichte, die zur Entfremdung der beiden Teile Chinas führen.“	59	19
„Berichte, die politische Verhandlungen zwischen Taiwan und Volksrepublik China verhindern.“	46	13
„Berichte über Studentendemonstrationen, die sich gegen die China-Politik der Regierung richten und eventuell die Protestwelle verstärken.“	43	16
„Berichte über Konflikte zwischen taiwanesischen und VR-chinesischen Fischerbooten in der Küstenregion, die eventuell zu verstärkten Ressentiments gegen die Volksrepublik China führen.“	33	15
„Berichte über streng geheime Verteidigungspläne gegen die Volksrepublik China, die eventuell die Sicherheit Taiwans gefährden.“	95	79

Die Aufgaben der Berichterstattung unterscheiden sich statistisch signifikant von Zurückhalten der Berichterstattung (Chi-Test; $p < 0,05$).

* Schließt die Antwort „andere“ ein.

Die Gemeinsamkeit der Chinesen in beiden Teilen Chinas spielte die wichtigste Rolle, wenn die zurückgehaltenen Berichte sich für die Unterhaltung normaler Beziehung der beiden Teile Chinas als ungünstig herausstellten oder wenn sie, wie beim dritten Thema,

soziale Unruhen im Taiwan hervorrufen würden. Diese betrafen die ersten drei zurückgehaltenen Berichte der oberen Tabelle. Bei diesen Berichten besaß der Faktor, ob ein taiwanesischer Journalist die Chinesen der beiden Teile Chinas als gleich betrachtete, eine bedeutendere Rolle. Bei den gewalttätigen Konflikten in der Küstenregion spielte der Faktor der Gemeinsamkeit als Chinesen keine so bemerkenswerte Rolle wie bei den drei ersten Thesen. Die letzte These, die Sicherheit Taiwans gefährdete, spielte die Gemeinsamkeit als Chinesen eine noch geringere Rolle.

Für die taiwanesischen Journalisten hing außerdem die Einstellung zur Widerspiegelung der eigenen Meinung in der Berichterstattung über die Volksrepublik China mit der Empfindung der Journalisten über Regierungseinschränkungen zusammen. Die Einschränkungen der Regierung auf die Journalisten wurden besonders bewusst aufgenommen, wenn die Journalisten, die über Ereignisse in der Volksrepublik China berichteten, ihre eigene Meinung widerzuspiegeln beabsichtigten. In anderen Worten, je mehr die taiwanesischen Journalisten ihre eigene Meinung in der Berichterstattung über die Volksrepublik China aufzunehmen beabsichtigten, desto häufiger empfanden sie die Einschränkung durch die Regierung. Bei den taiwanesischen Journalisten, die ihre eigene Meinung in der Berichterstattung widerspiegeln wollten, empfanden knapp zwei Drittel (63%) die Einschränkung der Regierung, und die restlichen 37% spürten die Einschränkung nicht. Bei denjenigen, die das Widerspiegeln der eigenen Meinung in der Berichterstattung als nicht wichtig hielten, spürten weit weniger als die Hälfte (43%) die Einschränkung der Regierung; mehr als die Hälfte (57%) bemerkten die Einschränkungen der Regierung nicht (Tabelle 6-25).

Für die taiwanesischen Journalisten bestand ein Zusammenhang zwischen der Widerspiegelung der eigenen Meinung und der Einschränkung der Regierung. Wenn die taiwanesischen Journalisten nicht die Absicht besaßen, ihre eigene Meinung in der Berichterstattung widerzuspiegeln, dann gerieten sie dementsprechend seltener in Konflikt mit dem Einfluss der Regierung. Ein Konflikt mit der Einschränkung der Regierung entstand dann häufiger, wenn ein taiwanesischer Journalist seine eigene Meinung zu äußern beabsichtigte.

Für die taiwanesischen Journalisten erwiesen sich die Ermittlungen von Zusammenhängen in Kapitel 6.3.1. eindeutig. Alle Zusammenhänge auf der Tabelle 6-24 und 6-25 erwiesen eine logische Tendenz, die der Erwartung nicht widersprachen.

Tabelle 6-25: Zusammenhang zwischen Meinung der Journalisten und Einschränkung der Regierung (taiwanesisches Journalisten)

Fragen: „Welche Aufgaben sollen Ihrer Ansicht nach die Berichterstattung über die Volksrepublik China haben?“
 „Welche der folgenden Gruppen schränken die Freiheit der Berichterstattung über die Volksrepublik China ein?“

„Die Regierung“	„Die Berichterstattung soll die Meinung des jeweiligen Journalisten widerspiegeln.“	
	„ist wichtig“ (n=28) %	„ist nicht wichtig“* (n=120) %
„trifft zu“	63	43
„trifft nicht zu“*	37	57
Summe	100	100

Die Meinung des Journalisten unterscheidet sich statistisch signifikant von Einschränkung der Regierung (Chi-Test; $p < 0,05$).

* Schließt die Antwort „andere“ ein.

6.3.2. Die südkoreanischen Journalisten

Für die südkoreanischen Journalisten bestand ein Zusammenhang zwischen der Absicht die eigene Meinung in der Berichterstattung widerzuspiegeln und der Zustimmung zur Rolle des neutralen Berichterstatters von Journalisten. Im allgemeinen stimmten die südkoreanischen Journalisten immer der Rolle des neutralen Berichterstatters von Journalisten häufiger zu, egal ob sie das Widerspiegeln der eigenen Meinung in der Berichterstattung als wichtig oder als nicht wichtig betrachteten. Jedoch bestand ein Unterschied zwischen den beiden Gruppen von südkoreanischen Journalisten. Die südkoreanischen Journalisten, die die eigene Meinung in der Berichterstattung widerspiegeln wollten, stimmten der Rolle des neutralen Berichterstatters häufiger zu (91%), und nur 9% unter ihnen wollten der Rolle des neutralen Berichterstatters nicht zustimmen. Die anderen südkoreanischen Journalisten, die die eigene Meinung in der Berichterstattung nicht widerzuspiegeln beabsichtigten, wollten der Rolle des neutralen Berichterstatters ebenfalls häufiger zustimmen als sie ablehnen. Jedoch war der Kontrast zwischen den beiden Gruppen nicht so stark (79% zu 21%). Diese Ergebnisse widersprachen zum Teil der Erwartung: Wenn die Journalisten, die eigene Meinung in der Berichterstattung widerspiegeln wollten, mussten seltener der Rolle des neutralen Berichterstatters zustimmen als diejenigen, die eigene Meinung nicht widerspiegeln wollten (Tabelle 6-26).

Tabelle 6-26: Zusammenhang zwischen Meinung der Journalisten und Journalisten als neutraler Berichterstatter (südkoreanische Journalisten)

Fragen: „*Welche Aufgaben sollen Ihrer Ansicht nach die Berichterstattung über Nordkorea haben?*“
 „*Wie sollte man als Journalist Ihrer Meinung nach seine Aufgabe verstehen, als was sollte man sich als Journalist sehen? Sagen Sie mir bitte, ob Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht.*“

	„Die Berichterstattung soll die Meinung des jeweiligen Journalisten widerspiegeln.“	
	„ist wichtig“ (n=76)	„ist nicht wichtig“* (n=115)
„Sollte sich der Journalist sehen als neutraler Berichterstatter?“	%	%
„stimme zu“	91	79
„stimme nicht zu“*	9	21
	100	100

Meinung der Journalisten unterscheidet sich statistisch signifikant von Journalist als neutraler Berichterstatter (Chi-Test; $p < 0,05$).

* Schließt die Antwort „andere“ ein.

Für einen Teil der südkoreanischen Journalisten schien sich die Vermutung zu bestätigen, dass das Widerspiegeln der Meinung von Journalisten mit der Rolle des neutralen Berichterstatters nicht im Widerspruch geriet. Weil für sie das Widerspiegeln der eigenen Meinung mit der Rolle des neutralen Berichterstatters gleichzustellen war.

Außerdem ließ sich für die südkoreanischen Journalisten der Zusammenhang zwischen Widerspiegeln der eigenen Meinung in der Berichterstattung mit dem Aufgabenverständnis „loyal zur Regierung“ wesentlich deutlicher erkennen. In einer demokratischen Gesellschaft, deren politisches System sich als funktional erwies, mussten die Medien — einschließlich der Journalisten — kritisch gegenüber der Regierung stehen. Deshalb ließ sich folgendes vermuten. Je mehr die Journalisten ihre eigene Meinung in der Berichterstattung widerspiegeln wollten, desto seltener waren sie in der Lage, loyal zur Regierung zu stehen. Die südkoreanischen Journalisten, die die eigene Meinung in der Berichterstattung widerspiegeln wollten, hielten jedoch häufiger das Aufgabenverständnis „loyal zur Regierung“ eher für wichtig als für nicht wichtig (55% zu 45%). Diejenigen, die die eigene Meinung in der Berichterstattung nicht widerspiegeln wollten, betrachteten das Aufgabenverständnis „loyal zur Regierung“ seltener mit 30% als wichtig und 70% als nicht wichtig. Für die südkoreanischen Journalisten galt die eigene Meinung widerzuspiegeln gleichzeitig als mehr Loyalität zur südkoreanischen Regierung in der Berichterstattung über Nordkorea. Die Ergebnisse widersprachen der Vermutung, dass die Jour-

nalisten, die die eigene Meinung in der Berichterstattung widerspiegeln wollten, seltener das Aufgabenverständnis „loyal zur Regierung“ für wichtig halten mussten (Tabelle 6-27).

Tabelle 6-27: Zusammenhang zwischen Meinung der Journalisten und Loyalität zur Regierung (südkoreanische Journalisten)

Fragen: „Welche Aufgaben sollen Ihrer Ansicht nach die Berichterstattung über Nordkorea haben?“

„Die Berichterstattung soll loyal zur Regierung stehen.“	„Die Berichterstattung soll die Meinung des jeweiligen Journalisten widerspiegeln.“	
	„ist wichtig“ (n=76)	„ist nicht wichtig“* (n=115)
	%	%
„ist wichtig“	55	30
„ist nicht wichtig“*	45	70
	100	100

Ansicht über Meinung der Journalisten unterscheidet sich statistisch signifikant von Loyalität zur Regierung (Chi-Test; $p < 0,05$).

* Schließt die Antwort „andere“ ein.

Es bestand für die südkoreanischen Journalisten ein deutlicher Zusammenhang zwischen den Aufgabenverständnissen „Widerspiegelung der eigenen Meinung“ und „loyal zur Regierung“. Für die Mehrheit der südkoreanischen Journalisten bedeutete, die eigene Meinung in der Berichterstattung widerzuspiegeln entsprach der Zustimmung zum Aufgabenverständnis loyal zur Regierung. Dieser Zusammenhang ließ sich vermutlich auf die politische Einstellung der südkoreanischen Journalisten zurückführen, die sich als regierungsnah erwies. Aufgrund dieser regierungsnahen Einstellung der südkoreanischen Journalisten widersprach die Bereitschaft, die eigene Meinung in der Berichterstattung widerzuspiegeln, nicht dem Aufgabenverständnis „loyal zur Regierung“.

Die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung über die südkoreanischen Journalisten bestätigte, daß sie im Vergleich zu Journalisten anderer untersuchten Länder dem nationalen Bewusstsein am häufigsten zustimmten. Es war daher berechtigt, anzunehmen, dass häufigere Zustimmung zum nationalen Bewusstsein die südkoreanischen Journalisten sehr wahrscheinlich zum patriotischen Verhalten in der Berichterstattung verleitete, besonders wenn die Berichte dem Interesse Südkoreas möglicherweise Schaden zufügen würde. Eine weitere Ermittlung des Zusammenhangs zwischen dem Aufgabenverständnis loyal zur Regierung und dem Zurückhalten von streng geheimen Berichten, „die eventuell die

Sicherheit Südkoreas gefährden“ erwiesen sich für die südkoreanischen Journalisten als statistisch signifikant. Die südkoreanischen Journalisten, die „loyal zur Regierung“ als wichtig bewerteten, wollten häufiger (61%) sicherheitsgefährdende Berichte zurückhalten als veröffentlichen (39%). Diejenigen, die dagegen „loyal zur Regierung“ für nicht wichtig hielten, wollten seltener diese Berichte zurückhalten als veröffentlichen (37% zu 63%). Für die südkoreanischen Journalisten hing das Zurückhalten von Berichten, die die Sicherheit Südkoreas gefährdeten, offensichtlich mit ihrer Loyalität zur Regierung zusammen. Je loyaler zur Regierung standen, desto häufiger waren sie für das Zurückhalten von sicherheitsgefährdenden Berichten (Tabelle 6-28).

Tabelle 6-28: Zusammenhang zwischen Loyalität zur Regierung und Zurückhalten von Berichten (südkoreanische Journalisten)

Fragen: „*Welche Aufgaben sollen Ihrer Ansicht nach die Berichterstattung über Nordkorea haben?*“
 „*Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journalist gar nicht beabsichtigt hat. Finden Sie, solche Berichte sollten daher unter Umständen zurückhalten werden, oder sollte der Journalist den Beitrag ruhig veröffentlichen?*“

„Die Berichterstattung soll loyal zur Regierung stehen.“

	„ist wichtig“ (n=77)	„ist nicht wichtig“* (n=114)
„Berichte über streng geheime Verteidigungspläne gegen Nordkorea, die eventuell die Sicherheit Südkoreas gefährden.“	%	%
„Zurückhalten“	61	37
„Veröffentlichen“*	39	63
	100	100

Ansicht über die Loyalität zur Regierung unterscheidet sich statistisch signifikant von Zurückhalten der Berichte über geheime Verteidigungspläne (Chi-Test; $p < 0,05$). Schließt die Antwort „andere“ ein.

Für die südkoreanischen Journalisten hatte die Loyalität zur Regierung Einfluss auf ihre Bereitschaft, sicherheitsgefährdende Berichte zurückzuhalten. Der Zusammenhang zwischen diesen beiden Thesen widersprach der Erwartung nicht. Das Ergebnis ist logisch. Die Journalisten, die loyal zur Regierung standen, hielten sicherheitsgefährdende Berichte häufiger zurück als diejenigen, die nicht loyal zur Regierung waren. Jedoch die zwei vorigen Ermittlungen von Zusammenhängen (Tabelle 6-26 und Tabelle 6-27) widersprachen den Ergebnissen der Erwartung: Die südkoreanischen Journalisten, die ihre Meinung in der Berichterstattung widerspiegeln wollten, waren eher bereit, die Rolle der Journalisten

als neutrale Berichterstatter zu übernehmen; die südkoreanischen Journalisten, die ihre Meinung in der Berichterstattung widerzuspiegeln beabsichtigten, wollten häufiger loyal zur Regierung stehen. Bei diesen beiden Zusammenhängen wollten die südkoreanischen Journalisten einerseits ihre eigene Meinung in der Berichterstattung widerspiegeln, jedoch wollten sie widersprüchlich die Rolle des neutralen Berichterstatters übernehmen und loyal zur Regierung stehen. Die widersprechenden Ergebnisse der ersten beiden Ermittlungen von Zusammenhängen in Kapitel 6.3.2. ließen sich dadurch erklären, dass es sich hier nicht um die Sicherheit Südkoreas handelte. Die ersten beiden Zusammenhänge ermittelten eher die Professionalität der südkoreanischen Journalisten, bei denen die Reaktionen der südkoreanischen Journalisten nicht der Logik entsprachen. Wenn es sich jedoch bei der dritten Ermittlung um die Sicherheit Südkoreas handelte, reagierten die südkoreanischen Journalisten wie erwartet und zeigten ihre nationalistische Zugehörigkeit.

7. Der Einfluss der Teilung und Wiedervereinigung auf die Einstellung der Berichterstattung von Journalisten

Hier, in diesem Kapitel, wurden Zusammenhänge (Korrelationen) zwischen den Fragestellungen in allen vorangegangenen Kapiteln untersucht. Die Fragestellungen ließen sich in zwei Gruppen einteilen. Bei der ersten Gruppe handelte es sich um Fragen zum Kommunismus, so wie um die Teilung des Landes durch die Ost-West-Auseinandersetzung zwischen den kommunistischen und kapitalistischen Ländern. Die zweite Gruppe befasste sich mit Fragen über die professionelle Einstellung von Journalisten — Einstellung der Berichterstattung von Journalisten über Teilung und Wiedervereinigung. Es wurde der Frage nachgegangen, wie sich die Einstellung der Journalisten zum Kommunismus, zur Teilung und Wiedervereinigung auf die Einstellung ihrer Berichterstattung auswirkte. Die Untersuchung von Zusammenhängen zwischen zwei Fragestellungen beinhaltete daher immer eine Frage der ersten Gruppe, die die Meinung der Journalisten zum Kommunismus oder zur Teilung und Wiedervereinigung untersuchten. Sie enthielt andererseits eine Frage der zweiten Gruppe, die über Einstellung der Berichterstattung von Journalisten erschlossen.

Da die Entwürfe von Fragebögen für Taiwan und Südkorea fast völlig identisch waren, wurden für diese beiden Länder immer gleiche Korrelationen von Fragepaaren durchgeführt, soweit der Zusammenhang zwischen zwei Fragestellungen einen sinnvollen Aufschluß zu ergeben schien. Die gleichen Korrelationspaare standen für Taiwan und Südkorea zur Verfügung. Jedoch für die Untersuchung in der Bundesrepublik Deutschland waren die gleichen Fragen, aufgrund der Anpassung an die Vereinigung Deutschlands, nicht immer vorhanden. So wurden für Deutschland teilweise andere Korrelationspaare gebildet, die mit Taiwan und Südkorea nicht direkt vergleichbar waren. Obwohl die Zusammenhänge zwischen zahlreichen Fragepaaren sowohl für die taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten als auch für die deutschen Journalisten zuerst auf der Bedeutungsebene sinnvoll erschienen, erwiesen sich ihre statistischen Zusammenhänge meistens als nicht signifikant und wurden hier nicht vorgestellt. Außerdem galt der Zusammenhang zwischen zwei Fragen selten in mehr als einem der untersuchten Länder als statistisch signifikant. Häufiger erwies sich ein statistisch signifikanter Zusammenhang in einem Land als nicht signifikant in einem anderen untersuchten Land. Es ergaben sich daher nur wenige signifikante Zusammenhänge von Fragepaaren in den jeweiligen untersuchten Ländern, die auf der Bedeutungsebene sinnvoll und deren Zusammenhänge ebenfalls als statistisch signifikant galten. Die relativ geringen Zusammenhänge, die diese beiden Bedingungen erfüllten und meistens jeweils nur für eines der untersuchten Länder galten, wurden für das einzelne Land in folgendem vorgestellt.

7.1. Der Einfluss der Teilung und Wiedervereinigung auf die Einstellung der Berichterstattung von taiwanesischen Journalisten

Gewisse politische Sichtweisen der taiwanesischen Journalisten sowie ihre Einstellung zur Wiedervereinigung Chinas wirkten deutlich auf ihre Einstellung der Berichterstattung über die Volksrepublik China. Unter den taiwanesischen Journalisten unterschieden sich diejenigen, die eine pro-volkschinesische Einstellung aufwiesen, bei der Nachrichten-selektion über die Volksrepublik China von den anderen, die eine unfreundlichere Einstellung gegenüber der Volksrepublik China aufnahmen. Sie instrumentell aktualisierten die Berichterstattung über die Volksrepublik China nach ihrer Konfliktsichten.¹ Für die taiwanesischen Journalisten hatte die Bereitschaft zur Wiedervereinigung eine sichtbare Wirkung auf ihren Willen zum Zurückhalten von gewissen Berichten, die der Volksrepublik China und möglicherweise der Beziehung zwischen den beiden Teilen der geteilten Chinas Schaden zufügen würden. Die taiwanesischen Journalisten, die eine aktive und progressive Einstellung zur Wiedervereinigung Taiwans mit der Volksrepublik China anstrebten, entschieden sich wesentlich häufiger für das Zurückhalten von konfliktthaltigen Berichten, die sich auf die Normalisierung der Beziehung zwischen Taiwan und der Volksrepublik als negativ auswirken könnten. Die Bereitschaft der taiwanesischen Journalisten zu einer Wiedervereinigung wirkte mit bemerkbarer Stärke auf das Zurückhalten von drei Arten von Berichten. Es waren Berichte, „die politische Verhandlungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik China verhindern“, „die sich gegen die China Politik der Regierung richten und eventuell die Protestwelle verstärken“ und Berichte über Konflikte der Fischerboote Taiwans und Volksrepublik China, „die eventuell zu verstärkten Resentiments gegen die Volksrepublik China führen“. Diese drei Berichte wollten immer mehr als das doppelte der taiwanesischen Journalisten, die progressiv nach Wiedervereinigung strebten, zurückhalten als diejenigen, die mit der Wiedervereinigung abwarten wollten. Der stärkste Kontrast zwischen der progressiven und abwartenden Einstellung zur Wiedervereinigung trat bei den Berichten über Konflikte der Fischerboote auf. Fast dreimal mehr der taiwanesischen Journalisten wollten die Berichte über diese Konflikte zurückhalten, wenn sie die progressive Einstellung zur Wiedervereinigung Chinas annahmen. 55% der taiwanesischen Journalisten, die progressiv nach Wiedervereinigung mit China strebten, entschieden sich für das Zurückhalten von Berichten über Konflikte von Fischerbooten gegenüber 20% von ihnen, die eine abwartende Einstellung zur Wiedervereinigung Chinas bevorzugten. Den zweiten stärksten Kontrast zeigten Berichte, die politische Verhandlungen zwischen den beiden Chinas verhinderten. Weit über doppelt so viele von taiwanesischen Journalisten (65%), die die progressive Einstellung zur Wiedervereinigung vertraten, entschieden sich für das Zurückhalten im Vergleich zu 26% der

¹ Vgl. Kepplinger, Hans Mathias: Instrumentelle Aktualisierung. Grundlage einer Theorie publizistischer Konflikte. In: Max Kaase, Winfried Schulz (Hrsg.): Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde. Opladen: Westdeutscher Verlag 1989, S. 199-220.

taiwanesischen Journalisten, die eine abwartende Einstellung zur Wiedervereinigung annahmen. Für die Berichte über Studentendemonstrationen ergab sich, obwohl etwas geringer als bei den beiden vorigen Berichten, ebenfalls einen bemerkbaren Unterschied zwischen den beiden Gruppen von taiwanesischen Journalisten mit jeweils progressiver oder abwartender Einstellung zur Wiedervereinigung. Hier entschieden sich die taiwanesischen Journalisten, die progressiv nach Wiedervereinigung bestreben, mehr als zweimal häufiger (60% zu 27%) für das Zurückhalten von Berichten, gegenüber den taiwanesischen Journalisten, die eine abwartende Einstellung zur Wiedervereinigung vertraten (Tabelle 7-1).

Tabelle 7-1: Zusammenhang zwischen Einstellung zur Wiedervereinigung und Zurückhalten von Berichten (taiwanesischen Journalisten)

Fragen: „Halten Sie eine progressive Einstellung zur Wiedervereinigung in der momentanen Lage Taiwans für empfehlenswert? Oder soll Taiwan warten bis eine bessere Chance kommt?“

„Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journalist gar nicht beabsichtigt hat. Finden Sie, solche Berichte sollten daher unter Umständen zurückhalten werden, oder sollte der Journalist den Beitrag ruhig veröffentlichen?“

Antwort: „Zurückhalten“ ⁺	„Soll aktiv und progressiv nach Wiedervereinigung mit China bestreben.“ (n=20) %	„Soll warten bis eine bessere Chance kommt.“ ^{**} (n=128) %	Eta
„Berichte, die politische Verhandlungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik China verhindern.“	65	26	0,29
„Berichte über Studentendemonstrationen, die sich gegen die China Politik der Regierung richten und eventuell die Protestwelle verstärken.“	60	27	0,25
„Berichte über Konflikte zwischen taiwanesischen und VR-chinesischen Fischerbooten in der Küstenregion, die eventuell zu verstärkten Ressentiments gegen die Volksrepublik China führen.“	55	20	0,27

* Schließt die Antwort „andere“ ein.

⁺ Vgl. Anhang 7-1a, Anhang 7-1b und Anhang 7-1c für die vollständige Tabelle.

Auf die Entscheidung für das Zurückhalten von Berichten der taiwanesischen Journalisten spielte weiterhin die Zustimmung zum Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation mit

sichtbarer Stärke eine bemerkbare Rolle. Zu den drei gleichen Berichten auf der vorigen Tabelle (die politische Verhandlungen zwischen den beiden Chinas aufhielten, die zur verstärkten Protestwelle gegen die China-Politik der Regierung aufriefen und die durch Berichte über Konflikte der Fischerboote zu Ressentiments gegen die VR China führten) wollten die taiwanesischen Journalisten, die dem Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation zustimmten, Berichte wesentlich häufiger zurückhalten als die anderen, die das Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation ablehnten. Ein besonders starker Kontrast ergab sich bei den ersten zwei Berichten der Tabelle 7-2. In diesen beiden Fällen entschieden sich mehr als viermal so viele taiwanesischen Journalisten für das Zurückhalten von Berichten, die dem Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation zustimmten als die anderen, die das Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation ablehnten (37% zu 9%). Obwohl sich bei dem dritten Fall des Zurückhalten von Berichten — Berichte über Konflikte der Fischerboote in der Küstenregion — ein etwas weniger starker Kontrast zwischen den beiden Gruppen von taiwanesischen Journalisten ergab, stimmten immerhin 29% der taiwanesischen Journalisten, die das Nationalbewusstsein befürworteten, für das Zurückhalten von Berichten, gegenüber 12% der anderen Gruppe. Eine Überprüfung der hier genannten drei Fälle des Zurückhaltens von Berichten ergab, dass die Zustimmung zum Bewusstsein zu einer Nation einen merkbar starken Einfluss auf das Zurückhalten von den hier dargestellten Berichten ausübte. Die Stärke der Wirkung fiel bei den ersten beiden Fällen stärker aus. (Tabelle 7-2).

Im Vergleich zu Deutschland oder Korea ist die Teilung von China extrem asymmetrisch. Für ein winziges Land wie Taiwan spielt die Befürchtung vor der außergewöhnlich großen Volksrepublik China immer eine entsprechend wichtigere Rolle als in den beiden anderen untersuchten Ländern. Für die taiwanesischen Journalisten bedeutete dieses konkret, dass sich die Befürchtung vor einem militärischen Angriff der Volksrepublik China

Tabelle 7-2: Zusammenhang zwischen Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation und Zurückhalten von Berichten (taiwanesischen Journalisten)

Fragen: „*Sie finden unten eine Reihe von politischen Forderungen. Bitte geben Sie an, ob Sie diesen zustimmen oder Sie sie ablehnen.*“

„*Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journalist gar nicht beabsichtigt hat. Finden Sie, solche Berichte sollten daher unter Umständen zurückhalten werden, oder sollte der Journalist den Beitrag ruhig veröffentlichen?*“

„Es ist wichtig, sich der Zugehörigkeit zu einer Nation bewusst zu sein.“

Antwort: „Zurückhalten“ ⁺	„Zustimmen“ (n=115) %	„Ablehnen“* (n=33) %	Eta
„Berichte, die politische Verhandlungen zwischen Taiwan und Volksrepublik China verhindern.“	37	9	0,25
„Berichte über Studentendemonstrationen, die sich gegen die China Politik der Regierung richten und eventuell die Protestwelle verstärken.“	37	9	0,25
„Berichte über Konflikte zwischen taiwanesischen und VR-chinesischen Fischerbooten in der Küstenregion, die eventuell zu verstärkten Ressentiments gegen Volksrepublik China führen.“	29	12	0,16

* Schließt die Antwort „andere“ ein.

⁺ Vgl. Anhang 7-2a, Anhang 7-2b und Anhang 7-2c für die vollständige Tabelle.

auf Taiwan auf die Einstellung der Berichterstattung von taiwanesischen Journalisten mit feststellbarer Stärke auswirkte, ob sie in der Berichterstattung vor möglichen Gefahren der Volksrepublik China warnen oder nicht warnen sollten. Diejenigen, die einen militärischen Angriff befürchteten, wollten wesentlich häufiger vor einer möglichen Gefahr aus der Volksrepublik China warnen. Die taiwanesischen Journalisten, die sich vor einem militärischen Angriff von der Volksrepublik China fürchteten, wollten zu 61% vor möglichen Gefahren seitens der Volksrepublik China in ihrer Berichterstattung warnen; nur 39% unter ihnen wollten nicht warnen. Die anderen, die keine Befürchtung eines militärischen Angriffs durch die Volksrepublik China hatten, betrachteten nur zu 36% die Warnung vor möglichen Gefahr von der Volksrepublik China als wichtig, und die restlichen 64% wollten nicht warnen (Tabelle 7-3).

Tabelle 7-3: Zusammenhang zwischen Befürchtung eines Angriffs durch die Volksrepublik China und Warnung vor der Gefahr der Volksrepublik China (taiwanesischen Journalisten)

Fragen: „Fürchten Sie in der heutigen politischen Lage der beiden Teile Chinas immer noch einen militärischen Angriff aus der Volksrepublik China?“
 „Welche Aufgaben soll Ihrer Ansicht nach die Berichterstattung über die Volksrepublik China haben?“

	„Ja“ (n=93) %	„Nein“* (n=55) %
„Die Berichterstattung soll das Volk vor möglichen Gefahren von der Volksrepublik China warnen.“		
„Wichtig“	61	36
„Nicht wichtig“*	39	64
Summe	100	100

Eta = 0,24

* Schließt die Antwort „andere“ ein.

Die im Kapitel 7.1. aufgeführten drei Zusammenhänge (Tabelle 7-1, Tabelle 7-2 und Tabelle 7-3) zeichneten eindeutig die Instrumentelle Aktualisierung der taiwanesischen

Journalisten auf.² Die Konfliktsichten der taiwanesischen Journalisten – ob sie eine aktive Einstellung zur Wiedervereinigung aufwiesen, ob sie dem Nationalbewusstsein zustimmten oder ob sie einen militärischen Angriff befürchteten – wirkten sich auf ihre Berichterstattung über die Volksrepublik China aus. Die taiwanesischen Journalisten instrumentell aktualisierten bei der Berichterstattung der obengenannten Thesen nach ihrer Sichtweise über die Ereignisse.

²
Vgl. ebd.

7.2. Der Einfluss der Teilung und Wiedervereinigung auf die Einstellung der Berichterstattung von südkoreanischen Journalisten

Die Thesen über Teilung und Wiedervereinigung in Kapitel 7.1. wirkten mit sichtbarer Stärke auf die Einstellung der Berichterstattung von taiwanesischen Journalisten. Die taiwanesischen Journalisten instrumentell aktualisierten den Inhalt und die Auswahl der Nachrichten über die Volksrepublik China. Die südkoreanischen Journalisten wiesen ebenfalls instrumentelle Aktualisierung bei der Berichterstattung über Nordkorea auf.³ Diese Thesen, die die Arbeitsweise der taiwanesischen Journalisten beeinflussten, wirkten in den meisten Fällen ebenfalls mit aufweisbarer Stärke auf die südkoreanischen Journalisten. Die Bereitschaft der südkoreanischen Journalisten zur Wiedervereinigung Koreas wirkte ebenfalls auf das Zurückhalten von Berichten über Nordkorea aus. Zwei Thesen wirkten sich auf die Einstellung der Berichterstattung von südkoreanischen Journalisten aus. Eine befasste sich mit Berichten über geheime Verteidigungspläne gegen Nordkorea, „die eventuell die Sicherheit Südkoreas gefährden.“ Die andere handelte von Berichten, „die sich gegen die Nordkorea-Politik der Regierung richten und eventuell die Protestwelle verstärken.“ Die Ergebnisse zeigten, dass die südkoreanischen Journalisten eher Berichte zurückhalten wollten, die Nordkorea gegenüber sicherheitsgefährdende Vertrauen schenken oder Unruhen im eigenen Land (Südkorea) stiften würden, wenn sie eine progressive Einstellung zur Wiedervereinigung Koreas für keine gute Sache hielten. Zu der ersten These der Berichte über strenge geheime Verteidigungspläne gegen Nordkorea entschieden sich viel mehr südkoreanische Journalisten, die eine aktive progressive Einstellung zur Wiedervereinigung für keine gute Sache hielten, für das Zurückhalten von Berichten. Ihr Anteil betrug 56% gegenüber 33% der anderen, die eine aktive progressive Einstellung zur Wiedervereinigung als eine gute Sache betrachteten. Zu der zweiten These von Berichten über Studentendemonstrationen wollte ebenfalls ein nennenswert großer Anteil von 41% der südkoreanischen Journalisten Berichte zurückhalten, die eine aktive progressive Einstellung zur Wiedervereinigung Koreas für keine gute Sache hielten. Dagegen wollten nur 11% von ihnen Berichte zurückhalten, die eine aktive progressive Einstellung zur Wiedervereinigung Koreas als eine gute Sache betrachteten. (Tabelle 7-4).

³

Vgl. Kepplinger, Hans Mathias: Instrumentelle Aktualisierung. Grundlage einer Theorie publizistischer Konflikte. a.a.O.

Tabelle 7-4: Zusammenhang zwischen Einstellung zur Wiedervereinigung und Zurückhalten von Berichten (südkoreanische Journalisten)

Fragen: „Nach dem heutigen Stand der Entwicklung zwischen Nord- und Südkorea, finden Sie eine aktive progressive Einstellung zur Wiedervereinigung Koreas richtig?“

„Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journalist gar nicht beabsichtigt hat. Finden Sie, solche Berichte sollten daher unter Umständen zurückhalten werden, oder sollte der Journalist den Beitrag ruhig veröffentlichen?“

Antwort: „Zurückhalten“ ⁺	„Eine gute Sache“ (n=76) %	„Keine gute Sache“ ^{**} (n=115) %	Eta
„Berichte über streng geheime Verteidigungspläne gegen Nordkorea, die eventuell die Sicherheit Südkoreas gefährden.“	33	56	0,22
„Berichte über Studentendemonstrationen, die sich gegen die Nordkorea-Politik der Regierung richten und eventuell die Protestwelle verstärken.“	11	41	0,33

* Schließt die Antwort „andere“ ein.

⁺ Vgl. Anhang 7-4a und Anhang 7-4b für die vollständige Tabelle.

Die Ergebnisse der Untersuchung von südkoreanischen Journalisten stellten sich als genau umgekehrt zu den taiwanesischen Journalisten dar. Die Fälle für das Zurückhalten von Berichten auf der Tabelle 7-1 und Tabelle 7-4 wirkten immer negativ auf den anderen Teil des Landes (die Volksrepublik China und Nordkorea). Die taiwanesischen Journalisten entschieden sich häufiger für das Zurückhalten von Berichten, wenn sie eine aktive progressive Einstellung zur Wiedervereinigung Chinas annahmen. Die südkoreanischen Journalisten, die aktiv nach Wiedervereinigung mit Nordkorea strebten, mussten nach ihrer starken pro-nordkoreanischen Einstellung noch mehr als die taiwanesischen Journalisten bereit sein, Berichte zurückzuhalten, die negativ auf die Beziehung der beiden Teile Koreas wirkten. Jedoch entschieden sich die südkoreanischen Journalisten in den beiden Fällen immer schwächer für das Zurückhalten von Berichten, wenn sie die Wiedervereinigung Koreas als eine gute Sache betrachteten. Die südkoreanischen Journalisten, die eine aktive progressive Einstellung zur Wiedervereinigung Koreas für keine gute Sache hielten, wollten dagegen in den beiden Fällen stärker die Berichte zurückhalten. (Aufgrund der verschiedenen Mentalitäten zur Wiedervereinigung unterschieden sich die Formulierungen der Antwortvorgabe in Südkorea als „eine gute Sache/keine gute Sache“ von der für die taiwanesischen Journalisten „soll aktiv und progressiv nach Wiedervereinigung mit China streben/soll abwarten bis eine bessere Chance kommt“.)

Die Ursache für die gegensätzlichen Ergebnisse zwischen den taiwanesischen und den südkoreanischen Journalisten lag vermutlich darin, dass die Anzahl der taiwanesischen Journalisten, die für eine aktive progressive Einstellung zur Wiedervereinigung eintraten, im Vergleich zu den südkoreanischen Journalisten, die die Wiedervereinigung Koreas als eine gute Sache beurteilten, erheblich geringer war. Eine aktive progressive Einstellung zur Wiedervereinigung vertraten nur 20 von insgesamt 148 taiwanesischen Journalisten. Der Prozentsatz betrug damit etwa nur 14% der taiwanesischen Journalisten. Dagegen beurteilten viel mehr südkoreanische Journalisten die Wiedervereinigung Koreas als eine gute Sache — 76 von insgesamt 191 der südkoreanischen Journalisten d. h. 40% der südkoreanischen Journalisten. Im Vergleich zu 14% der taiwanesischen Journalisten hielten damit ein wesentlich höherer Anteil von 40% der südkoreanischen Journalisten die Wiedervereinigung als eine gute Sache. Die kleine Minderheit von 14% der taiwanesischen Journalisten, die aktiv progressiv nach Wiedervereinigung mit der Volksrepublik China strebten, bestand vermutlich aus einer Kerngruppe der taiwanesischen Journalisten, die sich immer freundlich zur Volksrepublik China verhielten. Im Gegensatz zu den taiwanesischen Journalisten bestanden die 40% der südkoreanischen Journalisten nicht aus einer Kerngruppe und sie setzten sich auch nicht immer für Nordkorea ein. Innerhalb dieser 40% der südkoreanischen Journalisten gab es vermutlich nur einen kleinen Anteil, der sich wirklich immer für die Wiedervereinigung Koreas einsetzte bzw. der sich freundlich gegenüber Nordkorea verhielt. Ein großer Teil von diesem 40% der südkoreanischen Journalisten, die eine progressive Einstellung für die Wiedervereinigung Koreas für eine gute Sache sahen, stimmten der Vorgabe einer progressiven Einstellung zur Wiedervereinigung deshalb positiv zu, weil das herrschende Meinungsklima für die Wiedervereinigung Koreas Anfang der 90er Jahre in Südkorea schwer zu leugnen war. Sie stimmten deshalb zwar der progressiven Einstellung zur Wiedervereinigung Koreas als einer guten Sache zu, verhielten sich jedoch nicht immer zugunsten der Wiedervereinigung Koreas.

In Übereinstimmung mit den taiwanesischen Journalisten bestand auch für die südkoreanischen Journalisten die Befürchtung eines militärischen Angriffs aus Nordkorea. Die Befürchtung eines militärischen Angriffs wirkte mit sichtbarer Stärke auf die südkoreanischen Journalisten, ob sie in ihrer Berichterstattung vor möglichen Gefahren Nordkoreas warnen sollten oder nicht. Obwohl die Mehrheit der beiden Gruppen von den südkoreanischen Journalisten, egal ob sie einen militärischen Angriff Nordkoreas fürchteten oder nicht fürchteten, immer die These in der Berichterstattung „vor möglichen Gefahren von Nordkorea warnen“ als „nicht wichtig“ betrachteten (47% zu 53% und 13% zu 87%), bestand jedoch ein Unterschied zwischen den beiden Gruppen von den südkoreanischen Journalisten. Diejenigen südkoreanischen Journalisten, die einen militärischen Angriff Nordkoreas fürchteten, beurteilten die oberere These wesentlich häufiger als „wichtig“ im Vergleich zu den anderen südkoreanischen Journalisten, die keinen militärischen Angriff

von Nordkorea fürchteten (47% zu 13%) (Tabelle 7-5).

Tabelle 7-5: Zusammenhang zwischen Befürchtung vom Angriff durch Nordkorea und Warnung vor der Gefahr Nordkoreas (südkoreanische Journalisten)

Fragen: „Fürchten Sie in der heutigen Großwetterlage der internationalen Politik immer noch einen militärischen Angriff aus Nordkorea?“
 „Welche Aufgaben sollen Ihrer Ansicht nach die Berichterstattung über Nordkorea haben?“

	„Ja“ (n=36) %	„Nein“* (n=155) %
„Die Berichterstattung soll das Volk vor möglichen Gefahren von Nordkorea warnen.“		
„Wichtig“	47	13
„Nicht wichtig“*	53	87
Summe	100	100

Eta = 0,34

* Schließt die Antwort „andere“ ein.

Außer der Einstellung zur Wiedervereinigung und der Befürchtung vor einem militärischen Angriff Nordkoreas übte das Urteil der südkoreanischen Journalisten über den Kommunismus ebenfalls mit etwas geringerer Stärke Einfluss auf die Einstellung ihrer Berichterstattung aus. Das Urteil über den Kommunismus wirkte sich in zwei Fällen auf das Zurückhalten von Berichten auf: Berichte über Terroranschlag, „die eventuell zu verstärkten Ressentiments gegen Nordkorea führen“ und Berichte, „die zur Entfremdung der beiden Teile Koreas führen“. Die Berichte über einen Terroranschlag an der Demarkationslinie machte bei den südkoreanischen Journalisten einen eindeutigen Kontrast. Die südkoreanischen Journalisten, die den Kommunismus für richtig hielten, entschieden sich beinahe doppelt so häufig für das Zurückhalten dieser Berichte als diejenigen, die den Kommunismus als falsch beurteilten (55% zu 29%). Die zweiten Berichte, die zur Entfremdung der beiden Teile Koreas führen würden, wollten die südkoreanischen Journalisten, die den Kommunismus für richtig hielten, häufiger zurückhalten, obwohl der Unterschied zwischen den beiden Gruppen von südkoreanischen Journalisten, die den Kommunismus für richtig oder falsch hielten, nicht sehr bemerkenswert war. Die den Kommunismus für richtig haltenden südkoreanischen Journalisten wollten sich zu 96% für das Zurückhalten entscheiden. Dagegen wollten ein paar weniger von den 81% der südkoreanischen Journalisten, die den Kommunismus für falsch hielten, die Berichte Zurückhalten (Tabelle 7-6).

Tabelle 7-6: Zusammenhang zwischen Beurteilung über den Kommunismus und dem Zurückhalten von Berichten (südkoreanische Journalisten)

Fragen: „Der Kommunismus ist weltweit auf dem Rückzug. Was glauben Sie: Ist die Idee an sich falsch, oder ist der Kommunismus eine richtige Idee, die an schlechten Politikern gescheitert ist?“

„Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journalist gar nicht beabsichtigt hat. Finden Sie, solche Berichte sollten daher unter Umständen zurückgehalten werden, oder sollte der Journalist den Beitrag ruhig veröffentlichen?“

Antwort: „Zurückhalten“ ⁺	„Kommunismus ist falsch, deswegen sind die kommunistischen Regime gescheitert.“* (n=142) %	„Kommunismus ist an sich eine richtige Idee, die an schlechten Politikern gescheitert ist.“ (n=49) %	Eta
„Berichte über einen Terroranschlag an der Demarkationslinie, die eventuell zu verstärkten Ressentiments gegen Nordkorea führen.“	29	55	0,24
„Berichte, die zur Entfremdung der beiden Teile Koreas führen.“	81	96	0,18

* Schließt die Antworten „Andere“ und „Keine Angabe“ ein.

⁺ Vgl. Anhang 7-6a und Anhang 7-6b für die vollständige Tabelle.

Die im Kapitel 7.2. aufgeführten drei Zusammenhänge (Tabelle 7-4, Tabelle 7-5 und Tabelle 7-6) deuteten auf eine instrumentelle Aktualisierung der südkoreanischen Journalisten hin.⁴

Die Einstellung der südkoreanischen Journalisten — ob sie eine aktive Einstellung zur Wiedervereinigung aufwiesen, ob sie Nordkorea als eine Gefahr betrachteten oder wie sie den Kommunismus beurteilten — beeinflusste ihre Berichterstattung über Nordkorea. Die südkoreanischen Journalisten instrumentell aktualisierten bei der Berichterstattung der obengenannten Thesen über Nordkorea.

⁴ Vgl. ebd.

7.3. Der Einfluss der Teilung und Vereinigung auf die Einstellung der Berichterstattung von deutschen Journalisten

Wie die Journalisten beider asiatischer Länder wiesen die deutschen Journalisten instrumentelle Aktualisierung bei der Berichterstattung gewisser Thesen über die neuen Länder auf.⁵ Für die deutschen Journalisten stand ihre Zustimmung zum Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation mit sichtbarer Stärke im Verhältnis zur Bereitschaft zum Zurückhalten beider folgenden Berichte, „die Ressentiments gegen die neuen Länder schaffen“ und „den Reformwillen in den neuen Ländern schwächen“. Unter den deutschen Journalisten, die die ersten dieser beiden Berichte zurückhalten wollten, gab es zu dem Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation mehr Zustimmung als Ablehnung (77% zu 50%). Die deutschen Journalisten, die die zweiten Berichten über den Reformwillen in den neuen Ländern zurückhalten wollten, stimmten dem Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation wesentlich stärker zu als bei den ersten Berichten. Mehr als doppelt so viele deutsche Journalisten (52%) wollten dem Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation zustimmen, und nur 25% lehnten es ab (Tabelle 7-7).

Tabelle 7-7: Zusammenhang zwischen dem Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation und dem Zurückhalten von Berichten (deutsche Journalisten)

Fragen: „*Sie finden unten eine Reihe von politischen Forderungen. Bitte geben Sie an, ob Sie diesen zustimmen oder Sie sie ablehnen?*“
 „*Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journalist gar nicht beabsichtigt hat. Welcher dieser Berichte sollten daher unter Umständen zurückgehalten werden?*“

„Es ist wichtig, sich der Zugehörigkeit zu einer Nation bewusst zu sein.“

Antwort: „Zurückhalten“ ⁺	„Zustimmen“ (n=47) %	„Ablehnen“* (n=30) %	Eta
„Berichte, die Ressentiments gegen die neuen Länder schaffen.“	77	50	0,27
„Berichte, die den Reformwillen in den neuen Ländern schwächen.“	52	25	0,27

* Schließt die Antwort „unentschieden“ ein.

⁺ Vgl. Anhang 7-7a und Anhang 7-7b für die vollständige Tabelle.

⁵ Vgl. Kepplinger, Hans Mathias: Instrumentelle Aktualisierung. Grundlage einer Theorie publizistischer Konflikte. a.a.O.

Das Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation wirkte sich für die deutschen Journalisten ebenfalls mit bemerkbarer Stärke auf das Aufgabenverständnis der deutschen Journalisten aus. Ob sie dem Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation zustimmten, hatte einen Einfluss darauf: „Die Berichterstattung soll deutlich machen, dass wir ein Volk sind.“ Die deutschen Journalisten, die dem Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation zustimmten, hielten es wesentlich stärker für wichtig als nicht wichtig, in der Berichterstattung die Bürger der neuen Länder als gleiches Volk zu betrachten (78% zu 22%). Dagegen hielten die deutschen Journalisten, die das Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation ablehnten, es stärker für nicht wichtig als wichtig, in der Berichterstattung die Bürger der neuen Länder als gleiches Volk zu betrachten (53% zu 47%). Jedoch war hier der Kontrast für die Journalisten, die dem Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation nicht zustimmten, nicht so groß wie bei denjenigen, die diesem Bewusstsein zustimmten (Tabelle 7-8).

Tabelle 7-8: Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zu einer Nation bewusst zu sein und daß die Bürger der BRD und der DDR ein Volk sind (deutsche Journalisten)

Fragen: „*Sie finden unten eine Reihe von politischen Forderungen. Bitte geben Sie an, ob Sie diesen zustimmen oder Sie sie ablehnen?*“
 „*Welche der folgenden Forderungen sind Ihrer Ansicht nach bei der Berichterstattung über die neu gegründeten Länder wichtig?*“

„Es ist wichtig, sich der Zugehörigkeit zu einer Nation bewusst zu sein.“

	„Zustimmen“ (n=55) %	„Ablehnen“* (n=34) %
„Die Berichterstattung soll deutlich machen, daß wir ein Volk sind.“		
„ist nicht wichtig“	22	53
„ist wichtig“	78	47
Summe	100	100

Eta = 0,32

* Schließt die Antwort „unentschieden“ ein.

Die oberen zwei Zusammenhänge (Tabelle 7-7 und Tabelle 7-8) deuteten ebenfalls auf eine instrumentelle Aktualisierung der deutschen Journalisten hin.⁶ Die Einstellung der deutschen Journalisten — ob sie dem Nationalbewusstsein zustimmten — beeinflusste ihre Berichterstattung über die neuen Länder. Die deutschen Journalisten, wie die taiwa-

⁶ Vgl. ebd.

nesischen und südkoreanischen Journalisten, instrumentell aktualisierten bei der Berichterstattung der obengenannten Thesen über den anderen Teil ihres Landes.

7.4. Zusammenfassung

Die taiwanesischen Journalisten wiesen instrumentelle Aktualisierung bei drei politischen Thesen auf, die mit der Teilung und Wiedervereinigung Chinas zusammenhingen, Einfluss auf die Einstellung ihrer Berichterstattung aus. Die Bereitschaft zur Wiedervereinigung und die Zustimmung zum Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation wirkten auf die Bereitschaft gewisse Berichte über die Volksrepublik China zurückzuhalten. Außerdem besaß die Befürchtung der taiwanesischen Journalisten vor einem militärischen Angriff der Volksrepublik China einen beachtenswerten Einfluss darauf, ob sie in ihrer Berichterstattung die Warnung vor einer Gefahr der Volksrepublik China als notwendig betrachteten. Von den drei politischen Überzeugungen, die auf die Einstellung der Berichterstattung der taiwanesischen Journalisten über die Volksrepublik China wirkten, übte das Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation den größten Einfluss aus. Als nächstes wirkte sich die Bereitschaft zur Wiedervereinigung auf das Zurückhalten von Berichten aus. Den geringsten Einfluss hatte die Befürchtung eines militärischen Angriffs durch die Volksrepublik China.

Bei den südkoreanischen Journalisten tauchte instrumentelle Aktualisierung bei folgenden Fällen auf: die Sichtweise der Wiedervereinigung als eine gute Sache oder als keine gute Sache und das Urteil über die Richtigkeit des Kommunismus wirkten sich auf das Zurückhalten von Berichten aus. Außerdem beeinflusste die Befürchtung vor einem militärischen Angriff Nordkoreas die Bereitschaft, vor möglicher Gefahr seitens Nordkoreas zu warnen. Zwei dieser drei ermittelten Zusammenhänge entsprechen der Erwartung: Die südkoreanischen Journalisten, die den Kommunismus für richtig hielten, wollten im Vergleich zu denjenigen, die den Kommunismus als falsch beurteilten, häufiger Berichte zurückhalten, die negativ auf Nordkorea wirkten; die südkoreanischen Journalisten, die einen militärischen Angriff Nordkoreas fürchteten, wollten im Vergleich zu denjenigen, die keinen solchen Angriff fürchteten, häufiger vor möglichen Gefahren Nordkoreas warnen. Dagegen widersprach der Zusammenhang zwischen der Sichtweise über die Teilung und das Zurückhalten von Berichten der Erwartung: Die südkoreanischen Journalisten, die die Wiedervereinigung Koreas für eine gute Sache hielten, wollten nicht wie erwartet die negativ auf Nordkorea wirkende Berichte häufiger zurückhalten. Entgegen der Erwartung wollten eher diejenigen, die die Wiedervereinigung Koreas für keine gute Sache hielten, die negativ wirkenden Berichte zurückhalten.

Die deutschen Journalisten instrumentell aktualisierten einerseits die Zustimmung zum Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation auf das Zurückhalten von Berichten. Andererseits instrumentell aktualisierte diese Zustimmung auf die Art der Berichterstattung über das Volk in den beiden Teilen der Bundesrepublik. Die Zustimmung zum Bewusst-

sein der Zugehörigkeit zu einer Nation leitete zu häufigem Zurückhalten von Berichten, die sich möglicherweise negativ auf die Beziehungen zwischen den alten und den neuen Ländern auswirken könnte. Die Zustimmung zu diesem Bewusstsein führte außerdem im Fall des Urteils über die Gemeinsamkeit des Volks zwischen den alten und neuen Ländern ebenfalls zugunsten der Akzeptanz des Volks der neuen Länder durch die deutschen Journalisten. Die deutschen Journalisten, die dem Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation zustimmten, wollten häufiger in der Berichterstattung klar machen, das die Bürger der Bundesrepublik und der neuen Länder ein Volk waren. Wenn sie dieses Bewusstsein ablehnten, wollten sie dementsprechend seltener diesem Aufgabenverständnis zustimmen.

8. Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse

8.1. Ansichten der Journalisten zum Kommunismus/Sozialismus und zur Weltpolitik

Die Gemeinsamkeiten der Ansichten von Journalisten aller untersuchten Länder:

Kommunismus wurde einerseits von den meisten Journalisten als falsch verurteilt. Andererseits wurde der Forderung „Vorrang der politischen Zielen der USA vor denen der UdSSR“ ebenfalls selten von den Journalisten der untersuchten Länder zugestimmt.

Die Journalisten aller drei untersuchten Länder stimmten in diesem Kapitel drei folgenden Thesen/Forderungen etwa gleichmäßig zu:

„Kommunismus ist falsch“: Den Kommunismus beurteilten weit mehr als die Hälfte der Journalisten aller drei untersuchten Länder als falsch. Hier stimmten sie der These fast gleichmäßig zu. Im Vergleich zu den Journalisten der beiden konservativen asiatischen Länder, wo Kommunismus bis kurz vor der politischen Liberalisierung noch als Tabu galt, ließ sich annehmen, dass die deutschen Journalisten wesentlich mehr bereit sein mussten, den Kommunismus zu akzeptieren, doch sie lehnten genauso häufig wie die Journalisten der beiden asiatischen Länder den Kommunismus ab. Die häufiger als erwartete Verurteilung des Kommunismus durch die deutschen Journalisten ließ sich vermutlich darauf zurückführen, dass der Zusammenbruch der DDR kurz vor der Durchführung dieser Untersuchung die deutschen Journalisten zur weiteren Diskreditierung des Kommunismus geführt hatte. Obwohl der alternativen Antwortvorgabe, dass der Kommunismus richtig ist, von Journalisten aller untersuchten Länder wesentlich geringer zugestimmt wurde, zeichneten sich hier die taiwanesischen Journalisten von den deutschen und südkoreanischen Journalisten aus. Sie hielten Kommunismus vermutlich aufgrund der größeren Bedrohung durch die kommunistische Volksrepublik China erkennbar seltener als richtig.

Zweitens, die rechte politische Forderung „Die politischen Ziele der USA haben Vorrang vor denen der UdSSR“ erhielt gleichmäßig die Zustimmung von einem geringeren Anteil der Journalisten aller untersuchten Länder.

Drittens erhielt die These, dass bei einem militärischen Angriff des kommunistischen Teils die UdSSR die VR China und VR China Nordkorea militärisch unterstützen würden, ebenfalls etwa gleichmäßig die Zustimmung von einem geringen Anteil der Journalisten beider asiatischer Länder.

Die Besonderheiten der Ansichten von deutschen Journalisten:

Die deutschen Journalisten wollten sich in der Verteidigungspolitik nicht unabhängig von den USA machen.

Die deutschen Journalisten zeichneten sich bei der Zustimmung zu diesen zwei folgenden Forderungen aus:

Die deutschen Journalisten wollten im Vergleich zu den Journalisten beider asiatischer Länder wesentlich seltener sich in der Verteidigung von den USA unabhängig machen. Die Journalisten beider asiatischen Länder stimmten der sicherheitspolitischen Forderung, dass man sich in der Verteidigungspolitik von den USA unabhängig machen sollte, gleichmäßig wesentlich häufiger als die deutschen Journalisten zu. Der Grund — warum die deutschen Journalisten sich in der Verteidigungspolitik seltener unabhängig machen wollten — war vermutlich der, dass die USA als NATO-Mitglied in das Verteidigungssystem Europas integriert war. Dies machte die USA wenig aufdringlich in Europa als in Asien, wo sie eher als eine militärische Weltmacht denn als gleichberechtigter Partner in der Verteidigung präsent war.

Im Vergleich zu den Journalisten anderer Länder stimmten die deutschen Journalisten der linken politischen Forderung „Umweltschutz vor wirtschaftlichen Interessen“ im Vergleich zu den Journalisten der beiden asiatischen Länder — besonders Taiwan — häufiger zu.

Die Besonderheiten der Ansichten von taiwanesischen Journalisten:

Die taiwanesischen Journalisten befürchteten einen militärischen Angriff durch die Volksrepublik China und empfanden Hilflosigkeit gegenüber einem solchen Angriff.

Im Vergleich zu den Journalisten anderer Länder stimmten die taiwanesischen Journalisten den beiden Thesen eindeutig häufiger zu:

Im Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland, wo die Bedrohung des Kommunismus durch die deutsche Vereinigung aufgehoben war, wurden die beiden asiatischen Länder immer noch von einem kommunistischen Gegner bedroht. Die These, dass Taiwan/Südkorea einen militärischen Angriff aus der Volksrepublik China/Nordkorea befürchtete, empfanden die taiwanesischen Journalisten drei Mal so oft wie die südkoreanischen Journalisten. Das stärkere Bedrohungsgefühl der taiwanesischen Journalisten konnte dadurch erklärt werden, dass sie durch die asymmetrische Teilung Chinas vor einem unverhältnismäßig großen Gegner standen, der vom Niedergang des Kommunismus überhaupt nicht erfasst wurde. Dagegen empfanden die südkoreanischen Journalisten Anfang der neun-

ziger Jahre eine wesentlich geringere Bedrohung durch Nordkorea. Sie waren durch die Fortschritte der Verhandlungen zwischen Süd- und Nordkorea optimistisch. Außerdem erlebte Südkorea großen Durchbruch beim Aufbau von Beziehungen mit der Volksrepublik China und den Ostblockländern, was das Gefühl der südkoreanischen Journalisten von der militärischen Bedrohung Nordkoreas wesentlich gemindert hatte.

Der These, dass im Fall eines Angriffs die ausländischen Staaten überhaupt nicht eingreifen würden, stimmte nur ein kleiner Anteil der Journalisten beider asiatischen Länder zu, wobei die taiwanesischen Journalisten diese Option wesentlich häufiger als die südkoreanischen Journalisten für möglich hielten.

Die Besonderheiten der Ansichten von südkoreanischen Journalisten:

Die südkoreanischen Journalisten zeigten ein starkes nationalistisches Bekenntnis.

Im Vergleich zu den Journalisten anderer Länder stimmten sie solchen Thesen/Forderungen bemerkbar häufiger zu, die sich für Nationalbewusstsein, für Wirtschaftshilfe an Nordkorea sowie für Zuverlässigkeit der USA aussprachen:

Dem Bewusstsein der „Zugehörigkeit zu einer Nation“ stimmten sie eindeutig häufiger als die Journalisten der beiden anderen Länder zu.

Beinah alle südkoreanischen Journalisten zeigten sich bereit, Wirtschaftshilfe für den anderen Teil ihres Landes zu leisten. Die taiwanesischen Journalisten sprachen sich wesentlich seltener als die südkoreanischen Journalisten für Wirtschaftshilfe an den anderen Teil ihres Landes aus. Im Vergleich zu den taiwanesischen Journalisten machten die südkoreanischen Journalisten ebenfalls weit weniger als die taiwanesischen Journalisten die Wirtschaftshilfe davon abhängig, dass diese Hilfe von dem anderen Teil des Landes sinnvoll genutzt würde. Damit zeigten die südkoreanischen Journalisten wesentlich größere Bereitschaft als die taiwanesischen Journalisten für Wirtschaftshilfe an den anderen Teil ihres Landes, und ihre Hilfe war auch seltener von Bedingungen abhängig. Die Großzügigkeit der südkoreanischen Journalisten für Wirtschaftshilfe an den anderen Teil des Landes lag außer ihrem starken nationalistischen Bekenntnis vermutlich daran, dass zwischen den beiden Koreas noch gar keine wirtschaftlichen Aktivitäten stattfanden und dass Nordkorea unter großem materiellen Mangel litt. Dagegen entwickelten sich die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Chinas bereits zu einer Interdependenz, was Wirtschaftshilfe an China für die taiwanesischen Journalisten als nicht so dringend erscheinen ließ.

Im Fall eines militärischen Angriffs durch den kommunistischen Teil rechneten die süd-

koreanischen Journalisten wesentlich häufiger als die taiwanesischen Journalisten mit einer militärischen Unterstützung der USA.

Vergleich der Zustimmungshäufigkeit von Journalisten der untersuchten Länder:

Die deutschen Journalisten stimmten unter allen Thesen/Forderungen den linken Forderungen am häufigsten zu, wobei sie den rechten Forderungen sehr gering zustimmten. Thesen/Forderungen, die sich für eine Selbständigkeit Deutschlands aussprachen, gaben sie hohe Zustimmung. Sie zeigten Gleichmäßigkeit bei der Zustimmung zu Thesen, die antikommunistisch waren und als positiv für die neuen Länder galten.

Die taiwanesischen Journalisten stimmten Forderungen am häufigsten zu, die Eigenständigkeit ihres Landes hervorhoben. Sie stimmten wie die deutschen Journalisten der linken Forderung häufiger als der rechten Forderung zu, jedoch mit kleinerem Kontrast. Sie stimmten antikommunistischen Thesen/Forderungen leicht häufiger zu als diejenige, die als prokommunistisch galten. Der militärischen Zuverlässigkeit der USA und der ausländischen Staaten vertrauten sie wesentlich seltener.

Die südkoreanischen Journalisten stimmten wie die taiwanesischen Journalisten Forderungen am häufigsten zu, welche die Eigenständigkeit ihres Landes hervorhoben. Wie die deutschen Journalisten stimmten sie linken Forderungen wesentlich häufiger als rechten Forderungen zu. Außer diesen Ähnlichkeiten mit den taiwanesischen und deutschen Journalisten unterschieden sich die südkoreanischen Journalisten in folgenden zwei Punkten von den taiwanesischen Journalisten: Sie gaben prokommunistischen Thesen hohe Zustimmung und stimmten antikommunistischen Thesen wesentlich geringer zu. Sie stimmten der militärischen Zuverlässigkeit der USA im Ernstfall hoch zu.

Andere Ergebnisse dieses Kapitels:

Die zwei politischen Forderungen „Vorrang der politischen Ziele der USA“ und „Umweltschutz vor wirtschaftlichen Interessen“ erwiesen sich als gegensätzlich und waren jeweils rechts- und linksorientiert. Die deutschen und südkoreanischen Journalisten stimmten linken Thesen häufiger als die taiwanesischen Journalisten zu. Rechten Forderungen stimmten die taiwanesischen Journalisten am häufigsten unter den Journalisten der drei Länder zu, dagegen stimmten sie linken Forderungen im Vergleich zu den Journalisten der beiden anderen Länder geringer zu. Die deutschen und die südkoreanischen Journalisten stimmten rechten Forderungen etwas geringer als die taiwanesischen Journalisten zu, dagegen stimmten sie linken Forderungen häufiger als die taiwanesischen Journalisten zu.

Das Urteil über den Kommunismus hatte eine Wirkung auf die Zustimmung zu politischen Forderungen von Journalisten der untersuchten Länder. Diejenigen Journalisten, die den Kommunismus als falsch beurteilten, stimmten den rechtsorientierten Forderungen „Nationalbewusstsein“ und „Vorrang der politischen Zielen der USA“ häufiger zu. Die anderen Journalisten, die den Kommunismus als richtig beurteilten, stimmten diesen rechtsorientierten Forderungen seltener zu. Gegenüber der linksorientierten Forderung „Umweltschutz vor wirtschaftlichen Interessen“ wirkte das Urteil zum Kommunismus umgekehrt. Die Journalisten, die den Kommunismus für richtig hielten, stimmten dieser Forderung häufiger zu als diejenigen, die Kommunismus als falsch beurteilten.

Die beinahe übereinstimmende Zustimmung der südkoreanischen Journalisten zum Nationalbewusstsein wirkte nicht auf ihr Urteil über die Richtigkeit des Kommunismus, der im anderen Teil ihres Landes, Nordkorea, praktiziert wurde. Die bemerkbar häufigere Zustimmung der südkoreanischen Journalisten zum Nationalbewusstsein, das als ein Anzeichen ihres starken nationalistischen Bekenntnisses galt, veranlasste sie nicht zur häufigeren Anerkennung der politischen Ideologie — Kommunismus — Nordkoreas.

Obwohl die südkoreanischen Journalisten sich selten militärisch von Nordkorea bedroht fühlten und im Ernstfall sehr häufig mit militärischer Unterstützung der USA und anderer ausländischer Staaten rechneten, wollten sie die sicherheitspolitischen Forderungen „Sicherheit ohne starke Verteidigung“ und „Stationierung der US-Armee nicht notwendig“ nicht bemerkbar häufiger als die taiwanesischen Journalisten abschaffen, die sich von den Kommunisten wesentlich häufiger bedroht fühlten und im Ernstfall seltener mit militärischer Unterstützung der USA rechneten.

8.2. Ansichten der Journalisten zur Teilung und Wiedervereinigung

Weil die Antworten zu den beiden Fragen über die Verantwortungsträger für die Teilung eines Landes sowie die Folgen der Teilung aus mehreren Vorgaben bestanden, wurden die Ergebnisse zu diesen beiden Fragen zuerst gesondert von der Zusammenfassung anderer Ergebnisse vorgestellt:

Die Verantwortungsträger für die Teilung des Landes:

Die Journalisten aller drei untersuchten Länder wiesen die Schuld der Teilung ihres Landes im Großen und Ganzen entsprechend den geschichtlichen Tatsachen zu.

Die Journalisten der drei untersuchten Länder sehen die Verantwortungsträger für die Teilung ihres Landes unterschiedlich. Die taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten wiesen ein genau umgekehrtes Bild auf. Für die taiwanesischen Journalisten trugen am häufigsten die beiden chinesischen Regimes, die unmittelbar vor 1949 in China regierten — nämlich die kommunistische Partei Chinas und die nationalchinesische Regierung — die Schuld an der Teilung Chinas. Den Weltmächten, den USA und der UdSSR, und Japan wurden gegenüber den beiden chinesischen Verantwortungsträgern geringere Schuld zugewiesen. Für sie galt auch die Besonderheit, dass sie die Schuld an der Teilung Chinas relativ selten Japan zuwiesen, obwohl durch die Invasion Japans die chinesischen Kommunisten auf dem chinesischen Boden die Chance zum Gedeihen erhalten hatten. Die südkoreanischen Journalisten betrachteten dagegen am häufigsten die beiden ausländischen Weltmächte, die USA und die UdSSR, gemeinsam als verantwortlich für die Teilung der koreanischen Halbinsel. Die koreanischen Politiker damals, ob kommunistisch oder demokratisch, waren für sie kaum verantwortlich für die Teilung Koreas. Die deutschen Journalisten wiesen die Schuld an der Teilung Deutschlands am häufigsten sowohl dem deutschen Regime vor Ende des Zweiten Weltkrieges als auch der kommunistischen Weltmacht UdSSR zu, wobei die Schuld des Nazi-Regimes als etwas größer angesehen wurde. Den Westmächte und den deutschen Kommunisten, der SED, wurde geringere Schuld zugewiesen. Die geringste Schuld trugen für die deutschen Journalisten die deutschen Politiker im Westen. Die Schuldzuweisungen der Journalisten der untersuchten Länder entsprechen im Großen und Ganzen den historischen Hintergründen dieser Länder. Obwohl im weiteren Sinn die Teilung in allen drei Ländern durch die Auseinandersetzung zwischen den USA und der UdSSR erfolgte, unterschied sich die Teilung der koreanischen Halbinsel von der Deutschlands und Chinas. Die Teilung Koreas kam ohne die Beteiligung der Koreaner selbst zustande. Sie waren gerade von der japanischen Kolonialherrschaft befreit, als die beiden Weltmächte die Entscheidung über die Teilung der koreanischen Halbinsel trafen. Die Teilung Deutschlands und Chinas erfolgte jeweils nach dem Sturz eines fehlerhaften eigenen Regimes. Für Deutschland führte der Sturz des

Nazi-Regimes zur Teilung Deutschlands. Die Teilung Chinas war Folge eines Bürgerkrieges zwischen zwei chinesischen Parteien. Die Vermutung, dass die Schuldzuweisung vom Entwicklungsstand der Demokratie der untersuchten Länder abhing, wurde nicht bestätigt. Dieser Annahme nach hätten die Journalisten beider asiatischen Länder, derer politisches System als verschlossener galt, gegenüber den deutschen Journalisten, die sich in einem offeneren politischen System befanden, die Schuld der Teilung eindeutig häufiger den Kommunisten zuweisen müssen. Jedoch nannten die Journalisten in keinem der untersuchten Länder am häufigsten „Kommunisten“ als verantwortlich für die Teilung. Für die südkoreanischen Journalisten spielten sie sogar kaum eine Rolle.

Die Folgen der Teilung:

Die deutschen Journalisten erkannten die positiven Folgen der Teilung in der Bundesrepublik an, wogegen die südkoreanischen die negativen Folgen der Teilung in Südkorea hervorhoben.

Die Teilung in den drei untersuchten Ländern Deutschland, China und Korea brachte sowohl positive als auch negative Folgen. Manche dieser Folgen betrafen nur den kapitalistischen Teil (BRD, Taiwan und Südkorea) und manche den kommunistischen Teil der geteilten Länder (DDR, Volksrepublik China und Nordkorea). Insgesamt neun der hier untersuchten 13 Folgen der Teilung betrafen den kapitalistischen Teil der untersuchten Länder, und vier betrafen den kommunistischen Teil. Unter den neun Folgen, die den kapitalistischen Teil betrafen, waren sechs positiv und drei negativ. Im Allgemeinen erkannten die deutschen Journalisten die positiven Folgen der Teilung am häufigsten an. Die taiwanesischen Journalisten erkannten die positiven Folgen der Teilung auch relativ häufig an. Im Vergleich zu den taiwanesischen und den deutschen Journalisten erkannten die südkoreanischen Journalisten die positiven Folgen der Teilung ihres Landes am geringsten an. Zu fünf der sechs positiven Folgen der Teilung stimmten die südkoreanischen Journalisten immer mit Abstand am seltensten zu. In Bezug auf die Zustimmung zu den positiven Folgen der Teilung in dem kapitalistischen Teil der untersuchten Länder ähnelten die taiwanesischen Journalisten eher den deutschen Journalisten als den südkoreanischen Journalisten. Den drei negativen Folgen der Teilung in dem kapitalistischen Teil stimmten die deutschen Journalisten am geringsten zu. Die taiwanesischen und die südkoreanischen Journalisten stimmten den negativen Folgen wesentlich häufiger als die deutschen Journalisten zu. Die Zustimmung der Journalisten der beiden asiatischen Länder zu den negativen Folgen unterschieden sich nicht erkennbar voneinander. Die Zustimmung zu den Folgen der Teilung im kapitalistischen Teil ließ sich wie folgt zusammenfassen: Die deutschen Journalisten erkannten die positiven Folgen der Teilung in der BRD sehr häufig an und gaben geringe Zustimmung zu den negativen Folgen der Teilung. Die südkoreanischen Journalisten erkannten am seltensten die positiven Folgen der Teilung in

Südkorea an. Die taiwanesischen Journalisten stimmten den positiven Folgen der Teilung etwas weniger als die deutschen Journalisten zu, jedoch mehr als die südkoreanischen Journalisten. Die taiwanesischen und die südkoreanischen Journalisten stimmten den negativen Folgen der Teilung wesentlich häufiger als die deutschen Journalisten zu.

Vier der vorgegebenen Folgen der Teilung betrafen den kommunistischen Teil der geteilten Länder. Jeweils zwei davon waren positiv und negativ. Die zwei positiven Folgen der Teilung in der DDR, Volksrepublik China und Nordkorea erhielten nur geringe Zustimmung der Journalisten der drei untersuchten Länder. Darunter erkannten die südkoreanischen Journalisten die positiven Folgen in Nordkorea am häufigsten an. Die beiden negativen Folgen der Teilung in dem kommunistischen Teil, die nicht den deutschen Journalisten vorgelegt wurden, erhielten dagegen hohe Zustimmung der taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten. Dabei stimmten die südkoreanischen Journalisten diesen beiden negativen Folgen im Vergleich zu den taiwanesischen Journalisten immer seltener zu. Bei der Zustimmung zu den Folgen der Teilung in dem kommunistischen Teil zeichnete bei den Journalisten der untersuchten Länder folgendes Bild ab: Die positiven Folgen der Teilung erhielten geringe Zustimmung der Journalisten der untersuchten Länder. Die negativen Folgen wurden dagegen sehr häufig von Journalisten der untersuchten Länder anerkannt. Dabei unterschieden sich die südkoreanischen Journalisten dadurch von den Journalisten anderer Länder, dass sie den positiven Folgen in dem kommunistischen Teil ihres Landes häufiger als Journalisten anderer Länder zustimmten und die negativen Folgen etwas geringer anerkannten. Damit bestätigt sich bei den südkoreanischen Journalisten die Annahme, dass ihr geringere Zustimmung zu den positiven Folgen der Teilung in Südkorea zur häufigeren Zustimmung zu den positiven Folgen der Teilung in Nordkorea führte.

Die Vermutung, dass die Journalisten der beiden asiatischen Länder aufgrund ihrer ähnlichen Hintergründe den Folgen der Teilung im Vergleich mit den deutschen Journalisten ähnlich zustimmen mussten, wurde nicht bestätigt. Die südkoreanischen Journalisten unterschieden sich eher von den Journalisten der beiden anderen Länder. Den Folgen der Teilung stimmten die taiwanesischen Journalisten sehr häufig wie die deutschen Journalisten zu.

Die Besonderheit der südkoreanischen Journalisten, dass sie die positiven Folgen der Teilung in Südkorea seltener als Journalisten anderer Länder anerkannten und dagegen in Nordkorea die positiven Folgen der Teilung häufiger, war vermutlich auf die Besonderheit der Entwicklung in Südkorea zurückzuführen. Von der Gründung bis zur politischen Liberalisierung Ende der achtziger Jahre erlebte Südkorea mehr als fünf militärisch-diktatorische Regime. Die häufigen Machtwechsel, die überwiegend illegal und durch

Machtergreifung der militärischen Machthaber stattfanden, führten in der südkoreanischen Bevölkerung zu kritischer Betrachtung gegenüber der Regierung. Die Unzufriedenheit mit der politischen Entwicklung übertrug sich auch auf das Bild der USA, die militärisch in Südkorea präsent waren und die diktatorischen Regierungen Südkoreas legitimierten. Die Südkoreaner verurteilten die USA, weil sie ihr Ziel — die Einführung von westlicher Demokratie in Südkorea — verfehlt hatten. Die Unzufriedenheit der Südkoreaner mit den eigenen Regierungen und ihren Verbündeten — den USA — überschatteten vermutlich die Errungenschaften Südkoreas. Besonders die wirtschaftlichen Erfolge, deren Grundlagen während der Regierungsperioden der verschiedenen militärischen Diktaturen aufgebaut wurden, wurden manchmal von den Südkoreaner ironischerweise negativ empfunden. Diese Sichtweise der Südkoreaner spiegelte sich ohne Zweifel bei den südkoreanischen Journalisten wider. Da die südkoreanischen Journalisten die Erfolge Südkoreas geringer einschätzten, wurden vergleichsweise die positiven Folgen der Teilung in Nordkorea dementsprechend überbewertet.

Die Gemeinsamkeit der Ansichten von Journalisten aller untersuchten Länder:

Unterschiedliche Einstellung zu Wirtschaft und Arbeit auf den beiden Seiten eines geteilten Landes galt als ein schwerwiegendes Problem der Wiedervereinigung.

Die Journalisten aller drei untersuchten Länder stimmten in diesem Kapitel einer einzigen These gleichmäßig zu: „Unterschiedliche Einstellung zu Wirtschaft und Arbeit“ steht dem Zusammenwachsen im Weg. Diese These bejahte gleichermaßen immer die überwiegende Mehrheit der Journalisten aller untersuchten Länder.

Die Besonderheiten der Ansichten von deutschen Journalisten:

Die deutschen Journalisten waren von den (politischen) Vorzügen der Bundesrepublik überzeugt.

Die deutschen Journalisten stellten die politischen Einstellungen der DDR-Bürger, im Vergleich zu wirtschaftlichen Unterschieden, weniger als Hindernisse der Vereinigung dar, weil sie ihre politische Konformität zur Bundesrepublik bereits durch den Stütz der DDR bestätigt hatten. Die taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten erkannten dagegen die politischen Hindernisse wie „Unterschiedliche politische Einstellung steht dem Zusammenwachsen im Weg“ wesentlich häufiger als die deutschen Journalisten an. Diesen Hindernissen wurde von nur weniger als der Hälfte der deutschen gegenüber der überwiegenden Mehrheit der Journalisten der beiden asiatischen Länder zugestimmt.

Im Vergleich zu Journalisten der beiden anderen Länder zeichneten sich die deutschen Journalisten dadurch aus, dass sie vor der Vereinigung Deutschlands das Wort „Deutsch-

land“ mit Abstand am häufigsten nur mit der Bundesrepublik assoziierten. Ihre Ansichten hier unterschieden sich entscheidend von den taiwanesischen Journalisten, die am häufigsten den Begriff „China“ nur mit dem kommunistischen Teil Chinas — der Volksrepublik China — assoziierten.

Die Besonderheit der Ansichten von taiwanesischen Journalisten:

Sie glaubten seltener an die Überwindbarkeit der Hindernisse nach einer möglichen Wiedervereinigung.

Im Unterschied zu den deutschen und den südkoreanischen Journalisten glaubten weniger taiwanesischen Journalisten an die Überwindbarkeit der Hindernisse nach einer möglichen Wiedervereinigung Chinas. In Bezug auf die Überwindbarkeit der Hindernisse zur Wiedervereinigung glaubte die überwiegende Mehrheit der deutschen und der südkoreanischen Journalisten daran, dass die Hindernisse als überwindbar galten.

Die Besonderheiten der Ansichten von südkoreanischen Journalisten:

Für die südkoreanischen Journalisten galt die koreanische Halbinsel untrennbar als eine geographische und ethnische Einheit.

Im Vergleich zu Journalisten der anderen Länder setzten sich die südkoreanischen Journalisten eindeutig häufiger für die Wiedervereinigung ein. Außer der Einstellung der Journalisten, ob sie sich aktiv oder passiv für die Wiedervereinigung einsetzten, gaben ihre Ansichten darüber, ob bei einer Wiedervereinigung die beiden Seiten eines geteilten Landes profitierten, Aufschluss über ihren Willen zur Wiedervereinigung. Es war anzunehmen: Je höher die Zustimmung, dass bei einer Wiedervereinigung die beiden Teile eines geteilten Landes profitierten, desto höher galt die Bereitschaft zur Wiedervereinigung. Dagegen je höher die Zustimmung, dass bei einer Wiedervereinigung die kommunistische Seite profitierte, desto mehr war ihr Wille zur Wiedervereinigung als schwach zu veranschlagen. Die Ergebnisse bestätigten, dass die südkoreanischen Journalisten erstens im Vergleich zu den taiwanesischen Journalisten eine aktivere Einstellung zur Wiedervereinigung aufwiesen. Zweitens nahm ebenfalls im Vergleich zu den taiwanesischen Journalisten ein wesentlich größerer Anteil von südkoreanischen Journalisten an, dass bei einer Wiedervereinigung die beiden Seiten ihres geteilten Landes profitieren würden. In Bezug auf diese beiden Ermittlungen zeichneten sich die südkoreanischen Journalisten wie erwartet durch eine wesentlich größere Bereitschaft zur Wiedervereinigung als die taiwanesischen Journalisten aus.

Die Teilung in Deutschland, China und Korea wirkte tiefgreifend auf das Bewusstsein der Bevölkerung dieser Länder. Den unterschiedlichen Gegebenheiten der Teilung in diesen

Ländern zufolge wich der Begriff des „geteilten Landes“ voneinander ab. Die südkoreanischen Journalisten zeichneten sich dadurch aus, dass sie den Begriff „koreanische Halbinsel“ mit Abstand am häufigsten als mit den beiden Teilen ihres geteilten Landes assoziierten.

Die südkoreanischen Journalisten stimmten ebenfalls der These am häufigsten zu, dass die Völker beider Teile eines geteilten Landes als identisch galten.

Vergleich der Zustimmungshäufigkeit von Journalisten der untersuchten Länder:

Bei den deutschen Journalisten ließ ihre Zustimmung zu Thesen in diesem Kapitel, welche die Teilung/Vereinigung und neuen Länder betrafen, eine generelle Tendenz beobachten, dass sie bezüglich den neuen Länder den positiven Thesen häufiger als den negativen Thesen zustimmten. Bei den Thesen, denen von mehr als der Hälfte der deutschen Journalisten zugestimmt wurde, betrafen die überwiegende Mehrheit positive Aspekte der neuen Länder. Die Thesen, denen sie geringer zustimmten, betrafen eher negativen Seiten der Teilung und der neuen Länder.

Für die taiwanesischen Journalisten ließ sich allgemein eine deutliche Tendenz erkennen, dass die von ihnen häufiger zugestimmten Thesen eher negative Thesen über die Volksrepublik China und die Wiedervereinigung Chinas enthielten. Die Thesen, denen von weniger als der Hälfte der taiwanesischen Journalisten zugestimmt wurde, enthielten gleichmäßig positive und negative Thesen. Bei den weniger zugestimmten Thesen der taiwanesischen Journalisten ließ sich keine Tendenz erkennen.

Unter den südkoreanischen Journalisten ließ sich die Tendenz, die unter den taiwanesischen Journalisten zu verzeichnen war, nicht so eindeutig beobachten. Die häufiger zugestimmten Thesen verteilten sich etwa gleichmäßig auf negative und positive Thesen zu Nordkorea und die Wiedervereinigung Koreas. Im Gegensatz zu den taiwanesischen Journalisten, die negativen Thesen gegen den anderen Teil des Landes häufiger zustimmten, galten die häufiger zugestimmten Thesen der südkoreanischen Journalisten etwa gleichmäßig positiv und negativ gegenüber Nordkorea. Einer einzigen These wurde von weniger als der Hälfte der südkoreanischen Journalisten zugestimmt, diese setzte sich für die Wiedervereinigung Koreas ein.

Andere Ergebnisse dieses Kapitels:

Unter den drei geteilten Ländern, die hier behandelt wurden, galten nur die beiden asiatischen Länder noch als geteilt. Für Deutschland als vereintes Land blieb in der Zukunft

die Angleichung der Unterschiede zwischen den beiden Teilen als die dringendste Aufgabe übrig. Knapp drei Viertel der deutschen Journalisten glaubten, dass das Gefälle, das zwischen der alten und der neuen Bundesrepublik bestand, in 20 Jahren behoben werden könnte. Damit drückten die deutschen Journalisten aus, dass sie die deutsche Vereinigung positiv urteilten. In einer absehbaren Zukunft von 20 Jahren konnten die negativen Folgen der deutschen Vereinigung, nach ihrer Einschätzung, völlig überwunden werden. Die Abschätzung der Wiedervereinigungschance von China und Korea konnte ebenfalls als eine weitere Widerspiegelung ihrer Bereitschaft zur Wiedervereinigung betrachtet werden. Sowohl die taiwanesischen als auch die südkoreanischen Journalisten glaubten am häufigsten zu jeweils etwa die Hälfte daran, dass in 20 Jahren ihr Land zwar nicht wiedervereinigt, jedoch normale Beziehung mit dem kommunistischen Teil unterhalten würde. Danach glaubten sie am meisten, dass ihr Land unter einer demokratischen Regierung wiedervereinigt würde, doch waren die südkoreanischen Journalisten wesentlich häufiger als die taiwanesischen Journalisten davon überzeugt. Sowohl die taiwanesischen als auch die südkoreanischen Journalisten glaubten kaum daran, dass ihr Land sich in zwei feindlichen Teilen gegenüberstehen oder unter einer kommunistischen Regierung wiedervereinigt würde. Die Journalisten der beiden asiatischen Länder glaubten eher an den Status Quo der Teilung, jedoch mit besseren Beziehungen. Die Zukunft der geteilten Länder in Asien wurde auch den deutschen Journalisten vorgelegt. Über die Zukunft Koreas schätzten etwa die Hälfte der deutschen Journalisten, dass Korea in 20 Jahren wiedervereinigt sein würde. Ebensoviele von ihnen glaubten, dass Taiwan und die Volksrepublik China zwar nicht wiedervereinigt wären, jedoch normale Austauschbeziehungen zwischen den beiden Seiten stattfinden würden.

Die bei den südkoreanischen Journalisten bemerkbar häufigere Zustimmung zum Nationalbewusstsein stimmte mit den Besonderheiten der südkoreanischen Journalisten bezüglich ihren Ansichten zur Teilung und Wiedervereinigung überein. Für sie galt die koreanische Halbinsel als eine Einheit. Um diese Einheit wiederherzustellen, setzten sie sich wesentlich häufiger als die taiwanesischen Journalisten für die Wiedervereinigung ein und betrachteten die Hindernisse der Wiedervereinigung eher als überwindbar.

Die Ursache für den bemerkbar starken Willen der südkoreanischen Journalisten zur Wiedervereinigung Koreas konnte durch folgende Begründung erklärt werden. Die Teilung der koreanischen Halbinsel besaß für die südkoreanischen Journalisten eine andere Bedeutung als z. B. die Teilung Chinas für die taiwanesischen Journalisten. Die geschichtlichen Hintergründe vor Ende des Zweiten Weltkrieges in Taiwan und Korea unterschieden sich voneinander. Taiwan und die koreanische Halbinsel waren beide vor Ende des Zweiten Weltkrieges japanische Kolonien. Die Kolonialherrschaft Japans, die für Taiwan und Korea jeweils 50 Jahre dauerte, erlebten sie jedoch unterschiedlich. Die

gesamte koreanische Halbinsel erlebte die japanische Kolonialherrschaft gemeinsam, während Taiwan als ein unbedeutender Landesteil Chinas allein an Japan abgetreten wurde. Die Abtretung Taiwans an Japan wurde von der chinesischen Bevölkerung auf dem Festland kaum beachtet. Die Taiwaner empfanden sich von ihrem Mutterland aufgegeben und entfremdet. Nach der Niederlage Japans ging Taiwan wieder in die Hände der nationalchinesischen Regierung, die anschließend auf die Insel übersiedelte. Während der autoritären Herrschaft der nationalchinesischen Regierung bis zur politischen Liberalisierung Ende der achtziger Jahre diente Taiwan als eine Basis für die Zurrückeroberung des chinesischen Festlandes, mit dem Ziel, Taiwan mit China wiederzuvereinigen. Das Entfremdungsgefühl der taiwanesischen Bevölkerung gegenüber China, das während der japanischen Kolonialherrschaft entstand, wurde von der übersiedelten nationalchinesischen Regierung, die nur eine Minderheit der taiwanesischen Bevölkerung ausmachte, stark unterdrückt. Sie wurden gezwungen, die chinesische Identität wieder aufzunehmen. Erst mit der politischen Liberalisierung tauchte das taiwanische Bewusstsein, das sich unvermeidlich von China distanzierte, allmählich auf und festigte sich. Der geographischen Größe Chinas zufolge war Taiwan außerdem weit vom kulturellen Zentrum Chinas, das sich hauptsächlich in Nordchina befand, entfernt. Geschichtlich, sprachlich und kulturell war Taiwan nicht eng mit China verbunden. Taiwan war die Peripherie eines großen Landes, das wie bei den meisten Randgebieten großer Staaten unter gegebenen Bedingungen sich unabhängig zu machen versuchte. Dagegen war die koreanische Halbinsel eine kompakte Einheit, die gemeinsam einen geschichtlichen, sprachlichen und kulturellen Hintergrund teilte. Bei den Koreanern bestand im Vergleich zu den Chinesen kaum die Möglichkeit der Entfremdung eines Teils der Bevölkerung. Auch die japanische Kolonialherrschaft, im Unterschied zu den Taiwanern und Festlandchinesen, die unterschiedliche Erfahrungen mit Japan machten, erlitten die Koreaner gemeinsam. Für die südkoreanischen Journalisten galt die Teilung Koreas als Symbol der Überschattung Koreas durch die Auseinandersetzungen des Kalten Krieges, die entgegen ihrem Willen geschah. Das enge Bündnis der militärisch-diktatorischen Regierungen Südkoreas mit den USA bis vor der politischen Liberalisierung blockierte die Chance für eine Wiedervereinigung. Für die südkoreanischen Journalisten verwandelte sich die Wiedervereinigung erst mit der politischen Liberalisierung in Südkorea und der Auflösung des kommunistischen Hauptlagers, der UdSSR, zu einer ernsthaften Zielsetzung. Aufgrund der unterschiedlichen Hintergründe in Taiwan und Südkorea löste die politische Liberalisierung unterschiedliche Reaktionen aus. In Taiwan setzte mit der politischen Liberalisierung das Unabhängigkeitsbestreben Taiwans vom chinesischen Festland ein, während sie in Südkorea zum verstärkten Einsatz für die Wiedervereinigung Koreas führte.

Für die südkoreanischen Journalisten galten sowohl der Begriff „koreanische Halbinsel“ als auch die Völker beider Teile Koreas im Vergleich zu den Journalisten der

anderen untersuchten Länder als am meisten zusammengehörig. Dagegen empfanden die taiwanesischen Journalisten am geringsten diese beiden Zusammengehörigkeitsgefühle.

Die deutschen Journalisten assoziierten „Deutschland“ vor der Vereinigung aufgrund der starken Position der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der DDR am häufigsten nur mit der Bundesrepublik. Diese Vorstellung der deutschen Journalisten spiegelte wahrheitsgetreu die damalige Situation der beiden Teile Deutschlands wider. Die taiwanesischen Journalisten verbanden „China“ am häufigsten mit dem kommunistischen Teil ihres geteilten Landes, weil die asymmetrische Teilung Chinas der Volksrepublik China unvergleichliche Bedeutsamkeit gegenüber Taiwan verlieh. Für die Überzeugung der südkoreanischen Journalisten, dass sowohl begrifflich als auch bevölkerungsmäßig die beiden Teile der koreanischen Halbinsel zusammengehörten, trug sicherlich zu ihrem starken nationalistischen Bekenntnis bei. Ebenfalls ließ sich ihre starke Überzeugung von der Zusammengehörigkeit der beiden Teile Koreas durch den historischen Hintergrund erklären, dass die Teilung Koreas auf keinen Fall durch Verschulden der Koreaner erfolgte. Die koreanische Halbinsel war vor Ende des Zweiten Weltkrieges ein Opfer der japanischen Kolonialherrschaft. Danach geriet Korea in eine andere Opferrolle — die Teilung durch die Auseinandersetzung der beiden Weltmächte. Im Vergleich zu Korea, wo die Teilung nicht durch den Fehler von Koreanern erfolgte, galten die Deutschen und Chinesen selbst als Urheber der Teilung in Deutschland und China. Die Auseinandersetzung zwischen den beiden Weltmächten dehnte sich auf diese beiden Ländern aus, weil die Regime dieser Länder zuerst ihre Staaten durch militärische Machtausdehnung und Bürgerkrieg zum Sturz geführt hatten. Damit waren die Deutschen und die Chinesen mindestens teilweise für die Teilung von Deutschland und China mitverantwortlich. Die Koreaner waren jedoch kaum selbst für die Teilung Koreas verantwortlich. Die Teilung Koreas war für die südkoreanischen Journalisten weniger akzeptabel als die Teilung Deutschlands und Chinas für die deutschen und taiwanesischen Journalisten.

8.3. Ansichten der Journalisten zu Rahmenbedingungen der Berichterstattung

Die Gemeinsamkeit der Ansichten von Journalisten aller untersuchten Länder:

„Verleger“ schränkten selten die Freiheit der Berichterstattung über den anderen Teil ein.

Einer einzigen These stimmten die Journalisten aller drei untersuchten Länder dieses Kapitels gleichmäßig zu: „Verleger“ schränkten die Freiheit der Berichterstattung über den anderen Teil des Landes ein. Jedoch erhielt sie die Zustimmung von nur einem kleinen Anteil der Journalisten aller untersuchten Länder.

Die Besonderheiten der Ansichten von deutschen Journalisten:

Negative Einflüsse, Richtlinien zur Berichterstattung und Bürokratie innerhalb der Medien, schränkten die Berichterstattung der deutschen Journalisten über die neuen Länder nicht ein.

Im Vergleich zu den Journalisten der beiden asiatischen Länder stimmten sie eindeutig häufiger der These zu, dass es für sie keine Richtlinien zur Berichterstattung gab. Ihre beinahe übereinstimmende Zustimmung zu dieser These zeichnete sie im Vergleich zu den südkoreanischen Journalisten besonders aus.

Der These, dass „Bürokratie innerhalb der Medien“ die Freiheit der Berichterstattung über den anderen Teil einschränkte, stimmten die deutschen Journalisten seltener als die taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten zu.

Die deutschen Journalisten stimmten im Vergleich zu den Journalisten der beiden asiatischen Länder am häufigsten der These zu, dass „Publikum“ die Freiheit der Berichterstattung einschränkte.

Die Besonderheit der Ansicht von taiwanesischen Journalisten:

Sie räumten der Sicherheit des Staates gegenüber der Pressefreiheit größere Wichtigkeit ein.

Bei der Untersuchung über den Vorrang von Pressefreiheit gegenüber der Sicherheit des Staates für die beiden asiatischen Länder zogen die taiwanesischen Journalisten eindeutig häufiger als die südkoreanischen Journalisten die Sicherheit des Staates der Pressefreiheit vor.

Die Besonderheit der Ansicht von südkoreanischen Journalisten:

„Regierung“ schränkte die Pressefreiheit der südkoreanischen Journalisten ein.

Bei den Faktoren, die Pressefreiheit einschränkten, stimmten die südkoreanischen Journalisten im Vergleich zu den Journalisten der beiden anderen Länder am häufigsten zu, dass die „Regierung“ die Pressefreiheit einschränkte.

Andere Ergebnisse zu Rahmenbedingungen der Berichterstattung:

Die Ursache dafür, dass die südkoreanischen Journalisten wesentlich häufiger als die taiwanesischen Journalisten die „Regierung“ für die Einschränkung von Pressefreiheit verantwortlich machten, ließ vermutlich auf ihren im Vergleich zu den taiwanesischen Journalisten häufigeren Einsatz für die Pressefreiheit zurückzuführen. Dagegen empfanden die taiwanesischen Journalisten die Regierungseinschränkung vermutlich geringer, weil sie die Staatssicherheit der Pressefreiheit vorzogen.

Die „Richtlinien“ der Berichterstattung empfanden die südkoreanischen Journalisten ebenfalls häufiger als die taiwanesischen Journalisten, weil sie vermutlich im Vergleich zu den taiwanesischen Journalisten der Pressefreiheit gegenüber der Staatssicherheit mehr Wichtigkeit einräumten.

Die Vermutung, dass die Journalisten der beiden asiatischen Länder mehr als die deutschen Journalisten bei der Berichterstattung Einschränkungen empfanden, wurde dadurch bestätigt, dass die deutschen Journalisten im Vergleich zu den Journalisten der beiden asiatischen Länder am häufigsten das Vorhandensein von Richtlinien zur Berichterstattung verneinten. Umgekehrt empfanden die Journalisten der beiden asiatischen Länder im Gegensatz zu den deutschen Journalisten Einschränkungen durch die Regierung häufiger.

8.4. Ansichten der Journalisten zum Aufgabenverständnis

Die Gemeinsamkeiten der Ansichten von Journalisten aller untersuchten Länder:

Die Journalisten der untersuchten Länder hatten ein positives Verständnis für ihre Aufgaben.

Bei zwei Thesen dieses Kapitels bestehen zwischen den Ansichten von Journalisten aller untersuchten Länder Gemeinsamkeiten. Bei der Zustimmung zum Aufgabenverständnis bezüglich der Berichterstattung über den anderen Teil des Landes stimmten alle Journalisten der untersuchten Länder gleichmäßig der Aufgabe zu, dass die Berichterstattung ein möglichst objektives und vollständiges Bild über den anderen Teil des Landes vermitteln sollte. Beinahe alle Journalisten der jeweiligen untersuchten Länder wollten diese Aufgabe wahrnehmen.

Der Aufgabe, dass die Berichterstattung über den anderen Teil sich am Interesse des Publikums orientieren sollte, stimmten ebenfalls gleichmäßig etwa mehr als die Hälfte der Journalisten aller untersuchten Länder zu.

Die Gemeinsamkeiten der Ansichten von Journalisten der beiden asiatischen Länder:

Die taiwanesischen und südkoreanischen hatten ein positives Verständnis für ihre Aufgaben und hielten ihr Publikum selten für politisch linksorientiert.

Die folgenden drei Thesen, die nur den Journalisten der beiden asiatischen Länder vorgelegt wurden, erhielten gleichmäßige Zustimmung der taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten: Die Aufgaben der Journalisten sind positiv; Berichte über Studentendemonstrationen, die eine Protestwelle verstärken konnten, zurückhalten; das Publikum ist links. Der ersten Aufgabe stimmten gleichmäßig die überwiegende Mehrheit der Journalisten beider Länder zu. Die zweite und dritte Thesen hielt immer eine kleine Minderheit der Journalisten beider Länder für zutreffend.

Die Besonderheiten der Ansichten von deutschen Journalisten:

Die deutschen Journalisten hatten eine objektivere Einstellung bei der Berichterstattung über den anderen Teil des Landes (die neuen Länder).

Die deutschen Journalisten zeichneten sich dadurch gegenüber den Journalisten der beiden asiatischen Länder aus, dass sie bei der Berichterstattung über den anderen Teil des Landes im Vergleich zu den taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten bemerkbar häufiger keine Rücksicht nehmen wollten.

Bei der Bekämpfung von radikalen, gefährlichen Parteien unterschieden sich die deutschen Journalisten entscheidend von den Journalisten der beiden asiatischen Länder. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Journalisten wollten gegen eine solche Partei vorgehen, und zwar durch objektive Berichterstattung sie sich bloßstellen lassen.

Die Besonderheiten der Ansichten von taiwanesischen Journalisten:

Die taiwanesischen Journalisten stellten die Volkrepublik China negativ dar und betrachteten sie als eine Gefahr.

Die taiwanesischen Journalisten wollten in der Berichterstattung über den anderen Teil eindeutig häufiger als die deutschen und südkoreanischen Journalisten die Aufgabe wahrnehmen, vor der Gefahr des anderen Teils des Landes zu warnen.

Die taiwanesischen Journalisten stimmten der folgenden These seltener als die deutschen und südkoreanischen Journalisten zu. Für die Behandlung negativer Nachrichten — soziale Missstände im anderen Teil des Landes — wiesen die deutschen und südkoreanischen Journalisten im Vergleich zu den taiwanesischen Journalisten eine freundlichere Haltung gegenüber dem anderen Teil des Landes auf. Um über soziale Missstände zu berichten, entschieden sich die taiwanesischen Journalisten seltener als die deutschen und südkoreanischen Journalisten dafür, dass die Berichterstattung persönliche Eindrücke und offizielle Informationen gleichmäßig behandeln sollte. Besonders im Vergleich zu den südkoreanischen Journalisten wollten die taiwanesischen Journalisten eher die sozialen Probleme als die offiziellen Informationen bringen. Dies bedeutete, dass die taiwanesischen Journalisten die Nachrichten über den anderen Teil negativer berichten wollten.

Die Besonderheiten der Ansichten von südkoreanischen Journalisten:

Die südkoreanischen Journalisten hatten eine besonders freundliche Einstellung gegenüber Nordkorea.

Sie stimmten den folgenden sechs Thesen eindeutig häufiger als die deutschen und taiwanesischen Journalisten zu. Die südkoreanischen Journalisten stimmten dem Aufgabenverständnis, das die Gemeinsamkeit des Volkes an beiden Teilen eines geteilten Landes betonte, mit Abstand häufiger als die deutschen und taiwanesischen Journalisten zu.

Sie wollten außerdem häufiger als die Journalisten der beiden anderen Länder bei der Berichterstattung über den anderen Teil den negativen Nachrichten nicht soviel Beachtung schenken.

Ebenfalls wie ihre Bewertung von Kritik der Medien erwiesen sich die südkoreanischen Journalisten in Bezug auf ihre Einstellung zu Kritik als weitaus freundlicher gegenüber dem anderen Teil des Landes. Bei der Ausübung von Kritik an Nordkorea wollten die südkoreanischen Journalisten im Vergleich zu Journalisten anderer Länder zur überwiegenden Mehrheit Rücksicht auf den anderen Teil ihres Landes nehmen.

Die südkoreanischen Journalisten wollten im Vergleich zu den taiwanesischen Journalisten solche Berichte eindeutig häufiger zurückhalten, die den Beziehungen zwischen den beiden Teilen Koreas Schaden zufügten. Berichte, welche Fortschritte bei Verhandlungen zwischen den beiden Teilen Koreas verhinderten, wollten die südkoreanischen Journalisten ebenfalls eindeutig häufiger als die taiwanesischen Journalisten zurückhalten.

Bei der Behandlung von negativen Nachrichten aus dem anderen Teil des Landes unterschieden sich die südkoreanischen Journalisten auch von den taiwanesischen Journalisten. Anhand von zwei Beispielen — ein Fall von Korruption und soziale Misstände in dem anderen Teil des Landes — wurde die Einstellung der taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten zu negativen Nachrichten untersucht. Einer negativen Nachricht über Korruption aus dem anderen Teil des Landes räumten sowohl die südkoreanischen als auch die taiwanesischen Journalisten normale Wichtigkeit ein, dabei maßen die südkoreanischen Journalisten dieser Nachricht etwas größere Wichtigkeit als die taiwanesischen Journalisten bei. Über die Frage, wie sie eine solche Nachricht behandeln wollten, befürworteten zwar die Journalisten beider Länder meistens eine normale Darstellung der negativen Nachricht, jedoch zeichneten sich die südkoreanischen Journalisten durch mehr Bereitschaft aus, diese negative Nachricht zurückhaltend darzustellen. Die südkoreanischen Journalisten räumten der negativen Nachricht zwar mehr Wichtigkeit ein, wollten jedoch die negative Nachricht zurückhaltender als die taiwanesischen Journalisten darstellen.

Die südkoreanischen Journalisten stimmten im Vergleich zu den deutschen und taiwanesischen Journalisten zwei Thesen seltener zu. Die deutschen und taiwanesischen Journalisten wollten im Vergleich zu den südkoreanischen Journalisten Berichte wesentlich häufiger zurückhalten, die geheime Verteidigungspläne gegen den anderen Teil des Landes enthielten.

Die Kritik der Medien an dem anderen Teil des Landes galt als ein wichtiger Bestandteil der Medienberichterstattung der drei untersuchten Länder. Vermutlich aufgrund der unterschiedlichen Hintergründe der untersuchten Länder wichen die Einstellungen von Kritik in den Medien voneinander ab. Das verschlossenerere politisch-soziale System in den beiden asiatischen Ländern führte vermutlich im Vergleich zum wesentlich liberaleren

System der Bundesrepublik zu einer negativeren Kritik-Einstellung an dem anderen (kommunistischen) Teil. Entgegen der Erwartung zeigten die Journalisten der beiden asiatischen Länder hier wieder keine Ähnlichkeit. Für die südkoreanischen Journalisten galt eindeutig häufiger als für die Journalisten der beiden anderen Länder, dass die Medienkritik dem anderen Teil des Landes Unrecht täte. Im Unterschied zu den deutschen und taiwanesischen Journalisten betrachteten die südkoreanischen Journalisten wesentlich seltener die Medienkritik an dem anderen Teil ihres Landes als sachlich und fair. Durch die Verurteilung der Kritik an Nordkorea, die in den südkoreanischen Medien vorkam, zeigten die südkoreanischen Journalisten Freundlichkeit gegenüber dem anderen Teil ihres Landes, was bei den beiden anderen Ländern wesentlich seltener der Fall war.

Vergleich der Zustimmungshäufigkeit von Journalisten der untersuchten Länder:

Unter den ersten neun Thesen, denen immer mindestens mehr als die Hälfte der deutschen Journalisten zustimmte, betrafen acht die neuen Bundesländer. Darunter galten vier als positiv und vier als negativ gegenüber den neuen Bundesländern. Unter den restlichen fünf Thesen, denen weniger als die Hälfte der deutschen Journalisten zustimmte, galt jeweils eine als positiv und eine als negativ gegenüber den neuen Bundesländern. In Bezug auf die Einstellung der Berichterstattung der deutschen Journalisten über die neuen Bundesländer war ihre Einstellung sowohl in Bezug auf die häufiger bejahten als auch geringer bejahten Thesen ausgeglichen und äußerte sich zahlenmäßig gleich positiv und negativ über die neuen Länder.

Von den Thesen, denen mehr als die Hälfte der taiwanesischen Journalisten zustimmte, hatten neun mit der Volksrepublik China zu tun. Fünf dieser Thesen galten als positiv gegenüber der Volksrepublik China. Vier galten als negativ. Hinsichtlich der Berichterstattung der taiwanesischen Journalisten über die Volksrepublik China zeigte sich bei den Thesen, die Zustimmung von mehr als der Hälfte der taiwanesischen Journalisten erhielten, Neutralität. Unter den Thesen, denen weniger als die Hälfte der taiwanesischen Journalisten zustimmte, zeigten vier eine eindeutige Einstellung gegenüber der Volksrepublik China. Drei dieser Thesen waren positiv über die Volksrepublik China und eine negativ. Die von den taiwanesischen Journalisten seltener bejahten Thesen zeigten jedoch eine deutliche Tendenz gegenüber der Volksrepublik China. Die Thesen, denen sie seltener zustimmten (weniger als die Hälfte), waren eher positiv als negativ.

Die südkoreanischen Journalisten vermittelten eindeutig eine positive Einstellung der Berichterstattung gegenüber Nordkorea. Sie stimmten den positiven Thesen über Nordkorea eindeutig häufiger zu. Unter den 15 Thesen, denen mehr als die Hälfte der südkoreanischen Journalisten zustimmte, waren acht positiv und nur eine negativ. Bei den rest-

lichen sechs Thesen, denen weniger als die Hälfte der südkoreanischen Journalisten zustimmte, ließ keine deutliche Tendenz erkennen. Zwei unter diesen galten als negativ gegenüber Nordkorea, eine positiv.

Andere Ergebnisse zum Aufgabenverständnis:

Wie bei der Zustimmung zu den Folgen der Teilung im vorigen Kapitel stimmten die Ansichten der Journalisten der beiden asiatischen Länder über die Aufgaben der Berichterstattung nicht überein. Den Aufgaben der Berichterstattung über den anderen Teil des Landes stimmten in den meisten Fällen entweder die taiwanesischen Journalisten und die deutschen Journalisten oder die südkoreanischen Journalisten und die deutschen Journalisten zu. Nur selten stimmten die Journalisten beider asiatischer Länder den Aufgaben ähnlich zu.

Beim Zurückhalten von Berichten unterschieden sich die südkoreanischen Journalisten eindeutig von den Journalisten anderer Länder. Die deutschen und taiwanesischen Journalisten wollten bemerkbar häufiger Berichte über geheime Verteidigungspläne zurückhalten, die die Sicherheit des eigenen Landes gefährdeten. Dagegen entschieden sich die südkoreanischen Journalisten eindeutig häufiger dafür, Berichte zurückzuhalten, welche die Entfremdung zwischen den beiden Teilen Koreas vergrößerten oder die Verhandlungsmöglichkeiten der beiden Teile Koreas einschränkten.

Die Vermutung, dass die Journalisten der beiden asiatischen Länder aufgrund ihrer anti-kommunistischen Erziehung entscheidend häufiger als die deutschen Journalisten gegen die kommunistische Partei kämpfen wollten, bestätigte sich nicht. Die Journalisten der beiden asiatischen Länder wollten wesentlich seltener als die deutschen Journalisten gegen die kommunistische Partei kämpfen. Die schwache Kampfbereitschaft der Journalisten der beiden asiatischen Länder lag vermutlich daran, dass die kommunistische Partei für sie in der Fragestellung im einem Nachbarland (Japan) gegründet wurde. Vermutlich hatte das Fehlen einer unmittelbaren Bedrohung zu schwacher Kampfbereitschaft der Journalisten dieser beiden Länder geführt.

8.5. Überblick der wichtigsten Ergebnisse

Die Fragestellungen an Journalisten in dieser Arbeit können in 60 Thesen zusammengefasst werden.⁷ Unter diesen Thesen stimmten die Journalisten aller untersuchten Länder ein Sechstel — zehn Thesen — etwa gleichmäßig zu.

Zu etwa einem weiteren Sechstel von 13 Thesen stimmten immer die Journalisten von zwei der untersuchten Länder gegenüber einem dritten Land vergleichsweise ähnlich häufig zu.

Die deutschen und die taiwanesischen Journalisten stimmten jeweils sieben und neun Thesen häufiger als die Journalisten der beiden anderen Länder zu. Am meisten hielten die südkoreanischen Journalisten im Vergleich zu den Journalisten der anderen Länder 21 Thesen eindeutig häufiger für zutreffend.

Von den zehn Thesen, denen die Journalisten aller untersuchten Länder gleichermaßen zustimmten, betrafen die meisten die journalistische Einstellung der Berichterstattung, wie z. B., dass die Berichterstattung objektiv und vollständig sein solle; dass die Aufgaben der Journalisten positiv seien; dass die Berichterstattung die Interessen des Publikums berücksichtigen solle. Darüber hinaus bestand Gemeinsamkeit der Ansichten von Journalisten u. a. darüber, dass die unterschiedliche Einstellung zu Wirtschaft und Arbeit der Wiedervereinigung im Weg stehen würde; dass Kommunismus falsch sei; dass die politischen Ziele der USA Vorrang vor denen der UdSSR haben.⁸

Die von den deutschen Journalisten im Vergleich zu Journalisten anderer Länder eindeutig häufiger bejahten Thesen betrafen erstens die positive (objektive) Einstellung der Berichterstattung von Journalisten: über die neuen Länder genauso berichten wie über die alten und die kommunistische Partei durch objektive Berichterstattung bekämpfen. Zweitens hielten sie Thesen am häufigstens für richtig, die positiv im Hinblick auf die Rahmenbedingungen der Berichterstattung waren: Es gibt keine Richtlinien zur Berichterstattung, und das Publikum übt Einfluss auf die Berichterstattung aus. Drittens stimmten sie solchen Thesen eindeutig häufiger zu, die die Vorzüge der alten Bundesrepublik hervorhoben: Die Teilung brachte positive Folgen für die BRD,⁹ und das Wort „Deutschland“ umfasste vor der Vereinigung nur die Bundesrepublik.

Die deutschen Journalisten stimmten im Vergleich zu den Journalisten der beiden anderen

⁷ Für eine Übersicht von diesen 60 Thesen vgl. Anhang 8.

⁸ Vgl. Anhang 8 Thesen 1-10.

Länder Thesen seltener zu, die unterschiedliche politische Einstellungen als Hindernisse für eine Vereinigung darstellen; die für eine Verteidigungspolitik unabhängig von den USA plädieren; die der Teilung negative Folgen für die Bundesrepublik zuschrieben und laut denen die Bürokratie der Medien die Berichterstattung einschränkt.¹⁰

Die taiwanesischen Journalisten hielten im Vergleich zu den Journalisten der anderen Länder Thesen eindeutig häufiger für zutreffend, die die Gefahren aus dem anderen Teil des Landes (der Volksrepublik China) betonen und die Hilflosigkeit Taiwans im Falle eines militärischen Konfliktes darstellen: Ein militärischer Angriff aus der VR China sei zu befürchten; die Berichterstattung solle vor möglichen Gefahren der VR China warnen, und die ausländischen Staaten greifen im Falle eines militärischen Konfliktes in Taiwan überhaupt nicht ein. Außerdem hielten die taiwanesischen Journalisten im Vergleich zu den Journalisten der beiden anderen Länder entsprechend der geschichtlichen Tatsachen die kommunistische Partei am meisten für schuldig an der Teilung Chinas.¹¹

Die taiwanesischen Journalisten stimmten im Vergleich zu den Journalisten der anderen Länder Thesen eindeutig geringer zu, die die Hindernisse der Wiedervereinigung als überwindbar betrachten und die eine aktive Einstellung zur Wiedervereinigung befürworten.¹²

Die von den südkoreanischen Journalisten eindeutig häufiger als von Journalisten anderer Länder bejahten Thesen sprachen sich beinahe alle für die Interessen Nordkoreas oder für die Zusammengehörigkeit der beiden Teile der koreanischen Halbinsel aus: Sie stimmten am häufigsten dem Nationalbewusstsein zu, wollten sich in der Berichterstattung am meisten für die Gemeinsamkeit des Volks in Süd- und Nordkorea einsetzen, sprachen sich am häufigsten für Wirtschaftshilfe an Nordkorea aus, hielten am ehesten die Wiedervereinigung als gut für die beiden Teile Koreas, wollten am häufigsten bei Kritik an Nordkorea Rücksicht nehmen, setzten sich am häufigsten für die Zusammengehörigkeit der beiden Teile Koreas ein, wollten am meisten in der Berichterstattung Rücksicht auf die Annäherungsmöglichkeit der beiden Koreas nehmen und negative Nachrichten aus Nordkorea herunterspielen, und sie fanden am häufigsten, dass die Teilung dem anderen Teil des Landes (Nordkorea) positive Folgen brachte.¹³

Dagegen stimmten die südkoreanischen Journalisten im Vergleich zu den Journalisten der anderen Länder Thesen am geringsten zu, die Sicherheitsvorkehrungen gegenüber dem

⁹ Vgl. ebd. Thesen 24-30.

¹⁰ Vgl. Anhang 8 Thesen 20-23.

¹¹ Vgl. ebd. Thesen 31-39.

¹² Vgl. ebd. Thesen 15-19.

anderen Teil empfahlen, die die Koreaner für die Teilung Koreas verantwortlich machten und die die Kritik der südkoreanischen Medien an Nordkorea als sachlich und fair beurteilten.¹⁴

¹³

Vgl. ebd. Thesen 40-60.

¹⁴

Vgl. ebd. Thesen 11-14.

9. Nachwort

Die Idee, eine vergleichende Untersuchung über die Ansichten von Journalisten zur Teilung und Wiedervereinigung von drei geteilten Ländern — die Bundesrepublik Deutschland, Taiwan und Südkorea, durchzuführen, entstand vor dem Mauerfall in der DDR. Die vergleichbare Teilung in diesen drei Ländern galt mittelbar oder unmittelbar als Folge des politisch-ideologischen Konfliktes zwischen den beiden Weltmächten im Osten und Westen. Außerdem befanden die drei Länder sich in unterschiedlichen Entwicklungsstadien der Demokratisierung. Die Gemeinsamkeiten und vergleichbaren Unterschiede dieser drei Länder boten eine ideale Vergleichsbasis für die Ansichten der Journalisten zu den Folgen der Teilung sowie den Einfluss dieser Ansichten auf die Einstellung zur Berichterstattung. Darüber hinaus konnte der Vergleich der Ansichten von Journalisten über den Ost-West-Konflikt in einer typischen Industrienation mit freiem Pressesystem — die Bundesrepublik Deutschland — einerseits und in den beiden im Aufbruch befindlichen demokratischen Ländern in Asien — Taiwan und Südkorea — als aufschlussreich betrachtet werden. Jedoch beendete der rasche Zusammenbruch der DDR und die anschließende Vereinigung Deutschlands den Zustand der Teilung in Deutschland. Die Konzeption der Untersuchung und die Fragebogenentwicklung wurde daraufhin den Veränderungen der deutschen Situation angepasst. Die Fragebogenentwicklung für alle drei Länder wurde erst nach der deutschen Vereinigung abgeschlossen. Die Durchführung von Untersuchungen in den drei Ländern lief ab Ende des Jahres 1990, von der deutschen Vereinigung bis zur Mitte des darauffolgenden Jahres. Die unvorgesehene Vereinigung Deutschlands löste damals auch in den beiden geteilten asiatischen Ländern die Hoffnung auf Wiedervereinigung aus.

Etwas mehr als zehn Jahre nach der deutschen Vereinigung erwies sich die abrupte Beendigung der Teilung Deutschlands mit der Zeit als eine Ausnahmesituation, die nicht auf die beiden geteilten Länder Asiens übertragbar war. Während als Folgen der Teilung in Deutschland heute immer mehr wirtschaftliche Belastungen und strukturelle Unausgewogenheiten zwischen den alten und den neuen Bundesländern zu Tage traten, machten die beiden Länder in Ostasien nahezu keinen konkreten Fortschritt in Richtung Zusammenführung. Obwohl nach der deutschen Vereinigung Anfang der 90er Jahre zwischen den beiden Chinas und den beiden Koreas mehrere offizielle Austauschbesuche stattfanden, endeten die Versuche zur Normalisierung der Beziehungen in diesen zwei geteilten Ländern in Sackgassen.

Im Fall des asymmetrisch geteilten China stieß jeder Versuch zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Teilen und jegliche Form von offizieller Annäherung auf die unüberwindbaren Hindernisse der Grundhaltung von Einverleiben und einverleibt werden. Für die gigantische Volksrepublik China schien es nur eine Frage der Zeit, Tai-

wan zu vereinnahmen. Um dieser Übernahme durch die Volksrepublik China zu entgehen, sagte Taiwan jegliche Form von offiziellen und direkten Kontakten mit der Volksrepublik ab. Bis heute fanden alle Handelsbeziehungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik China, die einen der größten Teile des taiwanesischen Außenhandels ausmachten, sowie die dadurch entstandenen Verkehrsverbindungen durch ein drittes Land statt. Außerdem rückte durch die zunehmende Demokratisierung und freie Wahlen in Taiwan die Normalisierung der Beziehung mit der Volksrepublik China immer mehr in den Hintergrund, da im Jahr 2000 die Oppositionspartei, Democratic Progressive Party (DPP), an die Macht kam. Von 1949 bis 2000 hatte die Kuomintang (KMT) in Taiwan regiert. Die KMT sah Taiwan als einen Teil des gesamten Chinas an und strebte unverändert danach, den Teilungszustand Chinas durch eine Wiedervereinigung zu beenden. Im Gegensatz zur KMT repräsentierte die DPP die Mehrheit der ethnischen Zusammensetzung der taiwanesischen Bevölkerung, die eher die geschichtliche und kulturelle Gemeinsamkeit mit der Volksrepublik China ablehnte und daher jede Form von Normalisierung der Beziehungen mit der Volksrepublik China, die möglicherweise mit einer Wiedervereinigung enden und damit Taiwan in die Volksrepublik China eingliedern würde, vermeiden wollte.

Bei Süd- und Nordkorea stießen die Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen immer wieder auf Ablehnung des totalitär verschlossenen nordkoreanischen Regimes, wie es bereits bei den Versuchen zum Aufbau von normalen Austauschbeziehungen zwischen Süd- und Nordkorea in den siebziger Jahren der Fall war. Als unüberwindliches Hindernis für die Normalisierung der Beziehung zwischen den beiden Koreas erwies sich immer mehr die totalitäre Herrschaft Nordkoreas.

Nachdem solche Ansichten in die Beobachtung einbezogen wurden, muss die Hoffnung auf Wiedervereinigung sowohl für die taiwanesischen als auch für die südkoreanischen Journalisten immer mehr als ein unerreichbares Ziel gelten. Dies muss besonders für die taiwanesischen Journalisten der Fall sein, die bereits bei dieser Untersuchung im Vergleich zu den südkoreanischen Journalisten eine wesentliche schwächere Absicht zur Wiedervereinigung äußerten.

Mit der Auflösung der UdSSR als Gegner der USA im Ost-West-Konflikt Anfang der neunziger Jahre wurden die Auseinandersetzungen des kalten Krieges zwischen den traditionellen Ost- und Westmächten in eine andere politisch-militärische Konstellation der Auseinandersetzung versetzt. In den vergangenen Jahren übernahm die Volksrepublik China immer mehr die Rolle der früheren UdSSR. Durch die militärische Entwicklung befindet China sich auf dem Weg zum führenden Gegner des Westens. Die Rolle der Volksrepublik China wurde besonders spürbar während des Golfkrieges 1990 und nach den Attacken auf die USA durch islamistische Terroristen am 11. September 2001. Wäh-

rend solcher Krisensituationen unterschieden sich die Interessen der Volksrepublik China offensichtlich von den westlichen Ländern, die sich mit den USA verbündeten. Die Volksrepublik China, die sich auf dem Weg zu einer führenden Position unter den Weltmächten befindet, unterscheidet sich erheblich von der früheren Sowjetunion. Durch die Einführung der kapitalistischen Wirtschaft entwickelt sich die Volksrepublik China zu einer wirtschaftlichen Großmacht, die zum Beispiel die Wirtschaftskrisen Asiens 1998 ohne Verluste überstand und der Region unbegrenzte Möglichkeiten zum Wirtschaftswachstum verhieß. Daher besteht für die Volksrepublik China in absehbarer Zeit keine Gefahr eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs, wie sie die kommunistischen Regime der DDR, die Ostblockländer und schließlich auch die UdSSR in den Untergang führte. Mit dem Erfolg der wirtschaftlichen Liberalisierung lassen sich durch politische Instabilität nötige politische Reformen in der Volksrepublik China auf unbestimmte Zeit verschieben. Trotz des Erfolgs bei der Einführung der Marktwirtschaft erscheint es immer unwahrscheinlicher, dass es eine gemeinsame Basis für eine Wiedervereinigung mit dem demokratischen Taiwan geben könnte, denn in der wirtschaftlich erstarkenden Volksrepublik bleibt ein politischer Liberalisierungsprozess bislang aus. Zu erwarten ist, dass der momentane Teilungszustand solange aufrechterhalten bleibt, bis die weitere wirtschaftliche Entwicklung die Volksrepublik China zu politischen Veränderungen und Reformen führt.

Nordkorea galt nach dem Eintritt in das dritte Millennium als das einzige Land in der Welt, in dem das kommunistische Wirtschaftssystem ohne jegliche Reform erhalten blieb. Das wirtschaftliche Defizit Nordkoreas, das besonders nach dem Sturz des Kommunismus im Ostblock und in der UdSSR zum Vorschein kam, führte zur Massenhungersnot der nordkoreanischen Bevölkerung. In einer derartig katastrophalen Lage konnte das diktatorische Herrschaftssystem Nordkoreas einen Zusammenbruch des Landes, der mit dem Zusammenbruch der DDR vergleichbar wäre, nur durch die totale Abgeschlossenheit des Landes verhindern, die jegliche Form von Informationsaustausch und jegliche Austauschbeziehungen mit dem Ausland ausschloss. Dazu gehörte auch ein totales Verbot von privaten Reisen. Die Abkapselung von der Außenwelt gewährte bislang einhergehend mit der Misere der nordkoreanischen Bevölkerung dem totalitären Herrschaftssystem Nordkoreas, das wirtschaftlich praktisch bankrott ist, Stabilität. Die Wiedervereinigung der koreanischen Halbinsel hängt von dem Ausgleich zwischen wirtschaftlichem Zusammenbruch und totaler Abgeschlossenheit des nordkoreanischen Regimes ab.

Während der Zeit der Durchführung dieser Untersuchung gab es nach Ansicht der deutschen Journalisten in der wiedervereinigten Bundesrepublik Deutschland eine überwiegend wirtschaftliche und strukturelle Unausgeglichenheit, die durch massive Wirtschaftshilfe beseitigt werden müsste. Hingegen befanden sich in Ostasien China und Korea, die letzten durch die Ost-West-Auseinandersetzung geteilten Länder durch die Beendigung

der Teilung in Deutschland in einer Aufbruchstimmung. Sogar um die Zeit, in der durch die Vereinigung in Deutschland Hochstimmung für Wiedervereinigung in den beiden geteilten Ländern in Asien herrschte, spielten die tatsächlich gegebenen politischen Situationen in Taiwan und Südkorea eine entscheidende Rolle bei der Einstellung der Journalisten zur Teilung und Wiedervereinigung ihres Landes. Die asymmetrische Teilung von China versetzte Taiwan in eine extrem ungünstige Lage. Es schien unwahrscheinlich, dass Taiwan sich ohne Aufopferung seiner politischen Freiheit mit der VR China wiedervereinigen konnte. Im Allgemeinen distanzierte man sich in Taiwan davon, über eine Wiedervereinigung Chinas zu diskutieren. Es überraschte auch nicht, dass die taiwanesischen Journalisten im Vergleich zu den deutschen und südkoreanischen Journalisten ein ungünstigeres Urteil über die Wiedervereinigung trafen. Im Gegensatz zu den taiwanesischen Journalisten fällten die südkoreanischen Journalisten ein wesentlich günstigeres Urteil zur Teilung und Wiedervereinigung der koreanischen Halbinsel. Die positivere Einstellung der südkoreanischen Journalisten ließ sich anhand der politischen Situation, in der sich Südkorea befand, damit begründen, dass Südkorea sowohl politisch als auch wirtschaftlich als der stärkere der beiden Teile Koreas galt. Besonders der wirtschaftliche Misserfolg Nordkoreas machte die Teilungssituation auf der koreanischen Halbinsel vergleichbar mit den beiden Teilen Deutschlands vor der Vereinigung, wo der Zusammenbruch der DDR zur Vereinigung Deutschlands führte. Die Einstellung der südkoreanischen Journalisten spiegelte diese Situation insofern wider, als in ihren Augen eine Übernahme eines zusammengebrochenen Nordkoreas durch ein wirtschaftspolitisch stärkeres Südkorea realisiert werden konnte. Dagegen war eine Übernahme der Volksrepublik China durch den extrem kleineren Teil der chinesischen Teilung, Taiwan, für die taiwanesischen Journalisten überhaupt schwer denkbar. Eine Übernahme von Taiwan durch eine, politisch betrachtet, undemokratische Volksrepublik China war für die taiwanesischen Journalisten ebenfalls keine Option. Sobald sie mit einer derartigen Option direkt konfrontiert wurden, distanzierten sich die taiwanesischen Journalisten mit ihrer Einstellung über Teilungs- und Wiedervereinigungsfragen Chinas. Die taiwanesischen Journalisten unterschieden sich außerdem eindeutig von den südkoreanischen Journalisten, dass sie aufgrund der asymmetrischen Teilung Chinas im Vergleich zu den südkoreanischen Journalisten wesentlich häufiger einen militärischen Angriff durch den anderen Teil des Landes befürchteten.

Obwohl die Journalisten der untersuchten Länder unterschiedliche Einstellungen zur Wiedervereinigung aufwiesen, bestanden jedoch Gemeinsamkeiten zwischen ihren Ansichten darüber, dass der Kommunismus überwiegend als eine falsche Idee galt. Die unterschiedliche Einstellung der Journalisten zur Wiedervereinigung hing nicht mit ihrem Urteil über den Kommunismus zusammen. Vielmehr war die Bereitschaft zur Wiedervereinigung von den politischen Gegebenheiten des Landes abhängig.

Die Untersuchung bestätigte die Annahme, dass die Ansichten der Journalisten zum Kommunismus und zur Weltpolitik sich in bestimmten Fällen in einer bemerkbaren Stärke auf die Einstellung zur Berichterstattung der Journalisten auswirkten.

Die Untersuchung bestätigte in den beiden asiatischen Ländern außerdem, dass sich die Besonderheit der Meinung von Journalisten sowie ihre spezifische Einstellung auf eine bestimmte Berichterstattung durch die besondere Zusammensetzung der Bevölkerung der beiden Länder erklären ließ. Bei den taiwanesischen Journalisten bestand eine kleine Minderheit von Kerngruppen, die sich stark für die Wiedervereinigung Chinas und die damit relevanten Themen zugunsten der Wiedervereinigung einsetzten. Sie spiegelte im gewissen Sinne die spezifische ethnische Zusammensetzung der taiwanesischen Bevölkerung wider, in der eine kleine Minderheit in einer relativ späten Phase von China nach Taiwan übersiedelte, die sich gegenüber der allgemeinen Bevölkerung wesentlich stärker mit China identifizierte. Die südkoreanischen Journalisten zeigten eine sehr stark nationalistische Tendenz und antiamerikanische Stimmung, die sie zur wesentlich stärkeren Zustimmung für eine Zusammenführung des geteilten Korea verleiteten. Diese Charakterzüge der Journalisten wurden allgemein ebenfalls als Charakteristika der südkoreanischen Bevölkerung zugeschrieben. Da sich die politische Situation seit Anfang der neunziger Jahre verändert hat, würde die gleiche Untersuchung heute vermutlich andere Ergebnisse bringen. Die oberen charakteristischen Züge der Journalisten in jedem der einzelnen untersuchten Länder bleiben aber bestimmt weiter bestehen.

Literaturverzeichnis:

- Barton, Allan H.: Consensus and Conflict Among American Leaders. In: *Public Opinion Quarterly*, 38, 1974, 507-530.
- Baumert, Dieter Paul: *Die Entstehung des deutschen Journalismus*. Leipzig 1928.
- Belden, Jack: *China Shakes the World*. New York /London 1949.
- Berschin, Helmut: Wiedervereinigung. In: *Die politische Meinung*, 250, Mai/Juni (1990).
- Bedeski, Robert E.: *The Transformation of South Korea: Reform and Reconstitution in the Sixth Republic under Roh Tae Woo 1987-1992*. London/ New York, Routledge 1994.
- Berman, Daniel K.: *Words Like Colored Glass. The Role of the Press in Taiwan's Democratization Process*. Boulder/ San Francisco/Oxford 1992.
- Bianco, Lucien (Hrsg.): *Das moderne Asien*. Fischer Weltgeschichte. Band 33. Frankfurt 1969.
- Breed, Warren: Social Control in the Newsroom: A Functional Analysis. In: *Social Forces* 33, 1955.
- Bundeszentrale für politische Bildung: *Die Teilung Deutschlands 1955 bis zur Einheit*. Informationen zur politischen Bildung 4. Quartal 1991.
- Chang, Yu-Fa: *Die neue Geschichte des modernen China*. (chinesisch) Taipei 1990.
張玉法：中國近代現代史。台北 1990。
- Chen, Steve/Cal Clark: *The Mainland China - Taiwan Relationship: From Confrontation to Interdependence?* In: Chen, Tien-Jen /Chi Huang/ Samuel S.G. Wu (Hrsg.): *Inherited rivalry: Conflicts across the Taiwan streets*. Colorado 1995.
- Chen, Tien-Jen/Chi Huang/Samuel S.G. Wu (Hrsg.): *Inherited rivalry: Conflicts Across the Taiwan Streets*. Colorado 1995.
- Chu, Godwin C.: In Search of an Asian Perspective of Communication Theory. In: W. Dissanayake (Hrsg.): *Communication Theory: An Asian Perspective*. Singapore: Asian Mass Communication and Information Center 1988, S. 204-210.
- Chu, Leonard L.: *Mass Communication Theory: A Chinese Perspective*. In: W. Dissanayake (Hrsg.): *Communication Theory: An Asian Perspective*. Singapore: Asian Mass Communication and Information Center 1988, S. 126-138.
- Conze, Werner: *Deutschland-Ploetz*. Deutsche Geschichte zum Nachschlagen, Freiburg/Würzburg 1991.
- Cotterell, Arthur: *East Asia. From Chinese Predominance to the Rise of the Pacific Rim*. New York/Oxford, 1993.

- Cotton, James (Hrsg.): Politics and Policy in the New Korean State. From Roh Taw-Woo to Kim Young-Sam. New York 1995.
- Cremerius, Ruth /Doris Fischer/Peter Schier: Studentenprotest und Repression in China April - Juni 1989. Analyse, Chronologie, Dokumente. Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg, Nummer 186. Hamburg 1990.
- Department of Judicial Administration, Judicial Yuan Republic of China (Hrsg.): The Constitution of the Republic of China (englisch-chinesisch), December 1998.
司法院：中華民國憲法（中英對照）。台北 1998。
- Deutscher Bundestag (Hrsg.): Fragen an die deutschen Geschichte. Ideen, Kräfte, Entscheidungen von 1800 bis zur Gegenwart, Bonn 1991.
- Donsbach, Wolfgang: Journalismusforschung in der Bundesrepublik: Offene Fragen trotz Forschungsboom. In: Jürgen Wilke (Hrsg.): Zwischenbilanz der Journalistenausbildung. München 1987.
- Donsbach, Wolfgang: Journalist. In: Elisabeth Noelle-Neumann/Winfried Schulz/Jürgen Wilke (Hrsg.): Fischer Lexikon Publizistik, Massenkommunikation. Neuauflage. Frankfurt am Main 1994, S. 64-91.
- Eberhard, Wolfram: Geschichte Chinas: Von den Anfängen bis zur Gegenwart. 1971 Stuttgart.
- Ehmig, Christine Simone: Generationswechsel im deutschen Journalismus. Zum Einfluss historischer Ereignisse auf das journalistische Selbstverständnis. Freiburg im Breisgau, München: Verlag Karl Alber 2000.
- Eppelmann, Rainer: Chancen und Schwierigkeiten beim Zusammenwachsen. In: Jens Hacker (Hrsg.): Der Weg zur sozialen Einheit. Fortschritte und Hemmnisse. Berlin 1994.
- Eschenburg, Theodor: Jahre der Besatzung 1945-1949. (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd.1) Stuttgart, Wiesbaden 1983.
- Evinger, R. William (Hrsg.): Directory of U.S. Military Bases Worldwide. Phoenix 1995.
- Fairbank, John: Geschichte des modernen China 1800-1985. Deutscher Taschenbuch Verlag. München 1989.
- Fehrenbach, Oskar: Das Trauma. Zur Rolle der linken Intelligenz. Einheit und Nation auf dem Opferaltar der Schuld. In: Die politische Meinung, 253, S. 63-68.
- Feldman, J. Harvez: The International Response. In: Parris H. Chang/ Martin L. Lasater (Hrsg.): If China crosses the Taiwan strait: The international response. Lanham 1993.
- Flechtheim, K. Ossip: Ist der Sozialismus bereits tot? In: Klaus Schönhoven/Dietrich Staritz (Hrsg.): Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Köln 1993.

- Fowkes, Ben: Aufstieg und Niedergang des Kommunismus in Osteuropa. Osteuropa-Studien Band 1, Mainz 1993.
- Franke, Wolfgang/Brunhild Staiger (Hrsg.): China Handbuch. (Eine Veröffentlichung der Deutschen Gesellschaft für Ostasienkunde in Verbindung mit dem Institut für Asienkunde). Düsseldorf 1974.
- Fritsche, Klaus /Mark Suh/Gerhard Will: Vietnam, Nordkorea und Kuba. Rezeption des kommunistischen Kollapses in der Sowjetunion und in Osteuropa. In: Bundesinstitut für ostwirtschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Aufbruch im Osten Europas. Chancen für Demokratie und Marktwirtschaft nach dem Zerfall des Kommunismus. München/Wien 1993.
- Fruh, Eckhard: Geschichte der Deutschen 1948-1990. Frankfurt 1990.
- Gebhard, Winfried /Georg Kamphausen: Zwei Dörfer in Deutschland. Mentalitätsunterschiede nach der Wiedervereinigung. Opladen 1994.
- Gettings, John: China Changes Face. The Road from Revolution 1949-1989. Oxford/New York 1989.
- Göthel, Ingeborg: Geschichte Südkoreas. Berlin 1988.
- Government Information Office (Hrsg.): Republic of China Yearbook 1991-92. (englisch) Taipei 1991.
- Government Information Office (Hrsg.): Handbuch der Kontaktpersonen in der Presse. (chinesisch) Taipei 1991.
行政院新聞局編：新聞人員聯繫手冊。台北 1991。
- Government Information Office (Hrsg.): Yearbook of the Republic of China 1997. (englisch) Taipei 1997.
- Graml, Hermann: Die Außenpolitik. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. (Band 1). Frankfurt 1989.
- Große Chinesische Enzyklopädie. Bd. über Presse und Verlage, (chinesisch) Taipei 1993 (erste Erscheinung in Peking 1980).
中國大百科全書 (新聞 出版)。台北 1993 (1980北京初版)。
- Grosser, Alfred: Geschichte Deutschlands seit 1945. Eine Bilanz. München 1978.
- Grosser, Dieter: Triebkräfte der Wiedervereinigung. In: Dieter Grosser/Stephan Bierling/Friedrich Kurz: Die sieben Mythen der Wiedervereinigung. München 1991.
- Gu, Weiqun: Conflicts of Divided Nations. The Cases of China and Korea. Westport Connecticut/London 1995.
- Gunther, Albert C. /Yah-huei Hong/Lulu Rodriguez: Balancing Trust in Media and Trust in Government during Political Change in Taiwan. Journalism Quarterly Autumn 1994.

- Haydt, Mathias: Ostasien-Ploetz. Geschichte Chinas, Japans und Koreas zum Nachschlagen. Freiburg/Würzburg 1986.
- Heck, Peter Michael: Taiwan. Vom Wirtschaftswunder zur ökologischen Krise. Eine kritische Analyse. Hamburg 1995.
- Herrmann-Pillath, Carsten: Wirtschaftsintegration durch Netzwerke: Die Beziehungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik China. Baden-Baden 1994.
- Heuvel, Jon Vanden and Everette E. Dennis: Trends and Developments in in the Media of South Korea. In: Chie-woon Kim and Jae-won Lee (Hrsg.): Elite Media amidst Mass Culture. A Critical Look at Mass Communication in Korea. NANAM Publishing House, Seoul 1994, S. 1-26.
- Hillgruber, Andreas: Der Zweite Weltkrieg 1939-1945. Kriegsziele und Strategie der großen Mächte. Stuttgart 1982.
- Hooton, E. R.: The Greatest Tumult. The Chinese Civil War 1936-49. London/Oxford/Washington 1991.
- Ieong, Wan Chong: „One Country, Two Systems“ and the Modern Constitutional Science. (chinesisch) Macau 1996.
楊允中：一國兩制與現代法學。澳門 1996。
- Ignatow, Assen: Selbstaflösung des Humanismus. Die philosophisch-anthropologischen Voraussetzungen für den Zusammenbruch des Kommunismus. Baden-Baden 1996.
- Jahresbericht des Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen 1986.
- Janowitz, Morris: Professional Models in Journalism: The Gatekeeper and the Advocate. In: Journalism Quarterly 52, 1975, S. 618-662.
- Jescheck, Hans-Heinrich: Gedanken zur Teilung und Wiedervereinigung Deutschlands. Freiburg 1965.
- Jesse, Eckhard: Der innenpolitische Weg zur deutschen Einheit. Zäsuren einer atemberaubenden Entwicklung. In: Eckhard Jesse/Armin Mitter (Hrsg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte-Politik-Gesellschaft. Bonn/Berlin 1992.
- Joffe, Josef: German Reunification: How, Why and Why Now? Paper presented to Symposium on the Comparative Analysis of German Reunification and the Korean Case. International Cultural Society of Korea, November 5, Seoul 1990.
- Kaiser, Karl: Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte. Bergisch Gladbach 1993.
- Kepplinger, Hans Mathias: Angepaßte Außenseiter. Was Journalisten denken und wie sie arbeiten. Freiburg/München 1979.

- Kepplinger, Hans Mathias: Massenmedien: Macht ohne Verantwortung? Vortrag in der HwK-Akademie am 19. Januar 1984.
- Kepplinger, Hans Mathias: Instrumentelle Aktualisierung. Grundlage einer Theorie publizistischer Konflikte. In: Max Kaase, Winfried Schulz (Hrsg.): Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde. Opladen: Westdeutscher Verlag 1989, S. 199-220.
- Kepplinger, Hans Mathias: Theorien der Nachrichtenauswahl als Theorien der Realität. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B15/1989a (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament).
- Kepplinger, Hans Mathias /Hans-Bernd Brosius/Joachim Friedrich Staab/Günter Linke: Instrumentelle Aktualisierung. Freiburg/München 1990.
- Kepplinger, Hans Mathias; Renate Köcher: Professionalism in the Media World? In: European Journal of Communication (SAGE, London, Newbury Park and New Delhi), Vol. 5 (1990), S.190-293.
- Kepplinger, Hans Mathias: Historische Ereignisse im Bewusstsein von Journalisten. In: Walter A. Mahle (Hrsg.): Medien im vereinten Deutschland. Nationale und internationale Perspektiven. München 1991, S. 127-138.
- Kepplinger, Hans Mathias: Falsch dargestellt. In: Die politische Meinung, 261, August 1991, S. 86-91.
- Kepplinger, Hans Mathias/Hans-Bernd Brosius/Joachim Friedrich Staab/Günter Linke: Instrumentelle Aktualisierung. Grundlagen einer Theorie kognitiv-affektiver Medienwirkungen. In: Winfried Schulz (Hrsg.): Medienwirkungen. Weinheim 1992.
- Kepplinger, Hans Mathias: Journalisten im vereinten Deutschland. In: Hans Mathias Kepplinger: Ereignismanagement. Wirklichkeit und Massenmedien. Zürich 1992, S. 78-93.
- Kepplinger, Hans Mathias /Simone Christine Ehmig: Der Einfluß politischer Einstellungen von Journalisten auf die Beurteilung aktueller Kontroversen. In: Medienpsychologie. Zeitschrift für Individual- und Massenkommunikation. Jahrgang 9, Heft 4, 1997, S. 271-292.
- Kim, Chie-Woon /Tae-Sup Shin: The Korean Press: A Half Century of Controls, Suppression and Intermittent Resistance. In: Chie-woon Kim and Jae-won Lee (Hrsg.): Elite Media amidst Mass Culture. A Critical Look at Mass Communication in Korea. NANAM Publishing House, Seoul 1994, S. 43-64.
- Kim, Hak-Joon: The Republic of Korea's Northern Policy: Origin, Development, and Prospects. In: James Cotton (Hrsg.): Korea Under Roh Tae-Woo: Democratisation, Northern Policy, and Inter-Korean Relations. St. Leonards 1993.
- Kim, Min-Hwan: The Centennial Traces of Korean Journalism. In: Chie-woon Kim and Jae-won Lee (Hrsg.): Elite Media amidst Mass Culture. A Critical Look at Mass Communication in Korea. NANAM Publishing House, Seoul 1994.

- Kindermann, Gottfried-Karl (Hrsg.): Stimmen des anderen China. Nationalchinesische Experten zu entwicklungspolitischen Alternativen für China. München 1974.
- Kindermann, Gottfried-Karl: Der Aufstieg Koreas in der Weltpolitik. Geschichte & Kultur, Kolonialherrschaft & Befreiung, Krieg & Teilung, Wiederaufbau & Demokratisierung, Wirtschaftsmacht & Spannungsherd. München 1994.
- Köcher, Renate: Bloodhounds oder Missionaries: Role Definitions of German and British Journalists. In: European Journal of Communication 1 (1986), S. 43-64.
- Köcher, Renate: Spürhund und Missionar. Eine vergleichende Untersuchung über Berufsethik und Aufgabenverständnis britischer und deutscher Journalisten. Dissertation der Ludwig-Maximilians-Universität München. 1985.
- Köcher, Renate: Spürhund und Missionar. Eine vergleichende Untersuchung über Berufsethik und Aufgabenverständnis britischer und deutscher Journalisten. Freiburg/München 1990.
- Koo, Hagen (Hrsg.): State and Society in Contemporary Korea. New York 1993.
- Korean Press Institute (Hrsg.): Yearbook of the Korean Press. (koreanisch) Seoul 1991.
- Krauthammer, Charles: A Second American Century? The U.S. Stands Supreme. The Struggle to Overthrow It Is the Story of Tomorrow. Time, 27. Dezember - 3. Januar 2000.
- Kunczik, Michael: Journalismus als Beruf. Köln, Wien 1988.
- Kuppe, Johannes: Deutschland-Politik der DDR. In: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit. Frankfurt/New York 1993.
- Länderanalysen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Informationsdienste und des Ostasiatischen Vereins: Taiwan (Republik China) Hauptbericht. Vor der Übergabe Hongkongs: Taiwan zwischen Annäherung und Selbstbehauptung. März 1997.
- Lang, Kurt /Gladys Engel Lang/Hans Mathias Kepplinger/Simone Ehmig: Collective Memory and Political Generations: A Survey of German Journalists. In: Political Communication, 10, 1993, 211-229.
- Larimer, Tim: Well Worth the Effort. Time, 23. Oktober 2000.
- Lee, Shou-Kon: Die Geschichte des modernen China. (chinesisch) Taipei 1994.
李守孔：中國近代史。台北 1994。
- Lee, Won-Myoung: Zur Frage der Nation und der Wiedervereinigung im geteilten Korea. Ein koreanischer Weg oder die Anwedung der Deutschland-Formel als Modus vivendi? Seoul 1989.
- Lee, Yuen-Han: Die Geschichte des modernen China. (chinesisch) Taipei 1995.
李雲漢：中國近代史。台北 1995。

- List, Juliane /Hans-Wille Nolden: Zerrbild Deutschland. Wie uns Engländer, Franzosen und Amerikaner seit der Wiedervereinigung sehen. Köln 1992.
- Löffler, Martin/Reinhard Ricker: Handbuch des Presserechts. 3. Aufl. München 1994.
- Mackerras, Colin/Amanda Yorke: The Cambridge Handbook of Contemporary China. Cambridge/New York/Melbourne 1991.
- Maretzki, Hans: Kim-ismus in Nordkorea. Analyse des letzten DDR-Botschafters in Pjöngjang. Böblingen 1991.
- Mertes, Michael /Norbert J. Prill: Die deutsche Einheit. Eine Chance für den Westen. In: Die politische Meinung, 247, November/Dezember 1989.
- Mohr, Ernst Günther: Die unterschlagenen Jahre: China vor Mao Tse-tung. Esslingen/München, 1985.
- Morsey, Rudolf: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969. Oldenburg: Grundriß der Geschichte, Bd. 19 (3. überarbeitete und erweiterte Auflage). München 1995.
- Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Stuttgart 1991.
- Nahm, Andrew C.: A Panorama of 5000 Years: Korean History. Elizabeth, New Jersey/Seoul 1986.
- Noelle-Neumann, Elisabeth: Die Entfremdung. Brief an die Zeitung "Journalist". In: Hans Mathias Kepplinger (Hrsg.): Angepaßte Außenseiter. Was Journalisten denken und wie sie arbeiten. Freiburg/München 1979, S. 260-280.
- Noelle-Neumann, Elisabeth: Nach der deutschen Revolution. In: Die politische Meinung, 264, November 1991, S. 63-70.
- Opitz, Peter J.: Die koreanische Halbinsel im Spannungsfeld der asiatisch-pazifischen Mächte. (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 31-1988) Köln 1988.
- Park, Sang-Seek: Northern Diplomacy and Inter-Korean Relations. In: James Cotton (Hrsg.): Korea Under Roh Tae-Woo: Democratisation, Northern Policy, and Inter-Korean Relations. St. Leonards 1993.
- Pawlow, Nicole-Annette: Innerdeutsche Städtepartnerschaften. Entwicklung, Praxis und Möglichkeiten. Berlin 1990.
- Pepper, Suzanne: Civil War in China. The Political Struggle, 1945-1949. Berkeley/Los Angeles/London 1978.

- Presseinstitut der Republik China: Jahrbuch der chinesischen Presse. (chinesisch) Taipei 1991.
 中華民國新聞學會：中華民國新聞年鑑。台北 1991。
- Rampal, Kuldip: Press and Political Liberalization in Taiwan. In: Journalism Quarterly, Vol. 71, Nr. 3, Autumn 1994, S. 639-640.
- Redaktionsmitglieder Frankfurter Allgemeinen 1991.
- Robinson, Thomas W. (Hrsg.): Democracy and Development in East Asia: Taiwan, South Korea, and the Philippines. Washington 1991.
- Rothman, Stanley /S. Robert Lichter: The Nuclear Energy Debate: Scientists, the Media, and the Public. In: Public Opinion, 5(4), 1982, S. 47-52.
- Rothman, Stanley /S. Rober Lichter: Personality, Ideology and World View: A Comparison of Media and Business Elites. In: British Journal of Political Science, 15, 1984, S. 29-49.
- Saxer, Ulrich: Medienwandel — Journalismuswandel. In: Publizistik 38, 1993, S. 292-304.
- Schaden, Barbara/Gerhard Wiesner: Synopse der bisherigen Entwicklung. Optimismus — Ernüchterung — offene Fragen. In: Karl Heinrich Oppenlander (Hrsg.): Wiedervereinigung nach sechs Jahren: Erfolge, Defizite, Zukunftsperspektiven im Transformationsprozeß. Berlin/München 1997.
- Seebacher-Brandt, Brigitte: Die deutsch-deutschen Beziehungen: Eine Geschichte von Verlegenheiten. In: Eckhard Jesse und Armin Mitter (Hrsg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte-Politik-Gesellschaft. Bonn/Berlin 1992.
- Seoul International Publishing House (Hrsg.): A Handbook of Korea. (englisch) Seoul 1988.
- Shaw-Weng, Shieu-Chi: Berufsmerkmale und Berufseinstellungen von Journalisten in Taiwan. Diss. Mainz 1986.
- Simon, Gerhard: Von der Einparteidiktatur zum Nationalstaat. In: Bundesinstitut für ostwirtschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Aufbruch im Osten Europas. Chancen für Demokratie und Marktwirtschaft nach dem Zerfall des Kommunismus. München/Wien 1993.
- Srivastava, M. P.: The Korean Conflict: Search for Unification. New Delhi 1982.
- Stürmer, Michael: Hans im Glück. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. März 1990.
- Sutter, Robert G./William R. Johnson: Taiwan in World Affairs. Boulder, San Francisco, Oxford 1994.

- Taipei Journalistenverein (Hrsg.): Jahrbuch der chinesischen Presse. (chinesisch) Taipei 1991.
台北記者協會：中華民國新聞年鑑。台北 1991。
- Thomas, Rüdiger: DDR: Politische System. In: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit. Frankfurt/New York 1993.
- Tsen, Schui-pei: Chinesische Pressegeschichte. (chinesisch) Taipei 1966.
曾虛白：中國新聞史。台北 1966。
- Tunstall, Jeremy (Hrsg.): Media Sociology. London 1974.
- Vogt, Martin: Deutschland von der Bonner „Wende“ zu den Problemen der Einheit. In: Martin Vogt (Hrsg.): Deutsche Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart/Weimer 1997, S. 888-970.
- Wacher, Gudrun: Das letzte Einhorn? Die chinesische Rezeption des Wandels in Osteuropa und der Sowjetunion. In: Bundesinstitut für ostwirtschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Aufbruch im Osten Europas. Chancen für Demokratie und Marktwirtschaft nach dem Zerfall des Kommunismus. München/Wien 1993.
- Weaver, David H. /Cleveland Wilhoit: The American Journalist. A Portrait of U.S. News People and Their Work. Bloomington 1986.
- Weiss, Hans-Jürgen: Rundfunkinteressen und Pressejournalismus. Abschließende Analysen und Bemerkungen zu zwei inhaltsanalytischen Zeitungsstudien. In: Media Perspektiven, 1/1986, S. 53-73.
- Whelan, Richard: Drawing the Line. The Korean War 1950-1953. Boston/Toronto/London 1990.
- Wilke, Jürgen /Elizabeth Noelle-Neumann: Pressegeschichte. In: Elizabeth Noelle-Neumann/ Winfried Schulz/Jürgen Wilke (Hrsg.): Fischer Lexikon. Publizistik/Massenkommunikation. Frankfurt am Main 1994, S. 417-452.
- Wolfsohn, Michael: Der außenpolitische Weg zur deutschen Einheit. Das Ausland und die vollendeten Tatsachen. In: Eckhard Jesse/Armin Mitter (Hrsg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte-Politik-Gesellschaft. Bonn/Berlin 1992, S. 142-162.
- Wood, Perry: The Strategic Equilibrium on the Korean Peninsula in the 1990s. In: James Cotton (Hrsg.): Korea under Roh Taw-Woo: Democratisation, Northern Policy and Inter-Korean Relations. St. Leonards 1993.
- Wulf, Peter: Deutschland nach 1945. Gesamt-Deutschland unter den Besatzungsmächten und die Neuanfänge deutscher Politik (1945-1949). In: Martin Vogt (Hrsg.): Deutsche Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart/Weimer 1997.
- Yang, Hyun-Mo: Deutsche Einheit und die Wiedervereinigung Koreas. Eine Vergleichende Untersuchung über die Einigungspolitik geteilten Länder. Dissertation Universität Bonn 1994.

Youm, K. H.: Press Law in South Korea. Ames, Iowa State University Press, 1996.

Zimpel 1-3: Redaktions-Nachschlagewerke. Zeitungen, Zeitschriften, Hörfunk, Fernsehen.
Verlag Dieter Zimpel, München, Erscheinungsjahr: Laufend.

VERZEICHNIS DER TABELLEN

	Seite
Tabelle 1-1: Vergleich der Teilungsfakten in China, Deutschland und Korea	63
Tabelle 3-1: Größe der Stichprobe und des Rücklaufs der Befragung in der Bundesrepublik Deutschland 1991	80
Tabelle 3-2: Überblick der Monopol-Besitzverhältnisse der Zeitungen in Taiwan 1991	84
Tabelle 3-3: Größe der Stichprobe und des Rücklaufs	89
Tabelle 3-4: Südkorea: Umfang der Stichprobe und des Rücklaufs 1990	94
Tabelle 3-5: Größe der Stichprobe und des Rücklaufs der Befragung in den untersuchten Ländern	98
Tabelle 4-1: Ansichten zur Idee des Kommunismus	105
Tabelle 4-2: Gefahr eines Angriffs der Kommunisten	108
Tabelle 4-3: Die Ansichten der deutschen Journalisten zur Notwendigkeit der Erhaltung der Bundeswehr	110
Tabelle 4-4: Folgen eines militärischen Angriffs durch den kommunistischen Gegner	113
Tabelle 4-5: Zustimmung zu sicherheitspolitischen Forderungen	118
Tabelle 4-6: Wirtschaftliche Hilfe für Kommunisten	124
Tabelle 4-7: Wirtschaftshilfe für die neuen Bundesländer	126
Tabelle 4-8: Zustimmung zu politischen Forderungen	128
Tabelle 4-9: Zusammenhang zwischen der Ansicht zum Kommunismus und der Zustimmung zu politischen Forderungen	135
Tabelle 4-10: Die Reihenfolge der Zustimmung zu sechs Thesen -- deutsche Journalisten --	138
Tabelle 4-11: Die Reihenfolge der Zustimmung zu zwölf Thesen -- taiwanische Journalisten --	140
Tabelle 4-12: Die Reihenfolge der Zustimmung zu elf Thesen -- südkoreanische Journalisten --	142

Tabelle 4-13: Vergleich der am häufigsten zugestimmten Thesen bzw. Forderungen -- deutsche, taiwanesishe und südkoreanische Journalisten --	146
Tabelle 5-1: Wer ist für die Teilung verantwortlich? (in Taiwan und in Südkorea)	151
Tabelle 5-2: Wer ist für die Teilung verantwortlich? (in Deutschland)	152
Tabelle 5-3: Die positiven Folgen der Teilung in der BRD/Taiwan/Südkorea	155
Tabelle 5-4: Die negativen Folgen der Teilung in der BRD/Taiwan/Südkorea	159
Tabelle 5-5: Die Folgen der Teilung in der DDR/Volksrepublik China/ Nordkorea	162
Tabelle 5-6: Assoziation zum Begriff „Deutschland“, „China“ und „Korea“	166
Tabelle 5-7: Gibt es noch ein Volk?	171
Tabelle 5-8: Vorteile der Vereinigung	175
Tabelle 5-9: Akzeptanz der Vereinigungspolitik Deutschlands	177
Tabelle 5-10: Bereitschaft zur Wiedervereinigung	178
Tabelle 5-11: Was steht der Wiedervereinigung im Wege?	182
Tabelle 5-12: Können Hindernisse überwunden werden?	185
Tabelle 5-13: Zukunft des Landes in 20 Jahren?	188
Tabelle 5-14: Deutschland in 20 Jahren	190
Tabelle 5-15: Abschätzung der deutschen Journalisten über die Chance der Wiedervereinigung für Taiwan und Südkorea in 20 Jahren	191
Tabelle 5-16: Zusammenhang zwischen der Gleichheit des koreanischen Volks und der Zusammengehörigkeit der beiden Teile der koreanischen Halbinsel	194
Tabelle 5-17: Die Reihenfolge der Zustimmung zu Thesen über die Teilung und Vereinigung -- deutsche Journalisten --	197
Tabelle 5-18: Die Reihenfolge der Zustimmung zu Thesen über die Teilung und Vereinigung -- taiwanische Journalisten --	199

Tabelle 5-19: Die Reihenfolge der Zustimmung zu Thesen über die Teilung und Vereinigung --südkoreanische Journalisten --	202
Tabelle 5-20: Vergleich der am häufigsten zugestimmten Thesen -- deutsche, taiwanesishe und südkoreanische Journalisten --	208
Tabelle 6-1: Wer schränkt Pressefreiheit ein?	215
Tabelle 6-2: Gibt es Richtlinien für Berichterstattung über den anderen Teil des Landes?	219
Tabelle 6-3: Richtlinien der Berichterstattung über die neuen Länder	221
Tabelle 6-4: Einstellung der Journalisten zur Pressefreiheit	223
Tabelle 6-5: Die Reihenfolge der Zustimmung zu den wichtigsten Thesen -- deutsche, taiwanesishe und südkoreanische Journalisten --	225
Tabelle 6-6: Aufgabenverständnis der taiwanischen und südkoreanischen Journalisten	229
Tabelle 6-7: Das Publikumsbild der taiwanischen und südkoreanischen Journalisten	232
Tabelle 6-8: Aufgaben der Berichterstattung über den anderen Teil des Landes	237
Tabelle 6-9: Zurückhalten von Berichten über den anderen Teil (Taiwan/Südkorea)	241
Tabelle 6-10: Zurückhalten von Berichten über die neuen Länder (BRD)	244
Tabelle 6-11: Kritik an der Volksrepublik China/Nordkorea	246
Tabelle 6-12: Kritik der deutschen Journalisten	247
Tabelle 6-13: Urteile über Kritik am eigenen Land	249
Tabelle 6-14: Die Bedeutung von Nachrichten über unangemessenes Luxusleben	252
Tabelle 6-15: Bericht über unangemessenes Luxusleben	253
Tabelle 6-16: Bericht über eine Reise in den kommunistischen Teil des Landes	255
Tabelle 6-17: Die früheren Berichterstattungen über die ehemalige DDR	256

Tabelle 6-18: Kampf gegen kommunistische Partei	260
Tabelle 6-19: Selbstverständnis der deutschen Journalisten - Reihenfolge der akzeptierten Thesen -	264
Tabelle 6-20: Selbstverständnis der taiwanesischen Journalisten - Reihenfolge der akzeptierten Thesen -	267
Tabelle 6-21: Selbstverständnis der südkoreanischen Journalisten - Reihenfolge der akzeptierten Thesen -	270
Tabelle 6-22: Die Reihenfolge der Zustimmung zu den wichtigsten Thesen in Kapitel 6.2. -- deutsche, taiwanesishe und südkoreanische Journalisten --	276
Tabelle 6-23: Die Reihenfolge der Zustimmung zu den wichtigsten Thesen -- taiwanesishe und südkoreanische Journalisten --	279
Tabelle 6-24: Zusammenhang zwischen Gemeinsamkeit der Chinesen und Zurückhalten von Berichten (taiwanesishe Journalisten)	282
Tabelle 6-25: Zusammenhang zwischen Meinung der Journalisten und Einschränkung der Regierung (taiwanesishe Journalisten)	284
Tabelle 6-26: Zusammenhang zwischen Meinung des Journalisten und Journalisten als neutraler Berichterstatter (südkoreanische Journalisten)	285
Tabelle 6-27: Zusammenhang zwischen Meinung der Journalisten und Loyalität zur Regierung (südkoreanische Journalisten)	286
Tabelle 6-28: Zusammenhang zwischen Loyalität zur Regierung und Zurückhalten von Berichten (südkoreanische Journalisten)	287
Tabelle 7-1: Zusammenhang zwischen Einstellung zur Wiedervereinigung und Zurückhalten von Berichten (taiwanische Journalisten)	291
Tabelle 7-2: Zusammenhang zwischen Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation und Zurückhalten von Berichten (taiwanische Journalisten)	293
Tabelle 7-3: Zusammenhang zwischen Befürchtung eines Angriffs durch die Volksrepublik China und Warnung vor der Gefahr der Volksrepublik China (taiwanische Journalisten)	294
Tabelle 7-4: Zusammenhang zwischen Einstellung zur Wiedervereinigung und Zurückhalten von Berichten (südkoreanische Journalisten)	296

Tabelle 7-5: Zusammenhang zwischen Befürchtung vom Angriff durch Nordkorea und Warnung vor der Gefahr Nordkoreas (südkoreanische Journalisten)	298
Tabelle 7-6: Zusammenhang zwischen Beurteilung über den Kommunismus und dem Zurückhalten von Berichten (südkoreanische Journalisten)	299
Tabelle 7-7: Zusammenhang zwischen dem Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation und dem Zurückhalten von Berichten (deutsche Journalisten)	300
Tabelle 7-8: Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zu einer Nation bewusst zu sein und daß die Bürger der BRD und der DDR ein Volk sind (deutsche Journalisten)	301

**Anhang 4-4: Folgen eines militärischen Angriffs durch den kommunistischen Gegner
(Tabelle 4-4)**

Frage: "Im Falle eines Angriffs von VR-China/Nordkorea, was glauben Sie würde passieren?"

	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %

"USA unterstützt Taiwan militärisch."/ "USA unterstützt Südkorea militärisch."		
Antwort: "eher wahrscheinlich"	43	88
"eher unwahrscheinlich"	32	4
"keine Angabe"	26	8

Summe	101	100
Chi ² = 82,19		
Signifikant p < 0,01		
DF=2		
"UdSSR unterstützt VR-China militärisch."/ "UdSSR und VR-China unterstützt Nordkorea militärisch."		
Antwort: "eher wahrscheinlich"	20	29
"eher unwahrscheinlich"	45	55
"keine Angabe"	35	16

Summe	100	100
Chi ² = 17,70		
Signifikant p < 0,01		
DF=2		
"USA unterstützt Taiwan politisch."/ "USA ruft international zu wirkungsvollen Sanktionen auf."		
Antwort: "eher wahrscheinlich"	61	78
"eher unwahrscheinlich"	18	8
"keine Angabe"	22	14

Summe	101	100
Chi ² = 12,31		
Signifikant p < 0,01		
DF=2		

Fortsetzung (Anhang 4-4)

	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %

"Ausländische Staaten greifen überhaupt nicht ein."		
Antwort: "eher wahrscheinlich"	36	5
"eher unwahrscheinlich"	42	75
"keine Angabe"	22	20

Summe	100	100
Chi ² = 59,73		
Signifikant p < 0,01		
DF=2		
"USA unterstützt Südkorea nur wirtschaftlich"***		
Antwort: "eher wahrscheinlich"		14
"eher unwahrscheinlich"		67
"keine Angabe"		19

Summe		100
** Diese Antwort wurde nur in Südkorea vorgegeben.		
"UdSSR unterstützt VR-China politisch"***		
Antwort: "eher wahrscheinlich"	47	
"eher unwahrscheinlich"	22	
"keine Angabe"	32	

Summe	101	
*** Diese Antwort wurde nur in Taiwan vorgegeben.		

**Anhang 4-5: Zustimmung zu politischen (sicherheitspolitischen) Forderungen
(Tabelle 4-5 und Tabelle 4-8)**

Frage: "Sie finden unten eine Reihe von politischen Forderungen. Bitte geben Sie an, ob Sie diesen zustimmen oder Sie sie ablehnen."

	BRD (n=98) %	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %

„Es ist wichtig, sich der Zugehörigkeit zu einer Nation bewusst zu sein.“			
Antwort „stimme völlig zu/ stimme eher zu“	60	78	97
„nicht zu sagen/ keine Angabe“	19	14	3
„lehne ich eher ab/ lehne ich völlig ab“	21	8	0

Summe	100	100	100
Chi ² = 70,28 Signifikant p < 0,001 DF = 4			

"Deutschland/Taiwan/Südkorea sollte sich (künftig) in der Verteidigungspolitik von den USA möglichst unabhängig machen."

Antwort „stimme völlig zu/ stimme eher zu“	27	72	74
„nicht zu sagen/ keine Angabe“	18	20	12
„lehne ich eher ab/ lehne ich völlig ab“	55	8	14

Summe	100	100	100
Chi ² = 100,83 Signifikant p < 0,001 DF = 4			

Fortsetzung (Anhang 4-5)

BRD (n=98) %	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %
--------------------	------------------------	--------------------------

"Der Umweltschutz sollte Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben."

Antwort „stimme völlig zu/ stimme eher zu“	80	64	72
„nicht zu sagen/ keine Angabe“	16	30	15
„lehne ich eher ab/ lehne ich völlig ab“	4	5	13

Summe	100	99	100
-------	-----	----	-----

Chi² = 21,18

Signifikant p < 0,001

DF = 4

"Die politischen Ziele der USA haben Vorrang vor denen der UdSSR (und Volkschina)."

Antwort „stimme völlig zu/ stimme eher zu“	34	40	31
„nicht zu sagen/ keine Angabe“	40	43	22
„lehne ich eher ab/ lehne ich völlig ab“	27	17	47

Summe	101	99	100
-------	-----	----	-----

Chi² = 38,94

Signifikant p < 0,001

DF = 4

Fortsetzung (Anhang 4-5)

BRD (n=98) %	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %
--------------------	------------------------	--------------------------

"Die Sicherheit Deutschlands/
Taiwans/Südkoreas ist auch ohne
eine starke Verteidigung
gesichert."

Antwort „stimme völlig zu/ stimme eher zu“	19	8	28
„nicht zu sagen/ keine Angabe“	19	12	15
„lehne ich eher ab/ lehne ich völlig ab“	61	80	57
Summe	99	100	100

Chi² = 25,68
Signifikant p < 0,001
DF = 4

"Die Probleme...
...der beiden Teile Chinas
sollen von Chinesen selbst gelöst
werden"/...zwischen Nord- und
Südkorea können nur durch
Koreaner gelöst werden."**

Antwort „stimme völlig zu/ stimme eher zu“	81	95
„nicht zu sagen/ keine Angabe“	14	4
„lehne ich eher ab/ lehne ich völlig ab“	4	1
Summe	99	100

Chi² = 17,33
Signifikant p < 0,001
DF = 4

** Diese Frage wurde nicht in der BRD gestellt.

Fortsetzung (Anhang 4-5)

BRD (n=98) %	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %
--------------------	------------------------	--------------------------

"Der Rückzug der US-Armee aus
Taiwan war eine gute Sache"/
"Die Stationierung von US-Armee
in Südkorea ist nicht notwendig."**

Antwort „stimme völlig zu/ stimme eher zu“	53	65
„nicht zu sagen/ keine Angabe“	41	17
„lehne ich eher ab/ lehne ich völlig ab“	7	18
Summe	101	100

Chi² = 27,48

Signifikant p < 0,001

DF = 4

** Diese Frage wurde nicht in der BRD gestellt.

Anhang 5-1: Angaben zur offenen Antwort "Andere" der Tabelle 5-1

Taiwan

(n=12)
%-----
Die allgemeinen Chinesen

3

Aufkommen der kommunistischen Welle

1

Diejenigen mit dem Gedanken, daß alles mit militärischer
Gewalt lösen ließ

1

Kommunistische Ausbreitung

1

Rein militärische Auseinandersetzung der nationalchinesischen
Regierung mit den Kommunisten usw.

2

Summe

8

Südkorea

(n=39)
%-----
Die USA, die UdSSR und die Koreaner

10

Die Koreaner selbst

6

Nordkorea/Japan usw.

4

Summe

20

Anhang 5-2: Die Angaben zur offenen Antwortvorgabe "Andere" der Tabellen 5-2

BRD

(n=2)
%-----
Die Siegermächte

1

Die vier Siegermächte und CDU-Außenpolitiker

1

Summe

2

Anhang 5-7: Die Angaben zur offenen Antwort "Andere" der Tabelle 5-7**BRD**(n=14)
%

Dauert mehr Zeit	8
Verschiedene Angaben, u. a. „Unterschied im Denken“	4
Summe	12

Taiwan(n=32)
%

Dauert mehr Zeit	10
Verschiedene Angaben, u. a. „Teilweise gleich“; „Weiß nicht“	10
Summe	20

Südkorea(n=11)
%

Anpassung mit der Zeit möglich	5
Summe	5

Anhang 5-8: Angaben zur offenen Antwort "Andere" der Tabelle 5-8

Taiwan

(n=27)
%-----
Die Form der Wiedervereinigung entscheidend

7

Beibehalten der Teilung für die beiden Seiten am besten

4

Weiß nicht

3

Verschiedene, u. a. „Kurzfristig für die Volksrepublik China,
langfristig für Taiwan vorteilhaft“

4

Summe

18

Südkorea

(n=4)
%-----
Weiß nicht

1

Summe

2

Anhang 5-11: Was steht der Wiedervereinigung im Wege? (Tabelle 5-11)

Frage: "Dem Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands stehen einige Hindernisse im Weg. Geben Sie an, für wie wichtig Sie die folgenden Hindernisse halten?"(BRD)

"Wenn es zur Wiedervereinigung käme, was würde Ihrer Ansicht nach das Zusammenwachsen der beiden Teile erschweren?"(Taiwan/Südkorea)

	BRD (n=98) %	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %

"Das wirtschaftliche Gefälle"			
Antwort „sehr im Weg (sehr erschweren)/ etwas im Weg (etwas erschweren)“	90	89	73
„nicht zu sagen/ keine Angabe“	2	8	3
„kaum im Weg (kaum erschweren)/ bestimmt nicht im Weg (bestimmt nicht erschweren)“	8	3	24

Summe	100	100	100
Chi ² = 39,72			
Signifikant p < 0,001			
DF = 4			
"Unterschiedliche politische Einstellungen"			
Antwort „sehr im Weg (sehr erschweren)/ etwas im Weg (etwas erschweren)“	44	81	92
„nicht zu sagen/ keine Angabe“	11	12	3
„kaum im Weg (kaum erschweren)/ bestimmt nicht im Weg (bestimmt nicht erschweren)“	45	6	6

Summe	100	99	101
Chi ² = 110,18			
Signifikant p < 0,001			
DF = 4			

Fortsetzung (Anhang 5-11)

	BRD (n=98) %	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %

"Unterschiedliche Einstellungen zu Wirtschaft und Arbeit"			
Antwort „sehr im Weg (sehr erschweren)/ etwas im Weg (etwas erschweren)“	85	76	83
„nicht zu sagen/ keine Angabe“	4	15	3
„kaum im Weg (kaum erschweren)/ bestimmt nicht im Weg (bestimmt nicht erschweren)“	11	10	15

Summe	100	101	101
Chi ² = 21,94			
Signifikant p < 0,001			
DF = 4			

Anhang 5-13: Angaben zur offenen Antwort "Anderes" der Tabelle 5-13

Taiwan

(n=34)
%

Ungewiß	11
Status quo mit besseren Beziehungen	4
Vereinigung, System ungewiß	1
Vereinigung unter demokratischem System	1
Verschiedene	5
<hr/>	
Summe	22

Südkorea

(n=24)
%

Unter Föderalismus vereinigt	3
Unter gemischtem System vereinigt	3
Ungewiss	2
Vereinigung jedoch System ungewiß	2
<hr/>	
Summe	10

Anhang 5-14: Angaben zur offenen Antwort "Anderes" der Tabelle 5-14

BRD

(n=8)
%-----
Das Gefälle ist zwar nicht völlig behoben, aber es bestehen
keine ernsthaften Probleme mehr.

3

Ungewiß

3

Summe

6

Anhang 5-15: Angaben zur offenen Antwort „Anderes“ der Tabelle 5-15

Die Angaben „Anderes“ für Taiwan enthielten: Weiß nicht 2%; verschiedene 1%.

Die Angaben „Anderes“ für Südkorea enthielten: Unter neuem Regime wiedervereinigt 14%; weiß nicht 6%; verschiedene 8%.

Anhang 6-11: Zurückhalten von Berichten (Taiwan/Südkorea)
(Tabelle 6-9)

Frage: "Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journalist gar nicht beabsichtigt hat. Finden Sie, solche Berichte sollten daher unter Umständen zurückgehalten werden, oder sollte der Journalist den Beitrag ruhig veröffentlichen?" (Taiwan/Südkorea)

	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %	Chi ²

"Berichte über Studentendemonstrationen, die sich gegen die China-Politik/Nordkorea-Politik der Regierung richten, eventuell die Protestwelle verstärken."			
Antwort: "Zurückhalten"	31	29	
"veröffentlichen"	60	64	
"keine Angabe"	10	7	1,21**
Summe	101	100	
"Berichte, die zur Entfremdung der beiden Teile Chinas/Koreas führen."			
Antwort: "Zurückhalten"	41	85	
"veröffentlichen"	49	11	
"keine Angabe"	10	4	71,54*
Summe	100	100	
"Berichte, die politische Verhandlungen zwischen Taiwan und VR-China/Südkorea und Nordkorea verhindern."			
Antwort: "Zurückhalten"	31	82	
"veröffentlichen"	57	13	
"keine Angabe"	12	5	91,65*
Summe	100	100	
"Berichte über Konflikte zwischen taiwanesischen und VR-chinesischen Fischerbooten in Küstenregion (einen Terroranschlag an der Demarkationslinien), die eventuell zu verstärkten Ressentiments gegen VR-China/Nordkorea führen."			
Antwort: "Zurückhalten"	25	36	
"veröffentlichen"	62	57	
"keine Angabe"	14	7	6,48***
Summe	101	100	

Fortsetzung (Anhang 6-11)

	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %	Chi ²

"Berichte über streng geheime Verteidigungspläne gegen VR-China/Nordkorea, die eventuell die Sicherheit Taiwans/Südkoreas gefährden."			
Antwort: "Zurückhalten"	88	47	
"veröffentlichen"	8	46	
"keine Angabe"	4	7	64,21*
Summe	100	100	

* Signifikant $p < 0,001$

** Nicht signifikant

*** Signifikant $p < 0,04$

Anhang 6-12: Zurückhalten von Berichten (Bundesrepublik Deutschland)
(Tabelle 6-10)

Frage: *"Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journalist gar nicht beabsichtigt hat. Welcher dieser Berichte sollten daher unter Umständen zurückgehalten werden?"* (BRD)

BRD
(n=98)
%

"Berichte, die Ressentiments gegen die neuen Länder schaffen."

Antwort: "Zurückhalten"	52
"veröffentlichen"	27
"keine Angabe"	21
Summe	100

"Berichte, die den Reformwillen in den neuen Ländern schwächen."

Antwort: "Zurückhalten"	30
"veröffentlichen"	42
"keine Angabe"	29
Summe	101

"Berichte über Stasi-Verdächtigungen, die die Zukunft von Mitläufern beeinträchtigen."

Antwort: "Zurückhalten"	17
"veröffentlichen"	58
"keine Angabe"	25
Summe	100

"Berichte über geheime NATO-Verteidigungspläne, die die Sicherheit Westeuropas gefährden."

Antwort: "Zurückhalten"	88
"veröffentlichen"	8
"keine Angabe"	4
Summe	100

Anhang 7-1a: Zusammenhang zwischen Einstellung zur Wiedervereinigung und Zurückhalten von Berichten (taiwanesischen Journalisten)

Fragen: „Halten Sie eine progressive Einstellung zur Wiedervereinigung in der momentanen Lage Taiwans für empfehlenswert? Oder soll Taiwan warten bis eine bessere Chance kommt?“

„Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journalist gar nicht beabsichtigt hat. Finden Sie, solche Berichte sollten daher unter Umständen zurückgehalten werden, oder sollte der Journalist den Beitrag ruhig veröffentlichen?“

	„Soll aktiv und progressiv nach Wiedervereinigung mit China bestreben.“ (n=20) %	„Soll warten bis eine bessere Chance kommt.“** (n=128) %
„Berichte, die politische Verhandlungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik China verhindern.“		

„Zurückhalten“	65	26
„Veröffentlichen“**	35	74

Summe

Eta = 0,29

* Schließt die Antworten „Andere“ und „Keine Angabe“ ein.

** Schließt die Antwort „Andere“ ein.

Anhang 7-1b: Zusammenhang zwischen Einstellung zur Wiedervereinigung und Zurückhalten von Berichten (taiwanesischer Journalisten)

Fragen: „Halten Sie eine progressive Einstellung zur Wiedervereinigung in der momentanen Lage Taiwans für empfehlenswert? Oder soll Taiwan warten bis eine bessere Chance kommt?“

„Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journalist gar nicht beabsichtigt hat. Finden Sie, solche Berichte sollten daher unter Umständen zurückgehalten werden, oder sollte der Journalist den Beitrag ruhig veröffentlichen?“

	„Soll aktiv und progressiv nach Wiedervereinigung mit China bestreben.“ (n=20) %	„Soll warten bis eine bessere Chance kommt.“* (n=128) %
„Berichte über Studentendemonstrationen, die sich gegen die China Politik der Regierung richten und eventuell die Protestwelle verstärken.“		

„Zurückhalten“	60	27
„Veröffentlichen“**	40	73

Summe	100	100

Eta = 0,25

* Schließt die Antworten „Andere“ und „Keine Angabe“ ein.

** Schließt die Antwort „Andere“ ein.

Anhang 7-1c: Zusammenhang zwischen Einstellung zur Wiedervereinigung und Zurückhalten von Berichten (taiwanesischen Journalisten)

Fragen: „Halten Sie eine progressive Einstellung zur Wiedervereinigung in der momentanen Lage Taiwans für empfehlenswert? Oder soll Taiwan warten bis eine bessere Chance kommt?“

„Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journalist gar nicht beabsichtigt hat. Finden Sie, solche Berichte sollten daher unter Umständen zurückgehalten werden, oder sollte der Journalist den Beitrag ruhig veröffentlichen?“

„Berichte über Konflikte zwischen taiwanesischen und VR-chniesischen Fischerbooten in der Küstenregion, die eventuell zu verstärkten Ressentiments gegen die Volksrepublik China führen.“	„Soll aktiv und progressiv nach Wiedervereinigung mit China bestreben.“ (n=20) %	„Soll warten bis eine bessere Chance kommt.“* (n=128) %
„Zurückhalten“	55	20
„Veröffentlichen“**	45	80
Summe	100	100

Eta = 0,27

* Schließt die Antworten „Andere“ und „Keine Angabe“ ein.

** Schließt die Antwort „Andere“ ein.

Anhang 7-2a: Zusammenhang zwischen Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation und Zurückhalten von Berichten (taiwanesischen Journalisten)

Fragen: „Sie finden unten eine Reihe von politischen Forderungen. Bitte geben Sie an, ob Sie diesen zustimmen oder Sie sie ablehnen.“

„Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journalist gar nicht beabsichtigt hat. Finden Sie, solche Berichte sollten daher unter Umständen zurückhalten werden, oder sollte der Journalist den Beitrag ruhig veröffentlichen?“

„Es ist wichtig, sich der Zugehörigkeit zu einer Nation bewusst zu sein.“

„Berichte, die politische Verhandlungen zwischen Taiwan und Volksrepublik China verhindern.“	„Zustimmen“ (n=115) %	„Ablehnen“* (n=33) %
„Zurückhalten“	37	9
„Veröffentlichen“**	63	91
Summe	100	100

Eta = 0,25

* Schließt die Antworten „Andere“ und „Keine Angabe“ ein.

** Schließt die Antwort „Andere“ ein.

Anhang 7-2b: Zusammenhang zwischen Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation und Zurückhalten von Berichten (taiwanesischen Journalisten)

Fragen: „Sie finden unten eine Reihe von politischen Forderungen. Bitte geben Sie an, ob Sie diesen zustimmen oder Sie sie ablehnen.“

„Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journalist gar nicht beabsichtigt hat. Finden Sie, solche Berichte sollten daher unter Umständen zurückgehalten werden, oder sollte der Journalist den Beitrag ruhig veröffentlichen?“

„Es ist wichtig, sich der Zugehörigkeit zu einer Nation bewusst zu sein.“

„Berichte über Studentendemonstrationen, die sich gegen die China-Politik der Regierung richten und eventuell die Protestwelle verstärken.“	„Zustimmen“ (n=115) %	„Ablehnen“** (n=33) %
„Zurückhalten“	37	9
„Veröffentlichen“***	62	91
Summe	99	100

Eta = 0,25

* Schließt die Antworten „Andere“ und „Keine Angabe“ ein.

** Schließt die Antwort „Andere“ ein.

Anhang 7-2c: Zusammenhang zwischen Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation und Zurückhalten von Berichten (taiwanesischen Journalisten)

Fragen: „Sie finden unten eine Reihe von politischen Forderungen. Bitte geben Sie an, ob Sie diesen zustimmen oder Sie sie ablehnen.“

„Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journalist gar nicht beabsichtigt hat. Finden Sie, solche Berichte sollten daher unter Umständen zurückhalten werden, oder sollte der Journalist den Beitrag ruhig veröffentlichen?“

„Es ist wichtig, sich der Zugehörigkeit zu einer Nation bewusst zu sein.“

„Berichte über Konflikte zwischen taiwanesischen und VR-chinesischen Fischerbooten in der Küstenregion, die eventuell zu verstärkten Ressentiments gegen Volksrepublik China führen.“	„Zustimmen“ (n=115) %	„Ablehnen“* (n=33) %
„Zurückhalten“	29	12
„Veröffentlichen“**	71	88
Summe	100	100

Eta = 0,16

* Schließt die Antworten „Andere“ und „Keine Angabe“ ein.

** Schließt die Antwort „Andere“ ein.

Anhang 7-4a: Zusammenhang zwischen Einstellung zur Wiedervereinigung und Zurückhalten von Berichten (südkoreanische Journalisten)

Fragen: „Nach dem heutigen Stand der Entwicklung zwischen Nord- und Südkorea, finden Sie eine aktive progressive Einstellung zur Wiedervereinigung Koreas richtig?“

„Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journalist gar nicht beabsichtigt hat. Finden Sie, solche Berichte sollten daher unter Umständen zurückhalten werden, oder sollte der Journalist den Beitrag ruhig veröffentlichen?“

„Berichte über streng geheime Verteidigungspläne gegen Nordkorea, die eventuell die Sicherheit Südkoreas gefährden.“	„Eine gute Sache“ (n=76) %	„Keine gute Sache“* (n=115) %
„Zurückhalten“	33	56
„Veröffentlichen“**	67	44
Summe	100	100

Eta = 0,22

* Schließt die Antworten „Andere“ und „Keine Angabe“ ein.

** Schließt die Antwort „Andere“ ein.

Anhang 7-4b: Zusammenhang zwischen Einstellung zur Wiedervereinigung und Zurückhalten von Berichten (südkoreanische Journalisten)

Fragen: „Nach dem heutigen Stand der Entwicklung zwischen Nord- und Südkorea, finden Sie eine aktive progressive Einstellung zur Wiedervereinigung Koreas richtig?“

„Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journalist gar nicht beabsichtigt hat. Finden Sie, solche Berichte sollten daher unter Umständen zurückhalten werden, oder sollte der Journalist den Beitrag ruhig veröffentlichen?“

„Berichte über Studentendemonstrationen, die sich gegen die Nordkorea-Politik der Regierung richten und eventuell die Protestwelle verstärken.“	Eine gute Sache“ (n=76) %	„Keine gute Sache“* (n=115) %
„Zurückhalten“	11	41
„Veröffentlichen“**	90	59
Summe	101	100

Eta = 0,33

* Schließt die Antworten „Andere“ und „Keine Angabe“ ein.

** Schließt die Antwort „Andere“ ein.

Anhang 7-6a: Zusammenhang zwischen Beurteilung über den Kommunismus und dem Zurückhalten von Berichten (südkoreanische Journalisten)

Fragen: „Der Kommunismus ist weltweit auf dem Rückzug. Was glauben Sie: Ist die Idee an sich falsch, oder ist der Kommunismus eine richtige Idee, die an schlechten Politiker gescheitert ist?“

„Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journalist gar nicht beabsichtigt hat. Finden Sie, solche Berichte sollten daher unter Umständen zurückhalten werden, oder sollte der Journalist den Beitrag ruhig veröffentlichen?“

„Berichte über einen Terroranschlag an der Demarkationslinie, die eventuell zu verstärkten Ressentiments gegen Nordkorea führen.“	„Kommunismus ist falsch, deswegen sind die kommunistischen Regime gescheitert.“* (n=142) %	„Kommunismus ist an sich eine richtige Idee, die an schlechten Politikern gescheitert ist.“ (n=49) %
„Zurückhalten“	29	55
„Veröffentlichen“**	71	45
Summe	100	100

Eta = 0,24

* Schließt die Antworten „Andere“ und „Keine Angabe“ ein.

** Schließt die Antwort „Andere“ ein.

Anhang 7-6b: Zusammenhang zwischen Beurteilung über den Kommunismus und dem Zurückhalten von Berichten (südkoreanische Journalisten)

Fragen: „*Der Kommunismus ist weltweit auf dem Rückzug. Was glauben Sie: Ist die Idee an sich falsch, oder ist der Kommunismus eine richtige Idee, die an schlechten Politiker gescheitert ist?*“

„*Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journalist gar nicht beabsichtigt hat. Finden Sie, solche Berichte sollten daher unter Umständen zurückhalten werden, oder sollte der Journalist den Beitrag ruhig veröffentlichen?*“

„Berichte, die zur Entfremdung der beiden Teile Koreas führen.“	„Kommunismus ist falsch, deswegen sind die kommunistischen Regime gescheitert.“* (n=142) %	„Kommunismus ist an sich eine richtige Idee, die an schlechten Politikern gescheitert ist.“ (n=49) %
„Zurückhalten“	81	96
„Veröffentlichen“**	19	4
Summe	100	100

Eta = 0,18

* Schließt die Antworten „Andere“ und „Keine Angabe“ ein.

** Schließt die Antwort „Andere“ ein.

Anhang 7-7a: Zusammenhang zwischen dem Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation und dem Zurückhalten von Berichten (deutsche Journalisten)

Fragen: „*Sie finden unten eine Reihe von politischen Forderungen. Bitte geben Sie an, ob Sie diesen zustimmen oder Sie sie ablehnen?*“

„*Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journalist gar nicht beabsichtigt hat. Welcher dieser Berichte sollten daher unter Umständen zurückgehalten werden?*“

„Es ist wichtig, sich der Zugehörigkeit zu einer Nation bewusst zu sein.“

„Berichte, die Ressentiments gegen die neuen Länder schaffen.“	„Zustimmen“ (n=47) %	„Ablehnen“* (n=30) %
„Zurückhalten“	77	50
„Veröffentlichen“**	23	50
Summe	100	100

Eta = 0,27

* Schließt die Antworten „Andere“ und „Keine Angabe“ ein.

** Schließt die Antwort „Andere“ ein.

Anhang 7-7b: Zusammenhang zwischen dem Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Nation und dem Zurückhalten von Berichten (deutsche Journalisten)

Fragen: „*Sie finden unten eine Reihe von politischen Forderungen. Bitte geben Sie an, ob Sie diesen zustimmen oder Sie sie ablehnen?*“

„*Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journalist gar nicht beabsichtigt hat. Welcher dieser Berichte sollten daher unter Umständen zurückgehalten werden?*“

„Es ist wichtig, sich der Zugehörigkeit zu einer Nation bewusst zu sein.“

„Berichte, die den Reformwillen in den neuen Ländern schwächen.“	„Zustimmen“ (n=47) %	„Ablehnen“** (n=30) %
„Zurückhalten“	52	25
„Veröffentlichen“**	48	75
Summe	100	100

Eta = 0,27

* Schließt die Antworten „Andere“ und „Keine Angabe“ ein.

** Schließt die Antwort „Andere“ ein.

Anhang 8: Vergleich der Gemeinsamkeiten und Besonderheiten von Ansichten der deutschen, taiwanesischen und südkoreanischen Journalisten¹

	BRD (n=98) %	Taiwan (n=148) %	Südkorea (n=191) %	Durchschnitt %
<u>Gleichmässig</u>				
1. Die Berichterstattung über den anderen Teil soll ein „objektives und vollständiges Bild“ vermitteln.	96	93	97	95
2. „Unterschiedliche Einstellung zu Wirtschaft und Arbeit“ steht dem Zusammenwachsen im Weg.	85	76	83	81
3. Die Aufgaben der Journalisten sind positiv. ^S		<u>74</u>	<u>77</u>	<u>76</u> ²
4. „Kommunismus ist falsch, deswegen sind die kommunistischen Regime gescheitert.“	68	64	64	65
5. Die Berichterstattung über den anderen Teil „soll sich am Interesse des Publikums orientieren.“	60	60	65	62
6. „Die politischen Ziele der USA haben Vorrang vor denen der UdSSR (und Volkschina).“	34	40	31	35
7. „Verleger“ üben Einfluss auf die Berichterstattung aus.	33	35	34	34
8. „Berichte über Studentendemonstrationen zurückhalten, die sich gegen die China-Politik/Nordkorea-Politik der Regierung richten und eventuell die Protestwelle verstärken.“		<u>31</u>	<u>29</u>	<u>30</u>
9. „UdSSR unterstützt VR-China militärisch.“/ „UdSSR/VR-China unterstützt Nordkorea militärisch.“ ^B		<u>20</u>	<u>29</u>	<u>25</u>
10. Das Publikum ist links.		<u>4</u>	<u>3</u>	<u>4</u>
<u>Deutschland und Taiwan</u>				
11. „Das Wirtschaftliche Gefälle“ steht dem Zusammenwachsen im Weg.	90	89	73	84
12. Berichte über „geheime NATO-Verteidigungspläne“ zurückhalten. ^N	88	88	47	74 ³

¹ Die Zusammenstellung der 60 Thesen basiert auf den Tabellen 4-13, 5-20, 6-5, 6-22 und 6-23. Die Einordnung der Thesen auf dieser Tabelle kann in geringen Fällen von der ursprünglichen Tabellen abweichen, z. B. die These 15 war unter „die deutschen Journalisten“ eingeordnet.

² Die unterstrichenen Thesen weisen auf Fragen hin, die nur in den beiden asiatischen Ländern gestellt wurden.

³ Der Fettdruck weist auf Thesen hin, denen von Journalisten der untersuchten Länder bemerkbar unterschiedlich häufig zugestimmt wurde.

Fortsetzung I

13. „Das Nazi-Regime/Die damalige Kuomintang-Regierung/Die südkoreanischen Politiker, die später Südkorea angehörten,“ trug/trugen Verantwortung für die Teilung. ^C	78	74	10	54
14. Die Kritik der westdeutschen Medien an den neuen Bundesländern ist „sachlich und fair“.	55	66	33	51
<u>Deutschland und Südkorea</u>				
15. „Der Umweltschutz sollte Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben.“	80	64	72	72
16. „Die Hindernisse...lassen sich... schließlich beseitigen.“	70	45	76	64
17. „Begrüße ich“ die Vereinigungspolitik der Regierung Kohl/„Soll aktiv nach Wiedervereinigung mit China streben“/Progressive Einstellung zur Wiedervereinigung Koreas ist „eine gute Sache“. ^C	59	14	40	38
18. Vor dem Zusammenbruch der DDR berichteten die Journalisten „eigene Eindrücke und offizielle Informationen angemessen“. ^Q	45	18	42	35
19. Die Berichterstattung über die neuen Länder soll „die Meinung des jeweiligen Journalisten widerspiegeln“.	31	19	40	30
<u>Taiwan und Südkorea</u>				
20. „Unterschiedliche politische Einstellung“ steht dem Zusammenwachsen im Weg.	44	81	92	72
21. „Deutschland/Taiwan/Südkorea sollte sich in der Verteidigungspolitik von den USA“ unabhängig machen.	27	72	74	58
22. Teilung brachte negative Folgen für BRD/Taiwan/Südkorea. ^F	40	71	75	62
23. „Bürokratie innerhalb der Medien“ beeinflusst die Berichterstattung.	42	60	62	55
<u>Die deutschen Journalisten</u>				
24. Nein, Richtlinien für die Berichterstattung „gibt es nicht“. ^K	90	68	30	63
25. Die Medien sollen über die neuen Länder „genauso berichtet werden wie über die alten“. ^R	83	32	6	40
26. Die kommunistische Partei dadurch bekämpfen, dass „man objektiv über sie berichtet und sie sich selbst bloßstellen lässt.“ ^N	71	34	18	41
27. Teilung brachte positive Folgen für BRD/Taiwan/Südkorea. ^E	65	48	27^G	47

Fortsetzung II

28. Berichte zurückhalten, „die Ressentiments gegen die neuen Bundesländer schaffen.“ ^N	52	25	36	38
29. Das Wort „Deutschland/China/koreanische Halbinsel“ umfasste (vor der Vereinigung) „nur die Bundesrepublik/Nur Taiwan/Nur Südkorea“. ^C	33	5	1	13
30. „Publikum“ übt Einfluss auf die Berichterstattung aus.	40	13	18	24
<u>Die taiwanesischen Journalisten</u>				
31. Journalist ist neutraler Berichterstat- ter.		98	84	91
32. Teilung brachte negative Folgen für VR-China/Nordkorea. ^I		84	70	77
33. „Die SED/Die kommunistische Partei Chinas/Die Kommunisten im eigenen Land (die komm. Politiker, die später Nordkorea angehörten,)“ trug/trugen Verantwortung für die Teilung.	27	77	5	36
34. Sicherheit vor Pressefreiheit ^M		68	46	57
35. „Ja“, Taiwan/Südkorea befürchtet einen militärischen Angriff aus der Volksrepublik China/Nordkorea. ^B		63	19	41
36. Die Berichterstattung soll „das Volk vor möglichen Gefahren aus der Volksrepublik China/Nordkorea warnen“. ^N	30	52	19	34
37. Das Publikumsbild ist positiv für die Journalisten. ^U		45	32	39
38. Die Aufgaben der Journalisten sind negativ. ^T		44	28	36
39. „Ausländische Staaten greifen überhaupt nicht ein.“ ^B		36	5	21
<u>Die südkoreanischen Journalisten</u>				
40. Das Bewusstsein der „Zugehörigkeit zu einer Nation“ ist wichtig.	59	78	97	78
41. Die Berichterstattung „soll deutlich machen dass wir ein Volk sind.“	61	55	96	71
42. „Probleme zwischen Volksrepublik China und Taiwan/Nord- und Südkorea“ sollten durch die Chinesen/Koreaner selbst gelöst werden. ^B		81	95	88
43. Mehr „Wirtschaftshilfe“ für Nordkorea/VR-China ist notwendig. ^A	67	67	95	76

Fortsetzung III

44. „Sowohl VR-China als auch Taiwan/ sowohl Südkorea als auch Nord- korea“ hätte Vorteile von einer Wie- dervereinigung.		39	93	66
45. Die Kritik ist zurückhaltend. „Ich nehme Rücksicht auf die Interessen Volksrepublik Chinas/Nordkoreas.“ ^P	11	50	92	51
46. „USA unterstützen Taiwan/ Südkorea militärisch.“ ^B		43	88	66
47. Das Wort „Deutschland/China/ koreanische Halbinsel“ umfasste (vor der Vereinigung) „beide zusammen“. ^D	46	53	85	61
48. „Berichte, die zur Entfremdung der beiden Teile Chinas/Koreas führen.“		41	85	63
49. „Berichte zurückhalten, die politische Verhandlungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik China/Südkorea und Nordkorea verhindern.“		31	82	57
50. „Ja“, die Bürger der beiden Teile sind im Prinzip gleich. ^J	64	41	81	62
51. „Politiker“ üben Einfluss auf die Berichterstattung aus. ^L	51	41	79	57
52. „Die USA unterstützen Taiwan poli- tisch./ Die USA rufen zu inter- national wirkungsvollen Sank- tionen auf.“ ^B		61	78	70
53. „Der Rückzug der US-Armee aus Taiwan war eine gute Sache./ Die Stationierung der US-Armee in Südkorea ist nicht notwendig.“ ^B		53	65	59
54. Die Berichterstattung „soll negativen Nachrichten über die neuen Länder/ Volksrepublik China/Nordkorea nicht zuviel Beachtung schenken.“	13	14	52	26
55. Das Publikum ist rechts.		26	44	35
56. Ein Korruptionsfall vom unange- messenen Luxusleben im anderen Teil des Landes „muss unbedingt (in die Nachrichten) rein.“		30	44	37
57. Die Nachrichten über unange- messenes Luxusleben im anderen Teil des Landes „zurückhaltend darstellen.“		2	31	17
58. „Die Sicherheit Deutschlands/Taiwans Südkoreas ist auch ohne eine starke Verteidigung gesichert.“	19	8	28	18

Fortsetzung IV

59. Teilung brachte positive Folgen für DDR/VR-China/Nordkorea. ^H	9	7	23	13
60. Das Publikumsbild ist negativ für die Journalisten. ^V		<u>13</u>	<u>21</u>	<u>17</u>

^A Diese Antwortvorgabe wurde in der BRD anders als in Taiwan/Südkorea gestellt.

^B Diese Frage wurden in der BRD nicht gestellt.

^C Diese Frage wurde in allen drei untersuchten Ländern variiert gestellt.

^D Diese Frage wurde in Taiwan und Südkorea variiert gestellt.

^E Sie bezeichnen den Durchschnittswert der jeweiligen Länder auf Tabelle 5-3.

^F Sie bezeichnen den Durchschnittswert der jeweiligen Länder auf Tabelle 5-4.

^G Dieser Wert tauchte auf Tabelle 5-19 nicht auf, weil er kleiner als 30% war.

^H Sie bezeichnen den Durchschnittswert der ersten beiden (positiven) Folgen auf Tabelle 5-5.

^I Sie bezeichnen den Durchschnittswert der letzten beiden (negativen) Folgen auf Tabelle 5-5.

^J Dieser Prozentwert besteht aus der Summe zweier Antwortvorgaben der Tabelle 5-7: „Ja, sie sind genau dieselben Deutschen/Chinesen/Koreaner...“ und „Ja, sie denken aber manchmal anders, werden sich jedoch schnell...“

^K Diese Frage wurde in Taiwan und Südkorea variiert gestellt.

^L Diese Antwortvorgabe wurde variiert als „Regierung“ in Taiwan und Südkorea gestellt.

^M Diese Frage wurde nicht in der Bundesrepublik gestellt.

^N Diese Frage wurde in Taiwan und Südkorea variiert gestellt.

^O Diese Frage wurde in Taiwan und Südkorea nicht gestellt.

^P Die variierte Antwortvorgabe in der Bundesrepublik lautet: „Ja, die Medien sollten zurückhaltend berichten.“

^Q Die Fragestellung in Taiwan und Südkorea lautete: Bei Studienreise/Busreise in die Volksrepublik China/Nordkorea berichte ich über „beides (soziale Probleme und offizielle Informationen) gleichgewichtig“.

^R Die Fragestellung in Taiwan und Südkorea lautete: „Meine Kritik ist oft engagiert. Ich nehme keine Rücksicht auf die Interessen Volksrepublik Chinas/Nordkoreas.“

^S Dieser Wert besteht aus dem Durchschnittswert sechs positive Aufgaben der Journalisten auf der Tabelle 6-8: „...Kritiker an sozialen Missständen/Armut und Korruption“, „...Jemand, der Leuten hilft, sie berät“, „...Vermittler neuer Ideen“, „...Anwalt der Benachteiligten in unserer Bevölkerung“, „Wächter der Demokratie“ und „Sprachrohr der Bevölkerung“.

^T Dieser Wert besteht aus dem Durchschnittswert dreier negativer Aufgaben der Journalisten auf der Tabelle 6-8: „...Pädagoge, Erzieher“, „...jemand, der die Leute unterhalten sollte“ und „...Politiker mit anderen Mitteln“.

^U Dieser Wert besteht aus dem Durchschnittswert sechs positiver Bilder des Publikums auf der Tabelle 6-7: „politisch interessiert“, „fortschrittlich, aufgeschlossen“, „kritisch, anspruchsvoll“, „engagiert“, „gut informiert“ und „tolerant“.

^V Dieser Wert besteht aus dem Durchschnittswert sechs negativer Bilder des Publikums auf der Tabelle 6-7: „Leicht zu beeinflussen“, „sensationshungrig“, „gleichgültig“, „oberflächlich“, „engstirnig“ und „stur“.

Fragebogen für die deutschen Journalisten

1

Diese Umfrage ist Teil einer internationalen Studie im Rahmen einer Doktorarbeit an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Sie wird gleichzeitig in der Bundesrepublik Deutschland, Süd-Korea, und Taiwan durchgeführt. Das Thema der Untersuchung sind die Journalisten-Meinungen zu der Teilung ihres Landes. Die Auswertung Ihrer Antworten dient nur der Beantwortung wissenschaftlicher Fragestellungen. Sie bleiben selbstverständlich völlig anonym. Schicken Sie bitte die Antwortkarte getrennt zurück, damit wir feststellen können, ob Sie geantwortet haben.

1. Wenn Sie vor der Vereinigung das Wort "Deutschland" hörten, dachten Sie dann eher an die Bundesrepublik Deutschland oder an beide Teile zusammen? (Eine zutreffende Antwort ankreuzen)
- Nur die Bundesrepublik
 Beide zusammen
 Mal so, mal so
-
2. Wer trug vor allem Verantwortung für die Teilung Deutschlands? (Kreuzen Sie alles an, was Ihrer Meinung nach zutrifft)
- Das Nazi-Regime
 Die westlichen Besatzungsmächte
 Die UdSSR
 Die SED
 Die deutschen Politiker in den westlichen Besatzungszonen
 Adenauer
 Andere: _____
-
3. Wie beurteilen Sie die unten aufgelisteten Folgen der Teilung Deutschlands (bis zum Ende der SED-Herrschaft)?
- | | trifft
zu | trifft
nicht zu |
|--|--------------------------|--------------------------|
| Die Teilung Deutschlands hat in der Bundesrepublik... | | |
| ...die Entwicklung freiheitlicher Demokratie gesichert. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ...Wohlstand gebracht. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ...die militärische Bedrohung vergrößert. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ...den Kommunismus verdrängt. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ...den Einfluß auf die internationale Politik vermindert. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ...die wirtschaftliche/technische Modernisierung beschleunigt. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ...mehr US-Hilfe gebracht. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ...andere Folge, und zwar: _____ | | |
| Die Teilung Deutschlands hat in der DDR... | | |
| ...die Entwicklung eines besseren Sozialsystems ermöglicht. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ...die Entwicklung eines gerechteren Wirtschaftssystems erlaubt. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ...die Entwicklung einer humaneren Gesellschaft eingeleitet. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ...die Diktatur ermöglicht. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ...andere Folge, und zwar: _____ | | |

2

4. Halten Sie in der heutigen Großwetterlage der internationalen Entspannungspolitik die Erhaltung einer schlagkräftigen Bundeswehr für notwendig?
- Ja
 Nein
-
5. Sind die Bürger der ehemaligen DDR nach vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft Ihrer Meinung nach noch dasselbe Volk wie die Deutschen in der früheren Bundesrepublik?
- Ja, sie sind genau dieselben Deutschen wie die in der Bundesrepublik.
 Ja, sie denken aber manchmal anders, werden sich jedoch schnell den Westdeutschen anpassen.
 Nein, sie sind zwar Deutsche, sie werden jedoch nie ganz wie die Westdeutschen denken und sich der Lebensweise im Westen anpassen.
 Anderes: _____
-
6. Der Kommunismus ist weltweit auf dem Rückzug. Was meinen Sie: ist die Idee an sich falsch, oder ist der Kommunismus eine richtige Idee, die an schlechten Politikern gescheitert ist?
(Eine zutreffende Meinung ankreuzen)
- Kommunismus ist falsch, deswegen sind die kommunistischen Regime gescheitert.
 Kommunismus ist an sich eine richtige Idee, die an schlechten Politikern gescheitert ist.
-
7. Um die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Bundesländer zu beschleunigen, ist Hilfe aus dem Westen notwendig. Was glauben Sie, geschieht da genug, oder müsste mehr getan werden?
- Es muß mehr getan werden.
 Es geschieht genug.
 Es wurde schon zuviel Hilfe geleistet.
-
8. Ganz allgemein: Wie beurteilen Sie die Wiedervereinigungspolitik der Regierung Kohl 1989/90?
- Begrüße ich.
 Begrüße ich nicht.
 Unentschieden
-
9. Wie könnte Deutschland in 20 Jahren aussehen?
- So wie heute: das Gefälle zwischen den beiden Teilen ist zwar verringert, doch erweist es sich immer noch als ernsthaftes Problem.
 Das Gefälle ist behoben.
 Anderes: _____
-
10. Korea ist wie Deutschland vor der Wiedervereinigung geteilt. Glauben Sie, daß Korea in 20 Jahren auch wiedervereinigt sein wird?
- Ja, unter einem Regime wie heute in Nord-Korea
 Ja, unter einem Regime wie heute in Süd-Korea
 Nein, die Teilung bleibt bestehen.
 Anderes: _____
-

11. Die kapitalistische Inselrepublik Taiwan (Republik China) steht in einem Spannungsverhältnis mit der kommunistischen Volksrepublik China. Was könnte Ihrer Meinung nach mit Taiwan in 20 Jahren passieren?

- Taiwan wird von der kommunistischen Volksrepublik China zurückerobert.
 Taiwan bleibt unabhängig und unterhält normale Beziehungen zur kommunistischen Volksrepublik China.
 Keine Veränderung, wie heute
 Die Volksrepublik China wandelt sich zu einem kapitalistischen System und unterhält normale Beziehungen mit Taiwan.
 Taiwan und die Volksrepublik China werden in einem kapitalistischen System vereinigt.
 Anderes: _____

12. Dem Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands stehen einige Hindernisse im Weg. Geben Sie an, für wie wichtig Sie die folgenden Hindernisse halten?

	Steht dem Zusammenwachsen...				
	...sehr im Weg	...etwas im Weg	kann man nicht sagen	...kaum im Weg	...bestimmt nicht im Weg
Das wirtschaftliche Gefälle	()	()	()	()	()
Unterschiedliche politische Einstellungen	()	()	()	()	()
Unterschiedliche Einstellungen zur Wirtschaft und Arbeit	()	()	()	()	()
Anderes: _____	()	()			

13. Welcher der beiden folgenden Ansichten zu den Hindernissen beim Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands stimmen Sie eher zu?

- Die Hindernisse sind zwar vorhanden, lassen sich jedoch mit der Zeit abbauen und schließlich beseitigen.
 Die Hindernisse werden gravierende Probleme bereiten, soziale Spannungen verursachen und können zu instabilen politischen Verhältnissen führen.
 Anderes, und zwar: _____

14. Wie berichtet das Medium, in dem Sie arbeiten, über die neuen Bundesländer im Vergleich zu meisten anderen Nachrichten?

	trifft zu	trifft nicht zu
Viel kritischer	()	()
Viel eintöniger	()	()
Viel positiver	()	()
Viel objektiver	()	()

15. Wie beurteilen Sie die Kritik der westdeutschen Medien an den neu gegründeten Ländern?

- Die Kritik ist meistens sachlich und fair. Die neuen Länder täten gut daran, diese Kritik ernst zu nehmen.
 Die Kritik ist oft unfair und feindlich. Die neuen Länder haben nichts davon.
 Anderes, und zwar: _____

16. Die Menschen in den neuen Bundesländern müssen sich an die Demokratie erst noch gewöhnen. Was glauben Sie, sollten die Medien darauf Rücksicht nehmen und sich mit Kritik zurückhalten?

- () Ja, die Medien sollten zurückhaltend berichten.
 () Nein, über die neuen Länder soll genauso berichtet werden wie über die alten.
 () Anderes, und zwar: _____

17. Welche der folgenden Gruppen üben Einfluß auf die Berichterstattung über die neu gegründeten Länder aus?

	trifft zu	trifft nicht zu
Die Politiker	()	()
Die Verleger	()	()
Die Berufsorganisationen der Journalisten	()	()
Das Publikum	()	()
Die Bürokratie innerhalb der Medien (die Vorgesetzten in den Medien)	()	()
Anderere: _____		

18. Welche der folgenden Forderungen sind Ihrer Ansicht nach bei der Berichterstattung über die neu gegründeten Länder wichtig?

	ist wichtig	ist nicht so wichtig
Die Berichterstattung...		
...soll sich am Interesse des Publikums orientieren.	()	()
...soll den Westdeutschen ein möglichst objektives und vollständiges Bild über die neuen Länder vermitteln.	()	()
...soll die Regierungspolitik kritisch begleiten.	()	()
...soll negativen Nachrichten über die neuen Länder nicht zuviel Beachtung schenken.	()	()
...soll die Leistungen Westdeutschlands als Beispiel herausstellen.	()	()
...soll das gegenseitige Verständnis der beiden Teile fördern, um gemeinsam die Anpassungsschwierigkeiten zu überwinden.	()	()
...soll die Gemeinsamkeit der beiden Teile betonen, um den Wiedervereinigungsprozeß zu erleichtern.	()	()
...soll vor den wirtschaftlichen Belastungen der Wiedervereinigung warnen.	()	()
...soll deutlich machen, daß wir ein Volk sind.	()	()
...soll die Meinung des jeweiligen Journalisten widerspiegeln.	()	()
...soll die Meinung der Mehrheit des deutschen Volks darstellen.	()	()

19. Gibt es in Ihrer Redaktion Richtlinien aus denen hervorgeht, wie über die neu gegründeten Länder berichtet werden soll?
 (Eine zutreffende Antwort ankreuzen)

- () Ja, es gibt klare Richtlinien vom Verleger/Chefredaktur/Intendant.
 () Ja, es hat sich ein gewisser Standard entwickelt, an den wir uns halten.
 () Nein, so etwas gibt es nicht.

5

20. Auch vor dem Zusammenbruch des SED-Regimes gab es in der Bundesrepublik Berichterstattung über die DDR. Wenn Sie zurückblicken, wie beurteilen Sie die Berichterstattung?

- () Die Berichte aus der DDR betonten die Mißstände zu stark und legten zu wenig Gewicht auf offizielle Informationen.
 () Die Journalisten berichteten eigene Eindrücke und offizielle Informationen angemessen.
 () Die Berichte aus der DDR verließen sich zu sehr auf offizielle Informationen und legten zu wenig Gewicht auf die Mißstände, die die Journalisten selbst sahen.

21. Angenommen, eine radikale Partei, die die Ideologie des ehemaligen SED-Regimes vertritt, findet zunehmende Unterstützung. Würden Sie es als Ihre Aufgabe ansehen, gegen diese Partei zu kämpfen?

- () Nein
 () Ja.

Wie könnte man Ihrer Meinung nach so eine Partei am wirksamsten bekämpfen?

- () Indem man objektiv über sie berichtet und sie sich selbst bloßstellen läßt.
 () Indem man ständig auf ihre Gefährlichkeit hinweist, sie kritisiert.
 () Indem man sie soweit wie möglich totschweigt.

22. Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journalist gar nicht beabsichtigt hat. Welcher dieser Berichte sollten daher unter Umständen zurückgehalten werden?

	zurück halten	ver- öffentlichen
Berichte, die Ressentiments gegen die neuen Länder schaffen.	()	()
Berichte, die den Reformwillen in den neuen Ländern schwächen.	()	()
Berichte über Stasi-Verdächtigungen, die die Zukunft von Mitläufern beeinträchtigen.	()	()
Berichte über geheime NATO-Verteidigungspläne, die die Sicherheit Westeuropas gefährden.	()	()

23. Sie finden unten eine Reihe von politischen Forderungen. Bitte geben Sie an, ob Sie diesen zustimmen oder ob Sie sie ablehnen.

	ich stimme völlig zu	ich stimme eher zu	nicht zu sagen/ weder noch	lehne ich eher ab	lehne ich völlig ab
Es ist wichtig, sich der Zugehörigkeit zu einer Nation bewußt zu sein.	()	()	()	()	()
Der Umweltschutz sollte Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben.	()	()	()	()	()
Deutschland sollte sich künftig in der Verteidigungspolitik von den USA möglichst unabhängig machen.	()	()	()	()	()
Die politischen Ziele der USA haben Vorrang vor denen der UdSSR.	()	()	()	()	()
Die Sicherheit Deutschlands ist auch ohne eine starke Verteidigung gesichert.	()	()	()	()	()

6

ZUM SCHLUß MÖCHTEN WIR SIE NOCH UM EINIGE STATISTISCHE ANGABEN BITTEN:

Geschlecht: Männlich
 Weiblich

Alter: _____ Jahre

Stadt (Arbeitsort): _____

Welche Stellung haben Sie?

- leitender Redakteur
 (Chefredakteur, Abteilungsleiter usw.)
 nicht-leitender Redakteur
 freier Mitarbeiter
 Andere: _____

Für welches Medium arbeiten Sie?

- Tageszeitung
 Wochenzeitung/Magazine
 Fernsehen
 Hörfunk

Arbeiten Sie neben Ihrer Haupttätigkeit noch für andere Medien?

- Nein
 Ja

Für welche: _____

Auf welchen Gebieten liegen die Schwerpunkt Ihrer Berichterstattung?

- Innenpolitik Außenpolitik Wirtschaft
 Lokales Kultur Anderes: _____

Wie lange sind Sie schon als Journalist tätig? _____ Jahre

Welche Schulbildung haben Sie? (alle zutreffendes ankreuzen)

- Hauptschule
 Realschule
 Abitur
 Hochschulstudium mit Abschluß
 Hochschulstudium ohne Abschluß
 Andere: _____

Haben Sie eine journalistische Berufsausbildung? Ja Nein

Wenn ja, wie lang hat die journalistische Berufsausbildung gedauert?

_____ Monate

_____ Jahre

VIELEN DANK FÜR IHRE KOOPERATION!

Antwortkarten für die deutschen Journalisten**ANTWORTKARTE I**

Seite 1

WERBE-ANTWORT

An das
 Institut für Publizistik der
 Johannes Gutenberg-Universität
 Jakob-Welder-Weg 20

6500 Mainz

Seite 2

Ich habe meinen Fragebogen
 ausgefüllt zurückgeschickt. ()

Die ___ anderen Fragebögen habe
 Ich an Kollegen weitergegeben. ()

ANTWORTKARTE II

Seite 1

WERBE-ANTWORT

An das
 Institut für Publizistik der
 Johannes Gutenberg-Universität
 Jakob-Welder-Weg 20

6500 Mainz

Seite 2

Ich habe den Fragebogen durch
 _____ bekommen,
 und habe ihn ausgefüllt zurück-
 geschickt. ()

Fragebogen für die taiwanesischen Journalisten

這份問卷是為德國MAINZ大學 (JOHANNES GUTENBERG-UNIVERSITÄT MAINZ) 的一篇博士論文所做的國際性比較研究之一部份。同樣的問卷已經在南韓及前西德區域實施過了, 研究的內容是比較各個分裂國家的記者對於其國家分裂的見解。您的意見將只應用於學術研究的目的, 並且絕對以匿名的方式處理。謝謝您的合作!

1. 當您聽到「中國」這個名詞時, 您是會想到台灣還是中國大陸?
(請選一個恰當的答案)

() 台灣
() 中國大陸
() 兩者皆有

2. 誰應該負擔中國成為分裂國家的主要責任? (請將恰當的答案全部圈選出來)

() 美國
() 日本
() 蘇俄
() 中國共產黨
() 當時的國民政府
() 其它: _____

3. 您是否認為以下列舉的各項是由中國的分裂所造成?

中國的分裂在台灣...	是	不是
保障了自由民主主義的發展.	()	()
帶來了繁榮.	()	()
帶來了和平.	()	()
加大了軍事上的威脅.	()	()
消除了共產主義.	()	()
減少了對國際政治的影響力.	()	()
阻止了應用中國大陸的天然資源及工業設備的可能性.	()	()
縮小了國土, 加速了現代化的腳步.	()	()
帶來了更多的美援.	()	()
帶來了其它後果:		

中國的分裂在中國大陸...	是	不是
造成了一個更公平的社會制度.	()	()
允許了一個更公平的經濟制度的發展.	()	()
鞏固了共產主義的統治.	()	()
阻止了對自由民主主義的接觸.	()	()
帶來了其它後果:		

4. 以目前海峽兩岸關係的進展來看, 您是不是還懼怕中國大陸會以武力解放台灣?
() 是的
() 不是

5. 您認為中國大陸的人民在歷經了四十餘年的共產主義統治後，仍然是和台灣人民相同的中國人嗎？（請圈選一個恰當的答案）
- 對，他們是和台灣人民相同的中國人。
- 他們有時候想法不太一樣，但他們很快便能適應台灣的體制。
- 他們雖是中國人，但他們的思想永遠不會像台灣的中國人一樣，也不會適應台灣的生活方式。
- 其它：

6. 共產主義正遭受到世界性的沒落，您認為它本身便是一個錯誤的理論呢？還是共產主義是一個正確的主義，但失敗於人為的因素？
- 共產主義是錯誤的，因此共產政權才失敗。
- 共產主義是正確的，但失敗於人為的因素。
- 其它：

7. 假如中國統一的話，台灣和中國大陸那一方面會得到較多的利益？
- 台灣
- 中國大陸
- 中國大陸和台灣均有利
- 其它：

8. 假如中國大陸以武力佔領台灣，您認為在國際上將引起甚麼樣的反應？
- | | 有可能 | 沒有可能 |
|------------------|--------------------------|--------------------------|
| 美國將以軍事援助台灣。 | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 美國將給予台灣政治上的支持。 | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 蘇聯將以軍事支援中國大陸。 | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 蘇聯將給予中國大陸政治上的支持。 | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 將沒有任何外國勢力介入中國問題。 | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 其它：
_____ | | |
9. 台灣是否應該給予中國大陸經濟上的支援？
- 不，台灣沒有援助的義務。
- 是，台灣應盡力給予中國大陸經濟上的支援。
- 在中國大陸能夠有效運用的原則下，台灣應給予經濟支援。
10. 您認為二十年後的中國將會像甚麼樣子？
- 像現在一樣，台灣與中國大陸處於對立的狀態。
- 像現在一樣，但台灣與中國大陸維持正常的關係。
- 在共產政權下統一了。
- 在民主制度下統一了。
- 其它：

11. 您認為台灣目前應該積極，快速地和中國大陸進行統一問題的協談呢？還是應該等待更好的時機來臨？
- 應積極，快速地進行協談。
- 等待更好的時機來臨。

12. 假如中國已經統一了,甚麼因素將阻礙兩個中國的單元化發展?

	成為極大阻礙	成為阻礙	不成阻礙	完全不 成阻礙	不確定
兩岸懸殊的經濟基礎	()	()	()	()	()
兩岸人民不同的政治理念	()	()	()	()	()
兩岸人民對就職及財務所持的不同見解	()	()	()	()	()
其它:	()	()			

13. 以下兩項關於中國統一後共同發展的難題,您的意見較接近那一項?

- () 若中國統一,共同發展雖然會遭到阻礙,但這些阻礙會隨著時間減少而終於消失。
 () 若兩個中國統一,共同發展不但會遭到阻礙,而且這些阻礙會演變為嚴重的社會問題,導致政治上的不穩定。

14. 您工作的新聞媒體對大陸的報導比其他新聞...

	是的	不是
更具批評性.	()	()
更單調.	()	()
更肯定.	()	()
更客觀.	()	()

15. 您認為台灣新聞媒體對中國大陸的批評性報導屬於那一類?

- () 大部份的報導都很切實,公正. 中國大陸如果認真接受這些批評是有益處的。
 () 批評時常不切實,論調一致而具敵意. 對中國大陸沒有幫助。

16. 您認為台灣可以實行新聞自由而不影響社會安定嗎?(請圈選一個適合您的意見)

- () 即使危及台灣的安定,我也支持新聞自由。
 () 在不危及台灣安定的原則下,我支持新聞自由。
 () 只要不約束新聞自由,台灣的安定最重要。
 () 台灣的安定最重要,然必要時可以約束新聞自由。

17. 下列那個團體約束了新聞媒體對中國大陸報導的自由。

	是的	不是
發行人	()	()
記者公會	()	()
政府	()	()
讀者(觀眾)	()	()
新聞媒體本身的官僚制度	()	()
其它:		

18. 政府是否有明確的規定應如何報導大陸新聞?

- () 是,政府有規定,但我個人不詳知它的內容。
 () 是,政府有規定,我們日常工作時也都得遵守這些規定。
 () 不,政府沒有這類規定。

19. 您認為對中國大陸的新聞報導應該具有那些任務？

	是重要的 任務	不是重要的 任務
對中國大陸的新聞報導...		
應該適合讀者(觀眾)的興趣。	()	()
應該盡可能讓台灣的中國人客觀而完整的了解中國大陸。	()	()
應該重視政府的立場。	()	()
應該不要太關心中國大陸的壞消息。	()	()
應該強調台灣的優點。	()	()
應該提升兩岸的相互了解,以和平共處。	()	()
應該強調海峽兩岸的共同點,達成中國的統一。	()	()
應該讓台灣人民警戒中國大陸的危險性。	()	()
應該表明海峽兩岸的人民是同一民族。	()	()
應該反映記者各自的意見。	()	()
應該代表台灣人民的意見。	()	()

20. 假如您參加一個中國大陸為台灣記者所舉辦的中國參觀旅行,旅行的目的是進一步了解中國大陸的現代化。

旅途中您不但沒見到現代化的成就,反而接觸到一連串不理想的生活條件,例如:等待購買生活必需品的漫長隊伍,大陸人民窄小而簡陋的生活空間,嚴重的環境污染等...在這種情況下,您將如何報導您的參觀經驗呢?

- () 我將主要報導親自見到的社會問題,官方提供的資料則置於次要的位置。
 () 我將把親身經歷及官方資料放於同等位置。
 () 我將主要報導官方資料,親身經歷的社會問題則置於次要位置。

21. 根據一個可靠的消息來源,您得知一位中國大陸的高級幹部過著過份奢侈的生活,並以國庫的經費在國外置產。

您認為這類的新聞具有何等的重要性?

- () 非常重要
 () 重要
 () 完全不重要

您將如何報導這類新聞?

- () 誇張的報導
 () 平常,客觀的報導
 () 保留,小心的報導

22. 如果批評中國大陸,您的態度將屬於那一類?

- () 我的態度保守,並顧慮到中國大陸的立場。
 () 我的批評激烈,且不顧及中國大陸的立場。

23. 在日本有社會黨及共產黨的存在,假如您是日本新聞媒體的記者,將如何處理這類政黨的報導?

您會與此類政黨敵對嗎?

- () 會
 () 不會

如果會的話您將如何與他們敵對?

- () 以客觀的方式報導,讓他們的意圖自動顯現出來。
 () 對此類政黨不斷加以批評,並指出他們的危險性。
 () 以盡可能不在報導中提及的方式與他們敵對。

24. 新聞報導有時會引起完全意想不到的後果,您認為這類報導應該斟酌情況撤回呢?還是應該發表?

	撤回	發表
假如報導學生反對政府大陸政策的示威遊行有擴大示威人潮的可能。	()	()
假如某一報導促使台灣人民脫離與中國大陸的傳統關係。	()	()
假如某一報導會給台灣與中國大陸間的和談帶來障礙。	()	()
假如關於台灣沿海兩岸魚船衝突的報導會加深台灣人民對中國大陸的憎恨。	()	()
假如報導國防機密會危及台灣的安定。	()	()

25. 您認為接受台灣新聞媒體對中國大陸報導的國內讀者/觀眾具有那些特徵?
(請圈出所有恰當的答案)

() 要求高且會批評	() 關心政治	() 無所謂/不關心
() 期待進步而開放的報導	() 保守的右派	() 傾向左派
() 固執	() 有度量	() 視野偏狹
() 偏愛渲染性的報導	() 有參與心	() 膚淺
() 具自我意識	() 易受影響	() 通曉時事

26. 您贊同或反對下列一連串的政治見解?

	絕對贊同	比較贊同	不能確定	比較反對	絕對反對
具有民族意識是重要的事。	()	()	()	()	()
台灣的防衛政策應盡量脫離美國的影響。	()	()	()	()	()
當年美軍自台灣撤退是件值得慶幸的事。	()	()	()	()	()
海峽兩岸的問題應該由海峽兩岸的中國人自行解決。	()	()	()	()	()
環境保護比經濟利益更重要。	()	()	()	()	()
美國的政治目標較蘇聯和中國大陸的優越。	()	()	()	()	()
台灣的安定不須依賴強大的國防力量。	()	()	()	()	()

27. 記者在社會上應該扮演那一種角色?他們應該是那一種人?請發表您贊同或反對的意見?

記者應該是...	贊同	反對	不確定
社會缺失的批評者。	()	()	()
客觀的報導者。	()	()	()
幫助或給予人民忠告的人。	()	()	()
遭到不平待遇的人民的申訴者。	()	()	()
新理念的傳播者。	()	()	()
不用政權施政的政治人士。	()	()	()
人民的傳話筒。	()	()	()
民主的衛士。	()	()	()
教育家,保姆。	()	()	()
帶給人民娛樂的人。	()	()	()

28. 以下問題探討您對國內政黨的見解：

a). 您對執政黨的意見必定隨著時間有所改變, 您對執政黨的成就在求學期間, 畢業後和就業後的評價各是怎樣的?

	極否定的	較否定的	不能確定	較肯定的	極肯定的
大學求學期間	()	()	()	()	()
畢業後	()	()	()	()	()
就業後	()	()	()	()	()

b). 您如何評價目前執政黨處理下列社會問題的政績?

	極否定的	較否定的	不能確定	較肯定的	極肯定的
治安問題	()	()	()	()	()
國家安全法	()	()	()	()	()
人權問題	()	()	()	()	()
對大陸政策	()	()	()	()	()
物價穩定	()	()	()	()	()
新聞自由問題	()	()	()	()	()
中國統一問題	()	()	()	()	()
住屋不足問題	()	()	()	()	()
交通問題	()	()	()	()	()

c). 假如目前的反對黨是執政黨, 對以上同樣的社會問題您認為會有怎樣的政績?

	極否定的	較否定的	不能確定	較肯定的	極肯定的
治安問題	()	()	()	()	()
國家安全法	()	()	()	()	()
人權問題	()	()	()	()	()
對大陸政策	()	()	()	()	()
物價穩定	()	()	()	()	()
新聞自由問題	()	()	()	()	()
中國統一問題	()	()	()	()	()
住屋不足問題	()	()	()	()	()
交通問題	()	()	()	()	()

29. 最後還須要幾項您的統計資料:

a). 性別: () 男 () 女 b). 年齡: _____ 歲 c). 工作的城市: _____

d). 您在那類新聞媒體就職?

() 日報 () 晚報 () 電視台 () 廣播電台 () 其它: _____

e). 除了現職以外, 您還為其它媒體工作嗎?

() 沒有 () 有, 我還為 _____ 工作.

f). 您工作的部門是屬於那一類?

() 國內政治 () 國際政治 () 經濟
() 地方新聞 () 文化 () 其它: _____

g). 您具有多少年的記者資歷? _____ 年.

h). 您具有什麼樣的教育程度: (請將您接受過的教育都標示下來).

() 高中 () 大學 () 碩士 () 留學(具碩士以上學位)
其它: _____

i). 您接受過記者專業教育或訓練嗎?

() 有, 共()天 ()月 ()年
() 沒有

j). 您就職期間曾經接受過在職進修嗎?

() 是的, 共()天 ()月 ()年
() 沒有

Übersetzung des Fragebogens für die taiwanesischen Journalisten

Diese Umfrage ist Teil einer internationalen Studie im Rahmen einer Doktorarbeit an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Sie wird gleichzeitig in der Bundesrepublik Deutschland, Süd-Korea, und Taiwan durchgeführt. Das Thema der Untersuchung sind die Journalisten-Meinungen zu der Teilung ihres Landes. Die Auswertung Ihrer Antworten dient nur der Beantwortung wissenschaftlicher Fragestellungen. Sie bleiben selbstverständlich völlig anonym. Vielen Dank für Ihre Mitwirkung.

1. Wenn Sie das Wort "China" hören, denken Sie dann eher an Taiwan oder an Volksrepublik China und Taiwan zusammen? (Eine zutreffende Antwort ankreuzen)
- () Nur Taiwan
 () Beide zusammen
 () Mal so, mal so
2. Wer trägt die Hauptverantwortung an der Teilung Ihres Landes? (Kreuzen sie alles an, was Ihrer Meinung nach zutrifft)
- () USA
 () Japan
 () UdSSR
 () Die kommunistische Partei Chinas
 () Die damalige Kuomintang-Regierung
 () Andere: _____
3. Wie beurteilen Sie die unten aufgelisteten Folgen der Teilung Chinas?
- | | Ja | Nein |
|--|-----|------|
| In Taiwan... | | |
| ...hat die Teilung die Entwicklung freiheitlicher Demokratie gesichert. | () | () |
| ...hat die Teilung Wohlstand gebracht. | () | () |
| ...hat die Teilung Frieden gebracht. | () | () |
| ...hat die Teilung militärische Bedrohung vergrößert. | () | () |
| ...hat die Teilung den Kommunismus verdrängt. | () | () |
| ...hat die Teilung die Beeinflussung auf die internationale Politik verkleinert. | () | () |
| ...hat die Teilung den Zugang zu Bodenschätzen und Industrie in Volksrepublik China versperrt. | () | () |
| ...hat die Teilung die Bodenfläche verkleinert und die Modernisierung beschleunigt. | () | () |

- ...hat die Teilung mehr US-Hilfe gebracht. () ()
- ...hat die Teilung andere Folgen, und zwar: _____
 _____ () ()

In Volksrepublik China...

- ...hat die Teilung die Entwicklung eines gerechteren Sozialsystems
 geschafft. () ()
- ...hat die Teilung die Entwicklung eines gerechteren Wirt-
 schaftssystems erlaubt. () ()
- ...hat die Teilung die kommunistische Herrschaft gesichert. () ()
- ...hat die Teilung den Zugang zu freiheitlicher Demokratie
 versperrt. () ()
- ...hat die Teilung andere Folgen, und zwar: _____
 _____ () ()

4. Fürchten Sie in der heutigen politischen Lage der beiden Teile Chinas immer noch einen militärischen Angriff aus der Volksrepublik China?

- () Ja
 () Nein

5. Sind die Bürger der Volksrepublik China nach vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft noch dasselbe Volk wie das Volk von Taiwan? (Eine zutreffende Antwort ankreuzen)

- () Ja, sie sind genau dieselben Chinesen wie die in Taiwan.
 () Nein, sie denken manchmal anders, würden sich jedoch schnell dem taiwanischen System anpassen.
 () Nein, sie sind zwar Chinesen, sie werden jedoch nie ganz wie die Chinesen in Taiwan denken und sich die Lebensweise hier anpassen.
 () Andere: _____

6. Der Kommunismus ist weltweit auf dem Rückzug. Was glauben Sie: Ist die Idee an sich falsch, oder ist der Kommunismus eine richtige Idee, die an schlechten Politikern gescheitert ist? (Eine zutreffende Meinung ankreuzen)

- () Kommunismus ist falsch, deswegen sind die kommunistischen Regime gescheitert.
 () Kommunismus ist eine richtige Idee, die an schlechten Politikern gescheitert ist.

7. Wenn es zur Wiedervereinigung in China käme, wer hätte mehr davon, die Volksrepublik China oder Taiwan?
- Taiwan
- Volksrepublik China
- Volksrepublik China und Taiwan
- Andere: _____
8. Im Falle eines Angriffs von VR China, was glauben Sie würde passieren?
- | | eher wahr-
scheinlich | eher unwahr-
scheinlich |
|--|--------------------------|----------------------------|
| USA unterstützt Taiwan militärisch. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| USA unterstützt Taiwan politisch. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| UdSSR unterstützt Volksrepublik China militärisch. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| UdSSR unterstützt Volksrepublik China politisch. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Ausländische Staaten greifen überhaupt nicht ein. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Andere: _____ | | |
9. Soll die taiwanesishe Regierung Volksrepublik China wirtschaftliche Hilfe leisten? (Eine zutreffende Meinung ankreuzen)
- Nein, Taiwan ist zur keinen Hilfe verpflichtet.
- Ja, Taiwan soll möglichst viel wirtschaftliche Hilfe leisten.
- Nur wirtschaftliche Hilfe leisten, wenn Volksrepublik China sie sinnvoll nutzt.
10. Wenn Sie an China in 20 Jahren denken, wie sieht das Land wahrscheinlich aus?
- So wie heute: zwei Teile, die sich „feindlich“ gegenüber stehen.
- Das Land ist geteilt, aber Volksrepublik China und Taiwan unterhalten normale Beziehungen.
- Das Land ist vereinigt und hat eine kommunistische Regierung.
- Das Land ist vereinigt und hat eine demokratische Regierung.
- Andere: _____
11. Halten Sie eine progressive Einstellung zur Wiedervereinigung in der momentanen Lage Taiwans für empfehlenswert? Oder soll Taiwan warten bis eine bessere Chance kommt?
- Soll aktiv und progressiv nach der Wiedervereinigung mit Volksrepublik China bestreben.

Soll warten bis bessere Chance kommt.

12. Wenn es zur Wiedervereinigung käme, was würde Ihrer Ansicht nach das Zusammenwachsen der beiden Teile erschweren?

sehr nicht sehr weder nicht überhaupt nicht
erschweren erschweren noch erschweren erschweren

Das wirtschaftliche

Gefälle

Das politische

Ideologien

Unterschiedliche Ein-

stellung zu Wirtschaft

und Arbeit

Andere: _____

13. Wenn Sie an die Hindernisse beim Zusammenwachsen nach einer Wiedervereinigung denken, welche der beiden Meinungen trifft eher auf Sie zu?

Wenn China wiedervereinigt, lassen sich die Hindernisse, die zwar vorhanden werden, jedoch mit der Zeit abbauen und schließlich beseitigen.

Wenn die beiden Chinas wiedervereinigen, werden die Hindernisse in dem wiedervereinigten Staat gravierende Probleme bereiten, soziale Spannungen verursachen und können zu instabilen politischen Verhältnissen führen.

14. Das Medium, in dem Sie arbeiten, berichtet über Volksrepublik China im Vergleich zu anderen Nachrichten...

	trifft zu	trifft nicht zu
...viel kritischer	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
...viel eintöniger	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
...viel positiver	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
...viel objektiver	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Wenn Sie an die Kritik der taiwanischen Medien über Volksrepublik China denken, welche der beiden Meinungen trifft eher auf Sie zu?

Die Kritik ist meistens sachlich und fair. Volksrepublik China tät gut daran, diese Kritik ernst zu nehmen.

Die Kritik ist meistens unsachlich, eintönig und feindlich. Die Volksrepublik China hat nichts davon.

16. Ist Pressefreiheit Ihrer Ansicht nach praktikierbar, ohne die Sicherheit zu gefährden?

(Eine zutreffende Meinung ankreuzen)

- Ich bin für Pressefreiheit, auch wenn sie die Sicherheit Taiwans gefährdet.
 Ich bin für Pressefreiheit, solange sie nicht die Sicherheit Taiwans gefährdet.
 Die Sicherheit geht vor, solange sie nicht die Pressefreiheit einschränkt.
 Die Sicherheit geht vor. Im Zweifelsfall bin ich für die Einschränkung der Pressefreiheit.

17. Welche der folgenden Gruppen schränken die Freiheit der Berichterstattung über die Volksrepublik China ein?

	trifft zu	trifft nicht zu
Der Verleger	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Berufsorganisationen der Journalisten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Regierung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Das Publikum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Bürokratie innerhalb der Medien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Andere: _____

18. Gibt es Richtlinien der Regierung, aus denen hervorgeht, wie über die Volksrepublik China berichtet werden soll? (Eine zutreffende ankreuzen)

- Ja, es gibt Richtlinien, aber ich kenne sie nicht.
 Ja, es gibt Richtlinien, sie werden bei uns in der täglichen Arbeit beachtet.
 Nein, es gibt keine.

19. Welche Aufgaben soll Ihrer Ansicht nach die Berichterstattung über die Volksrepublik China haben?

	ist eine wichtige Aufgabe	ist nicht so wichtig
Die Berichterstattung...		
...soll sich am Interesse des Publikums orientieren.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
...soll den Chinesen in Taiwan ein möglichst objektives und vollständiges Bild über Volksrepublik China vermitteln.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
...soll loyal zur Regierung stehen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
...soll negative Nachrichten über Volksrepublik China nicht zuviel Beachtung schenken.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
...soll die Vorzüge Taiwans hervorheben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Wie würden sie solche Nachrichten übermitteln?

zurückhaltend
darstellen

sensationell
aufmachen

1 2 3 4 5 6 7
() () () () () () ()

22. Wenn Sie die Volksrepublik China kritisieren, welche der beiden Haltungen trifft eher auf Sie zu?

- Meine Kritik ist meistens zurückhaltend. Ich nehme auch Rücksicht auf die Interessen Volksrepublik Chinas.
- Meine Kritik ist oft engagiert. Ich nehme keine Rücksicht auf die Interessen Volksrepublik Chinas.

23. In Japan gibt es die sozialistische Partei und die kommunistische Partei. Wenn Sie ein Journalist der japanischen Medien wären, würden Sie es als Ihre Aufgabe ansehen, gegen diese Partei zu kämpfen?

- Nein
- Ja,
Wenn ja, wie würden Sie das vermutlich tun? (Zutreffendes ankreuzen)
- Indem man objektiv über sie berichtet und sie sich selbst bloßstellen läßt.
- Indem man ständig auf ihre Gefährlichkeit hinweist, sie kritisiert.
- Indem man sie soweit wie möglich totschweigt.

24. Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journaliste gar nicht beabsichtigt hat. Finden Sie, solche Berichte sollten daher unter Umständen zurückgehalten werden, oder sollte der Journaliste den Beitrag ruhig veröffentlichen?

zurück- ver-
halten öffentlichen

Berichte über Studentendemonstrationen, die sich gegen die Wiedervereinigungspolitik der Regierung richten, eventuell die Protestwelle verstärken.

() ()

Berichte, die Taiwan von China entfremden.

() ()

Berichte, die politische Verhandlungen mit VR China Erschweren.

() ()

Berichte über Konflikte zwischen taiwanischen und VR-Chinesischen Fischerbooten in Küstenregion, die eventuell zu verstärkten Ressentiments gegen Volksrepublik China führen. () ()

Berichte über streng geheime Verteidigungspläne gegen Volksrepublik China, die eventuell die Sicherheit Taiwans gefährden. () ()

25. Wie stellen Sie sich das Publikum vor, für das die taiwanesischen Journalisten über die Volksrepublik China berichten? (Kreuzen Sie alles an, was zutrifft)

- () Kritisch, anspruchsvoll () Politisch interessiert () Gleichgültig
 () Fortschrittlich, Aufgeschlossen () Politisch eher rechts () Politisch eher links
 () Stur () Tolerant () Engstirnig
 () Engagiert () Oberflächlich
 () Sensationshungrig () Leicht zu beeinflussen () Gut informiert
 () Selbstbewusst

26. Sie finden unten eine Reihe von politischen Forderungen. Bitte geben Sie an, ob Sie diesen zustimmen oder ob Sie sie ablehnen.

	stimme	stimme	weder	lehne	lehne ich
	völlig zu	eher zu	noch	ich	völlig
				ab	ab

Es ist wichtig, sich der Zugehörigkeit zu einer Nation bewusst zu sein. () () () () ()

Taiwan sollte sich in der Verteidigungspolitik von USA möglichst unabhängig machen. () () () () ()

Der Rückzug der US-Armee aus Taiwan war eine gute Sache. () () () () ()

Die Probleme zwischen Volksrepublik China und Taiwan sollen lediglich durch Chinesen gelöst werden. () () () () ()

- Der Umweltschutz sollte
Vorrang vor wirtschaft-
lichen Interessen haben. () () () () ()
- Die politischen Ziele der
USA haben Vorrang vor

denen der UdSSR und
Volkschina () () () () ()
- Die Sicherheit Taiwans ist
auch ohne eine starke
Verteidigung gesichert. () () () () ()

27. Wie sollte man als Journalist Ihrer Meinung nach seine Aufgabe verstehen, als was sollte man sich als Journalist sehen? Sagen Sie mir bitte, ob Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht.

	stimme zu	stimme nicht zu	unent- schieden
Sollte sich der Journalisten sehen als...			
...Kritiker an sozialen Missständen?	()	()	()
...neutraler Berichterstatter?	()	()	()
...Jemand, der Leute hilft, sie berät?	()	()	()
...Anwalt der Benachteiligten in unserer Bevölkerung?	()	()	()
...Vermittler neuer Ideen?	()	()	()
...Politiker mit anderen Mitteln?	()	()	()
...Sprachrohr der Bevölkerung?	()	()	()
...Wächter der Demokratie?	()	()	()
...Pädagoge, Erzieher?	()	()	()
...Jemand, der die Leute unterhalten sollte?	()	()	()

28. Um einmal auf Ihre politische Ansichten über die Regierungspartei in unserem Land zu kommen:

- a) Ihre Ansicht zur Regierungspartei hat sich vermutlich im Laufe der Jahre geändert. Wie haben Sie die Leistungen der Regierungspartei während Ihres Studiums, nach Ihrem Studium und nach Ihrem Berufsantritt beurteilt?

	negativ			positiv	
...bis zu Ihrem Schulabschluss	()	()	()	()	()
...während Ihres Studiums/ Ihrer Ausbildung	()	()	()	()	()
...seit Ihrem Berufsantritt	()	()	()	()	()

b) Wie beurteilen Sie die Leistungen der jetzigen Regierungspartei in Bezug auf die folgenden Probleme?

Bekämpfung der

Kriminalität	()	()	()	()	()
Staatsicherheitsgesetz	()	()	()	()	()
Menschenrechte	()	()	()	()	()
Wiedervereinigungspolitik mit Volksrepublik China	()	()	()	()	()
Preisstabilität	()	()	()	()	()
Pressefreiheit	()	()	()	()	()
Wohnungsnot	()	()	()	()	()
Verkehrsproblem	()	()	()	()	()

c) Wenn die jetzige Oppositionspartei die Regierungspartei wäre, welche Leistungen können sie in Bezug auf die selben Probleme erwarten?

Bekämpfung der

Kriminalität	()	()	()	()	()
Staatsicherheitsgesetz	()	()	()	()	()
Menschenrechte	()	()	()	()	()
Wiedervereinigungspolitik mit Volksrepublik China	()	()	()	()	()
Preisstabilität	()	()	()	()	()
Pressefreiheit	()	()	()	()	()
Wohnungsnot	()	()	()	()	()
Verkehrsproblem	()	()	()	()	()

Zum Schluss möchten wir Sie noch um einige statistische Angaben bitten:

Geschlecht: () Männlich
() Weiblich

Alter: _____ Jahre

Stadt (Arbeitsort): _____

Beim welchen Medium sind Sie beschäftigt? _____

Welche Stellung haben Sie?

Chefredakteure Abteilungsleiter Ressortleiter

leitender Redakteure Redakteure/Journalist Andere: _____

Arbeiten neben Ihrer Haupttätigkeit noch für andere Medien? Ja Nein

Sind Sie freier Mitarbeiter? Ja Nein

Auf welchen Gebieten liegen die Schwerpunkt Ihrer Berichterstattung?

Innenpolitik Außenpolitik Wirtschaft Lokales

Kultur Anderes: _____

Wie lange sind Sie schon Journalist?

unter 5 Jahren 5-10 Jahre 10-15 Jahre 15-20 Jahre

20-30 Jahre 30 Jahre und länger

Welche Schulbildung haben Sie? (Alle zutreffendes ankreuzen)

Volksschule

Junior Mittelschule

Senior Mittelschule

Hochschulstudium mit Abschluss

Hochschulstudium ohne Abschluss

Auslandsstudium mit Abschluss

Auslandsstudium ohne Abschluss

Andere: _____

Haben Sie eine journalistische Berufsausbildung? Ja Nein

Wenn Ja, wie lang hat die journalistische Berufsausbildung gedauert? ____ Monate

____ Jahre

Fragebogen für die südkoreanischen Journalisten

본 설문은 독일 요한네스 구텐베르크 대학교 (Johannes Gutenberg-Universität Mainz)에 재학중인 본인의 박사학위 논문을 위한 국제적인 비교연구로서 동일한 내용으로 독일과 대만에서도 조사됩니다. 이 연구에서는 분단국가이거나 분단되었던 국가에서 언론인이 갖는 자국의 분단에 대한 견해를 조사하게 됩니다. 한국에서의 조사는 국제문화협회의 보조로 실시됩니다. 귀하의 답에 대한 평가는 단순히 학문적인 목적으로만 쓰이며 익명으로 처리됩니다.

1. "한반도" 라는 단어를 들으면 당신은 먼저 남한을 생각합니까, 아니면 남북한을 모두 생각하게 됩니까? (해당되는것 한개를 표시시오)

- () 단지 남한
- () 남북한 모두
- () 때때로 남한만, 때때로 남북한 모두

2. 귀국의 분단의 주요책임은 누가 저야 합니까? (당신의 의견에 맞는것에 표시시오)

- () 미 국
- () 소 련
- () 미국, 소련
- () 국내 공산주의자 (공산주의자로 후에 북한으로 넘어간)
- () 남한 정치인 (반공주의자로 후에 남한에 남은)
- () 기 타 : _____

3. 한반도의 분단에 따른 아래 열거한 결과에 대해 어떻게 평가하십니까?

	긍정적으로 평가 한다	부정적으로 평가 한다
남한에서는 :		
- 분단이 자유민주주의의 발전을 보장했다.	()	()
- 분단이 복지를 가져왔다.	()	()
- 분단이 평화를 가져왔다.	()	()
- 분단이 군사적 위협을 가중시켰다.	()	()
- 분단이 공산주의를 몰아냈다.	()	()
- 분단이 국제정치에 대한 영향력을 감소시켰다.	()	()
- 분단이 북한에 있는 지하자원과 중공업의 이용을 불가능하게 만들었다.	()	()
- 분단이 국토를 축소시켜 현대화를 가속시켰다.	()	()
- 분단이 미국원조를 더 많이 유도했다.	()	()
- 분단이 다른 결과를 초래했다. 즉 _____	()	()

공정적으로 부정적으로
평가 한다 평가 한다

북한에서는 :

- 본단이 더 공평한 사회제도를 가능케 했다. () ()
- 본단이 더 공평한 경제제도를 가능케 했다. () ()
- 본단이 공산주의 체제를 확보했다. () ()
- 본단이 자유민주주의의 접근을 막았다. () ()
- 본단이 다른 결과를 초래했다. 즉 _____ () ()

4. 당신은 근래의 국제정치의 기상도로 볼때 여전히 북한으로 부터의 전쟁도발을 두려워합니까 ?

- () 예
- () 아니오

5. 당신은 40 년간의 공산주의 체제를 겪은 북한주민을 지금 여전히 남한주민과 같은 민족이라고 생각합니까 ? (해당되는것 한개를 고르시오)

- () 예, 그들은 남한주민과 같은 민족이다.
- () 그들은 세세로 달리 생각하지만 동일이 되면 쉽게 남한체계에 적응할 것이다.
- () 그들은 한국인이긴 하나 결코 남한주민과 같이 생각하거나 생활방식에 적응하지 않을 것이다.
- () 기 타 : _____

6. 공산주의는 세계적으로 퇴조길에 있습니다. 이 생각이 틀린것인가요, 아니면 공산주의는 좋은것이라 생각하는데 정치가들이 잘못해서 실패한 것입니까 ? (해당되는것 한개를 고르시오)

- () 공산주의는 기본적으로 실패할 수 밖에 없다.
- () 공산주의는 좋은데 정치가 잘못되어서 실패했다.

7. 한국이 통일 된다면 어느쪽에 더 득이 됩니까 ? 남한 또는 북한 ? (해당되는것 한개를 고르시오)

- () 남 한
- () 북 한
- () 남북한 모두
- () 기 타 : _____

8. 북한이 전쟁을 도발할 경우에 무슨일이 일어나리라고 생각합니까 ?

- | | 그럴 것
같 | 그럴 것
같지 않다 |
|-------------------------------|-----------|---------------|
| - 미국은 남한을 군사적으로 지원할 것이다. | () | () |
| - 소련과 중국이 북한을 군사적으로 지원할 것이다. | () | () |
| - 미국은 국제적으로 유효하게 제재를 촉구할 것이다. | () | () |
| - 미국은 경제적으로만 남한을 지원할 것이다. | () | () |
| - 외국은 전혀 개입하지 않을 것이다. | () | () |
| - 기 타 : _____ | | |

9. 남한정부는 북한을 경제적으로 원조해야 합니까 ? (해당되는것 한개를 고르시오)

- () 아니오, 남한은 경제원조의 의무가 없다.
- () 예, 남한은 가능한 많은 경제원조를 해야 한다.
- () 북한이 이를 잘 활용할때에만 경제원조를 해야 한다.

10. 한반도 20년후를 생각할때 어떻게 될것으로 생각합니까 ? (해당되는것 한개를 고르시오)

- () 오늘날과 마찬가지로 적대관계의 분단상태이다.
- () 분단은 그대로이나 남북한은 정상적인 관계를 유지한다.
- () 공산주의 아래 통일되어 있다.
- () 자유민주주의 아래 통일되어 있다.
- () 기 타 : _____

11. 현재의 상황 아래서 당신은 급진적인 통일논쟁에 대하여 어떻게 생각하십니까 ?

- () 좋은일이다.
- () 그렇지 않다.

12. 통일이 된다면 양측의 공동발전에 무엇이 지장요소가 될까요 ?

- | | 매우
지장된다 | 조금
지장된다 | 지장없다 | 전혀
지장없다 | 모른다 |
|-----------------------|------------|------------|------|------------|-----|
| - 경제적인면의 격차 | () | () | () | () | () |
| - 서로 다른 정치이념 | () | () | () | () | () |
| - 경제와 근로에 대한 서로 다른 견해 | () | () | () | () | () |
| - 기 타 : _____ | () | () | () | () | () |

18. 북한에 대한 보도를 어떻게 해야 한다는 정부의 지침이 있습니까?
(해당되는것 한개를 고르시오)

- () 예, 지침이 있다. 그러나 나는 그것을 모른다.
- () 예, 지침이 있다. 그것은 일상의 근무과정에서 반영되고 있다.
- () 아니오, 그런것은 없다.

19. 북한에 관한 보도는 어떤 과제를 내포해야 됩니까?

중요한 과제이다 그렇지 않다

- 독자 및 시청자의 관심에 맞춰야 한다. () ()
- 남한국민에게 가능한 객관적이고 완벽한 북한의 모습을 전해줘야 한다. () ()
- 정부의 입장을 참작한다. () ()
- 북한에 관한 부정적 보도는 그렇게 많이 다루서는 안된다. () ()
- 남한의 장점을 강조해야 한다. () ()
- 공동으로 평화를 유지하기 위해 양측의 상호 이해를 촉진해야 한다. () ()
- 농일을 성취하기 위해 양측의 공통성을 강조해야 한다. () ()
- 국민에게 북한의 전쟁도발 가능성에 대해 경고해야 한다. () ()
- 한 민족임을 분명히 강조한다. () ()
- 언론인 자신의 견해를 반영해야 한다. () ()
- 남한 국민의 견해를 대변해야 한다. () ()

20. 가령 북한의 발전상을 소개하기 위해 남한 언론인들을 초청하는 북한 주최의 버스 여행에 동승한다고 합시다. 당신은 이때 불편한 생활조건에 부딪칩니다. 즉 식료품 구입시의 장사진, 좁고 누추한 주거사정, 극심한 환경오염 등등, 이러한 것을 어떻게 보도에 반영할 것입니까? (해당하는것 한개를 고르시오)

- () 내가 본 사회적 문제를 다루고 북한측이 소개한 정보는 부차적으로 다룬다.
- () 두가지를 고르게 다룬다.
- () 북한측의 소개내용을 주로 다루고 내가 본 사회문제를 부차적으로 다룬다.

21. 믿을만한 소식통에 의해 북한의 고위 당간부가 극도로 사치한 생활을 하며, 국고에서 외국에 재산을 빼돌렸다고 합시다.

- 당신은 그러한 뉴스를 다룰것 입니까? 그 중요성에 대해 평가해 주시오.
- () 매우 중요하다.
- () 보통이다
- () 전혀 중요하지 않다.

- 당신은 그러한 뉴스를 어떻게 전달할 것입니까 ?

- () 센세이션으로 다룬다.
- () 보통이다.
- () 조심스럽게 다룬다.

22. 북한을 비판한다면, 어떤 태도가 당신의 견해에 해당합니까 ? (해당되는것 한개를 고르시오)

- () 조심스럽게 비판한다. 북한의 입장도 고려한다.
- () 매우 신랄하게 비판한다. 북한의 입장을 고려하지 않는다.

23. 일본에는 사회당과 공산당이 존재합니다. 만약 귀하가 일본 언론의 정치부 기자였다면 이들 정당에 대한 보도는 어떻게 하겠습니까 ?

귀하는 이 정당에 대해서 투쟁하는것을 과제로 생각합니까 ?

- () 예
- () 아니오
- " 예" 일 경우엔 귀하는 무엇을 하겠습니까 ? (해당되는것을 고르시오)
- () 객관적으로 보도해서 스스로 드러나게 한다.
- () 꾸준히 그 정당의 위험성에 대해 보도하며 비판한다.
- () 가능한한 침묵한다.

24. 언론인의 기사가 전혀 의도하지 않았던 결과를 초래할 때가 있다. 그런 기사는 경우에 따라 작게했어야 하는가 ? 아니면 그대로 보도해야 합니까 ?

작게하겠다 보도하겠다

- 정부의 대북한 정책을 반대하는 학생시위에 대한 보도가 시위확산의 위험이 있을때 () ()
- 남북한은 서로 다른 체제로 이질화 시키는 보도 () ()
- 앞으로의 남북협상에 장애를 줄수 있는 보도 () ()
- 휴전선에서 북한측의 공격행위등으로 남한 국민의 북한에 대한 적개심을 더욱 불려일으킬 수 있는 보도 () ()
- 남한의 안보를 위협할 수 있는 대북한 비밀 국방계획의 보도 () ()

25. 당신은 북한관계 보도를 접하는 독자및 시청자들이 어떠하다고 생각합니까 ?

(해당되는것을 모두 표시시오)

- () 비판적인 요구가 많다 ()정치적 관심이 크다 () 무관심한 편이다
- () 진보적이고 개방적인 보도를 원한다 ()보수적 우파경향이다 () 좌파 경향이다
- () 관용적 () 편협적
- () 고무함 ()암어적 () 표면적
- () 센세이션날한 취향 갖고 있다 () 쉽게 영향받음 () 정보에 밝다

26. 아래에 정치적 요구들이 있습니다. 당신은 이 요구들에 동의합니까, 또는 거부합니까 ?

	전적으로 동	의	동의하는편 말할수없다	거부하는편 거	전적으로 부
- 민족소속감을 갖는것이 중요하다.	()	()	()	()	()
- 남한은 미국의 방위정책에 의존하면 안된다.	()	()	()	()	()
- 미국은 철수해야 한다.	()	()	()	()	()
- 남북문제는 스스로 해결해야 한다.	()	()	()	()	()
- 환경보호가 경제적 이해관계보다 우선적이어야 한다.	()	()	()	()	()
- 미국의 정치적 목표가 소련이나 중국의 그것보다 우선한다.	()	()	()	()	()
- 남한의 안보는 강력한 국방이 없이도 가능하다.	()	()	()	()	()

27. 당신은 언론인의 사명이 어떠한 데에 있다고 봅니다, 아래의 사항들에 동의 또는 거부하는지를 말해 주십시오.

	동	의	동의하지 않	음	모르겠다
언론인은 :					
- 사회의 빈곤과 부정에 대한 비판자	()	()	()	()	()
- 중립적인 보도자	()	()	()	()	()
- 국민을 돕고 상담하는자	()	()	()	()	()
- 불이익을 당하는자의 변호인	()	()	()	()	()
- 새로운 정신의 중개자	()	()	()	()	()
- 제 3의 수단을 통한 정치인	()	()	()	()	()
- 국민의 대변인	()	()	()	()	()
- 민주주의의 수호자	()	()	()	()	()
- 교육자	()	()	()	()	()
- 국민을 즐겁게 해주는자	()	()	()	()	()

28. 한국의 정당에 관한 귀하의 개인적인 견해를 알고 싶습니다.

가. 우리나라 "여당"에 대한 당신의 관점이 그동안 변경이 되었다고 추측합니다. 귀하는 대학시절, 대학졸업후 그리고 취직후 당시 정부인 여당을 어떻게 평가했었습니까? 오른쪽으로 숫자가 올라갈수록 긍정적인 의견을 말합니다.

	부정적				긍정적
대학 재학중	()	()	()	()	()
	1	2	3	4	5
대학 졸업후	()	()	()	()	()
	1	2	3	4	5
취 직 후	()	()	()	()	()
	1	2	3	4	5

나. 귀하는 현 여당인 민자당의 정치적 업적에 대해 다음문제를 기준하여 어떻게 평가하십니까 ?

	부정적				긍정적
치안 문제	()	()	()	()	()
	1	2	3	4	5
국가 보안법	()	()	()	()	()
	1	2	3	4	5
인권 문제	()	()	()	()	()
	1	2	3	4	5
대북한 정책	()	()	()	()	()
	1	2	3	4	5
물가 문제	()	()	()	()	()
	1	2	3	4	5
언론 자유	()	()	()	()	()
	1	2	3	4	5
남북한 통일문제	()	()	()	()	()
	1	2	3	4	5
주택 문제	()	()	()	()	()
	1	2	3	4	5
교통 문제	()	()	()	()	()
	1	2	3	4	5

다. 현야당인 평민당이 여당이 된다면 귀하는 위의 문제에 대해 어떤 정치적 성과를 기대할 수 있다고 생각하십니까 ?

	부정적				긍정적
치안 문제	()	()	()	()	()
	1	2	3	4	5
국가 보안법	()	()	()	()	()
	1	2	3	4	5
인권 문제	()	()	()	()	()
	1	2	3	4	5
대북한 정책	()	()	()	()	()
	1	2	3	4	5
물가 정책	()	()	()	()	()
	1	2	3	4	5
언론 자유	()	()	()	()	()
	1	2	3	4	5

Übersetzung des Fragebogens für die südkoreanischen Journalisten

Diese Umfrage ist Teil einer internationalen Studie im Rahmen einer Doktorarbeit an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Sie wird gleichzeitig in der Bundesrepublik Deutschland, Süd-Korea, und Taiwan durchgeführt. Das Thema der Untersuchung sind die Journalisten-Meinungen zu der Teilung ihres Landes. Die Auswertung Ihrer Antworten dient nur der Beantwortung wissenschaftlicher Fragestellungen. Sie bleiben selbstverständlich völlig anonym. Vielen Dank für Ihre Mitwirkung.

1. Wenn Sie das Wort "koreanische Halbinsel" hören, denken Sie dann eher an Südkorea oder an Süd- und Nordkorea zusammen? (Eine zutreffende Antwort ankreuzen)
 - Nur Südkorea
 - Beide zusammen
 - Mal so, mal so

2. Wer trägt die Hauptverantwortung an der Teilung Ihres Landes? (Kreuzen sie alles an, was Ihrer Meinung nach zutrifft)
 - USA
 - UdSSR
 - USA, UdSSR
 - Die Kommunisten im eigenen Land (die kommunistischen Politiker, die später Nordkorea angehören)
 - Die südkoreanischen Politiker (die anti-kommunistischen Politiker, die später Südkorea angehören)
 - Andere: _____

3. Wie beurteilen Sie die unten aufgelisteten Folgen der Teilung der koreanischen Halbinsel?

	begrüße ich	begrüße ich nicht
In Südkorea...		
...hat die Teilung die Entwicklung freiheitlicher Demokratie gesichert.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
...hat die Teilung Wohlstand gebracht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
...hat die Teilung Frieden gebracht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
...hat die Teilung militärische Bedrohung vergrößert.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
...hat die Teilung den Kommunismus verdrängt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

- ...hat die Teilung die Beeinflussung auf die internationale Politik verkleinert. () ()
- ...hat die Teilung den Zugang zu Bodenschätzen und Schwerindustrie in Nordkorea versperrt. () ()
- ...hat die Teilung die Bodenfläche verkleinert und die Modernisierung beschleunigt. () ()
- ...hat die Teilung mehr US-Hilfe gebracht. () ()
- ...hat die Teilung andere Folgen, und zwar: _____
 _____ () ()

In Nordkorea...

- ...hat die Teilung die Entwicklung eines gerechteren Sozialsystems geschafft. () ()
- ...hat die Teilung die Entwicklung eines gerechteren Wirtschaftssystems erlaubt. () ()
- ...hat die Teilung die kommunistische Herrschaft gesichert. () ()
- ...hat die Teilung den Zugang zu freiheitlicher Demokratie versperrt. () ()
- ...hat die Teilung andere Folgen, und zwar: _____
 _____ () ()

4. Fürchten Sie in der heutigen Großwetterlage der internationalen Politik immer noch einen militärischen Angriff aus Nordkorea?

- () Ja
 () Nein

5. Sind die Bürger von Nordkorea nach vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft noch dasselbe Volk wie das Volk von Südkorea? (Eine zutreffende Antwort ankreuzen)

- () Ja, sie sind genau dieselben Koreaner wie die in Südkorea.
 () Nein, sie denken manchmal anders, würden sich jedoch schnell dem südkoreanischen System anpassen.
 () Nein, sie sind zwar Koreaner, sie werden jedoch nie ganz wie die Südkoreaner denken und sich der Lebensweise hier anpassen.
 () Andere: _____

6. Der Kommunismus ist weltweit auf dem Rückzug. Was glauben Sie: Ist die Idee an sich falsch, oder ist der Kommunismus eine richtige Idee, die an schlechten Politikern gescheitert ist? (Eine zutreffende Meinung ankreuzen)

- Kommunismus ist falsch, deswegen sind die kommunistischen Regime gescheitert.
 Kommunismus ist eine richtige Idee, die an schlechten Politikern gescheitert ist.

7. Wenn es zur Wiedervereinigung in Korea käme, wer hätte mehr davon, Nordkorea oder Südkorea?

- Südkorea
 Nordkorea
 Sowohl Südkorea als auch Nordkorea
 Andere: _____

8. Im Falle eines Angriffs von Nordkorea, was glauben Sie würde passieren?

	eher wahr- scheinlich	eher unwahr- scheinlich
USA unterstützt Südkorea militärisch.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
UdSSR/Volkschina unterstützt Nordkorea militärisch.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
USA ruft international zu wirkungsvollen Sanktionen auf.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
USA unterstützt Südkorea wirtschaftlich.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ausländische Staaten greifen überhaupt nicht ein.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Andere: _____		

9. Soll die südkoreanische Regierung Nordkorea wirtschaftliche Hilfe leisten? (Eine zutreffende Meinung ankreuzen)

- Nein, Südkorea ist zur keinen Hilfe verpflichtet.
 Ja, Südkorea soll möglichst viel wirtschaftliche Hilfe leisten.
 Nur wirtschaftliche Hilfe leisten, wenn Nordkorea sie sinnvoll nutzt.

10. Wenn Sie an Korea in 20 Jahren denken, wie sieht das Land wahrscheinlich aus? (Eine zutreffende Meinung ankreuzen)

- So wie heute: zwei Teile, die sich „feindlich“ gegenüber stehen.
 Das Land ist geteilt, aber Nordkorea und Südkorea unterhalten normale Beziehungen.
 Das Land ist vereinigt und hat eine kommunistische Regierung.
 Das Land ist vereinigt und hat eine demokratische Regierung.
 Andere: _____

11. Nach dem heutigen Stand der Entwicklung der Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea, finden Sie eine aktive progressive Einstellung zur Wiedervereinigung Koreas für richtig?

- () Eine gute Sache
() Keine gute Sache

12. Wenn es zur Wiedervereinigung käme, was würde Ihrer Ansicht nach das Zusammenwachsen der beiden Teile erschweren?

sehr nicht sehr weder nicht überhaupt nicht
erschweren erschweren noch erschweren erschweren

Das wirtschaftliche

Gefalle () () () () ()

Das politische

Ideologien () () () () ()

Unterschiedliche Einstellung zu Wirtschaft

und Arbeit () () () () ()

Andere: _____ () () () () ()

13. Wenn Sie an die Hindernisse beim Zusammenwachsen nach einer Wiedervereinigung denken, welche der beiden Meinungen trifft eher auf Sie zu?

- () Die Hindernisse sind zwar vorhanden, lassen sich jedoch mit der Zeit abbauen und schließlich beseitigen.
() Die Hindernisse werden in dem wiedervereinigten Staat gravierende Probleme bereiten, soziale Spannungen verursachen und können zu instabilen politischen Verhältnissen führen.

14. Das Medium, in dem Sie arbeiten, berichtet über Nordkorea im Vergleich zu anderen Nachrichten...

	trifft zu	trifft nicht zu
...viel kritischer	()	()
...viel eintöniger	()	()
...viel positiver	()	()
...viel objektiver	()	()

15. Wenn Sie an die Kritik der südkoreanischen Medien über Nordkorea denken, welche der beiden Meinungen trifft eher auf Sie zu? (Eine zutreffende Meinung ankreuzen)

- Die Kritik ist meistens sachlich und fair. Die Nordkoreaner täten gut daran, diese Kritik ernst zu nehmen.
- Die Kritik ist meistens unsachlich, eintönig und feindlich. Nordkorea hat nichts davon.

16. Ist Pressefreiheit Ihrer Ansicht nach praktikierbar, ohne die Sicherheit zu gefährden?

(Eine zutreffende Meinung ankreuzen)

- Ich bin für Pressefreiheit, auch wenn sie die Sicherheit Südkoreas gefährdet.
- Ich bin für Pressefreiheit, solange sie nicht die Sicherheit Südkoreas gefährdet.
- Die Sicherheit geht vor, solange sie nicht die Pressefreiheit einschränkt.
- Die Sicherheit geht vor. Im Zweifelsfall bin ich für die Einschränkung der Pressefreiheit.

17. Welche der folgenden Gruppen schränken die Freiheit der Berichterstattung über Nordkorea ein?

	trifft zu	trifft nicht zu
Der Verleger	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Berufsorganisationen der Journalisten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Regierung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Das Publikum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Bürokratie innerhalb der Medien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Andere: _____		

18. Gibt es Richtlinien der Regierung, aus denen hervorgeht, wie über Nordkorea berichtet werden soll? (Eine zutreffende ankreuzen)

- Ja, es gibt Richtlinien, aber ich kenne sie nicht.
- Ja, es gibt Richtlinien, sie werden bei uns in der täglichen Arbeit widerspiegelt.
- Nein, es gibt keine.

19. Welche Aufgaben soll Ihrer Ansicht nach die Berichterstattung über Nordkorea haben?

	ist eine wichtige Aufgabe	ist nicht so wichtig
Die Berichterstattung... ...soll sich am Interesse des Publikums orientieren.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

- ...soll den Südkoreanern ein möglichst objektives
und vollständiges Bild über Nordkorea
vermitteln. () ()
- ...soll loyal zur Regierung stehen. () ()
- ...soll negative Nachrichten über Nordkorea
nicht zuviel Beachtung schenken. () ()
- ...soll die Vorzüge Südkoreas hervorheben. () ()
- ...soll das gegenseitige Verständnis der beiden
Koreas fördern, um gemeinsam in Frieden.
zu leben. () ()
- ...soll die Gemeinsamkeit der beiden Teile betonen,
um die Wiedervereinigung zu erlangen. () ()
- ...soll das Volk vor möglichen Gefahren des militärischen
Angriffs von Nordkorea warnen. () ()
- ...soll deutlich machen, daß wir ein Volk sind. () ()
- ...soll sie Meinung des jeweiligen Journalisten wider-
spiegeln. () ()
- ...soll die Meinung des südkoreanischen Volks vertreten. () ()

20. Angenommen, Sie nehmen an einer Studienreise nach Nordkorea teil, die Nordkorea für südkoreanischen Journalisten veranstaltet, um sie über die Modernisierung in Nordkorea umfassend zu informieren. Dabei sehen Sie schlechte Lebensbedingungen: Lange Warteschlangen für Lebensmittel, enge und primitive Wohnräume der Bevölkerung, starke Umweltverschmutzung usw. Wie würden Sie in einem solchen Fall den Bericht verfassen?

- () Ich berichte hauptsächlich über die sozialen Probleme, die ich gesehen habe, und erwähne die offiziellen Informationen nur am Rande.
- () Ich berichte über beides gleichgewichtig.
- () Ich berichte hauptsächlich über die offiziellen Informationen, die ich bekomme, und erwähne die sozialen Probleme nur am Rande.

21. Durch eine zuverlässige Quelle erfahren Sie, daß nordkoreanische Spitzenfunktionäre ein unangemessen luxuriöses Leben führen und mit dem Geld der Staatskasse im Ausland Vermögen schaffen.

Würden sie solche Nachrichten bringen? Schätzen Sie bitte die Wichtigkeit der Nachrichten ein.

- Muss unbedingt rein
- Normal
- Überhaupt nicht wichtig

Wie würden sie solche Nachrichten übermitteln?

- Sensationell aufmachen
- Normal
- Zurückhaltend darstellen

22. Wenn Sie Nordkorea kritisieren, welche der beiden Haltungen trifft eher auf Sie zu?

- Meine Kritik ist meistens zurückhaltend. Ich nehme auch Rücksicht auf die Interessen Nordkoreas.
- Meine Kritik ist oft engagiert. Ich nehme keine Rücksicht auf die Interessen Nordkoreas.

23. In Japan gibt es die sozialistische Partei und die kommunistische Partei. Wenn Sie ein Journalist der japanischen Medien wären, würden Sie es als Ihre Aufgabe ansehen, gegen diese Partei zu kämpfen?

- Nein
- Ja,
Wenn ja, wie würden Sie das vermutlich tun? (Zutreffendes ankreuzen)
- Indem man objektiv über sie berichtet und sie sich selbst bloßstellen läßt.
- Indem man ständig auf ihre Gefährlichkeit hinweist, sie kritisiert.
- Indem man sie soweit wie möglich totschweigt.

24. Journalistische Beiträge können Folgen haben, die ein Journaliste gar nicht beabsichtigt hat. Finden Sie, solche Berichte sollten daher unter Umständen zurückgehalten werden, oder sollte der Journaliste den Beitrag ruhig veröffentlichen?

zurück-	ver-
halten	öffentlichen

Berichte über Studentendemonstrationen, die sich gegen die Nordkorea-Politik der Regierung richten, eventuell die Protestwelle verstärken.

() ()

Berichte, die die Unvereinbarkeit zwischen südkoreanischen und nordkoreanischen System hervorheben und die Wiedervereinigungsmöglichkeit in Frage stellen.

() ()

Berichte, die Hoffnung auf Wiedervereinigungs-
verhandlungen eindämmen () ()

Berichte über einen nordkoreanischen Terroranschlag an
der Demarkationslinie, die eventuell die Sicherheit
Südkoreas gefährden. () ()

Berichte über streng geheime Verteidigungspläne gegen
Nordkorea, die eventuell die Sicherheit
Südkoreas gefährden. () ()

25. Wie stellen Sie sich das Publikum vor, für das die südkoreanischen Journalisten über
Nordkorea berichten? (Kreuzen Sie alles an, was zutrifft)

- | | | |
|---|---|--|
| <input type="checkbox"/> Kritisch, anspruchsvoll | <input type="checkbox"/> Politisch interessiert | <input type="checkbox"/> Gleichgültig |
| <input type="checkbox"/> Fortschrittlich,
Aufgeschlossen | <input type="checkbox"/> Politisch eher rechts | <input type="checkbox"/> Politisch eher
links |
| | <input type="checkbox"/> Tolerant | <input type="checkbox"/> Engstirnig |
| <input type="checkbox"/> Stur | <input type="checkbox"/> Engagiert | <input type="checkbox"/> Oberflächlich |
| <input type="checkbox"/> Sensationshungrig | <input type="checkbox"/> Leicht zu beeinflussen | <input type="checkbox"/> Gut informiert |

26. Sie finden unten eine Reihe von politischen Forderungen. Bitte geben Sie an, ob Sie
diesen zustimmen oder ob Sie sie ablehnen.

				lehne	lehne ich
	stimme	stimme	weder	ich	völlig
	völlig zu	eher zu	noch	ab	ab

Es ist wichtig, sich der Zu-
gehörigkeit zu einer
Nation bewusst zu sein. () () () () ()

Südkorea sollte sich in der
Verteidigungspolitik von
USA möglichst unab-
hängig machen. () () () () ()

Die Stationierung von US-
Armee in Südkorea ist
nicht notwendig. () () () () ()

Die Probleme zwischen
Nord- und Südkorea
sollen lediglich durch
Koreaner gelöst werden. () () () () ()

- Der Umweltschutz sollte
Vorrang vor wirtschaft-
lichen Interessen haben. () () () () ()
- Die politischen Ziele der
USA haben Vorrang vor
denen der UdSSR und
Volkschina () () () () ()
- Die Sicherheit Südkoreas ist
auch ohne eine starke
Verteidigung gesichert. () () () () ()

27. Wie sollte man als Journalist Ihrer Meinung nach seine Aufgabe verstehen, als was sollte man sich als Journalist sehen? Sagen Sie mir bitte, ob Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht.

	stimme zu	stimme nicht zu	unent- schieden
Sollte sich der Journalisten sehen als...			
...Kritiker an sozialen Missständen?	()	()	()
...neutraler Berichterstatter?	()	()	()
...Jemand, der Leute hilft, sie berät?	()	()	()
...Anwalt der Benachteiligten in unserer Bevölkerung?	()	()	()
...Vermittler neuer Ideen?	()	()	()
...Politiker mit anderen Mitteln?	()	()	()
...Sprachrohr der Bevölkerung?	()	()	()
...Wächter der Demokratie?	()	()	()
...Pädagoge, Erzieher?	()	()	()
...Jemand, der die Leute unterhalten sollte?	()	()	()

28. Um einmal auf Ihre politische Ansichten über die Regierungspartei in unserem Land zu kommen:

- a) Ihre Ansicht zur Regierungspartei hat sich vermutlich im Laufe der Jahre geändert. Wie haben Sie die Leistungen der Regierungspartei während Ihres Studiums, nach Ihrem Studium und nach Ihrem Berufsantritt beurteilt?

	negativ			positiv	
...bis zu Ihrem Schul- abschluss	()	()	()	()	()

...während Ihres Studiums/

Ihrer Ausbildung () () () () ()

...seit Ihrem Berufsantritt () () () () ()

b) Wie beurteilen Sie die Leistungen der jetzigen Regierungspartei in Bezug auf die folgenden Probleme?

Bekämpfung der

Kriminalität () () () () ()

Staatsicherheitsgesetz () () () () ()

Menschenrechte () () () () ()

Wiedervereinigungspolitik

mit Volksrepublik China () () () () ()

Preisstabilität () () () () ()

Pressefreiheit () () () () ()

Wohnungsnot () () () () ()

Verkehrsproblem () () () () ()

c) Wenn die jetzige Oppositionspartei die Regierungspartei wäre, welche Leistungen können sie in Bezug auf die selben Probleme erwarten?

Bekämpfung der

Kriminalität () () () () ()

Staatsicherheitsgesetz () () () () ()

Menschenrechte () () () () ()

Wiedervereinigungspolitik

mit Volksrepublik China () () () () ()

Preisstabilität () () () () ()

Pressefreiheit () () () () ()

Wohnungsnot () () () () ()

Verkehrsproblem () () () () ()

Zum Schluss möchten wir Sie noch um einige statistische Angaben bitten:

Geschlecht: () Männlich

Alter: _____ Jahre

() Weiblich

Stadt (Arbeitsort): _____

Beim welchen Medium sind Sie beschäftigt? _____

Welche Stellung haben Sie?

Chefredakteure Abteilungsleiter Ressortleiter

leitender Redakteure Redakteure/Journalist Andere: _____

Arbeiten neben Ihrer Haupttätigkeit noch für andere Medien? Ja Nein

Sind Sie freier Mitarbeiter? Ja Nein

Auf welchen Gebieten liegen die Schwerpunkt Ihrer Berichterstattung?

Innenpolitik Außenpolitik Wirtschaft Lokales

Kultur Anderes: _____

Wie lange sind Sie schon Journalist?

unter 5 Jahren 5-10 Jahre 10-15 Jahre 15-20 Jahre

20-30 Jahre 30 Jahre und länger

Welche Schulbildung haben Sie? (Alle zutreffendes ankreuzen)

Volksschule

Junior Mittelschule

Senior Mittelschule

Hochschulstudium mit Abschluss

Hochschulstudium ohne Abschluss

Auslandsstudium mit Abschluss

Auslandsstudium ohne Abschluss

Andere: _____

Haben Sie eine journalistische Berufsausbildung? Ja Nein

Wenn Ja, wie lang hat die journalistische Berufsausbildung gedauert? _____ Monate

_____ Jahre

Dissertation: DIE TEILUNG IHRES LANDES IN DER SICHTWEISE DEUTSCHER (BRD), CHINESISCHER (TAIWAN) UND KOREANISCHER (SÜDKOREA) JOURNALISTEN

Zusammenfassung

Die vorliegende Studie ist eine internationale vergleichende Journalistenbefragung über ein politisch-historisches Ereignis, das in allen untersuchten Ländern vorkommen. Untersucht werden Journalisten aus der Bundesrepublik Deutschland, Taiwan und Südkorea, die in den politischen oder relevanten Ressorts der bedeutenden Medien der jeweiligen Länder tätig sind. Die Themen der Befragung behandeln die Teilung und Wiedervereinigungsprobleme sowie die politisch-ideologischen Hintergründe der Teilung in der Bundesrepublik Deutschland, China und Korea. Obwohl alle drei Länder nach dem Zweiten Weltkrieg durch die ideologische Auseinandersetzung zwischen Ost und West geteilt wurden, zeichnet die Wahrnehmung dieses Ereignisses durch die Journalisten der drei Länder aufgrund ihrer unterschiedlichen politischen Entwicklungen und Pressetraditionen bemerkbare Unterschiede auf. Die deutschen Journalisten tendieren dazu, die Vorzüge der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der damaligen DDR hervorzuheben. Die taiwanesischen Journalisten distanzieren sich wegen der asymmetrischen Teilungsgröße zwischen Taiwan und der Volksrepublik China von der Möglichkeit einer Wiedervereinigung Chinas. Die südkoreanischen Journalisten weisen starken Nationalismus auf und setzen sich am häufigsten für Nordkorea und eine eventuelle Wiedervereinigung der koreanischen Halbinsel ein. Im letzten Teil der Studie wird das Rollenverständnis der Journalisten für die Berichterstattung über die Teilungsprobleme untersucht. Es bestätigt sich, dass die Sichtweise der Journalisten über die Teilung und Wiedervereinigungsprobleme ihres Landes sich auf ihre Berichterstattung über die entsprechenden Themen auswirkt. Diese Ergebnisse stimmen mit der Theorie der „Instrumentellen Aktualisierung“ überein.

Hsing, Chi-Wu